

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

# Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

4

3. Jahrgang 1961 · Preis 2,- DM

# W. I. Lenin · Werke

Ins Deutsche übertragen nach der vierten russischen Ausgabe.  
Die deutsche Ausgabe wird vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED besorgt.

Die Gesamtausgabe wird 40 Bände umfassen. Jeder Band ist in Kunstleder gebunden.

Bisher sind erschienen:

Band

- 1 1893 bis 1894 · 7,50 DM
- 2 1895 bis 1897 · 7,50 DM
- 3 Die Entwicklung des Kapitalismus  
in Rußland · 7,50 DM
- 4 1898 bis April 1901 · 5,50 DM
- 5 Mai 1901 bis Februar 1902 · 5,50 DM
- 6 Januar 1902 bis August 1903 · 5,50 DM
- 7 September 1903 bis Dezember 1904 · 7,50 DM
- 8 Januar bis Juli 1905 · 7,50 DM
- 9 Juni bis November 1905 · 7,50 DM
- 10 November 1905 bis Juni 1906 · 6,50 DM
- 11 Juni 1906 bis Januar 1907 · 6,50 DM
- 12 Januar bis Juni 1907 · 6,50 DM
- 20 Dezember 1913 bis August 1914 · 7,50 DM
- 21 August 1914 bis Dezember 1915 · 5,50 DM
- 22 Dezember 1915 bis Juli 1916 · 5,50 DM
- 23 August 1916 bis März 1917 · 5,50 DM
- 24 April bis Juni 1917 · 7,50 DM
- 25 Juni bis September 1917 · 7,50 DM
- 26 September 1917 bis Februar 1918 · 7,50 DM
- 27 Februar bis Juli 1918 · 7,50 DM
- 28 Juli 1918 bis März 1919 · 6,50 DM
- 29 März bis August 1919 · 7,50 DM
- 30 September 1919 bis April 1920 · 7,50 DM
- 31 April bis Dezember 1920 · 6,50 DM
- 32 Dezember 1920 bis August 1921 · 7,50 DM

Die Gesamtausgabe liegt Ende 1962 vor

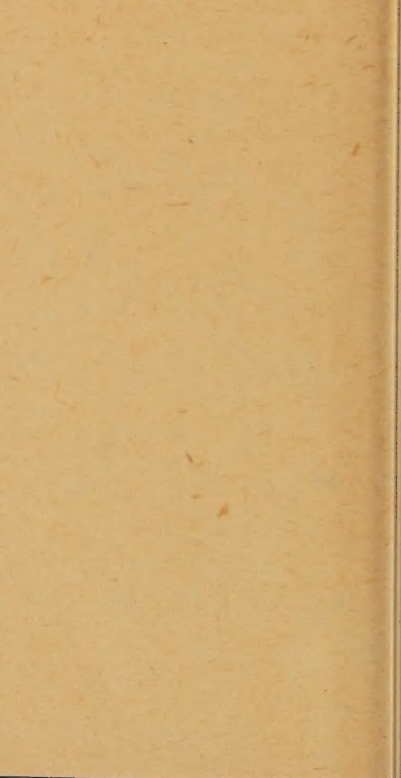


DIETZ VERLAG BERLIN C 2, Wallstraße 76-79



## Druckfehlerberichtigung

Durch Versehen der Druckerei sind im vorliegenden Heft leider einige sinnentstellende Fehler enthalten, die wir zu korrigieren bitten. Auf S. 869, 8. Zeile von unten, muß es statt „friedliche“ „friedlich“ heißen. Auf S. 916, 18. Zeile von oben, lies „daß“ statt „da“. Auf S. 932 muß es in der Überschrift richtig „des Sozialdemokraten“ heißen. Auf S. 954 muß der Anfang des letzten Satzes im ersten Absatz folgendermaßen lauten: „Es galt Antwort zu geben auf die Fragen, welchen Platz Karl Liebknecht im Ringen der deutschen Arbeiterklasse um die Lösung der nationalen Lebensfrage des deutschen Volkes...“





# Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

3. Jahrgang 1961

Heft I–IV u. S.\*

## INHALTSVERZEICHNIS

<i>Günter Benser</i> : Bemerkenswerte Eingeständnisse (Wie die rechten SPD-Führer die Einheit der Arbeiterklasse bekämpften) .....	S	139
<i>Albert Buchmann</i> : Die Bedeutung der Deutschen Demokratischen Republik für den Kampf der friedliebenden Kräfte in Westdeutschland .....	S	101
<i>Hans Jürgen Friederici</i> , <i>Jutta Seidel</i> : Der Widerhall der Pariser Kommune in der deutschen Arbeiterbewegung .....	II	280
<i>Heinrich Gemkow</i> / <i>Klaus Mammach</i> : Zu einigen Fragen der Moskauer Erklärung und den Aufgaben der Parteihistoriker .....	S	28
<i>Heinrich Gemkow</i> : Aus dem Kampf deutscher und französischer Sozialisten gegen Militarismus und Kriegsprovokationen in den Jahren 1886/87 .....	I	34
Die Gründung der SED — ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus. Thesen des Politbüros des ZK der SED zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD .....	S	3
<i>Werner Horn</i> : Der Kampf der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Jahren 1951/52 um die Entfaltung der Masseninitiative der Arbeiterklasse zur Durchführung des Fünfjahrplans in den volkseigenen Betrieben .....	S	77
<i>Siegfried Ittershagen</i> / <i>Heinz Karl</i> / <i>Walter Wimmer</i> : Imperialistischer oder demokratischer Frieden? (Über Friedensverträge, den deutschen Militarismus und die rechten SPD-Führer .....	IV	801
<i>W. Kasjanenko</i> / <i>I. Lunjow</i> : Aus der Geschichte der brüderlichen Beziehungen der deutschen und sowjetischen Arbeiterklasse .....	II	259
<i>Hellmuth Kolbe</i> : Die Entwicklung der SPD vom Godesberger Parteitag bis zum Parteitag in Hannover .....	S	149
<i>Elfriede Liening</i> / <i>Walter Wimmer</i> : Die ersten Wochen der Antifaschistischen Aktion .....	S	209

\* Sonderheft anlässlich des 15. Jahrestages der Gründung der SED

<i>Walter Müller</i> : Die Aktionsgemeinschaft zwischen KPD und SPD in München 1945/46 .....	S	117
<i>Karl Obermann</i> : Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nach der Revolution von 1848/49 zu Beginn der fünfziger Jahre ....	IV	842
<i>Wilhelm Pieck</i> : Zu einigen Problemen der Geschichte der KPD .....	I	3
<i>Ulla Plener</i> : Die Märzkonferenz der Spartakusgruppe 1916 — ein Markstein auf dem Wege zur Gründung der KPD .....	IV	821
<i>Ulla Plener</i> : Karl Kautskys Opportunismus in Organisationsfragen (1900 bis 1914). — Zur Entstehung des Zentrismus in der deutschen Sozialdemokratie .....	II	349
Das Programm der KpdSU und seine Bedeutung für unseren Kampf um die Sicherung des Friedens in Deutschland .....	IV	789
<i>Paul Reimann</i> : Zur Herausgabe des Lehrbuches „Geschichte der KPC“ .....	II	299
<i>Paul Reimann</i> : Imperialistische Phantasien und geschichtliche Logik oder der Löwe der Großmutter Borchardt .....	I	21
Zur führenden Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihres Zentralkomitees im antifaschistischen Widerstandskampf ....	III	547
<i>Walter Schmidt</i> : Zur Mitarbeit von Wilhelm Wolff an der „Deutschen Brüsseler Zeitung“ .....	II	318
<i>Wolfgang Schröder/Gustav Seeber</i> : Zu einigen Problemen des revolutionären Kampfes der deutschen Arbeiterklasse in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts und ihrer Darstellung in der westdeutschen Historiographie .....	III	593
<i>Horst Syrbe</i> : Zur nationalen Bedeutung von Karl Liebknechts Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ .....	III	573
<i>Walter Ulbricht</i> : Die große Vereinigung der Arbeiterschaft ganz Deutschlands wird kommen .....	III	523
<i>Siegfried Vietzke</i> : Einige Probleme des Kampfes um die Demokratie in den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz der KPD .....	S	55
<i>Raimund Wagner</i> : Über die Chemnitzer Konferenz und die Widerstandsaktionen der sächsischen Arbeitermassen gegen den Reichswehreinmarsch im Oktober 1923 .....	S	188
<i>Fritz Zimmermann</i> : Friedrich Engels' Hilfe für die deutsche Sozialdemokratie im Kampf gegen den Opportunismus in der Bauernfrage in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts .....	S	167

#### Erinnerungen

<i>Herwig Förder</i> : Zur Rolle der Parteiführung im antifaschistischen Widerstandskampf im Jahre 1944 .....	IV	870
<i>Fritz Gäbler</i> : Erinnerungen an meine Festungshaft in Gollnow und meine erste Begegnung mit Richard Scheringer .....	III	621

#### Dokumente und Materialien

Ein Artikel Walter Ulbrichts zur antifaschistischen Einheitsfront vom 15. Februar 1933 .....	S	228
--	---	-----



Ein bedeutungsvoller Artikel Walter Ulbrichts zur Aktionseinheit von KPD und SPD aus dem Jahre 1937 .....	IV	877
„Du bist der einzige, auf den ich meine Hoffnung setze...“ – Ein unbekannter Brief August Bebels an Karl Liebknecht vom 10. November 1908 ( <i>Martha Globig</i> ) .....	S	253
<i>Wilhelm Eildermann</i> : Ein Mahnruf Karl Liebknechts aus der Zeit der Marokkokrise 1911 .....	II	371
Friedrich Engels über die politische Aktion der Arbeiterklasse ( <i>Ruth Stolz</i> ) .....	IV	874
<i>Gerhard Fuchs</i> : Der Verrat des Herrn Wenzel Jaksch .....	II	378
<i>Heinrich Gemkow</i> : Ein Brief August Bebels an polnische Sozialisten ..	II	376
<i>Werner Krause</i> : Ein unveröffentlichter Brief von Friedrich Engels über die Werttheorie .....	III	636
<i>Kurt Pätzold</i> : Die Auftraggeber der „Sozialistischen Monatshefte“ ....	IV	888
<i>Kurt Wrobel</i> : Dokumente des Kampfes westdeutscher Arbeiter um die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands nach dem Gründungsparteitag der SED .....	S	235

### Wissenschaftliche Mitteilungen und Notizen

<i>Kurt Finker</i> : Neue Wege und Erkenntnisse bei der Erforschung des Kampfes der deutschen Arbeiter gegen den Kapp-Putsch .....	IV	910
<i>Dieter Fricke</i> : Eine wichtige Quelle zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung .....	I	94
<i>Dieter Fricke</i> : Clara Zetkin und der „Sozialdemokrat“ .....	IV	927
<i>Werner Imig</i> : Deutsche und polnische Landarbeiter im gemeinsamen Kampf gegen verschärfte Ausbeutung und faschistische Gefahr ....	IV	891
<i>Siegfried Ittershagen/Heinz Karl/Walter Wimmer</i> : Staatsstreich und Massenstreik .....	III	641
<i>I. P. Kandel</i> : Neue Fakten zur Geschichte des „Manifests der Kommunistischen Partei“ .....	I	63
Leserzuschrift zum Beitrag von Werner Imig ( <i>Erich Behnke</i> ) .....	IV	908
<i>Klaus Mammach</i> : Zur Unterstützung des Kolonialismus durch die rechten Sozialdemokraten in Weimar und heute .....	II	408
Karl Marx in Leipzig ( <i>Eva Bednarski</i> ) .....	IV	937
An alle ehemaligen Mitglieder und Funktionäre in der FDJ .....	IV	938
<i>Karel Pichlik</i> : Deutsche und tschechische Soldaten in der österreichisch-ungarischen Armee im Kampf gegen den Krieg und die Monarchie 1914 bis 1918 .....	I	76
<i>Ernesto Ragionieri</i> : Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Filippo Turati .....	II	392
<i>Herbert Steiner</i> : Bruno Dubber .....	IV	922
<i>V. A. Varga</i> : Aus der Geschichte der Solidaritäts- und Kampfbeziehungen der deutschen und rumänischen Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis 1939 .....	III	653



<i>Edith Zorn/Luise Kraushaar: Unvergeßliche Kampfgefährten (Über die illegale antifaschistische Agitation unter den deutschen Besatzungsgruppen in Frankreich während des zweiten Weltkrieges) ....</i>	I	50
--	---	----

## Aus der Arbeit der Kommissionen für die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung

Arbeitstagung zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe ( <i>Jochen Cerný</i> ) .....	II	425
Bemerkungen zu einigen Publikationen der örtlichen Kommissionen zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD ( <i>Hans Maur</i> )	IV	939
Über die Erfahrungen mit einem Hilfsmittel bei der systematischen Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung in Dresden ( <i>Erna Gute/Herbert Gute</i> ) .....	III	666
Über einige Fragen der Sammlung und Auswertung der Erinnerungen unserer Parteiveteranen im Bezirk Berlin ( <i>Alfred Loesdau</i> ) .....	I	107
Information über einen zentralen Lehrgang für Mitglieder der ört- lichen Kommissionen ( <i>Hans Maur</i> ) .....	I	115
Eine Konferenz über den Mansfelder Streik 1930 ( <i>Werner Imig</i> ) .....	II	430
Zur Vorbereitung des 15. Jahrestages der Vereinigung von KPD und SPD zur SED im Bezirk Halle ( <i>Werner Bruschke</i> ) .....	I	104

## Berichte und Bemerkungen

„Analele“, die Zeitschrift für Geschichte der rumänischen Arbeiter- bewegung (Nr. 1/1959 — Nr. 3/1960) ( <i>Al. Savu</i> ) .....	I	159
Zur Aufgabenstellung der Arbeitsgemeinschaft „Agrargeschichte“ bei der Deutschen Historiker-Gesellschaft ( <i>Gerda Fabian</i> ) .....	II	435
Zu einer wissenschaftlichen Diskussion an der Parteihochschule „Karl Marx“ ( <i>Annelies Voigtländer</i> ) .....	III	688
Der XI. Internationale Historiker-Kongreß in Stockholm ( <i>Heinrich Gemkow</i> ) .....	I	117
Imperialismus, Arbeiterklasse und Nation (Nachbemerkungen zum Referat und zur Diskussion über „Die deutsche Sozialdemokratie und der erste Weltkrieg“ auf dem XI. Internationalen Historiker- Kongreß in Stockholm ( <i>Hans-Joachim Bernhard / Fritz Klein</i> ) .....	I	130
Internationales Kolloquium von Historikern zur Erforschung der Geschichte der Presse ( <i>Günter Heidorn</i> ) .....	I	146
Eine wissenschaftliche Konferenz der Deutschen Akademie der Land- wirtschaftswissenschaften ( <i>Fritz Zimmermann</i> ) .....	I	149
Leserzuschrift ( <i>Ferdinand Greiner</i> ) .....	III	694
Leserzuschrift ( <i>K. Selesnjow</i> ) .....	II	439
Karl Liebknecht — der nationale Held des deutschen Volkes ( <i>Hellmuth Kolbe</i> ) .....	IV	954
Wichtige Literaturzusammenstellungen .....	IV	958

„Přispěvky k dějinám KSČ“ — „Beiträge zur Geschichte der KPČ (Jan Pachtá) .....	I	155
Neue Publikationen polnischer Historiker zur Geschichte der Arbeiter- bewegung in Schlesien (Barbara Szerer / Jerzy Pabisz) .....	III	670
Repräsentanten aus vier Kontinenten klagen die Bonner Neokolonia- listen an (Herbert Neumann) .....	III	682
Über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe zur Erforschung der Geschichte des sozialistischen Jugendverbandes (Gerda Fabian) .....	II	437
Wir suchen .....	I	163
Eine neue Zeitschrift zur Geschichte der neuesten Zeit .....	III	693

## Kritik und Bibliographie

Unter dem Banner des proletarischen Internationalismus (Johannes Zelt) .....	II	458
Günter Benser: Vereint sind wir unbesiegbar. — Hans Müller: Die Entwicklung der SED und ihr Kampf für ein neues Deutschland (1945 bis 1949) (Heinz Heitzer) .....	IV	969
Werner Berthold: „... großhungen und gehorchen“ (Joachim Streisand) .....	IV	984
Bibliographie zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung .....	I	228
Bibliographie zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung .....	II	504
Bibliographie zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung .....	III	760
Bibliographie zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung .....	IV	1029
Bibliographie marxistischer Zeitschriftenliteratur zur internationalen Arbeiterbewegung .....	I	201
Bibliographie marxistischer Zeitschriftenliteratur zur internationalen Arbeiterbewegung .....	II	471
Bibliographie marxistischer Zeitschriftenliteratur zur internationalen Arbeiterbewegung .....	III	726
Bibliographie marxistischer Zeitschriftenliteratur zur internationalen Arbeiterbewegung .....	IV	992
Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Bd. I und II (Karl Richter) .....	III	720
Herbert Felgentreu: Der Kampf um Mitbestimmung (Gertraud Schemmel) .....	III	716
William Z. Foster: Geschichte der Kommunistischen Partei der Ver- einigten Staaten (Beatrice Johnson) .....	I	177
Frauen der Revolution (Marga Beyer / Gerda Koch) .....	I	169
Л. И. Гинзберг: Карл Либкнехт (L. I. Ginzberg: Karl Liebknecht) (J. S. Drabkin) .....	III	708



Günter Griep: Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit vom Fall des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges (1890–1914) ( <i>Fritz Zimmermann</i> ) .....	III	712
Jiří Kořalka: Vznik socialistického dělnického hnutí na Liberecku (Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung im Reichenberger Gebiet) ( <i>R. F. Schmiedt</i> ) .....	IV	977
Ilse Krause: Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe ( <i>Rolf Helm</i> ) .....	I	173
W. I. Lenin: Werke, Bd. 22 ( <i>Arnold Reisberg</i> ) .....	II	442
W. I. Lenin: Werke, Bd. 25 ( <i>Helmut Kresse</i> ) .....	II	453
W. I. Lenin: Werke, Bd. 26 ( <i>Arnold Reisberg</i> ) .....	IV	960
Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. II und III ( <i>Heinz Wohlgemuth</i> ) .....	III	700
Karl Marx / Friedrich Engels: Sul Risorgimento Italiano ( <i>Guido Zamis</i> )	III	696
Die Novemberrevolution im sächsischen Steinkohlenbergbau ( <i>Eberhard Wächtler</i> ) .....	I	181
Erich Schumann: Wir gingen mit Karl Liebknecht. — Karl Kneschke: Vom Leben erzogen. — Karl Jannack: Wir mit der roten Nelke ( <i>Fritz Zimmermann</i> ) .....	II	463
Walter Sieger: Das erste Jahrzehnt der deutschen Arbeiterjugend- bewegung 1904–1914 ( <i>Karl Köstler</i> ) .....	IV	987
Joachim Streisand: Deutschland von 1789 bis 1815 ( <i>Helmut Bock</i> ) ....	I	184
Heinz Wohlgemuth: Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis zur Novemberrevolution ( <i>Horst Beutel</i> ) .....	I	164







Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

# Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus  
beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands  
Redaktion: Berlin N 54, Wilhelm-Pieck-Straße 1, Telefon 20 05 81/App. 4119

---

## INHALT

Das Programm der KPdSU und seine Bedeutung für unseren Kampf um die Sicherung des Friedens in Deutschland .....	789
Siegfried Ittershagen/Heinz Karl/Walter Wimmer: Imperialistischer oder demokratischer Frieden? (Über Friedensverträge, den deutschen Militarismus und die rechten SPD-Führer) .....	801
Ulla Plener: Die Märzkonferenz der Spartakusgruppe 1916 — ein Markstein auf dem Wege zur Gründung der KPD .....	821
Karl Obermann: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nach der Revolution von 1848/49 zu Beginn der fünfziger Jahre .....	842

## Erinnerungen

Herwig Förder: Zur Rolle der Parteiführung im antifaschistischen Widerstandskampf im Jahre 1944 .....	870
---	-----

## Dokumente und Materialien

Friedrich Engels über die politische Aktion der Arbeiterklasse (Ruth Stolz) .....	874
Ein bedeutungsvoller Artikel Walter Ulbrichts zur Aktionseinheit von KPD und SPD aus dem Jahre 1937 .....	877
Kurt Pätzold: Die Auftraggeber der „Sozialistischen Monatshefte“ .....	888

## Wissenschaftliche Mitteilungen und Notizen

Werner Imig: Deutsche und polnische Landarbeiter im gemeinsamen Kampf gegen verschärfte Ausbeutung und faschistische Gefahr .....	891
Leserzuschrift zum Beitrag von Werner Imig (Erich Behnke) .....	908
Kurt Finker: Neue Wege und Erkenntnisse bei der Erforschung des Kampfes der deutschen Arbeiter gegen den Kapp-Putsch .....	910



<i>Herbert Steiner: Bruno Dubber</i> .....	922
<i>Dieter Fricke: Clara Zetkin und der „Sozialdemokrat“</i> .....	927
<i>Karl Marx in Leipzig (Eva Bednarski)</i> .....	937
<i>An alle ehemaligen Mitglieder und Funktionäre der FDJ</i> .....	938

## Aus der Arbeit der Kommissionen für die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung

<i>Bemerkungen zu einigen Publikationen der örtlichen Kommissionen zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD (Hans Maur)</i> .....	939
--	-----

## Berichte und Bemerkungen

<i>Karl Liebknecht — der nationale Held des deutschen Volkes (Hellmuth Kolbe)</i> .....	954
<i>Wichtige Literaturzusammenstellungen</i> .....	958

## Kritik und Bibliographie

<i>W. I. Lenin: Werke, Bd. 26 (Arnold Reisberg)</i> .....	960
<i>Günter Benser: Vereint sind wir unbesiegbar. — Hans Müller: Die Ent- wicklung der SED und ihr Kampf für ein neues Deutschland (1945 bis 1949) (Heinz Heitzer)</i> .....	969
<i>Jiří Kořalka: Vznik socialistického dělnického hnutí na Liberecku (Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung im Reichenberger Gebiet) (R. F. Schmiedt)</i> .....	977
<i>Werner Berthold: „... großhungern und gehorchen“ (Joachim Streisand)</i> ..	984
<i>Walter Sieger: Das erste Jahrzehnt der deutschen Arbeiterjugendbewe- gung 1904 bis 1914 (Karl Köstler)</i> .....	987
<i>Bibliographie marxistischer Zeitschriftenliteratur zur internationalen Arbeiterbewegung</i> .....	992
<i>Bibliographie zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung</i> .....	1029
<i>Inhaltsverzeichnis des 3. Jahrgangs 1961</i> .....	1051

# Das Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und seine Bedeutung für unseren Kampf um die Sicherung des Friedens in Deutschland

— BzG — Das, was vor über hundert Jahren die internationale Bourgeoisie als ein „in Europa umgehendes Gespenst“ in großen Schrecken versetzte, wird in historisch kürzester Frist glut- und blutvolle Wirklichkeit, zur entscheidenden Macht der Welt werden: der Kommunismus. Das Programm der KPdSU, dessen Entwurf jetzt vorliegt und das auf dem XXII. Parteitag angenommen wird, zeichnet den Weg zu dieser neuen, höheren Phase in der Geschichte der Menschheit vor.

Hunderte Millionen Werktätiger auf dem ganzen Erdball begrüßten dieses Programm aus heißem Herzen, wissen sie doch, daß die Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion das Fanal sein wird für alle Menschen, die die Sache des Friedens, der Freiheit und des sozialen Fortschritts zu der ihren gemacht haben, ihre Anstrengungen zu vervielfachen und es den von der KPdSU geführten Völkern der Sowjetunion nachzutun. Wie zur Zeit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die die Voraussetzung für den jetzt von der KPdSU geplanten kommunistischen Aufbau schuf, bei allen Ausgebeuteten und Unterdrückten das geflügelte Wort umging: „Mit der Reaktion russisch reden!“, so werden nun bald alle Menschen guten Willens sagen: „Orientieren wir uns nach der Sowjetunion, die eine Gesellschaftsordnung vollentfalteter Freiheit und Menschenwürde errichtet.“ Denn der Aufbau des Kommunismus eröffnet nicht nur den sowjetischen Völkern eine Perspektive des Wohlstandes und des Glücks, er weist auch allen anderen Völkern die Bahn in eine lichte Zukunft ohne Imperialismus und Krieg, in ein Leben des Friedens und der Freiheit. Noch mehr als bisher erhöht der Aufbau des Kommunismus die politisch-moralische Anziehungskraft der Sowjetunion auf die internationale Arbeiterklasse und die Werktätigen aller Kontinente. Er wird vor allem den jungen Nationalstaaten ein Beispiel geben, wie sie ihre politische Unabhängigkeit stärken und ihre wirtschaftliche Selbständigkeit erlangen können, wie sie die jahrhundertealte Rückständigkeit überwinden und ihre sozialen Probleme im Interesse der Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse lösen müssen. Die durch den kommunistischen Aufbau gewaltig gewachsenen ökonomischen Potenzen der Sowjetunion werden diesen Staaten entscheidend helfen, sich aus dem Würgegriff der kapitalistischen Monopole zu befreien. Die Verwirklichung des Kommunismus wird ein triumphaler Sieg über den Imperialismus, der im friedlichen Wettbewerb immer weiter zurückgedrängt wird

und auf Grund der objektiven gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze zum Sterben verurteilt ist.

Es besteht kein Zweifel: den proletarischen Parteien ist es Ernst mit ihren Programmen. Für sie sind Programme nicht demagogische Mittel zum Stimmenfang, sondern Fixierungen für die praktische, konkrete Aktion. Bei ihnen stimmen Wort und Tat überein. Das beweist die Geschichte.

In den Programmen der proletarischen Parteien widerspiegelt sich der Siegeszug der marxistischen Ideen. Das widerlegt gleichzeitig die bürgerlichen Verleumdungen, daß der historische Materialismus die Wirksamkeit der Ideen in der menschlichen Gesellschaft leugne. Aber wirksam können Ideen nur dann sein, wenn sie sich auf die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung stützen. Nicht fruchtlose Ideale hat die Arbeiterklasse zu verwirklichen, sondern die im Innern der alten Gesellschaft herangereiften Kräfte freizusetzen, Imperialismus und Militarismus zu beseitigen und eine freiheitliche Ordnung im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Nation zu errichten. Die Arbeiterklasse mit dem Bewußtsein dieser ihrer geschichtlichen Berufung zu erfüllen ist die Aufgabe der revolutionären Partei und ihres Programms, das die Massen zum Kampf aktiviert und ihnen die Erkenntnis des Zieles und des Weges auf allen Etappen der Entwicklung vermittelt.

Die Programme der revolutionären Parteien, Voraussetzung und Garantie für deren ideologische Klarheit und Einheit, sind als Plan der menschlichen Tätigkeit ein aktiver Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung. Gleichzeitig stellen sie wichtige geschichtliche Dokumente, Meilensteine des Entwicklungsweges der Gesellschaft dar. In der Geschichte dieser Programme spiegelt sich der Aufstieg der Arbeiterklasse von einer – wie es im Kommunistischen Manifest heißt – „leidenden Klasse“, von einem Objekt der Philanthropie zum bewußten Schöpfer der eigenen Geschichte und darüber hinaus der gesamten Weltgeschichte wider. Dieser Weg wurde nicht durch das Mitleid oder die Einsicht der herrschenden Klassen bestimmt, sondern durch den unerbittlichen Klassenkampf des Proletariats, dem die revolutionären Parteien in ihren Programmen Ziel und Form wiesen.

Mehr als hundert Jahre sind seit der Veröffentlichung des ersten marxistischen Programms, des „Manifests der Kommunistischen Partei“, vergangen, und die historische Entwicklung beweist, daß seine Gedanken durchgesetzt, verwirklicht wurden. Im Kommunistischen Manifest formulierten Marx und Engels die historische Aufgabe des Proletariats: Befreiung der gesamten Menschheit von jeglicher Unterdrückung und Ausbeutung. Sie zeigten, daß die Voraussetzung für die Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die Diktatur des Proletariats, ist. Waren es zuerst nur wenige Stimmen, die auf den Ruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ antworteten, so wuchs ihre Zahl ständig an, und heute sind es Millionen und aber Millionen.



Die Durchsetzung der marxistischen Ideen in der Arbeiterbewegung war kein leichter und geradliniger Prozeß. Im Programm der I. Internationale, in der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation vom Jahre 1864, wurde die Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse proklamiert, um das Proletariat ökonomisch zu befreien. Aber noch nicht alle Grundsätze des Kommunistischen Manifests konnten in ihm aufgenommen werden, um nicht eine Reihe von nichtmarxistischen Arbeiterorganisationen zurückzustoßen. Dennoch war es ein wichtiges Dokument des Kommunismus, das den Arbeiterparteien half, sich immer mehr auf den Boden des Marxismus zu stellen.

In der Periode der verhältnismäßig friedlichen Entwicklung des Kapitalismus im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts leisteten die Parteien der II. Internationale, wie Lenin sagte, eine wichtige Arbeit, um die proletarischen Massen zu organisieren. Doch in jener Zeit wurden viele sozialdemokratische Arbeiterparteien vom Opportunismus zersetzt, der sie zu revolutionären Aktionen, zur Durchsetzung ihres Programms unfähig machte. Die geschichtliche Entwicklung erforderte einen neuen Typus der Partei mit einem neuen Programm. Die von Lenins Genie begründete und geführte Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands und ihr historisch bedeutungsvolles Programm von 1903 entsprachen diesem Erfordernis. Es war kein Zufall, daß die theoretische und praktische Arbeit von Marx und Engels von einem russischen Marxisten fortgesetzt wurde. Mit der Epoche des Imperialismus verschob sich das Zentrum der revolutionären Bewegung nach Rußland, wo die bis dahin größte Volksrevolution der Weltgeschichte heranreifte. Das Leninsche Programm entsprach dieser Situation. Es war das revolutionärste aller damaligen Programme, weil es als einziges der Parteien der II. Internationale die Forderung nach der Diktatur des Proletariats enthielt, um die sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen. Als nächste Schritte bezeichnete das Programm den Sturz des Zarismus, die Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution unter Führung der Arbeiterklasse mit dem Ziel, die bürgerlich-demokratische Republik zu errichten.

Geschart um die bolschewistische Partei und dieses Programm, stürzten die Arbeiter, Bauern und Soldaten Rußlands im Februar 1917 die Zarenmonarchie und errichteten in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die Diktatur des Proletariats. Zum erstenmal in der Weltgeschichte gelang es dem Proletariat, die politische Macht zu ergreifen und zu behaupten. Auf einem Sechstel der Erdoberfläche entstand ein sozialistisches Land. Damit begann eine neue Ära in der Geschichte der Menschheit, die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus-Kommunismus, die Epoche des Triumphes des Sozialismus-Kommunismus im Weltmaßstab. Die Todesstunde des Kapitalismus wurde eingeläutet.

Auf dem VIII. Parteitag, im Jahre 1919, nahm die SDAPR, die inzwischen ihren Namen in Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki) geändert hatte, ihr zweites, von Lenin ausgearbeitetes Programm an. Es verarbeitete die Erfahrungen der Oktoberrevolution und nahm die wich-

tigsten Erkenntnisse aus Lenins Analyse des Imperialismus und seiner Theorie der sozialistischen Revolution auf. Es war das Programm für den Aufbau des ersten sozialistischen Staates der Welt, für den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion. Ungeachtet des wütenden Widerstandes der kapitalistischen Welt, ungeachtet der Blockade und der Interventionen, haben die Werktätigen der Sowjetunion, keine Opfer und Entbehrungen scheuend, die von der Kommunistischen Partei ausgearbeiteten Pläne erfüllt. Der Sozialismus hat in der Sowjetunion endgültig und unwiderruflich gesiegt, das zweite Parteiprogramm ist gleichfalls erfüllt worden.

Der Widerhall der Oktoberrevolution rief auf dem ganzen Erdball kommunistische Parteien ins Leben, die sich in der von Lenin begründeten Kommunistischen Internationale zusammenschlossen. Das Programm der Kommunistischen Internationale, angenommen auf deren VI. Weltkongreß 1928, war der Ausdruck der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung in Theorie und Praxis. Es bildete die Grundlage für den Befreiungskampf der internationalen Arbeiterklasse, der nach dem zweiten Weltkrieg gewaltigen Aufschwung erhielt und nach neuen Siegen über die Bourgeoisie in Europa und Asien zur Herausbildung des sozialistischen Weltsystems führte.

Die Gemeinsamkeit der theoretischen Grundlagen und der praktischen Ziele der kommunistischen Weltbewegung in der Gegenwart fand ihren Ausdruck in den Moskauer Erklärungen der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1957 und Dezember 1960. Die einstimmig angenommenen Erklärungen tragen programmatischen Charakter, und ihre Erkenntnisse sind auch dem neuen Programm der KPdSU zugrunde gelegt. So ist das Programm der Ausdruck der untrennbaren Einheit der Sowjetunion und ihrer Partei mit der internationalen revolutionären Bewegung und ihrer wichtigsten Errungenschaft, dem sozialistischen Weltsystem.

Das Programm ist – wie alle vorhergehenden Programme der KPdSU – vom Marxismus-Leninismus durchdrungen. Die Geschichte und das vorliegende Programm beweisen, daß die Lehren von Marx, Engels und Lenin wie in der Vergangenheit so auch in Gegenwart und Zukunft der einzige Kompaß sind zum richtigen, zielstrebigem Handeln der internationalen Arbeiterklasse, daß der Marxismus-Leninismus die einzige Wissenschaft ist, deren Anwendung – entgegen allen bürgerlichen, reformistischen und revisionistischen Verfälschungen und Verleumdungen – die Völker in die lichten Höhen eines Lebens in Freiheit, Frieden und Wohlstand führt. Der Sieg des Kommunismus wird gleichzeitig ein triumphaler Sieg des Marxismus-Leninismus sein.

Das Programm stützt sich aber nicht nur auf die durch die Praxis tausendfach bestätigten marxistisch-leninistischen Lehren, sondern entwickelt sie auch – den gegenwärtigen Bedingungen entsprechend – weiter. Es analysiert die Erscheinungen des gegenwärtigen Entwicklungsprozesses, klärt wichtige, durch die gesellschaftliche Entwicklung herangereifte Probleme und erweitert, vervollständigt die Definition der

Kategorien der marxistisch-leninistischen Wissenschaft. Es bereichert damit das Arsenal der geistigen Waffen der kommunistischen Weltbewegung und ermöglicht dadurch noch schnelleren Fortschritt, größere Siege in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus.

Dadurch, daß sie die historische Entwicklung studierten und die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft aufdeckten, konnten die beiden genialen deutschen Gelehrten und Politiker Karl Marx und Friedrich Engels vor über 100 Jahren die Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung wissenschaftlich voraussehen. Heute, nach einem langen, aufopferungsvollen und opferreichen Kampf voller Siege und zeitweiliger Niederlagen, ist die Entwicklung so weit, daß die KPdSU mit ihrem Programm die unmittelbaren, nächsten Schritte festlegen kann, um den Kommunismus zu errichten. Der Aufbau des Kommunismus ist für die Volksmassen zu einer Aktionslosung geworden. Für jeden Menschen sind nun Weg und Methoden zur Erfüllung eines jahrhundertalten Traums der Völker, dessen Verwirklichung an der kapitalistischen Wirklichkeit scheitern mußte, klar sichtbar. Das Programm, eine Charta des Marxismus-Leninismus, zeugt von der hohen Wissenschaftlichkeit der Lehren von Marx und Engels. Es enthält keine Utopien, keine Phantastereien, wie das die Feinde der Arbeiterklasse bei allen Programmen der Kommunisten in Vergangenheit und Gegenwart behaupteten, obwohl sie durch die Praxis widerlegt wurden, sondern es ist Ausdruck des wohlüberlegten, geplanten, mit der objektiven Gesetzmäßigkeit übereinstimmenden Aufbaus einer neuen Gesellschaftsordnung.

Erforderte schon die Errichtung des Sozialismus von der Partei und den Volksmassen hohe Initiative, Schöpferkraft und Anstrengung, so verlangt der kommunistische Aufbau noch umfassendere Entfaltung aller Fähigkeiten und Kräfte. Die Rolle der Partei und der Volksmassen ist noch gewichtiger geworden. Von ihnen allein hängt der Triumph des Kommunismus ab. Dieses gigantische Aufbauwerk bestätigt erneut, daß die KPdSU die Vorhut der Arbeiterklasse der Welt ist, daß die Völker der Sowjetunion die Avantgarde der Menschheit sind.

Als erste kommunistische Partei hat die KPdSU die Volksmassen zum Sieg des Sozialismus geführt, als erste führt sie sie in den Kommunismus. Dabei verhalf und verhilft sie den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten zum Durchbruch, entwickelte und entwickelt sie die Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterklasse. So ist auch der Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion nicht allein Sache der KPdSU und der Völker dieses Landes, sondern aller Völker des sozialistischen Lagers. Durch die Zusammenarbeit der Länder des sozialistischen Weltsystems auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens wird einmal der kommunistische Aufbau in der Sowjetunion beschleunigt, zum anderen werden die übrigen Länder und damit das ganze sozialistische Lager gefestigt und der mehr oder minder gleichzeitige Übergang aller dieser Länder zum Kommunismus ermöglicht.

Deshalb geht das Programm der KPdSU auch jeden von uns an. Es eröffnet auch für Deutschland die Perspektive der Entwicklung zum



Sozialismus-Kommunismus, der die humanistischen Ideen der besten Vertreter des deutschen Geisteslebens der Vergangenheit verwirklicht und auch unserer Nation die volle Entfaltung aller ihrer schöpferischen Kräfte zum eigenen Nutzen und zum Wohle der ganzen Menschheit ermöglicht. Jeder von uns kann an der Verwirklichung des Programms mithelfen, mithelfen dadurch, daß er sich — angespornt und begeistert durch diesen einzigartigen Plan — nach seinen Kräften und an seinem Platz mit noch größerem Nachdruck für die Lösung der Grundfragen unserer Zeit einsetzt.

Im Programm wird als Hauptfrage der Gegenwart die Erhaltung des Friedens bezeichnet. „Die Bemühungen der Völker müssen darauf konzentriert werden, die Imperialisten rechtzeitig zu bändigen, ihnen die Möglichkeit zu nehmen, die tödliche Waffe einzusetzen.“<sup>1</sup> Das muß auch Verpflichtung für jeden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, dem westlichen Vorposten des sozialistischen Weltsystems, sein. Für die Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung ist der Frieden unabdingbare Voraussetzung. Deshalb ist unser Kampf um die Sicherung des Friedens und um die Stärkung unserer Republik die wichtigste Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus in Deutschland und trägt somit zum Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion bei.

Daß wir bereit sind, entsprechend zu handeln, daß auch von uns selbst abhängt, ob der Frieden erhalten wird, haben wir am 13. August dieses Jahres tatkräftig bewiesen, als wir den Kriegsbrandherd Westberlin unter Kontrolle nahmen und damit den westdeutschen Militaristen und Revanchisten, dem besonders aggressiven westdeutschen Imperialismus eine Niederlage zufügten, die selbst Adenauers Leiborgan „Rheinischer Merkur“ am 24. August eingestehen mußte. Den Bonner Ultras wurde mit Nachdruck ins Bewußtsein gerufen, wie es um das reale Kräfteverhältnis in der internationalen und nationalen Arena bestellt ist. „... die Welt des Kapitalismus schrumpft“<sup>2</sup> — das ist das unerbittliche Gesetz der historischen Entwicklung. Und das wurde auch am Brandenburger Tor in Berlin klar. Denn eine Ausdehnung des Bonner klerikal-faschistischen Regimes und der NATO auf ganz Deutschland hat es nicht gegeben und wird es niemals geben.

Der Kampf um den Frieden ist durch das Verdienst unserer Arbeiter- und Bauern-Macht in ein neues Stadium getreten. Wir haben die Pläne der Bonner Ultras — von Adenauer und Strauß nun zugegeben —, im Herbst dieses Jahres durch Provokationen in der DDR einen Vorwand zu schaffen, um den Frieden brechen zu können, entschlossen durchkreuzt und gezeigt, daß wir Versuche, unsere Republik zu unterminieren und durch Schieber und Spekulanten auszuplündern, nicht dulden.

Wir haben den Unverbesserlichen und ewig Gestrigen in Westdeutschland, die „von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“ auf ihr Panier geschrieben haben, die Waffe aus der Hand geschlagen und

<sup>1</sup> Programm der KPdSU (Entwurf). In: Einheit, 1961, Sonderheft, S. 37.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 2.

ihre Illusionen über einen „kleinen Krieg“ zu Asche werden lassen. Bei dem jetzigen Stand des internationalen Kräfteverhältnisses und der Waffentechnik muß jede als „kleiner Krieg“ angezettelte Aggression unweigerlich zum Weltkrieg, zum atomaren Inferno werden. Das wurde durch die Kraft und Entschlossenheit der Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik verhindert.

Ohne Zweifel trägt die Sowjetunion die Hauptlast im Kampf um den Frieden, zu dessen Sicherung sie — durch die forcierte atomare Kriegsrüstung der Westmächte gezwungen — die einstmals einseitig eingegangene Verpflichtung aufhob und die Kernwaffentests wieder aufnahm, ohne jedoch ihre Anstrengungen im Kampf um die allgemeine und vollständige Abrüstung zu vermindern. Die Maßnahmen vom 13. August lassen aber auch keinen Zweifel daran, daß sich unsere Republik ihrer besonderen Verpflichtung bewußt ist, am Brennpunkt der Auseinandersetzung zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen System den Frieden zu erhalten.

Der 13. August sicherte aber nicht nur den Frieden, sondern belehrte die Bonner Ultras auch sehr nachhaltig, daß ihre Spekulationen auf eine reaktionäre Entwicklung in unserer Republik anachronistisch, irrational sind. Der Schlag vom 13. August gegen die Kriegstreiber machte deutlich, daß unsere jahrelange Geduld, die brennenden Fragen durch Verhandlungen mit Bonn zu klären, keine Schwäche ist, sondern daß die Deutsche Demokratische Republik auf einem sicheren Fundament steht und fest und stark ist. Die Arbeiterklasse der Republik läßt sich nicht ins Gesicht spucken, sie ist entschlossen, ihre Macht auch weiterhin in die Waagschale der Geschichte zu legen.

Der 13. August gab Antwort auf die Frage, ob es „noch einmal anders kommt“. Und diese Antwort war sehr eindeutig und klar. Anders kommt es in Westdeutschland: Dort werden die Atomkriegsapostel und Ostlandreiter gebändigt, und die Friedenskräfte werden siegen. Die Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik ist nicht im geringsten gewillt, die so teuer erkämpfte Macht preiszugeben, um sich der Diktatur der Herren von Stahl und Kohle und der Krautjunker zu unterwerfen. Die Kampfgruppen am Brandenburger Tor sprachen doch eine deutliche Sprache. Imperialisten und Militaristen werden bei uns niemals wieder etwas zu sagen haben. Anders kommt es in Westdeutschland, weil die Entwicklung keinen Bogen um den westlichen Teil Deutschlands macht, weil die Zukunft uns, dem Sozialismus-Kommunismus gehört, wie das Programm der KPdSU erneut bestätigt. Auf unserer Seite sind Frieden, Humanismus, Demokratie und sozialer Fortschritt. Auf unserer Seite steht die mächtige, die Zukunft der Menschheit repräsentierende Sowjetunion, die jetzt das Weltall erobert und mit der wir in untrennbarer Freundschaft und Waffenbrüderschaft — dem Unterpfand unseres Sieges — verbunden sind, wie der Besuch des Kosmonauten German Titow und sein enthusiastischer Empfang durch die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik erneut unterstrichen. Dieser Besuch legte gleichzeitig unwider-



legliches Zeugnis ab von der Überlegenheit unseres stärksten Verbündeten, von der Überlegenheit des Sozialismus-Kommunismus. Auf unserer Seite stehen die anderen Völker des sozialistischen Weltsystems. Auf unserer Seite stehen Hunderte von Millionen Menschen in den neutralen Staaten, wie auf der Belgrader Konferenz, die dem Imperialismus eine eklatante Niederlage brachte, vor der Weltöffentlichkeit deutlich wurde. Gestützt auf diese Bundesgenossen, bestimmt die Deutsche Demokratische Republik die Perspektive, die Entwicklung zum Sozialismus in ganz Deutschland.

„Die wichtigste Triebkraft der revolutionären Umgestaltung der Welt ist die Arbeiterklasse, die konsequenteste revolutionäre Klasse“<sup>3</sup>, heißt es im Programm der KPdSU. Der 13. August verdeutlichte, daß allein die Arbeiterklasse – geleitet von ihrer marxistisch-leninistischen Partei – in der Lage ist, die Nation zu führen, bei der Lösung der deutschen Frage die Initiative zu ergreifen und voranzugehen. Die Erhaltung des Friedens ist das Kernproblem bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland. Der Deutsche Friedensplan – beredter Ausdruck der nationalen Grundkonzeption der Politik der Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Partei – zeigt den Weg zur Klärung der brennenden Fragen der Gegenwart: zur Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und zur Wiedervereinigung durch eine deutsche Konföderation.

Die Bonner Imperialisten und Militaristen aber stehen einer friedlichen Lösung dieser Probleme entgegen. Seit eh und je sind sie auf reaktionäre Gewalt, auf Feuer und Schwert eingeschworen. Heute betreiben sie intensiver als je zuvor die atomare Aufrüstung ihrer auf Aggression gedrillten Armee. Die Erhaltung des Friedens durch den Abschluß eines Friedensvertrages aber hat gerade deswegen keine Weile. Der Kampf, der geführt wird, um den Krieg zu bannen und die Einheit Deutschlands wiederherzustellen, ist Klassenkampf. In dieser Auseinandersetzung um die Lebensfragen unserer Nation stehen sich die Arbeiterklasse sowie alle patriotischen Kräfte in Deutschland und die Clique der Imperialisten und Militaristen in Westdeutschland gegenüber. Die Geschichte lehrt, daß den fortschrittlichen Kräften von den überlebten gesellschaftlichen Kräften nichts geschenkt wird, daß die Arbeiterklasse nur durch intensiven Kampf ihre von den Interessen der Nation getragene Politik durchsetzen kann. So sind auch zur Sicherung des Friedens große Anstrengungen und manche Opfer nötig. Für uns bedeutet das z. B., Veränderungen im Volkswirtschaftsplan vorzunehmen. Der Abschluß des deutschen Friedensvertrages und die weitere Stärkung unserer Republik aber werden die Vorbedingungen schaffen, um mit konzentrierter Kraft durch die ökonomische Hauptaufgabe zu lösen.

Die Voraussetzung, um die Spaltung unserer Nation zu überwinden, ist die Beseitigung des westdeutschen Imperialismus und Militarismus, der aus brutalem Klasseninteresse den Westen unserer Heimat den Pariser

<sup>3</sup> Ebenda, S. 6.

Verträgen unterworfen und in die NATO eingegliedert und so aus dem deutschen Nationalverband herausgerissen hat. Der 13. August muß Anlaß für viele Deutsche sein, die nationale Frage bis zu Ende zu durchdenken. Mehr denn je ist heute — wie Walter Ulbricht so treffend sagte — Denken erste Bürgerpflicht. Nicht die Spaltung ist das Problem, sondern die Herrschaft des deutschen Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland, deren Folge sie ist. Also müssen wir Deutsche selbst — und das ist ganz allein unsere Angelegenheit und nicht die der Großmächte — die Ursache beseitigen.

Die westdeutschen Imperialisten und Militaristen sowie ihre Soldschreiber setzen alles daran, um von diesem Kernproblem durch das Gefasel von Einheit und Freiheit abzulenken. Aber Einheit unter den geschworenen Verderbern der deutschen Nation, Freiheit für Atomkriegshetzer und Revanchisten kann und wird es nicht geben. Es kann und wird nur die Einheit aller friedliebenden Deutschen und die Freiheit für sie geben, den Militarismus zu beseitigen, den Frieden zu sichern, konsequent demokratische Verhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen und den Sozialismus zu errichten.

An der Spitze des Kampfes um die Beseitigung des westdeutschen Militarismus steht die Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Partei, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Die friedliebenden, nationalgesinnten Kräfte in Westdeutschland müssen aber auch selbst zur Erfüllung dieser lebenswichtigen Aufgabe beitragen, vor allem die Arbeiterklasse, ohne die dieses nationale Anliegen nicht verwirklicht werden kann. Von ihr hängt es in entscheidendem Maße ab, ob in den Westzonen eine parlamentarisch-demokratische Ordnung errichtet wird. In Westdeutschland müssen solche Kräfte die Regierung übernehmen, die bereit sind, eine friedliche Politik zu betreiben, wie sie die illegal kämpfende KPD fordert, eine Politik, die der antinationalen Bonner Konzeption der Unterordnung unter die USA entgegengesetzt ist und den von der Deutschen Demokratischen Republik täglich angetretenen Gegenbeweis gibt zu Strauß' verhängnisvoller These, daß „Deutschland heute kein souveräner Nationalstaat mehr sein“ kann, „der das Gesetz seiner eigenen Politik bestimmt“. Das sind besonders die Kräfte der Arbeiterschaft, aber auch der Bauern, der Intelligenz und des Bürgertums, die für die allgemeine und vollständige Abrüstung und die militärische Neutralität Deutschlands eintreten.

Die Politik der Stärke und des Revanchismus hat bankrott gemacht. Das müssen selbst einflußreiche Kreise der Bourgeoisie anerkennen, deren Ansichten der „Industriekurier“ am 19. August zum Ausdruck brachte, als er schrieb, daß man die Existenz der DDR „nicht beharrlich politisch ignorieren kann“, daß man die geschaffenen Tatsachen hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze berücksichtigen, daß der Westen die ihn belastenden politischen Vorstellungen über Bord werfen und sich überhaupt auf Verhandlungen einstellen müsse. Die Bonner Ultras und Herr Brandt, die sich am 14. August gemeinsam nach dem „letzten Risiko“ heiser schrien,

wurden von den Westmächten zurückgepfiffen. Ihre Politik hat keine Perspektive.

Die Gemeinsamkeit der Militaristen und der rechten SPD-Führer, die beide — unbelehrbar — ihre bankrotte Politik fortzusetzen suchen, zeigte sich nicht nur in der Forderung nach dem Atomkrieg am 14. August. Bereits seit langem ist deutlich sichtbar, daß die Brandt-Mannschaft keine Alternative zur Politik der Bonner Ultras hat, daß sie die gleiche Politik wie die Militaristen betreibt. Vor rund 30 Jahren warnten die Kommunisten anlässlich der Reichstagswahl: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Und sie hatten recht. Heute warnen die Kommunisten anlässlich der Bundestagswahl: „Wer Adenauer oder Brandt wählt, wählt den Krieg!“ Wie die Tatsachen lehren, will sowohl Adenauer wie Brandt den Krieg. Herr Brandt, der seine Ignoranz über die Triebkräfte der Entwicklung in Geschichte und Gegenwart wiederholt in aller Öffentlichkeit unter traurigen Beweis stellte, wie z. B. seine antiquierte Hohenzollern-Anbetung und seine psychologisch sehr eindeutig qualifizierbare Reaktion auf den 13. August zeigten, liefert dafür im Namen und Auftrag seiner „Mannschaft“ in seinem „Regierungsprogramm“ den schlagendsten Beweis. In diesem Programm erklären die rechten SPD-Führer, daß sie „unverrückbar an der Seite des Westens“ stehen und „Treue zur NATO“ bewahren. Sie sprechen sich in diesem Programm gegen einen Verzicht auf die allgemeine Wehrpflicht aus und treten für die Verfügungsgewalt der westdeutschen Militaristen über atomare Waffen ein. Innenpolitisch solidarisieren sie sich mit SA-Schröders Notstandsgesetzgebung.

Schon diese wenigen Punkte belegen eindeutig, daß die rechten SPD-Führer die Lebensinteressen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern der ganzen Nation verraten und die abenteuerliche Aggressionspolitik des westdeutschen Imperialismus und Militarismus zu der ihren gemacht haben. Sie sind offen in das Lager der Todfeinde der deutschen Nation, mit denen sie eine gemeinsame ideologische Basis, der Antikommunismus, verbindet, übergegangen und suchen mit Hilfe des von ihnen beherrschten Parteiapparats den imperialistischen Einfluß noch stärker in die westdeutsche Arbeiterklasse hineinzutragen, um SPD und DGB gleichzuschalten und die Arbeiter der Atomkriegspolitik der Verderber unserer Nation zu unterwerfen. „Die heutige rechte Sozialdemokratie ist nach wie vor die wichtigste ideologische und politische Stütze der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung“<sup>4</sup>, wird im Programm der KPdSU festgestellt. Es ist an der Zeit, daß die Mitglieder und Funktionäre der SPD, die eine proletarische Klassenlinie vertreten, sich von den abenteuerlichen bürgerlichen Führern der SPD, die nicht mit der Zeit, wiesie behaupten, sondern gegen sie gehen und im Lager des Feindes stehen, trennen. Der Kampf ist gegen Adenauer und Brandt zu führen. Die Mitglieder und Funktionäre der SPD sollten erkennen, daß das Programm von Godesberg auf den überlebten, sterben-

<sup>4</sup> Ebenda, S. 35.



den Kapitalismus orientiert und daß vom Programm der KPdSU die Kraft des zukunftssträchtigen Kommunismus ausgeht. Sie sollten sich auf die Zukunft orientieren und an Hand dieses Programms die westdeutsche Arbeiterklasse aktivieren und im Kampf um die Lösung der Lebensfragen unserer Nation in die erste Reihe führen.

Um den Frieden zu erhalten und die deutsche Frage friedlich zu lösen, ist die größtmögliche Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik die Hauptaufgabe. Auch in dieser Hinsicht hat das Programm der KPdSU besondere Bedeutung für uns sowohl auf ökonomischem als auch auf politischem und ideologischem Gebiet. Auch damit helfen wir entscheidend, das sozialistische Weltssystem zu stärken und den Kommunismus im Weltmaßstab durchzusetzen.

Die Zeit der Vorbereitung unserer Volkswahlen gab unzählige Beweise für die wachsende Initiative und Aktivität der Werktätigen unserer Republik, für ihre Entschlossenheit, unsere Republik zu verteidigen, für das gewachsene politische Bewußtsein ihrer Kraft und ihrer Möglichkeiten, auf die Gestaltung unserer Gegenwart und Zukunft einzuwirken. Das Aktionsprogramm der Arbeiterschaft für die nächste Zeit fand im Brief der KWO-Brigaden „Otto Krahmann“ und „Anton Saefkow“ seinen Niederschlag. „Schlagt die Militaristen mit Taten in der sozialistischen Produktion, und der Deutsche Friedensplan wird Wirklichkeit.“ Das ist der Kern dieses Aktionsprogramms. Es begeistert immer breitere Kreise der Werktätigen, gute Qualität in der Produktion zu liefern und den Plan termingerecht zu erfüllen, um unsere Republik auch wirtschaftlich zu stärken, unsere Wirtschaft vor Störungen des westdeutschen Monopolkapitals zu sichern und den sozialistischen Aufbau zu forcieren. „Die Interessen des sozialistischen und des kommunistischen Aufbaus“, so wird im Programm der KPdSU gesagt, „erfordern von jedem sozialistischen Land, daß es die Bemühungen um die Stärkung und Entwicklung seiner nationalen Wirtschaft mit Bemühungen um die Festigung und Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen der gesamten sozialistischen Gemeinschaft verbindet.“<sup>5</sup> In diesem Sinne handeln die Werktätigen unserer Republik.

Großer Elan zeichnet unsere Arbeiter und Genossenschaftsbauern aus. Vom hohen Grad ihres politischen Verantwortungsbewußtseins zeugen solche Losungen wie: „Wer gut arbeitet, arbeitet für den Arbeiter-und-Bauern-Staat; wer schlecht arbeitet, unterstützt die Bonner Ultras.“ An die Schöpferkraft aller Werktätigen appellieren solche Losungen wie: „Mehr mit dem Kopf arbeiten und wir sparen Millionen.“ Allen diesen Losungen, von Arbeitern aufgestellt, folgen Taten, von Arbeitern vollbracht. „Je stärker die Deutsche Demokratische Republik, desto stärker der Friede in Deutschland.“ Das war der Ausgangspunkt für das von den Arbeitern des VEB Elektrokohle in Berlin vorgeschlagene Produktionsaufgebot für die Vorbereitung des Friedensvertrages. Mit diesem Auf-

<sup>5</sup> Ebenda, S. 85.



gebot wollen sie unter der Losung: „In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren!“, alle Werktätigen mobilisieren, die Präzision und Zuverlässigkeit in der Arbeit zu erhöhen, die Arbeitszeit voll auszunutzen, die Arbeitsorganisation zu verbessern, Reserven aufzudecken, die Arbeitsproduktivität zu steigern, die Qualität der Arbeit zu erhöhen und noch sparsamer mit Material umzugehen. Immer mehr Werktätige aus Industrie, Landwirtschaft und Handel schließen sich diesem Produktionsaufgebot an, aus dem sich eine Volksbewegung zur Stärkung unserer Republik zu entwickeln beginnt.

Hier kommt zum Ausdruck, daß die Arbeiter erkannt haben, daß ihr Staat nur durch sie selbst gestärkt werden kann, daß alles, was dem entgegensteht, Nachlässigkeit, Gleichgültigkeit usw., mit Schwung aus dem Weg geräumt werden muß, daß die Festigung unserer Republik eminente nationale und internationale Bedeutung hat. Hier kommt auch die hohe Moral der Erbauer des Sozialismus zum Ausdruck, die sich — begeistert vom Programm der KPdSU — nach der Moral orientieren, die die Sowjetmenschen beim Aufbau des Kommunismus auszeichnet. Hier zeigt sich das Wesen der sozialistischen Demokratie, das Mitarbeiten, Mitplanen und Mitregieren. Hier zeigt sich, daß es wahre Selbstbestimmung nur dort gibt, wo Imperialisten und Militaristen nichts mehr zu bestimmen haben.

Die Initiative und der Elan der Arbeiterklasse wirkt sich beispielgebend, mobilisierend auf alle anderen Schichten der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik aus, die in guten Taten zur Stärkung unserer Republik nicht nachstehen wollen. Gewissenhafte Erfüllung der Planaufgaben, verlustlose Einbringung der Ernte und gute Versorgung der Bevölkerung — das sind entscheidende *politische* Taten für die Sicherung des Friedens und die Stärkung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht. Es wird deutlich, daß die politisch-moralische Einheit der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik gewachsen ist und sich weiter festigt und entwickelt. „Jeder Bürger, alle Männer, Frauen und Jugendlichen“, sagte Walter Ulbricht, „dienen ihrer Republik und dem Frieden, wenn sie ihren ganzen Ideenreichtum und Fleiß in den Dienst des großen Zieles stellen: die Deutsche Demokratische Republik als Bollwerk des Friedens gegen den deutschen Militarismus und die Gefahr eines neuen Krieges stark zu machen, keine Rückständigkeit und Schlamperei zu dulden, der feindlichen Hetze mutig entgegenzutreten und überall die Sache des Sozialismus zu verteidigen, die die Sache des Volkes ist.“<sup>6</sup>

Im Kampf um die Lösung der Grundfragen wird das Programm der KPdSU die Werktätigen unserer Republik zu noch größeren Anstrengungen anspornen, macht es doch auch für uns die Perspektive klar, die heißt: Sozialismus und Kommunismus. Schon vor Jahren sagte unsere Partei: Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen. Das gilt angesichts der Aufbaus des Kommunismus im ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat der Welt heute mehr denn je.

<sup>6</sup> Neues Deutschland (B), 26. August 1961.

## Imperialistischer oder demokratischer Frieden?

Über Friedensverträge, den deutschen Militarismus und die rechten SPD-Führer

Die Geschichte unseres Jahrhunderts zeigt, daß der deutsche Imperialismus, dem beträchtliche ökonomische und militärische Kräfte zu Gebote stehen und dem eine besonders ausgeprägte Aggressivität eigen ist, in seinem Profit- und Expansionsstreben gesetzmäßig zum Kriege drängt und Weltkriege auslöst. Die Klassengrundlage der deutschen Kriegspolitik unter Wilhelm II., Hitler und Adenauer war und ist in ihren Grundzügen identisch. Die Kriegspartei, die in Deutschland 1914 wie 1939 an der Macht war und die in Westdeutschland an der Macht ist, das sind die brutalsten, reaktionärsten und aggressivsten Kreise der imperialistischen Bourgeoisie, die alle chauvinistischen und militaristischen Elemente um sich gesammelt haben. Die heutige Politik der Adenauer-CDU ist nichts anderes als der Versuch, die alte, antidemokratische, besonders aggressive Grundkonzeption des deutschen Monopolkapitals (Zerschlagung der Arbeiterbewegung im eigenen Lande, Errichtung der Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in Europa, Streben nach Weltherrschaft) unter den neuen Bedingungen, wie sie im Gefolge der totalen Niederlage des faschistischen Deutschlands im zweiten Weltkrieg entstanden, zu verwirklichen.

Die einzige Alternative zu dieser volksfeindlichen und antinationalen Konzeption des deutschen Imperialismus und Militarismus besteht im Sturz der Monopolbourgeoisie und in der Durchsetzung wahrhaft demokratischer Verhältnisse in Deutschland. Die deutsche Arbeiterklasse entwickelte sich, entsprechend ihrer historischen Rolle, zu der Kraft, die das Wesen dieser nationalen Aufgabe verstanden hat und in der Lage ist, das nationale Grundproblem des deutschen Volkes zu lösen. In diesem Kampf, in dem sie durch ihre marxistisch-leninistische Partei geführt wird, vertritt die Arbeiterklasse mit ihren eigenen Klasseninteressen zugleich die nationalen Interessen des gesamten Volkes. Deshalb entwickelte sich auch die Partei der deutschen Arbeiterklasse, die KPD, „als die große antiimperialistische, demokratische und sozialistische Kraft. Sie konzentrierte alle Anstrengungen darauf, die Massen in der großen antiimperialistischen Einheitsfront zu sammeln und zu organisieren, sie in den Kampf zum Sturz der imperialistischen Kräfte zu führen und der wahren Demokratie im Innern zum Durchbruch zu verhelfen.“<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Walter Ulbricht: Des deutschen Volkes Weg und Ziel. In: Einheit, 1959, Heft 9, S. 1173.

Die gegenwärtigen Bedingungen des Kampfes um die Lösung der nationalen Frage in Deutschland werden in erster Linie bestimmt durch ein entscheidend verändertes Verhältnis zwischen den Kräften des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus-Kommunismus auf der einen und den Kräften des Krieges, der Reaktion und des faulenden kapitalistischen Systems auf der anderen Seite. „Im Mittelpunkt der jetzigen Epoche steht die internationale Arbeiterklasse und das Wichtigste, was sie hervorgebracht hat: das Weltsystem des Sozialismus.“<sup>2</sup> Diese Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses kommt in Deutschland in hervorragender Weise durch die bestimmende Rolle der DDR, des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates, zum Ausdruck, deren führende politische Kraft, die SED, auf ihrem V. Parteitag ein Friedensprogramm entwickelte, das den Interessen des deutschen Volkes entspricht. Der V. Parteitag erklärte: „Die Sicherung des Friedens ist zum Hauptinhalt der Deutschlandfrage geworden.“<sup>3</sup>

Die Sicherung des Friedens in Deutschland ist eine Klassenfrage. Das wurde ganz unmißverständlich auch durch die Potsdamer Konferenz festgestellt, die nach den Worten N. S. Chruschtschows die Verpflichtung festlegte, „die Gewaltherrschaft der Kartelle, Syndikate und anderer Monopolgesellschaften in der deutschen Wirtschaft zu beseitigen, das heißt all der Kräfte, die seinerzeit Hitler zur Macht brachten und seine militärischen Abenteuer begünstigten und finanzierten“<sup>4</sup>. Das war ein großer Erfolg der sozialistischen Sowjetunion, die den Hauptanteil an der Niederwerfung des faschistischen deutschen Imperialismus hatte, und der internationalen Arbeiterklasse, die „niemals... der Einheit so nahe gewesen war wie in jenen Jahren“<sup>5</sup> und die an der Spitze eines machtvollen Aufschwungs der demokratischen Bewegung in den kapitalistischen Ländern stand. Ein deutscher Friedensvertrag ist kein formal-juristisches Problem, sondern international und national ein Objekt des Klassenkampfes. Die Sowjetregierung hat es in ihrem Memorandum an Bonn klar ausgesprochen, „daß diejenigen, die Revancheideen hegen und so die Bundesrepublik auf einen verhängnisvollen Weg treiben, gezügelt und ihre Positionen im deutschen Volk untergraben werden müssen. Ein Mittel dazu ist der sofortige Abschluß eines deutschen Friedensvertrags...“<sup>6</sup> Die Sicherung des Friedens in Deutschland erfordert deshalb in erster Linie die weitere Stärkung der DDR sowie der demokratischen Kräfte in ganz Deutschland, an deren Spitze die Arbeiterklasse steht.

<sup>2</sup> Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 18.

<sup>3</sup> Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 10. bis 16. Juli 1958, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 1335.

<sup>4</sup> N. S. Chruschtschow: Für den Sieg im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 555.

<sup>5</sup> Grundlagen des Marxismus-Leninismus, Lehrbuch, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 419.

<sup>6</sup> Neues Deutschland (B), 5. August 1961.



Im Krieg der Antihitlerkoalition gegen Hitlerdeutschland ging es um die Vernichtung des deutschen Militarismus und Faschismus und um die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens in Europa.<sup>7</sup> Diese den Interessen aller Völker und auch des deutschen Volkes entsprechenden demokratischen Ziele fanden ihren völkerrechtlichen Ausdruck im Potsdamer Abkommen. Die Bonner Restauratoren des deutschen Militarismus und klerikalen Epigonen der Nazidiktatur aber verleumdten den gerechten Vernichtungskampf der Völker gegen den faschistischen deutschen Imperialismus. Schon im Jahre 1955 stellte die Adenauerregierung im Verbotsprozeß gegen die KPD durch ihren Prozeßvertreter Prof. Dr. Kaufmann, einen Nazijuristen, die anmaßende Behauptung auf, daß das Potsdamer Abkommen keinen völkerrechtlichen Vertrag, sondern eine völkerrechtswidrige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates darstelle und für den westdeutschen Staat nicht bindend sei.<sup>8</sup>

Warum hat der Chef des westdeutschen Regimes verkündet, daß sein Alpdruck „Potsdam“ heiße, warum hat dieses Regime die Mißachtung und verlogene Diffamierung des demokratischen Vorfriedens von Potsdam zum Fundament seiner Staatsdoktrin und zum Leitmotiv seiner Innen- und Außenpolitik gemacht? Weil der Bonner Staat als Machtinstrument des deutschen Imperialismus und Militarismus dessen antinationale und antidemokratische Grundkonzeption weiterführt und sich als politischer Erbe des Nazistaates fühlt, weil die im zweiten Weltkrieg vernichtend geschlagenen deutschen Militaristen davon träumen, „auf der richtigen Seite“ den zweiten Weltkrieg fortsetzen zu können, der nach Meinung des Herrn Strauß noch nicht beendet ist, mit dem Ziel, eine Korrektur seiner Ergebnisse im Interesse der Bonner Ultras und Militaristen herbeiführen zu können.

Der zweite Weltkrieg aber ist und bleibt beendet. Das wird durch einen Friedensvertrag besiegelt werden, der sich auf der Linie des Potsdamer Abkommens bewegt. Unter den heutigen internationalen Verhältnissen ist nur eine demokratische Friedensregelung möglich, die die Interessen der Völker und nicht die imperialistischer Regierungen, die Interessen der Arbeiterklasse, die den bestimmenden Einfluß auf das Weltgeschehen ausübt, und nicht die räuberischer Monopolistengruppen zum Ausdruck bringt. Die Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus-Kommunismus sind heute in der Welt stark genug, um eine Friedensregelung in Deutschland auf demokratischer Grundlage durchzusetzen. Die internationale Arbeiterklasse und das Weltsystem des Sozialismus „sind die Gewähr des Sieges im Kampfe für Frieden, Demokratie, nationale Befreiung, Sozialismus und Fortschritt“<sup>9</sup>. Die nationale Sicherheit des gesamten deutschen

<sup>7</sup> Vgl. ebenda.

<sup>8</sup> Vgl. Weißbuch der KPD über die mündl. Verhandlung im Verbotsprozeß vor dem Bundesverfassungsgericht..., Berlin 1955, S. 26/27 und 32.

<sup>9</sup> Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien..., S. 18.

Volkes, der DDR, der Sowjetunion und zahlreicher anderer Staaten erfordert gegenwärtig die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges durch den Abschluß eines Friedensvertrages, der den westdeutschen Militarismus und Revanchismus in die Schranken weist. Diesem Ziel dient der Deutsche Friedensplan. Er ist das Programm des Kampfes für den deutschen Friedensvertrag, für die Annäherung der beiden deutschen Staaten, für ein demokratisches, militärisch neutrales Deutschland. Der wichtigste Schritt, um diese Grundkonzeption zu verwirklichen, ist jetzt der Abschluß eines Friedensvertrages, der den westdeutschen Abenteurern den Weg versperrt.<sup>10</sup>

Der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages noch im Jahre 1961 ist deshalb erforderlich, weil die Bonner Epigonen Hitlers und Görings keinen Zweifel lassen, daß und in welcher Richtung sie den Hitlerkrieg fortsetzen wollen. Die Grundsatzentschließung des Parteivorstandes der Adenauer-CDU vom 11. Juli 1961 fordert offen die Eroberung der DDR durch den Bonner Militärstaat und seine Verbündeten und die Unterwerfung ganz Deutschlands unter die NATO. Daher sind die westdeutschen Militaristen wütende Gegner eines demokratischen Friedensvertrages. In ihrer skrupellosen Hetze gegen die Friedensvorschläge der UdSSR bedienen sie sich eines verleumderischen Vergleichs mit dem Versailler Diktat. Wir werden sehen, mit welchem Recht und zu welchem Zweck.

### *1. Der deutsche Militarismus, das Versailler Diktat und die NATO-Politik*

Der imperialistische erste Weltkrieg wurde durch einen imperialistischen Gewaltfrieden beendet. Der Versailler Friedensvertrag war ein imperialistischer Raubfrieden, der mit Waffengewalt und mit der knöchernen Hand des Hungers dem deutschen Volke aufgezwungen wurde, „einem Volke, vor dem sich bei Ausbruch der Novemberrevolution die Kriegsverbrecher ängstlich verkrochen und der Hauptverbrecher des Krieges ins Ausland floh...“<sup>11</sup>

Das Versailler Diktat diente dazu, das Hauptkriegsziel der Westmächte zu verwirklichen: Deutschland als konkurrenzfähige Großmacht auszuschalten, ohne seine Ausbeuterordnung anzutasten. Deutschland sollte in eine Halbkolonie der amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten verwandelt werden. Der deutschen Großbourgeoisie wurde die Rolle eines Zwischenmeisters bei der Ausbeutung der werktätigen Klassen durch das amerikanisch-englisch-französische Finanzkapital zugebilligt. Das Entsetzen der imperialistischen Westmächte über den Sieg der russischen Arbeiter und Bauern in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und ihre Furcht vor der Revolution in Deutschland bestärkten sie in der Ten-

<sup>10</sup> Vgl. Walter Ulbricht: Rede im Kabelwerk Oberspree. In: Neues Deutschland (B), 11. August 1961.

<sup>11</sup> Wilhelm Pieck: Zu einigen Problemen der Geschichte der KPD. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1961, Heft 1, S. 11.

denz, mit Hilfe des „Friedens“diktats die Grundlagen des deutschen Imperialismus und Militarismus im Interesse des Weltimperialismus zu erhalten und zu sichern. Deshalb billigte das Diktat den deutschen Imperialisten eine Kaderarmee zur Niederhaltung der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland und zum Krieg gegen Sowjetrußland zu.

Die deutschen Imperialisten benutzten eifrig die von der Entente gebotenen Möglichkeiten, systematisch den Revanchekrieg vorzubereiten. Daß sie für die Befriedigung ihrer räuberischen Expansionsbestrebungen und im Interesse der Westmächte an der antisowjetischen Intervention teilnahmen, auf diese Weise Deutschland völlig isolierten und mit gebundenen Händen der Gnade und Ungnade der imperialistischen Sieger überlieferten — das macht den nationalen Verrat der deutschen Monopolisten, Junker und Militaristen und ihrer Handlanger von Schlage Eberts, Noskes und Kautskys besonders deutlich.

Die führenden finanzkapitalistischen Kreise verstanden sehr gut, daß der Versailler Vertrag die Beteiligung des deutschen Monopolkapitals an der Ausplünderung des deutschen Volkes durch die imperialistischen Siegermächte zuließ und daß er zugleich dazu diente, die revolutionäre Bewegung in Deutschland gemeinsam niederzuhalten und einen Damm zwischen Deutschland und dem revolutionären Rußland aufzuwerfen. Gleichzeitig aber bedienten sie sich vermittels ihrer direkten Sprecher in den Rechtsparteien des Versailler Vertrages als Instrument zur Entfachung einer wilden chauvinistischen Hetze — die sich bekanntlich noch zehn und zwölf Jahre später als sehr geeignet erwies, der Nazipartei Massenanhang zu verschaffen. Sie zogen es vor, die Unterzeichnung des Vertrages der „Weimarer Koalition“ zu überlassen und damit den SPD-Führern und ihren Koalitionspartnern vor der öffentlichen Meinung die Verantwortung für die Kriegsfolgen zuzuschieben.

Der Versailler Vertrag war gegen die antiimperialistischen Kräfte Deutschlands gerichtet, er war faktisch ein Bündnis der amerikanisch-englisch-französischen imperialistischen Reaktion mit der deutschen bürgerlich-junkerlichen Konterrevolution gegen die revolutionäre Bewegung der deutschen Arbeiterklasse. Er unterdrückte brutal die Entwicklung der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes und begünstigte damit die Wiederherstellung der Positionen des Militarismus. Indem die Westmächte im Verfolg ihrer imperialistischen Klassenziele die deutschen Friedenskräfte bekämpften, unterstützten sie die der Kriegsvorbereitung dienende chauvinistische und revanchistische Verhetzung breiter Volksschichten. Versailles „hat die Errichtung des Hitlerregimes in Deutschland gefördert und in nicht geringem Maße auch die Entfesselung des zweiten Weltkrieges“<sup>12</sup>.

Der Versailler Vertrag erhielt den deutschen Militarismus nicht allein als Büttel gegen die deutsche Arbeiterklasse, sondern auch als Stoßkeil gegen Sowjetrußland. Das bestätigten die Westmächte nicht nur durch die

<sup>12</sup> N. S. Chruschtschow: Für den Sieg im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus, S. 55.



Legalisierung der deutschen Intervention im Baltikum, sondern auch noch Jahre danach. Auf der Locarno-Konferenz billigten sie, daß der deutsche Imperialismus es ablehnte, die deutsche Ostgrenze als unveränderlich anzuerkennen.

Auf diese Grundlinie der Politik der Westmächte spekulierten später, im zweiten Weltkrieg, die finanzkapitalistischen Hintermänner der Hitlerbande, als sie begriffen, daß dieser Krieg ein für sie katastrophales Ende nehmen würde. Die von Goerdeler vertretene Konzeption des imperialistischen Auswegs aus dem verlorenen Kriege sah vor, „den Westalliierten die Front zu öffnen, um das militärische Potential der deutschen Armee der anglo-amerikanischen Armee anzugliedern, den antifaschistischen Krieg in einen Krieg gegen die Sowjetunion umzuwandeln“<sup>13</sup>. Das heißt, man erstrebte im Grunde eine Neuauflage des Versailler Friedens, die wieder um den Preis der Unterwerfung unter die Westmächte die Grundlagen des deutschen Imperialismus und Militarismus retten und eine demokratische Entwicklung in Deutschland verhindern sollte.

Doch das war damals nicht mehr möglich. Der Krieg hatte infolge der Aktivität der Volksmassen in den vom Hitlerfaschismus überfallenen und brutal terrorisierten Ländern und in erster Linie infolge des Eintritts der Sowjetunion in den Krieg den Charakter eines antifaschistischen Befreiungskrieges angenommen. Es war die Antihitlerkoalition entstanden, die dem deutschen Imperialismus eine vernichtende Niederlage beibrachte. Die Vereinigten Staaten von Amerika, England sowie das sich später anschließende Frankreich mußten, obwohl sie selbst imperialistische Ziele verfolgten, gemeinsam mit der Sowjetunion in Gestalt des Potsdamer Abkommens einen demokratischen Vorfrieden für Deutschland abschließen. Darin kamen die Stärkung des Sozialismus und die gewachsene Rolle der Volksmassen zum Ausdruck. Die Unterzeichner verpflichteten sich, den Faschismus in Deutschland radikal auszurotten, Deutschland völlig zu entmilitarisieren, die ökonomische Macht des Monopolkapitals zu zerschlagen, die Kriegsverbrecher zu bestrafen, damit von hier nie wieder eine Gefahr für den Frieden in der Welt und eine tödliche Bedrohung der Existenz anderer Völker ausgehen könne.

Die Verpflichtungen des Potsdamer Abkommens wurden von der Sowjetunion getreu erfüllt. Das erleichterte es der deutschen Arbeiterklasse, im Osten Deutschlands die antifaschistisch-demokratische Umwälzung zu vollziehen und zum Aufbau des Sozialismus überzugehen, d. h. die grundlegenden Lehren aus der deutschen Geschichte, insbesondere des 20. Jahrhunderts, zu ziehen. Die drei imperialistischen Besatzungsmächte hingegen verrieten in dem Maße, wie es den reaktionären, aggressiven imperialistischen Kräften in den USA, in Großbritannien und Frankreich gelang, die demokratischen Kräfte des Volkes unter schwerem antikommunistischem Feuer zurückzudrängen und sich vom Boden der Antihitlerkoalition hinweg-

---

<sup>13</sup> Walter Ulbricht: Die DDR ist ihres Sieges gewiß, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 167/168.

zustehen, die Grundsätze des Potsdamer Abkommens und damit den Geist nicht nur der Vereinbarungen von Teheran und Jalta, sondern auch der westalliierten Beschlüsse z. B. von Casablanca, und halfen, die Macht der deutschen Imperialisten und Militaristen wiederzuerrichten.

Die Politik der Westmächte gegenüber dem besiegten Deutschland nach 1945 hat in ihren Grundzügen vieles gemeinsam mit der Politik der Ententemächte nach dem ersten Weltkrieg, die im Versailler System ihren Ausdruck fand. „Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs, die der deutschen Bundesrepublik die Pariser Verträge aufgedrängt haben, versuchen faktisch, die Nachkriegsverhältnisse in Europa auf einer historisch überlebten Grundlage, ähnlich dem Versailler Vertrag, zu gestalten, was grundfalsch ist und zu noch verhängnisvolleren Ergebnissen führen kann.“<sup>14</sup> Um diese imperialistischen Pläne durchzusetzen, wurden in den Westzonen die Vereinigung der Arbeiterbewegung verhindert und die Ansätze einer demokratischen Entwicklung abgewürgt, Deutschland gespalten, der westdeutsche Separatstaat gebildet und damit Westdeutschland aus dem deutschen Nationalverband herausgelöst. Eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung der Pläne der USA-Imperialisten spielte der Marshallplan, der von den Führungen der bürgerlichen Parteien und der SPD in Westdeutschland begrüßt wurde. Der Marshallplan, der auf die Festigung der kapitalistischen Ordnung in Europa, vor allem auch in Westdeutschland abzielte, brachte die Spaltung Deutschlands, die Rettung der Macht der deutschen Imperialisten und die doppelte Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterschaft durch das deutsche und amerikanische Monopolkapital. Der Marshallplan wollte die deutsche Monopolherrschaft als Zentrum einer europäischen kapitalistischen Wirtschaft wiederherstellen. Er wurde dazu benutzt, die alten Pläne der deutschen Imperialisten erneut aufzunehmen, diesmal unter Führung des USA-Imperialismus.

Diese mit dem Marshallplan eingeleitete Politik der Westmächte wurde mit dem Abschluß des Generalvertrages und des EVG-Vertrages im Jahre 1952 fortgesetzt, die die Grundlage für die Remilitarisierung Westdeutschlands bildeten. Die Pariser Verträge vom Jahre 1954 sowie die Einbeziehung Westdeutschlands in den aggressiven Nordatlantikpakt gestatteten den westdeutschen Imperialisten und Militaristen, in verstärktem Maße die Aufrüstung und Remilitarisierung voranzutreiben. „Gerade die Pariser Verträge sollten den Weg frei machen ... für die Errichtung der Herrschaft des deutschen Militarismus und Neonazismus. Die Pariser Verträge waren und sind in keiner Weise zu vereinbaren mit dem Potsdamer Abkommen und den Zielen der Antihitlerkoalition.“<sup>15</sup>

Die Politik des Bruches des Potsdamer Abkommens, der systematischen Züchtung des westdeutschen Monopolkapitalismus und Militarismus, ins-

---

<sup>14</sup> N. S. Chruschtschow: Für den Sieg im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus, S. 55.

<sup>15</sup> Programmathe Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 24.

besondere durch die USA-Imperialisten, haben zu solchen Spannungen in Europa und besonders in Deutschland geführt, daß der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages auf der Grundlage der Prinzipien des Potsdamer Abkommens unumgänglich geworden ist.

Die Politik der Adenauerclique entspricht dem Wesen der Politik der deutschen imperialistischen Bourgeoisie im Rahmen des Versailler Systems. Um den Preis der Unterwerfung der Westzonen Deutschlands unter das Diktat der imperialistischen Westmächte, insbesondere aber der USA, erlangten die deutschen Monopolisten die Möglichkeit, ihre Machtpositionen zu retten und erneut zu festigen. Diese Politik der Lostrennung der Westzonen aus dem deutschen Nationalverband, die vom deutschen Monopolkapital unter Führung der Adenauerregierung betrieben wurde, bedeutete die Preisgabe der nationalen Interessen, des nationalen Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes zugunsten der egoistischen Klasseninteressen der Monopolisten und Großgrundbesitzer. „Aus der Niederlage Hitlerdeutschlands im zweiten Weltkrieg hat die Bonner Regierung die Schlußfolgerung gezogen, daß die räuberische Politik des deutschen Monopolkapitals und seiner Hitlergenerale noch einmal versucht werden soll, indem auf eine deutsche nationalstaatliche Politik verzichtet und Westdeutschland in einen NATO-Staat, in einen Satellitenstaat der USA verwandelt wurde.“<sup>16</sup>

Indem die deutschen Militaristen und Imperialisten konsequent diese volksfeindliche Politik durchführten, vereitelten sie die nationale Wiedervereinigung Deutschlands zugunsten der Wiederaufrüstung und der Vorbereitung eines Revanchekrieges. Bonn erstrebt hartnäckig die Aufhebung auch der letzten Rüstungsbeschränkungen für Westdeutschland in den Pariser Verträgen, unternimmt jedoch keinen einzigen Schritt, um eine Revision der Klauseln zu erreichen, die die Wiedervereinigung Deutschlands zu einer alleinigen Angelegenheit der Westmächte erklären.

Sowohl durch den Versailler Vertrag von 1919 als auch durch die Pariser Verträge von 1954 wurde das imperialistische Deutschland zum Vasallen der Westmächte. Weil aber im Ergebnis des Sieges der Sowjetunion über Hitlerdeutschland der 1919 errichtete antisowjetische Cordon sanitaire von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zusammengebrochen und die 1919 verhinderte siegreiche antiimperialistische Revolution in Mitteleuropa nach 1945 zur unumstößlichen Tatsache geworden war, wurde der monopolkapitalistisch gebliebene Teil Deutschlands das einzige ernste Bollwerk des Imperialismus gegen den Sozialismus in Europa. Der deutsche Militarismus, der aus eigener Kraft nicht wieder auf die Beine gekommen wäre, wurde zum europäischen Favoriten des USA-Imperialismus. Während er sich den USA völlig ergeben hat, beutet er zugleich seine relative Monopolstellung als Hauptverbündeter der USA in Europa im Sinne seiner revanchistischen Ambitionen allseitig aus. Heute geht der westdeutsche Satelli-

<sup>16</sup> Beschluß des Ministerrates der DDR vom 12. August 1961. In: Neues Deutschland (B), 13. August 1961.



tenstaat der USA bereits dazu über, seine westeuropäischen Verbündeten seinerseits in Satelliten des westdeutschen Imperialismus zu verwandeln. Systematisch streben die Bonner Machthaber danach, die NATO in ein Instrument ihrer eigenen Aggressionspolitik zu verwandeln, damit ihre Verbündeten ihre Haut für die Interessen der westdeutschen Abenteurer zu Markte tragen. Diese Entwicklung verstärkt die Gefährlichkeit des westdeutschen Imperialismus und Militarismus und erhöht die Kriegsgefahr in Europa.

Wir sehen, daß die deutsche imperialistische Bourgeoisie nach 1918 und nach 1945 aus ihrer Niederlage die gleichen anachronistischen Schlüsse zog. Jedoch ist der deutsche Imperialismus der Ära Adenauer heute, 16 Jahre nach der vernichtenden Niederlage des deutschen Militarismus im zweiten Weltkrieg, infolge der aktiven Unterstützung der Westmächte eine größere Gefahr für den Weltfrieden, als es der faschistische Imperialismus 16 Jahre nach dem ersten Weltkrieg war. Damals mußte Hitler die Remilitarisierung noch tarnen und die Friedensschalmei blasen. Heute verfügt der deutsche Militarismus bereits über eine legale Massenarmee, und der Bonner Kanzler und seine Minister betreiben unverhüllte Kriegshetze. „Die Militarisierung, zügellose revanchistische Leidenschaften, der Kult des Hasses und der Feindschaft gegenüber dem Kommunismus und allem Neuen und Fortschrittlichen, die Wiedergeburt der großdeutschen Traditionen und Stimmungen — das ist es, was heute das Gesicht des westdeutschen Staates bestimmt.“<sup>17</sup> Aber das wachsende Übergewicht der Kräfte des Sozialismus und des Friedens gestaltet die Lage des westdeutschen Imperialismus absolut perspektivlos. Eine demokratische Friedensregelung wird die Bonner Militaristen zügeln, ihre Positionen im deutschen Volke untergraben und den Kräften des Friedens und der Demokratie in Westdeutschland Auftrieb geben.

Im Gegensatz zur Deutschlandpolitik der NATO haben die sowjetischen Friedensvertragsvorschläge mit dem imperialistischen Versailler Diktat nichts gemein. Der Versailler Vertrag machte den deutschen Militarismus zum Kettenhund der Westmächte. In unübersehbarem Gegensatz dazu sieht der sowjetische Friedensvertragsentwurf vom 10. Januar 1959, der von den Prinzipien des Potsdamer Abkommens ausgeht, im Interesse des deutschen Volkes und aller anderen Völker vor, den deutschen Militarismus und Faschismus zu liquidieren, um „Deutschland die Möglichkeit einer friedlichen und demokratischen Entwicklung und einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit anderen Staaten als gleichberechtigtes Mitglied der Völkerfamilie zu garantieren“<sup>18</sup>. Es ist also ein übles demagogisches Ablenkungsmanöver der imperialistischen westdeutschen Propagandamaschine, wenn sie, allen historischen Tatsachen widersprechend, zwischen den

<sup>17</sup> Fernsehrede N. S. Chruschtschows. In: Neues Deutschland (B), 8. August 1961.

<sup>18</sup> Aus der Präambel des sowjetischen Friedensvertragsentwurfs vom 10. Januar 1959. In: Deutsche Außenpolitik, 1959, Sonderheft: Für einen Friedensvertrag mit Deutschland, S. 3.

sowjetischen Friedensvertragsentwurf und dem Versailler Diktat Gleichheitszeichen setzt und versucht, mit dem Schlagwort vom „Über-Versailles“ die westdeutsche Bevölkerung chauvinistisch zu verhetzen.

Während der Versailler Vertrag die Souveränität Deutschlands auf verschiedenen Gebieten wesentlich einschränkte (z. B. durch die Einrichtung interalliiierter Kontrollkommissionen, die Internationalisierung der Ströme, die faktische Aufhebung der Lufthoheit, Übergang der Zollhoheit im besetzten Gebiet an die Besatzungsmächte), spricht sich der sowjetische Vertragsentwurf für die Anerkennung der „vollen Souveränität des deutschen Volkes über Deutschland, einschließlich seiner Territorialgewässer und des Luftraumes“ aus (Artikel 3). Während der Versailler Vertrag das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes aushöhlte, wird es im Friedensvertragsentwurf der UdSSR ausdrücklich bestätigt und in ihrem Memorandum an die Regierung der Vereinigten Staaten noch dahingehend unterstrichen, daß die Großmächte sich zur Anerkennung jeder Vereinbarung beider deutscher Staaten hinsichtlich der Friedensregelung und der Wiedervereinigung verpflichten sollen.<sup>19</sup> Während der Versailler Vertrag die Besetzung großer Teile Deutschlands durch fremde Truppen festlegte, verlangt der sowjetische Entwurf eines Friedensvertrages ausdrücklich den alsbaldigen Abzug ausländischer Truppen und will für die Zukunft jede Stationierung fremder Streitkräfte auf deutschem Boden verbieten (Artikel 30). Während der Versailler Vertrag ausgeklügelte Bestimmungen zur Ausplünderung des werktätigen deutschen Volkes enthielt und auf Jahrzehnte hinaus Reparationszahlungen verlangte (noch der 1929, d. h. elf Jahre nach Kriegsende, entstandene Youngplan legte deutsche Reparationsverpflichtungen bis 1988 fest!), heißt es in dem sowjetischen Entwurf: „Die Frage der Zahlung von Reparationen durch Deutschland zur Wiedergutmachung des den Verbündeten und Vereinten Mächten während des Krieges von ihm zugefügten Schadens gilt als vollständig geregelt, und die Verbündeten und Vereinten Mächte verzichten auf alle Ansprüche an Deutschland hinsichtlich der weiteren Zahlung von Reparationen“ (Artikel 41). Schon dieser knappe Vergleich einiger wesentlicher Bestimmungen beider Dokumente bestätigt, daß der Versailler Vertrag ein gegen das deutsche Volk gerichteter Raubfrieden war, während der sowjetische Entwurf einen demokratischen Friedensvertrag vorschlägt, der den nationalen Belangen des deutschen Volkes in vollem Maße gerecht wird.

Die diffamierende Gleichsetzung des sowjetischen Friedensdokuments mit dem Versailler Diktat ist nicht zuletzt deshalb historisch absurd, weil die Sowjetunion als einziger Staat den Versailler Vertrag nicht nur nicht unterzeichnete, sondern ihn als imperialistischen Raub- und Gewaltfrieden entlarvte und im Vertrag von Rapallo ausdrücklich auf die von den Ententemächten in Versailles reservierten Rechte gegenüber Deutschland verzichtete.

---

<sup>19</sup> Vgl. Neues Deutschland (B), 11. Juni 1961.

## *II. Die rechten SPD-Führer und die Friedensverträge*

Die mit den aggressivsten Kreisen des westdeutschen und internationalen Rüstungskapitals verfilzte SPD-Führung hat keine Alternative zur Politik der Bonner Ultras und Revanchisten zu bieten. Das antikommunistische Programm von Godesberg und die bedingungslose Kapitulation vor der Kriegspartei des deutschen Imperialismus, die Wehner und Erler am 30. Juni 1960 vor dem Bundestag verkündeten, kennzeichnen den offenen Übergang der rechten SPD-Führung ins Kriegslager des westdeutschen Imperialismus. Die Brandt-Mannschaft, die die Führung der SPD an sich gerissen hat, wetteifert mit Adenauer und Strauß um die Krone des besten Verfechters der aggressiven Ziele des deutschen Finanzkapitals.

Seit Jahren bemüht sich die rechte SPD-Führung, insbesondere die vom Standpunkt der Imperialisten aus ärgste Folge der Niederlage Hitlerdeutschlands, die Existenz einer Arbeiter-und-Bauern-Macht auf deutschem Boden, aus der Welt zu schaffen. Doch ihre irrealen Vorstellungen, daß man dem sozialistischen Lager die DDR „abkaufen“ könne, waren von Anfang an widersinnig, weil sie die Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Weltsystems ignorierten. Und der von dem Mitglied der Brandt-Mannschaft Carlo Schmid zur „Aufweichung“ der DDR inaugurierte Deutschlandplan der SPD erwies sich fatalerweise als Bumerang, so daß er von Herbert Wehner widerrufen wurde. Aber sie hören nicht auf, mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen. Brandt bramarbasierte auf dem Wahlkongreß der SPD am 28. April 1961: „Die neue Bundesregierung wird jedem Versuche wehren, die Zwei-Staaten-Theorie in unser Denken aufzunehmen.“<sup>20</sup> Die ohnmächtige Wut, die den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten angesichts der ruhigen und kraftvollen Maßnahmen der DDR vor der Weltöffentlichkeit erfaßt, vermag nur die Perspektivlosigkeit des Volksverräters zu demonstrieren, der sich dem deutschen Militarismus verkauft hat. Die in den neutralen und selbst in den imperialistischen Ländern sich häufenden Forderungen nach offizieller Anerkennung der DDR zeigen nur zu deutlich, in welche Sackgasse die rechtssozialdemokratische Führerclique bei ihrem Bemühen geraten ist, die Bonner Militaristen rechts zu überholen.

Die rechte Führung der SPD versichert bei jeder Gelegenheit, daß sie nicht nur fest auf dem Boden der in Westdeutschland bestehenden imperialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung steht, sondern auch bedingungslos die landesverräterischen Pariser Verträge und die NATO-Politik verfehlt. Es ist offenkundiger Volksbetrug, wenn der „Vorwärts“ vom 3. Mai 1961 von der Verkündung des Regierungsprogramms der Brandt-Mannschaft unter der Überschrift „Eine klare Alternative“ berichtete. In der Tat bietet dieses Programm in den Lebensfragen der Nation auch nicht die Spur einer Alternative. Brandt verkündete in Bonn, eine Regierung

---

<sup>20</sup> Vorwärts (Bonn), 3. Mai 1961.



unter seiner Führung werde „unverrückbar an der Seite des Westens“ verharren, „die Verteidigungspolitik in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der NATO„führen“, „die notwendigen (Rüstungs-)Lasten auch dem eigenen Volk zumuten müssen“, insbesondere aber den „aktiven Anspruch“ auf die Eroberung der DDR nicht aufgeben.

Gerade in bezug auf die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland beeilte sich die Brandt-Wehner-Clique, den Wünschen Adenauers und Strauß' hundertprozentig zu entsprechen. Brandt schrieb am 5. April 1961 triumphierend, seine Mannschaft stünde uneingeschränkt auf dem Boden der Außenpolitik der CDU: „Ihre Angriffe gehen ins Leere, weil unsere außenpolitische Konzeption nicht angreifbar ist, es sei denn, die CDU wollte ihre eigenen Grundlagen erschüttern.“<sup>21</sup> Die rechte Führung der SPD empfand die Friedensvertragsinitiative der Sowjetregierung und der Regierung der DDR als genau so bedrohlich, wies sie mit der gleichen Vehemenz und Ideenlosigkeit zurück wie die Adenauer-Strauß-Clique. So fand auch der CDU-Bundestagspräsident Gerstenmaier den Beifall der SPD-Führer, als er am 30. Juni 1961 das sowjetische Memorandum mit verleumderischen Argumenten ablehnte und revanchistische Ansprüche erhob, indem er forderte, „daß ein Friedensvertrag die definitive Bereinigung der materiellen und rechtlichen Fragen bringen muß, die sich aus dem zweiten Weltkrieg ergeben. Dazu gehört die Frage der Reichsgrenze“<sup>22</sup> (der Reichsgrenze! Nicht der bestehenden deutschen Grenzen — d. Verf.). „Die Sozialdemokratische Partei stellt sich auf den Boden der Erklärung des Bundestagspräsidenten“, versicherte Erich Ollenhauer. Willy Brandt „bezeichnete... die Erklärung des Bundestagspräsidenten als eine große Leistung“<sup>23</sup>. Und der „Vorwärts“ vom 5. Juli 1961 schrieb: „Die Sozialdemokratische Partei kann heute sagen..., daß die politische Konzeption des 30. Juni 1960 ihre volle Bestätigung erhalten hat.“ So gestehen die rechten SPD-Führer offen ein, daß ihre „Konzeption“ gerade darin besteht, auf jegliche selbständige Politik zu verzichten und sich bedingungslos die Konzeption der Kriegs- und Revanchepartei zu eigen zu machen.

Die Brandt-Wehner-Führung der SPD lehnt als Reserve der Adenauer, Strauß und Gerstenmaier einen demokratischen Friedensvertrag ab, weil er die Positionen und Pläne der deutschen Imperialisten und Militaristen bedroht. Zur Begründung dieser antinationalen Haltung operiert sie, wie auch Brontano und Gerstenmaier, mit der Lüge vom „Über-Versailles“ und spielt sich als Verteidiger des Selbstbestimmungsrechts auf. Wir müssen demgegenüber feststellen: Den rechten SPD-Führern steht am wenigsten zu, von einem drohenden neuen Versailles im Zusammenhang mit dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu faseln, denn die einzige Chance für das deutsche Volk nach dem ersten Weltkrieg, dem Diktat von Versailles zu entgehen, ist gerade durch rechte sozialdemokratische Führer

<sup>21</sup> Vorwärts, 5. April 1961.

<sup>22</sup> Vorwärts, 5. Juli 1961.

<sup>23</sup> Ebenda.

zunichte gemacht worden. Die rechten SPD-Führer ließen sich in ihrer Politik von den Interessen der Imperialisten und Militaristen leiten und nahmen eine imperialistische Vergewaltigung des deutschen Volkes in Kauf, nur um die Herrschaft der Bourgeoisie und die Positionen des Militarismus nicht zu gefährden. Sie organisierten im Interesse der deutschen Militaristen die Annahme des Vertrags und übernahmen durch die Unterschrift ihres Parteivorsitzenden, des Außenministers Hermann Müller, vor aller Welt die Verantwortung für die nationale Katastrophe. Es erwies sich an ihrer Haltung: Wer die Revolution abwürgte, wer sich grundsätzlich gegen Sowjetrußland, für die imperialistischen Westmächte entschied, der mußte auch die nationalen Interessen des deutschen Volkes in Versailles verraten.

Die Zukunft der Nation zu sichern — das bewiesen eindeutig der erste vom deutschen Imperialismus verlorene Weltkrieg und der ihm entspringende knechtende Versailler Vertrag —, forderte die Vernichtung des Militarismus und die Liquidierung seiner sozialen Basis, der Monopolbourgeoisie und des Junkertums. Insofern muß man die Novemberrevolution und die zur Verteidigung ihrer Errungenschaften geführten Massenkämpfe im Frühjahr 1919 in außenpolitischer Sicht als heroische Versuche des revolutionären Teils der deutschen Arbeiterklasse werten, durch die Entmachtung der Schuldigen an der nationalen Katastrophe und ihrer rechtsozialistischen Platzhalter das nationale Selbstbestimmungsrecht zu sichern und die Unterjochung des deutschen Volkes durch das amerikanisch-englisch-französische Finanzkapital abzuwenden. Die blutige Unterdrückung dieser Versuche durch die rechten Sozialdemokraten, die solchermaßen erreichte Diskreditierung Deutschlands in den Augen der Arbeiterschaft und der demokratischen Kräfte Westeuropas sowie die im Interesse der deutschen und der westlichen Imperialisten durch die Ebert-Scheidemann erzwungene Isolierung der deutschen Revolution von der russischen ermöglichten es erst den Siegermächten, einen derart ungeheuerlichen Raubfrieden zu diktieren. Man muß sich einmal vergegenwärtigen, um wieviel anders die Lage eines Deutschlands gewesen wäre, dessen Volksmassen ihre Bedrücker entmachtet und die Kriegsverbrecher zur Verantwortung gezogen hätten, den Ruf zur Solidarität an die werktätigen Massen der imperialistischen Siegerländer hätten richten können, eines Deutschlands, das die Unterstützung durch Sowjetrußland genutzt hätte!

Doch Ebert und seinesgleichen, die die Arbeiterklasse und deren sozialistische Ideale verrieten, die die Revolution verabscheuten, fürchteten die Stimme und die Tat der Massen. 1914 hatten sie das Kriegsverbrechen erleichtert, indem sie die Arbeiter überrumpelten. 1919 ermöglichten sie das Friedensdiktat, beherrscht von keiner größeren Sorge als der, daß die Arbeiterklasse sich ihrer Auslieferung an das Weltkapital durch die Revolution widersetzen könnte. Niemanden gingen die unerhörten Forderungen der Sieger mehr an, als die Volksmassen, die fronen und zahlen sollten. Aber sie wurden über die Absicht, den Ententeimperialisten die Beute zu apportieren, getäuscht. Am 10. Mai 1919 empfahl der Parteivorsitzende der

SPD, Hermann Müller, in einer Sitzung der sozialdemokratischen Abgeordneten der Nationalversammlung, der Mitglieder des Parteausschusses, der Redakteure und der Regierungsmitglieder der SPD, „die endgültige Stellungnahme der Partei wenigstens vor der Öffentlichkeit noch nicht auszusprechen“<sup>24</sup>. Am 12. Mai machte der sozialdemokratische Regierungschef, Scheidemann, vor dem Plenum der Nationalversammlung die bekannten demagogischen Ausführungen, die in dem Satz gipfelten: „Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?“<sup>25</sup> Derselbe Scheidemann malte sich aber schon die Schwierigkeiten aus, die entstehen würden, wenn wirklich „nein“ gesagt würde.<sup>26</sup> Was für „Schwierigkeiten“ befürchteten die rechten SPD-Führer denn von der Ablehnung des Diktats? Eduard David, ein anderer prominenter Vertreter der damaligen Führung der SPD, schrieb dazu: „Was würde geschehen sein, wenn ein Nein gesprochen worden wäre? ... der Ausbruch der linksradikalen Revolution, die rasch unter kommunistische Führung und zu bolschewistischen Formen gekommen wäre.“<sup>27</sup> Sie fürchteten mit Recht, daß ein Volkswiderstand gegen die imperialistischen Sieger freilich nicht für ein imperialistisch-militaristisches Deutschland geleistet worden wäre, sondern zugleich den Sturz des deutschen Imperialismus und die Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht zum Ziele gehabt hätte. Gerade deshalb auch die Täuschung vom 12. Mai, die Regierung werde ablehnen; gerade deshalb auch das Ausweichen vor einer Volksbefragung.

Die Manöver der SPD-Fraktion und -Regierung brachten die bürgerlich-nationalistischen Erwägungen der sozialdemokratischen Führer zum Ausdruck und waren darauf berechnet, Aktionen zu verhüten. Die Ablehnung eines Appells an die Volksmassen war die selbstverständliche Konsequenz der Abwürgung der Bewegung der Massen in der Novemberrevolution. Von größtem Einfluß auf die Haltung der SPD-Führung waren die Wünsche der kaiserlichen Offiziere, die an der Spitze der Noskeschen Freikorps standen bzw. sich in reaktionären Offiziersbünden sammelten. Wenn die bewaffneten Kräfte der Konterrevolution erhalten bleiben sollten, mußte das Diktat akzeptiert werden. Andererseits attackierten die Herren Generale aus Prestige Gründen die Forderung nach Auslieferung der Kriegsverbrecher. In den Noten an die Entente und den offiziellen Stellungnahmen zu den Friedensbedingungen spielten daher die Einwände gegen die Auslieferungsparagraphen eine große Rolle.

Die Angst der rechten sozialdemokratischen Führer vor den Arbeitermassen war groß genug, um dem Militaristenklüngel eine ausgesprochene Erpressertaktik zu erlauben. Die Militärs forderten durch den Mund Noskes

<sup>24</sup> Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv, (abgekürzt IML, Archiv) Scheidemann-Akte, Bl. 101.

<sup>25</sup> Philipp Scheidemann: Memoiren eines Sozialdemokraten, II. Bd., Dresden 1928, S. 367.

<sup>26</sup> Vgl. ebenda, S. 369.

<sup>27</sup> Eduard David: Die Nationalversammlung und ihr Werk. In: Friedrich Ebert und seine Zeit, Charlottenburg o. J., S. 251/252.



von der SPD-Führung die Annahme des Diktats. Das Protokoll der Sitzung der sozialdemokratischen Nationalversammlungsfraktion am 19. Juni 1919 verzeichnet: „Dr. David und Noske... treten letztlich für Unterzeichnung ein. Noske unter eingehender Darlegung der Gutachten der Generalität...“<sup>28</sup> Unmittelbar darauf aber drohten sie damit, bei der „Aufrechterhaltung der Ordnung“, wie Noske die blutige Niederwerfung der Arbeiterschaft zynisch nannte, nicht mehr „mitzumachen“.<sup>29</sup> Die sozialdemokratischen Führer begriffen sofort, daß sie sich bei der Erfüllung ihrer Funktion als Platzhalter der imperialistischen Großbourgeoisie den Generalen unterzuordnen hatten: „Die Gefahr, daß die Truppe auseinanderfalle, sei schwer, aber schwerwiegender sei noch, daß bei einem Nein sofort der kommunistisch-spartakistische Aufruhr beginne. Es sei aber auch die Möglichkeit vorhanden, daß nicht die ganze Truppe auseinanderfalle. Noske müsse sich deshalb mit dem ganzen Eindruck seiner Persönlichkeit an die Truppen wenden. Die Fraktion beschließt, den Genossen Noske zu bitten, in dieser Stunde unter allen Umständen auszuharren.“<sup>30</sup> Die Lüttwitz und Maercker „harrten aus“. Und die SPD-Führer rechneten mit dem Zentrum und den Demokraten die Stimmen zusammen, die am Nachmittag des 23. Juni 1919 die Annahme des Diktats in der Nationalversammlung gewährleisteten. In der letzten Fraktionssitzung vor der bedingungslosen Kapitulation hielt Severing für das Protokoll fest, daß alles, was die SPD-Führer vor dieser Kapitulation gesagt und getan hatten, „nichts weiter als taktische Gesten waren“<sup>31</sup>.

Solche Haltung rückte die rechten SPD-Führer als Interessenvertreter des Imperialismus und Militarismus an die Seite der chauvinistischen Vertreter der nationalen Belange auf dem anderen Flügel des Parlaments. Man beschienigte sich denn auch wechselseitig ausdrücklich die „nationalen Motive“ seiner Haltung.

Damals wie heute verrieten die rechten SPD-Führer auch in der Friedensfrage die Interessen der Arbeiterklasse, die zugleich die wahren Interessen der Nation sind. Damals wie heute versuchten sie, ihren Verrat mit nationalistischer Phraseologie zu bemänteln und zu motivieren. Das „Ja“, das sie zu Nutz und Frommen des vaterlandslosen Finanzkapitals und des Militarismus zum imperialistischen Versailler Frieden sagten, steht nicht für sich allein. Es ergab sich ganz folgerichtig und unausweichlich daraus, daß die SPD-Führer am 9. November 1918 für den deutschen Imperialismus und Militarismus, den die revolutionäre Bewegung der Arbeiter und Soldaten geschlagen hatte, in die Bresche sprangen und mit allen ihnen zu Gebote stehenden politischen, ideologischen und militärischen Mitteln die Macht der Monopolbourgeoisie und des Junkertums retteten.

Von der Zustimmung zum Burgfrieden am 4. August 1914 über den Eintritt in die bankrotte kaiserliche Regierung am Vorabend der November-

<sup>28</sup> IML, Archiv, Scheidemann-Akte, Bl. 107.

<sup>29</sup> Ebenda, Bl. 121 (Fraktionssitzung vom 23. Juni 1919).

<sup>30</sup> Ebenda.

<sup>31</sup> Ebenda, Bl. 120.

revolution, das militärisch-politische Bündnis mit Groener und Hindenburg und die Arbeitsgemeinschaft mit den Monopolisten in den Novembertagen, die Januar- und März-Schlachten gegen das klassenbewußte Proletariat, die führende und prinzipiell begründete Mitwirkung bei der Aufrichtung des großbourgeoisien Weimarer Staates bis zum Eintreten für den Versailler Schandfrieden führt ein schnurgerader Weg. Es ist der Weg des Opportunismus und Revisionismus, der pseudo-sozialistischen und pseudo-demokratischen Agentur des Imperialismus in der Arbeiterbewegung, der über viele folgenschwere Akte des Klassenverrats – die zugleich Akte des nationalen Verrats und des Verrats am Frieden waren – nach Godesberg und Hannover führte.

Die Abenteurer und Karrieristen vom Schlage der Brandt und Wehner, Schmid und Erler, die heute die Politik der SPD bestimmen, aber mit der Arbeiterbewegung nichts gemein haben, zogen aus dem Bankrott eines halben Jahrhunderts SPD-Politik gerade den Schluß, daß es eben nicht mehr genügt, als opportunistische und reformistische Quacksalber mit dem Imperialismus zu paktieren und ihm in Krisenzeiten aus der Patsche zu helfen, sondern daß es gelte, die SPD aus einer reformistischen Hilfstruppe der Bourgeoisie in den politischen Stoßtrupp des aggressiven deutschen Imperialismus umzuwandeln und als solchen an die Macht zu bringen oder durch eine imperialistische Koalition Anteil an der Macht zu gewinnen. So vollendet sich der Weg dieser imperialistischen Agentur in der deutschen Arbeiterbewegung.

Die westdeutschen Arbeiter, vor allem die Mitglieder der SPD, müssen aus dieser unumstößlichen Tatsache, die eine Genesis von Jahrzehnten hat, alle Konsequenzen ziehen und mit der proimperialistischen Führerclique, die die SPD politisch liquidiert, radikal brechen. Nur in dem Maße, wie die Mehrheit der westdeutschen Arbeiter eine feste Klassenposition bezieht, den Kampf gegen Kriegsgefahr und Militarismus prinzipiell führt und einen erfolgreichen Kampf für die Überwindung des Imperialismus und die Beseitigung seiner Grundlagen entwickelt, wird der Weg frei für die allmähliche, schrittweise Wiedervereinigung beider deutscher Staaten auf friedlicher und demokratischer, d. h. antiimperialistischer Grundlage. Der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages wird den Bonner Ultras einen schweren Schlag versetzen, die Arbeiter und die friedlichen Bürger Westdeutschlands die Perspektive klarer sehen lassen und die Entwicklung des Kampfes gegen den westdeutschen Imperialismus, für die Sicherung des Friedens in Deutschland beschleunigen.

### *III. Die nationale Alternative der Arbeiterklasse*

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution, die die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus einleitete, „bedeutete auch eine tiefgreifende Wende in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, da sie den Prozeß der Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Partei

der deutschen Arbeiterklasse beschleunigte<sup>32</sup>. Mit der Gründung der KPD wurde der Grundstein für die Wiederherstellung der revolutionären Einheit der deutschen Arbeiterklasse gelegt, die die Voraussetzung für die Lösung des nationalen Grundproblems in Deutschland bildet. Die KPD war die einzige Partei in Deutschland, die eine wahrhaft nationale Politik entwickelte. In ihren Aufrufen und Beschlüssen deckte sie die Gesetzmäßigkeit der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands auf und unterstrich den Klasseninhalt des Kampfes um den Frieden und um die Lösung der nationalen Frage. Sie wies nach, daß die Zukunft der Nation nur auf dem historisch gesetzmäßigen Wege des sozialen Fortschritts zu sichern ist, durch die Überwindung der überlebten, reaktionären Kräfte des Imperialismus, die — wie die Erfahrungen der deutschen Geschichte beweisen — periodisch sogar die bloße Existenz der Nation aufs Spiel setzten. Deshalb führte sie den Kampf für die Beseitigung des deutschen Imperialismus und Militarismus, die Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und ein enges Bündnis mit der Sowjetunion. Damit zeigte die KPD der Arbeiterklasse und allen friedliebenden und demokratischen Deutschen einen realen Ausweg aus der nationalen Notlage, der voll und ganz den nationalen Interessen des deutschen Volkes entsprach.

Die Kommunisten führten in der Zeit der Weimarer Republik einen konsequenten Kampf für die nationale Selbstbestimmung des deutschen Volkes und für die Liquidierung des Versailler Diktats. Bereits in ihren „Leitsätzen über den Frieden“ vom Mai 1919 verurteilte die Kommunistische Partei die räuberischen Friedensbedingungen und entlarvte die kriegsschuldigen deutschen Imperialisten und Militaristen und ihre sozialchauvinistischen Helfershelfer und Platzhalter als die für die nationale Katastrophe Verantwortlichen. „Die Friedensbedingungen der Entente gegenüber Deutschland sind die Bilanz der inneren und äußeren Politik, der wirtschaftlichen Lage Deutschlands nach viereinhalb Jahren eines verlorenen imperialistischen Präventivkrieges und nach sieben Monaten der politischen Neubefestigung der imperialistischen Klassen“<sup>33</sup> durch die Ebert, Noske und Scheidemann. Die KPD brandmarkte die feindselige Haltung gegenüber Sowjetrußland und die Orientierung auf die imperialistischen Westmächte als folgenschweren nationalen Verrat. „Damals in den Tagen des 9. November ... hatte das revolutionäre Deutschland zu entscheiden, ob es sich verständigen wollte mit dem revolutionären Rußland oder mit der imperialistischen Entente. In jenen Tagen fielen die Würfel und wurde der Weg gewählt, der zu dem Schmachtfrieden von Versailles führte.“<sup>34</sup>

---

<sup>32</sup> Die Gründung der SED — ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus. Thesen des Politbüros des ZK der SED zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1961, Sonderheft, S. 8/9.

<sup>33</sup> Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 3.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 11/12.



Die Politik der KPD beherzigte die geschichtliche Lehre, daß in der neuen Epoche der Weltgeschichte, die mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitet wurde, die Grundfragen der deutschen Nation niemals durch eine imperialistische Politik gelöst werden konnten. Die Kommunisten betonten stets, daß der Kampf um die nationale Freiheit des Volkes eng verbunden ist mit dem Kampf um Demokratie und Sozialismus, weil die Freiheit eines Volkes nur unter demokratischen und sozialistischen Verhältnissen zur höchsten Entfaltung gelangen kann. Von dieser grundlegenden Erkenntnis ging auch das Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom Jahre 1930 aus, wenn es die werktätigen Massen aufforderte, „vor allem gegen den Feind im eigenen Lande . . . zu kämpfen, um den Versailler Friedensvertrag zu zerreißen und seine Folgen zu beseitigen“. „Um das deutsche Volk zu befreien“, heißt es dort weiter, „genügt es nicht, die Macht des Auslandskapitals zu brechen, sondern die Herrschaft der eigenen Bourgeoisie . . . muß gleichzeitig gestürzt werden.“<sup>35</sup>

Diese von ihrer proletarischen Klassenposition bestimmte und zutiefst nationale Haltung der KPD zum Versailler Raubfrieden entsprach auch den Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Indem die Kommunisten stets den Kampf gegen den Imperialismus und Militarismus im eigenen Lande in den Vordergrund stellten, waren sie auch berechtigt, im Kampf gegen Versailles an die Solidarität der Arbeiterschaft Englands, Frankreichs und anderer Länder zu appellieren.

Unser gegenwärtiger Kampf um einen deutschen Friedensvertrag basiert auf den gleichen nationalen Gesichtspunkten wie der Kampf der KPD gegen das Versailler Diktat. Der Versailler Vertrag bewies, daß ein imperialistischer Frieden die Klasseninteressen der deutschen Imperialisten und Militaristen verteidigt, aber das nationale Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes unterdrückt und die Entwicklung wahrhaft demokratischer Verhältnisse hemmt. Die Geschichte des Versailler Vertrages lehrt, daß die nationale Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse und insbesondere der Werktätigen der DDR heute darin bestehen muß, alle Kräfte für den Abschluß eines demokratischen Friedens einzusetzen.

Das Potsdamer Abkommen, das eine Wiederkehr des deutschen Faschismus und Militarismus unmöglich machen und eine friedliche, demokratische Entwicklung in Deutschland gewährleisten sollte, zog damit wichtige Lehren aus beiden Weltkriegen und entsprach den grundlegenden Interessen der deutschen Nation. Die Beschlüsse von Potsdam gewährleisten somit – im Gegensatz zu Versailles – das nationale Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und legalisierten den Kampf der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten demokratischen Kräfte um die Beseitigung des Faschismus und Militarismus und der Machtstellung der Monopole.

---

<sup>35</sup> Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, 2. durchges. Aufl., Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 288.

Der sowjetische Friedensvertragsentwurf vom Januar 1959 basiert eindeutig auf den Grundprinzipien des Potsdamer Abkommens. Er enthält — unter Berücksichtigung der realen Lage in den beiden deutschen Staaten — Bestimmungen, die die Entwicklung militaristischer, neofaschistischer und revanchistischer Bestrebungen unmöglich machen und Garantien für die Durchsetzung demokratischer Verhältnisse in ganz Deutschland schaffen. Der sowjetische Friedensvertragsentwurf stellt somit insbesondere für die westdeutsche Bevölkerung eine echte Alternative zu den Pariser Verträgen dar, die die imperialistische Zielsetzung des Versailler Diktats fortsetzen, indem sie Westdeutschland an den aggressiven imperialistischen NATO-Block ketten.

Das Kräfteverhältnis in der Welt und auch in Deutschland zeigt die immer stärker werdende Überlegenheit der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus-Kommunismus. Die imperialistischen Kriegstreiber sind heute nicht mehr in der Lage, den friedliebenden Völkern ihren Willen aufzuzwingen. Die Möglichkeiten einer Restauration des Kapitalismus in den sozialistischen Staaten sind ein für allemal beseitigt. Die Politik der Stärke, die insbesondere von den revanchelüsternen Bonner Militaristen betrieben wird, erweist sich als aussichtslos. Das sozialistische Weltssystem und die internationale Arbeiterklasse besitzen die Kraft, um den westdeutschen Imperialisten und Militaristen bereits bei der Entfesselung eines Krieges in den Arm fallen zu können; es gäbe für sie heute nicht einmal mehr Aussicht auf Anfangserfolge.<sup>36</sup>

Die Maßnahmen der Regierung der DDR vom 13. August 1961 waren ein schwerer Schlag gegen die Kriegspläne der westdeutschen Militaristen, sie demonstrierten die reale Stärke unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht und retteten den Frieden in Deutschland und in der Welt. Durch sie wurden zugleich alle Grundfragen unserer Entwicklung sowie die Perspektive der DDR und der gesamten Nation deutlicher gemacht.

Die in die Sackgasse geratene Politik der Bonner Militaristen und Revanchisten zeigt, daß es den Kräften des deutschen Monopolkapitals und Junkertums nicht mehr gelingt, der Entwicklung der Nation ihren Stempel aufzudrücken, sondern daß immer mehr die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die Geschicke der deutschen Nation bestimmen. Gerade der 13. August machte es augenscheinlich, daß die deutsche Arbeiterklasse heute stark genug ist, im Bündnis mit allen friedliebenden Kräften des deutschen Volkes den Militarismus zu bändigen und den Imperialismus zurückzudrängen. Der bedeutendste Faktor ihrer Überlegenheit über den deutschen Imperialismus ist ihr Staat, die sozialistische DDR, die ein untrennbarer Bestandteil des sozialistischen Weltsystems ist. Daß die Arbeiterklasse in einem Drittel Deutschlands zur politisch herrschenden Klasse wurde, ist die sichere Gewähr für die Lösung der nationalen Frage. Der siegreiche Aufbau des Sozialismus in der DDR kennzeichnet, daß die Füh-

<sup>36</sup> Vgl. Walter Ulbricht: Fernsehansprache vom 15. September 1961. In: Neues Deutschland (B), 16. September 1961.

rung der Nation in die Hände der Arbeiterklasse übergegangen und daß auch in Deutschland der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus bereits in vollem Gange ist.

Er zeigt, daß der Sozialismus die Perspektive für ganz Deutschland ist. Angesichts dieser Perspektive wird die Wiedergeburt der Arbeiterbewegung in Westdeutschland im Geiste von Marx und Engels zur nationalen Notwendigkeit, denn sie bildet die Voraussetzung für die Durchsetzung der Hegemonie der Arbeiterklasse und für die Überwindung des Imperialismus auch in Westdeutschland.<sup>37</sup> Der enge Zusammenhang zwischen der Sicherung des Friedens und der Lösung der nationalen Frage in Deutschland besteht eben darin, daß im Zuge der Lösung der nächsten und wichtigsten Frage, der Friedensfrage, die imperialistischen Kräfte zurückgedrängt und damit wesentliche Voraussetzungen zur Lösung der nationalen Frage geschaffen werden. Die entscheidende Aufgabe besteht gegenwärtig darin, die DDR als Bastion des Sozialismus und des Friedens, als uneinnehmbares Bollwerk der deutschen Arbeiterklasse und aller anti-imperialistischen Kräfte weiter zu festigen und den Militarismus und Revanchismus in Westdeutschland zu bändigen.

Der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages wird das Kräfteverhältnis in Deutschland weiter wesentlich verändern und entscheidend dazu beitragen, den Kampf der Arbeiterklasse gegen den Imperialismus in Westdeutschland zu entwickeln und auch dort das notwendige Übergewicht der Kräfte des Friedens und der Demokratie herbeizuführen. Dann wird für das deutsche Volk und die Völker Europas der Frieden gesichert sein.

---

<sup>37</sup> Vgl. ebenda.



## Die Märzkonferenz der Spartakusgruppe 1916— ein Markstein auf dem Wege zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands

Das Jahr 1916 ist in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung während des ersten Weltkrieges dadurch gekennzeichnet, daß sich in dieser Zeit unter der Führung der Arbeiterklasse eine breite Massenbewegung gegen den imperialistischen Krieg zu entwickeln begann, die in der Novemberrevolution 1918, einer „der größten revolutionären Massenbewegungen der deutschen Arbeiterklasse gegen den volksfeindlichen Imperialismus und Militarismus“<sup>1</sup>, gipfelte. Einen Höhepunkt erreichte diese Bewegung mit dem ersten politischen Massenstreik der über sechzigtausend Arbeiter in Berlin und Braunschweig zur Verteidigung Karl Liebknechts nach seiner Verhaftung am 1. Mai. Dieser Streik war nicht nur eine Sympathiekundgebung für Karl Liebknecht, sondern war gegen den Krieg und seine Urheber, die Monopolisten, Junker und ihre Interessenvertreterin, die kaiserliche Regierung, gerichtet. Die Bedeutung dieser politischen Aktion ist um so höher einzuschätzen, als sie unter den Bedingungen des Belagerungszustandes, der in der Tat ein militärisches Zuchthaus für die werktätigen Schichten der Bevölkerung, vor allem für die Arbeiterklasse, bedeutete, zustande kam.

Die beginnende Massenbewegung war ein Ausdruck für den grundlegenden Widerspruch, der dem imperialistischen Deutschland innewohnte, den Widerspruch zwischen den Belangen des Volkes und den von Profitinteressen geleiteten aggressiven Bestrebungen des deutschen Imperialismus und Militarismus. Die gegen den Krieg gerichteten Aktionen waren aber nicht nur schlechthin ein Ausdruck für diesen Widerspruch, sie zeigten vor allem, daß die Massen, in erster Linie die Arbeiterklasse, sich über diesen Widerspruch mehr oder minder bewußt zu werden begannen.

Die Ursache für dieses Bewußtsein ist neben der objektiven Lage (die revolutionäre Situation reifte im Jahre 1916 schon sichtbar heran) in der intensiven revolutionären Antikriegsagitation der deutschen Linken zu suchen, die durch die illegale Flugblattagitation und das mutige Auftreten Karl Liebknechts im Parlament Klarheit über die Zusammenhänge des Krieges, über den Hauptfeind des deutschen Volkes im eigenen Land in die Massen trugen und somit deren Klassenbewußtsein weckten und stärkten.

<sup>1</sup> Thesen des Zentralkomitees zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution in Deutschland. In: Einheit, 1958, Heft 10, S. 1377.

Der Kampf der Spartakusgruppe, der darauf gerichtet war, das Klassenbewußtsein der Arbeiter wachzurütteln, um sie zu revolutionären Aktionen zu befähigen, konnte zu diesem Erfolg im Sommer 1916 darum führen, weil die Spartakusgruppe, vor allem ihre Führer — Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg u. a. —, im ersten Jahresviertel 1916 in der Auseinandersetzung mit dem Sozialchauvinismus und besonders mit dem Zentrismus, wenn auch nicht in allen, so doch in grundsätzlichen politisch-ideologischen Fragen sich selbst die notwendige Klarheit erarbeitete, die ihr als Grundlage für den Kampf um die Auslösung von Antikriegsaktionen diente.

Im vorliegenden Beitrag wollen wir diese ideologisch-politische Position der Spartakusgruppe in den ersten drei Monaten des Jahres 1916, insbesondere die auf der Konferenz von Mitte März 1916 eingenommene, analysieren. Die zweite Frage, die uns in diesem Zusammenhang beschäftigen soll, ist die Stellung der führenden Linken in dieser Zeit zur Organisationsfrage im allgemeinen und zur Gründung einer eigenen Partei im besonderen.

Die sozialdemokratische Führung und ihre Ideologen wie Kautsky waren dafür verantwortlich, daß die Arbeiterklasse in einer entscheidenden Etappe des Klassenkampfes, in der es um Sein oder Nichtsein der gesamten Nation ging, gerade der zwei Waffen beraubt wurde, die ausschlaggebend für ihre Kraft und Aktionsfähigkeit sind: ihrer Organisation und der Klarheit über Aufgaben und Weg des Kampfes. Eine verhängnisvolle Folge der sozialdemokratischen Burgfriedenspolitik war, daß das Klassenbewußtsein eines nicht geringen Teils der Arbeiterklasse erschüttert wurde.

In dieser Situation war das Auftreten der führenden deutschen Linken gegen den Krieg sowie gegen den Sozialchauvinismus der sozialdemokratischen Parteiführung von historischer nationaler Bedeutung. Karl Liebknechts Nein! im Reichstag am 2. Dezember 1914, seine Losung „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ und die Kampfparole „Burgkrieg, nicht Burgfrieden!“ (1915) — unterstützt und erläutert in illegalen Flugblättern und Flugschriften der Linken — waren nicht nur ein Signal zur Sammlung der oppositionellen Sozialdemokraten im Lande; über die organisierte Arbeiterklasse hinaus wiesen sie den Massen des Volkes den Ausweg aus der Not und dem Verderben des Völkermordens. Die deutschen Linken, an ihrer Spitze Karl Liebknecht, wurden zum Führer der Arbeiterklasse und der Nation.

Die Sammlung der revolutionären Kräfte erfolgte bis Ende 1915 hauptsächlich auf der Plattform der Losungen Karl Liebknechts. Ein entscheidend wichtiger Schritt zur ideologischen und organisatorischen Zusammenfassung der Opposition Liebknechtscher Richtung auf der Grundlage eines *Grundsatzprogramms* war die Reichskonferenz am 1. Januar 1916 in Berlin, die die Herausgabe eines eigenen Informationsorgans, der „Spartakusbriefe“, beschloß und die „Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“ annahm.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> In einer Zuschrift an die Redaktion „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ weist Prof. Dr. Rudolf Lindau darauf hin, daß auf der Januar-

Die historische Bedeutung der Januarkonferenz der Spartakusgruppe besteht darin, daß sie in entscheidendem Maße in ideologisch-politischer Hinsicht den Prozeß der Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse förderte. Sie legte auch organisatorisch einen ersten Grundstein für die spätere Bildung der Kommunistischen Partei Deutschlands, wenn wir auch feststellen müssen, daß sich die Führer der Spartakusgruppe zu diesem Zeitpunkt, wie überhaupt bis zum Ausbruch der Novemberrevolution 1918, noch nicht zu der Erkenntnis durchgerungen hatten, daß es notwendig war, eine eigene selbständige Partei zu gründen oder darauf zu orientieren. Aber „die Konferenz förderte den Klärungsprozeß in der Arbeiterklasse und stärkte den Willen, zu größeren Massenaktionen gegen den Krieg überzugehen. Von der Reichskonferenz führt eine gerade Linie zu den heroischen Taten der deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen den imperialistischen Krieg.“<sup>3</sup>

Zu den wichtigsten Ergebnissen der Konferenz gehört eine scharfe Auseinandersetzung mit dem Zentrismus.<sup>4</sup> Die zentristischen Reichstagsabgeordneten hatten am 21. Dezember 1915, zu einer Zeit, als die Massen begannen, sich gegen die Kriegszustände aufzulehnen (Unruhen und Demonstrationen im November/Dezember 1915 in Berlin und anderen Orten), die Kriegskredite unter dem Druck der Antikriegsstimmung der Massen abgelehnt. Das diente objektiv dazu, den außerparlamentarischen Massenkampf gegen den Krieg aufzuhalten und die revolutionäre Entwicklung der Ereignisse, die allein zur schnellen Beendigung des Krieges führen konnte, zu verhindern. Als kleinbürgerliche Ideologen und Politiker hatten die Zentristen Furcht vor der Revolution. Deshalb war die Auseinander-

---

konferenz die Leitsätze nicht angenommen bzw. daß über sie nicht abgestimmt wurde, da der Vertreter der Bremer Linken, Johann Knief, wesentliche Teile der Leitsätze mit der Begründung ablehnte, daß die Notwendigkeit des organisatorischen Bruchs mit den Rechten und Zentristen darin nicht ausgesprochen wurde. Wir möchten hier auf die Stellung der Bremer Linken zur Spartakusgruppe und zur Organisationsfrage nicht eingehen, da dies den Rahmen des vorliegenden Beitrags sprengen würde. (Das muß einem späteren Beitrag vorbehalten bleiben – d. Red.) Zur Behandlung der Leitsätze auf der Januarkonferenz: u. E. kann man von ihrer *Annahme* sprechen, auch wenn über sie im Januar noch nicht förmlich abgestimmt wurde, da sie nach dieser Konferenz als offizielle Plattform der entschiedenen Opposition in den sozialdemokratischen Organisationen verbreitet wurden.

<sup>3</sup> Walter Bartel: Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Imperialismus und Krieg, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 274/275. Über Inhalt und Bedeutung der Januarkonferenz und der von ihr angenommenen Leitsätze vgl. ebenda, S. 269–275. – Vgl. auch W. I. Lenins Einschätzung und Kritik an Rosa Luxemburgs Junius-Broschüre, deren Stärken und Schwächen zum Teil ihre Widerspiegelung auch in den Leitsätzen der Januarkonferenz fanden. Die Kritik wurde im Oktober 1916 im „Sbornik Sozial-Demokrata“, Nr. 1, veröffentlicht. (W. I. Lenin: Werke, Bd. 22, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 310–325.)

<sup>4</sup> Die Leitsätze wurden von den führenden deutschen Linken für alle oppositionellen Richtungen als Plattform gegen den Sozialchauvinismus ausgearbeitet und nach ihrer Beratung auf der Januarkonferenz auch an die führenden Zentristen – Ledebour, Adolph Hoffmann u. a. – und an die Internationale Sozialistische Kommission nach Bern gesandt. Die Zentristen lehnten jedoch die Leitsätze als Plattform ab.



setzung mit dem Zentrismus, seiner Ideologie und seinen politischen Losungen nicht nur eine Lebensfrage der sozialistischen Bewegung, sondern hatte große Bedeutung für die Entwicklung des revolutionären Volkskampfes gegen den imperialistischen Krieg. W. I. Lenin schrieb im Dezember 1916: „Die ‚Zentristen‘ fügen mit ihrer Propaganda der ‚Einheit‘ und der ‚Vaterlandsverteidigung‘, mit ihrem Streben nach einem Übereinkommen und mit ihren Bemühungen, die überaus tiefen Meinungsverschiedenheiten mit Worten zu bemänteln, der Arbeiterbewegung größten Schaden zu, denn sie zögern den endgültigen Bankrott der moralischen Autorität der Sozialchauvinisten hinaus, unterstützen somit den Einfluß auf die Massen und galvanisieren den Leichnam der Opportunisten der II. Internationale.“<sup>5</sup>

Die offene Auseinandersetzung mit der zentristischen „Opposition“ begann Karl Liebknecht mit dem in den Politischen Briefen der Spartakusgruppe vom 27. Januar 1916 veröffentlichten Artikel „Die Dezember-Männer von 1915“, der auch als Flugblatt verbreitet wurde. Ihm folgte ein weiterer Artikel von Karl Liebknecht in den Politischen Briefen vom 3. Februar unter dem Titel „Die Lebensfrage des Sozialismus“, der zusammen mit den Leitsätzen ebenfalls als Flugblatt verbreitet wurde. In beiden Artikeln forderte Karl Liebknecht „den Klassenkampf gegen Krieg, Regierung und herrschende Gesellschaftsordnung rastlos zu führen“<sup>6</sup> und Massenaktionen gegen den Krieg zu entfalten. Als Voraussetzung dafür stellte er heraus: Einheit der Grundsätze und einmütige Bereitschaft zum entschlossenen revolutionären Handeln. Da die zentristische „Opposition“ die sozialistischen Grundsätze in der Tat leugnete und zum Handeln nicht bereit war, lehnte Liebknecht die „Einheit“ der Opposition, wie sie von den Zentristen gefordert worden war, ab: „Nicht ‚Einheit‘, sondern Klarheit über alles... Durch unerbittliche Aufdeckung und Austragung der Differenzen zur prinzipiellen und taktischen Einmütigkeit und damit zur Aktionsfähigkeit und damit zur Einheit, so geht der Weg. Nicht den Beginn des Gärungsprozesses, den die sozialistischen Parteien und auch die ‚Opposition‘ durchläuft, erst seinen Abschluß darf die ‚Einheit‘ bilden.“<sup>7</sup>

Die Forderung nach der ideologisch-politischen Trennung von den Zentristen wurde ebenso klar auch von Rosa Luxemburg in der illegal erschienenen Broschüre „Entweder – oder“ erhoben, die unmittelbar nach dem 25. Februar 1916 geschrieben worden war. Nachdem Rosa Luxemburg die Halbheiten und Schwankungen der zentristischen „Opposition“ geschildert hatte, stellte sie fest, daß „ein gemeinsames Vorgehen mit den Leuten, die auf dem Standpunkt der Genossen Ledebour und Hoffmann stehen, für wirkliche oppositionelle Elemente unmöglich“<sup>8</sup> ist.

Ein weiterer Artikel über „Die Gegensätze in der Opposition“ erschien in den Politischen Briefen vom 9. März 1916. Er wurde in mehreren sozial-

<sup>5</sup> W. I. Lenin: Werke, Bd. 23, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 206/207.

<sup>6</sup> Spartakusbriefe, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 86.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 112.

<sup>8</sup> Rosa Luxemburg: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 543/544.

chauvinistischen Parteiorganen in der Polemik gegen die Opposition veröffentlicht und gelangte so – unbeabsichtigt – auf legalem Weg weiten Kreisen zur Kenntnis.<sup>9</sup>

Das Ergebnis der Auseinandersetzung mit den Zentristen war die politisch-ideologische Trennung von ihnen in Berlin.<sup>10</sup> Auch in anderen Orten klärten sich die Fronten.

Um diesen Prozeß in ganz Deutschland zu beschleunigen und den Vertretern der verschiedenen Opposition eine klare Orientierung zu geben, die sich aus dem Gegensatz zu den Zentristen ergab, wurde von der Führung der Spartakusgruppe am 19. März 1916 eine zweite Reichskonferenz nach Berlin einberufen. Diese Konferenz fand in unserer wissenschaftlichen Literatur bis jetzt nicht die ihr gebührende Aufmerksamkeit.<sup>11</sup> Dabei spielte sie eine wichtige Rolle bei der nach der Januarkonferenz erfolgten weiteren ideologischen und organisatorischen Festigung der Spartakusgruppe. Sie war somit ein Markstein in dem Prozeß der Herausbildung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Die Januarkonferenz legte in den Leitsätzen die Prinzipien, den grundsätzlichen Standpunkt der revolutionären Sozialdemokratie vor allem gegenüber dem Sozialchauvinismus fest. Die Verhandlungen und Beschlüsse der Märzkonferenz faßten die im Januar bis März erfolgte Auseinandersetzung mit dem *Zentrismus* zusammen und förderten den ideologischen Klärungsprozeß in ganz Deutschland gerade in dieser Richtung. Auf der Konferenz wurden die Fragen behandelt, die im Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit dem *Zentrismus* standen und zugleich die Grundfragen der Arbeiterbewegung während des Krieges waren: Klassenkampf und proletarischer Internationalismus als grundsätzlicher Ausgangspunkt; nicht „Vaterlandsverteidigung“, sondern Massenaktionen für die Beendigung des Krieges als taktisch-politische Schlußfolgerung für den nationalen und internationalen Klassenkampf. Auf der Konferenz wurden konkrete Aufgaben für die Massenagitation, um Massenaktionen gegen den Krieg auszulösen, beraten. Man kann sagen, daß die große Aktivität, die von der Spartakusgruppe im Frühjahr und Sommer 1916 entfaltet worden war, in Ausführung der Beschlüsse der Märzkonferenz erfolgte.

<sup>9</sup> Vgl. Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 338.

<sup>10</sup> Vgl. ebenda, S. 312–314. – Ferner Spartakusbriefe, S. 118. – Walter Bartel: Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, S. 275.

<sup>11</sup> So wird sie in dem umfangreichen Vorwort von Walter Bartel zum Bd. 1, Reihe II, der Dokumente und Materialien... nicht einmal erwähnt, ebenso in der Monographie des sowjetischen Historikers Golowatschow über die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie Deutschlands in den Jahren des ersten Weltkrieges (August 1914 bis Oktober 1918), Moskau 1960 (russ.). In anderen Veröffentlichungen, z. B. Walter Bartel: Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg und S. K. Eggert: Der Kampf der Klassen und Parteien in Deutschland in den Jahren des ersten Weltkrieges (August 1914 bis Oktober 1917), Moskau 1957 (russ.), wird die Bedeutung dieser Konferenz nicht genügend hervorgehoben, bzw. wie bei S. K. Eggert, S. 128, sogar falsch eingeschätzt.

Bisher waren uns nur die Resolutionen der Konferenz und ein kurzer zusammenfassender Bericht — veröffentlicht im Spartakusbrief vom 30. März 1916 — bekannt. Neuerdings sind wir in der Lage, ein weiteres zeitgenössisches Dokument für die wissenschaftliche Forschung heranzuziehen. Es handelt sich um stenografische Aufzeichnungen eines Teilnehmers über die Verhandlungen der Konferenz.<sup>12</sup> Diese Aufzeichnungen ergänzen in wertvoller Weise unsere Kenntnisse über die Stärke und Breite der Opposition, die hinter den Leitsätzen der Januarkonferenz im Frühjahr 1916 stand, über den Inhalt der Diskussion sowie über die Ausführungen Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs auf der Konferenz.

Die Tagesordnung der Konferenz ist uns aus dem genannten Spartakusbrief bekannt. Die Aufzeichnungen geben uns Aufschluß auch über die Referenten zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung. Demnach wurde auf der Konferenz 1. ein Bericht über die Trennung der Opposition in Berlin von Ernst Meyer gegeben; 2. berichteten die Teilnehmer über den Stand der Opposition in den einzelnen Orten; 3. referierte Berta Thalheimer<sup>13</sup> über die erweiterte Sitzung der ISK in Bern vom 5. bis 8. Februar 1916, die sich mit der Vorbereitung der Kienthaler Konferenz befaßte; 4. sprach Rosa Luxemburg über die Aufgaben der Spartakusgruppe im bezug auf die Internationale (sie begründete die Resolutionen I und II); 5. referierte Karl Liebknecht über die Aufgaben der Opposition in Deutschland (vgl. Resolution III); 6. wurden einige organisatorische Fragen besprochen.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt der Konferenz war das Referat Karl Liebknechts über die Aufgaben der deutschen Opposition im Kampf gegen den imperialistischen Krieg.<sup>14</sup> Liebknecht ging in seinem Referat auf die zwei Hauptfragen der Konferenz ein: die Stellung der Spartakusgruppe zur zentristischen „Opposition“ und die Aufgaben der revolutionären Massenagitation. Beide Fragen waren von großer Bedeutung für die Förderung des Klassenbewußtseins der Arbeiter und damit für die Auslösung von Massenaktionen gegen den imperialistischen Krieg.

Karl Liebknecht forderte eine scharfe Trennung von den Zentristen sowohl in ideologischer Hinsicht als auch in der politischen Aktion und trug allen Stimmen, die der „Einheit“ der Opposition das Wort redeten, entgegen. Dabei stützte er sich auf die traurige Erfahrung der „Einheit“ der

<sup>12</sup> Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv, Wilhelm-Pieck-Fonds, Mappe 2. Autor der Aufzeichnungen ist vermutlich Fritz Ohlhof, der zur Zeit des ersten Weltkrieges Vorstandsmitglied des sozialdemokratischen Vereins Charlottenburg war und aktiv an der Arbeit der Spartakusgruppe in Berlin teilnahm.

<sup>13</sup> Berta Thalheimer gehörte zur Spartakusgruppe, war seit 1918 Mitglied der KPD, wurde 1929 als Renegat aus der KPD ausgeschlossen.

<sup>14</sup> Wie der Spartakusbrief vom 30. März 1916 vermerkt, sind die Gedankengänge des Liebknechtschen Referats in der Resolution III der Konferenz zusammengefaßt. In den Aufzeichnungen sind einige wichtige Gedanken des Referats ausführlicher wiedergegeben. Wir wollen sie deshalb ausführlich zitieren. Die Angaben, deren Quelle nicht besonders bezeichnet ist, beziehen sich auf diese Aufzeichnungen.



deutschen Sozialdemokratie vom August 1914.<sup>15</sup> Liebknecht führte auf der Konferenz aus: „Die Internationale ist zusammengebrochen. Weshalb? Weil die einzelnen Sektionen zusammengebrochen sind, in erster Linie die deutsche. Es ist die grundsätzliche Haltung der deutschen Sozialdemokratie zusammengebrochen. Die Führer haben die Prinzipien verraten . . . In dem Zusammenbruch der deutschen Partei sind auch die ganzen Fehler klar geworden . . . Daraus ergeben sich für uns die Konsequenzen. Wir haben uns zunächst klarzumachen, daß die Aktionsfähigkeit einer Partei nicht in irgendeiner Weise von der Zahlengröße ihrer Anhänger abhängig ist, (sondern) daß sie im Verhältnis steht zu dem Maß an Übereinstimmung der Gedanken, der prinzipiellen Auffassung, der taktischen Bestrebungen und in direktem Verhältnis zu der Energie, dem festen Willen, die den Massen selbst anezogen (sind). Daraus erkennen wir unsere Aufgabe für die weitere Zukunft. Die Schwäche unserer Partei (lag) darin, daß man immer (alle) fünf hat gerade sein lassen. Einigkeit war die Hauptsache und faktisch war es nichts weiter als der tiefste Krebschaden. Das Brandmal der Schwäche war diese Einigkeit und nicht ein Anlaß zum Triumph. Daraus müssen wir entnehmen, (daß die scharfe Klärung der Grundsätze in den Vordergrund der Aufgaben zu stellen ist.)“

Die Klärung der Grundsätze war also das erste Gebot, das von Liebknecht gefordert wurde. Diese Grundsätze wurden in den von der Januar-konferenz angenommenen Leitsätzen umrissen, und Karl Liebknecht stellte sie zur Abstimmung.<sup>16</sup> Das geschah dann auch, wie in dem schon genannten Spartakusbrief vom 30. März berichtet wird.

Aus den Grundsätzen des Klassenkampfes und des proletarischen Internationalismus zog Liebknecht die Schlußfolgerungen für die *Taktik* im allgemeinen und gegenüber der zentristischen „Opposition“ im besonderen: „Die Klarheit der Grundsätze ist nicht das einzige. Es bedarf der Klarheit für uns auch darüber, wie wir diese Grundsätze im einzelnen anzuwenden haben . . . Daraus ergibt sich für uns sofort, daß wir mit Leuten, die auf dem Boden der Landesverteidigung stehen, nicht zusammenarbeiten können. Unsere Taktik im Kriege ist nur als eine internationale Taktik denkbar. Es muß also eine Taktik sein, die für alle Fälle anwendbar ist. Die Voraussetzungen der Haltung dürfen nicht solche sein, daß hier für und dort gegen den Krieg eingetreten werden kann. Die Notwendigkeit eines Schnittes ergibt sich hieraus (unvermeidlich). Niemals ist

<sup>15</sup> Vgl. auch Spartakusbriefe, S. 110/111.

<sup>16</sup> In dem Artikel „Die Dezember-Männer von 1915“ faßte Karl Liebknecht diese Grundsätze so zusammen: „Anerkennung der internationalen Interessengemeinschaft der Arbeiterklasse, ihres internationalen Interessengegensatzes gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und der Notwendigkeit des internationalen Klassenkampfes als der souveränen Bestimmungsgründe für die sozialistische Taktik im Frieden und im Kriege; daraus hergeleitet: grundsätzliche Kampfstellung gegen den Imperialismus als der höchsten Phase der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und gegen Krieg und ‚Burgfrieden‘ als intensivste Lebensäußerung des Imperialismus, als Verneinungen der internationalen Solidarität und des Klassenkampfes.“ (Spartakusbriefe, S. 88.)

es notwendiger, klare Richtlinien zu schaffen, als in der Zeit des Krieges. Es ist vollkommen klar, daß wir eine scharfe Linie zu ziehen haben.“

Karl Liebknecht wiederholte hier die Grundgedanken seines Artikels „Die Dezember-Männer von 1915“. Der zentrale Punkt der Auseinandersetzung mit den Zentristen über das taktische Vorgehen der Opposition war hier wie dort die Frage der Landesverteidigung. Liebknecht entlarvte die Schwankungen der zentristischen Abgeordneten, die sowohl in ihren Erklärung am 21. Dezember 1915 als auch in der ablehnenden Haltung gegenüber Liebknechts Taktik der Kleinen Anfragen im Reichstag und in verschiedenen Erklärungen anläßlich der Baralong-Affäre, des U-Boot-Krieges usw. zum Ausdruck kam, als einer Haltung, die praktisch der Unterstützung der Politik des 4. August gleichkam und damit der Verlängerung des imperialistischen Krieges diene. Liebknecht forderte, in allen kriegsführenden Ländern — in erster Linie in Deutschland — den Burgfriedern zu durchbrechen und den Klassenkampf des Proletariats zu fördern. Nur diese von Liebknecht geforderte Taktik des internationalen Klassenkampfes diene den wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes, denn sie führte am schnellsten aus der nationalen Katastrophe des Krieges. „Die einzige Verteidigung aller wirklichen nationalen Freiheit ist heute der revolutionäre Klassenkampf gegen den Imperialismus“ hieß es in den Leitsätzen.<sup>17</sup>

Die praktische Schlußfolgerung, die Karl Liebknecht aus dem Grundsatz des Klassenkampfes und des proletarischen Internationalismus zog, war die Forderung, revolutionäre Massenaktionen zu entfalten. Den Krieg durch außerparlamentarische Aktionen oder durch lauwarme „Opposition“ im Parlament bekämpfen — das war der springende Punkt, an dem sich die Geister in der Opposition schieden.

Als Karl Liebknecht die Auslösung von Massenaktionen forderte, ging er von der Resolution des Stuttgarter internationalen Kongresses 1907 aus, die von den Sozialisten verlangte, im Falle eines Krieges „für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“<sup>18</sup>. Diese Forderung wiederholte Liebknecht in seinem Referat, sie fand dann auch ihren Niederschlag in der von ihm begründeten Resolution. Liebknecht konkretisierte diese Forderung, indem er weiter ausführte: „In welcher Form denken wir uns die Einwirkung nach dem Stuttgarter Kongreß? Massenaktionen ... Wir haben alles zu tun, um Massenaktionen zu unterstützen, ihnen ein Ziel zu setzen. Wir haben weiter durch unsere Agitation den Boden nach Kräften

<sup>17</sup> Lenin schrieb im Dezember 1914: „Man kann im 20. Jahrhundert und in Europa ... nur dadurch das ‚Vaterland verteidigen‘, daß man mit allen revolutionären Mitteln gegen die Monarchie, die Gutsbesitzer und Kapitalisten des *eigenen* Vaterlandes, d. h. gegen die *schlimmsten* Feinde unserer Heimat kämpft.“ (W. I. Lenin: Werke, Bd. 21, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 93/94.)

<sup>18</sup> Dokumente und Materialien ..., Reihe I, Bd. 5, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 277.

zu ebnen, auf dem die Stimmung erwächst, aus der solche Aktionen herausstürmen. Es ist (unsere) besondere Aufgabe, aufrüttelnd auf die Massen zu wirken... Unsere Parole ist: Klärung der Massen nach unseren Grundsätzen, sie zu Aktionen erziehen, Aktionen, die vorhanden sind, unterstützen und so die gegenwärtige Epoche zu einer revolutionären gestalten, aus einer Konterrevolution eine revolutionäre Aktion machen.“

Wie aus den stenografischen Aufzeichnungen und besonders aus der genannten Resolution zu ersehen ist, entwickelte Karl Liebknecht ein ganzes Programm für die Auslösung von Massenaktionen. Eine der grundlegenden Aufgaben war dabei die „Ausbreitung lebendigen Klassenbewußtseins“ in den Massen. Gerade in diesem Zusammenhang ging Liebknecht in seinem Referat auf die Leitsätze ein und empfahl ihre Annahme. Karl Liebknecht wiederholte die Forderung, die er schon auf der Januarkonferenz erhoben hatte, daß eine differenzierte Agitation unter den verschiedenen Abteilungen des Proletariats geleistet wird, so unter den Frauen, „die im Kriege zu einer besonders bedeutsamen politischen Rolle berufen sind“.

Besonderes Gewicht legte Karl Liebknecht auf die Arbeit mit den Jugendlichen. Er verlangte in diesem Zusammenhang, „die Verselbständigung der Jugendbewegung nach Kräften zu unterstützen“. Dieser Forderung kam er selbst nach, als er im April 1916 in Jena eine Konferenz der oppositionellen Jugend durchführte, dort ein grundlegendes Referat hielt und eine Resolution zur Annahme brachte, die die grundsätzlichen Gedanken der Resolution III der Märzkonferenz wiederholte.<sup>19</sup> Die breite Entfaltung der Jugendbewegung im Jahre 1916 (1. Mai in Berlin, Braunschweig und anderen Orten Deutschlands; die Bewegung gegen den Sparzwang in Braunschweig und Magdeburg; Teilnahme der Jugendlichen an Streiks; Durchführung von örtlichen Jugendtagen im Sommer und des internationalen Jugendtages im September 1916 usw.) war nicht zuletzt ein Ergebnis der von der Jugendkonferenz gegeben Orientierung, die ihrerseits auf die Festlegungen der Märzkonferenz zurückging.

Karl Liebknecht forderte außerdem, daß die Propaganda der Spartakusgruppe über die Reihen der organisierten Arbeiter hinaus „mit erhöhtem Eifer noch nicht Organisierte zu ergreifen trachten (muß), die unter dem Einfluß des Weltkrieges zu einem überaus günstigen Rekrutierungsfeld für den Sozialismus geworden sind.“<sup>20</sup> Die Genossen sollten „eifrig Feldadressen sammeln und systematisch nach draußen arbeiten“.

Um die Klarheit über die Zusammenhänge des Krieges in die Massen des Volkes zu tragen und so die Auslösung von Aktionen zu fördern, empfahl Liebknecht, jede sich bietende Gelegenheit dafür auszunutzen. „Man kann nicht in der Dunkelkammer Politik gegen den Krieg machen. Wir müssen ihn bei jeder Gelegenheit führen.“ Dazu gehörte die schonungslose Entlarvung der volksfeindlichen Politik der Regierung: „Auf der ganzen Linie ist zum Angriff überzugehen. Die politischen und sozialen Wirkungen

<sup>19</sup> Vgl. ebenda, Reihe II, Bd. 1, S. 319/320 und S. 363.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 319.



des Krieges auf die proletarischen Klasseninteressen (Lebensmittelversorgung, Sozialpolitik, Steuerwesen, Vereins-, Versammlungs-, Preßrecht, Freizügigkeit, persönliche Freiheit, Justiz, Erziehung usw.) sind unabhängig den Massen zu denunzieren und durch verschärfte Geltendmachung der sozialistischen Programmforderungen zu beantworten. Dem Militarismus des Weltkrieges ist die Losung der Abschaffung des stehenden Heeres, dem Absolutismus des Belagerungszustandes und der Geheimdiplomatie sind die Losungen der Republik, der Demokratie in der inneren und äußeren Politik, der Entscheidung des Volkes über Krieg und Frieden entgegenzusetzen.<sup>21</sup>

Karl Liebknecht forderte, auch das Parlament dafür auszunutzen, um diese Lebensfragen der Nation vor den Massen aufzuwerfen. Er gab durch seine Taktik der Kleinen Anfragen im Reichstag und seine Reden im Preußischen Abgeordnetenhaus ein Beispiel dafür, wie diese reaktionären Einrichtungen der herrschenden Klassen für die revolutionäre Propaganda ausgenutzt werden konnten. Liebknechts revolutionäre Parlamentstaktik war ebenfalls ein wichtiger Punkt in der Auseinandersetzung mit dem Zentrismus. Um auch hier eine scharfe Linie zu ziehen, wurde auf der Konferenz eine besondere Resolution angenommen, die die parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie, „die mit der Abstreifung der Fesseln des Burgfriedens ernst machen wollen“, verpflichtete, alle Kredite und Steuern, die der Kriegführung dienen sollten, grundsätzlich abzulehnen und „alle Mittel der Geschäftsordnung und der parlamentarischen Aktion unermüdlich auszunutzen, um durch ständige Beunruhigung und schärfste Kritik der imperialistischen Mehrheiten und ihrer Regierungen die Massen aufzurütteln und zu nachdrücklichen Willenskundgebungen gegen den Krieg und für die internationale sozialistische Solidarität zu ermuntern“<sup>22</sup>. Diese Resolution wurde von der Spartakusgruppe auch auf der internationalen Konferenz in Kienthal vorgelegt.

Die gesamte Propaganda der Spartakusgruppe sollte auf das Ziel gerichtet werden, „die Voraussetzungen für revolutionäre Massenaktionen großen Stils zu entwickeln, Massenaktionen, wo sie entstehen, mit politischem Inhalt und Ziel zu erfüllen, voranzutreiben und zu bewußten Auseinandersetzungen mit dem Krieg und der kapitalistischen Klassenherrschaft zu gestalten“<sup>23</sup>.

Über die Aufgaben der Spartakusgruppe auf dem Gebiet der Internationale sprach auf der Konferenz Rosa Luxemburg. Sie leitete ihre Ausführungen mit der Feststellung ein: „Auch hier ergibt es sich von selbst . . . daß das zugleich die Grenzmarke nicht nur zwischen uns und der Rechten, sondern auch gegenüber dem Sumpf, den Leuten, die noch den Mantel der Opposition bis jetzt tragen, (ist).“

Die Stellung der Spartakusgruppe zur Internationale, wie sie in dem

<sup>21</sup> Ebenda, S. 320.

<sup>22</sup> Ebenda, S. 318.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 320.

Leitsätzen der Januarkonferenz formuliert wurde, war ein wichtiger Streitpunkt in der Auseinandersetzung der beiden Richtungen, der zur politisch-ideologischen Spaltung der Opposition im Frühjahr 1916 führte. Die Zentristen wandten sich besonders gegen die zwei Leitsätze, in denen festgestellt wurde, daß in der Internationale der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats liege und daß die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale allen anderen Organisationspflichten vorangehe. Die Zentristen wandten sich gegen diese Forderungen, weil sie angeblich die Souveränität der nationalen Parteien aufheben würden. Praktisch liefen ihre Vorstellungen über die Internationale darauf hinaus, daß der alte Zustand, wie er sich in der Internationale vor dem Kriege eingebürgerte – äußere Einheit, Aktionsunfähigkeit, weil die Pflicht zur Ausführung international gefaßter Beschlüsse nicht ernst genommen wurde –, beibehalten werden sollte. Darauf entgegnete Rosa Luxemburg auf der Konferenz: „Nichts gelernt und nichts vergessen. Es ist ja gerade der verzweifelte Zustand, daß die Internationale nur eine Phrase war. Man ging allen Streitigkeiten weit aus dem Wege, die eine Scheidung der Geister herbeiriefen. Im Innern waren wir ganz schwach, weil wir nur eine äußere Einigkeit hatten... Wir wollen das Leben in der Partei und in der Internationale jetzt anders gestalten..., im bewußten Gegensatz zum bisherigen... Wir müssen die Internationale jetzt von Grund auf umgestalten.“ Rosa Luxemburg forderte, daß „die Internationale die Basis der Organisation des Proletariats in allen Ländern sein soll. In allem was du tust, hast du die Pflicht, der Internationale treu zu bleiben. Das soll zum Grundsatz der Massen aller Länder werden.“ Auf der Basis des proletarischen Internationalismus, „aus dem revolutionären Klassenkampf der proletarischen Massen in den wichtigsten kapitalistischen Ländern“ sollte die neue Internationale geboren werden. In der entsprechenden Resolution, die von den Teilnehmern der Konferenz angenommen wurde, hieß es dazu: „Die Internationale wird genau in dem Maße und durch denselben Prozeß von unten auf erstehen, als die Arbeiterklasse in allen kriegführenden Ländern, sich von den vergiftenden Einflüssen ihrer offiziellen Führer befreiend, (sich) in den revolutionären Klassenkampf stürzen wird. Das erste Wort dieses Kampfes muß die systematische Massenaktion zur Erzwungung des Friedens sein, und diese allein kann auch die Geburtsstunde der neuen, lebendigen, wirksamen Internationale werden.“<sup>24</sup>

Rosa Luxemburg ging in ihrem Referat auch auf die Stellung der Spartakusgruppe zur Zimmerwalder Bewegung ein. Sie ging vom Vorhandensein zweier Richtungen auch in der Zimmerwalder Bewegung aus. Sie begrüßte die 2. Zimmerwalder Konferenz als ein Symptom der sich anbahnenden wirklichen Opposition gegen den Krieg und empfahl die Teilnahme an der Konferenz, warnte aber zugleich davor, ihre Bedeutung zu überschätzen und sich der Illusion hinzugeben, „als wenn durch die Konferenz schon etwas oder gar genug getan wäre“. Die Erfahrungen der Ausein-

<sup>24</sup> Ebenda, S. 317.

andersetzung mit den Zentristen in Deutschland, die ihre „Opposition“ auf Resolutionen und Kundgebungen beschränken wollten, standen dieser Zurückhaltung Pate. Rosa Luxemburg verlangte, daß den Zentristen, vor allem den deutschen, auch auf der internationalen Ebene ein entschiedener Kampf angesagt wird. Das sollte durch die Vorlage und Begründung der Leitsätze auf der Kienthaler Konferenz geschehen, um Ledebour und Hoffmann zu zwingen „über die Klippe (zu) springen“ und „Farbe (zu) bekennen“. Die Delegation der Spartakusgruppe sollte mit der ausdrücklichen Aufgabe zur Konferenz geschickt werden, „unsere Position in schärfster und klarster Weise zum Ausdruck (zu) bringen“ und „anzumelden, daß eine wirkliche Opposition in Deutschland besteht“.<sup>25</sup>

Die Aufzeichnungen über die Verhandlungen der Märzkonferenz geben uns einen gewissen Einblick in den Stand und die Einflußsphäre der Spartakusgruppe bzw. der Opposition überhaupt in den verschiedenen Orten Deutschlands zum Zeitpunkt der Konferenz.

Über die Vertretung der einzelnen Bezirke und Orte auf der Konferenz berichtet der Spartakusbrief vom 30. März 1916. Die Angaben, die wir aus den Aufzeichnungen entnehmen, stimmen mit diesem Bericht vollständig überein. Einige Ergänzungen können hier noch gemacht werden: Von den sächsischen Städten war noch Freiberg auf der Konferenz vertreten; schriftliche Verbindung bestand, außer den im Spartakusbrief genannten Orten, auch mit Nordhausen, Düsseldorf, Heilbronn, Würzburg und Magdeburg.

Aus den Berichten der Teilnehmer, die in den Aufzeichnungen sehr kurz, nur in Stichworten, festgehalten wurden, läßt sich entnehmen, daß die politisch-ideologische Scheidung der Opposition sehr unterschiedliche Fortschritte in den einzelnen Orten gemacht hatte.

Am klarsten schieden sich die Fronten in Braunschweig, Hanau, Württemberg (Stuttgart, Göppingen), in den Großberliner Kreisen Teltow-Beeskow und Spandau sowie in Dresden (Plauenscher Grund) und Arnstadt. Hier erklärten sich die Vorstände und die hinter ihnen stehenden Organisatio-

---

<sup>25</sup> Für die Klärung der Haltung Rosa Luxemburgs gegenüber den Bolschewiki im Rahmen der Zimmerwalder Bewegung ist eine leider sehr knappe, aber aufschlußreiche Stelle in den Aufzeichnungen wichtig, in der es heißt: „Die russische Fraktion hält sich vorbildlich. Die russische Fraktion mit Tschcheidse in einen Topf zu werfen, das ist allerhand.“ Mit der „russischen Fraktion“ (es geht hier wohl um die Duma-Fraktion), die Rosa Luxemburg gegenüber der Fraktion des Menschewiken Tschcheidse, d. h. der russischen Zentristen, hervorhebt, kann nur die Fraktion der Bolschewiki gemeint sein. Bekanntlich wurde die bolschewistische Duma-Fraktion wegen ihres konsequenten Klassenstandpunkts verhaftet und nach Sibirien verbannt. Die Fraktion der Menschewiki, deren Vorsitzender Tschcheidse war, stimmte zwar gegen die Kriegskredite, unterstützte aber in der Tat die Kriegspolitik der Regierung. In Zimmerwald wurden die Menschewiki durch Axelrod und Martow vertreten, die in allen wichtigen Fragen, so auch in bezug auf den Wiederaufbau der Internationale, die Position Kautskys vertraten. „Die Fraktion Tschcheidses hat seit vielen Jahren bewiesen, daß sie es geschickt versteht, die Opportunisten zu tarnen und ihnen zu dienen“, schrieb W. I. Lenin im Juli 1915. (W. I. Lenin: Werke, Bd. 21, S. 285.)



nen für die Taktik Karl Liebknechts bzw. wurden die Leitsätze angenommen. Aus Braunschweig wurde berichtet, daß es dort in der Opposition drei Hauptgruppen gäbe: Gewerkschafter, „Sumpfanstrich“ und Linke, hinter denen die große Masse stünde. „Hinter der Meinung (Liebknechts) steht nicht nur der Ortsverein Braunschweig, sondern auch der 1. Kreis und die überwiegende Mehrheit der Landkreise.“ Der Genosse aus Hanau erklärte: „Wir stehen einmütig auf dem Standpunkt des kleinen Häufleins. Wir lehnen jeden Kompromiß ab. Wir haben die Organisation in den Händen.“ Westmeier erklärte dasselbe für Württemberg: „Wir stehen auf dem Standpunkt der Leitsätze. Wir danken für die Ausarbeitung. Wir haben nur Angst, daß die Neigung zum Kompromisseln auch in der Opposition groß wird. Um Himmelswillen keine verschwommene Politik.“ Auch der Delegierte aus Göppingen sagte: „Wir wünschen, daß wir eine strikte Opposition in Deutschland haben. Wir rechnen mit einer Spaltung innerhalb der Partei. Wir haben im Kreisvorstand die Leitsätze einstimmig angenommen.“

Aus Leipzig, Chemnitz, Hannover, Frankfurt (Main) und dem Rheinland wurde berichtet, daß die Entwicklung noch im Fluß sei, daß jedoch die Mehrheit der Opposition, die gerade in diesen Bezirken nicht gering war, zu dem Standpunkt Liebknechts neige. So wurde aus Chemnitz berichtet, daß die Opposition Liebknechtscher Richtung seit der Januarkonferenz Fortschritte gemacht und feste Verbindung mit sieben Kreisen habe, in denen alle Oppositionellen auf dem Standpunkt Liebknechts stünden. In anderen Kreisen sei die Opposition noch sehr verschwommen. Wichtig war, daß die Vertrauensleute aller Kreise, besonders der ärmsten, in denen die Textilarbeiter konzentriert waren, sich auf den Liebknecht-Standpunkt gestellt hatten. In Frankfurt soll die zentristische Opposition sehr aktiv gewesen sein, „die Masse steht aber in Frankfurt sicher auf der Seite L(iebknechts) – R(osa Luxemburgs). Das beweisen die vielen Kundgebungen. Die Thesen (gemeint sind wohl die Leitsätze) sind in der Frankfurter Opposition bereits angenommen.“ Aus dem Rheinland wurde berichtet: „Soweit die grundsätzliche Auffassung in Frage kommt, so steht die Mehrheit auf dem L(iebknecht)-Standpunkt.“ In den Kreisen Remscheid und Düsseldorf sprachen sich die Funktionäre für die Spaltung der Opposition aus. „Vor allen Dingen in Bergarbeiterkreisen stehen die Leute hinter L(iebknecht). 60 Vertrauensleute . . . Im allgemeinen ist die Situation im Rheinland für uns eine günstige. Soweit die Arbeiter aufgeklärt werden, stellen sie sich auf unseren Standpunkt.“

In den übrigen Orten – Pirna, Jena, Gera, Halle – kam es, den Berichten zufolge, noch nicht zur klaren Scheidung der Opposition, beziehungsweise hatte die zentristische Richtung das Übergewicht. Auch in den Berliner Kreisen, auf der unteren Ebene, scheinen die Verhältnisse im Frühjahr 1916 noch recht ungeklärt gewesen zu sein.

Diese knappe Übersicht gestattet uns die Schlußfolgerung, daß der Einfluß der Spartakusgruppe in vielen wichtigen Industriegebieten schon ganz beträchtlich war.

Die organisatorische Arbeit, die abschließend auf der Konferenz behandelt wurde, umfaßte vor allem Fragen der Finanzierung der Spartakusbrieft und anderer Drucksachen, wobei als ein Mittel die Sperrung der Mitgliedsbeiträge an die chauvinistischen Instanzen beraten wurde.

Die prinzipielle Auseinandersetzung mit dem Zentrismus in der Zeit zwischen Januar und März 1916, die durch die Annahme der Leitsätze, durch die Informationsbriefe des „Spartakus“ und schließlich auf der Märzkonferenz erfolgte, führte zur Klärung der grundsätzlichen und taktischen Haltung der Spartakusgruppe und damit zu ihrer politisch-ideologischen Trennung von den Zentristen. Das war nach der Januarkonferenz der nächste wichtige Schritt im Prozeß der Herausbildung der selbständigen marxistischen Partei in Deutschland.

Diesen Schritt der Spartakusgruppe schätzte W. I. Lenin sehr hoch ein. In der Auseinandersetzung mit den Zentristen in Frankreich, in der Schweiz und anderen Ländern hob er immer wieder die Losungen und den praktischen Kampf Karl Liebknechts und der Spartakusgruppe hervor als Maßstab für eine wirklich revolutionäre Politik, die zur tatsächlichen Isolierung der Sozialchauvinisten führte.<sup>26</sup>

Auch die Position der Vertreter der Spartakusgruppe auf der Konferenz in Kienthal, die im Auftrage der Märzkonferenz für den Bruch mit dem Internationalen sozialistischen (d. h. sozialchauvinistischen) Büro eintraten und den Sozialpazifismus der Zentristen ablehnten, entsprach der Haltung der Bolschewiki in diesen Fragen. Diese Tatsache hob Lenin als einen Beweis dafür hervor, daß die Spartakusgruppe politisch auch mit der *Richtung* Kautskys gebrochen hatte.<sup>27</sup> Die Haltung Karl Liebknechts und der Spartakusgruppe war für Lenin ein Ausdruck dafür, daß eine neue Internationale im Entstehen war, die in der Tat einen revolutionären Kampf gegen den Krieg führte.<sup>28</sup>

Die Klärung der grundsätzlichen und taktischen Haltung bildete die Grundlage für die Massenagitation der Spartakusgruppe, auf die die Märzkonferenz mit Nachdruck orientierte und die sich am 1. Mai und in den Juni-Streiks 1916 auswirkte.

Doch zeigten schon die Juni-Streiks und besonders die Entwicklung oder, genauer gesagt, das „Absinken“ der Bewegung im zweiten Halbjahr 1916 zugleich die *Grenzen* dieser Agitation. Obwohl die Spartakusgruppe ihre Flugblattagitation, die zu Aktionen zur Verteidigung Karl Liebknechts aufrief, im Herbst weiterführte,<sup>29</sup> fanden zu dieser Zeit keine

<sup>26</sup> Vgl. W. I. Lenin: Werke, Bd. 23, S. 294.

<sup>27</sup> Vgl. ebenda, S. 293.

<sup>28</sup> Vgl. ebenda, S. 204–206.

<sup>29</sup> Vgl. Rosa Luxemburgs Artikel „Liebknecht“ im „Spartacus“ Nr. 1 vom 20. September 1916. In: Spartakusbrieft, S. 217; die Flugblätter „Wofür kämpfte Liebknecht und weshalb wurde er zu Zuchthaus verurteilt?“ von Rosa Luxemburg. In: Dokumente und Materialien . . . Reihe II, Bd. 1, S. 480; „Arbeiter und Arbeiterinnen!“ von Franz Mehring und „Arbeiter! Klassengenossen!“ vom Oktober 1916. In: Spartakus im Kriege. Eingeleitet von Ernst Meyer, Berlin 1927, S. 139–141, 149.

größeren Massenaktionen statt. Die verschärften Maßnahmen der Polizeibehörden gegen die Spartakusgruppe (Verhaftung der führenden Genossen und Repressalien in den Betrieben nach den Liebknechtstreiks im Juni) waren nur *eine*, wenn auch sehr wesentliche Ursache dafür. Die andere wichtige Ursache lag darin begründet, daß die Spartakusgruppe sich zwar ein System illegaler Verbindungen für den Zweck, die illegalen Schriften und Flugblätter zu verbreiten, schuf, aber keine festgefügte illegale Organisation bildete, die allein die Kontinuität der schriftlichen und mündlichen Agitation trotz aller Eingriffe der Polizeibehörden sichern und damit ihre Wirksamkeit erhöhen konnte. Noch wichtiger war, daß der Klärungsprozeß in den Massen, der die Grundlage für Aktionen bildete, dadurch erschwert wurde, daß die prinzipielle *geistige* Auseinandersetzung der Spartakusgruppe mit dem Sozialchauvinismus und Zentrismus nicht „materiell“ durch die Gründung einer eigenen Partei untermauert wurde.<sup>30</sup> Bei aller intensiven Agitation der Spartakusgruppe blieben die Massen der organisierten Arbeiter letzten Endes doch in der Gewalt der sozialchauvinistischen (bzw. zentristischen) Instanzen, die der Agitation der Spartakusgruppe wirksam entgegengetreten konnten.<sup>31</sup> Um die Jahreswende 1916/17 schätzte W. I. Lenin die Lage so ein, daß das Haupthindernis für die systematische Propaganda und Agitation der Losung des Bürgerkrieges „das *Vertrauen*, das ein Teil der klassenbewußten Arbeiter den Sozialimperialisten und Sozialpazifisten entgegenbringt“ war. Darum forderte er die „Zerstörung des Vertrauens zu diesen Strömungen, diesen *Ideen* und Arten der *Politik*“ als Hauptaufgabe des Tages und schlug den linken Kräften in der Zimmerwalder Bewegung vor: „Ebenso entschieden ist der Bruch mit dem Sozialchauvinismus auch in organisatorischer Hinsicht zu erklären.“<sup>32</sup>

---

<sup>30</sup> Die oppositionellen Gruppen Liebknechtscher Richtung, von denen die Teilnehmer der Märzkonferenz berichteten, bildeten keine illegalen *Organisationen* der Spartakusgruppe, sondern waren eben nur eine Richtung innerhalb der legalen Organisationen der Sozialdemokratie.

<sup>31</sup> So verbreiteten der Vorstand der Sozialdemokratie und die Generalkommission der Gewerkschaften im Juli 1916 ein Flugblatt, das gegen die Streikbewegung gerichtet war, die streikenden Arbeiter denunzierte und ihnen jede Unterstützung seitens der Organisation versagte. (Vgl. Dokumente und Materialien ..., Reihe II, Bd. 1, S. 423.424.) Dieser Antistreikaufruf wurde im „Vorwärts“ vom 25. Juli 1915 abgedruckt. Außerdem fanden in Berlin am 27. Juli in allen Kreisen Besprechungen der sozialchauvinistischen Gewerkschafts- und Parteifunktionäre statt, in denen beraten wurde, wie den von der Spartakusgruppe für August vorgesehenen Demonstrationen anläßlich der Gerichtsverhandlung zweiter Instanz im Liebknecht-Prozeß begegnet werden könnte. An alle Teilnehmer wurde das genannte Flugblatt verteilt mit dem Hinweis, „dieses noch vor dem 1. August in den Hausern zu verbreiten“. Es wurde vermutet, „daß, wenn alle Funktionäre bis zum 1. August in dieser Richtung arbeiten, die Demonstrationen scheitern werden“. (Landeshauptarchiv Brandenburg, Nr. 15 823, Kriminalschutzbericht an die Abteilung VII des Berliner Polizeipräsidiums vom 28. Juli 1916.) Am Rand eines anderen Berichtes vom 27. Juli finden wir folgende Bemerkung des Polizeibeamten: „Die Warnung des Parteivorstandes gibt den Genossen doch zu denken. Die ‚Alten‘, an der Spitze Eugen Ernst, verbreiteten gestern abend diese Warnung in Flugblattform. Die Verbreitung und Gegenagitation wird



Schon Ende 1915 schrieb W. I. Lenin: „Unterstützung, Entwicklung, Ausbreitung und Verschärfung der revolutionären Massenaktionen und der revolutionären Bewegung. Gründung einer illegalen Organisation für die Propaganda und Organisation in dieser Richtung, um den Massen zu helfen, sich über die Bewegung und ihre Aufgaben, über ihre Mittel und ihre Ziele klarzuwerden. Auf diese zwei Punkte läuft unweigerlich jedes praktische Programm der sozialdemokratischen Tätigkeit im gegenwärtigen Kriege hinaus.“<sup>33</sup> Das „praktische Programm“ der Spartakusgruppe beschränkte sich im wesentlichen auf den ersten Punkt (vgl. die von Karl Liebknecht auf der Märzkonferenz begründete Resolution). In seiner Schrift „Sozialismus und Krieg“ (Juli/August 1915) schrieb W. I. Lenin: „Wie schwer der Kampf mit den in vielen Organisationen herrschenden Opportunisten in einzelnen Fällen auch sein mag, welche verschiedenartige Formen der Prozeß der Reinigung der Arbeiterparteien von den Opportunisten in den einzelnen Ländern auch annehmen mag, dieser Prozeß ist unvermeidlich und fruchtbar.“<sup>34</sup> Lenin betonte also, daß die Wiederherstellung der Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern verschiedene Formen annehmen und von unterschiedlicher Dauer sein konnte, doch sprach er eindeutig den Standpunkt der Bolschewiki aus: „Wir sind zutiefst überzeugt, daß beim heutigen Stand der Dinge der Bruch mit den Opportunisten und Chauvinisten die erste Pflicht eines Revolutionärs ist . . . Es ist ganz klar, daß eine *internationale* marxistische Organisation nur dann zustande kommen kann, wenn in verschiedenen Ländern die Bereitschaft vorhanden ist, selbständige marxistische Parteien zu schaffen. Deutschland als das Land der ältesten und stärksten Arbeiterbewegung ist dabei von ausschlaggebender Bedeutung.“<sup>35</sup> Diese Bereitschaft fehlte bei den deutschen Linken, weil sie die Erkenntnis über die

heute und in den nächsten Tagen fortgesetzt . . . Da eine Gegenerklärung der Minderheit zu der Warnung im ‚Vorwärts‘ nicht erschien und natürlich auch nicht erscheinen konnte, ohne sich selbst kaltzustellen (!), so weiß die breite Masse, also der indifferente Genosse, einstweilen nicht, was er tun oder lassen soll . . .“ (Ebenda, Nr. 15 829.) Wenn die Demonstrationen auch nicht vollkommen gescheitert sind, wie das die Sozialchauvinisten im Verein mit den Polizeibehörden anstrebten, so hatte die Bewegung im August und auch später im November nicht mehr die Breite vom Juni 1916 erreicht.

„Die Linken waren die treibende und organisierende Kraft bei den Demonstrationen seit dem Frühjahr 1915, sie vermochten den heftigen Widerstand der Rechtssozialisten und führenden Zentristen gegen Massenaktionen zu überwinden, weil sie die wahren Vertreter des werktätigen Volkes waren. Die Linken vermochten auch die großen Streiks in den Jahren 1916 bis 1918 auszulösen, aber Verlauf und Beendigung des Streiks wurden bestimmt von den gutorganisierten, in ihrer Bewegungsfreiheit nicht beschränkten und im Einvernehmen und Bündnis mit der Militärdiktatur handelnden führenden Kräften der SPD, der Gewerkschaften und der USFD.“ (Rudolf Lindau: Revolutionäre Kämpfe 1918–1919. Aufsätze und Chronik, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 23.)

<sup>32</sup> W. I. Lenin: Werke, Bd. 23, S. 217, 220.

<sup>33</sup> W. I. Lenin: Werke, Bd. 21, S. 460.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 312.

<sup>35</sup> Ebenda, S. 331/332.

Bedeutung des organisatorischen Kampfes gegen den Opportunismus und somit die Rolle des organisatorischen Bruchs mit ihm noch nicht hatten.

Weder von Karl Liebknecht noch von Rosa Luxemburg wurde 1916 auf die *organisatorische* Trennung vom Sozialchauvinismus, d. h. auf die Gründung einer eigenen Organisation, einer Partei, die die revolutionären Kräfte der deutschen Sozialdemokratie zusammenfassen würde, orientiert, obwohl der Zusammenbruch der alten Partei und ihrer Politik (wie auch der Zusammenbruch der Internationale) schon 1914/15 übereinstimmend festgestellt wurde. In den Schriften und Dokumenten der führenden Linken, die gerade in der Auseinandersetzung mit dem Zentrismus entstanden sind, wird immer wieder die Forderung erhoben, die Internationale wiederaufzubauen und die Partei zurückzuerobern – von unten her, durch die Aktion der vom lebendigen Geist des Klassenkampfes erfaßten Massen. So schrieb Rosa Luxemburg in ihrer Broschüre „Entweder – oder“ (Ende Februar 1916): „Nicht in der Zahl liegt die Kraft, sondern in dem Geiste, in der Klarheit, in der Tatkraft, die uns beseelt.“ In der Flugschrift „Die Lehre des 24. März“ vom April 1916 hieß es, daß die klassenbewußten Arbeiter es lernen mußten, „ihre Geschicke in die eigene Hand zu nehmen, ihre Führer in die Bahnen des revolutionären Klassenkampfes zu zwingen und voranzutreiben“. Und weiter: „Die Partei, das sind nicht die Funktionäre, Abgeordnete oder Redakteure, die Partei, das sind die Massen der organisierten Arbeiter, das ist der Geist des sozialistischen Klassenkampfes . . .“<sup>36</sup>

Auch von Karl Liebknecht ist uns kein Dokument aus dem Jahre 1916 bekannt, aus dem ersichtlich wäre, daß er sich über die Bedeutung des organisatorischen Kampfes, über die Bedeutung der Gründung einer eigenen Partei bewußt war. Am weitesten ging Karl Liebknecht in Fragen der Organisation in der Resolution der Jenaer Jugendkonferenz vom April 1916, wo die organisatorische Loslösung der oppositionellen *Jugendorganisation* von den offiziellen sozialchauvinistischen Instanzen als Lebensfrage für die proletarische Jugend formuliert wurde. Doch schon im nächsten Abschnitt, in dem es um die Internationale der Arbeiterjugend geht, heißt es, daß diese „ebensowenig wie die Internationale der Arbeiterklasse überhaupt aus organisatorischen Einrichtungen und Instanzen (besteht), sondern aus den im gleichen sozialistischen Geist verbundenen und wirkenden Proletariern aller Länder, die dem internationalen Klassenkampf treu geblieben sind . . .“. Dieser Gedanke wird auch in Liebknechts Flugblatt „Auf zur Maifeier!“ wiederholt.<sup>37</sup> Dieser Gedanke geht auf die von Liebknecht auf der Märzkonferenz begründete Resolution zurück, in der es heißt: „Ihre (der deutschen Sozialdemokratie – U. P.) Entwicklung zu einer aktionsfähigen revolutionären Macht kann nicht durch bloße Programme und Manifeste erzielt werden, nicht durch mechanische Diszi-

<sup>36</sup> Rosa Luxemburg: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. II, S. 544, 554, 555/556.

<sup>37</sup> Vgl. Karl Liebknecht: Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 400. Vgl. auch S. 826/827 des vorliegenden Aufsatzes.

plin oder tote organisatorische Formen, sondern nur durch Ausbreitung lebendigen Klassenbewußtseins und entschlossener Initiative in den Massen.“<sup>38</sup>

Diese Auszüge zeigen, daß die führenden Linken die Bedeutung des *organisatorischen* Kampfes gegen den Opportunismus, die Bedeutung der revolutionären *Organisation* als Waffe, als Instrument der Arbeiterklasse nicht richtig verstanden. Es gab mehrere Gründe für dieses Unverständnis.

Der eine Grund lag in der fehlerhaften Auffassung über die Rolle der Organisation, die Rosa Luxemburg vertrat und die auch von anderen führenden Linken geteilt wurde. Die Auffassung über die ausschlaggebende Bedeutung der spontanen Entwicklung der Massen zur Revolution, über die „Organisation als Prozeß“, mit der sich W. I. Lenin schon im Jahre 1904 auseinandersetzte, die Ansicht, daß der revolutionäre *Geist*, der Klassenkampfstandpunkt, wenn er die Massen ergreift, allein genüge, um eine revolutionäre Bewegung zu entfalten, bestimmte auch während des Krieges die Haltung der führenden Linken. Sie hatten noch kein richtiges Verständnis für das Verhältnis der spontanen Entwicklung zur bewußten Führung der Arbeitermassen durch eine festgefügte Organisation. Diese Unterschätzung wurde nach Ausbruch des Krieges bestärkt durch eine berechtigte Opposition gegenüber den alten Organisationen, die die Sache der Arbeiterklasse im entscheidenden Augenblick verraten hatten. Als sich die „stolze Organisation“ der alten Sozialdemokratie als Fessel der Arbeiterklasse in der Hand der Opportunisten erwies, zogen die Linken die unrichtige Schlußfolgerung, daß es auf die Organisation mit ihrem Apparat usw. gar nicht ankomme.<sup>39</sup>

Ein anderer Grund war, daß die Linken die Stärke des Opportunismus, der tiefe sozialökonomische Wurzeln hatte und sich auf die Macht des imperialistischen Staates stützen konnte, unterschätzten. Sie forderten, die Partei von den verräterischen Instanzen zurückzuerobern (vgl. Absatz 3 und 4 der von Liebknecht begründeten Resolution der Märzkonferenz), obwohl dies nicht mehr möglich war.

Die Forderung Karl Liebknechts vom Oktober 1914 nach der „Regenerierung“, Erneuerung der Partei wurde von Lenin aufgegriffen. Dabei warnte er (in der Auseinandersetzung mit den Zentristen in der Schweiz) davor, zwei grundsätzlich verschiedene Fragen zu verwechseln: „erstens die Frage, *wann*, in welchem Momente diese oder jene revolutionären Aktionen zu verwirklichen seien. Die Frage im voraus lösen zu wollen ist Unsinn . . . Zweitens die Frage: *Wie* die Partei, die jetzt unfähig ist, systematisch, ausdauernd, unter verschiedensten konkreten Umständen einen wirklich revolutionären Kampf zu führen, in eine solche Partei umwandeln, umformen, daß sie dazu fähig wäre.“ Die letztere Frage hielt Lenin für die wichtigste und beantwortete sie, indem er forderte, sich vom Sozialchauvinismus organisatorisch zu trennen, die zentristische Position abzu-

<sup>38</sup> Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 1, S. 318.

<sup>39</sup> Vgl. ebenda, S. 522 – 525.



lehnen, Massenaktionen durchzuführen, die Bewegung zu revolutionieren.<sup>40</sup> Die Notwendigkeit der organisatorischen Trennung von den Sozialchauvinisten schloß Lenin in die Forderung der „Erneuerung“ als Selbstverständlichkeit ein: „Alle Parteien müssen diese Losung Liebknechts zu der ihren machen, und es wäre natürlich lächerlich zu glauben, daß diese Losung verwirklicht werden könnte, ohne die Scheidemänner, die Legien, Renaudel, Sembat, Plechanow, Vandervelde und Co aus der Partei auszuschließen oder ohne mit der Politik der Zugeständnisse an die Richtung Kautskys, Turatis, Longuets und Merrheims zu brechen.“<sup>41</sup> Die Machtverhältnisse in der deutschen Sozialdemokratie während des Krieges lagen jedoch so, daß es den Linken praktisch unmöglich war, die Partei zurückzuerobern: der Sozialchauvinismus war sehr stark, er hatte tiefe sozialökonomische Wurzeln, hatte den Apparat, die Presse usw. der Arbeiterorganisationen fest in der Hand und *stützte sich bei alledem auf die Militärdiktatur, den Belagerungszustand*. Dagegen hatten die Linken nur sehr geringe Möglichkeiten, mit legalen Mitteln um die alte Partei als Ganzes zu kämpfen.

Der einzige Weg, die Massen vor allen Illusionen zu bewahren, sie für den Klassenkampf zu *organisieren* und die ausgelösten Aktionen in der Hand zu behalten und zum Erfolg zu führen, war in Deutschland die Gründung einer revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse. Das hat die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung während des ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution bestätigt.

Bezeichnenderweise stoßen wir in den Veröffentlichungen der Spartakusgruppe vom Herbst 1916 und später, so in mehreren Artikeln Rosa Luxemburgs, auf Äußerungen, die für das Ausbleiben einer starken Massenbewegung zur Verteidigung Karl Liebknechts im August und November 1916 neben dem Verrat der sozialdemokratischen Führer an den proletarischen Massen auch den „stummen Gehorsam der Massen“, bzw. den „Verrat der proletarischen Massen an ihren eigenen Klassenaufgaben“<sup>42</sup> verantwortlich machen. In dem nicht gezeichneten Artikel „Die schlummernde Großmacht“ im „Spartacus“ Nr. 3 vom Dezember 1916 wird, nachdem der Zerfallprozeß, der das innere und äußere Leben Deutschlands wie auch der Sozialdemokratie im dritten Jahr des Krieges erfaßte, geschildert wurde, gesagt, daß nur die Masse des sozialistischen Proletariats der Periode des Zerfalls und des Todes ein Ende machen könnte, doch, „sie läßt sich knuffen und puffen, treten und würgen, bleibt aber passiv“. Daraufhin wurde die Frage gestellt (und offen gelassen): „Aber wo ist sie? Worauf wartet sie? Wie lange will sie noch schlummern?“ Diese „Enttäuschung“, geboren aus der revolutionären Ungeduld, führte bei den Linken besonders im Jahre 1917 nach dem Ausbruch der russischen Februarrevolution zum Gebrauch der unmarxistischen These von der „Schmach“ und dem „Versagen der Massen“.<sup>43</sup> Diese These drückte, wie Rudolf Lindau

<sup>40</sup> Vgl. W. I. Lenin: Werke, Bd. 23, S. 294/295.

<sup>41</sup> Ebenda, S. 220.

<sup>42</sup> Rosa Luxemburg: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. II, S. 575, 581.

<sup>43</sup> Vgl. Spartakusbriefe, S. 280.

schrieb, die „heute sonderbar anmutende Enttäuschung darüber aus, daß die Massen nicht spontan, unvorbereitet, ohne bewußte und organisierte Führung . . . in einem in jeder Hinsicht schwierigen Moment das Geschick der sozialistischen Bewegung in die eigenen Hände genommen haben. Versagt hatten nicht die Massen, sondern die widerspruchsvolle Theorie von der Spontaneität, die falsche Auffassung von der Rolle der Partei.“<sup>44</sup>

Wenn wir heute diese Schwäche der Spartakusgruppe kritisch feststellen, so können wir zugleich sagen, daß nicht die These vom „Versagen der Massen“, nicht das Warten auf Aktionen der Arbeitermassen das Auftreten der Spartakusgruppe und ihrer Führer bestimmte. Im Gegenteil, ausschlaggebend für die *Tätigkeit* der deutschen Linken war das Vertrauen zu den Massen, der Glaube an ihre Kraft und Aktionsfähigkeit. Das beweist auch die hier behandelte Märzkonferenz und ihre Beschlüsse sowie die Tätigkeit der Spartakusgruppe nach dieser Konferenz in Vorbereitung des 1. Mai 1916.

Der unterschiedliche Standpunkt der Spartakusgruppe und der Zentristen in der Einschätzung der Aktionsfähigkeit der Massen wurde besonders in der Vorbereitung der Berliner Maidemonstration 1916 deutlich. Der Hauptgrund für die Absage der Ledebour-Gruppe war: Es fehle jede Stimmung in den Massen, es werde nichts zustande kommen. Dagegen wurde in dem Spartakusbrief vom 15. Mai 1916 in einem Bericht über die Maifeier in Berlin geschrieben: „Karl Liebknecht hat gezeigt, daß man an der Spitze der Massen sein ganzes Ich in die Schanze schlägt, um einen Schritt wirklicher revolutionärer Bewegung zu erstreiten. Er hat gezeigt, wo der Platz des echten Führers der Massen ist, welche Gefahren ihm persönlich auch drohen mögen. Wo waren die anderen ‚Führer‘, die sich auch zur ‚Opposition‘ zählen? Sie hatten sich von der Maifeier ausgeschaltet, sie lehnten die Mitwirkung an der Demonstration ab, sie lähmten ihre eigenen Anhänger unter den Arbeitern durch schwächliche Bedenken, durch Mangel an Mut und Initiative. Es hat sich wieder gezeigt, daß sie die Stimmung der Massen unterschätzten und die eigene Indolenz für diejenige der Massen ausgaben.“<sup>45</sup> In einem weiteren Spartakusbrief vom 12. August 1916 hieß es: „Jene für die ‚Sumpfrichtung‘ der Opposition überhaupt bezeichnende Unterschätzung des in den Massen lebenden Geistes, die meist nichts anderes ist als Ausdruck des eigenen Wider-

<sup>44</sup> Rudolf Lindau: Revolutionäre Kämpfe 1918–1919, S. 22. – Auf diese Schwäche der Spartakusgruppe wurde in einigen Veröffentlichungen des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung während des ersten Weltkrieges nur ungenügend hingewiesen und die entsprechenden Dokumente nicht kommentiert. (Z. B. in den Spartakusbriefen, vgl. dazu die Rezension der Spartakusbriefe von Rudolf Lindau. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1960, Heft 3, S. 612 f., ferner Dokumente und Materialien . . ., Reihe II, Bd. 2, S. 24 (Vorwort).)

<sup>45</sup> Spartakusbriefe, S. 167/168. Dieser Bericht stammt vermutlich aus der Feder Rosa Luxemburgs. Dafür spricht ein Vergleich dieses Berichts mit den Briefen, die Rosa Luxemburg an Clara Zetkin am 12. und 16. Mai geschrieben hat. (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Moskau, Archiv Fonds 209, Nr. 500 und 502.)

strebens vor jeder entschlossenen Initiative, wurde am wirksamsten durch die Tatsache der Maidemonstration widerlegt.“<sup>46</sup>

Die Führer der Spartakusgruppe und ihre Mitstreiter zeichneten sich gerade durch entschlossene Initiative und das Vertrauen zu den Massen aus. Sie waren die Initiatoren und der Motor bei allen Aktionen der deutschen Arbeiterklasse während des Krieges. Das bestätigen uns auch die Verhandlungen und Beschlüsse der Märzkonferenz 1916.

Die Erfahrungen des Jahres 1916 lehren uns, daß der Erfolg der revolutionären Massenbewegung gegen Imperialismus und Krieg davon abhängt, ob sich die Massen, vor allem die Arbeiterklasse, über das Ziel der Bewegung, die Mittel und Wege, das Ziel zu erreichen, bewußt sind. Die Geschichte lehrt uns, daß diese notwendige Klarheit durch die revolutionäre, auf dem Boden des unverfälschten Marxismus kämpfende Vorhut des Proletariats in die Massen hineingetragen wird. Aber gerade die Geschichte der deutschen Linken während des ersten Weltkrieges zeigt, daß die Klarheit allein nicht genügt, daß die Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Reaktion *organisiert* werden muß und daß die revolutionäre Vorhut darum selbst eine feste Organisation, eine Partei bilden muß. Erst dann kann sie den ideologischen Einflüssen der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse wirksam widerstehen, erst dann kann sie den Kampf der Arbeiterklasse organisieren und ihn zum bleibenden Erfolg führen.

Heute haben wir eine ganz andere Situation in der Welt und in Deutschland als 1914 bis 1918: Der Imperialismus ist schon lange nicht mehr das alleinherrschende, allumfassende Gesellschaftssystem, das sozialistische Lager wird immer mehr zum bestimmenden Faktor der Weltgeschichte, und auf deutschem Boden existiert heute ein sozialistischer Arbeiter-und-Bauern-Staat, die DDR. Doch ist der alte Grundwiderspruch im westlichen Teil Deutschlands heute noch nicht überwunden: Dieselben reaktionären Kräfte bedrohen durch ihre krieglerischen Absichten die Existenz des ganzen deutschen Volkes. Darum steht die westdeutsche Arbeiterklasse auch heute noch vor der Aufgabe, durch ihr entschlossenes Auftreten, durch den Massenkampf den Militarismus zu bändigen, die aggressive Bonner Regierung zum Rücktritt zu zwingen und parlamentarisch-demokratische Verhältnisse in Westdeutschland zu schaffen, um das Bestehen und die Entwicklung der deutschen Nation auf friedlicher und demokratischer Grundlage zu sichern. Ein notwendiger Bestandteil dieses Kampfes ist, die Legalität der Kommunistischen Partei Deutschlands wiederherzustellen, ihre Reihen zu erweitern und zu festigen, denn sie ist heute die einzige Arbeiterpartei in Westdeutschland, die die Interessen der Arbeiterklasse und der Nation vertritt.

Gerade vom Standpunkt dieser Aufgabenstellung ist das Studium der Erfahrungen des Klassenkampfes in den Jahren des ersten Weltkrieges heute noch nützlich.

---

<sup>46</sup> Spartakusbriefe, S. 192/193.



## Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nach der Revolution von 1848/49 zu Beginn der fünfziger Jahre

### 1. Die Aufgabe der Arbeiterbewegung

Als die preußische Konstituierende Versammlung im Juni 1848 über die Anerkennung der Revolution vom 18. März diskutierte, legte Friedrich Engels in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ dar, daß sich das Bewußtsein des Volkes, das auf „den Barrikaden gefochten und gesiegt hat“, entscheidend verändert habe, was durch Debatten, Resolutionen und Beschlüsse nicht mehr rückgängig gemacht werden könne. „Die wichtigste Eroberung der Revolution ist *die Revolution selbst*.“<sup>1</sup> Daß sich das Volk seiner Kraft und seiner Fähigkeiten bewußt geworden war, seinen politischen Horizont erweitert, seinen Willen gestählt hatte, war von großer Bedeutung und erwies sich als „das Hauptresultat“ der Revolution, als „die Revolution selbst“. Lenin, der sich eingehend mit den Ausführungen von Marx und Engels über die Revolution von 1848 beschäftigte, wies darauf hin, daß sie das Wort „Volk“ gebrauchten, „nicht um die Klassenunterschiede zu vertuschen, sondern um bestimmte Elemente zusammenzufassen, die fähig sind, die Revolution zu Ende zu führen“, und es „außer Zweifel steht, daß die Hauptbestandteile des ‚Volkes‘ . . . das Proletariat und die Bauernschaft sind.“<sup>2</sup> Das letzte Vorwort, das Friedrich Engels zum Kommunistischen Manifest schrieb, unterstrich nochmals die Bedeutung der Revolution von 1848 und die hervorragende Rolle, die die Arbeiterklasse in dieser Revolution gespielt hatte. In diesem Vorwort zur italienischen Ausgabe vom 1. Februar 1893 betonte Engels: „Diese Revolution war überall das Werk der Arbeiterklasse, die Arbeiterklasse war es, die die Barrikaden errichtete und ihr Leben einsetzte.“ Anschließend machte er darauf aufmerksam, daß zwar die Revolution eine Niederlage erlitt, aber dennoch „die Schlachten des Jahres 1848 nicht vergebens“ waren, sondern den Boden für einen Aufschwung der Arbeiterbewegung bereiteten und schließlich der sozialistischen Revolution „den Weg ebneten“.<sup>3</sup>

Die Arbeiterklasse, die 1848/49 die „wirkliche Kampftruppe aller europäischen Erhebungen“<sup>4</sup> stellte, war sich am Ende der Revolution in weit

<sup>1</sup> Neue Rheinische Zeitung, 15. Juni 1848. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 5, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 69.

<sup>2</sup> W. I. Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution. In: Werke, Bd. 9, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 124, 126.

<sup>3</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Werke, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 589/590.

<sup>4</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland. In: Werke, Bd. 8, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 107.

stärkerem Maße ihrer Aufgabe und Verantwortung bewußt geworden, als das zu Beginn des Jahres 1848 der Fall war. Das Zeugnis, das Friedrich Engels über das Verhalten des Proletariats, ganz besonders aber der Kommunisten in den letzten Schlachten der Revolution ausstellte, spricht unbedingt für die Reife, die die besten Vertreter der Arbeiterklasse erlangt hatten. Wenn Engels 1849 von der „Partei des Proletariats“ sagte, daß „sie ruhig die anderen Parteien herausfordern kann, auf nur einen einzigen ihrer Angehörigen den geringsten Tadel zu werfen“, wenn er die Kommunisten als „die couragiertesten Soldaten“ bezeichnete<sup>5</sup>, so bekundete er damit, welche Stellung die Arbeiterklasse in der Geschichte einnimmt, daß sie in der Lage ist, große Aufgaben zu lösen.

Von der Revolution 1848 läßt sich, wie W. I. Lenin nachwies, die Weltgeschichte in neue Perioden einteilen. Die erste Periode geht bis zur Pariser Kommune 1871. Entschlossene Aktionen der Arbeiterklasse kennzeichnen also Anfang und Ende der ersten Periode; ihre Bedeutung und Auswirkungen lassen die „weltgeschichtliche Rolle des Proletariats“ erkennen, deren Klarstellung Lenin als „das Wichtigste in der Marxschen Lehre“ bezeichnete.<sup>6</sup> In dieser ersten Periode der Weltgeschichte „sammelten sich die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse und führten heroische Kämpfe“<sup>7</sup>.

Trotz der brutalen Maßnahmen, den Verboten und Verfolgungen, die sich nach dem Sieg der militaristischen Reaktion 1849 vor allem gegen die entschiedensten Kämpfer für Demokratie richteten, begannen sich auch in Deutschland die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse zu sammeln und nahmen den Kampf gegen Verfolgung und Unterdrückung auf. Das Bewußtsein ihrer Kraft, das die Arbeiterklasse in den Kämpfen der Revolution erlangt hatte, die Überzeugung, der Kern der Nation zu sein, konnten nicht durch Verbote beseitigt werden. Die Arbeiterklasse zeigte sich auch unter den äußerst schwierigen Bedingungen zu Beginn der fünfziger Jahre als entschiedener Kämpfer für die Demokratie, als die Kraft, auf die sich die demokratische Partei stützen konnte.

Für den Kampf der Arbeiterklasse in den fünfziger Jahren galt das gleiche, was Marx und Engels für die Zeit der Revolution feststellten, „solange der Boden für ein selbständiges Vorgehen der Arbeiter nicht geebnet, solange das allgemeine, direkte Wahlrecht nicht eingeführt war, solange noch die 36 größeren und kleineren Staaten bestanden, durch die Deutschland in zahllose Gebietsfetzen zerrissen wurde – was blieb da der proletarischen Partei anderes übrig, als gemeinsam mit dem Kleinbürgertum um jene Rechte zu kämpfen, die ihr später ermöglichen würden, ihre

---

<sup>5</sup> Friedrich Engels: Die deutsche Reichsverfassungskampagne. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 7, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 185.

<sup>6</sup> W. I. Lenin: Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx. In: Marx-Engels-Marxismus, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 74.

<sup>7</sup> Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 82.

eigene Schlacht zu schlagen.“<sup>8</sup> Erst mußte gemeinsam mit allen fortschrittlichen Kräften des Kleinbürgertums die demokratische Republik erkämpft werden, denn allein die Demokratisierung des öffentlichen Lebens bot die Voraussetzung, daß sich auch das Proletariat politische Rechte sichern konnte. Stets war der „Kampf für die Demokratie . . . Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus“<sup>9</sup>. Daher mußte sich auch das Proletariat eine selbständige revolutionäre Partei schaffen und durfte keineswegs den Kampf lediglich als Anhängsel bzw. im Schlepptau der kleinbürgerlichen Demokraten führen.

Der nach der Niederlage der Revolution 1849 reorganisierte Bund der Kommunisten setzte sofort seine ganze Kraft für die Entwicklung der Arbeiterbewegung und die Schaffung der Arbeiterpartei ein. Marx und Engels haben 1850 die vor der deutschen Arbeiterklasse stehende Aufgabe in zwei Arbeiten dargelegt, in der „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850“ und in der „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom Juni 1850“. Was hier über die Aufgabe der Arbeiterklasse gesagt wurde, traf nicht nur für das Jahr 1850 zu, sondern hatte auch Gültigkeit für die folgenden Jahre.

Die beiden Ansprachen gingen davon aus, daß die Kommunisten, bzw. die Mitglieder des reorganisierten Bundes der Kommunisten sich in ihrer Tätigkeit keineswegs auf die Bundesgemeinden beschränken dürfen, sondern sich der Aufgabe widmen müssen, überall zu wirken, wo sich Arbeiter versammeln, um die selbständige Arbeiterpartei zu schaffen. Dabei war es vor allem notwendig, sich über die Rolle der kleinbürgerlich-demokratischen Partei klarzuwerden, die danach strebte, als „große Oppositionspartei“ eine führende Stellung einzunehmen. Die kleinbürgerlichen Demokraten mußten sich, um Erfolge zu erringen, auf das Proletariat stützen, daher war die demokratische Partei bestrebt, das Proletariat ihrer Führung unterzuordnen und die Arbeiter zu veranlassen, auf selbständiges Auftreten zu verzichten. Marx und Engels stellten klar, daß eine solche Vereinigung „auf das entschiedenste zurückgewiesen werden“ muß und „die Arbeiter, vor allem der Bund, dahin wirken müssen, neben den offiziellen Demokraten eine selbständige geheime und öffentliche Organisation der Arbeiterpartei herzustellen und jede Gemeinde zum Mittelpunkt und Kern von Arbeitervereinen zu machen, in denen die Stellung und Interessen des Proletariats unabhängig von bürgerlichen Einflüssen diskutiert werden“.<sup>10</sup> Die Ansprache vom März 1850 schloß mit der Aufforderung an die Arbeiter, ihren „endlichen Sieg dadurch“ zu sichern, „daß sie sich über ihre Klasseninteressen aufklären, ihre selbständige Parteistellung sobald wie möglich einnehmen, sich durch die heuchlerischen Phrasen der

---

<sup>8</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland, S. 42.

<sup>9</sup> Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien . . . , S. 51.

<sup>10</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 7, S. 248/249.



demokratischen Kleinbürger keinen Augenblick an der unabhängigen Organisation der Partei des Proletariats irremachen<sup>11</sup> lassen.

In der Ansprache vom Juni 1850 legten Marx und Engels dar, welche Bedeutung sowohl dem Einfluß des Bundes wie auch den Einwirkungen der verschiedenen Komitees der kleinbürgerlichen Demokraten auf die Arbeiter zukommt, wobei sie klarstellten, daß die von den Demokraten angestrebte Organisation der Arbeiter auf Zersplitterung und Mißbrauch der Arbeiterbewegung hinauslaufe. Marx und Engels betonten: „Die Arbeiterpartei kann unter Umständen sehr gut andere Parteien und Parteifraktionen zu ihren Zwecken gebrauchen, aber sie darf sich keiner anderen Partei unterordnen.“<sup>12</sup> Im übrigen konnten Marx und Engels in dieser Ansprache darauf hinweisen, daß der Bund der Kommunisten in Deutschland beträchtlich an Einfluß gewonnen hatte und die Bundesgemeinden in zahlreichen Städten in direkter Verbindung mit Arbeiter-, Tagelöhner-, Turn- und Bauernvereinen standen, außerdem „die einflußreichsten Mitglieder der Arbeiterverbrüderung auch dem Bunde angehörten“. Marx und Engels legten großen Wert auf die Arbeit in diesen Vereinen; sie war entscheidend für die Schaffung der selbständigen Arbeiterpartei. Daher wird in der Ansprache betont: „Die Zentralbehörde macht alle Gemeinden und Bundesmitglieder darauf aufmerksam, daß dieser Einfluß auf die Arbeiter-, Turn-, Bauern- und Tagelöhnervereine etc. von der höchsten Wichtigkeit ist und überall gewonnen werden muß.“<sup>13</sup>

Die in diesen beiden Dokumenten dargelegten taktischen Grundsätze waren für die Schaffung der proletarischen Massenpartei von großer Bedeutung.<sup>13a</sup>

Marx und Engels bemühten sich um die gleiche Zeit, die „Neue Rheinische Zeitung“ als „Politisch-ökonomische Revue“ weiter erscheinen zu lassen, um den Arbeitern zu helfen, sich über ihre Aufgabe klarzuwerden, wieder Mut zu fassen und sich für neue Kämpfe zu rüsten. „Eine Zeit des scheinbaren Stillstandes, wie die jetzige, muß eben benutzt werden, um über die durchlebte Periode der Revolution aufzuklären, über den Charakter der ringenden Parteien, über die gesellschaftlichen Verhältnisse, welche das Dasein und den Kampf dieser Parteien bedingen“<sup>14</sup>, so urteilten Marx und Engels in der Ankündigung der „Neuen Rheinischen Zeitung. Politisch-ökonomische Revue“, die am 9. Januar 1850 in der „Westdeutschen Zeitung“ erschien, über die vor den Arbeitern stehenden Aufgaben.

Die Herausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung. Politisch-ökonomische Revue“ war mit großen Opfern verbunden und mußte schließlich im Herbst

<sup>11</sup> Ebenda, S. 254.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 308/309.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 310.

<sup>13a</sup> Vgl. M. I. Michailow: Der Kampf von Karl Marx und Friedrich Engels für die proletarische Partei 1849–1852. In: Aus der Geschichte des Kampfes von Marx und Engels für die proletarische Partei. Eine Sammlung von Arbeiten, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 131–135.

<sup>14</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 7, S. 5.

1850 wegen Geldmangels wieder eingestellt werden.<sup>15</sup> Dennoch gingen von der „Revue“ neue Anregungen aus, die selbst die kleinbürgerlichen Demokraten ermutigten. Stefan Naut, der die kaufmännischen Angelegenheiten der „Neuen Rheinischen Zeitung“ bearbeitet hatte, schrieb am 4. August 1849 aus Köln an Marx: „Teilen Sie uns, lieber Herr Marx, zuweilen aus Ihrem Asyle Ihre Ansichten, Ihre Hoffnungen mit, damit uns die Gegenwart weniger schwarz erscheint und wir mit mehr Vertrauen in die Zukunft blicken . . .“<sup>16</sup> Armand Goegg schrieb am 28. Dezember 1849 aus Paris an Marx: „Jeder aufrichtige Freund der Demokratie muß ein derartiges Unternehmen willkommen heißen und aber auch nach Kräften unterstützen.“ Er sandte 100 Francs und bemerkte: „Ich werde natürlich auch Ihrem Blatte in Baden Eingang zu verschaffen suchen.“<sup>17</sup> Auch liegt ein undatierter Brief des Demokraten G. Bergenroth aus Berlin vor, wahrscheinlich Anfang 1850 geschrieben, in dem Marx zugesichert wurde, alles zu tun, damit die „Revue“ auch in Berlin verbreitet wird.<sup>18</sup>

Die überaus zahlreichen demokratischen Volks- und Arbeitervereine, die sich 1848/49 gebildet hatten, waren mit der Niederlage der Revolution keineswegs verschwunden. Allerdings stieß ihre Tätigkeit in zunehmendem Maße auf erhebliche Schwierigkeiten. Am 20. Juni 1849 hatte die preußische Regierung alle Versammlungen, „in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen“<sup>19</sup>, als genehmigungspflichtig erklärt.

Unter dem Eindruck der Niederlage der Revolution, des Falles von Rastatt, der Siege der Konterrevolution in Ungarn mit Hilfe der zaristischen Interventionstruppen herrschte zudem verständlicherweise im Sommer 1849 bei den Massen Verwirrung und Entmutigung. Ratlosigkeit erfaßte nicht nur die kleinbürgerlichen Demokraten, sondern auch viele Arbeiter. „Unsere hiesige Partei ist zu keiner Kraftanstrengung fähig; zudem ist das ganze Klub- und Vereinswesen gänzlich zerfahren, allgemeine vollkommene Apathie hat sich der Leute bemächtigt“<sup>20</sup>, so schrieb am 21. Juli 1849 J. Grübel aus Hamburg an Karl Marx. Der Brief erweckt den Eindruck, daß der Absender Marx kannte. Die Vermutung liegt nahe, daß Grübel mit Marx bei seinem Aufenthalt in Hamburg Ende April 1849 verhandelt hatte und es nunmehr als notwendig erachtete, Marx über den Zustand der Arbeiterbewegung zu berichten. Hamburg bildete aber sicherlich keine Ausnahme.

Doch zahlreiche Arbeiter gaben den Kampf nicht auf, und schon Ende 1849 zeigten sich deutlich Anzeichen einer neuen Aktivität in der Arbeiter-

<sup>15</sup> Vgl. Karl Obermann: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten 1849 bis 1852, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 19 f.

<sup>16</sup> Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der KPdSU, Moskau, Zentrales Parteiarchiv (abgekürzt IML, Zentrales Parteiarchiv), Fonds 1, Nr. 233/9061.

<sup>17</sup> Ebenda, Fonds 1, Nr. 245/6821.

<sup>18</sup> Vgl. ebenda, Fonds 1, Nr. 248/4568.

<sup>19</sup> Deutsches Zentralarchiv, Abt. Merseburg, Rep. 77, Tit. 245, Nr. 1, fol. 235.

<sup>20</sup> IML, Zentrales Parteiarchiv, Fonds 1, Nr. 231/12 057.

klasse. In seinem Bericht über die Lage in der Rheinprovinz, den der Oberpräsident Eichmann am 6. Dezember 1849 dem preußischen Innenminister Freiherr von Manteuffel übersandte, bemerkte er, nirgends werde „in Abrede“ gestellt, „daß die Partei der Demokraten sehr stark sei“, da sie sich „noch immer“ auf „den gemeinen Mann“ stützen könne.<sup>21</sup>

## *2. Die Bedeutung der Tradition des 18. März für den Kampf der Arbeiterklasse*

Von 1850 an machten die deutschen Arbeiter den 18. März zu ihrem Kampftag. Die Erinnerung an die Revolution von 1848/49 ist in der deutschen Arbeiterklasse stets lebendig geblieben. Nichts hat die Arbeiterklasse selbst in den Jahren des Polizei- und Militärregimes daran hindern können, die revolutionären Traditionen des Jahres 1848 hochzuhalten und in Erinnerung an ihre gefallenen Klassenbrüder zu neuen Kämpfen gegen die Willkürherrschaft für Freiheit und Demokratie aufzurufen. Die Märzfeiern zum Gedenken an die Barrikadenkämpfer von 1848 gehören zu den besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung. Diese Märzfeiern waren stets ein Ausdruck der revolutionären Kampfbereitschaft der deutschen Arbeiterklasse. Kein Polizeiaufgebot hat jemals vermocht, bei den Arbeitern die Erinnerung an den 18. März 1848 zu unterdrücken.

In Berlin war von 1850 an am 18. März der Friedrichshain stets das Ziel der Arbeiter. Obwohl schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1849 von den Behörden alles getan worden war, um die Arbeiterklasse zu unterdrücken, durch Verbote, Ausweisungen und Verhaftungen ihre Bewegungsfreiheit einzuengen, sah die herrschende Klasse dem 18. März 1850 mit großer Sorge entgegen. Am 16. März 1850 wies der Oberbefehlshaber in den Marken, der berüchtigte General v. Wrangel, die Berliner Militärkommandantur an, „für alle Eventualitäten am 18. d. M. die erforderliche Anzahl von Truppen bereitzuhalten und sich über die geeigneten Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ruhe und evtl. Unterstützung der Polizei mit dem Polizeipräsidium . . . in Verbindung und Verständigung zu setzen.“<sup>22</sup>

Die Arbeiter der Maschinenbauanstalt Borsig und anderer Maschinenfabriken hatten beschlossen, den 18. März 1850 durch Arbeitsruhe zu feiern. Borsig wies die Meister an, den Arbeitern die Arbeitsruhe zu verbieten. Den Arbeitern wurde mit Entlassung gedroht. Rund 200 Arbeiter ließen sich trotzdem nicht davon abbringen, die Helden des 18. März durch Arbeitsruhe zu ehren. Sie wurden am 19. März kurzerhand entlassen, was nun auch eine Anzahl derjenigen, die am 18. März gearbeitet hatten, veranlaßte, empört die Werkstatt zu verlassen. Die Unverheirateten unter den Gemaßregelten wurden von der Polizei sofort aus Berlin ausgewiesen. Die Verheirateten wurden einzeln von der Polizei vorgeladen und vernommen, um sie einzuschüchtern. Nur wenige sind von Borsig wieder „in

<sup>21</sup> DZA, Abt. Merseburg, Rep. 77, Tit. 505. Nr. 1, vol. 2, fol. 231

<sup>22</sup> Ebenda, Tit. 343 A, Nr. 79, fol. 1.



Gnade“ aufgenommen worden. Ein anderer Maschinenfabrikant namens Rummel hatte kurzerhand drei Arbeiter entlassen, die bei ihm am 17. März vorstellig geworden waren, um im Auftrag der Kollegen über die Feier des 18. März zu verhandeln.<sup>23</sup>

Die Entlassung der Arbeiter rief in der Öffentlichkeit große Empörung hervor. Varnhagen von Ense schrieb am 20. März 1850 in sein Tagebuch: „Schändliches Verfahren des Maschinenbauers Borsig, der beinahe zweihundert seiner Arbeiter, die den 18. März gefeiert, deshalb entlassen hat.“<sup>24</sup> Die Borsigarbeiter, die schon am 18. März 1848 in den vordersten Reihen des Kampfes gestanden hatten, gehörten 1850 mit zu den ersten, die sich nicht von der Reaktion schrecken ließen und den 18. März zum Kampftag der Arbeiterklasse machten.

Die Maßnahmen der Fabrikanten und der Behörden blieben erfolglos. Aus den vorhandenen Polizeiberichten geht hervor, daß es die Berliner Arbeiter verstanden, auch den 18. März 1851 zu einem Kampftag zu machen. Polizei und Militär lagen den ganzen Tag in Alarmbereitschaft. Der Polizeipräsident v. Hinckeldey berichtete dem Innenminister ab 5 Uhr nachmittags laufend über die Vorgänge im Friedrichshain. Sein erster Bericht meldete einzelne Personen, die am Vormittag Kränze niederlegten und sich wieder entfernten. Jedoch waren bereits drei Tischlergesellen verhaftet worden, weil sie, als sie ihren Kranz niederlegten, „Hurra“ gerufen hatten. Als sich nach 17 Uhr „starke Volkshaufen“ in den angrenzenden Straßen zeigten, ließ der Polizeipräsident den Friedrichshain völlig räumen und durch zwei starke Polizeikommandos absperren. Die Polizei hatte sich einer ständig wachsenden Menschenmenge zu erwehren, die sie höhnte und auspuffte, so daß der Polizeipräsident gegen 19 Uhr um militärische Unterstützung bat. Am Morgen des 19. März meldete der Polizeipräsident, daß es in den Abendstunden einige Zusammenstöße gegeben habe und Polizeibeamte durch Steinwürfe verwundet worden seien. 40 Arbeiter seien verhaftet worden. Da auch am 19. März Demonstrationen befürchtet wurden, blieb der Friedrichshain besetzt. Das abschließende Urteil der Polizei lautete: „Der Andrang der Volkshaufen ist viel stärker geworden als im vorigen Jahr.“<sup>25</sup>

Der zusammenfassende Polizeibericht vom 19. März läßt erkennen, daß am 18. März 1851 die größte Berliner Arbeiterdemonstration seit der Niederlage der Revolution stattfand. Der Polizeibericht, der natürlich nicht von Übertreibungen frei ist, schätzt die Zahl der Menschen, die am 18. März bis nachmittags 3 Uhr die Gräber im Friedrichshain aufsuchten, auf 15 000. Nach 3 Uhr nachmittags sei „der Zuzug bedeutender und dadurch besorgniserregender“ geworden, vor allem auch deshalb, weil „niederer Pöbel... in starken Trupps den Friedrichshain zu besuchen begann“. Die Polizei

<sup>23</sup> Vgl. Eduard Bernstein: Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Erster Teil, Berlin 1907, S. 80.

<sup>24</sup> K. A. Varnhagen von Ense: Tagebücher, 7. Bd., Zürich 1865, S. 108.

<sup>25</sup> DZA, Abt. Merseburg, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 79, fol. 2-4

wollte vor allem festgestellt haben, daß „demokratische Persönlichkeiten“ wie Behrends, Streckfuß und ihre früheren Freunde die Masse anfeuerten. Es seien „Hurras ausgebracht und einige demokratische Lieder abgesungen worden“. Als die Räumung des Friedrichshains erfolgte, waren, wie der Bericht feststellt, „circa 5000 Menschen auf dem Friedrichshain, davon mindestens  $\frac{7}{8}$  dem niedrigsten arbeitslosen Pöbel angehörig“. Die Polizei begründete die Gefahr dieser Masse und ihre Maßnahmen mit einigen Verleumdungen, u. a. damit, daß die meisten betrunken oder angetrunken gewesen seien. Nach der Räumung des Friedrichshains sammelte sich die Menschenmenge vor dem Landsberger Tor. Der Bericht hebt hervor, daß von der Menge besonders eine Delegation „der Maschinenbauer unter Anführung des berühmten Lucht“ begrüßt worden sei und ein Teil der Maschinenbauer verhaftet wurde, da sie sich der Polizei widersetzen. Die Versuche der Polizei, die Menge auseinanderzutreiben, hatten zu ernsthaften Zusammenstößen geführt. Der Bericht hebt hervor, daß nur mit Waffengewalt gegen 9 Uhr abends die „Ordnung und allgemeine Ruhe“ wiederhergestellt werden konnte, wobei „im Ganzen einige 50 Personen verhaftet“ wurden. Die Polizei wollte in ihrem Bericht natürlich vor allem ihre eigenen „Leistungen“ würdigen, so jene, daß eine Abteilung ununterbrochen 18 Stunden im Dienst gewesen sei. Damit wird aber gleichzeitig die Entschlossenheit der Arbeiter zugegeben. Aus dem Bericht spricht überhaupt die Angst vor der Arbeiterklasse, deren Stimmung gegen die Regierung als sehr gefährlich eingeschätzt wird. Der Berichterstatter, Polizeihauptmann Patzke, sah sich daher zu folgender Schlußfolgerung veranlaßt: „Wenn ich im allgemeinen meine Ansicht über die Vorgänge aussprechen darf, so kann ich nur sagen, daß dieselben sehr bedenklich hätten werden können und daß es höchstwahrscheinlich zu Barrikaden gekommen wäre, wenn die Räumung der Nacht hätte vorgenommen werden müssen. In diesem Falle wäre es wahrscheinlich der Schutzmannschaft nicht möglich geworden, die Ruhe herzustellen. Es wäre zum Einschreiten des Militärs gekommen, und erscheint es bei der allgemeinen sehr üblen Stimmung gegen die Regierung wohl möglich, daß alsdann eine allgemeine Beteiligung stattgefunden haben würde . . . Durch die alle Jahre sich erneuernden Exzesse auf dem Friedrichshain dürfte es wirklich als eine Maßregel der entschiedensten Notwendigkeit zur Vermeidung dieser Exzesse sowie zur Erhaltung der allgemeinen Ruhe und Ordnung erscheinen, daß mit sofortiger Verlegung der Begräbnisstätten dieser sogenannten Freiheitshelden nach den resp. Kirchsprengeln vorgegangen werde.“<sup>26</sup>

Daß die Kundgebungen am 18. März 1851 einen bedeutenden Umfang hatten, wird auch durch die Tagebuchaufzeichnungen Varnhagen von Enses bestätigt. Der 18. März 1851 fiel auf einen Dienstag, aber seit Sonntag strömten die Leute zu den Gräbern der Gefallenen. Die Zahl derjenigen, die am 18. März zum Friedrichshain zogen, schätzte Varnhagen auf „über zwanzigtausend Menschen“. Die Unruhen werden auf das brutale Vor-

<sup>26</sup> Ebenda, fol. 6–11.

gehen der Polizisten zurückgeführt, „obschon das Volk durchaus nichts tat, was dazu Anlaß geben konnte, sein Verbrechen ‚war seine Menge‘“. Nach Varnhagens Informationen waren auch in Hannover die Märztage festlich begangen worden.<sup>27</sup>

Der Berliner Polizeipräsident v. Hinckeldey erklärte am 6. Mai 1851 dem Innenminister v. Westphalen in seinem Schlußbericht über die Vorgänge vom 18. März bzw. über die vom Innenminister angeordnete Untersuchung, warum nicht der Friedrichshain schon am Vormittag gesperrt worden sei: „Ich habe Sorge getragen, daß bei der bewirkten neuen Organisation der Schutzmannschaft ähnliche Vorgänge sich nicht wieder ereignen können. – Auch bleibt künftig der Friedrichshain am 17., 18. und 19. März besetzt und geschlossen.“<sup>28</sup>

Die herrschende Klasse und ihre Regierung hatten sich davon überzeugen müssen, daß die Arbeiterklasse das Vermächtnis ihrer toten Helden vom 18. März bewahrte. Die revolutionäre Tradition des 18. März in den Händen der Arbeiterklasse zeigte sich als eine starke Waffe im Kampf für ein demokratisches Deutschland.

Die Arbeiterbewegung erhielt im Sommer 1851 durch zahlreiche Verhaftungen und Verfolgung ihrer besten Vertreter, insbesondere der Mitglieder des Bundes der Kommunisten, einen schweren Schlag. Doch zeigte sich auch weiterhin unter den Arbeitern ein starker Kampfwille. Jahr für Jahr waren die Märztage für die Polizei Tage erhöhter Alarmbereitschaft. So wandte sich auch am 15. März 1852 wieder der Innenminister an den Berliner Polizeipräsidenten, „die Erfahrungen der letzten Jahre“ zu berücksichtigen und rechtzeitig den Friedrichshain zu sperren und besetzen zu lassen.<sup>29</sup> Am 16. März bestätigte der Polizeipräsident dem Innenminister, bereits angeordnet zu haben, „daß durch ausgestellte Posten der Schutzmannschaft am 18. d. M. jedermann der Zutritt zum Friedrichshain verweigert wird. Ansammlungen des Volks werden nicht gestattet. Die hiesige Kommandantur ist soeben requiriert worden, zwei Bataillone und zwei Schwadronen am fraglichen Tage bereitzuhalten.“<sup>30</sup>

Aber aus drei telegrafischen Depeschen an den Innenminister geht hervor, daß trotz aller Polizeimaßnahmen wieder eine erhebliche Volksbewegung zu verzeichnen war. Trotz der Absperrung ließen sich die Massen der Berliner nicht davon abhalten zu zeigen, daß der 18. März niemals vergessen wird und die Gefallenen im Volke weiterleben werden.<sup>31</sup>

<sup>27</sup> K. A. Varnhagen von Ense: Tagebücher, 8. Bd., Zürich 1865, S. 104/105, 111.

<sup>28</sup> DZA, Abt. Merseburg, Rep 77, Tit. 343 A, Nr. 79, fol. 18.

<sup>29</sup> Ebenda, fol. 19.

<sup>30</sup> Ebenda, fol. 20. In dem Schreiben heißt es noch: „Den Zutritt zum Friedrichshain durch öffentliche Bekanntmachung zu untersagen, unterlasse ich, weil eine solche leicht Aufmerksamkeit erweckt, zum andern auch unberufene Kritik über vermeintliche Ängstlichkeit der Behörde hervorruft.“

Am 18. d. M. selbst werden Ew. Excellenz durch telegraphische Notizen von der Haltung des Publikums und von etwaigen Vorfällen benachrichtigt werden.“

<sup>31</sup> Vgl. ebenda, fol. 21–23. Die erste Depesche vom 18. März 1852 1 Uhr (nachmittags) lautet: „In betreff des Friedrichshains bis jetzt nichts Neues von Bedeutung. Einige



Das Polizeiaufgebot, das auch am 18. März 1853 wieder den Friedrichshain besetzte, entmutigte allerdings die Kleinbürger, die in den vorangegangenen Jahren ebenfalls einen Spaziergang zu den Gräbern der Barrikadenkämpfer zu machen pflegten. Der Polizeibericht vom 19. März konnte befriedigt vermerken: „Im Friedrichshain, wo einige Jahre hintereinander auf den gestrigen Tag grobe Exzesse verübt wurden, hatte sich im Laufe des gestrigen Vormittags kein Publikum eingefunden.“ Doch dasselbe konnte nicht vom Nachmittag gemeldet werden, als sich die Arbeiter aus den Fabriken einfanden. Wieder wie in den Vorjahren wurden die Lokale in der Umgebung des Friedrichshains geschlossen, wieder gingen die um den Friedrichshain aufgestellten Polizeiposten mit Gewalt gegen die Arbeiter vor und verhafteten elf von ihnen. Vor allem waren auch wieder Arbeitseinstellungen in einigen Berliner Betrieben zu verzeichnen, gegen die genau wie in den Vorjahren mit Entlassungen und Ausweisungen vorgegangen wurde. Die Buchbinderei Mossner hatte z. B. zehn Buchbinder-gesellen entlassen, die am Nachmittag des 18. März der Arbeit ferngeblieben waren. Der Buchbindereibesitzer bat gleichzeitig die Polizei, „daß die hier nicht ortsangehörigen Gesellen ausgewiesen und die übrigen auf andere Weise bestraft werden möchten“. Auch die Bonardelsche Maschinenbauanstalt meldete die Entlassung von zehn Arbeitern, weil sie den 18. März gefeiert hatten.<sup>32</sup>

Die Märzfeiern der Arbeiterklasse beschränkten sich keineswegs auf Berlin. In einem Dresdener Polizeibericht vom 10. Mai 1853 wird die Stimmung der Arbeiter in den sächsischen Wollfabriken als äußerst bedrohlich bezeichnet. Es sei davon die Rede, daß es das nächste Mal besser gemacht werden müßte als 1848. Der Bericht wies besonders auf folgende Vorgänge hin. „In der nächsten Umgebung von Lobenstein wurde die Erinnerung an die Märztage von 1848 mit Gewehrschüssen und Kanonenschlägen begangen. Am 9. März abends hatte sich auch ein Trupp Fabrikarbeiter versammelt; in einer Fabrik waren aufrührerische Reden gehalten worden. Die Polizeidirektion zu Ebersdorf ist aber hierauf mit großer Energie eingeschritten.“<sup>33</sup>

Sehr aufschlußreich sind auch die Bemerkungen, die Varnhagen von Ense über die Feiern am 18. März 1853 in seinem Tagebuch machte. „Alle Konstabler sind seit frühstem Morgen in Bewegung, damit kein Versuch gemacht werde, den heutigen Jahrestag des Barrikadenkampfes zu feiern. Die stille Feier im Herzen ist nicht zu hindern und ist wichtiger als die öffentliche.“<sup>34</sup> Diese Tagebuchnotiz vom 18. März 1853 ergänzte Varnhagen

Personen sind verhaftet.“ Die Depesche 2 Uhr 40 Minuten aufgegeben, lautet: „Beim Friedrichshain ist alles ruhig.“ Aber die dritte Depesche von 6 Uhr 15 Minuten (nachmittags) besagt: „Beim Landsberger Tore ziemlich lebhaft, sonst nichts Bemerkenswerthes.“

<sup>32</sup> Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam, Rep. 30 C, Tit. 94, Lit. A., Nr. 140 (8538), betr. Arbeitseinsteller am 18. März etc. 1853, fol. 1/2.

<sup>33</sup> Ebenda, Rep. 30 C, Tit. 94, Lit. U, Nr. 34, vol. I (13 835) betr. die Hoffnungen und Bestrebungen der Umsturzpartei, fol. 103.

<sup>34</sup> K. A. Varnhagen von Ense: Tagebücher, 10. Bd., Hamburg 1868, S. 67.

am 20. März 1853 durch die Feststellung: „Der 18. März ist im Volke doch vielfach gefeiert worden, gleichsam in stiller Andacht; in einzelnen Familien sind auch Reden gehalten worden, man hat der Schlafenden im Friedrichshain mit Liebe gedacht. Die Polizei hat nichts erfahren, vielleicht durch Täuschung absichtlich falscher Berichte irreführt.“<sup>35</sup> Dieser Notizen über die Vorgänge in Berlin fügte er am 25. März 1853 hinzu: „Man hört immer mehr von Versammlungen und Festlichkeiten zur Feier des 18. März, aus Königsberg, Stettin, Greifswald, Magdeburg, Köln, Trier. Die Regierung ist schon zufrieden, daß kein öffentliches Bezeigen, keine große Volksbewegung hat stattfinden können.“<sup>36</sup> Damit tat der aufrichtige, der Demokratie zuneigende Bürger am 5. Jahrestag des 18. März 1848 kund, daß keine Polizei in der Lage sein wird, den 18. März im deutschen Volk auszulöschen, und dieser Märztag stets von neuem die Unterdrückten mit dem Gedanken der Revolution erfüllen wird. So konnte Varnhagen von Ense auch am 18. März 1854 notieren: „Wieder auf einen Sonnabend fällt der 18. März, wie vor sechs Jahren, das Volk begrüßt den Tag als seinen Festtag, und er wird auch heute wieder vielfach gefeiert.“<sup>37</sup>

Den vollen Umfang der Märzfeiern in den ersten Jahren nach der Revolution von 1848/49 festzustellen ist jedoch sehr schwierig. Es sind noch umfangreiche Forschungen in den örtlichen Archiven notwendig, um weitere Fakten aufzufinden. Aber schon die vorliegenden Tatsachen zeigen, daß sich die Arbeiter trotz Polizeiterror, trotz Verfolgung und Verhaftungen nie nehmen ließen, den 18. März zu feiern.

Die Märzfeiern spielen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle. In dem Maße, in dem sich die deutsche Arbeiterbewegung trotz Terror und Verfolgungen entwickelte und zu einer Massenbewegung wurde, in demselben Maße wurden auch die alljährlichen Märzfeiern zu immer größeren und mächtigeren revolutionären Kundgebungen der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse.

### *3. Die Rolle der Arbeiterbewegung im Kampf für Demokratie*

Die Arbeiterbewegung bildete von Anfang an, auch nach 1849, die verschiedenste Kraft im Kampf für die Demokratie. In den zahlreichen Volks- und Arbeitervereinen, die trotz aller Schwierigkeiten ihre Tätigkeit offen oder heimlich fortsetzten, waren vor allem die proletarischen Mitglieder sehr rührig. Mit einem Hinweis auf die Tätigkeit der Volksvereine schrieb Varnhagen von Ense am 5. August 1849: „Die Volksfreunde regen sich, an Mut und Gesinnung fehlt es nicht, mögen nur Einsicht und Zusammenhalten nicht fehlen!“<sup>38</sup> In einer mit 66 Unterschriften versehenen Eingabe beschwerten sich am 1. November 1849 regierungstreue Berliner Bürger

<sup>35</sup> Ebenda, S. 69.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 76.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 477.

<sup>38</sup> Ebenda, Bd. 6, Leipzig 1862, S. 303.

beim preußischen Innenministerium über die Volksvereine; sie seien „Rebellenschulen“, in denen die Arbeiter verführt würden.<sup>39</sup> Die preußische Verordnung vom 29. Juni 1849 über die Anmeldung und Genehmigung von Versammlungen wurde wenig beachtet. Die preußische Regierung wiederholte und verschärfte im Gesetz vom 11. März 1850 ihre Anordnung über die polizeiliche Genehmigungspflicht aller Versammlungen und verfügte außerdem, daß alle Vereine, „welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken“, binnen drei Tage Statuten und Mitgliederverzeichnis bei der Ortspolizeibehörde einreichen müssen.<sup>40</sup> Kirchliche und religiöse Vereine wurden ausdrücklich ausgenommen.

Die Hoffnungen der kleinbürgerlichen Demokraten auf Erfolge im Kampf um demokratische Rechte beruhten auf der Aktivität der Arbeiter. Wenn die Behörden von den „Umtrieben“ der Demokraten oder, wie es in den Berichten hieß, der „Umsturzpartei“ sprachen, bezogen sie sich in erster Linie auf die Tätigkeit der Arbeiter und ihrer Vereine. Der Regierungspräsident in Düsseldorf, v. Massenbach, wies in seinem Bericht an den Innenminister vom 25. April 1851 auf den „Versuch umfassender Arbeiterversammlungen und deren Benutzung für Zwecke der Umsturzpartei“ hin, die um so stärker beachtet werden müßten, „zumal der Mißmut der Tucharbeiter im Kreise Lennep gegen ihre Fabrikherren, der unausgesetzten Beschäftigung ungeachtet, noch nicht gewichen ist, und in vielen Fabriken des Kreises Elberfeld, mit Ausnahme der in Metall arbeitenden, wegen schwachen Absatzes eine teilweise Ablohnung von Arbeitern stattgefunden hat“.<sup>41</sup> Tatsächlich unternahmen die Arbeiter der Kreise Elberfeld, Solingen und Lennep am 11. Mai 1851 den Versuch, eine Volksversammlung durchzuführen. Nach dem Bericht des Landrats aus Elberfeld waren am 11. Mai morgens „an verschiedenen Plätzen der hiesigen Stadt geschriebene Plakate mit roten Bändern angeheftet, welche eine Aufforderung zur Teilnahme an der großen Volksversammlung zu Trübsal um 2 Uhr nachmittags enthielten“. Über die 1500 bis 2000 Personen, die der Einladung gefolgt waren, sagte der Bericht: „Die Menge bestand fast nur aus Gesindel, jungen Leuten mit schwarzrotgoldenen Schleifen und einer kleinen roten Feder geschmückt. Der größte Teil bestand aus Barmern, dann Roesdorfern, Solingern usw.“<sup>41a</sup> Außerdem werden einige Namen bekannter Revolutionäre aus Elberfeld genannt, an erster Stelle der freigesprochene Maiangeklagte F. W. Hühnerbein. Er war während des Maiaufstandes 1849 in Elberfeld Mitglied der militärischen Kommission des Sicherheitsausschusses und war als Kommunist aufgetreten. Dem Briefwechsel zwischen Marx und Engels ist zu entnehmen, daß Hühnerbein noch 1851 mit Engels in Verbindung stand.<sup>42</sup> Weiter war von Scheer, Lohe und ihren Gesinnungs-

<sup>39</sup> DZA, Abt. Merseburg, Rep. 77, Tit. 501, Nr. 3, vol. 4, fol. 159/160.

<sup>40</sup> Ebenda, Tit. 245, Nr. 1, fol. 282.

<sup>41</sup> Ebenda, Nr. 4, fol. 142.

<sup>41a</sup> Ebenda, Rep. 77, Tit. 245, Nr. 4, fol. 157–160.

<sup>42</sup> Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels: Briefwechsel, I. Bd., Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 121, 200, 383.



genossen die Rede. In dem „berüchtigten Lohe“ wie in Hühnerbein und Scheer sah die Polizei die Leiter der Versammlung. Zwar gelang es den Polizei, die Menge auseinanderzutreiben, wobei drei Arbeiter wegen „Widersetzlichkeit“ verhaftet und eine größere Anzahl von Personen – 41 allein aus Barmen – notiert wurden, um, wie der Bericht betont, wegen Teilnahme an der Versammlung gerichtlich verfolgt zu werden.<sup>43</sup>

Zwei Blätter, die unter den Versammelten zirkulierten, deuten jedoch darauf hin, daß die Aktion kein isoliertes örtliches Unternehmen war. Der Bund der Kommunisten trat in Erscheinung durch eine Spendenliste des „permanenten Komitees zur Unterstützung der im Exil lebenden Deutschen, dem die Mitglieder der Kölner Leitung des Bundes der Kommunisten“ Becker, Bürgers, Roeser, ferner Freiligrath angehörten. Hier zeigten sich also die Bemühungen des Bundes, durch die Solidarität die Arbeiterbewegung zu festigen.

Die kleinbürgerlichen Demokraten verteilten einen Aufruf zur Befreiung Deutschlands, herausgegeben vom Zentralkomitee der europäischen Demokratie in London, bzw. von seinem „Ausschuß für die deutschen Angelegenheiten“, dem die kleinbürgerlichen Demokraten Arnold Ruge, Gustav Struve, Johannes Ronge, Ernst Haug und Gottfried Kinkel angehörten.

Das Flugblatt des Londoner Komitees versicherte: „Wir wollen nicht unterlassen, um ein wirksameres Provisorium als das Vorparlament und eine wirksamere Volksgewalt als die Nationalversammlung herbeizuführen. Wir, die Demokraten, werden das ins Werk richten, dessen bloße Vorstellung die feigen Liberalen schon erzittern machte – das Gericht und das Regiment des souveränen Volks.“<sup>44</sup> Sicherlich verfehlten solche Worte nicht ihren Eindruck auf die Arbeiter, denn auch sie waren bestrebt, es besser zu machen als 1848 und vor allem demokratische Verhältnisse zu erkämpfen. Was Marx und Engels in der „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850“ über die demokratischen Kleinbürger feststellten, traf auch hier wieder zu, Phrasen blieben in der Propaganda der Demokraten vorherrschend, die Arbeiter sollten mit „allgemein sozial-demokratischen Phrasen“<sup>45</sup> für die demokratische Partei gewonnen werden, womit gleichzeitig beabsichtigt war, die Bestrebungen nach Selbständigkeit aufzuhalten.

Um die gleiche Zeit, im Mai 1851, setzte eine große Verfolgungskampagne gegen die Arbeiterbewegung ein. Sie verfolgte die Absicht, die entscheidendste Kraft der fortschrittlichen Bewegung zu schwächen und auf diese Weise die gesamte demokratische Bewegung lahmzulegen bzw. zu unterdrücken.

Vor allem ging es darum, den aktiven Kern der Arbeiterbewegung, den Bund der Kommunisten, dessen Einfluß das Leben in den Arbeiter-, Turner-

<sup>43</sup> DZA, Abt. Merseburg, Rep. 77, Tit. 245, Nr. 4, fol. 157–160.

<sup>44</sup> Ebenda, fol. 174/175.

<sup>45</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 7, S. 248.

und Volksvereinen immer stärker befruchtete, zu vernichten. Die Absicht der Regierung war, eine „Verschwörung“ bzw. ein „Komplott“ einiger Mitglieder des Bundes der Kommunisten aufzudecken und auf diese Weise die Möglichkeit zu haben, Bürger und Kleinbürger mit der Gefahr des Kommunismus zu schrecken. Das geht eindeutig aus dem Brief des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. an den Minister Freiherrn von Manteuffel vom 11. November 1850 hervor, in dem empfohlen wird, den Polizeirat Stieber mit der Entdeckung einer Verschwörung zu beauftragen.<sup>46</sup> Bei den Verhaftungen im Mai 1851 wurden Exemplare der Ansprachen der Zentralbehörde an den Bund gefunden. Die Polizei sprach von einer großangelegten Verschwörung. Da dieses Material jedoch nichts über ein Komplott enthielt, mußten Schriftstücke gefälscht und erfunden werden. Über die Vorbereitung des Kölner Kommunistenprozesses mit Hilfe eines Stabes von Fälschern und Agenten unter der Leitung des Berliner Polizeipräsidenten v. Hinckeldey und seines Sonderbeauftragten, des Polizeirates Stieber, liegen bereits Veröffentlichungen vor, so daß hier weitere Ausführungen überflüssig sind.<sup>47</sup> Es war offensichtlich, daß die Polizeibehörden das Gerede von einer Verschwörung einerseits zur Abschreckung der Bürger, andererseits als Vorwand brauchten, um ihr verschärftes Vorgehen zur Unterdrückung der Vereinstätigkeit zu begründen. „Haussuchungen, Verhaftungen in ganz Deutschland an der Tagesordnung; man hat eine wahre Wut, Verschwörungspapiere zu finden, und findet keine“<sup>48</sup>, so schrieb Varnhagen von Ense am 13. Juni 1851. Das Ausmaß dieses Polizeiterrors geht noch deutlicher aus seiner Notiz vom 9. November 1851 hervor: „... es soll keine Spur von Freiheit übrigbleiben, jede Bewegung, jeder Atemzug soll der Überwachung unterliegen!... Sie unterdrücken jetzt alle Vereine, besonders soll der Versuch einer Verbindung von Vereinen hart bestraft werden...“<sup>49</sup>

Doch die Arbeiterbewegung konnte nicht mehr völlig vernichtet werden. „Sie können die ‚Neue Rheinische Zeitung‘, das Manifest und tutte quante (alles andere – K. O.) nicht aus der Geschichte herausstreichen, und all ihr Heulen hilft ihnen nichts“<sup>50</sup>, schrieb Engels am 9. Mai 1851 an Marx. Mit den Veröffentlichungen, die die Kommunisten kompromittieren sollten, wurde, wie Engels am 17. und 20. Juli 1851 feststellte, das Gegenteil erreicht: „Die einzelnen stillen Cliques von angehenden Kommunisten, die man gar nicht kennt und die nach den bisherigen Erfahrungen in allen Teilen Deutschlands sitzen müssen, werden daran (an der Veröffentlichung der Ansprachen – K. O.) einen famosen Halt bekommen.“<sup>51</sup> Überall zeigten

<sup>46</sup> Vgl. Karl Obermann: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten 1849 bis 1852, S. 64/65.

<sup>47</sup> Vgl. ebenda. – Ferner Rudolf Herrnstadt: Die erste Verschwörung gegen das internationale Proletariat, Berlin 1958. – Karl Bittel: Der Kommunistenprozeß zu Köln 1852 im Spiegel der zeitgenössischen Presse, Berlin 1955.

<sup>48</sup> K. A. Varnhagen von Ense: Tagebücher, 8. Bd., S. 221.

<sup>49</sup> Ebenda, S. 416/417.

<sup>50</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Briefwechsel, I. Bd., S. 240/241.

<sup>51</sup> Ebenda, S. 265.

sich, wie Engels am 20. Juli 1851 bemerkte, „kleine kommunistische Cliquen auf Grundlage des Manifestes.“<sup>52</sup> Während der Verfolgungen in den Jahren 1851/52 und auch in den folgenden Jahren zeigte sich immer wieder, daß der Kommunismus in der Arbeiterbewegung weiterlebte, daß, wie Engels betonte, der Bund „in den Arbeiter-, Bauern- und Turnvereinen in weit größerem Maße als vor 1848 die dominierende Rolle“<sup>53</sup> spielte und auch der Name Marx keineswegs vergessen war.

Die Turnvereine bildeten nach der Revolution von 1848/49 ein wichtiges Zentrum der fortschrittlichen Bestrebungen. Besonders zeigten in den fünfziger Jahren die Arbeiter und Handwerksgelesen lebhaftes Interesse für die Turnbewegung. Der Bonner Turnverein, der eine führende Rolle spielte, stand 1850 unter der Leitung des Arztes Dr. Abraham Jacobi, Mitglied des Bundes der Kommunisten. Er hatte es verstanden, diesen Verein in kurzer Zeit zu einem Zentrum des geselligen und politischen Lebens zu machen. In den Zusammenkünften wurde über wichtige Probleme der Zeit diskutiert, vor allem auch über den Kommunismus und die Lehre von Marx. Die etwa vierzig Mitglieder des Turnvereins, überwiegend Arbeiter, bekannten sich in der Mehrzahl zu Marx. Zu den Mitgliedern zählte auch der Student Ludwig Kugelmann aus Lehmförde, der später als Arzt zu einem der besten Freunde von Marx wurde und das Wirken der I. Internationale in Deutschland erheblich gefördert hat. Als im April 1851 ein Brief des Vereinsmitgliedes Hartmann an seinen ehemaligen Studienkameraden Carl Schurz in Paris über die Tätigkeit des Turnvereins den preußischen Behörden in die Hände fiel, begann eine große Aktion gegen die Turnvereine. Dr. Abraham Jacobi wurde Ende Mai bzw. Anfang Juni 1851 in Berlin verhaftet, also um die gleiche Zeit, als die Mitglieder der Kölner Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten von den preußischen Polizeibehörden eingekerkert wurden. Jacobi gehörte mit zu den Angeklagten des Kölner Kommunistenprozesses. Die preußische Regierung forderte am 29. Juni 1851 die übrigen Regierungen der Staaten des Deutschen Bundes auf, Maßnahmen gegen die Turnvereine zu erlassen, weil in ihnen zahlreiche Handwerksgelesen wirkten, die sich mit „demokratisch-kommunistischen Ansichten und Plänen“<sup>54</sup> beschäftigen würden. In Preußen wurden zahlreiche Turnvereine aufgelöst, neben dem Bonner auch der Kölner. Fünfzehn Mitglieder des Kölner Turnvereins wurden verhaftet.<sup>55</sup>

Doch allen Verfolgungen und Verboten zum Trotz wirkten die Turnvereine weiter. Sie erwiesen sich gemeinsam mit den zahlreichen lokalen Arbeitervereinen als der Kern der fortschrittlichen Bewegung. Im Wochenbericht vom 9. März 1852 klagt der Berliner Polizeipräsident, daß nament-

<sup>52</sup> Ebenda, S. 269.

<sup>53</sup> Friedrich Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 8, S. 590.

<sup>54</sup> DZA, Abt. Merseburg, A. A. I., Rep. 4, Nr. 2265, fol. 349–352.

<sup>55</sup> Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 30 C, Tit. 94, Lit. W, Nr. 293 (14 029), fol. 18.



lich in Frankfurt am Main und in Hessen, aber auch im Rheinland „das Treiben der Demokratie“ einen bedenklichen Umfang habe. „Die Vereine bestehen unter unauffälligen Namen als Turnvereine, Sängerbund, Harmonia, Johannis-Gesangverein, Liederzweig etc. fort und sind nach wie vor die Pflanzschulen der Demokratie und des Kommunismus.“<sup>56</sup> Wie die Behörden gegen die fortschrittliche Bewegung in Hessen wüteten, geht aus einer Bemerkung Varnhagen von Enses vom 19. April 1852 hervor: „In Kassel neue Verhaftungen und Haussuchungen – Hasenpflug will über tausend Turner zur Untersuchung ziehen. Die Auswanderung sehr stark, ganze Dörfer verödet.“<sup>57</sup>

Auch setzten zahlreiche Arbeitervereine trotz Verfolgungen ihre Tätigkeit fort. Fast an allen Orten hatten sich im Laufe der Revolution die Arbeiter zusammengeschlossen, sei es, um sich politisch zu schulen, sei es, um ihre sozialen Interessen zu wahren und sich gegenseitig zu unterstützen. Diesem Heer von Arbeitervereinen war nicht leicht beizukommen. Die Polizei reichte nicht aus, um alle Arbeiter zu überwachen. Das preussische Vereinsgesetz vom 11. März 1850 behinderte zwar die Arbeitervereine, doch wirkten diese im geheimen weiter. Ebenso hatte die Verordnung der sächsischen Regierung vom 4. Juli 1850, die Zusammenkünfte der Arbeitervereine untersagte und die Arbeiterverbrüderung für aufgelöst erklärte, nicht die erhoffte völlig vernichtende Wirkung, obwohl sich andere Regierungen, u. a. die preussische, anschlossen.<sup>58</sup> Varnhagen von Ense kommentierte diese Maßnahmen am 18. Juli 1850 mit der Bemerkung: „Seitdem die Vereine gehindert, die Zeitungen gefährdet sind, hat sich die Volkspartei mehr ins Enge und Geheime gezogen, und während die Menge sich ausruht, steht eine kleine Schar um so eifriger auf Wache und arbeitet im stillen.“<sup>59</sup> Das gilt vor allem für die Arbeitervereine. Fast in allen Polizeiberichten der fünfziger Jahre sind Bemerkungen über Entdeckungen geheimer Arbeiterverbindungen und über die Aktivität der Arbeiter zu finden. Am 10. Februar 1851 spricht Varnhagen von Ense von Gerüchten, daß „die von der Polizei aufgehobene Arbeiter-Verbrüderung noch kräftig fortbestehe und ihre Verzweigungen durch ganz Deutschland habe.“<sup>60</sup> Der Prozeß gegen führende Mitglieder der Berliner Arbeitervereine, u. a. gegen den ehemaligen Abgeordneten Behrends, veranlaßte Varnhagen am 28. Juni 1851 zu der Bemerkung: „Die Verbrüderung wird durch den Gerichtshandel nicht gestört, nur gewarnt, sich in tieferes Geheimnis zu hüllen und vorsichtiger zu sein. Ich selber hätte nicht geglaubt, daß ihre Organisation so stark sei und so weit gehe.“<sup>61</sup> Noch war

<sup>56</sup> Ebenda, Nr. 225 (14 019), fol. 107.

<sup>57</sup> K. A. Varnhagen von Ense: Tagebücher, 9. Bd., Hamburg 1868, S. 172.

<sup>58</sup> Vgl. Die Arbeiterverbrüderung 1848/49. Erinnerungen an die Klassenkämpfe der ersten deutschen Revolution. Hrsg. u. eingel. v. Max Quarck, Frankfurt a. M. 1990.

<sup>59</sup> K. A. Varnhagen von Ense: Tagebücher, 7. Bd., S. 252.

<sup>60</sup> Ebenda, 8. Bd., S. 55.

<sup>61</sup> Ebenda, S. 227.

der Prozeß gegen die zehn der Arbeiterverbrüderung angehörenden Berliner Arbeitervereine und ihre führenden Mitglieder im Gange, als das Berliner Polizeipräsidium in einem Bericht vom 12. November 1851 zu-  
geben mußte, daß die Organisation der Arbeitervereine am Rheine fort-  
besteht und „ein fortwährender Verkehr der einzelnen Vereine, und zwar  
besonders zwischen der Rheinprovinz, Rheinhessen und Nassau“<sup>62</sup>, zu be-  
merken sei.

Die Vorbereitung des Kölner Kommunistenprozesses war mit umfassen-  
den Verfolgungsmaßnahmen gegen die Arbeitervereine verbunden. Aber  
auch das hinderte diese nicht daran, den Kampf für Demokratie mutig  
weiterzuführen. „Die Demokratie hat zwei Außenwerke: die Handwerker-  
und Arbeitervereine nach unten, die Flüchtlingsausschüsse nach oben,  
mit denen die Behörden sich hauptsächlich abmühen; unter dieser Zer-  
streuung, hinter diesem Vorhange, bleibt ihnen der Kern der Partei  
im Vaterlande ziemlich verborgen.“<sup>63</sup> In dieser Einschätzung, die Varn-  
hagen von Ense im April 1852 vornahm, kommt die Bedeutung der Arbei-  
tervereine klar zum Ausdruck. Wenn auch die Flüchtlingsausschüsse als  
„oben“ befindlich, also als leitend bezeichnet werden, so läßt doch diese  
Einschätzung keinen Zweifel daran, daß die Arbeitervereine den eigent-  
lichen Kern der Bewegung für Demokratie bilden. Außerdem ist es mög-  
lich, daß sich der Begriff „Flüchtlingsausschüsse“ nicht nur auf die Komitees  
der kleinbürgerlichen Demokraten bezog, sondern auch auf die Zentral-  
behörde des Bundes der Kommunisten, auf den Londoner Kreis um Marx  
und Engels.

Sehr vieles spricht dafür, daß Marx auch 1852 in der deutschen Arbei-  
ter- und in der demokratischen Bewegung starken Einfluß hatte und sich  
weiterhin hier und dort kleine Kreise mit seiner Lehre beschäftigten, wie  
die Diskussion im Bonner Turnverein im Jahre 1851 zeigt. Zudem trug  
auch die Vorbereitung des Kölner Kommunistenprozesses dazu bei, die  
Aufmerksamkeit der Arbeiter und der Demokraten stärker auf die Marx-  
sche Lehre zu lenken. Die internen Wochenberichte des Berliner Polizei-  
präsidenten beschäftigten sich immer häufiger mit dem Einfluß des „Marx-  
Engelsschen Vereins“. Der Wochenbericht vom 6. April 1852 sah sich zu  
der Feststellung genötigt, daß die „Marx-Engels-Partei“ nicht wie die  
übrigen Komitees mit Manifesten und Proklamationen hervortritt, aber  
um so nachhaltiger durch ihre „Intelligenz“, d. h. also durch ihre Lehren  
wirke, und betonte anschließend: „Man kann schon jetzt mit Recht von  
der Partei Marx-Engels sagen, daß sie weit über allen Emigranten, Agi-  
tatoren und Zentralkomitees steht, weil sie unbestritten die größere Macht  
des Wissens und des Geistes für sich hat. Marx selbst ist persönlich be-  
kannt, und man weiß, daß er in seiner Zehspitze mehr geistigen Fund als  
die ganze übrige Gesellschaft in ihren Köpfen hat.“<sup>64</sup> Mit dieser Einschät-

<sup>62</sup> Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 30 C, Tit. 94, Lit. A, Nr. 100, fol. 30.

<sup>63</sup> K. A. Varnhagen von Ense: Tagebücher, 9. Bd., S. 161.

<sup>64</sup> Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 30 C, Tit. 94, Lit. W, Nr. 225 (14 019),  
fol. 140 f.

zung, die natürlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, wollte die Berliner Polizei die gewaltigen Anstrengungen rechtfertigen, die unter ihrer Leitung gemacht wurden, um im Kölner Kommunistenprozeß eine Verurteilung der angeklagten Mitglieder des Bundes der Kommunisten als „staatsgefährliche“ Elemente zu erreichen und auf diese Weise die Kommunisten zu diffamieren sowie die Arbeiterbewegung zu lähmen. Aber sosehr auch die Behörden gegen die Kommunisten hetzten, phantastische Umsturzpläne fabrizierten und sie den Kommunisten zuschrieben, sowenig gelang es jedoch, mit diesen Machenschaften die Stimmung der Arbeiter zu beeinflussen. Im Gegenteil, am 9. Februar 1851 mußte der Düsseldorfer Polizeidirektor in einem internen Bericht zugeben, daß „der Mißmut bei der niedrigen Volksklasse“ offensichtlich sei „und Äußerungen, welche hier und da fallen, lassen auf die wieder eingetretene größere Empfänglichkeit für sozial-demokratische Propaganda schließen“.<sup>65</sup>

Die Polizeidirektion Koblenz machte sogar im Juni 1852 die Entdeckung, daß die „17 Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland“, dieses von Marx und Engels ausgearbeitete hervorragende Kampfprogramm für die nationalen Interessen des deutschen Volkes aus der Revolution 1848/49, wieder als Flugblatt unter der Überschrift „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland 1851“ aufgetaucht waren. Diese 17 Forderungen, die die Losung „einige, unteilbare Republik“ ausgaben, waren auch 1851/52 geeignet, die werktätigen Massen zum Kampf für die demokratisch-revolutionäre Lösung der Einheit Deutschlands zu mobilisieren. Das Flugblatt war von dem Berliner Buchhändler Hermann Müller, der sich in Koblenz niedergelassen hatte, weitergegeben worden. Der interne Polizeibericht schildert natürlich Müller als einen äußerst verdächtigen Menschen, dessen vergangene und gegenwärtige Tätigkeit nicht klar zu ermitteln sei. Ebenso unklar war aber auch der Polizei die Herkunft des Flugblattes, das weder eine Unterschrift trug noch eine Angabe des Druckortes und des Druckers enthielt. Der Text wird im Bericht vollständig wiedergegeben. Nur geringfügige, doch interessante Änderungen ergeben sich aus dem Vergleich mit dem Text des Kölner Flugblattes vom September 1848.<sup>66</sup> Die zweite Forderung zur Frage der Wahlfähigkeit und Wählbarkeit enthält den Zusatz „mit Ausschließung derer, die hinlänglich als reaktionär bekannt sind“. In der dritten Forderung wurde nur eine stilistische Änderung vorgenommen: statt „Parlament des deutschen Volkes“ heißt es hier einfach „Parlament des Volkes“. Die vierte Forderung spricht von „Organisierung der Arbeit“ statt „Organisation der Arbeit“. In der dreizehnten Forderung nach „völliger Trennung der Kirche vom Staat“ ist hinzugefügt worden: „Unterordnung der Kirche unter den Staat und Überwachung derselben durch den Staat“. In der vierzehnten Forderung heißt es nicht „Beschränkung des Erbrechts“, sondern „Abschaffung des Erbrechts zugunsten des Staats“. In den letzten beiden

<sup>65</sup> Ebenda, Nr. 296 (14 032), fol. 16.

<sup>66</sup> Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 5, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 3 f.



Sätzen wird nicht vom „deutschen Proletariat“, sondern vom „ganzen Proletariat“ gesprochen und das Wort „Deutschland“ weggelassen.<sup>67</sup> Das Flugblatt zeigt also deutlich, daß die Kommunisten in ihrem Kampf für die Demokratie direkt an die Erfahrungen der Revolution von 1848/49 anknüpften. Die kleinen Veränderungen im Flugblatt waren Verbesserungen, die sich aus den Bedingungen der Jahre 1851/52 ergeben hatten. Alles deutet darauf hin, daß die fortgeschrittenen Arbeiter in ihren Anstrengungen in keiner Weise nachließen.

Der Kölner Kommunistenprozeß bedeutete eine Niederlage der Polizei und erhöhte das Ansehen der Kommunisten.

Am 9. Oktober 1852, also wenige Tage nach Beginn der Gerichtsverhandlungen, sah sich der Kölner Polizeidirektor Geiger genötigt, dem Berliner Polizeipräsidenten v. Hinckeldey zu berichten, daß sich bei der Kölner Bevölkerung Sympathien für die Angeklagten zeigten: „Am ersten Tage der Verhandlung wurde in den zahlreich zusammengeströmten Zuschauermassen versucht, durch Schreien, am folgenden Tag durch Hüte abnehmen und -schwenken beim Vorbeifahren der Angeklagten auf dem Transport nach dem Justizgebäude eine Demonstration zu machen; das sofortige kräftige Einschreiten, namentlich die Verhaftung mehrerer Personen, haben aber dergleichen nunmehr vollständig beseitigt.“<sup>68</sup> Franz Mehring hat 1914 in seiner Einleitung zur 4. Auflage der „Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln“ von Karl Marx einen Brief des Notariatskandidaten Bernbach an Marx zitiert, der ebenfalls auf die in der Bevölkerung vorhandene Stimmung hinweist: „Ein lautes Hoch, das sich weit fortpflanzte und mit entblößten Häuptern von einer zahlreichen versammelten Menge dargebracht wurde, empfing den von Kürassieren umgebenen Omnibus, in dem die Gefangenen saßen, am ersten Morgen.“ Das veranlaßte die Polizei, wie Bernbach schreibt, „mit einer wahrhaftigen Unverschämtheit selbst gegen diejenigen“ vorzugehen, „welche nur grüßen“.<sup>69</sup>

Aus den kurzen Tagebuch-Bemerkungen Varnhagen von Ense ist zu entnehmen, wie fortschrittliche Bürger reagierten. „In dem Kölner Prozeß entwickelt sich wieder ein schändliches Bubenstück, ähnlich dem gegen Waldeck versuchten . . . Kein Wunder, daß man anderthalb Jahre brauchte, dieses versuchte Lügenwerk zusammenzukünsteln. Und doch hält es nicht, die Bosheit kommt an den Tag. Die Polizei begeht Verbrechen, macht falsche Briefumschläge, sendet falsche Boten, wird aber dabei genarrt und betrogen.“<sup>70</sup> Diese Bemerkung vom 27. Oktober 1852 spricht dafür, daß die Polizeimethoden erkannt wurden. Nach der Verurteilung von sieben

<sup>67</sup> Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 30 C, Tit. 94, Lit. W, Nr. 294 (14 030) fol. 34.

<sup>68</sup> Ebenda, Nr. 293 (14 029), fol. 88.

<sup>69</sup> Karl Marx: Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 167.

<sup>70</sup> K. A. Varnhagen von Ense: Tagebücher, 9. Bd., S. 392.

Angeklagten bemerkte Varnhagen am 13. November 1852: „Ein schändliches, ganz ungerechtes Urteil!“ Er nahm offen Partei gegen die „Urheber solcher Missetaten und alle Helfer und Zustimmer“ und trat ein für die Verurteilten, die er als „die besten Männer“ bezeichnete.<sup>71</sup>

#### 4. Die Arbeiterbewegung nach dem Kölner Kommunistenprozeß

Die Verurteilung der „besten Männer“, der Vertreter des Bundes der Kommunisten, legte nicht die Arbeiterbewegung lahm, sondern leitete eine neue Periode ein. Die „erste Periode der deutschen kommunistischen Arbeiterbewegung“ schließt, wie Engels bemerkte, „mit dem Kölner Prozeß . . . Unmittelbar nach der Verurteilung lösten wir unseren Bund auf.“<sup>72</sup> In seinem Brief an Engels vom 19. November 1852 schrieb Marx, daß die „Fortdauer des Bundes . . . nicht mehr zeitgemäß“<sup>73</sup> sei, d. h., daß sein Charakter nicht mehr den Bedingungen der Entwicklung entsprach.

Das Proletariat hatte sich in den fünfziger Jahren infolge des industriellen Aufschwungs überall stark vermehrt, so daß sich der Bund in seiner Struktur als zu eng erwies, um auf diese Masse einwirken zu können. Marx und Engels hielten es nicht mehr für zweckmäßig, im engen Rahmen einer kleinen Gruppe für ihre Lehre zu wirken, sondern sahen den Augenblick gekommen, die Masse der Arbeiter direkt anzusprechen, die Arbeiterklasse auf den Weg einer proletarischen Massenpartei zu lenken. Der Begriff Arbeiterpartei taucht bereits in dem Aufruf vom 7. Dezember 1852 auf, den ein von Marx und Engels in London gegründetes Komitee zur Unterstützung der Kölner Verurteilten und ihrer Familien erlassen hatte. Die Lage der „in Köln verurteilten Vorkämpfer zu erleichtern“ wird als eine „Pflicht der Arbeiterpartei“ bezeichnet und erwartet, „daß auch die deutschen Arbeiter der Ver. Staaten sich von dieser Parteischuld nicht ausschließen“. Die nach Amerika emigrierten Bundesmitglieder veröffentlichten den Aufruf mit der Erklärung: „Mit dem Kölner Monsterprozeß ist die Arbeiterbewegung in Deutschland in eine neue Phase getreten. Sie hat sich entfesselt von den Banden, die ihr der enge Kreis einer fanatischen Sektensbewegung anlegte, und ist offen herausgetreten in die politische Arena.“<sup>74</sup>

Diese 1852 beginnende neue Periode wird gekennzeichnet durch die starke Vermehrung des Industrieproletariats bzw., wie sich Marx 1856 in seiner Rede auf der Jahresfeier des „People's Paper“ ausdrückte, durch die „handgreifliche, überwältigende und nicht mehr wegzuleugnende Tatsache“ des „Antagonismus zwischen moderner Industrie und Wissenschaft auf der einen Seite und modernem Elend und Verfall auf der anderen Seite . . ., zwischen den Produktivkräften und den gesellschaftlichen Bezie-

<sup>71</sup> Ebenda, S. 411.

<sup>72</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 8, S. 592.

<sup>73</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Briefwechsel, I. Bd., S. 527.

<sup>74</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 8, S. 601/602.

hungen unserer Epoche“.<sup>75</sup> Marx und Engels betrachteten es als ihre Aufgabe, sich, wie sie es auch in der Revolution von 1848 getan hatten, „mit jeder wirklichen allgemeinen Bewegung der Arbeiterklasse zu befassen, deren faktischen Ausgangspunkt als solchen zu akzeptieren und sie schrittweise dadurch auf die theoretische Höhe zu bringen“.<sup>76</sup> Wie aus dem Brief von Marx an Freiligrath vom 29. Februar 1860 hervorgeht, hatte Marx Mitte der fünfziger Jahre ehemaligen Bundesmitgliedern, die den Bund zu reorganisieren wünschten, geantwortet, daß er „der festen Überzeugung sei, meine theoretischen Arbeiten nützten der Arbeiterklasse mehr als Einlassen in Verbindungen, deren Zeit auf dem Kontinent vorüber“.<sup>77</sup>

Am Anfang der neuen Periode steht die Kampfschrift von Karl Marx „Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln“, in der die niederträchtigen Methoden und Fälschungen des preußischen Polizeistaates gebrandmarkt werden. Marx stellte klar, wie es um eine Regierung steht, „die solcher Mittel zum Bestehen, und (um) eine Gesellschaft, die solch einer Regierung zum Schutz bedarf“.<sup>78</sup> Allerdings ist die Verbreitung der Schrift in Deutschland mißlungen, weil fast die gesamte in Basel gedruckte Auflage von 2000 Exemplaren im badischen Grenzort Weill am 5. März 1853 von der Polizei beschlagnahmt wurde.<sup>79</sup> Die badischen Behörden hatten Marx' Schrift am 5. März 1853, in zwei Kisten verpackt, im Haus des Arbeiters Jacob Friedrich Marx in Weill gefunden. Die zwei Kisten enthielten 275 Päckchen mit der Broschüre, die alle an Buchhandlungen adressiert waren. Eine Liste der Adressaten lag bei. Dazu wird im Bericht des badischen Oberzollinspektors festgestellt: „In jedem Paket waren mehr oder weniger Exemplare der Druckschrift. Jedem Paket war eine factura der Schabelitzschen Buchhandlung in Basel beigelegt, worauf der Preis pro Stück zu 15 Ngr. notiert ist . . . Das Gr. Bezirksamt Lörrach findet in der mit allem Eifer betriebenen Untersuchung bei der Polizeidirektion in Basel kräftige Unterstützung.“ Die ganze Sendung wog diesem Bericht zufolge 252 Pfund. Der Arbeiter Jacob Friedrich Marx wurde jedoch vergeblich gesucht. Er kehrte nicht nach Weill zurück. Schon am 8. März meldete der preußische Gesandte in Karlsruhe dem preußischen Ministerpräsidenten, Freiherrn von Manteuffel, die Beschlagnahme und fügte ein Exemplar der Schrift bei. Bezeichnenderweise hatte der Gesandte die Nachricht nicht nur vom badischen Innenminister erhalten, sondern auch von einem Administrationsbeamten in Freiburg. Am 12. März sandte bereits der preußische Innenminister allen Oberpräsidenten ein Schreiben, worin die Beschlagnahme der Schrift von Karl Marx mitgeteilt und dazu aufgefordert wurde, „die betreffenden Polizeibehörden zur Wachsamkeit auf die bezeichnete gemeingefährliche Schrift, event. zu deren Beschlagnahme

<sup>75</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: *Ausgewählte Schriften* in zwei Bänden, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 334.

<sup>76</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: *Ausgewählte Briefe*, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 475.

<sup>77</sup> Ebenda, S. 146.

<sup>78</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 8, S. 470.

<sup>79</sup> Vgl. ebenda, S. 644.



anzuweisen“. Die preußische Regierung erhielt wenige Tage später eine Abschrift der Liste mit den 275 Buchhandlungen. Sie wurde vervielfältigt und am 30. März ebenfalls den Oberpräsidenten übermittelt.<sup>80</sup>

Die Behörden halfen auf diese Weise, daß die Aufmerksamkeit auf die Schrift von Marx gelenkt wurde und diese mithin doch nicht ohne Wirkung blieb. Das beweist eine Tagebuchnotiz Varnhagen von Ense vom 2. April 1853, in der es heißt: „Von K. Marx in London sind ‚Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln‘ erschienen, die streng verboten und verfolgt werden. An der Schweizer Grenze hat man ganze Kisten voll Abdrücke weggenommen.“<sup>81</sup> Diese Bemerkung deutet an, daß die Angelegenheit großes Aufsehen erregte. Die Polizei konnte Schriften beschlagnahmen, aber sie konnte nicht verhindern, daß Karl Marx nun erst recht bekannt und das Interesse für seine Lehre geweckt wurde. „Besuch bei Dr. Hermann Franck. Über Bruno Bauer; über Marx“<sup>82</sup>, so schrieb Varnhagen am 26. März 1853 in sein Tagebuch. Wenige Worte, aber sie weisen darauf hin, daß Marx unter den demokratisch gesinnten Bürgern ein Thema ernsthafter Unterhaltung geworden war.

Wie aus dem Briefwechsel zwischen Marx und Engels hervorgeht, waren sie ständig um die Arbeiterbewegung in Deutschland bemüht und bestrebt, ihre Verbindungen zu erweitern. „Mit dem Rekrutieren ist das so eine Sache, ich glaube, wir werden, sobald wir nach Deutschland zurück sind, junge Kerle von Talent genug finden, die in dieser Zwischenzeit die verbotenen Früchte nicht ohne Erfolg genossen haben“<sup>83</sup>, schrieb Engels an Marx am 12. März 1853. Marx hatte zwei Tage vorher auf einige nützliche Kontakte hingewiesen, dazu jedoch bemerkt: „Aber alles das ist keine Partei.“<sup>84</sup> Engels aber ermunterte Marx, seine „Ökonomie fertig (zu) machen“. „Damit wäre für alle unsere alsdann retablierten Vereine ein Anhaltspunkt der Debatte gegeben.“<sup>85</sup>

Verschiedene Hinweise sprechen dafür, daß trotz aller Verbote und Verfolgungen weiterhin Arbeitervereine geheime Zusammenkünfte pflegten. Dem Berliner Polizeipräsidenten wurde am 26. Februar 1853 aus Hannover gemeldet: „Die Arbeiter (Gesellen, Tagelöhner, Fabrikarbeiter) beschäftigen sich in Zusammenkünften, welche sie unbeobachtet halten, viel mit Besprechen“<sup>86</sup> politischer Ereignisse. Am 23. März 1853 wurde dem Berliner Polizeipräsidenten über Karlsruhe ein Agentenbericht aus der Schweiz zugesandt, in dem über die revolutionäre Stimmung in den Gesellenverbindungen deutscher, französischer, ungarischer und italienischer

<sup>80</sup> DZA, Abt. Merseburg, Rep. 77, Tit. 643, Nr. 3, betr. die in Basel erschienene Schrift „Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln“, fol. 48 f. In der Akte befindet sich ein Exemplar der Schrift.

<sup>81</sup> K. A. Varnhagen von Ense: Tagebücher, 10. Bd., S. 87.

<sup>82</sup> Ebenda, S. 77.

<sup>83</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Briefwechsel, I. Bd., S. 554.

<sup>84</sup> Ebenda, S. 551.

<sup>85</sup> Ebenda, S. 554.

<sup>86</sup> Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 30 C, Tit. 94, Lit. U, Nr. 34, vol. I (1835), fol. 48.

Arbeiter in Basel berichtet und anschließend festgestellt wird: „Bei der bekannten Unterwühlung der Handwerker Gesellen durch die revolutionäre Propaganda dürfte die Notiz nicht unbeachtet bleiben.“<sup>87</sup> Zahlreiche Anzeichen sprechen dafür, daß in vielen Berufen Arbeiter und Handwerker Gesellen an ihren Verbindungen und Vereinen festhielten und sie teilweise in Form von Wanderunterstützungskassen weiterführten. Zuwandernde Arbeiter und Handwerker Gesellen wurden von der Polizei größerer Städte untersucht, um solche Verbindungen aufzuspüren. Am 7. April 1852 hatte die Polizei in Koblenz bei dem Schlossergesellen Kuhnert ein Wanderbuch gefunden, das ihm am 9. Februar 1852 von einem „Bildungsverein für Arbeiter“ ausgestellt worden war. Allem Anschein nach handelte es sich hier um geheime Bemühungen, die verbotene Arbeiterverbrüderung fortzusetzen. In 60 Orten sollten weitere Reiseunterstützung zahlende Vereine bestehen, u. a. in Hamburg, Bremen, Frankfurt a. M., Mainz, Stuttgart. Die Vereine stellten sich die Aufgabe, „eine allgemeine und moralische Bildung des Arbeiters zu erstreben und den Arbeiter mit allen gesetzlichen Mitteln in den Vollgenuß aller staatsbürgerlichen Rechte zu bringen und ihn in gewerblicher und politischer Hinsicht zum echten Staatsbürger heranzubilden wie überhaupt die materiellen und geistigen Interessen desselben nachdrücklichst zu vertreten und befördern“. Das war ein bescheidenes Programm, doch diente es immerhin der Entwicklung der Arbeiterklasse und half, diese Klasse zu einem entscheidenden politischen Faktor heranzubilden.<sup>88</sup> Der Berliner Polizeipräsident gab am 21. Juni 1853 allen Polizeibehörden bekannt, genügend Beweise lägen nunmehr vor, „daß die Buchdruckervereine selbst bis in die neueste Zeit in innigem Zusammenhange unter sich stehen, und hat sich dies in vollstem Maße durch die in neuester Zeit hier gemachten Entdeckungen bewahrheitet“. In diesen Vereinen sollten sich auch bereits sozialistische Tendenzen zeigen.<sup>89</sup>

Die Braunschweiger Polizeidirektion meldete im August 1853, daß nach den bei ihr auf Grund des Vereinsgesetzes eingereichten Statuten und Mitgliederverzeichnissen noch 20 Handwerker- und Arbeitervereine bzw. Unterstützungskassen bestehen, neben dem Arbeiterverein mit etwa 100 Mitgliedern u. a. ein Schuhmacher-Verein, ein Typographen-Verein, ein Verein der männlichen Diensthöten. Ebenso bestand nach wie vor ein demokratischer Volksverein mit 322 Mitgliedern, darunter zahlreichen Arbeitern. Von dem Arbeiterverein wurde bereits in einem Polizeibericht vom November 1852 festgestellt, daß er „mit den betreffenden auswärtigen Vereinen Deutschlands in enger Verbindung steht und daß diese Verbindungen durch die s. g. eingeweihten wandernden Gesellen unterhalten werden“<sup>90</sup>.

In Düsseldorf war die Polizei im Laufe des Jahres 1852 ständig bemüht, Näheres über illegale Zusammenkünfte „hiesiger Sozialdemokraten“ in

<sup>87</sup> Ebenda, fol. 84.

<sup>88</sup> Ebenda, Lit. W, Nr. 294 (14 030), fol. 18.

<sup>89</sup> Ebenda, Nr. 225, vol. II (14 020), fol. 431.

verschiedenen Wohnungen zu erfahren. Sie hatte als Leiter einen „Kommissar Geisenheim und die Maschinenarbeiter Gebrüder Weidenmüller“ festgestellt, welche Beziehungen zu Emigranten sowie „zu dem berühmten Kugelman aus Hannover“ pflegten. Im Mai 1852 meldete der Düsseldorfer Polizeidirektor, daß „mehrere Unterstützungs-Vereine für einzelne Klassen der Handwerker bestehen, welche neben dem ostensiblen Zwecke der Unterstützung mindestens eine Verbrüderung der Gewerbsgenossen anstreben“.<sup>91</sup>

Die immer häufiger auftretenden Streiks spielten 1853 eine nicht geringe Rolle bei der Entwicklung des Klassenbewußtseins und der Arbeiterbewegung. Das Jahr 1853 begann mit dem Massenstreik der Bergarbeiter im Waldenburger Revier, der mit Hilfe von Truppen niedergeschlagen wurde.<sup>92</sup> Regierung und Unternehmer fürchteten die Streiks jedoch nicht nur wegen der ökonomischen Forderungen (Lohn- und Arbeitszeitforderungen usw.), sondern vor allem deswegen, weil in diesen ökonomischen Kämpfen die Arbeiter als Klasse auftraten und sich zu einer festen Front vereinigten. Die Unterstützung, die stets von anderen Arbeitern gewährt wurde, machte aus den ökonomischen Kämpfen politische Aktionen. Bei dem Streik sämtlicher Porzellandreher der Schumannschen Fabrik in Berlin im April 1853, bei dem die Streikenden, wie der Polizeibericht meldete, „außer von vielen anderen Seiten auch von den Fabrikarbeitern in Woldenburg und Altwasser namhafte Unterstützungen“ erhielten, befaßten sich die polizeilichen Untersuchungen mithin in erster Linie mit denjenigen, die die Streikenden unterstützten. In diesem Falle ermittelte die Polizei, „daß die gesamten Arbeiter der letztgenannten Fabriken der äußersten demokratischen Richtung angehören und in neuester Zeit ihren Austritt aus ihrer bisherigen Kirche gerichtlich erklärt haben, um sich zu einer freien Gemeinde zu konstituieren“.<sup>93</sup> Die gegenseitige materielle Unterstützung wirkte als Hebel beim festen Zusammenschluß der Arbeiter. Das zeigte sich auch bei den Streiks in Stettin im Juni 1853. Die Kahnbauer, die Zimmerer- und Böttchergesellen, ein Teil der Maurergesellen, einige Schmiede-, Schlosser- und Schneidergesellen hatten die Arbeit niedergelegt, weil ihre Lohnforderungen nicht bewilligt wurden. Sofort griff die Polizei ein, „um die Gesellen zur Arbeit zu bringen und andere Gewerke vor Nachahmung abzuhalten“. Zunächst verhaftete die Polizei die 256 Streikenden, schloß sie gruppenweise ein und verhörte jeden einzeln, um zu ermitteln, ob der Arbeitseinstellung gemeinsame Verabredungen zugrunde liegen. Die Haftentlassung erfolgte mit dem Hinweis, daß sie

<sup>90</sup> Georg Eckert: Die Braunschweiger Arbeitervereinsbewegung (1850–1855) in der Sicht der Polizei- und Verwaltungsakten. In: Braunschweigisches Jahrbuch, Bd. 38, Braunschweig 1957, S. 116–134.

<sup>91</sup> Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 30 C, Tit. 94, Lit. W, Nr. 296 (14 032), fol. 16, 27, 47.

<sup>92</sup> Vgl. Elisabeth Todt: Die gewerkschaftliche Betätigung in Deutschland von 1850 bis 1859, Berlin 1950, S. 56.

<sup>93</sup> Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 30 C, Tit. 94, Lit. W, Nr. 225, vol. II (14 020), fol. 402.



Strafe zu gewärtigen hätten, wenn die weitere Untersuchung ein verabredetes gemeinsames Vorgehen ergäbe. Da die streikenden Gesellen aber nicht weiterhin in der Herberge wohnen durften, also sofort obdach- und mittellos waren, mußten sie die Arbeit wiederaufnehmen. Doch liefen die Untersuchungen über die Verbindungen der Arbeiter untereinander weiter, wobei ein Briefwechsel zwischen den Böttchergesellen von Stettin mit ihren Berliner Kollegen ermittelt wurde.<sup>94</sup>

Nach den bisherigen Forschungen wurde in den Jahren 1850 bis 1856 in etwa vierzig Fällen die Arbeit niedergelegt, wobei es in fünfzehn Fällen um die Anerkennung der Gesellenorganisation ging.<sup>95</sup> Aller Wahrscheinlichkeit nach lassen sich jedoch noch weit mehr Arbeitsniederlegungen ab 1853 feststellen. Die Berichte der Polizeibehörden verschweigen nicht, daß im Herbst 1853 eine wachsende Teuerung der Lebensmittel „die Stimmung in den unteren Schichten der Bevölkerung“ sehr verschlechtert habe. Die Polizeidirektion Koblenz mußte am 20. Oktober 1853 mitteilen, daß sich die schlechte Stimmung „in den letzten Tagen in einer Weise“ gezeigt habe, „die durchaus an die Äußerungen des Jahres 1848 erinnert“. Nachts waren an neun Stellen der Stadt Plakate angeschlagen worden, die zu einer Demonstration auf dem Fruchtmarkt gegen Regierung, Polizei und Preissteigerung aufforderten. Ein starkes Polizeiaufgebot hatte, wie es in dem Polizeibericht heißt, den Erfolg, „daß alle üblen Absichten unausgeführt blieben, ungeachtet dessen auch auf dem heutigen Markte eine Steigerung der Preise eintrat“.<sup>96</sup> Der Polizeibericht aus Halle vom 8. Juli 1854 spricht ebenfalls von einer „Furcht vor dem Hunger der Massen“, verursacht durch „die jetzige Teuerung und die infolge der Nässe nicht sehr günstigen Aussichten auf die bevorstehende Ernte“.<sup>97</sup> Die „schlechte Stimmung“ beunruhigte die Polizei vor allem deswegen, weil sie den Bemühungen der Arbeiter und Handwerksgesellen, sich zum gemeinsamen Kampf für ihre Forderungen zusammenzuschließen, ungemein förderlich war.

Die Entwicklung der Arbeitervereine veranlaßte die Regierungen von Preußen und Österreich, ihre Gesandten zu beauftragen, beim deutschen Bundestag in Frankfurt a.M. scharfe Maßnahmen gegen die Arbeitervereine durchzusetzen. Der Antrag wurde folgendermaßen begründet: „Nachdem von verschiedenen Bundesregierungen auf diplomatischem Wege auf die Gefahren aufmerksam gemacht worden ist, mit welchen die öffentliche Sicherheit durch die Wirksamkeit der über einen großen Teil von Deutschland verbreiteten Arbeitervereine bedroht ist, glauben die Regierungen von Österreich und Preußen den Wünschen ihrer Bundesgenossen entgegenzukommen, wenn sie die Frage in Anregung bringen, auf welche Weise der verderbliche Einfluß, den jene Vereine namentlich auf den

<sup>94</sup> Ebenda, Lit. A, Nr. 140 (8538), fol. 7–11.

<sup>95</sup> Vgl. Ernst Engelberg: Deutschland 1849–1871. Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge), Berlin 1959, S. 64.

<sup>96</sup> Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 30 C, Tit. 94, Lit. W, Nr. 294 (14 030), fol. 75.

<sup>97</sup> Ebenda, Nr. 445 (14 050), fol. 6.

Handwerkerstand ausüben, abzuschneiden sei.“<sup>98</sup> Die Verhandlungen über diesen Antrag fanden im politischen Ausschuß des Bundestags statt, in dem der preußische Bundestagsgesandte, damals kein anderer als Bismarck, eine führende Rolle spielte. Er versprach am 5. Mai 1853 dem Minister v. Manteuffel, bei den Verhandlungen sein Hauptaugenmerk darauf zu richten, „daß den Arbeitervereinen von revolutionärer und kommunistischer Tendenz . . . in allen Bundesstaaten ein Ende gemacht werde“, und ein „System“ zu schaffen, das der „Obrigkeit“ die Möglichkeit gebe, alle ihr nicht genehmen Vereine zu vernichten, „ohne die Existenz der Vereine, die lobenswerte, der Regierung willkommene Zwecke verfolgen, zu beeinträchtigen“.<sup>99</sup> Selbst der kleinste Arbeiterverein, auch wenn er sich nur mit Berufs- oder Bildungsfragen beschäftigte, galt als gefährlich, weil er das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Arbeitern stärkte und stets fortgeschrittenen Arbeitern die Möglichkeit bot, politisch aufklärend zu wirken.

Unter den Bedingungen der industriellen Entwicklung verschärften sich die Ausbeutung und damit der Klassenkampf. „Mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat; es wird in größeren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst, und es fühlt sie mehr“, schrieben Marx und Engels 1848 im Kommunistischen Manifest. Das zeigte sich tagtäglich deutlicher. Ebenso bewahrheitete sich ihre Feststellung, daß „jeder Klassenkampf . . . ein politischer Kampf“ ist.<sup>100</sup> Hinzu kam, daß die Revolution von 1848/49 den Arbeitern noch in guter Erinnerung war, und vor allem lebte der wissenschaftliche Kommunismus. Die Marxsche Lehre von „der welthistorischen revolutionären Rolle des Proletariats“<sup>101</sup> war weiterhin wirksam, trotz Kommunistenprozeß, trotz Verhaftungen und Verfolgungen. Der Einfluß, der von Marx und seinen Freunden ausging, wurde von den Behörden sehr hoch eingeschätzt. Sie schrieben diesem Einfluß nicht zu Unrecht eine bedeutende Wirkung auf die Bewußtseinsentwicklung der deutschen Arbeiter zu. Die Direktion der „Rheinischen Eisenbahn“, eine der wichtigsten rheinischen Eisenbahngesellschaften, deren Linien nach Belgien führten, hatte schon Anfang 1852 auf Veranlassung der Kölner Polizeidirektion allen ihren Arbeitern und Beamten verboten, sich an „demokratisch-sozialistischen Bestrebungen“ zu beteiligen und vor allem keine sozialistischen und kommunistischen Schriften zu befördern und weiterzuleiten. Bei Nichtbeachtung dieses Verbotes sollte sofortige Dienstentlassung erfolgen.<sup>102</sup> Varnhagen von Ense vermerkte am

<sup>98</sup> Bernhard Becker: Geschichte der Arbeiter-Agitation Ferdinand Lassalles, Braunschweig 1875, S. 5.

<sup>99</sup> Preußen im Bundestag 1851 bis 1859. Dokumente der K. Preuß. Bundestags-Gesandtschaft, hrsg. von Dr. Ritter v. Poschinger, 1. Teil (1851–1854), 2. Aufl., Leipzig 1882, S. 231/232.

<sup>100</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Werke, Bd. 4, S. 470/471.

<sup>101</sup> W. I. Lenin: Karl Marx. In: Marx-Engels-Marxismus, S. 7.

<sup>102</sup> Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 30 C, Tit. 94, Lit. W, Nr. 293 (14 029), fol. 19.

13. September 1853 mit Recht als bezeichnend, daß der neue preußische Staatsgerichtshof in seiner ersten Verhandlung am 12. September 1853 „einen armen Schneidergesellen aus dem Lippeschen zu fünfjähriger Zuchthausstrafe verurteilt (hat) wegen Teilnahme an einem sogenannten Kommunistenbunde“<sup>103</sup>. Ein von dem Stellvertreter des Berliner Polizeipräsidenten, Lüdemann, unterschriebenes Memorandum vom 20. Oktober 1853 bezeichnet Marx als „Chef der Kommunistenpartei“. Weiter heißt es: „Die Unterchefs sind Engels in Manchester, wo es Tausende von deutschen Arbeitern gibt, Freiligrath und Wolff in London, Heine in Paris, Weydemeyer und Cluß in Amerika.“ Anschließend wird nochmals betont: „Die eigentliche Seele der Partei aber ist Marx.“ Der Bericht war für den internen Gebrauch der Behörden bestimmt und suchte ohne Übertreibungen und Ausschmückungen klarzumachen, welche Gefahr für die herrschenden Klassen das Wirken von Marx bedeutete. So wird festgestellt: „Die jetzigen Pläne der Partei gehen dahin, abzuwarten, bis in Frankreich eine Revolution siegreich ist, indem sie nur in diesem Falle hoffen, daß ihnen das Volk folgen und das 1848 eingedenke Proletariat sich nicht wieder von den gemäßigten Revolutionärs werde prellen lassen.“ Daran wird nur kurz und knapp die Schlußfolgerung geknüpft, daß die Partei Marx „deshalb so gefährlich und der äußerste Kampf zu ihrer *Ausrottung* nötig“ sei.<sup>104</sup>

Auf Betreiben Bismarcks sprach der Bundestag am 13. Juli 1854 ein allgemeines Verbot für alle Arbeitervereine in Deutschland aus. In dem Beschluß heißt es: „Im Interesse der gemeinsamen Sicherheit verpflichten sich sämtliche Bundesregierungen ferner, die in ihren Gebieten etwa noch bestehenden Arbeitervereine und Verbrüderungen, welche politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgen, binnen zwei Monaten aufzuheben und die Neubildung solcher Verbindungen bei Strafe zu verbieten.“<sup>105</sup>

Viele Arbeitervereine suchten dem Verbot durch Änderung ihrer Statuten zu entgehen. So z. B. verwandelte sich der Braunschweiger Arbeiterverein in einen Unterhaltungs- und Geselligkeitsverein. Es gelang ihm auch zunächst, die Organisation zu erhalten. Im Februar 1855 beanstandete jedoch die Polizei, daß der Verein weiterhin die wandernden Gesellen unterstützte, doch „die s. g. Wanderunterstützung vorzugsweise als ein wirksames Mittel zur Verbreitung und Förderung politischer und kommunistischer Ideen angesehen werden muß“. Die Kreisdirektion Braunschweig legte am 9. Februar 1855 dar, es sei erwiesen, daß der Verein nach wie vor politische Tendenzen verfolge und „wenigstens von auswärtigen Vereinen gleicher Tendenzen als noch mit ihnen in Verbindung stehend, angesehen werde“. Als der Verein am 1. Juli 1855 sein Stiftungsfest mit Vertretern anderer Arbeiterbildungsvereine, u. a. von Helmstedt und Hil-

<sup>103</sup> K. A. Varnhagen von Ense: Tagebücher, 10. Bd., S. 261.

<sup>104</sup> Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 30 C, Tit. 94, Lit. F, Nr. 107 (9793), fol. 35.

<sup>105</sup> Bernhard Becker: Geschichte der Arbeiter-Agitation Ferdinand Lassalles, S. 7.



desheim, feierte und der Festredner offen erklärte, daß die Arbeiterbildungsvereine „vor allem einig sein und Hand in Hand miteinander gehen müßten, da selbige nur hierdurch die nötige Bedeutung erlangen könnten“, wurde er am 30. Juli 1855 verboten, ebenso der Helmstedter Arbeiterbildungsverein.<sup>106</sup>

Eine Anzahl weiterer Hinweise sprechen dafür, daß es trotz des Verbots manchem Arbeiterverein gelang, sich unter großen Schwierigkeiten zu erhalten. Zwar konnte nicht von einer erheblichen Tätigkeit die Rede sein, doch gingen das Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbeiter und die Überzeugung der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes nicht unter. Das trifft z. B. für den 1848 gegründeten Bremer Arbeiterverein „Vorwärts“ zu, von dem Mathilde Annecke, die Frau des nach Amerika geflüchteten Fritz Annecke aus dem Kölner Arbeiterverein, bei ihrem Besuch in Bremen 1860 berichtete, daß sich dieser Verein energisch behauptet habe und jetzt wieder „mehr als 1000 Mitglieder“ zähle.<sup>107</sup>

Auch im Briefwechsel zwischen Marx und Engels gibt es zahlreiche Hinweise, daß die Arbeiter in ihren Bemühungen um eigene Organisationen nicht nachließen. Die Düsseldorfer Arbeiter hatten im März 1856 ihren Vertreter Levy zu Marx gesandt.<sup>108</sup> Engels galt, wie Levy in London mitteilte, „bei den Arbeitern in Wuppertal als ‚ihr‘ Mann“.<sup>109</sup> Die revolutionäre Stimmung unter den Arbeitern im Rheinland veranlaßte Marx, sich am 16. April 1856 Engels gegenüber zu äußern: The whole thing in Germany (Die ganze Sache in Deutschland) wird abhängen von der Möglichkeit to back the Proletarian revolution by some second edition of the Peasant's war (die proletarische Revolution durch eine Art zweite Auflage des Bauernkrieges zu unterstützen).<sup>110</sup> Am 8. Mai 1856 erzählte Marx in einem Brief an Engels von Nachrichten aus Köln und Düsseldorf, deren Arbeiter beanspruchten, die proletarische Revolution zu führen.<sup>111</sup>

Marx und Engels verstanden es in diesen Jahren, „in der neuen Epoche zu arbeiten“, die, wie Lenin sagte, „scheinbar ‚friedliche‘ neue Revolutionen“ vorbereitete.<sup>112</sup> Als in den Jahren 1857/58 die Wirtschaftskrise ganz Deutschland erfaßte, konnte die Arbeiterbewegung wieder stärker hervortreten. Was sich hier und dort an Zusammenhalt unter den Arbeitern über die Jahre der schwärzesten Reaktion hinaus erhalten hatte, bildete die Keimzelle des neuen Aufschwungs der Arbeiterbewegung in den sechziger Jahren. Aus diesen Keimzellen ging mit Hilfe von Marx und Engels schließlich die revolutionäre deutsche Arbeiterpartei hervor.

<sup>106</sup> Vgl. Georg Eckert: Die Braunschweiger Arbeitervereinsbewegung (1850–1855) ..., S. 116–134.

<sup>107</sup> Vgl. Tägliche Illinois Staats-Zeitung (Chicago), 13. November 1860.

<sup>108</sup> Vgl. Marx an Engels, 5. März 1856. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Briefwechsel, II. Bd., Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 148.

<sup>109</sup> Ebenda, S. 151.

<sup>110</sup> Ebenda, S. 166.

<sup>111</sup> Vgl. ebenda, S. 169.

<sup>112</sup> W. I. Lenin: Karl Marx. In: Marx-Engels-Marxismus, S. 43.

HERWIG FÖRDER

## Zur Rolle der Parteiführung im antifaschistischen Widerstandskampf im Jahre 1944

Eine kleine Erinnerung und einige Bemerkungen eines Mitgliedes  
der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe

Unlängst wurde in dieser Zeitschrift ein wichtiger Beitrag veröffentlicht, der die führende Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihres Zentralkomitees im antifaschistischen Widerstandskampf behandelte.<sup>1</sup> Die Gesichtspunkte, die dieser Aufsatz enthält, werden sicherlich nicht nur dem Historiker helfen, diesen ruhmreichen Abschnitt unserer Parteigeschichte richtiger darzustellen und dabei die entscheidenden Grundlinien herauszuarbeiten, sondern sie können auch jene Genossen, die damals selbst im antifaschistischen Widerstandskampf standen, dazu anregen, aus ihren Erlebnissen zu berichten, wie die einzelnen Gruppen als Bestandteil der Partei und unter Führung ihres Zentralkomitees die illegale Arbeit so durchführten, daß die politische Einheitlichkeit des Kampfes gewährleistet war.

Als ein solcher Beitrag aus eigenen Erlebnissen sollen die folgenden Zeilen verstanden werden. Sie bieten, was die bloßen Fakten angeht, nichts eigentlich Neues, aber sie können vielleicht doch an einem kleinen Beispiel zeigen, welche entscheidende Bedeutung die kommunistischen Widerstandskämpfer in Deutschland den Richtlinien beimaßen, die auf diesem oder jenem Wege von der Parteiführung, die sich damals — es handelt sich um eine Episode aus dem Jahre 1944 — in Moskau befand, an die Organisationen in Deutschland gelangten.

In dem erwähnten Aufsatz wird mit Recht darauf hingewiesen, daß es während des Krieges unter den Bedingungen einer brutalen Gestapoherrschaft große Schwierigkeiten bereitete, den Kontakt zwischen den einzelnen Gruppen im Lande und wiederum zwischen diesen und der Parteiführung aufrechtzuhalten oder, wenn dieser Kontakt abgerissen war, ihn wiederherzustellen. Es wird vor allem betont, welche Rolle gerade damals den Rundfunksendungen aus Moskau zufallen mußte.<sup>2</sup> Als ich im Februar oder März des Jahres 1944 als Urlauber, der bereits im November des vorangegangenen Jahres wegen einer Erkrankung von der Ostfront nach Deutschland zurückgekommen war, in Berlin eintraf, war mir die Konzeption des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ in groben Umrissen aus ein oder zwei Flugblättern bekannt, wie sie damals über der Front abgeworfen wurden. Als ich nun in Berlin mit einigen Genossen der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe Verbindung bekam, wie erstaunt war ich, daß sie über die ganze Politik, die die Kommunistische Partei Deutschlands mit der Gründung des Nationalkomitees eingeschlagen hatte, nicht nur

<sup>1</sup> Zur führenden Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihres Zentralkomitees im antifaschistischen Widerstandskampf. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1961, Heft 3, S. 547–572.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda, S. 561–563.

ausgezeichnet informiert waren, sondern daß sie bereits eine beträchtliche Arbeit geleistet hatten, um auch in Berlin — und naturgemäß darüber hinaus in ganz Deutschland — eine dem Nationalkomitee entsprechende Organisation ins Leben zu rufen. Ein so schnelles Reagieren auf die von der Parteiführung entwickelte Konzeption war natürlich nur dank dem Rundfunk möglich.

Wenn in dem genannten Artikel über die führende Rolle der KPD deswegen an der Arbeit von Gerhard Nitzsche Kritik geübt wird, weil er bei der Darlegung der Verhältnisse im Jahre 1940 die Moskauer Rundfunksendungen als bloße Informationsquellen behandelt<sup>3</sup>, so leidet die Darstellung, die Nitzsche von der Geschichte der Nationalkomiteebewegung in Deutschland gibt, an einem ähnlichen Mangel. Er weist zwar darauf hin, daß „mit der Gründung des Nationalkomitees“ (gemeint ist die Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ in Moskau im Juli 1943), „seinen Losungen und Zielen . . . die antifaschistische deutsche Widerstandsbewegung eine einheitliche politische Orientierung“<sup>4</sup> erhielt, aber er geht dann sofort unvermittelt auf die in Deutschland herausgegebenen Flugblätter über, ohne die Rundfunksendungen aus Moskau auch nur zu erwähnen. Es war doch tatsächlich so, daß die Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, mit der das Zentralkomitee der KPD die in Brüssel und Bern beschlossene politische Linie weiterführte, für alle Parteiorganisationen eine grundlegende Orientierung brachte. Der Prozeß, der von der Gründung des Nationalkomitees in Moskau so schnell zur Entwicklung einer entsprechenden Bewegung in vielen Gegenden Deutschlands führte, kann überhaupt nicht richtig dargestellt und verstanden werden, wenn Wirkung und Einfluß jener Sendungen aus Moskau nicht ausführlich und konkret geschildert werden, mit deren Hilfe die Parteiführung die Verbindung mit der Gesamtorganisation aufrechterhielt.

Wie mir die Berliner Genossen, mit denen ich zusammenarbeitete, zu verstehen gaben, bestand wohl auch noch eine gewisse Möglichkeit einer direkten Verbindung nach außen. Vielleicht bezogen sich diese Andeutungen der Genossen, und mehr als Andeutungen konnten es unter den Bedingungen des illegalen Kampfes auch nicht sein, auf jene Verbindung nach Schweden, die in den Arbeiten von Winzer und Nitzsche erwähnt wird.<sup>5</sup> Aber das konnte unter den damaligen Bedingungen nur ein sehr komplizierter und vor allem sehr langwieriger Weg sein.

Auch dieses Beispiel zeigte letzten Endes, welche Bedeutung gerade bei der fast hermetischen Absperrung den Moskauer Rundfunksendungen zukam. Sie waren es, durch die die Berliner Genossen, wie sie mir ausdrücklich erklärten, schnell und zuverlässig Nachrichten über die politische Linie der Parteiführung, über die Aktionslosungen usw. erhielten, so daß sie dementsprechend ihre eigene Arbeit aufbauen konnten.

Dieser überzeugende Hinweis darauf, daß die Parteiorganisation hier in Berlin entsprechend den Weisungen der Parteiführung handelte, gab mir die für einen Genossen so notwendige Gewißheit, daß ich nun im Rahmen der

---

<sup>3</sup> Vgl. ebenda, S. 563.

<sup>4</sup> Gerhard Nitzsche: Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (1942–1945), Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 56.

<sup>5</sup> Vgl. Otto Winzer: Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 231. — Ferner Gerhard Nitzsche: Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, S. 82.



vom Genossen Saefkow geleiteten Organisation eine politische illegale Arbeit direkt im Auftrage der Partei aufnahm. Einer solchen Gewißheit bedurfte man unter den damaligen Bedingungen um so mehr, als durch den Gestapoterror häufig genug einzelne Genossen oder mitunter ganze Gruppen in eine organisatorische Isolierung gerieten, eine Isolierung, die unter Umständen dazu beitragen konnte, daß auch in der politischen Orientierung Fehler entstanden.

Wenn hier die Bedeutung des Rundfunks für die politische Orientierung der Genossen, die in Deutschland ihren Kampf gegen Faschismus und Krieg ausfochten, so ausdrücklich hervorgehoben wurde, dann soll damit natürlich keineswegs gesagt sein, daß der Rundfunk die einzige Verbindungslinie war, auf der die Parteiführung mit den Genossen im Lande Kontakt hielt. Im Gegenteil, gerade unter den so außergewöhnlichen, schweren Bedingungen des illegalen Kampfes galt es, alle nur irgend möglichen Wege, auf denen die Stimme der Partei zu den Genossen gelangen konnte, zu suchen, ja aufzuspüren und auszunutzen. Dazu gehörten auch solche einfachen mündlichen Informationen, die jemand, der wie ich von der Ostfront kam, geben konnte. Obwohl die Berliner Genossen, mit denen ich im Frühjahr 1944 zusammenkam, weit besser über das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ informiert waren als ich selbst, so suchten sie aus mir alles geradezu „herauszupressen“, was auch nur irgendeine Bedeutung haben konnte. Dabei handelte es sich nicht nur um solche Fragen, wie es um die Stimmung der Soldaten an der Front bestellt war, und sonstige Informationen im engeren Sinne des Wortes, sondern das Hauptinteresse richtete sich vor allem auf den Inhalt der Flugblätter des Nationalkomitees, die über der Front abgeworfen wurden. Wie enttäuscht waren die Berliner Genossen, daß ich kein Flugblatt hatte mitbringen können, obwohl dieses gegebenenfalls bereits drei bis vier Monate alt gewesen wäre. So mußte ich aus meinem Gedächtnis vor allem das wiedergeben, was die Flugblätter über die politische Linie und Argumentation des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ aussagten.

Solche Einzelinformationen über den Inhalt der Flugblätter des Nationalkomitees konnten natürlich nur eine ergänzende Funktion bei der politischen Orientierung der Parteioorganisationen in Deutschland spielen, denn im Ganzen floß diese Quelle doch recht spärlich. Ein glücklicher Zufall aber — denn auch Zufälle spielten manchmal eine nicht ganz unbedeutende Rolle, sei es im Guten, sei es im Bösen —, ein Zufall also wirkte mit, daß den Genossen der Berliner Parteioorganisation die vom Nationalkomitee über der Front abgeworfenen Flugblätter in recht umfassender Weise und vor allem auf einem sehr schnellen Wege zur Verfügung standen. Ein alter Freund von mir, den ich mit dieser Organisation in Verbindung bringen konnte und der dort sofort die politische Arbeit aufnahm, kannte seinerseits einen Antifaschisten, der als Unteroffizier im OKW saß und nun auch in das Wirken unserer Organisation einbezogen wurde. Dieser Unteroffizier sollte für die Berliner Genossen eine besondere Bedeutung dadurch erlangen, daß er in einer Abteilung arbeitete, die sich mit der sogenannten „Ostpropaganda“ beschäftigte. Das bedeutete, daß hier vor allem die über der Front abgeworfenen Flugblätter zur „Auswertung“ eingeliefert wurden. Nun wurden sie aber zu einer wirklichen Auswertung den Berliner Genossen, die in der von Saefkow geleiteten Parteioorganisation arbeiteten, zugeleitet. Dieser Vorgang ist bereits von Nitzsche geschildert worden, wobei er einige wichtige Tatsachen anführt, die mir aus der eigenen Arbeit in dieser Organisation unbekannt waren.<sup>6</sup> Der Umstand, daß es sich hier um einen Unteroffizier handelte,

<sup>6</sup> Vgl. Gerhard Nitzsche: Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, S. 77/78.

dessen Mitwirkung natürlich eine große Bedeutung für die Arbeit unter den Soldaten hatte, hat den Verfasser zu Recht veranlaßt, dieses Geschehen in dem Abschnitt über die Soldatenarbeit der Saefkow-Gruppe unterzubringen. Leider ist dadurch ein anderer Gesichtspunkt so gut wie völlig unbeachtet geblieben. Das Material, das über jenen Unteroffizier im OKW in die Hände der Berliner Genossen gelangte, hatte natürlich eine große Bedeutung nicht nur für die Arbeit unter den Soldaten, sondern bildete eine entscheidende Grundlage für die politische Orientierung der Parteiorganisation überhaupt.

Wie wichtig den Berliner Genossen diese Verbindung gerade unter dem Gesichtspunkt der politischen Orientierung war, läßt sich schon daraus entnehmen, daß die Genossen Saefkow und Jacob selbst mit dem Unteroffizier, dessen politische Zuverlässigkeit noch nicht voll verbürgt war, zu einer Unterredung zusammenkamen, um eine möglichst sichere und prompte Übermittlung des Materials aus dem OKW zu gewährleisten. Vor allem aber die Tatsache, daß diese Materialien fotokopiert und unter den Genossen verteilt wurden<sup>7</sup>, läßt erkennen, daß die führenden Genossen der Berliner Parteiorganisation sehr wohl erkannt hatten, daß hier die Stimme der Parteiführung zu ihnen sprach und daß es darauf ankam, möglichst allen Genossen diese Stimme zugänglich zu machen, damit die gerade im Kampf gegen Faschismus und Krieg so notwendige politische und ideologische Geschlossenheit der Parteiorganisation gewährleistet und erhöht wurde.

---

<sup>7</sup> Vgl. ebenda, S. 77.

## Friedrich Engels über die politische Aktion der Arbeiterklasse

### VORBEMERKUNG

Nach der Pariser Kommune, die den Grundstein zu einer neuen Epoche der Weltgeschichte gelegt und die politische Aktion des Proletariats, d. h. die politische, ideologische und organisatorische Vorbereitung der Arbeiterklasse für die Revolution auf die Tagesordnung gesetzt hatte, eröffneten die Regierungen aller Länder einen wütenden Feldzug gegen die Internationale und ihren Generalrat. Die gesamte Reaktion, Gendarmerie und Geheimpolizei, Kriegs- und Zivilgerichte, die Presseorgane der herrschenden Klasse, sie alle wetteiferten bei der Verfolgung der Mitglieder der Internationale. Das konnte nicht ohne Einfluß auf die opportunistischen Elemente in der Internationale bleiben. In dem Kampf gegen die Internationale bildete sich eine Art Einheitsfront heraus, die von der reaktionären Bourgeoisie bis zu den sich mit scheinrevolutionären und pseudo-sozialistischen Phrasen tarnenden Bakunisten reichte, die bereits vor dem Deutsch-Französischen Krieg und der Pariser Kommune den Kampf gegen den Marxismus eröffnet hatten. Der Bakunismus wurde zum Haupthindernis für die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Daher sahen sich die Marxisten vor die dringende Aufgabe gestellt, den Bakunismus zu überwinden und ihm seinen Einfluß auf die Arbeiterbewegung zu nehmen.

Ein wichtiger Schritt zur Erfüllung dieser Aufgabe war die Londoner Konferenz der Internationalen Arbeiterassoziation, die vom 17. bis 23. September 1871 stattfand. Diese Konferenz kennzeichnet zugleich eine der Etappen des Kampfes von Marx und Engels für den Zusammenschluß und die Organisierung der Kräfte des internationalen Proletariats in der Internationale.

Im Mittelpunkt der Diskussionsbeiträge von Marx und Engels auf der Londoner Konferenz standen die Fragen der proletarischen Partei im Zusammenhang mit dem politischen Kampf der Arbeiterklasse sowie der Formen und der Taktik dieses Kampfes. Die Bakunisten sabotierten faktisch die Schaffung der proletarischen Partei, waren gegen die politische Aktion, gegen den Kampf der Arbeiterklasse um politische Rechte und Freiheiten und predigten Abstinenz von der Politik. Eine Ausnutzung solcher politischen Rechte wie das Versammlungsrecht und die Koalitions- und Pressefreiheit durch das Proletariat für seine revolutionären Ziele bezeichneten sie als Anerkennung der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Gegen diese sektiererischen Bestrebungen hielt Friedrich Engels am 21. September 1871 auf der Londoner Konferenz eine bedeutsame Rede, die auch heute noch von großer Aktualität ist. Seine Rede diente als Grundlage für den von der Londoner Konferenz angenommenen Beschluß über die politische Aktion der Arbeiterklasse, der die exakte Formulierung enthält, „daß die Konstituierung



der Arbeiterklasse als politische Partei unerläßlich ist für den Triumph der sozialen Revolution und ihres Endziels — Abschaffung der Klassen“.

Wir bringen nachstehend einen Vorabdruck der Rededisposition, die Engels in deutscher Sprache niedergeschrieben hat, sowie seiner Rede, die er in französischer Sprache gehalten hat und die beide erstmalig in deutscher Sprache in Band 17 der Werke von Marx und Engels erscheinen werden. Als Unterlage für unsere Ausgabe dieser Dokumente dienten die handschriftlichen Manuskripte von Engels. Alle Abkürzungen wurden kenntlich gemacht, Orthographie und Interpunktion wurden modernisiert. Alle Anmerkungen wurden von uns eingefügt.

Ruth Stolz

[Rededisposition für die Sitzung der Konferenz am 21. September 1871]

1) Lorenzo<sup>1</sup> Prinzip[ien]frage — dies entschieden.

2) Abstent[ion] unmöglich. Journalpolitik ist auch Politik; alle abst[inenten] Blätter greifen d[ie] Reg[ierung] an. Nur fragl[ich] wie und wie weit sich in Pol[itik] mischen. Dies je nach Umst[än]d[en] und nicht vorzuschreiben.

2)) Abst[ention] widersinnig; man soll abst[inieren], weil schlechte Leute gewählt werden können — also keine Kotis[ation]<sup>2</sup>, weil d[er] Kassier durchbrennen kann. Also kein Journal haben, weil der Red[akteur] sich verk[au]f[en] kann ebensogut wie der Deput[ierte].

3) D[ie] poli[tische] Freiheit — bes[onders] Assoz[iations]-, Versamm[lungs]- und Preßfrei[h]eit unsre Agitat[ions]-Mittel; ist es gleichgültig, ob uns diese genommen oder nicht? Und sollen wir uns nicht wehren, wenn man sie angreift?

4) Abst[ention] gepredigt, weil man sonst das Besteh[en]de aner[k]ennt. Das Best[ehende] besteht und se fiche pas mal<sup>3</sup> über uns[re] Anerkennung. Wenn wir die Mittel, die uns das Best[ehende] gibt, benutzen, um geg[en] das Best[ehende] zu protestieren, ist das Anerkennung?<sup>4</sup>

3) Abst[ention] unmögl[ich]. Die Arb[eiter]partei als polit[ische] Partei existiert und will polit[isch] agieren, und ihr Abst[ention] predigen heißt d[ie] Intern[ationale] ruinieren. Die einfache Anschauung der V[er]h[äl]tnisse, der polit[ischen] Bedrück[un]g zu soz[ialen] Zwecken zwingt d[ie] Arbeiter in d[ie] Politik, d[ie] Abst[ention]-Prediger treiben sie den B[our]g[eois]politikern in d[ie] Arme. Nach der Kommune, die d[ie] polit[ische] Aktion der Arbeiter auf d[ie] Tagesordnung gesetzt, Abst[ention] unmöglich.

<sup>1</sup> Anselmo Lorenzo (1841–1915), Buchdrucker, Vertreter der spanischen Sektionen in der Internationalen Arbeiterassoziation; 1871 Delegierter auf der Londoner Konferenz, wandte sich gegen die Erörterung der Frage der politischen Aktion der Arbeiterklasse.

<sup>2</sup> Beitragskassierung.

<sup>3</sup> macht sich nicht wenig lustig.

<sup>4</sup> Die Punkte 2, 3 und 4 mit der doppelten Klammer wurden von Engels als Ergänzungen auf die rechte Seite seiner Rededisposition geschrieben.

4) Wir wollen d[ie] Absch[affung] der Klassen. Einziges Mittel ist d[ie] polit[ische] Gewalt in d[en] Händen des Prolet[ariats] — und wir sollen keine Polit[ik] machen? Alle Abst[entioni]st[en] nennen sich revolut[ionär]. D[ie] Revolut[ion] ist der höchste Akt der Politik, und wer sie will, muß a[uch] d[ie] Mittel wollen, die die Rev[olution] vorbereiten, die Arbeiter für sie erziehen, und sorgen, daß er nicht am nächsten Tag wieder von Favre und Pyat<sup>5</sup> geprellt wird. Es kommt nur d[a]r[au]f an, *welche* Politik — die ausschließl[ich] proletarische, nicht als Schwanz der B[our]g[eois]s[ie].

*[Eigene Aufzeichnung der Rede in der Sitzung der Konferenz  
am 21. September 1871]*

Die absolute Abstention in Sachen der Politik ist unmöglich; alle abstinenten Blätter machen auch Politik. Es geht nur darum, wie man sie und was für eine man macht. Im übrigen ist für uns Abstention unmöglich. Die Arbeiterpartei als politische Partei existiert schon in den meisten Ländern. Nicht wir sind es, die sie mit dem Predigen von Abstention ruinieren. Die Praxis des wirklichen Lebens, die politische Bedrückung, der die bestehenden Regierungen die Arbeiter aussetzen — sei es zu politischen, sei es zu sozialen Zwecken —, zwingt die Arbeiter in die Politik, ob sie wollen oder nicht. Ihnen Abstention von der Politik zu predigen hieße, sie der Bourgeoispolitik in die Arme zu treiben. Namentlich nach der Kommune von Paris, die die politische Aktion des Proletariats auf die Tagesordnung gesetzt hat, ist politische Abstention ganz und gar unmöglich.

Wir wollen die Abschaffung der Klassen. Was ist das Mittel, um dahin zu gelangen? Die politische Herrschaft des Proletariats. Und jetzt, wo sich alle darüber einig sind, verlangt man von uns, wir sollen uns nicht in Politik mischen! Alle Abstentionisten nennen sich Revolutionäre, und sogar Revolutionäre par excellence<sup>6</sup>. Die Revolution aber ist der höchste Akt der Politik, und wer sie will, muß auch das Mittel wollen — die politische Aktion, welche die Revolution vorbereitet, welche die Arbeiter für die Revolution erzieht und ohne die die Arbeiter am nächsten Tage nach dem Kampf stets von den Favres und Pyats geprellt sein werden. Aber die Politik, auf die es ankommt, muß eine proletarische Politik sein; die Arbeiterpartei darf sich nicht als Schwanz irgendwelcher Bourgeois-

---

<sup>5</sup> Jules Favre (1809–1880), französischer Advokat, gemäßigter Bourgeoisrepublikaner; Außenminister in der „Regierung der nationalen Verteidigung“ sowie der Regierung Thiers, führte die Verhandlungen über die Kapitulation von Paris während des Deutsch-Französischen Krieges; dann einer der Henker der Pariser Kommune. — Félix Pyat (1810–1889), französischer Publizist und Politiker, kleinbürgerlicher Demokrat, Gegner einer selbständigen Arbeiterbewegung, führte jahrelang eine Verleumdungskampagne gegen Marx und die Internationale.

<sup>6</sup> im wahrsten Sinne des Wortes.

parteien, sondern muß sich vielmehr als unabhängige Partei konstituieren, die ihr eignes Ziel, ihre eigne Politik hat.

Die politischen Freiheiten, das Versammlungs- und Assoziationsrecht, die Preßfreiheit, das sind unsre Waffen; und wir sollten die Arme verschränken und Abstention üben, wenn man sie uns nehmen will? Man sagt, jede politische Aktion bedeute, das Bestehende anerkennen. Aber wenn dieses Bestehende uns die Mittel gibt, um gegen das Bestehende zu protestieren, so ist die Anwendung dieser Mittel keine Anerkennung des Bestehenden.

Nach der Handschrift.  
Aus dem Französischen.

## Ein bedeutungsvoller Artikel Walter Ulbrichts zur Aktionseinheit von KPD und SPD aus dem Jahre 1937

### VORBEMERKUNG

Nachstehend veröffentlichen wir einen Artikel Walter Ulbrichts, der 1937 in Heft 7/8 der Zeitschrift „Die Internationale“ unter dem Namen „Walter“ erschienen ist.<sup>1</sup> Vor 24 Jahren, unter anderen historischen Bedingungen geschrieben, hat dieser Artikel nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Im Gegenteil. Angesichts der heutigen Entwicklung in Westdeutschland sowie des Auftretens der Brandt-Mannschaft gegen die Interessen der Arbeiterklasse und der Nation, ist er aktueller denn je.

Die von den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern unter der Flagge des Antikommunismus betriebene Spaltung der Arbeiterbewegung hatte sich als das größte Verhängnis für die deutsche Arbeiterklasse und das ganze Volk erwiesen und die Errichtung der faschistischen Diktatur ermöglicht. Obwohl der faschistische deutsche Imperialismus alle demokratischen Rechte und Freiheiten beseitigte, die Arbeiterorganisationen zerschlug und Kommunisten, Sozialdemokraten und andere aufrechte Patrioten gleichermaßen mit grausamem Terror verfolgte, obwohl die Herstellung der Aktionseinheit erste und wichtigste Voraussetzung zum Sturz des Faschismus wurde, beschritten die rechten SPD-Führer um Otto Wels nach wie vor den verhängnisvollen Weg der Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse. Die Kommunisten verstärkten dagegen

---

<sup>1</sup> Der Artikel wurde von Mitarbeitern des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED für den Druck vorbereitet und mit einer kurzen Vorbemerkung versehen. Die Veröffentlichung dieses Dokumentes soll gleichzeitig dazu dienen, die Konferenz über Probleme des Kampfes der Partei um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die vom Institut für Marxismus-Leninismus Anfang 1962 veranstaltet wird, vorzubereiten zu helfen. — Die Redaktion.



ihr Ringen um die Aktionseinheit. Die KPD forderte die Schaffung einer festen Einheitsfront von KPD und SPD als Kern einer breiten antifaschistischen Volksfront. Dabei konnte sie sich auch auf die Bereitschaft zahlreicher Mitglieder und Funktionäre der SPD zu einer ehrlichen Zusammenarbeit mit den Kommunisten stützen.

Walter Ulbricht leistete als führendes Mitglied des ZK der KPD einen hervorragenden Beitrag zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Er half den Kommunisten und Sozialdemokraten, Trennendes beiseite zu räumen und die gemeinsamen Interessen und Ziele in den Vordergrund zu rücken. Er half den Arbeitern, Klarheit darüber zu gewinnen, daß es notwendig ist, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. Seine ganze jahrzehntelange Tätigkeit als führender kommunistischer Funktionär war in hohem Maße der Lösung dieser Aufgaben gewidmet. Sein Artikel zeigt, daß die Kommunisten schon immer an der Spitze des Kampfes für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse standen, die nach 1945 in einem Teil Deutschlands verwirklicht werden konnte. Im Gegensatz dazu gingen und gehen die SPD-Führer in Westdeutschland den alten gefährlichen und verhängnisvollen Weg der Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterbewegung, wozu ihnen aber zwangsläufig immer mehr einfache Mitglieder und ehrliche Funktionäre die Gefolgschaft verweigern werden.

Heute ist die SPD-Führung in Westdeutschland offen auf die Position des deutschen Imperialismus übergegangen. „Um so notwendiger und wichtiger ist es“, wie Walter Ulbricht auf dem 13. Plenum des ZK der SED feststellte, „daß wir alles tun, um zur Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft in Westdeutschland zu kommen, um die Aktionseinheit herzustellen im Kampf um den Frieden, um ein Vertrauensverhältnis der Arbeiterschaft Westdeutschlands, insbesondere der sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder, zur DDR zu schaffen. Das ist eine riesige Aufgabe; denn nur wenn es gelingt, Schritt für Schritt die Brandt-Mannschaft zu isolieren, ist es möglich, auf dem Wege des Kampfes um ein friedliches Deutschland vorwärtszukommen.“<sup>2</sup>

## KPD UND SOZIALDEMOKRATIE

Wie kann erfolgreich der Kampf gegen Hitler geführt werden? Das ist die Lebensfrage, die im Lande vor Kommunisten und Sozialdemokraten steht. Der Prager Vorstand der SPD hat in seinen Sopade-Berichten<sup>3</sup> dazu erklärt, das wichtigste sei jetzt die Berichterstattung, und es sei die „wesentliche Aufgabe: die weitere Entwicklung zu beobachten und sich auf kommende Aufgaben vorzubereiten“. Die Berichterstattung ist zweifellos eine wichtige Aufgabe. Sie liefert das Material zur Einschätzung der Lage und bringt Kenntnis von den Methoden des Widerstandes der Massen in Deutschland. Sie kann jedoch nicht die Aktion ersetzen. Die Berichterstattung hilft, die Verbindung mit dem Lande enger zu gestalten, aber gerade unter Ausnutzung dieser Kenntnisse ist es notwendig, *der Bewegung im Lande selbst Hilfe zu leisten*. Zum Beispiel zeigen die Berichte aus dem Lande, daß jeder Erfolg der spanischen demokratischen Republik das

<sup>2</sup> Neuer Weg, 1961, Heft 14, S. 652.

<sup>3</sup> Sopade – Abkürzung für den nach Prag emigrierten Parteivorstand der SPD.

Selbstbewußtsein und die Zuversicht der Hitlergegner im Lande hebt. Das gleiche Interesse am Siege der spanischen Volksfront gegen Hitler, Mussolini und Franco führt zu gemeinsamen Unterhaltungen und kann oft den Beginn einer engeren Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten in den Betrieben und Massenorganisationen herbeiführen. *Aus den Berichten aus dem Lande spricht der sehnlichste Wunsch, die Arbeiterklasse und alle Freunde des Friedens und der Freiheit mögen sich einigen, um der spanischen demokratischen Republik zum Siege zu verhelfen.* Die sozialdemokratischen Arbeiter kritisieren, ebenso wie die kommunistischen, die Schwäche der demokratischen Länder und wünschen ein entschlosseneres Handeln für eine starke kollektive Sicherheit gegen die faschistischen Angreifer. Was hat es jedoch für einen Sinn, wenn im „Neuen Vorwärts“ nun geklagt wird, daß die demokratischen Regierungen immer wieder vor den Drohungen Hitlers und Mussolinis zurückweichen, während selbst die deutschen sozialdemokratischen Vertreter in der II. Internationale eine Politik der „Beobachtung“ betreiben und gegen die Einheits- und Volksfront auftreten, die allein imstande wäre, die Kraft der Arbeiterklasse und der Werktätigen so zu stärken, daß die demokratischen Länder endlich dazu übergehen, die kollektive Sicherheit gegen die faschistischen Angreifer durchzuführen?

Wie sollen die Friedensfreunde in den demokratischen Ländern die Kritik der Nichtinterventionspolitik ernst nehmen, wenn der Prager Vorstand alle Vorschläge zum gemeinsamen Kampf der deutschen Werktätigen gegen Hitlers Kriegsinterventionen in Spanien ablehnt? Steht nicht dieses Verhalten im Widerspruch zu den unzähligen Berichten sozialdemokratischer Genossen aus dem Lande, die alle eine aktive Unterstützung Volksfrontspaniens wünschen?

Wäre es nicht schon längst an der Zeit, daß die leitenden Funktionäre der sozialdemokratischen Organisationen und Gruppen *aus den Berichten die Konsequenzen ziehen* und gemeinsam mit der KPD der spanischen Volksfront helfen und auch die Internationalen Brigaden im spanischen Volksheer verstärken würden? Leider wurde das bisher den Kommunisten und einigen aktiven sozialdemokratischen Genossen allein überlassen.

### *Berichterstattung und Massenpolitik*

Die Berichterstattung aus dem Lande hat auch deshalb große Bedeutung, weil aus ihr die Führungen der Arbeiterorganisationen von den Massen lernen, wie unter den gegenwärtigen Bedingungen der antifaschistische Kampf auf neue Weise, mit neuen Methoden geführt wird. Die Berichterstattung ermöglicht ein sorgfältiges Studium, wie die Arbeiter und Werktätigen gemeinsam ihre Interessen vertreten, wie die kommunistischen und sozialdemokratischen Kader trotz der ungeheuren Schwierigkeiten gemeinsam handeln und durch Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten in den Betrieben und Massenorganisationen geschickt die Werktätigen mit den vielfältigsten Methoden an Widerstandsbewegungen heranführen und da-

durch den antifaschistischen Kampf im Sinne der Volksfrontbewegung fördern. Auch die „Sozialistische Aktion“, das Organ der SPD für das Land, stellt fest: „Nach einer Pause absoluter Einschüchterung und Verängstigung beginnen sich die spontanen Widerstandskräfte zu regen, noch tastend und die Grenze des Möglichen erforschend, aber doch schon im Widerspruch zu allen wirtschaftsfriedlichen Ideologien des Faschismus.“

Der Prager Vorstand ist über diese vielfältige neue Art des Widerstandes sehr wohl informiert. Er benutzt jedoch seine Kenntnis nicht, um daraus die Lehren zu ziehen, wie die Opposition und der Widerstand in Deutschland gestärkt werden sollen, sondern er schreibt, im Widerspruch zu den lebendigen Erfahrungen, es sei „die wesentlichste Aufgabe, die Weiterentwicklung zu beobachten“. Weiter heißt es, daß solche Aufgaben wie „Massenpropaganda, Zersetzungsarbeit in gegnerischen Organisationen... zur Zeit in Deutschland nicht in Angriff genommen werden können... solange der Polizei- und Spitzelapparat der Diktatur intakt ist.“

Glaubt der Prager Vorstand etwa, daß durch die wachsenden Schwierigkeiten des Hitlerregimes der Terror von selbst nachläßt? Auf welche günstigere Situation will der Prager Vorstand warten? Die veröffentlichte Himmler-Rede über den SS-Terror im Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen zeigt doch gerade, daß die Göring und Himmler mit dem Wachsen der Schwierigkeiten des Faschismus den Terror verschärfen wollen. Wäre es nicht die gemeinsame Aufgabe der beiden Arbeiterparteien, den terroristischen Plänen des Faschismus dadurch entgegenzuwirken, daß durch die *Einigung der sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen* die Aktivität der Massen zum Kampf um die freie Meinung und um ihre persönlichen Rechte entfaltet wird und die faschistischen Kriegstreiber von den Massen isoliert werden. Eine solche Aktionseinheit von KPD und SPD würde auch von Hitlergegnern in den demokratischen Ländern als Stärkung ihrer Abwehr der faschistischen Kriegsprovokationen begrüßt werden. Mit Recht fragen nicht nur die Antifaschisten in diesen Ländern, sondern auch die demokratischen Kräfte: Wo ist in Deutschland die starke einigende Kraft zur Schaffung der großen Volksbewegung gegen Hitlers Kriegsprovokationen sichtbar?

Die Beobachtung und Berichterstattung haben erst dann einen politischen Wert, wenn sie für die Führung des antifaschistischen Kampfes ausgewertet werden. Manche im Ausland lebenden „Beobachter“ beachten jedoch nicht genügend die neuen Methoden der Massenpropaganda der Hitlergegner in Deutschland und sind pessimistisch, weil sie ihre alten gewohnten Methoden nicht mehr vorfinden. Es genügt demgegenüber, nur die Nazipresse nachzulesen, die sich zum Beispiel gegen die Flüsterpropaganda wehrt, die zu einer wahren Massenpropaganda geworden ist. Wir denken weiter an die Wirkung des Freiheitssenders der deutschen Volksfront und an andere Sender, aber auch an die kleinen Flugblätter gegen Hitlers Kriegspolitik, die zum Teil im Lande selbst hergestellt werden. Diese Propaganda ist dort politisch am wirksamsten, wo sie *gemeinsam* von Kommunisten und Sozialdemokraten oder von anderen Freunden der



Volksfrontbewegung organisiert wird. Wenn nach Meinung der Sopade die Opposition in gegnerischen Massenorganisationen unmöglich ist, wie kommt es dann, daß sich die Naziführer mit dieser Opposition dauernd auseinandersetzen müssen? Wie kommt es, daß in den eigenen Berichten der Sopade so viele Beispiele gebracht werden, wonach sich unter dem Druck der Belegschaften und der Mitglieder von Massenorganisationen Amtswalter, Blockwarte usw. gegen den Willen der Naziführer so häufig für die Interessen der Mitglieder einsetzen müssen? Wäre es nicht dem Kampf gegen den Hitlerfaschismus dienlicher, wenn die sozialdemokratische Presse diese Beispiele der Opposition und des Widerstandes besser bekanntmachen und erläutern würde?

Viele sozialdemokratische Funktionäre sind überzeugt, daß der antifaschistische Kampf durch ein beschauliches Beobachten nicht weiter kommt. Die „Sozialistische Aktion“ vom September gibt deshalb die Losung aus: „Die große Aufgabe: *Organisation*“. Das ist gut. Den Kampf gegen Hitler organisieren, das ist in der Tat das Wichtigste. Es ist deshalb vor allem nötig, darüber zu sprechen, *was der politische Inhalt dieser organisatorischen Tätigkeit sein soll* und mit welchen Methoden und in welchen organisatorischen Formen der Kampf geführt werden soll. Aus den Berichten vom Lande geht hervor, daß in wichtigen Industriegebieten kommunistische und sozialdemokratische Gruppen und Funktionäre sich besprechen, wie der Kampf für die Freiheit und gegen Hitlers Kriegspolitik am wirkungsvollsten geführt werden kann. Mit Recht wurde die Frage gestellt: was ist die schwächste Stelle des Hitlerfaschismus, in welchen Fragen ist die breiteste Opposition vorhanden? Die Achillesferse des Nationalsozialismus ist *der Widerspruch* zwischen der Ausplünderung des Volkes für die Kriegsrüstung und der Beseitigung aller Volksrechte und persönlichen Freiheiten im Interesse des Krieges auf der einen und der Furcht der Massen vor den Schrecken des Krieges, ihrer Sehnsucht nach persönlicher Freiheit und freier Meinungsäußerung und ihrer Opposition gegen die ungeheuren Lasten und Abgaben für den Moloch Krieg auf der anderen Seite. Deshalb ist die zentrale Frage der Aktionseinheit, die zentrale Frage der Organisation: der Kampf für die Volksrechte und gegen Hitlers Kriegspolitik. Mit Recht fördern Kommunisten und Sozialdemokraten im Lande jeden Widerstand gegen den Zwang, ob in der Arbeitsfront oder in den Sportorganisationen, ob es sich um die Verteidigung der Rechte der Katholiken und Protestanten handelt oder um die Rechte der Bauern im Reichsnährstand und der Mittelständler in den gleichgeschalteten Organisationen. Sozialdemokraten und Kommunisten kämpfen gemeinsam für jedes kleinste Recht der Bildung von Akkord- oder Unfallschutzkommissionen und in den Massenorganisationen für die Selbstverwaltung und Mitbestimmung der Funktionäre. *Dieser Kampf in jedem Betrieb, in jeder Massenorganisation – das ist der Beginn des Kampfes um demokratische Freiheiten.* Wenn der Prager Vorstand wirklich mithelfen will, die Massen auf die kommenden Aufgaben vorzubereiten, dann genügt nicht die Berichterstattung, sondern dann ist Mithilfe und Anlei-

tung der Massen für diese vielfältigen Teilbewegungen um die Freiheit, um die Volksrechte notwendig.

Das Wichtigste in den Berichten aus dem Lande ist der Wille zur Einheit. In bedeutenden Industriegebieten führen kommunistische und sozialdemokratische Funktionäre gemeinsam den antifaschistischen Kampf. Sollte es nicht möglich sein, auch dort, wo heute noch Widerstände vorhanden sind, zum gemeinsamen Handeln vor allem gegen Hitlers Kriegspolitik zu kommen? Das Zentralkomitee der KPD hatte angesichts der faschistischen Kriegsprovokationen und der wachsenden Schwierigkeiten des Faschismus in einem Brief an alle sozialdemokratischen Organisationen im Lande wie an den Prager Vorstand das gemeinsame Handeln gegen Hitlers Kriegspolitik und die gemeinsame Unterstützung der spanischen Demokratie vorgeschlagen (vgl. „Die Internationale“, Nr. 3/4). Während wichtige sozialdemokratische Organisationen diesen Vorschlag begrüßten, hat Otto Wels, der Vorsitzende des Parteivorstandes, ihn ohne Begründung abgelehnt. Inzwischen liegen weitere Erfahrungen über die Zusammenarbeit sozialdemokratischer und kommunistischer Gruppen im Lande und in der Emigration vor. Wäre es nicht notwendig und möglich, jetzt die Aufklärung der Volksmassen über die Kriegsprovokationen des Nationalsozialismus und über die Perspektive Hitlerdeutschlands, die Kriegskatastrophe, gemeinsam durchzuführen? Welch große Bedeutung hätte eine Propaganda im Lande für die Erhaltung des Friedens, gegen die unerhörten Opfer für die Kriegsrüstung, gegen die Kriegstreiber und für die Freundschaft mit den Kräften der Freiheit und des Friedens in der Welt! Wenn sich solche Provokationen wie die Beschießung von Almeria und Abstimmungen in Betrieben und Massenorganisationen über Truppensendungen und Kriegserklärung wiederholen, wäre es dann nicht notwendig, sich überall über Gegenmaßnahmen der Opposition zu verständigen? Wieviele Möglichkeiten gibt es in einer solchen Situation, die Abstimmung in eine Stellungnahme für die Erhaltung des Friedens durch Sabotage der Abstimmung oder Stimmenthaltung umzuwandeln!

Die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten muß die komplizierten Bedingungen berücksichtigen, unter denen der Kampf in Deutschland geführt wird. Aber das gesamte Handeln muß von der großen Idee des Kampfes um die Freiheit getragen sein, der nur durch die Schaffung der deutschen Volksfront, durch den Kampf für die demokratische Republik zum Ziele führen kann. Dieser Kampf wird heute schon in Deutschland auf die vielfältigste Weise geführt. Hier verständigen sich Kommunisten, Sozialdemokraten und Katholiken über ihre Lohnforderungen, wobei sich die Notwendigkeit ergibt, auch die früheren NSBO-Mitglieder zu gewinnen. An anderer Stelle beginnt die Opposition mit der Verteidigung der Rechte der Selbstverwaltung in den Massenorganisationen oder mit der Opposition gegen den Ablieferungszwang im Dorfe. Aber überall ist es notwendig, im Sinne der Forderung nach „Organisation“ diese ersten Schritte der Zusammenarbeit zum Aufbau fester Stützpunkte für die Schaffung der Volksfront auszunutzen. Wo die Freunde der Volks-

front zu den großen Fragen des Kampfes gegen Hitlers Kriegspolitik und zu den Problemen des Kampfes um die demokratische Republik Stellung genommen haben, waren ihnen die Kundgebungen des großen Schriftstellers *Heinrich Mann* und die Beschlüsse des vorbereitenden Volksfrontausschusses in Paris eine bedeutende Unterstützung.

Leider geht die „Sozialistische Aktion“ auf diese aktuellen Fragen nicht ein, sondern in der nächsten Nummer wird nur die Frage gestellt, „wird sie (die Widerstandskraft der Arbeiterschaft) erstarken, bevor die Kriegsdrohung in die Menschheitskatastrophe eines neuen Weltkrieges umgeschlagen ist?“ Die „Sozialistische Aktion“ gibt darauf selbst die Antwort, indem sie sagt: „An eine Abkehr von diesem System ist ohne Gegenwehr nicht zu denken . . . diese Entwicklung . . . wird jedoch nur solange bestehen, als die Arbeiterschaft uneinig und unfähig zum Kampf gegen diese Diktatur ist.“

In der Tat, die Stärkung der Kampfkraft der Arbeiterklasse ist entscheidend abhängig von der Einigung der sozialdemokratischen und kommunistischen Funktionäre und Organisationen im Lande und in der Emigration. Die Arbeiterklasse kann nicht erstarken, wenn jeder seine besonderen Gruppeninteressen voranstellen würde. *Nur die Einigkeit macht stark!*

Im Interesse dieser Einigung ist es heute besonders notwendig, daß eine Verständigung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten über den Weg zum Sturz Hitlers und über das nächste Ziel, die Schaffung der demokratischen Republik, erfolgt. Zahlreiche Berichte aus dem Lande schildern, wie Sozialdemokraten und Kommunisten über die Frage diskutieren: Wie kann in Deutschland die Volksfrontbewegung geschaffen werden, wie ist es möglich, die aktiven Antifaschisten zum gemeinsamen Handeln zu bringen und alle legalen Möglichkeiten zur Schaffung unzähliger, vielfältiger Widerstandsbewegungen des Volkes auszunutzen? Statt eines solchen kameradschaftlichen Meinungsaustausches benutzen einige sozialdemokratische Sekretäre ihre „Berichterstattung“ leider zum Kampf gegen die Einheit. In den Deutschlandberichten der Sopade Nr. 9 lesen wir zum Beispiel auf Seite 18: „Die Nazipropaganda nutzt den Bolschewistenschreck sehr geschickt dadurch aus, daß sie jede oppositionelle Regung als Bolschewismus hinstellt. In der gleichen Richtung wirken aber vor allem die Kommunisten selbst. Der Moskauer Sender, der Geheimsender, Stalins Massenschlächtereien unter seinen engsten Mitarbeitern, die Treibereien der Kommunisten in Spanien, die Einheits- und Volksfrontmanöver in Frankreich und mit der Sozialistischen Internationale wirken als abschreckendes Beispiel. Wenn wir, was unsere sittliche und politische Pflicht ist, immer wieder gegen die Kommunisten den Trennungsstrich ziehen und das auch dem Bürgertum in Deutschland begreiflich machen, dann stärken wir die bürgerliche Opposition gegen Hitler.“

Wir erwähnen diese Stellungnahme, weil man wohl nicht fehl geht in der Annahme, daß sie der Meinung eines Teiles des Prager Vorstandes entspricht. Wie denken sich diese Sozialdemokraten überhaupt den Kampf gegen Hitler, wenn sie gegen den Geheimsender Stellung nehmen, wenn sie



von den „Treibereien der Kommunisten in Spanien“ sprechen, die darin bestehen, daß sie unter den größten Opfern den Krieg führen gegen Hitler, Mussolini und Franco; wenn sie von „Volksfrontmanövern in Frankreich“ sprechen, wo doch unbestreitbar ist, daß durch die Schaffung der Volksfront auf Initiative der Kommunistischen Partei der Faschismus in Frankreich zurückgeschlagen wurde? Wahrscheinlich saßen heute manche sozialdemokratische Führer nicht mehr in Prag, wenn nicht durch Stalins bolschewistische Politik der Sozialismus in der Sowjetunion verwirklicht worden und die Sowjetunion nicht die stärkste Kraft im Kampf um die kollektive Sicherheit wäre. Statt der Einigung gegen Hitler fordern einige sozialdemokratische Führer den „Trennungsstrich“ gegen die Kommunisten in dem Glauben, dadurch die bürgerliche Opposition gegen Hitler zu fördern. Im letzten halben Jahr haben die Gegner der Einheit im Prager Vorstand die Strasserleute und einige rechte Katholiken in der Emigration in ihren Kampf auch stärker gegen die wachsende deutsche Volksfrontbewegung gerichtet. Sie haben sich bemüht, einige Mitglieder des Volksfrontausschusses davon zu überzeugen, daß es notwendig sei, sich auf eine Sammlung mit den bürgerlichen Kräften unter Ausschaltung der KPD und der revolutionären Sozialisten zu orientieren. Damit sollte die Volksfrontbewegung gespalten werden. Auf Leute, die wenig mit dem Lande verbunden und in tiefem Pessimismus über die Schwierigkeiten des Kampfes gegen Hitlers Kriegspolitik befangen sind, die kein genügendes Vertrauen zur Arbeiterklasse und zu den Hitlergegnern im Lande haben, können solche Einflüsse vorübergehend wirken.

Zweifelloos ist es nötig, die breitesten Kreise der Antifaschisten für die Volksfront zu gewinnen und dadurch die Einigung aller oppositioneller Kräfte gegen Hitler herbeizuführen. Das setzt aber eine kühne Volksfrontpolitik voraus und kann nicht erreicht werden mit einer Abwartepolitik. Manche Sozialdemokraten im Volksfrontausschuß haben immer wieder gegenüber den Argumenten der Kommunisten zu beweisen versucht, warum eine vorbehaltlose Unterstützung des gerechten Kampfes der Katholiken und Protestanten durch die Volksfrontbewegung nicht möglich sei. Sie glauben wahrscheinlich einigen früheren katholischen Führern, die in der Emigration sind, mehr als den in Deutschland heldenmütig kämpfenden Katholiken und ihren Geistlichen, die Schulter an Schulter mit den nichtkatholischen Hitlergegnern kämpfen. Diese Methoden der alten bürgerlichen Geheimdiplomatie haben wohl zu Schwierigkeiten im Pariser Volksfrontausschuß geführt, aber nicht die Zusammenarbeit mit früheren katholischen oder rechtsbürgerlichen Führern gebracht. Das kann auch nicht sein, denn durch List und Manöver kann eine solche Zusammenarbeit nicht erreicht werden. Wie kann man katholische Führer gewinnen, wenn man nicht kühn und vorbehaltlos den Kampf der Katholiken unterstützt? Wie kann man die Unzufriedenheit und die Opposition unter den Offizieren und unter den Beamten des Staatsapparates entwickeln, wenn man nicht eine Volksfrontpolitik durchführt, die die Masse der Soldaten und die Mitglieder der faschistischen Massenorganisationen beeinflußt?

Solche politischen Ursachen haben die Passivität des vorbereitenden Volksfrontausschusses im letzten halben Jahr bewirkt. Nun beklagen sich verschiedene Ausschußmitglieder darüber, daß die kommunistischen Vertreter diese Politik der „Pause“ nicht ruhig als beschauliche Beobachter betrachten konnten, sondern im Lande und im Ausland offen gesagt haben, was für die Verstärkung der Volksfrontbewegung getan werden müßte. Mögen sie es illoyal oder sonstwie nennen, die Kommunistische Partei, die eine große Verantwortung vor der gesamten Arbeiterklasse und vor dem deutschen Volk trägt, durfte zu diesen Schwankungen einiger Mitglieder des Volksfrontausschusses nicht länger schweigen. Wäre es nicht das vernünftigste gewesen, darüber eine offene kameradschaftliche Diskussion zu führen, statt zu versuchen, durch Fabrizierung von Gerüchten und durch Hereinfallen auf trotzkistische Provokationen von den Problemen abzulenken? Was soll es zum Beispiel bedeuten, wenn sozialdemokratische Genossen die Zusammenarbeit mit der KPD ablehnen mit der Begründung, daß die KPD vor 1933 den BVG-Streik geführt habe? Schwarzschild hat diese Hetze eingeleitet und sich dabei nicht nur bemüht, Goebbels zu popularisieren, indem er fälschlich behauptete, dieser habe mit zum BVG-Streik aufgerufen, sondern er verteidigte damit auch die Papen-Politik, gegen die bekanntlich der BVG-Streik gerichtet war. Wir glauben nicht, daß dies ein Grund sein könnte, die Zusammenarbeit mit der KPD zu stören, denn die sozialdemokratischen Genossen haben doch schon seinerzeit, als sie diese Zusammenarbeit in Paris begannen, die früheren Differenzen zwischen SPD und KPD gekannt.

Der Sinn der Einheitsfront und der Volksfrontbewegung kann nicht darin bestehen, Kommunisten zu Sozialdemokraten zu machen oder umgekehrt ein paar Sozialdemokraten als Mitglieder der KPD zu gewinnen. Wir sagen das deshalb, weil eine solche falsche Stellungnahme zum gegenseitigen Kampf in der Arbeiterbewegung führen würde, statt zum gemeinsamen Kampf gegen Hitler. Es wäre aber auch falsch, den Wunsch der sozialdemokratischen Genossen auf Einigung der Sozialdemokratie der kameradschaftlichen Zusammenarbeit in der Einheitsfront und Volksfront entgegenzustellen. Uns Kommunisten wäre nichts lieber als eine einige Sozialdemokratie, die ihre Kraft einsetzt für die Einigung der Arbeiterklasse und die gemeinsam mit der KPD die Volksfront in Deutschland schafft. Es dient aber wohl kaum der Einigung der Sozialdemokratie, wenn einige sozialdemokratische Funktionäre sich auf trotzkistische Splittergruppen orientieren, um sie zum Kampf gegen die KPD auszunutzen. Solche „linken“ Sozialdemokraten werden dabei bald erfahren, daß, wer vom Trotzkismus ißt, daran stirbt. So muß jeder Versuch, spezielle Gruppeninteressen der großen Aufgabe unserer Zeit, der Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und der Volksfront, voranzustellen, zur Schwächung der Sozialdemokratie selbst führen und dem Faschismus nützen.

*Zu dem Problem der revolutionären Einheitspartei  
der deutschen Arbeiterklasse*

Auf die Frage der Aktionseinheit, die gegenwärtig wichtigste Frage der „Organisation“, gibt leider die „Sozialistische Aktion“ noch keine Antwort. Sie überspringt diese Frage und geht weiter: „Aus der Anstrengung und dem Opfermut tausender unbekannter Genossen im Betrieb und an zahlreichen Stellen des gesellschaftlichen Lebens erwächst heute die *neue politische Organisation der Arbeiterklasse*. Sie steht heute mitten unter ihnen mit ihnen kameradschaftlich verbunden, in dem Bewußtsein, daß die lebendigen Kräfte des Volkes zusammen mit dem harten *Machtwillen einer revolutionären Partei* die Bürgschaft für den Triumph über den Faschismus sind.“

Wenn die „neue politische Organisation der Arbeiterklasse“ geschaffen werden soll, heißt das die Spaltung der Arbeiterklasse überwinden, denn gegenwärtig gibt es zwei deutsche Arbeiterparteien, die SPD und die KPD. Damit ist die Frage gestellt: Wie ist die Einigung von SPD und KPD zur revolutionären Einheitspartei des deutschen Proletariats möglich, und wir kommen immer wieder auf die nächstwichtigste Frage zurück: Wie soll als nächster Schritt zur einheitlichen Partei überall die Aktionseinheit beider Organisationen geschaffen werden? Im Zusammenhang mit der Frage der neuen politischen Organisation der Arbeiterklasse steht unmittelbar die Frage der Grundsätze und der Taktik der revolutionären Einheitspartei. Zum Beispiel fragen die sozialistischen Genossen im Lande: Was ist das gemeinsame Ziel in der gegenwärtigen Etappe der Entwicklung? Wie kann eine demokratische Republik neuen Typus gesichert und die Wiederholung der Fehler von 1914–1933 verhindert werden? Wie sollen in der Einheitspartei die innerparteiliche Demokratie und das Recht der Kritik gesichert werden? Welches ist die Stellung zur Sowjetunion, und welcher ist der Weg zum Ziel der Arbeiterklasse: der Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung und der Errichtung der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft? Die Einheitspartei vorbereiten heißt die Aktionseinheit verwirklichen und die genannten Fragen klären. Auch auf diese Fragen gibt die „Sozialistische Aktion“ noch keine Antwort.

Die Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterklasse und die Schaffung der revolutionären Einheitspartei des deutschen Proletariats ist eine geschichtliche Notwendigkeit. Kommunisten und Sozialdemokraten sind auf Leben und Tod im Kampf gegen den Hitlerfaschismus verbunden. Die Kommunistische Partei und die meisten sozialdemokratischen Gruppen und Funktionäre im Lande haben einen gemeinsamen Willen und ein gemeinsames Ziel. Die Kommunistische Partei hat auf der Brüsseler Parteikonferenz durch die Rede ihres Parteivorsitzenden, Genossen Wilhelm Pieck, die Lehren aus der Vergangenheit gezogen. Auch die aktiven sozialdemokratischen Funktionäre im Lande sind zu der Überzeugung gekommen, daß die Koalitionspolitik der Weimarer Republik, die Politik der Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse überwunden werden



den muß. Die Lehren von 1914, 1918 und vom 20. Juli 1932 sind wichtige Voraussetzungen für die Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterklasse.

Durch die Schaffung der Einheitspartei, durch die Einheitlichkeit der Aktion der Arbeiterklasse würden nicht nur in der Arbeiterklasse neue starke Kampfkräfte entwickelt, sondern es würde auch ein starker Einfluß auf die Zusammenfassung und Kampfkraft der demokratisch gesinnten Bauern und Mittelständler, der Katholiken und Protestanten ausgeübt und so die Volksfrontbewegung zur siegreichen Kraft erwachsen. Die Einheitspartei würde die gewerkschaftliche Aktivität beleben und die Einheitlichkeit des Gewerkschaftskampfes fördern, was besonders angesichts der Bedeutung der Großbetriebe im Kampf gegen Hitlers Kriegspolitik sehr wichtig ist. Die Einigung der sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen wird eine solche Stärkung der Kraft der Arbeiterklasse bedeuten, daß das nicht ohne Einfluß sein kann auf die Soldaten der Armee, auf die nationalsozialistischen Werktätigen und auch auf die Hitlergegner in den bürgerlichen Kreisen. Wenn heute von den Antifaschisten immer wieder darauf hingewiesen wird, daß sich die Fehler von früher nicht wiederholen dürfen, daß es notwendig sei, die demokratische Republik gegen die faschistischen großkapitalistischen Kreise zu sichern, so ist gerade die Schaffung der revolutionären Einheitspartei die zuverlässigste Garantie dafür.

Sozialdemokratische Genossen im Lande haben bei den Diskussionen über die Einheitspartei die Frage der inneren Demokratie gestellt. Die kommunistischen Funktionäre haben mit Recht darauf geantwortet, daß selbstverständlich in der revolutionären Einheitspartei die innerparteiliche Demokratie ohne Verzicht auf die Kritik verwirklicht werden muß. Die leitenden Organe sollen gewählt werden, und es soll eine freiwillige Disziplin bestehen, die die Unterordnung aller Funktionäre unter die Beschlüsse der Parteileitung einschließt. Die Fragen der innerparteilichen Demokratie sind um so eher zu lösen, als die revolutionäre Einheitspartei alles für die Einheit der Arbeiterklasse und für die Volksfront tun wird und deshalb kein Gegensatz zwischen der Politik der Führer und dem Willen der Mitglieder entstehen kann. Wenn einige sozialdemokratische Genossen Bedenken äußern, daß durch die Schaffung der Einheitspartei die Sozialdemokraten von den Kommunisten „aufgefressen“ würden, so berücksichtigen diese Genossen nicht, daß die Einigung einen großen geistigen Umwandlungsprozeß bedeutet, der zu einer höheren Stufe des gemeinsamen Kampfes führt. Die Schaffung der Einheitspartei ist auch keine einfache Zusammenzählung der Mitglieder beider Organisationen, sondern durch sie werden auch neue Kräfte der Arbeiterklasse gewonnen, woraus sich eine mehrfache Stärkung der neuen Partei ergibt.

Das gemeinsame Interesse der Kommunistischen Partei wie der Sozialdemokratie erfordert angesichts der Kriegstreibereien Hitlers, die Anstrengungen für die Aktionseinheit zu verstärken und sich wenigstens über die ersten Schritte zur gemeinsamen Hilfe für die Opfer des Terrors und

im Kampf gegen Hitlers Kriegspolitik zu verständigen. Um die Annäherung zu ermöglichen, würden wir es begrüßen, wenn der Prager Vorstand darauf verzichtete, die sozialdemokratischen Funktionäre und Organisationen von der Zusammenarbeit mit den kommunistischen Funktionären und von der Mitarbeit an der Volksfrontbewegung abzuhalten. Dadurch würde auch den Auseinandersetzungen ihre Schärfe genommen. Nachdem im Lande die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten weitere Fortschritte gemacht hat, müßte auch außerhalb des Landes in Übereinstimmung mit dem Willen der Funktionäre im Land eine Annäherung möglich sein.

## KURT PÄTZOLD

### Die Auftraggeber der „Sozialistischen Monatshefte“

Ein Beitrag zum Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus

Kürzlich untersuchte Klaus Mammach in dieser Zeitschrift die vergangenen und gegenwärtigen Hilfsdienste, die rechtssozialdemokratische Führer den deutschen Imperialisten bei ihrer kolonialen Eroberungspolitik leisteten und leisten. Für die Jahre der Weimarer Republik legte Mammach seinen Darlegungen im besonderen eine Analyse der „Sozialistischen Monatshefte“ zugrunde. Er konnte an einer Vielzahl von Artikeln nachweisen, wie rechte sozialdemokratische Führer die Pläne zu tarnen suchten, die das deutsche Monopolkapital zur Rückgewinnung seiner im ersten Weltkrieg verlorenen Kolonien hegte.<sup>1</sup>

In diesem Lichte gewinnt ein Dokument an Aussagekraft, das unlängst im Betriebsarchiv des VEB Carl Zeiss, Jena, bei Arbeiten aufgefunden wurde, die dort zur Erforschung der Geschichte des Zeiss-Konzerns unternommen werden. Es handelt sich um einen Brief von Robert Bosch, Gründer der gleichnamigen Aktien-Gesellschaft der Elektroindustrie, aus dem Jahre 1931 an die Geschäftsleitung der Firma Carl Zeiss, deren Mitglieder zugleich den größten Konzern der feinmechanisch-optischen Industrie Deutschlands beherrschten. Aus den Zeilen von Bosch geht hervor, daß den „Sozialistischen Monatsheften“ wenigstens seit dem Jahre 1925 regelmäßig Spenden des deutschen Monopolkapitals zufließen.<sup>2</sup> Robert Bosch

<sup>1</sup> Vgl. Klaus Mammach: Zur Unterstützung des Kolonialismus durch die rechten Sozialdemokraten in Weimar und heute. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1961, Heft 2, S. 408 ff.

<sup>2</sup> Auch am Beginn des Jahrhunderts konnte das Weitererscheinen der revisionistischen Zeitschrift nur dadurch ermöglicht werden, daß der Redaktion Gelder aus

spielte dabei die Rolle eines Mittelsmannes der Imperialisten, der ihre Beiträge auf seinem Konto sammelte und sie an den rechten Sozialdemokraten Max Cohen-Reuß weiterleitete.

Wie das vorliegende Dokument beweist, verhandelte Bosch bereits im Oktober 1926 mit dem damaligen Zeiss-Geschäftsleiter Max Fischer<sup>3</sup>, um ihn dazu anzuregen, die „Sozialistischen Monatshefte“ finanziell zu unterstützen. Das geschah auch. Die Redaktion erhielt damals alljährlich Gelder vom Zeiss-Konzern, aus dem gleichen Fonds, aus dem reaktionäre Kolonialverbände, militaristische Offiziersbünde und Propaganda-Organisationen des deutschen Monopolkapitals finanziert wurden.<sup>4</sup> Von 1925 bis 1928 spendeten die Chefs der Jenaer Konzern-Zentrale je Jahr 1000,— RM zugunsten des führenden Organs der Revisionisten.

Im Februar 1931, Fischer war inzwischen aus der Geschäftsleitung ausgeschieden, wandte sich Bosch an dessen Nachfolger mit der Bitte, die „Sozialistischen Monatshefte“ wieder zu unterstützen. Die Zeiss-Geschäftsleitung kam diesmal der Aufforderung zur weiteren Unterstützung des revisionistischen Organs nicht nach und entschuldigte ihren ablehnenden Bescheid mit dem Hinweis auf die infolge der Weltwirtschaftskrise stark angespannte Geschäftslage.<sup>5</sup>

Außerst interessant ist vor allem die Begründung, mit der Bosch seinen Appell motivierte. Unverblümt setzte er den Geschäftsleitern auseinander, daß die Zeitschrift allein deshalb jedwede Förderung verdiene, weil sie in der Arbeiterbewegung den Geist des Revisionismus nähre. Dabei erwies sich Bosch als ein guter Kenner des Mechanismus, durch den die zersetzende opportunistische Ideologie in die Arbeiterschaft getragen wurde. Vor allem die Redakteure sozialdemokratischer Zeitungen, die sich an den „Sozialistischen Monatsheften“ orientierten, verbreiteten in ihren Artikeln das Gift weiter, das ihnen eine Führerclique eingab, die mit den schlimmsten Feinden der Arbeiterklasse konspirierte.

Der Bosch-Brief enthüllt die verhängnisvolle Rolle der rechtssozialdemokratischen Politiker zu einem Zeitpunkt der deutschen Geschichte, in dem die faschistische Gefahr immer bedrohlicher anwuchs. Das Dokument fügt ein neues Glied in die Kette der Beweise für die historische Schuld derjenigen, die Deutschlands Arbeiterklasse bewußt und auftragsgemäß spalteten und ihr dadurch die Kraft nahmen, sich der faschistischen Diktatur erfolgreich zu erwehren. Es ist ein Zeugnis des gemeinsamen Komplotts

---

Kreisen der Bourgeoisie zukamen. Der Sozialdemokrat Leo Arons stellte den „Sozialistischen Monatsheften“ Geldbeträge zur Verfügung, die von seinem Schwiegervater, dem Bankier Julius Bleichröder, stammten. Auf diesen Zusammenhang verwies Dieter Fricke: Zur Militarisierung des deutschen Geisteslebens im wilhelminischen Kaiserreich. Der Fall Leo Arons. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1960, Heft 5, S. 1084.

<sup>3</sup> Fischer war wie Cohen-Reuß Mitglied des Reichswirtschaftsrates.

<sup>4</sup> Vgl. Betriebsarchiv des VEB Carl Zeiss, Jena (im weiteren BACZ) Signatur 18 498.

<sup>5</sup> Vgl. BACZ, Signatur 7820, Brief des Zeiss-Geschäftsleiters Henrichs an Robert Bosch vom 25. Februar 1931.



von Monopolisten und Opportunisten gegen die Arbeiterklasse und die Interessen der ganzen Nation.

Wir lassen im Wortlaut den Brief mit den Eintragungen folgen, die von den Empfängern vorgenommen wurden.

Robert Bosch

Stuttgart, 23. Februar 1931. Ja  
Militärstraße 4

28. 8. 25	1000,—	
14. 8. 26	1000,—	
30. 7. 27	1000,—	Str.
23. 7. 28	1000,— <sup>6</sup>	Bfd
		Ks <sup>7</sup>

Geschäftsleitung der Firma

Carl Zeiss

Jena

Ich habe mich schon einmal, im Oktober 1926, an Herrn Dr. Max Fischer gewandt wegen einer Unterstützung der Sozialistischen Monatshefte, und Ihre Geschäftsleitung hat sich damals erfreulicherweise bereit erklärt, für das Jahr 1925, 1926 und 1927 je einen Beitrag von 1000 Mark zu geben. Wäre es Ihnen möglich, auch jetzt wieder etwas für die Sozialistischen Monatshefte zu tun?

Die Zeitschrift benötigt, wie mir Herr Cohen-Reuß neulich nachwies, einen jährlichen Zuschuß von etwa 25 000 Mark. Ich selbst bin bereit, auch für das neue Jahr wieder monatlich 1000 Mark zu geben. Der Kreis, an den ich wegen Aufbringung des Restbetrags herantreten kann, muß natürlich aus naheliegenden Gründen eng begrenzt bleiben.

Ich halte das Weitererscheinen der Sozialistischen Monatshefte für notwendig, ger denn je. Der „Marxismus“, um dies Wort zu gebrauchen, ist zweifellos eine große Gefahr und seine Auswirkungen haben uns in den letzten zwölf Jahren schon viel geschadet. Es ist aber eine Utopie, zu glauben, man könne eine Bewegung, der seit Jahrzehnten Millionen anhängen, irgendwie mit Gewalt nieder kämpfen. Was wir tun können ist, unser Teil dazu beizutragen, daß in der Sozialdemokratie die revisionistische Richtung noch mehr gestärkt wird und mit der Zeit die Oberhand bekommt. Das geschieht von unserer Seite aus am besten durch eine Unterstützung der Sozialistischen Monatshefte, die, zum mindesten bei den sozialistischen Redaktionen und bei den sozialistischen Parlamentariern, als einzige wissenschaftliche sozialistische Zeitschrift respektiert wird und Gehör findet. Man muß zugeben, daß in den letzten Jahren wenigstens die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer gelernt haben, etwas nüchterner zu denken. Man sollte diese Entwicklung fördern helfen.

Es würde mich freuen, wenn meine Anregung bei Ihnen auf fruchtbaren Boden fiel und Sie Herrn Cohen-Reuß oder mir bald eine entsprechende Zusage machen könnten. Ich darf noch bemerken, daß es Herrn Cohen-Reuß erwünscht wäre, wenn alle Beträge für die Sozialistischen Monatshefte über mein Konto gingen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Robert Bosch

BACZ, Signatur 782

<sup>6</sup> Eintragungen durch die Zeiss-Geschäftsleitung über Datum und Höhe der Spenden für die „Sozialistischen Monatshefte“.

<sup>7</sup> Abzeichnungen durch die Mitglieder der Zeiss-Geschäftsleitung Rudolf Strauß, bel, Walter Bauersfeld, August Kotthaus.

WERNER IMIG

## Deutsche und polnische Landarbeiter im gemeinsamen Kampf gegen verschärfte Ausbeutung und faschistische Gefahr

Ein Beitrag zur Geschichte der Streikbewegung der deutschen und polnischen Landarbeiter im Bezirk Halle-Merseburg 1930/1931<sup>1</sup>

1929 wurde Deutschland wie alle kapitalistischen Länder in den Strudel der bis dahin umfassendsten Weltwirtschaftskrise hineingerissen. Das Heer der Arbeitslosen und der ruinierten Bauern, Handwerker und Gewerbetreibenden wuchs unermesslich. Es begannen Jahre unsäglichster Not für die Werktätigen. Die Monopolherren und Junker, die mit ihrer Profitherrschaft die Existenzgrundlagen der gesamten Nation untergruben, begannen die Lasten der Krise, die in Deutschland durch den amerikanischen Versklavungsplan, den Youngplan, besonders groß waren, auf die werktätigen Massen abzuwälzen. Mit Hilfe des Notstandsartikels 48 der Weimarer Verfassung, mit den Brüningschen Notverordnungen wurden die Steuerlasten in immer höherem Maße den Werktätigen aufgebürdet und die Löhne gesenkt. Gleichzeitig wurde mit Hilfe desselben Notstandsartikels der Abbau der demokratischen Rechte und Freiheiten betrieben, um den wachsenden Widerstand der Volksmassen zu brechen. Die reaktionären Elemente des Finanzkapitals suchten den Ausweg aus der Krise im Übergang zu faschistischen Regierungsmethoden und der Vorbereitung eines imperialistischen Raubkrieges. Unter Einsatz ihres ganzen aufgeblähten Staatsapparates setzten die Monopolherren und Junker ihre Ausplünderungs- und Faschisierungsoffensive durch, wobei sie sich immer stärker der nazistischen und militaristischen Terrorbanden bedienten.

Angesichts dieser Gefahr für die Nation verstärkte die Kommunistische Partei Deutschlands auf der Grundlage der Beschlüsse des XII. Parteitages von 1929, des im August 1930 verkündeten Programms zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes und des Bauernhilfsprogramms vom Mai 1931 ihre Anstrengungen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und den übrigen Werktätigen im Kampf gegen die Herrschaft der zu Faschismus und Krieg treibenden Finanzkapitalisten und Großgrundbesitzer, für die Verteidigung der demokratischen Rechte des deutschen Volkes, für die Sicherung des Friedens und die Herstellung eines festen Freundschaftsverhältnisses zur Sowjetunion und allen anderen friedliebenden Völkern.

<sup>1</sup> Dieser Beitrag ist ein erster Versuch, ein Bild von den Kämpfen der Landarbeiter zu Beginn der Weltwirtschaftskrise zu geben. Da die Landarbeiter zersplittert auf vielen Gütern arbeiteten und nicht jeder Streik, jede Bewegung in der damaligen Presse und Literatur erwähnt bzw. von der bürgerlichen Presse sogar bewußt totgeschwiegen wurde, ist es heute sehr schwierig, einen Überblick über alle Kämpfe zu erhalten. Diese Arbeit kann deshalb keine abschließende Darstellung sein. Sie bedarf der Ergänzung und Kritik vor allem durch die Teilnehmer an den Landarbeiterstreiks und der Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung.

Dabei war es sehr wichtig, die zu den am stärksten ausgebeuteten Schichten des Proletariats gehörenden und auf Grund ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen schwerer zu organisierenden Landarbeiter in diesen Kampf einzubeziehen, ihre Organisiertheit und Bewußtheit in zahlreichen Teilkämpfen zu erhöhen. Die Partei schenkte der Gewinnung der Landarbeiter für den Kampf gegen die Monopolherren, Junker und Militaristen ständig großes Augenmerk. Sie war die einzige Partei, die den verelendeten Landarbeitern half, den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu führen. Auf dem XII. Parteitag der KPD im Jahre 1929, auf dem sich die Partei für den sich bereits abzeichnenden neuen revolutionären Aufschwung rüstete, sagte Ernst Thälmann: „Die Landarbeiter sind Blut vom Blut und Fleisch vom Fleisch der Arbeiterklasse – und angesichts der Tatsache, daß die Landarbeiter stark unter faschistischem Einfluß stehen und auch die Sozialdemokratie gewisse Stützpunkte in diesen Kreisen hat, müssen wir auf diesem Gebiet unsere Anstrengungen verzehnfachen und unsere Methoden der Arbeit wesentlich ändern. Lenin sagte einmal, daß ohne Gewinnung der Landarbeiter keine Organisation der proletarischen Revolution möglich ist.“<sup>2</sup>

Die vom XII. Parteitag der KPD beschlossene neue Taktik zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die vor allem im Übergang zur selbständigen Kampfführung in Teilkämpfen durch die Schaffung von zeitweiligen Kampforganen, Streikleitungen, Aktionsausschüssen, Selbstschutzorganen und Delegiertenkonferenzen bestand<sup>3</sup>, war auch für den Kampf der Landarbeiter von entscheidender Bedeutung.

Die Landarbeiter gehörten zu den am meisten ausgebeuteten Schichten des Proletariats. Nach der Lohnstatistik des Deutschen Landarbeiter-Verbandes erhielten Landarbeiter mit eigenem Hausstand in der Provinz Sachsen im Juli 1930 einen Barlohn von 30,5 Pfennigen und einen Deputatlohn von 11,84 Pfennigen in der Stunde. Dazu kamen in der Erntezeit 4 Pfennige Erntezulage.<sup>4</sup> Die tatsächlichen Löhne vieler Landarbeiter lagen – wenn es hoch kam – wöchentlich nur bei 14 bis 17 Mark.<sup>5</sup> Die Löhne der Landarbeiterinnen und der Jugendlichen waren trotz gleicher Arbeit noch niedriger. Mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise wurden auch die Landarbeiter von der Arbeitslosigkeit betroffen. Ein großer Teil von ihnen erhielt überhaupt keine Arbeitslosenunterstützung und fristete kümmerlich sein Leben. Das Jahr 1929 und der Beginn des Jahres 1930 brachten durch die Erhöhung der Massensteuern eine weitere bedeutende Senkung des Lebensniveaus auch der ohnehin schon darbenenden Landarbeiter, deren Löhne nun auch noch herabgesetzt werden sollten.

Die Entlohnung der Landarbeiter war sehr differenziert. Die Junker hatten sie in verschiedene Stufen eingeteilt, um sie besser unterdrücken und gegeneinander ausspielen zu können. Die oben angeführten Durchschnittslöhne be-

<sup>2</sup> Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 124/125. – Vgl. W. I. Lenin: Über die Notwendigkeit der Gründung eines Verbandes der Landarbeiter Rußlands. In: W. I. Lenin/J. W. Stalin: Über die Gewerkschaften, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 260–264.

<sup>3</sup> Vgl. Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 431.

<sup>4</sup> Vgl. Landarbeiterarchiv, 1930, Nr. 4, S. 137.

<sup>5</sup> Vgl. Betrieb und Gewerkschaft, 1931, Nr. 3, S. 77 und Klassenkampf (Halle-Merseburg), 12. Juli 1930.



ziehen sich auf die Massen der ständigen Deputanten und Tagelöhner, die durch ganz verschiedenartige Deputatzahlungen, Wohnungs- und Viehhaltungsvergünstigungen an die Junker gefesselt wurden. Die qualifizierteren Arbeiter, wie Traktorenführer, Gutshandwerker, Melker u. a., waren materiell besser gestellt. Außerdem wurden von den Junkern noch Saison- und Gelegenheitsarbeiter beschäftigt, zu denen viele ausländische Landarbeiter vor allem aus Polen und der Tschechoslowakei gehörten, die noch schlechter bezahlt wurden als die ständigen Deputanten und Tagelöhner.

Die örtliche Zersplitterung der Landarbeiter, die differenzierte Entlohnung erschwerten ihre Organisation und ihren Kampf. Dazu kam, daß nicht alle in einem einheitlichen Verband organisiert waren. Die Reformisten und auch die christlichen Gewerkschaftsführer hatten die qualifizierten Landarbeiter durch die Schaffung besonderer Berufsverbände von den übrigen abgetrennt. (So gab es neben dem freigewerkschaftlichen Deutschen Landarbeiter-Verband, dem christlichen Zentralverband der Landarbeiter und dem gelben Reichslandarbeitertbund den Allgemeinen Deutschen Melkerverband, den Verband der Gutshandwerker, den Berufsverband der Schäfer u. a.) Gerade das einheitliche Vorgehen aller Schichten der Landarbeiter, der qualifizierten Arbeiter, der ständigen Deputanten und Tagelöhner sowie der Saison- und Gelegenheitsarbeiter aber war für den Erfolg eines Kampfes von entscheidender Bedeutung, wobei die Melker, Maschinisten, Hirten, Geschirrführer, Schweinefütterer eine wichtige Rolle zu spielen hatten. Die Mehrheit der Landarbeiter war gewerkschaftlich nicht organisiert.<sup>6</sup> Deshalb mußte die KPD neben der wichtigen Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften zur Gewinnung der organisierten Arbeiter großes Gewicht auf die Einbeziehung der unorganisierten Arbeiter legen. Die KPD bemühte sich außerdem um die Arbeit unter den Erwerbslosen. Das war unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit sehr wichtig. Es ging nicht nur darum, zu verhindern, daß die Erwerbslosen sich als Streikbrecher mißbrauchen ließen, sondern vor allem auch darum, daß sie die Landarbeiter unterstützten, indem sie sich als Streikposten, Agitatoren und Helfer bei den Solidaritätssammlungen zur Verfügung stellten. Die Organisierung eines Massenstreikpostendienstes gegen die faschistischen Streikbrecher und die starken, die Faschisten unterstützenden Polizeiaufgebote war überhaupt nur mit Hilfe zahlreicher Erwerbsloser möglich.

Ein Streik der Landarbeiter konnte weiter nur ausgelöst werden, wenn die Landarbeiterfrauen von der Notwendigkeit des Kampfes überzeugt waren, wenn sie ihre Männer zum Kampf anspornten und sie unterstützten. Die besonders elende Lage und die Bedeutung der Landarbeiterfrauen machte die Partei den Funktionären für die Arbeit auf dem Lande besonders klar und sorgte so dafür, daß mit den Landarbeiterfrauen als aktiven Mitarbeitern im Streik, als Mitkämpferinnen gesprochen wurde. Ebenso wichtig war die Arbeit unter den Jugendlichen. Sie konnten der Kampfleitung bei der Zersplitterung der Streikorte auf dem Lande als bewegliche Kräfte zur Alarmierung der Nachbargüter, als Radfahrpatrouillen, als Kuriere usw. dienen.

Zur Erntezeit holten die Junker in jedem Jahre polnische Saisonarbeiter

<sup>6</sup> Im ganzen Bereich der Provinz Sachsen und der Länder Anhalt, Braunschweig, Thüringen und Sachsen erfaßte der Deutsche Landarbeiter-Verband im Jahre 1925 rund 52 000 Mitglieder, der Zentralverband der Landarbeiter 18 200 und der Reichslandarbeiterbund nur 517. (Vgl. Untersuchungen über Landarbeitsverhältnisse, Berlin 1929, S. 116/117.)

heran, in denen sie billige Ausbeutungsobjekte sahen. Gleichzeitig versuchten sie den Nationalismus, den Chauvinismus zu schüren, die deutschen Arbeiter gegen die angeblich minderwertigen Polen aufzuhetzen, um so beide besser unterdrücken und ausbeuten zu können. Die Lage dieser ausländischen Saisonarbeiter kam der von Sklaven gleich. Nach der „Verordnung über Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter“ vom 2. Januar 1926<sup>7</sup> gab es für sie keine Freizügigkeit. Jeder mußte mit einer Legitimationskarte der Deutschen Arbeiterzentrale versehen sein. Ein Wechsel der Arbeitsstelle war nur nach Bescheinigung durch das Arbeitsamt und Bestätigung durch den bisherigen Arbeitgeber möglich.<sup>8</sup> Im Jahre 1930 wurden in Deutschland 110 000 polnische Saisonarbeiter beschäftigt.<sup>9</sup> Davon entfielen auf die Provinz Sachsen und Anhalt rund 30 000<sup>10</sup>, die auf den großen Gütern verwendet wurden. Daraus ergab sich, daß die Kämpfe der Landarbeiter auf diesen Gütern nur erfolgreich sein konnten, wenn die nationalistische, chauvinistische Hetze der Junker und ihrer Agenten durchkreuzt wurde, wenn ideologisch Klarheit über die gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse der verschiedenen Nationen geschaffen, wenn das Solidaritätsgefühl der deutschen und polnischen Arbeiter, das Gefühl ihrer brüderlichen Verbundenheit geweckt und gefestigt, die gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit, die Einheit und Geschlossenheit ihres Handelns hergestellt wurde. Es ging also um den Sieg des proletarischen Internationalismus, der ja eine Gesetzmäßigkeit des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse ist, über alle Bestrebungen der Imperialisten, Junker und ihrer Agenten, die deutschen Arbeiter und übrigen Werktätigen mit den polnischen Landarbeitern zu entzweien, sie gegeneinander auszuspielen.

In Mitteldeutschland spitzten sich die Klassengegensätze im Frühjahr 1930 besonders scharf zu. Dort begann der Mansfeld-Konzern als Stoßtrupp des deutschen Monopolkapitals die Lohnabbauoffensive.

Ausgehend von den Beschlüssen des XII. Parteitages der KPD und den Ratschlägen Ernst Thälmanns, bereitete die Bezirksleitung Halle-Merseburg der KPD, an deren Spitze Wilhelm Koenen stand, die Gegenoffensive gegen den Mansfeld-Konzern vor und leitete auch die notwendigen Maßnahmen zur Einbeziehung der Landarbeiter in den Kampf gegen die Ausplünderungspolitik der deutschen Monopolherren und Junker ein. Am 26. und 27. April 1930 fand der hallesche Bezirksparteitag der KPD statt, auf dem Walter Ulbricht als Vertreter des ZK der KPD sprach und auf dem Beschlüsse zur Durchführung der Gegenoffensive des Industrie- und Landproletariats gefaßt wurden.<sup>11</sup>

Entsprechend ihrer politischen Grundkonzeption, die auf der Zusammenarbeit mit den Hauptkräften der Monopolbourgeoisie und der Junker beruhte<sup>12</sup>, versuchten die rechten Führer des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, die Streiks

<sup>7</sup> Reichsgesetzblatt 1926, Teil I, S. 5.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 6.

<sup>9</sup> Vgl. Mörcke: Die Bedeutung der Organisierung der Landarbeiter in der RGO. In: Betrieb und Gewerkschaft, 1932, Nr. 1, S. 29.

<sup>10</sup> Vgl. Die Landarbeiterfrage in der Provinz Sachsen, Halle 1928, S. 23.

<sup>11</sup> Vgl. Klassenkampf, 29. April 1930.

<sup>12</sup> Vgl. Niederschrift der 2. Generalversammlung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes zu Berlin vom 16. bis 21. Februar 1920, Berlin 1920, S. 155/156. — Niederschrift von der 5. Generalversammlung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, 2.–6. Juni 1929, in Kiel, Berlin 1929, S. 150, 226/227. — Hering: Die Landarbeiter und ihre Gewerkschaften, Berlin 1929, S. 62–64.

der Landarbeiter zu verhindern. Eines ihrer wichtigsten Argumente, mit dem sie die nationalistische Hetze der Junker unterstützten, bestand in der Behauptung, daß die deutschen Landarbeiter nicht streiken könnten, weil ihnen die polnischen Arbeiter in den Rücken fallen würden. Aber die Tatsachen strafften sie Lügen. Sie schienen übrigens selbst nicht daran zu glauben, denn sie taten gleichzeitig alles, um die polnischen Arbeiter vom Kampf abzuhalten.<sup>13</sup> Nur die Kommunistische Partei Deutschlands und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition<sup>14</sup> vertraten konsequent die Interessen ihrer polnischen Klassenbrüder. Auf Initiative der KPD und RGO fand am 25. Mai 1930 in Müheln (Geiseltal) eine Versammlung von Vertretern der polnischen Landarbeiter statt. Obwohl die Junker drohten, jeden Teilnehmer sofort nach Polen zurückzuschicken, waren viele gekommen. Im Verlauf der Beratungen berichteten einige Landarbeiter über die Lage auf dem Gute St. Ulrich, wo die polnischen Landarbeiterinnen die Arbeit verweigert hatten, weil der Junker ihnen niedrige Akkordlöhne aufzwingen wollte. Andere teilten mit, daß auf dem Gut Helldorf bei Stöbnitz unter den polnischen Landarbeiterinnen Kampf Stimmung herrschte, weil der Junker seine Versprechungen nicht einhielt.<sup>15</sup> Die Versammlung betonte in einer Resolution: „Wir sehen es ein, daß wir unsere gerechten Forderungen uns nur erkämpfen können. Wir Arbeiter, polnische wie deutsche, müssen Hand in Hand arbeiten, um gemeinsam den Feind zu schlagen. Wir müssen durch den Streik uns erkämpfen, was uns zusteht. Wir müssen kämpfen um höhere Löhne und bis zum Sturz des Kapitalismus unter dem Banner der Kommunistischen Internationale.“<sup>16</sup>

Am 1. Juni 1930 begann der heldenhafte Streik der 13 000 Mansfelder Kumpel unter der Führung der KPD.<sup>17</sup> Die KPD rief zur Unterstützung der Mansfelder Arbeiter auf, wobei die größte Hilfe darin bestand, selbst in den Streik zu

<sup>13</sup> Vgl. Niederschrift von der 5. Generalversammlung, S. 177/178. — Klassenkampf, 27. Mai 1930.

<sup>14</sup> Die RGO spielte eine hervorragende Rolle im Kampf um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, um die Einbeziehung aller Schichten des Proletariats, auch der Landarbeiter, in die Kampffront gegen Imperialismus und Faschismus. Ihr Einfluß wuchs in kurzer Zeit bedeutend an. Ausgehend von diesem besonders in den Teilkämpfen schnell wachsenden Einfluß der RGO, wurde im Frühjahr 1931 der Rote Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter Mitteldeutschlands gegründet. Diese Maßnahme entsprach dem Beschluß der Reichskonferenz der RGO vom 1. März 1931, die sich vom Beschluß des V. Kongresses der RGI leiten ließ. Wenn sich auch der Rote Einheitsverband große Verdienste erwarb, weil er die Landarbeiter in den Kampf gegen die Verelendung und gegen den Faschismus führte, so erwies sich doch die Verwandlung der RGO in selbständige Gewerkschaftsverbände als falsch. Walter Ulbricht sagte dazu: „Der V. Kongreß der RGI (September 1930) hatte beschlossen, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die sich bis dahin auf die Vertretung von Klasseninteressen der Arbeiter innerhalb der Gewerkschaften konzentriert hatte, zu einer selbständigen Organisation entwickelt werden müsse, die sowohl Mitglieder der Gewerkschaften als auch unorganisierte Arbeiter erfaßt. Dieser Beschluß unterstützte die Austrittsbewegung aus den Gewerkschaften, die durch den Verrat der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hervorgerufen waren. Er hat sich als nicht richtig erwiesen, da er die Trennung der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse von der Masse der Gewerkschaftsmitglieder begünstigte.“ (Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. 502/503.)

<sup>15</sup> Vgl. Klassenkampf, 27. Mai 1930.

<sup>16</sup> Ebenda.

<sup>17</sup> Vgl. Werner Imig: Der Streik der Mansfelder Arbeiter im Jahre 1930, Berlin 1957, S. 30–47.



treten, um die Kampffront gegen die Offensive des Finanzkapitals zu verbreitern. Diesem Aufruf folgten im Juni die Notstandsarbeiter in einigen Städten Mitteldeutschlands.

Am 22. Juni 1930 fand eine von der Kommunistischen Partei und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition einberufene Landarbeiterkonferenz in Torgau statt, an der auch Delegierte der polnischen Saisonarbeiter teilnahmen. Die Konferenz wurde von einem Mansfelder Kumpel begrüßt, der einen Bericht über die Streiklage im Mansfelder Gebiet gab und den Landarbeitern die besten Wünsche für den eigenen Kampf überbrachte.<sup>18</sup> Am gleichen Tage trat auch in Sennowitz eine Landarbeiterkonferenz zusammen.<sup>19</sup> Die Teilnehmer der Konferenz verbreiteten die angenommenen Beschlüsse in den Orten und Gütern. In den nächsten Tagen kam es auf vielen Gütern zu Landarbeiterversammlungen. Auf einigen Gütern brachen kurze Streiks aus. So legten die polnischen Landarbeiter auf dem Gute Pröschkau bei Belgern im Torgauer Gebiet die Arbeit nieder, um die Zahlung der vereinbarten tarifmäßigen Löhne zu erzwingen. Das polnische Konsulat und die Arbeiterzentrale in Halle versagten den Streikenden jede Hilfe. Der Junker ließ die streikenden Polen aus der Landarbeiterkasernen hinauswerfen. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition begann sofort mit der Unterstützung und Verpflegung der Gemaßregelten.<sup>20</sup> Auf dem Gut des Junkers Schaaf in Diskau traten Ende Juni die Landarbeiterinnen gegen die Antreibermethoden für einen Tag in den Streik.<sup>21</sup> Der „Klassenkampf“ schrieb: „In ganzen Bezirk müssen die deutschen und die polnischen Landarbeiter ihren kämpfenden Klassengenossen zu Hilfe kommen, indem sie den Kampf um die von der Torgauer Konferenz aufgestellten Forderungen aufnehmen.“<sup>22</sup>

Die Versammlungen und Teilstreiks auf den Gütern zeigten die Kampfbereitschaft der Landarbeiter. Am 4. Juli 1930 veröffentlichte der „Klassenkampf“ einen Leitartikel „Alles für den Landarbeiterstreik!“. Der Artikel wies darauf hin, daß jetzt bei der Ernte, wo die Junker auf die Landarbeiter angewiesen waren, der Augenblick günstig wäre, und daß eine geschlossene Front die Junker zum Nachgeben zwingen würde. Weiter hieß es: „Mansfeld hat den Landarbeitern wie allen anderen Arbeitern gezeigt, wie man durch Massenstreikpostern durch geschlossenen Kampf der Erwerbslosen und Arbeiterfrauen gemeinsam mit den Betriebsarbeitern Streikbrecher verjagt...“ Alle revolutionären Arbeiter und die Erwerbslosen wurden aufgerufen, den Landarbeitern auf den Gütern bei der Vorbereitung und Durchführung der Streiks zu helfen.

Am 5. Juli 1930 tagte der vorbereitende Kampfausschuß der RGO in Sennowitz (Kreis Torgau). Er faßte die Forderungen, die in den Landarbeiterversammlungen aufgestellt worden waren, zusammen. Die wichtigsten Forderungen waren: Erhöhung des Barlohns für Männer und Frauen auf 63 Pfennige und Erhöhung des Deputatlohns. Gleichstellung der deutschen und ausländischen Arbeiter in Barlohn und Deputat. Die Einbehaltung eines Teils des Lohns für die polnischen Landarbeiter, die sogenannte Kautions, sollte abgeschafft werden. Die achtstündige Arbeitszeit sollte eingeführt und für Überstunden ein Zuschlag gezahlt werden. Weiter wurde ein zehntägiger bezahlter Urlaub verlangt.<sup>23</sup>

<sup>18</sup> Vgl. Klassenkampf, 24. Juni 1930.

<sup>19</sup> Vgl. ebenda.

<sup>20</sup> Vgl. Klassenkampf, 27. Juni 1930.

<sup>21</sup> Vgl. Klassenkampf, 3. Juli 1930.

<sup>22</sup> Ebenda.

<sup>23</sup> Vgl. Klassenkampf, 5. Juli 1930.

Diese Forderungen berücksichtigten die Interessen aller Landarbeiter und waren geeignet, die Aktionseinheit der kommunistischen und sozialdemokratischen, der organisierten und unorganisierten, der deutschen und polnischen Landarbeiter, der Frauen und Jugendlichen herzustellen. Der Kampfausschuß stellte den Junkern das Ultimatum, diese Forderungen zu verwirklichen, sonst würden die Landarbeiter in den Streik treten.<sup>24</sup>

Am selben Tage fand in Halle eine Sitzung der erweiterten Bezirksleitung der KPD statt. Sie befaßte sich auch mit der Vorbereitung des Landarbeiterstreiks im Torgauer Gebiet. Um dort einen schnellen, geschlossenen Beginn des Streiks zu sichern, erhielt die Ortsgruppe Eilenburg der KPD den Auftrag, am nächsten Tag eine starke Einsatzgruppe nach Nichtewitz zu schicken, um dem dort gebildeten vorbereitenden Kampfausschuß zu helfen, die Landarbeiter in den Streik zu führen. Dieser Auftrag wurde von den Eilenburger Genossen unter der Leitung des Ortsleiters der Ortsgruppe der KPD, Max Herse, durchgeführt. Vom vorbereitenden Kampfausschuß in Nichtewitz, an dessen Spitze die Kommunisten Leo Kirske und Otto Weiße standen, wurden die Eilenburger Streikhelfer zur Agitation auf die Güter geschickt. Für die polnischen Saisonarbeiter waren besondere Flugblätter in polnischer Sprache gedruckt worden, auf denen sie zum gemeinsamen Kampf mit den deutschen Landarbeitern aufgerufen wurden. Die Aussprachen und Kurzversammlungen am 6. Juli brachten die Kampfbereitschaft der Landarbeiter zum Ausdruck. Bei der Arbeit unter den polnischen Saisonarbeitern spielte ein vom ZK der Kommunistischen Partei Polens entsandter Genosse, der im Streikgebiet illegal arbeiten mußte, eine große Rolle.<sup>25</sup>

Da die Junker nicht bereit waren, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, legten am Morgen des 7. Juli die Arbeiter der Ziegelei des Gutes Adelwitz die Arbeit nieder.<sup>26</sup> Der Gutsbesitzer rief nach der Polizei. Dem Landjägerkommando in Torgau kam dieser Streik sehr ungelegen. Es hatte zahlreiche Kräfte zur Unterdrückung des Streiks der Mansfelder Arbeiter in die Mansfelder Kreise abgeben müssen.<sup>27</sup> Außerdem hatte das Kommando den größten Teil seiner restlichen Kräfte zur Unterdrückung des Tonarbeiterstreiks in Dommitzsch konzentrieren müssen.<sup>28</sup> Auf Grund dieser Lage wurden die Hundertschaften der Wittenberger Schutzpolizei alarmiert, um den neuen Streik im Keime zu ersticken. Welche Bedeutung die herrschende Klasse und ihr Staatsapparat den Landarbeiterstreiks beimaß, ist daraus ersichtlich, daß gegen 100 Streikende sofort 150 Polizisten entsandt wurden.<sup>29</sup>

Doch trotz des Polizeiterrors versammelten sich noch am Mittag des 7. Juli die deutschen und polnischen Landarbeiter des Gutes Adelwitz. Sie verlangten

<sup>24</sup> Vgl. ebenda.

<sup>25</sup> Vgl. Erlebnisberichte von Otto Weiße, Nichtewitz; Willi Krieg, Köllitzsch; Erich Schubert, Adolf Kaufmann und Richard Hempel, Eilenburg. Diese Berichte befinden sich bei den Kreiskommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Kreisleitung der SED Eilenburg und Torgau.

<sup>26</sup> Vgl. Klassenkampf, 7. Juli 1930.

<sup>27</sup> Archiv des Rates des Kreises Torgau, Akte 75. (Die Akten dieses Archivs werden in folgenden Fußnoten nur noch mit Torgau gekennzeichnet.) Betr. Reisekosten, Dienstaufwandsentschädigungen, Umzugs-, Wohnungs-, Notstandsbeihilfen der Landjägerangelegenheiten (1928–1936), Torgau 229, Allgemeine Landjägerangelegenheiten (1929–1931).

<sup>28</sup> Torgau 75.

<sup>29</sup> Vgl. Klassenkampf, 8. Juli 1930. — Torgauer Zeitung, 9. Juli 1930.

sofortigen Abzug der Polizei, Bewilligung ihrer Forderung und Entlassung des Gutsinspektors. Der Junker fühlte sich hinter den 150 Polizisten stark. Er drohte den Arbeitern mit der Entlassung, wenn sie nicht sofort die Arbeit unter den bisherigen Bedingungen aufnehmen würden. Die Landarbeiter wählten daraufhin eine Streikleitung, die die im Kampf entstandene Aktionseinheit der Landarbeiter zum Ausdruck brachte. Ihr gehörten deutsche und polnische Arbeiter an, Kommunisten und Parteiloze, Mitglieder der RGO, des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, des christlichen Zentralverbandes der Landarbeiter und Frauen.<sup>30</sup> Der Streik wurde nun sofort ausgerufen, ein Demonstrationszug marschierte zu den Nachbargütern und forderte dort die Arbeiter auf, ebenfalls in den Streik zu treten.<sup>31</sup> In einer von über 200 Landarbeitern, Landarbeiterinnen und Landarbeiterfrauen besuchten Versammlung am Abend des 7. Juli in Nichtewitz wurde nach dem Vorbild der streikenden Mansfelder Berg- und Hüttenarbeiter der proletarische Selbstschutz aufgestellt.<sup>32</sup> Obwohl die Junker auf den Nachbargütern sofort Zugeständnisse machten, traten auch dort die Landarbeiter in den Streik.<sup>33</sup> Noch am selben Tage organisierte die Streikleitung Sammlungen zur Unterstützung der Streikenden. Dabei zeigte sich, daß die werktätigen Bauern und die kleinen Geschäftsleute in den Dörfern des Streikgebiets auf der Seite der Landarbeiter standen und diese mit Geld und Lebensmitteln unterstützten.<sup>34</sup>

In Nichtewitz wurde eine Küche für die Streikenden eingerichtet, die besonders die polnischen Arbeiter und die Streikposten verpflegte.<sup>35</sup>

Der Junker in Adelwitz versuchte am nächsten Tage mit Hilfe der Polizei, die polnischen Landarbeiter zum Streikbruch zu zwingen. Über ihr solidarisches Verhalten berichtet der „Klassenkampf“: „Als leuchtendes Beispiel für alle deutschen Proleten muß hier erwähnt werden das Verhalten der polnischen Landarbeiter von Adelwitz, die sich – in polnischer Sprache ‚Brüder, zur Sonne, zur Freiheit‘ singend – von der ... Polizei verhaften und zur Ausweisung transportieren ließen. Dreimal forderte der Inspektor die Polen auf, die Arbeit aufzunehmen, während die Polizeiautos warteten, und dreimal antworteten die Landarbeiter und -arbeiterinnen einmütig: ‚Wir fallen unseren deutschen Kameraden nicht in den Rücken!‘ Die Polizei mußte selbst, da die polnischen Arbeiter jeden Handgriff zu ihrem Abtransport verweigerten, die Bündel der Polen auf den Wagen schaffen und dann die Arbeiter hinaufbefördern, wobei sie ihrem Wesen gemäß mit äußerster Brutalität voringen. ‚Mehr hungern wie hier können wir auch in Polen nicht!‘ Das war der Abschiedsgruß der polnischen Arbeiter an die streikenden deutschen Arbeiter, die ihnen mit stürmischen Rot-Front-Rufen das Geleit gaben.“<sup>36</sup> Das Verhalten der polnischen Landarbeiter war ein leuchtendes Beispiel der internationalen Solidarität. Obwohl sie zu Hause der Hunger und der Terror des faschistischen Pilsudski-Regimes erwartete, dem sie ja wegen ihres revolutionären Verhaltens ausgeliefert wurden, taten sie ihre internationalistische Pflicht.

<sup>30</sup> Vgl. Erlebnisbericht von Otto Weiße.

<sup>31</sup> Vgl. Klassenkampf, 8. Juli 1930.

<sup>32</sup> Vgl. ebenda.

<sup>33</sup> Vgl. ebenda.

<sup>34</sup> Vgl. Erlebnisbericht von Willi Krieg.

<sup>35</sup> Vgl. Bericht von Vogelsang, Torgau. In: Material Arbeiterbewegung, Bildungsstätte der Kreisleitung der SED Torgau.

<sup>36</sup> Klassenkampf, 10. Juli 1930.



In den nächsten Tagen versuchten die Junker, tschechoslowakische Landarbeiter als Streikbrecher nach Adelwitz zu bringen. Als diese jedoch von den roten Streikposten aufgeklärt worden waren, lehnten auch sie die Streikbrucharbeit ab und reihten sich in die Kampffront der deutschen und polnischen Landarbeiter ein.<sup>37</sup> Über ihre revolutionäre Rolle und die Schikanen, denen sie auf Grund der Denunziation der Junker ausgesetzt waren, berichten einige Dokumente, in denen die Maßnahmen zur Ausweisung von tschechoslowakischen Landarbeitern festgelegt wurden. In solch einem Dokument, einem Schreiben des Torgauer Landrates vom 10. Juli 1930 an den Regierungspräsidenten in Merseburg, wird verlangt, die Ausweisung der aufgeführten tschechoslowakischen Staatsangehörigen sofort auszusprechen, „damit deren zwangsweise Abschiebung über die Grenze unter polizeilicher Begleitung sofort durchgeführt werden kann... Dem Arbeitgeber liegt besonders daran, daß die Ausländer, die sich als Hetzer bei dem gegenwärtigen wilden Streik in auffallender Weise beteiligten, so schnell als möglich ausgewiesen werden.“<sup>38</sup> Dabei arbeiteten die deutschen und tschechoslowakischen Behörden eng zusammen.<sup>39</sup> Doch die Pläne der Junker, die ausländischen Arbeiter gegen die deutschen auszuspielen, waren an der internationalen Solidarität gescheitert.

Die Streikfront festigte sich. Auch an anderen Orten des Bezirks Halle-Merseburg brachen nun Landarbeiterstreiks aus, so bei Ammendorf, bei Könnern und bei Dieskau.<sup>40</sup> Doch waren dies nur Teilkämpfe. Der Schwerpunkt der Landarbeiterstreiks blieb das Torgauer Gebiet. Die kämpfenden Mansfelder Arbeiter sandten ein Begrüßungsschreiben an die streikenden Landarbeiter. Darin hieß es: „Eine in Eisleben tagende Streikversammlung der Mansfelder Arbeiter begrüßt den Ausbruch des Landarbeiterstreiks der deutschen und polnischen Landarbeiter im Torgauer Gebiet unter der Führung der RGO. Damit habt Ihr neben den kämpfenden Ruhrproleten<sup>41</sup> die aktivste Unterstützung der Mansfelder Arbeiter bewiesen. Euer Kampf ist neben unserem Kampf ein Schritt in der Entwicklung des proletarischen Gegenangriffs gegen die Ausbeuteroffensive. Trotz Einsatz aller Machtmittel des bürgerlichen Staates gegen Euch und uns rufen wir Euch zu: Nicht eher Aufnahme der Arbeit, bis Eure und unsere Forderungen erfüllt sind.“<sup>42</sup>

Die zentrale Streikleitung der RGO des Mansfelder Gebietes überwies den streikenden Landarbeitern 100 Mark.<sup>43</sup> Auch die Arbeiter anderer Industriezweige sammelten und schickten Lebensmittel, die besonders für die polnischen und andere dem Junkerterror ausgesetzte Arbeiter bestimmt waren.<sup>44</sup>

Die rechten Führer des Deutschen Landarbeiter-Verbandes erklärten entsprechend ihrer politischen Grundkonzeption den Streik zum „wilden Streik“.<sup>45</sup>

Auch die Führer des christlichen Landarbeiterverbandes, deren Mitglieder sich am Streik beteiligten, erklärten den Streik zum „wilden Streik“.<sup>46</sup> Aus dieser

<sup>37</sup> Vgl. ebenda.

<sup>38</sup> Torgau 472, betr. Landesverweisungen (1929–1932).

<sup>39</sup> Vgl. ebenda.

<sup>40</sup> Vgl. Klassenkampf, 3., 8., 9. und 11. Juli 1930.

<sup>41</sup> Anfang Juli 1930 hatte im Ruhrgebiet unter der Führung der KPD und der RGO ein Streik von 50 000 Metallarbeitern begonnen.

<sup>42</sup> Klassenkampf, 9. Juli 1930.

<sup>43</sup> Vgl. ebenda.

<sup>44</sup> Vgl. Klassenkampf, 8. Juli 1930.

<sup>45</sup> Vgl. Klassenkampf, 10. Juli 1930.

<sup>46</sup> Vgl. ebenda.

verwerflichen Politik der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer, ihrem Zusammenwirken mit den Junkern, den brutalsten Ausbeutern und Menschen-schindern und dem bürgerlich-junkerlichen Staatsapparat, ergab sich für die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Notwendigkeit, den Kampf selbstständig zu leiten.

Die zahlenmäßig starken Polizeikommandos gingen brutal gegen die Streikposten vor. Das Streikgebiet ähnelte einem Kriegsgebiet. Die bürgerliche Torgauer Zeitung schrieb: „...eine dumpfe lähmende Spannung liegt über dem Gebiet, auf der Landstraße trifft man die Radfahrerndoppelpatrouillen der Polizisten. Zwischen den wogenden Getreidefeldern blitzen die Tschakos der Wittenberger Beamten...“<sup>47</sup> Auf dem Rittergut Adelwitz waren mehrere mit schnellen Lastwagen ausgerüstete Überfallkommandos der Polizei stationiert. Aber die von der KPD und der RGO geführten Landarbeiter ließen sich nicht einschüchtern. Sie führten Demonstrationen zu anderen Gütern durch, um auch dort die Landarbeiter zum Streik zu bewegen. Die Überfallkommandos der Polizei, die die Kundgebungen vor anderen Gütern verhindern sollten, wurden durch rote Radfahrerpatrouillen irreführt.<sup>48</sup> Es gelang, den Streik auszudehnen. Am 8. Juli streikten bereits 800 Landarbeiter im östlichen Teil des Kreises Torgau. Der Streik breitete sich von Adelwitz auf die Orte und Güter Nichtewitz, Camitz, Triestewitz, Katowitz, Lönnewitz, Packisch, Kaucklitz, Ottersitz, Köllitzsch, Blumberg und Mahitzschen aus.<sup>49</sup> Unterstützt von ihren Frauen und zahlreichen Erwerbslosen, wiesen die Landarbeiter die herbeigeholten Streikbrecher zurück.<sup>50</sup>

Schließlich gingen die Junker dazu über, faschistische Elemente, Stahlhelmer und Nazis sowie Angehörige der staatlichen Streikbruchorganisation Technische Nothilfe unter Polizeischutz arbeiten zu lassen. Auf dem Rittergut Adelwitz, dem Hauptquartier der Polizei, wurden 25 Mann der Technischen Nothilfe beschäftigt.<sup>51</sup> Der Terror gegen die Streikenden wurde verstärkt. Die rechten Gewerkschaftsführer forderten überall offen zum Streikbruch auf.<sup>52</sup> Beamte des Arbeitsamtes in Torgau vermittelten Erwerbslose auf die Güter, und wenn sie sich weigerten, Streikbrucharbeit zu leisten, wurde ihnen die Unterstützung gesperrt. Arbeitslose wandernde Handwerksburschen wurden ebenfalls auf die Güter geschickt.<sup>53</sup>

Unter diesem mit allen Mitteln des Betruges, der Täuschung und des staatlichen Zwanges und der Gewalt geführten Kampf gegen die Landarbeiter begann die Streikfront am 14. und 15. Juli abzubrockeln. Deshalb beschloß die Delegiertenkonferenz der Landarbeiter des Streikgebietes am 15. Juli, den Streik abzubreaken.<sup>54</sup> Unbesiegt nahmen die Landarbeiter die Arbeit wieder auf. Die einheitliche Kampffront der deutschen und polnischen Landarbeiter hatte bei den Junkern eine solche Wirkung, daß sie einige Zugeständnisse machen mußten. Die polnischen Saisonarbeiter, die fortgebracht worden waren, wurden nicht bis nach Polen abtransportiert, sondern konnten dank dem solidarischen Kampf

<sup>47</sup> Torgauer Zeitung, 10. Juli 1930.

<sup>48</sup> Vgl. Klassenkampf, 15. Juli 1930.

<sup>49</sup> Vgl. Klassenkampf, 8. Juli 1930. — Torgauer Zeitung, 9. Juli 1930.

<sup>50</sup> Vgl. Klassenkampf, 10.–12. Juli 1930.

<sup>51</sup> Vgl. Klassenkampf, 12. Juli 1930.

<sup>52</sup> Vgl. Klassenkampf, 10. Juli 1930.

<sup>53</sup> Vgl. Klassenkampf, 12. und 16. Juli 1930.

<sup>54</sup> Vgl. Klassenkampf, 16. Juli 1930.

ihrer deutschen Klassengenossen die Arbeit wiederaufnehmen. Sie erhielten eine Erhöhung des Deputats. Für sie und auch für die deutschen Landarbeiter wurde die Bezahlung der Streiktage durchgesetzt.<sup>55</sup> Wenn die deutschen Landarbeiter auch keine Lohnerhöhung erreichen konnten, so hatten sie sich doch menschenwürdige Arbeitsbedingungen erkämpft.

Die Gutsbesitzer rächten sich zwar, indem sie die aktivsten Kämpfer maßregelten.<sup>56</sup> Aber damit konnten sie das Wachsen der revolutionären Bewegung nicht aufhalten. Das entscheidende Ergebnis des Streiks bestand darin, daß das Klassenbewußtsein der Landarbeiter durch den Kampf gewachsen war. Der Einfluß der KPD und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition war stärker geworden. Das zeigte sich bei den im September 1930 stattfindenden Reichstagswahlen, bei denen die KPD im Kreis Torgau einen Zuwachs von über 1200 Stimmen zu verzeichnen hatte. Gerade im Streikgebiet war die Zahl der Wähler der KPD besonders angestiegen.<sup>57</sup> Die Landarbeiter hatten im Kampf viel gelernt. Viele wurden durch die Auseinandersetzung mit Junkern, Polizei und rechten Gewerkschaftsführern zum erstenmal in den politischen Kampf einbezogen. Sie hatten gemeinsam mit ihren polnischen Brüdern den Landarbeitern ganz Deutschlands ein Beispiel gegeben. War es doch der erste größere Landarbeiterstreik in Deutschland seit der revolutionären Nachkriegskrise. Die Torgauer Landarbeiter hatten durch ihren Streik die Mansfelder Arbeiter in ihrem schweren Kampf gestärkt.<sup>58</sup>

Im Frühjahr 1931 hielten die Junker die Zeit für gekommen, um einen allgemeinen Lohnabbau bei den Landarbeitern einleiten zu können. Die 150 Millionen Reichsmark staatliche Subventionen, die ihnen als sogenannte Osthilfe zugeschanzt wurden, und die ja letzten Endes auch aus den Werktätigen herausgepreßt waren<sup>59</sup>, genügten ihnen nicht. Die mitteldeutsche Tarifgemeinschaft, zu der sich die landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände zusammengeschlossen hatten<sup>60</sup>, forderte eine Senkung der Stundenlöhne um 4 Pfennige und den Wegfall der Erntezulage.<sup>61</sup>

Am 1. März 1931 fand in Berlin auf Initiative der Revolutionären Gewerkschaftsopposition eine Reichskonferenz der Land- und Forstarbeiter Ost- und Mitteldeutschlands statt, in der Kampfmaßnahmen gegen die Offensive der Monopolherren und Junker beraten wurden.<sup>62</sup> Die Bezirksleitung der KPD Halle-Merseburg faßte am 7. März 1931 einen Beschluß zur Vorbereitung der Landarbeiterstreiks. Dort hieß es: „Alle Ortsgruppen sind weiter verpflichtet, mit der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen und des *Landarbeiterstreiks* die ganze aktive Mitgliedschaft und die der sympathisierenden Organisationen auf massenhaften Streikpostendienst für die Güter einzustellen.

Der Bezirks-Erwerbslosenausschuß wird aufgefordert, *sofort* alle Erwerbslosen zur Unterstützung der Streikauflösung für die Landarbeiter und als rote Wahlhelfer für die Betriebsrätewahlen aufzurufen.“<sup>63</sup>

<sup>55</sup> Vgl. Erlebnisbericht von Erich Schubert, Adolf Kaufmann und Richard Hempel.

<sup>56</sup> Vgl. Erlebnisbericht von Bruno Merkel und Vogelsang, Torgau. In: *Material Arbeiterbewegung, Bildungsstätte der Kreisleitung der SED Torgau.*

<sup>57</sup> Vgl. Torgauer Zeitung, 21. Mai 1928 und 15. September 1930.

<sup>58</sup> Vgl. Leitartikel des Klassenkampfes vom 31. Juli 1930: Was lehren uns die Landarbeiterstreiks?

<sup>59</sup> Reichsgesetzblatt 1930, Teil I, S. 311 ff.

<sup>60</sup> Vgl. Untersuchungen über Landarbeiterverhältnisse, S. 152/153.

<sup>61</sup> Vgl. Torgau, Nr. 77, Pol. Part. — Klassenkampf, 13. März 1931.

<sup>62</sup> Vgl. Klassenkampf, 6. März 1931.

<sup>63</sup> Klassenkampf, 10. März 1931.



Auf der Grundlage dieser Beschlüsse wurden in allen Teilen des Bezirks Landarbeiterkonferenzen durchgeführt.<sup>64</sup> Im Bezirksorgan der KPD wurde darauf hingewiesen, daß die Ortsleitungen der Partei schon vor den Versammlungen, auf denen die Delegierten gewählt und Streikbeschlüsse gefaßt werden sollten, persönliche Verbindungen zu den Landarbeitern herstellen müssen. Um die Teilnahme von möglichst vielen Landarbeitern an den Konferenzen zu sichern, war es notwendig, sie am Konferenztag abzuholen und zum Konferenzort zu begleiten, damit die Junker und ihre faschistischen Handlanger sie nicht behinderten. Dabei konnten die revolutionären Erwerbslosen eine große Hilfe leisten.<sup>65</sup>

Am 11. März 1931 brach auf dem Gut Hagemann in Nelben bei Könnern der erste Streik um die Auszahlung rückständiger Löhne aus. Die Versuche des Gutsbesitzers, mit Erwerbslosen und Angehörigen von Kleinbauern die Arbeit fortzuführen, scheiterte an deren Solidarität. Der Gutsbesitzer sah sich gezwungen, die Lohnforderungen zu bewilligen. Doch wollte er den Führer der Streikenden, den Melker, nicht wieder einstellen. Daraufhin setzten die Landarbeiter den Streik fort. Trotz brutalen Polizeiterrors und Stationierung von Landjägern auf dem Gut blieben die von der KPD und der RGO geführten Landarbeiter standhaft.<sup>66</sup> Obwohl der Streik zu einem für die Streikenden ungünstigen Zeitpunkt ausgebrochen war, die Landwirtschaft lag noch in der Winterruhe, hatte dieser Streik die Großagrarien Mitteldeutschlands in Furcht versetzt, weil der Melker des Gutes in den Kampf einbezogen worden war, ja, er war sogar einer der Führer des Streiks. Die Einbeziehung der Melker und Viehfütterer in die Landarbeiterstreiks gab den Landarbeitern aber selbst unter scheinbar ungünstigen Bedingungen die Möglichkeit, ihre Forderungen durchzusetzen, denn wenn das Vieh nicht gefüttert und gemolken wurde, mußte der Junker nachgeben.<sup>67</sup>

Angesichts dieser Lage, in der die Landarbeiter überall unter der Führung der KPD und der RGO zum Streik rüsteten, in der die Landarbeiter in Nelben so hartnäckig kämpften, wagte der staatliche Schlichter nicht, den von den Junkern Mitteldeutschlands geforderten Lohnabbau in vollem Umfang vorzunehmen. Er fällt am 12. März 1931 folgenden Schiedsspruch: „Der Lohn der männlichen Arbeiter über 18 Jahre wird um 1 Pfennig, unter 18 Jahren um 1/2 Pfennig je Stunde gekürzt. Die ganze Erntezulage fällt für alle in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fort. Die Löhne des Gesindes werden um fünf Prozent gekürzt.“<sup>68</sup>

---

<sup>64</sup> Torgau, Nr. 77, Pol. Part., Geheime Mitteilungen des Landrates von Torgau vom 17. März 1931.

<sup>65</sup> Vgl. *Klassenkampf*, 13. März 1931.

<sup>66</sup> Vgl. Landeshauptarchiv Magdeburg, Rep. C 20 I b 2005 I, Verbot des Klassenkampfes in Halle a. S. Dezember 1930 bis September 1932. (Bericht des land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes des Mansfelder Seekreises vom 18. Juli 1931 über den Streik auf dem Gut Hagemann an die Vereinigung land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeberverbände für die Provinz Sachsen und Anhalt.) Vgl. auch *Klassenkampf*, 12., 14. und 16. März 1931.

<sup>67</sup> Vgl. *Klassenkampf*, 14. März 1931.

<sup>68</sup> Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichsarbeitsministerium Rep. 2342, Abt. I Presse, Akten betreffend Beiträge für W. T. B. und einzelne Redaktionen. Vom 2. Januar 1931 bis 31. März 1931, Bd. 14, Bl. 327.

Die rechten Führer des Deutschen Landarbeiter-Verbandes vertrösteten die Arbeiter auf die Entscheidung des Reichsarbeitsministers, der diesen skandalösen Schiedsspruch bestätigen mußte. Sie forderten die Arbeiter auf, den Streikaufrufen der RGO nicht zu folgen, und drohten, alle, die sich den Anordnungen der Leitung des DLV nicht fügten, aus dem Verband auszuschließen.<sup>69</sup>

Die Schädlichkeit dieser Politik wird besonders deutlich, wenn man bedenkt, daß die Vereinigung land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeberverbände für die Provinz Sachsen und Anhalt ihre Mitglieder aufforderte, die Lohnabzüge sofort vorzunehmen, ohne die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches durch den Reichsarbeitsminister abzuwarten.<sup>70</sup> Diese Verbindlichkeitserklärung erfolgte am 18. März 1931.<sup>71</sup>

Die Kommunistische Partei Deutschlands verstärkte ihre Anstrengungen, um den Landarbeitern zu helfen, durch eine umfangreiche Streikbewegung die Junker zu zwingen, den Lohnabbau rückgängig zu machen. Das Bezirksorgan der KPD brachte laufend Mitteilungen über die Aktionen der Landarbeiter und vermittelte die Lehren aus diesen Aktionen.

Einige Beispiele sollen für die vielen Streiks sprechen, die von den Landarbeitern damals durchgeführt wurden. Am 16. März erzwangen die Landarbeiter auf dem Gut Schulpforta und am 17. März auf dem Gut Johannisroda bei Naumburg durch eintägige Streiks von den Junkern die Erklärung, daß sie keinen Lohnabbau vornehmen würden.<sup>72</sup> Am 18. März erkämpften die Arbeiter des Gutes Mauken bei Pretsch die Zurücknahme von minderwertigem und die Ausgabe von gutem Deputat.<sup>73</sup> Am 21. März traten die Arbeiter des Rittergutes Kreischau bei Weißenfels in den Streik um Lohnerhöhung, gleiche Bezahlung für Frauen und Männer bei gleicher Arbeit. In der Streikversammlung wurde beschlossen, keine Notstandsarbeiten durchzuführen. Auch hier war der brutale Terror der Landjäger erfolglos.<sup>74</sup> Ein auf dem Gut Dörilus bei Zörbig ausgebrochener Streik wurde von den rechten Führern des Deutschen Landarbeiter-Verbandes gemeinsam mit der Polizei abgewürgt.<sup>75</sup>

Am 22. März 1931 fand in Halle eine Bezirkskonferenz der Landarbeiter statt, die von der KPD und der RGO einberufen worden war. Sie stand unter dem Eindruck der bereits ausgelösten Landarbeiterstreiks und beriet die Maßnahmen zur Verbreiterung der Streikbewegung. Wilhelm Koenen, Politischer Leiter der Bezirksleitung der KPD Halle-Merseburg, sprach über die Stellung der KPD zum Kampf der Landarbeiter: „Der Weddinger Parteitag hat die Lösung ausgegeben, daß die Partei sich der am meisten ausgebeuteten, der am meisten unterdrückten Schichten des Proletariats annehmen müsse. Zu diesen Schichten gehört in erster Linie auch das Landproletariat. Mit aller ihr zur Verfügung stehenden Kraft wird die Kommunistische Partei den Kampf der Landarbeiter unterstützen . . ., die Kommunistische Partei wird auch die Massenorganisationen, in denen sie Einfluß besitzt, veranlassen, sich den Landarbeitern bei der Führung ihrer Kämpfe . . . zur Verfügung zu stellen.“<sup>76</sup> Im Ergebnis der Konferenz

<sup>69</sup> Vgl. Klassenkampf, 14. März 1931.

<sup>70</sup> Vgl. Klassenkampf, 28. März und 2. April 1931.

<sup>71</sup> Vgl. DZA Potsdam, Reichsarbeitsministerium Rep. 2842.

<sup>72</sup> Vgl. Klassenkampf, 19. März und 16. April 1931.

<sup>73</sup> Vgl. Klassenkampf, 18. und 21. März 1931.

<sup>74</sup> Vgl. Klassenkampf, 21. März 1931.

<sup>75</sup> Vgl. Klassenkampf, 23. März 1931.

<sup>76</sup> Klassenkampf, 25. März 1931.

wurde der Rote Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter Mitteldeutschlands gegründet, der faktisch in den Streikkämpfen der letzten Tage bereits entstanden war.<sup>77</sup>

Nach der Bezirkskonferenz brachen trotz Polizeiterror, Junkerwillkür und den Beschwichtigungsversuchen der rechten Gewerkschaftsführer neue Landarbeiterstreiks in vielen Dörfern Mitteldeutschlands aus. Diese Streikkämpfe hinderten die Großagrarien daran, ihre Maßnahmen zur verstärkten Ausbeutung in vollem Umfange durchzusetzen. Obwohl der Reichsarbeitsminister den Lohnraub-Schiedsspruch für verbindlich erklärt hatte, obwohl die Vereinigung der landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände noch vor der Verbindlichkeits-erklärung die Durchsetzung des Lohnabbaus verlangte, wichen viele Junker vor der Kampfentschlossenheit, vor dem einheitlichen Auftreten der Landarbeiter zurück. Besonders in den Gebieten, in denen gestreikt wurde, wagten sie nicht nur nicht, den Lohnabbau durchzuführen, sondern bewilligten teilweise sogar Lohnerhöhungen. In zahlreichen Fällen machten sie schon bei der bloßen Streikankündigung den Lohnabbau rückgängig, und in vielen Fällen erklärten sie den Belegschaften von sich aus, daß sie die Löhne nicht abbauen würden.<sup>78</sup>

Von großer Bedeutung war das gemeinsame Vorgehen der Landarbeiter mit den Melkern und Gutshandwerkern, die selbstlose Unterstützung durch die Industriearbeiter, die Erwerbslosen, die Frauen und Jugendlichen. Diese Aktions-einheit war stärker als die Macht der Unternehmer und ihrer Handlanger. In den Streikgebieten hatten die rechten Führer des Deutschen Landarbeiter-Verbandes nur noch sehr geringen Einfluß unter den Landarbeitern. In diesen Kämpfen wuchs das Vertrauen der Landarbeiter zur Kommunistischen Partei, stärkte sich das Vertrauen der Landarbeiter in ihre eigenen Kräfte.

Die im Juni 1931 von der Brüning-Regierung verabschiedete 2. Notverordnung traf auch die Landarbeiter schwer. Zum Lohnabbau kam nun der Raub der Erwerbslosenunterstützung für einen großen Teil der Landarbeiter hinzu.<sup>79</sup>

Die KPD rief die Landarbeiter auf, unter den für sie günstigen Bedingungen der Ernte den Kampf fortzusetzen, die Ausplünderungsmaßnahmen der Monopolherren und Junker mit neuen Streiks zu beantworten und damit die faschistischen Elemente auf dem Lande zu schlagen. Am 14. Mai 1931 fand beim ZK der KPD in Berlin eine Tagung der Funktionäre der revolutionären Landarbeiter statt. Dort wurden, ausgehend von den bisherigen Erfahrungen, die Instruktionen für die systematische Vorbereitung und Organisierung der Landarbeiterstreiks zu Beginn der Ernte erarbeitet. Es ging vor allem darum, den ganzen Parteiapparat auf die Mitarbeit an den wichtigsten Aktionen der Landarbeiter einzustellen, damit der Ausbruch der Landarbeiterstreiks in großem Ausmaß gewährleistet werden konnte. Dazu sollten in allen Bezirken rote Landsonntage durchgeführt werden. Die Parteiorganisationen in den Großstädten wurden aufgefordert, die auf dem Lande übernommenen Patenschaften konsequent zu erfüllen. In den Instruktionen wurden ferner Gebietskonferenzen der Landarbeiter, der Landarbeiterfrauen und der Landarbeiterjugend aus einem möglichst großen Umkreis vorgeschlagen, um durch diese Konzentration ihr Gefühl der Zusammengehörigkeit zu stärken. Eine wichtige Maßnahme dieser Gebiets-

---

<sup>77</sup> Vgl. Fußnote 14.

<sup>78</sup> Vgl. Klassenkampf, 2. April 1931.

<sup>79</sup> Vgl. Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen, 5. Juni 1931, Reichsgesetzblatt Teil I, S. 239 ff.



konferenzen sollte in der Wahl vorbereitender Kampfausschüsse bestehen, in denen möglichst alle beteiligten Güter vertreten sein sollten. Eine weitere wichtige Maßnahme bestand darin, die verschiedenen Kampfforderungen der Landarbeiter dieses Gebietes zu einem Kampfprogramm zusammenzufassen, die dann entsprechend den jeweiligen Bedingungen in Versammlungen auf allen Gütern durch Forderungen örtlichen Charakters ergänzt werden konnten. Die Instruktionen verlangten weiter, diese Forderungen den Gutsbesitzern drei bis fünf Tage vor Beginn der Ernte ultimativ zu stellen und unter Heranziehung aller Kräfte, besonders auch der Erwerbslosen, den geschlossenen Ausbruch des Streiks zu sichern. Um die Funktionäre der Landarbeiter, besonders die Leiter der Kampfausschüsse und Streikleitungen, besser auf ihre Aufgaben vorzubereiten, wurden für sie Wochenendschulungen gefordert.<sup>80</sup>

Inzwischen waren in Mitteldeutschland wieder die polnischen Saisonarbeiter und -arbeiterinnen angekommen. Deshalb erinnerte die Bezirksleitung im „Klassenkampf“ an die Erfahrungen der solidarischen Kämpfe des Vorjahres und rief dazu auf, auch in diesem Jahr die geschlossene Kampffront herzustellen.<sup>81</sup> Schon am 30. Juni 1931 traten auf dem Rittergut Franke in Artern und dem Rittergut Kreischau bei Weißenfels die polnischen Landarbeiterinnen gegen die Herabsetzung der Akkordlöhne, des Deputats und wegen Mißhandlungen in den Streik.<sup>82</sup> Über den Streik in Artern berichtete am 15. Juli 1931 die Vereinigung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände für die Provinz Sachsen und Anhalt an den Oberpräsidenten: „Auf einem Gut in Artern brachte die RGO es fertig, die Polen zum Streik zu überreden; nachdem diese entlassen wurden, nahmen sie die Leute in ihren Wohnungen auf. Der Herr Regierungspräsident von Merseburg hat Nachricht über den Vorgang. Wir haben ihn gebeten, die aufässigen Polen abzuschieben.“<sup>83</sup> In diesen Sätzen kommt die ganze Brutalität der Junker, aber auch die unverbrüchliche Solidarität der deutschen Landarbeiterfamilien und der polnischen Saisonarbeiterinnen zum Ausdruck. Im selben Bericht wird noch erwähnt, daß zur selben Zeit im Kreis Jerichow auf dem Rittergut Roskow und vier weiteren Gütern gestreikt wurde. Auch im Kreise Delitzsch traten auf zwei Gütern die Landarbeiterinnen in den Streik. In Paupitzsch erreichten die 35 Landarbeiterinnen in einem dreitägigen Streik die Erhöhung der Akkordlöhne und Deputatsverbesserungen.<sup>84</sup> Die polnischen Landarbeiterinnen auf dem Rittergut Güntheritz erkämpften sich durch einen mehrstündigen Streik ebenfalls eine Erhöhung der Löhne.<sup>85</sup>

Diese zu Beginn der Erntezeit ausbrechenden Streiks, in denen deutsche und polnische Landarbeiter wieder Schulter an Schulter standen, versetzten die Junker in Schrecken. Die Vereinigung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände für die Provinz Sachsen und Anhalt schrieb am 15. Juli 1931 an den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, daß sofort entscheidende Maßnahmen zur Verhinderung von Landarbeiterstreiks eingeleitet werden müßten und daß

<sup>80</sup> Vgl. Die Rote Fahne, 16. Juni 1931. — DZA, Abt. Merseburg, Rep. 77 Tit. 4043, Nr. 1, Preußisches Ministerium des Innern, Abteilung II, Rundschreiben des Landeskriminalpolizeiamtes Berlin, Bl. 8–11.

<sup>81</sup> Vgl. Klassenkampf, 9. April 1931.

<sup>82</sup> Vgl. Klassenkampf, 1. Juli 1931.

<sup>83</sup> Landeshauptarchiv Magdeburg, C 20 Ib, 2005 I.

<sup>84</sup> Bericht der Bezirksleitung der KPD Halle-Merseburg 1930–1932, S. 4; eine Abschrift des Berichtes wurde dem Vf. von Wilhelm Koenen zur Verfügung gestellt.

<sup>85</sup> Vgl. Klassenkampf, 6. Juli 1931.

vor allem der zum Streik aufrufende „Klassenkampf“ verboten werden müsse. Der Oberpräsident kam den Forderungen sofort nach. Er verbot den „Klassenkampf“ für acht Wochen.<sup>86</sup> Wie der Staatsapparat im Interesse der Junker auf die Unterdrückung der Landarbeiter eingestellt war, zeigt noch folgendes Dokument. Der Regierungspräsident von Merseburg schrieb am 22. Juli 1931 geheim an die Landräte: „Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß Versammlungen, bei denen den Umständen nach anzunehmen ist, daß ... zu ‚wilden‘ Streiks anläßlich der Erntearbeiten aufgefordert werden soll, auf Grund des § 1 Abs. 1 Ziff. 4 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu *verbieten* sind. Versammlungen, in denen solche Ausführungen gemacht werden, sind sofort polizeilich aufzulösen.“<sup>87</sup>

Trotz dieser umfangreichen Unterdrückungsmaßnahmen gelang es der KPD im Juli 1931, auf einigen Gütern im Gebiet von Delitzsch den Streik auszulösen. Im Kreis Delitzsch war die KPD im Jahre 1930 als weitaus stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen.<sup>88</sup> Sie besaß unter den Arbeitern der Güter großen Einfluß. Mitte Juli brach der Streik zunächst auf dem Gut Oberländer in Güntheritz aus. Nach ausführlicher Agitation wurde hier am Abend des 14. Juli 1931 auf einer Belegschaftsversammlung eine Streikleitung gewählt. Sie setzte sich aus Angehörigen des Roten Einheitsverbandes, dem Ortsvorsitzenden des DLV, einer Frau und einem Vertreter der Erwerbslosen zusammen. Auch die polnischen Arbeiter erklärten sich für den Streik. So war die Aktionseinheit entstanden. Am anderen Morgen begann der Streik für den Gutsbesitzer völlig überraschend. Alle sogenannten Notstandsarbeiten, wie Füttern und Melken des Viehs, wurden abgelehnt.<sup>89</sup> Folgende Forderungen wurden gestellt: „Auszahlung des im Frühjahr durch Schlichtungsverhandlungen geraubten Lohnes. Auszahlung der geraubten Erntezulage. 5 Pfennig Lohnerhöhung je Stunde. Freier Sonnabend für die Frauen. Bezahlung der Streiktage. Pünktliches und gutes Deputat. Anbringung von Schutzvorrichtungen an den Maschinen. Keine Maßregelungen.“<sup>90</sup>

Mit Hilfe der Erwerbslosen wurde der Streikpostendienst gesichert. Nach einigen Stunden rückte die Polizei an, unter deren Deckung der Gutsbesitzer und der Gutsverwalter die Landarbeiter unter Druck zu setzen versuchten. Die Streikenden halfen den Landarbeitern auf den Nachbargütern, den Streik auszulösen, und am Mittag desselben Tages bereits begann der Streik auf einigen Gütern in Brodau und Lemsel.<sup>91</sup> Die Polizei wurde verstärkt und besetzte die Ortschaften und die Güter. Es setzte ein wütender Terror gegen die Arbeiter ein. Der Gutsbesitzer entließ die Mitglieder der Streikleitung und andere Strei-

<sup>86</sup> Landeshauptarchiv Magdeburg, C 20 Ib, 2005 I.

<sup>87</sup> Torgau, 77.

<sup>88</sup> Vgl. Delitzscher Zeitung, 15. September 1930.

<sup>89</sup> Vgl. Klassenkampf, 15. Juli 1931. — Zieht die Lehren aus den Landarbeiterstreiks. In: Der Parteiarbeiter, 1931, Nr. 10, S. 272/273. — Erlebnisberichte von Martin Gräfe, Gustav Müller und Walter Thiermann.

<sup>90</sup> Roter Aufbau, Ortszeitung der KPD und des KJVD für das Arbeitsgebiet Güntheritz und Umg., 17. Juli 1931. (Die Zeitung wird in der Bildungsstätte der Kreisleitung der SED, Delitzsch, aufbewahrt.)

<sup>91</sup> Über den ganzen Umfang der Streikbewegung kann man sich auf Grund der Verbote des Klassenkampfes und fehlender anderer Unterlagen noch kein vollständiges Bild machen.

kende fristlos. Einige der Gemaßregelungen setzte er mit Hilfe der Polizei aus der Wohnung. Schließlich war er jedoch gezwungen, einige Zugeständnisse zu machen, was einen Teil der Streikenden veranlaßte, die Arbeit wiederaufzunehmen. Die bewußtesten Landarbeiter streikten jedoch noch weiter, um die Zurücknahme der Maßregelungen zu erzwingen, was ihnen für den größten Teil auch gelang.<sup>92</sup>

Die Streiks der deutschen und polnischen Landarbeiter unter der Führung der KPD in Mitteldeutschland zu Beginn der Weltwirtschaftskrise waren wichtige Schritte im Kampf um die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse gegen Faschismus und Kriegsgefahr. Es gelang der KPD an zahlreichen Stellen trotz der sich aus der Zersplitterung der Landarbeiter, dem Terror des Staatsapparates und der Faschisten sowie dem Verrat der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer ergebenden großen Schwierigkeiten, die Landarbeiter in den Streik zu führen.

Die Organisationen der KPD verwirklichten die Beschlüsse des XII. Parteitages der KPD. Die revolutionären Landarbeiter ließen sich von den rechten Gewerkschaftsführern, die alles taten, um Streiks zu verhindern, nicht irreführen. Sie stellten sich unter der Führung der KPD und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition selbst an die Spitze der Aktionen, und deshalb gelang es ihnen, zahlreiche Landarbeiter in den Streik zu führen.<sup>93</sup> Auf den Gutsversammlungen wurden Streikleitungen gewählt, die sowohl durch ihre Zusammensetzung als auch durch ihre Tätigkeit das geschlossene Vorgehen von kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Landarbeitern, von organisierten und unorganisierten, deutschen und polnischen Landarbeitern sicherten.

Die KPD und die RGO verstärkten bei der Vorbereitung und Durchführung der Kämpfe die Arbeit unter den Erwerbslosen. Die Erwerbslosen fielen den Streikenden nicht in den Rücken. Im Gegenteil, viele von ihnen unterstützten die Landarbeiter.

Nach dem Vorbild von Mansfeld wurde der Massenstreikpostendienst organisiert, der die Geschlossenheit der Kampffront verkörperte. Bei den Massenstreikposten setzten sich besonders die Frauen aktiv ein. Das war das Ergebnis der richtigen Politik der KPD, die die unter den elendsten Bedingungen lebenden Landarbeiterfrauen als gleichberechtigte Kampfgenossinnen zur Lösung aller Aufgaben heranzog.

In ihrem Kampf standen die Landarbeiter nicht allein. In vielen Betrieben wurden auf Initiative der Internationalen Arbeiterhilfe Sammlungen durchgeführt. Auch die werktätigen Bauern und die kleinen Geschäftsleute in den Dörfern unterstützten die streikenden Landarbeiter. Vor allem aber zeichneten sich diese Kämpfe durch die beispielhafte Solidarität der polnischen, tschechoslowakischen und deutschen Landarbeiter aus. Sie kämpften unter der Führung der KPD gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind, die Junker, den imperialistischen Staatsapparat und die Faschisten. Das brüderliche Verhalten der polnischen und tschechoslowakischen Arbeiter war ein großes Opfer, denn sie wurden des Landes verwiesen, und in ihrer Heimat erwartete sie der Hunger, die Polen erwartete außerdem der Terror des faschistischen Pilsudski-Regimes. Trotzdem taten sie ihre revolutionäre internationalistische Pflicht. Die revolutionäre

<sup>92</sup> Vgl. Die Rote Fahne, 16. Juli 1931. — Roter Aufbau, 17. Juli 1931. — Delitzscher Zeitung, 16. Juli 1931. — Der Parteiarbeiter, 1931, Nr. 10, S. 273.

<sup>93</sup> Vgl. Wilhelm Koenen: Einige Lehren des Mansfeld-Streiks für die Partei. In: Die Internationale, 1930, Heft 15/16, S. 464.



nären deutschen Landarbeiter halfen ihren polnischen und tschechoslowakischen Brüdern, wo sie konnten. Sie teilten das letzte Geld, das letzte Essen mit ihnen und nahmen sie in ihren Familien auf, wenn sie von den Junkern aus den Schnitterkasernen geworfen wurden. So sind diese Kämpfe leuchtende Beispiele der internationalen Solidarität.

In diesen Kämpfen wurde die Organisiertheit und die Bewußtheit der Landarbeiter gehoben, wurden zahlreiche Orte und Güter des Bezirks Halle-Merseburg zu roten Zentren des Kampfes gegen den Faschismus.

## Leserzuschrift zum Beitrag von Werner Imig\*

*Werte Redaktion!*

Anbei übersende ich Euch einige kurze Bemerkungen über die Arbeit von Werner Imig. Ich setze voraus, daß die Quellenforschung, die Grundlage für die Darstellung, sorgfältig durchgeführt wurde und keiner Korrektur bedarf. Allerdings bemerkte ich beim Lesen und Studieren des Gesamtinhalts, daß einige wichtige Momente der damaligen Situation und der politischen Lage im Bezirk Halle-Merseburg während der untersuchten Zeitspanne keine Berücksichtigung gefunden haben. M. E. ist das aber unbedingt notwendig, wenn ein wissenschaftlich einwandfreies Bild über das gestellte Thema gegeben werden soll.

Die Arbeit des Genossen Imig erscheint mir insofern sehr wertvoll, weil ganz konkret nachgewiesen wird, welche große Arbeit von der KPD vor 1933 zur Gewinnung der Landarbeiter geleistet wurde. Ganz besonders wertvoll ist die Darlegung der internationalen Solidarität zwischen deutschen, polnischen und tschechoslowakischen Landarbeitern ebenso wie die Solidaritätsaktionen der ebenfalls streikenden Mansfelderarbeiter und später der Erwerbslosen in den Streikorten. Die Arbeit zeigt auch plastisch die besonders krasse Ausbeutung und die Elendslage des Landproletariats in dieser Zeit.

Es fehlt aber die Erklärung dafür, daß es der KPD in dem großen, landwirtschaftlich so wichtigen Bezirk Halle-Merseburg trotz aller Anstrengungen nicht gelang, solche Streiks auf den gerade hier so zahlreichen großen Gütern in größerem Umfange auszulösen. Das gelang nur in den Kreisen Torgau und Delitzsch, während es ansonsten nur zu kleinen Teilstreiks während der ganzen Krisenjahre kam. In solchen Kreisen, wie Zeitz, Weißenfels, Merseburg, Saalkreis, Bitterfeld und Wittenberg z. B., in denen es doch auch zahlreiche große Güter gab, kam es – mit wenigen unbedeutenden Ausnahmen – zu keinen Bewegungen unter den Landarbeitern. Wie ist das zu erklären?

1. Es stimmt vollkommen, daß die Junker vor dem Erwachen des Klassenbewußtseins der Landarbeiter die größte Furcht hatten. Waren doch die Dörfer im Bezirk Halle-Merseburg durchweg noch eine Domäne der Reaktion. Der Stahlhelm und die im Kyffhäuserbund vereinigten Kriegervereine waren auf den Dörfern zu Hause. (In Halle „residierte“ der Stahlhelmführer Oberleutnant Duesterberg, in Magdeburg der Selterswasserfabrikant und Stahlhelmführer Seldte, später Minister im ersten Hitlerkabinett.) Schuld an einer solchen Entwicklung auf dem Dorfe trug in erster Linie der verderbliche Einfluß des Reformismus unter den Landarbeitern. **Aber auch die ungenügende Orientierung**

der Partei auf die politische Überzeugungsarbeit in den Dörfern, die Unterschätzung der Bündnispolitik in den ersten Jahren ihrer Existenz<sup>1</sup>, erleichterte es der Reaktion, ihren Einfluß zu erhalten.

2. In den oben angeführten Kreisen, in denen keine oder fast keine Landarbeiterstreiks ausgelöst wurden, handelte es sich vor allem um solche, in denen industrielle Großbetriebe, wie Leuna, Wolfen, Piesteritz, lagen. In diesen Kreisen gab und gibt es noch heute zahlreiche Dörfer, die als ausgesprochene Arbeiterwohnorte gelten können, da in ihnen die Belegschaftsangehörigen der Großbetriebe wohnen. Das waren damals aber fast ausnahmslos Halbbauern. Diese waren, da sie einige Morgen Acker besaßen oder in Pacht hatten, weitgehend von der Hilfe der Großbauern abhängig. Sie waren ihnen gegenüber oft weitgehend verpflichtet, ihre Frauen arbeiteten bei diesen und häufig auch als Saisonkräfte auf den Gütern. Diese Halbbauern und ihre Frauen standen faktisch in Konkurrenz zu den Landarbeitern. Das aber erschwerte die Organisation der Landarbeiter, war ein Hindernis für die Auslösung erfolgversprechender Streiks und erschwerte den Zusammenschluß des Zwergbauern-Industriearbeiters (der ja Kleineigentümer war, wenn er auch oft nur eine Kuh oder nur eine „Bergmannskuh“ – Ziege also – im Stalle hatte) mit dem Landarbeiter. Diese Umstände verhinderten es, daß diese Schichten den kämpfenden Landarbeitern *offensiv* kämpfend zu Hilfe kamen. In den Kreisen Herzberg, Delitzsch, Eilenburg, Torgau war die Lage anders. Dort gab es sogenannte „Maurerdörfer“. Dort waren Zwerg- und Kleinbauern meist gelernte Bauarbeiter, die in der Saison als Maurer, Zimmerer, evtl. in Berlin, Leipzig u. a. Großstädten arbeiteten und nur im Winter zu Hause waren. Ihr Klassenbewußtsein war stärker entwickelt, z. B. gab es hier fast in jedem Dorf Arbeiter-Radfahrervereine, Arbeiter-Gesangschöre, Freidenker usw.

3. Das Bewußtsein bei der Masse dieser vorgenannten Bauern bzw. Halbbauern, daß sie an die Seite der kämpfenden Industrie- und Landarbeiter gehören, war noch nicht da. Das von der KPD herausgebrachte, von Ernst Thälmann entworfene Bauernhilfsprogramm kam zu spät<sup>2</sup> und gelangte somit nicht mehr zur vollen Wirkung. So wurde das Landproletariat in diesem Gebiet einschließlich der Zwerg- und Mittelbauern weitgehend ein Opfer der nationalistischen und faschistischen Ideologie – trotz der Produktionskonzentration im Bezirk Halle-Merseburg.

Die Erwägungen müßten m. E. bei einem Artikel über den Kampf der Landarbeiter im damaligen Bezirk Halle-Merseburg unbedingt mit beachtet werden, weil sonst ein ungenaues Bild über die Politik der KPD unter der Landbevölkerung in jener Zeit entsteht.

Erich Behnke

\* Der Autor dieser Leserzuschrift, Erich Behnke, damaliger Chefredakteur des „Klassenkampfes“, gelangte schon vor der Drucklegung zur Kenntnis des Beitrages von Werner Imig. Wir veröffentlichen seine Bemerkungen als Leserzuschrift, weil sie eine wertvolle Ergänzung des vorstehenden Aufsatzes darstellen. Gleichzeitig bitten wir unsere Leser um weitere Meinungsäußerungen zum Artikel von Werner Imig und auch zur Leserzuschrift von Erich Behnke. – Die Redaktion.

<sup>1</sup> Vgl. Heinrich Rau: Die Bauernpolitik der KPD unter Führung Ernst Thälmanns. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1960, Heft 3, S. 457–459.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda, S. 463.

## Neue Wege und Erkenntnisse bei der Erforschung des Kampfes der deutschen Arbeiter gegen den Kapp-Putsch

Das Prinzip der Einheit von Lehre und Forschung wird heute von allen Historikern in unserer Republik anerkannt. Nicht nur, weil dieses Prinzip eine positive Tradition in der Geschichte des deutschen Hochschulwesens darstellt, sondern vor allem, weil seine richtige Anwendung es möglich macht, die Lehren der Geschichte, die historischen Erfahrungen der Volksmassen besser und überzeugender zu verbreiten und damit wirkungsvoller auf die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins des Volkes Einfluß zu nehmen. Die ständige Vervollkommnung von Vorlesungen, Vorträgen und Seminaren durch eigene Forschungsergebnisse ist ein wichtiges Mittel, dem Dogmatismus zu begegnen, und dient gleichzeitig der schnelleren Entwicklung neuer Kader auf dem Gebiete der Geschichtswissenschaft.

Nun stößt jedoch die Anwendung des Prinzips der Einheit von Lehre und Forschung, besonders in den kleineren Instituten auf mancherlei Schwierigkeiten, von denen wohl der Mangel an Mitarbeitern und die daraus erwachsende Belastung der Lehrkräfte die wesentlichsten sind. Es gibt jedoch durchaus noch große, bisher wenig genutzte Möglichkeiten, um in jedem Falle auch die Forschungsarbeit zu erweitern und zu vertiefen. Eine davon ist die schon oft geforderte Einbeziehung der Studenten in die Forschungsarbeit.

Im Institut für Geschichte der Pädagogischen Hochschule Potsdam, insbesondere in der Abteilung Fernstudium, ist auf diesem Gebiet ein bemerkenswerter Erfolg erzielt worden. Von den Fernstudenten des Instituts wurden 1960 16 Staatsexamensarbeiten über den Kampf der Arbeiter gegen den Kapp-Putsch in den verschiedenen Teilen der DDR angefertigt. Rechnet man dazu noch drei Arbeiten, die von Direktstudenten geschrieben wurden, so ergibt das 19 Arbeiten von je 50 bis 120 Seiten, die eine Fülle von zum großen Teil der wissenschaftlichen Öffentlichkeit noch nicht bekanntem Material aus örtlichen Archiven und Museen enthalten. Der Gehalt der Arbeiten ist natürlich unterschiedlich, aber wir erhielten auf diese Weise doch recht guten Aufschluß über den Kampf gegen den Kapp-Putsch im Raum Ohrdruf, in Gotha, Weimar, Borna, Quedlinburg, Dresden, Leipzig, Hoyerswerda, im Senftenberger Revier, in Görlitz, Berlin, Frankfurt (Oder), Fürstenwalde, Potsdam, im Raum Eberswalde, in Angermünde, im Raum Anklam, auf Rügen sowie über die Stellung der deutschen Großbourgeoisie zum Kapp-Putsch.

Den Anstoß für diese komplexe Forschungsarbeit gaben Fernstudenten selbst, indem sie 1959 anlässlich des bevorstehenden 40. Jahrestages der Niederschlagung des Putsches der Militaristen den Wunsch äußerten, den Kampf der Werktätigen ihres Heimatgebietes gegen den Putsch zum Thema ihrer Hausarbeit für das Staatsexamen zu nehmen. Von der Abteilung Fernstudium wurden diese Wünsche sofort aufgegriffen und weitere Fernstudenten auf diese Thematik gelenkt. Anleitung und Begutachtung wurden einem Dozenten übertragen, der sich im wesentlichen nur mit den genannten Themen beschäftigte und selbst auf die-



sem Gebiet tätig war.<sup>1</sup> Es sei hierzu bemerkt, daß diese Methode selbstverständlich nur *eine* Form der Einbeziehung von Studenten in die Forschungsarbeit darstellt. Thematik und Umfang der Arbeiten dürfen die Kraft der Kandidaten nicht übersteigen.

Die Erfahrungen zeigen, daß für die Fernstudenten, die ja ihren Beruf weiter ausüben, Themen aus der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung sehr geeignet sind. Die Fernstudenten sind mit den örtlichen Einrichtungen, wie Heimatmuseen, Bibliotheken und Archiven vertraut, sie kennen die in Frage kommenden Parteiveteranen und arbeiten meist mit den Kreiskommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung zusammen. Sie haben unmittelbares Interesse an der Arbeit, weil sie ihnen auch eine wesentliche Bereicherung ihres eigenen Geschichtsunterrichts durch heimatgeschichtliches Material bringt. Viele Fernstudenten erklärten uns, daß die örtlichen Kommissionen an ihrer Arbeit großes Interesse zeigen und nach Abschluß die Arbeit als Broschüre herausgeben wollen.<sup>2</sup> Wir begrüßen ein solches Vorhaben.

Als wichtigste Quellen für solche Arbeiten sind zu nennen: Die Bestände der Landes-, Kreis-, Orts- und Betriebsarchive, gedruckte Geschäftsberichte und statistische Veröffentlichungen, örtliche zeitgenössische Presseorgane, Erinnerungen von Veteranen der Arbeiterbewegung. Voraussetzung für ein befriedigendes Ergebnis solcher komplexen Untersuchungen ist die Möglichkeit, allen Teilnehmern eine grundsätzliche, richtige Orientierung zu geben. In unserem Falle erfüllte diese Aufgabe der Aufsatz von Stefan Weber in den „Beiträgen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ zur Vorbereitung des 40. Jahrestages der Niederschlagung des Kapp-Putsches.<sup>3</sup> Es ist darüber hinaus aber erforderlich, die Autoren ständig und systematisch anzuleiten. Dies war jedoch infolge der räumlichen Entfernungen und der Termingebundenheit der Aufgabe nicht immer möglich. In mehreren Fällen bestand der Kontakt nur in brieflicher Form. Aus diesem Mangel erklärt sich ein Teil der aufgetretenen Schwächen. Grundsätzlich wäre für die Arbeit einer solchen Forschungsgemeinschaft zu empfehlen, daß die Mitglieder, nachdem sie Teile des Materials erarbeitet haben, zu wissenschaftlichen Konferenzen, Kolloquien o. ä. zusammengefaßt werden. Diese Diskussionen müßten sich mit der Klärung prinzipieller Fragen befassen.

Die Verfasser der eingereichten Arbeiten haben sich durchweg mit großem Fleiß ihrer Aufgabe unterzogen und dabei eine Fülle von Quellenmaterial zutage gefördert. Wenn aber zunächst von den allgemeinen Schwächen in den Arbeiten die Rede sein soll, dann zu dem Zweck, einige Hinweise für die Durchführung ähnlicher Unternehmen zu geben, zumal einige der aufgetretenen Mängel z. B. noch in größerem Maße bei den Arbeiten zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung erscheinen.

Manche Verfasser widmeten sich mit großer Sorgfalt der Erforschung örtlicher Details und vergaßen dabei, daß die örtlichen Ereignisse doch immer ein Bestandteil der gesamten Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiter-

<sup>1</sup> Vgl. Kurt Finker: Die Niederschlagung des Kapp-Putsches im damaligen Regierungsbezirk Potsdam. Hrsg. von der Bezirksleitung der SED, Potsdam 1960.

<sup>2</sup> Vgl. z. B. Horst Schneider: Aktionseinheit schlug Kapp. Beiträge zur Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung, Heft 6, Dresden 1960.

<sup>3</sup> Stefan Weber: Die einheitlich handelnde deutsche Arbeiterklasse kann den Militarismus besiegen. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 4.

bewegung sind. Die lokale Beschränktheit, der ungenügend sichtbare Zusammenhang mit der Gesamtgeschichte ist eine der wesentlichsten Schwächen.

Ungenügend wurde in einigen Arbeiten die Rolle der KPD herausgearbeitet. Manche Autoren beschränkten sich auf die Wiedergabe einiger Zitate aus den Beschlüssen der Parteizentrale, ohne konkret zu untersuchen, wie die Kommunisten im ganzen Lande den Kampf nicht nur für den Sturz Kapps, sondern darüber hinaus für die Bewaffnung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Militaristen führten. Wenig erfahren wir auch darüber, wie das entschlossene Auftreten der Kommunisten revolutionierend auf große Teile der Arbeiterklasse gewirkt hat und wie es insbesondere auf die Formierung der linken Mehrheit in der USPD Einfluß hatte. Oft wird die Tatsache angeführt, daß im Sommer 1920 eine große Zahl von Gründungen von KPD-Ortsgruppen sowie von Übertritten von Mitgliedern der USPD zur KPD zu verzeichnen ist, ohne diese Erscheinung genauer zu untersuchen. Im Zusammenhang mit dieser gewissen Unterschätzung der Rolle der KPD, die mit der damaligen zahlenmäßigen Schwäche der Partei, besonders in den kleineren Städten und auf dem Lande, zu begründen versucht wird, steht die falsche oder fehlende Einschätzung der antimilitaristisch-demokratischen Forderungen, die die KPD im Kampf gegen den Militärputsch aufstellte. Offenkundig haben nicht alle dieser Fernstudenten Lenins Ausführungen über die Revolution in der Epoche des Imperialismus gründlich genug studiert und ihren Arbeiten zugrundegelegt. Infolge der ungenügenden Beherrschung theoretischer Grundfragen besteht eine Hauptschwäche darin, daß viele Autoren das aufgefundene Faktenmaterial ungenügend auswerten und einordnen. Manche Arbeiten bestehen in weiten Teilen aus einer Aneinanderreihung von Fakten, die im einzelnen zwar sehr interessant und aufschlußreich sind, die aber in den Rahmen des Ganzen gestellt und verarbeitet werden müssen. Die theoretische Durchdringung fehlt in vielen Fällen. Einige Verfasser schildern in ausführlicher Breite den Verlauf von Verhandlungen und Sitzungen und berücksichtigen zuwenig den Kampf der Massen auf den Straßen und in den Betrieben, wozu die bessere Auswertung von Veteranenberichten notwendig gewesen wäre. Mehrfach häufen sich Zitate aus sekundärer Literatur, ohne daß diese Äußerungen gründlich ausgewertet und beurteilt werden.

Eine häufig auftretende Schwäche besteht in der fehlenden Exaktheit der Formulierungen. Viele Formulierungen sind unklar, ungenau, lassen eine mehrfache Deutung zu, wodurch manche aus dem Quellenmaterial gewonnene Feststellung in ihrer Aussagekraft beeinträchtigt wird.

Die hier aufgeführten Schwächen mindern jedoch nicht den positiven Gesamteindruck von der Forschungsarbeit, die die Fernstudenten geleistet haben. Bereits eine erste Durchsicht der Arbeiten zeigt, daß unsere Kenntnis vom Kampf der deutschen Arbeiter und anderer Schichten gegen den Putsch der Militaristen wesentlich bereichert worden ist. Nachstehend sollen einige wichtige Ergebnisse angeführt werden.

Unsere Kenntnis von der Vorbereitung und den Hintergründen des Kapp-Putsches wurde wesentlich erweitert.

Es zeigt sich, daß viele ostelbische Junker nicht nur mittelbar die Putschvorbereitungen unterstützten, indem sie die Baltikumer auf ihren Gütern aufnahmen, sondern auch direkt an den Vorbereitungen beteiligt waren.

Die Junker betrieben eifrig die Aufstellung von Einwohnerwehren und sorgten dafür, daß in den Wehren konterrevolutionäre Elemente die Oberhand behielten. Eine Sitzung des „Landwirtschaftlichen Vereins“ des Kreises Angermünde am

10. März 1920 befaßte sich z. B. mit dieser Frage. Die Einwohnerwehr in Zichow, Kreis Angermünde, bestand aus 38 Mann. Acht davon waren irreführte Landarbeiter, die übrigen Großbauern, Gutsangestellte, Kleinbürger. Sie alle standen unter der Führung des Grafen von Arnim.<sup>4</sup> Ähnlich war es in fast allen Gutsdörfern Ostelbiens. Den Einwohnerwehren war beim Staatsstreich die Rolle zugeordnet, das flache Land unter die militärische Kontrolle der Junker zu bringen.

Ein Bild von der zahlenmäßigen Stärke der Wehren vermitteln folgende Beispiele aus dem Jahre 1919: Kreis Rügen = 38 Wehren mit 536 Mitgliedern, Kreis Calau = 26 Wehren mit 583 Mitgliedern.

Der Aufbau der Einwohnerwehren wurde von den rechten SPD-Führern unterstützt. Es gelang den revolutionären Arbeitern jedoch, in einigen Kreisen die Bildung der Wehren fast völlig zu verhindern, z. B. in Anklam.

Die Junker schürten insbesondere die Hetze gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und gegen die parlamentarische Regierung, wozu sie sich auch ihres Sprachrohrs, der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), bedienten. Am 4. Februar 1920 ließ z. B. der pommersche Junker von der Osten in der preußischen Landesversammlung folgende Tiraden vom Stapel: „In Anklam hat ein übel berüchtigter bolschewistischer Agitator systematisch nach russisch-bolschewistischer Manier gearbeitet und geäußert: ‚Die Spitzbuben, die Gutsbesitzer, müssen an ihre Scheunentore genagelt und gekreuzigt werden!‘“<sup>5</sup>

Diese Hetze sollte dazu dienen, die kleinbürgerlichen Massen in eine Pogromstimmung gegen die Kommunisten zu versetzen und den kommenden Militärdiktator als Retter erscheinen zu lassen.

Auf der I. Generalversammlung des Pommerschen Landbundes am 3. März 1920 in Stettin sprach Direktor v. Dewitz über die „Gefahr des Bolschewismus“ und sagte: „Den Tag, an dem die Männer dieser Regierung Männern Platz machen, die wissen, was sie wollen, werden wir segnen. Wir sind der Verpflichtung, unser Volk zu ernähren, bewußt und fühlen uns verpflichtet, die geschlossene Macht der Landwirtschaft auch anzuwenden, um Deutschland wieder aufzurichten.“<sup>6</sup>

Diese Worte wurden zehn Tage vor dem Einmarsch Ehrhardts in Berlin gesprochen. Setzen wir dazu das Eingeständnis Oldenburg-Januschau aus dem Jahre 1936, wonach ihm Kapp Anfang 1920 seinen Putschplan auseinandergesetzt und er ihm dazu noch Ratschläge gegeben habe<sup>7</sup>, so läßt das die Schlußfolgerung zu, daß ein großer Teil der Junker von den Putschvorbereitungen gewußt und diese aktiv unterstützt hat. Das wird bestätigt durch eine Erklärung des Reichsbauernverbandes von Cottbus unter Herrn v. Natzmer vom 11. März 1920, wonach die Nationalversammlung keine Daseinsberechtigung mehr habe, und ihre Auflösung nötig sei.<sup>8</sup>

Von Oldenburg-Januschau erfahren wir auch, wie die Junker sich die Anwendung der „geschlossenen Macht der Landwirtschaft“ dachten: „Gegenüber Berlin

<sup>4</sup> Vgl. Heinz Schütte: Der Widerhall des Kapp-Putsches im Kreis Angermünde, Staatsexamensarbeit, Potsdam 1960.

<sup>5</sup> Anklamer Zeitung, 7. Februar 1920. Zit. in: Wolfgang Zenke: Die Verschärfung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen Junker und Bourgeoisie im Kreise Anklam vom Sommer 1919 bis zum Kapp-Putsch, Staatsexamensarbeit, Potsdam 1960, S. 79.

<sup>6</sup> Anklamer Zeitung, 6. März 1920. Zit. in: Ebenda, S. 81.

<sup>7</sup> Vgl. v. Oldenburg-Januschau: Erinnerungen, Leipzig 1936, S. 212.

<sup>8</sup> Vgl. Alfred Fuhrich: Der siegreiche Kampf der geeinten Arbeiterklasse des Senftenberger Braunkohlenreviers gegen Kapp-Lüttwitz und ihre Handlanger, Staatsexamensarbeit, Potsdam 1960, S. 36.



sitze man am längeren Hebelarm, da man die Ernährung der Hauptstadt bis zu einem gewissen Grade unterbinden könne.<sup>9</sup>

Die sozialdemokratische „Märkische Volksstimme“ vom 16. März 1920 berichtete von einer Tagung der Niederlausitzer Gutsbesitzer, die kurz vor Ausbruch des Putsches in Berlin stattfand. Der Führer der Niederlausitzer Junker und Vorsitzende der DNVP im Kreis Cottbus, Herr v. Natzmer, erhob am 12. März 1920 Forderungen, die mit denen von Kapp und Lüttwitz auffällig übereinstimmten.<sup>10</sup> Unter diesen Forderungen fand sich auch die nach dem „Streikrecht“ für landwirtschaftliche Betriebe, worunter die Liefersperre für Lebensmittel an die Städte zu verstehen war.

Aushungerung der städtischen Proletarier, gestützt auf Soldaten, Freikorps-söldner und Einwohnerwehren, das war einer der Beiträge, den die Junker zum Staatsstreich beizusteuern gedachten.

Die lokalen Zeitungen der DNVP und der Deutschen Volkspartei (DVP) hetzten unaufhörlich gegen die Arbeiterbewegung und auch gegen die bestehende Regierung. Die „Görlitzer Nachrichten“ (DNVP) warfen der Regierung Ebert-Bauer nicht nur Unfähigkeit und Verrat gegenüber der Entente vor, sondern auch Tatenlosigkeit gegenüber der „bolschewistischen Gefahr“. Am 2. März 1920 erklärte die Zeitung, daß der Augenblick einer gründlichen Neugestaltung Deutschlands nicht mehr fern sei.<sup>11</sup> Die „Jenaische Zeitung“ vom 27. Januar 1920 feierte den Geburtstag von Wilhelm II. und gab der Hoffnung nach einem „starken Mann“ in Deutschland Ausdruck. Am 8. März 1920 erschien in der „Leipziger Allgemeinen Zeitung“ ein Leitartikel unter der Überschrift „Herunter mit der Regierung!“, worin es hieß: „Der jetzt anbrechende Kampf gegen das Fortbestehen der Nationalversammlung wird mit einer so entschiedenen Rücksichtslosigkeit geführt werden müssen, daß die jetzige Diktatur der Mehrheitsparteien der Nationalversammlung aus dem Sattel gehoben wird.“<sup>12</sup> Diese Pressehetze, für die hier nur einige Beispiele stehen, hatte die Aufgabe, die Stimmung für ein gewaltsames Vorgehen der Militaristen vorzubereiten. Die Massen sollten den Staatsstreich als etwas Notwendiges hinnehmen, da die bisherige Form der parlamentarischen Demokratie versagt habe.

Begleitet wurde die Hetze in den Zeitungen durch Provokationen verschiedener Art. So legten Ende September 1919 die Fraktionen der Rechtsparteien im Stadtparlament von Fürstenwalde ihre Mandate nieder, um die Notwendigkeit eines Umsturzes zu „beweisen“. Das Görlitzer Reichswehrebataillon kehrte im Februar 1920 unter schwarz-weiß-roten Fahnen aus Oberschlesien zurück. Im Januar 1920 begann in Cottbus die Aufstellung von Zeitfreiwilligeneinheiten, nachdem die „Lausitzer Landeszeitung“ (DNVP) provokatorisch dazu aufgerufen hatte. Während des Kampfes um das Betriebsrätegesetz im Januar 1920 wurde das Leipziger Zeitfreiwilligenregiment in Stärke von 3300 Mann in Alarmbereitschaft versetzt. Offenkundig dienten diese Provokationen dazu, die Atmosphäre weiter zu erhitzen, um einen Vorwand für die „Sicherung der Ordnung“ zu erhalten.

<sup>9</sup> v. Oldenburg-Januschau: *Erinnerungen*, S. 212.

<sup>10</sup> Vgl. Günter Meusel: *Die Kampfaktionen der Arbeiterklasse des Kreises Hoyerswerda zur Niederschlagung des Kapp-Putsches*, Staatsexamensarbeit, Potsdam 1960, S. 32.

<sup>11</sup> Zit. in: Karl Gärtner: *Der Kampf der Görlitzer Arbeiter gegen den Kapp-Putsch*, Staatsexamensarbeit, Potsdam 1960, S. 16.

<sup>12</sup> Zit. in: Margarete Siegfried: *Der Kampf der Arbeiterklasse Leipzigs gegen den Kapp-Putsch*, Staatsexamensarbeit, Potsdam 1960, S. 17.

An den Putschvorbereitungen beteiligte sich ein großer Teil der aktiven Reichswehroffiziere. Gehen wir davon aus, daß die Militärdiktatur sich zu einem wesentlichen Teil gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung richten sollte, so gewinnt die Tatsache besondere Bedeutung, daß von den Reichswehrkommandos Listen mit den Namen revolutionärer Arbeiterführer angelegt wurden. So enthielt ein geheimer Erkundungsbericht der II. Abteilung des Freiwilligen Landesjägerskorps (Thüringen) vom 22. Januar 1920, der sich auf die Angaben von drei Fabrikdirektoren und einem Major als „Gewährsleute“ stützte, die Namen der örtlichen KPD- und USPD-Führer, die als „Rädelsführer“ und „Hetzer“ bezeichnet wurden.<sup>13</sup> Die Unternehmer betätigten sich also als Zutreiber der weißen Banden.

Bezeichnenderweise wurden in einem Erkundungsbericht des Garnisonskommandos Erfurt die rechten SPD-Führer als „ungefährlich“ und „durchaus zuverlässig“ eingeschätzt.<sup>14</sup> Im Senftenberger Bergbaurevier verlangte die Reichswehr von den Kohlenbaronen als Gegenleistung für den militärischen Schutz ihrer Interessen gleichfalls Informationen über die Stimmung der Bevölkerung, die Haltung der Parteien und über die revolutionären Führer der Arbeiterklasse.<sup>15</sup> Ähnliche „Nachforschungen“ betrieben Reichswehrkommandos auch in anderen Teilen der Provinz Brandenburg. Das war eine Handlungsweise, die in merkwürdigem Gegensatz zu dem sonst so lautstark betonten „unpolitischen“ Charakter der Truppe stand und die nur aus den Vorbereitungen für den Staatsstreich und die gewaltsame Zerschlagung der Arbeiterbewegung zu erklären ist.

Zweifelloos standen außer den bisher bekannten auch noch andere Reichswehrkommandeure mit den Putschisten im Bunde und bereiteten ihre Soldaten bewußt auf die Aktion vor. Einer von ihnen war Major Buchrucker, Garnisonskommandant von Cottbus, der täglich politische Vorträge vor Soldaten hielt. Über den Inhalt dieser Vorträge berichtete die KPD-Zeitung „Der Klassenkampf“ vom 7. Januar 1920. In einem Gespräch hatte ein Soldat erzählt, „daß sie spätestens im Januar nach Berlin transportiert werden würden, um die Sattlermeister- und Korbmacherregierung davonzujagen und wieder einen richtigen Monarchen einzusetzen.“<sup>16</sup> Die verdächtige Eile, mit der der Garnisonskommandant von Potsdam, Generalmajor von der Hardt, offen Partei für Kapp ergriff, lassen auch hier den Verdacht einer vorherigen Zusammenarbeit als begründet erscheinen.<sup>17</sup>

Diese Beispiele gestatten einige Schlußfolgerungen. Die Vorbereitung des Kapp-Putsches war nicht nur die Angelegenheit einer kleinen Clique von Militaristen und Revanchisten. Sie wurde vielmehr großzügig und systematisch auf politischem, militärischem und ideologischem Gebiet betrieben. Träger dieser unmittelbaren Vorbereitung waren die ostelbischen Junker, die Politiker der DNVP und der DVP sowie einflußreiche Kreise des Offizierkorps. Die Vorbereitungen standen wesentlich unter dem Gesichtspunkt, der Aktion eine Mas-

<sup>13</sup> Vgl. Hans Kohl: Der Kampf der Arbeiter Thüringens in der Zeit des Kapp-Putsches (unter besonderer Berücksichtigung der Ereignisse in Gotha und Weimar), Staatsexamensarbeit, Potsdam 1960, S. 18.

<sup>14</sup> Vgl. ebenda.

<sup>15</sup> Vgl. Alfred Fuhrich: Der siegreiche Kampf der geeinten Arbeiterklasse des Senftenberger Braunkohlenreviers, S. 28.

<sup>16</sup> Zit. in: Günter Meusel: Die Kampffaktionen der Arbeiterklasse des Kreises Hoyerswerda..., S. 31.

<sup>17</sup> Vgl. Kurt Finker: Die Niederschlagung des Kapp-Putsches..., S. 26/27.

senbasis im Kleinbürgertum und in der Bauernschaft zu sichern und die revolutionären Führer der Arbeiterklasse auszuschalten. Die Putschisten verfügten über starke ökonomische, militärische und politische Möglichkeiten. *Der Vorbereitung des Kapp-Putsches diente also ein ganzes System von Bestrebungen auf den verschiedensten Ebenen.* (Wenn hier über die Rolle der Großbourgeoisie wenig gesagt wurde, dann aus dem Grunde, weil sich in den untersuchten Arbeiten darüber wenig Material findet.)

Um so höher ist der Erfolg des Abwehrkampfes der Arbeiterklasse einzuschätzen, der schlagartig und massiv einsetzte und die Potenzen der Putschisten nicht zur Wirksamkeit kommen ließ. Die wesentlichste Voraussetzung für die Entfaltung der Massenabwehr hatte die KPD durch ihre unermüdliche Aufklärungsarbeit und Entlarvung der konterrevolutionären Kräfte geschaffen. Die KPD hatte nicht nur auf dem III. Parteitag und am 12. März 1920 in der „Roten Fahne“ vor dem drohenden Putsch gewarnt. Die Kommunisten hatten in vielen Kundgebungen, Zeitungsartikeln und Flugblättern in den Monaten vor dem Kapp-Putsch die Absichten der Konterrevolution entlarvt. Es ist das historische Verdienst der Kommunisten und linken USPD-Genossen, daß die Masse der Arbeiterklasse vom Kapp-Putsch nicht überrascht wurde und daß es den Putschisten nicht gelang, im Kleinbürgertum und in der Bauernschaft einen Massenanhang zu finden.

Interessantes Material wurde auch über die Haltung der Reichswehrsoldaten und die Stellung der revolutionären Arbeiter zu den einfachen Soldaten während der Kapp-Tage erschlossen.

Es zeigte sich, daß die reaktionären Offiziere ihre Soldaten durchaus nicht in jedem Falle fest in der Hand hatten. In Brandenburg verteilten Soldaten illegal das Kampfflugblatt des Aktionsausschusses unter den Angehörigen der Garnison. In Neuruppin schmuggelten Soldaten Waffen aus der Kaserne und übergaben sie den Arbeitern. Hier weigerte sich eine MG-Kompanie, die vorwiegend aus älteren Soldaten bestand, gegen demonstrierende Arbeiter vorzugehen und widersetzte sich andererseits mit Waffengewalt der Entwaffnung durch eine reaktionäre Einheit. In Jüterbog kam es am 19. März 1920 zu einer Soldatenversammlung, auf der die Soldaten die Absetzung von reaktionären Offizieren, die Ablegung der Schulterstücke und die Entfernung des verhaßten Kommandeurs der Artillerieschießschule, Oberst Wächter, forderten. Erst die Versprechungen des Landrats und rechter Gewerkschaftsführer „beruhigten“ hier die Soldaten. In Havelberg solidarisierte sich die dortige Bewachungsmannschaft des russischen Kriegsgefangenenlagers mit den Arbeitern und ermöglichte vielen Gefangenen die Flucht.<sup>18</sup> In Friedrichshagen (bei Berlin) wurde der Mörder Rosa Luxemburgs, Hauptmann v. Pflugk-Hartung, durch die Handgranaten von fünf rebellierenden Soldaten getötet. Die Untersuchung verlief ergebnislos, man konstatierte einen „bedauerlichen Unglücksfall“.<sup>19</sup> Im Verlauf der Auseinandersetzungen in Frankfurt (Oder) stellte sich das dortige Telegraphenbataillon auf die Seite der Arbeiter und nahm mit ihnen Verbindung auf.<sup>20</sup> Am 16. März 1920 weigerten sich Küstriner Soldaten in Eberswalde, auf demonstrierende Arbeiter zu schießen. Das Kommando mußte zurückgezogen werden. Am 14. März 1920 mußten Buchruckers Weißgardisten das in Sielow

<sup>18</sup> Vgl. ebenda, S. 31, 44, 58.

<sup>19</sup> Vgl. Annemarie Hilbert: Der Kampf der Arbeiterklasse Berlins gegen den Kapp-Putsch, Staatsexamensarbeit, Potsdam 1960, S. 89/90.

<sup>20</sup> Vgl. Karl-Heinz Kant: Der Kapp-Putsch und seine Niederschlagung in Frankfurt (Oder), Staatsexamensarbeit, Potsdam 1960, S. 37.



## *Neue Wege bei der Erforschung des Kampfes gegen den Kapp-Putsch*

bei Cottbus liegende „unsichere“ Landsturmabteilung entwaffnen, weil es sich nicht gegen die Arbeiter mißbrauchen ließ.<sup>21</sup>

Diese Tatsachen zeigen, daß nicht wenige Soldaten die Erkenntnis gewonnen hatten, daß sie für volksfeindliche Zwecke mißbraucht werden sollten. Das Bewußtsein der Solidarität war bei diesen Soldaten stärker als der Kadavergehorsam, in dem sie erzogen worden waren. Man darf aber diese Erscheinung, die nur für eine Minderheit der Reichswehr zutraf, nicht überschätzen. Die Mehrheit der Soldaten folgte durchaus noch den Offizieren. Wenn aber vom Kampf der deutschen Arbeiter gegen den Kapp-Putsch die Rede ist, dann dürfen wir dabei nicht jene Proletarier in Uniform vergessen, die durch ihre tapfere Haltung das Instrument der Militaristen lähmten und mithalfen, das reaktionäre Unternehmen zum Scheitern zu bringen.

Die Kommunisten und revolutionären Arbeiter trieben in den Kapp-Tagen eine eifrige Aufklärungsarbeit unter den Soldaten. Sie verteilten Aufrufe, hielten Ansprachen, knüpften Gespräche an und versuchten auf vielfältige Weise, den einfachen Soldaten ihre Klasseninteressen bewußt zu machen. Die Offiziere suchten dieser Arbeit durch eine wilde antikommunistische Verhetzung und durch Terror zu begegnen. Die Erfahrungen der Märztag 1920 waren für die KPD von grundsätzlicher Bedeutung. Sie entwickelte in den folgenden Jahren unter schwierigsten Bedingungen eine intensive Aufklärungsarbeit in der Polizei und der Armee der Weimarer Republik.<sup>22</sup>

Aufschlußreich waren weiterhin die Untersuchungen über die Tätigkeit der von den Arbeitern gebildeten Kampfleitungen. Es ist notwendig, einmal die Frage nach dem Charakter dieser Organe aufzuwerfen.

In Senftenberg bildete sich ein Aktionsausschuß, der die Funktion einer zentralen Kampfleitung für das ganze Kohlenrevier übernahm und durch Kuriere mit den örtlichen Ausschüssen in Verbindung stand. Die Senftenberger Leitung stützte sich auf die bewaffneten Arbeiter und hatte in den Kampftagen faktisch die Macht im Revier in der Hand. Sie befaßte sich nicht nur mit der Organisation des Generalstreiks und der Formierung bewaffneter Hundertschaften, die sie den Cottbusser Arbeitern zu Hilfe schickte, sondern sie setzte in dem von den Arbeitern beherrschten Gebiet lebenswichtige Betriebe zur Versorgung der werktätigen Bevölkerung wieder in Gang und ließ sie durch bewaffnete Arbeiter sichern, sie verbot konterrevolutionäre Zeitungen, setzte eine Sperrstunde fest, verbot den Alkoholausschank und beschlagnahmte Waffen und Kraftfahrzeuge der Bourgeoisie. Bewaffnete Streifen des Aktionsausschusses, kenntlich durch rote Armbinden, übten Polizeigewalt aus und kontrollierten die Straßen und Ortsausgänge. Einige Führer der Konterrevolution wurden festgenommen.<sup>23</sup>

Eine bemerkenswerte Erscheinung zeigte sich in dem Dorf Weißkollm, Kreis Hoyerswerda. Das 2200 ha große Gut dieses Ortes gehörte Hugo Stinnes, der durch Aneignung ruinierter Bauernwirtschaften das Gut zu dieser Größe gebracht hatte. Es gab außer den Landarbeitern in dem Dorf 85 Klein- und Mittelbauern mit insgesamt 120 ha — das entsprach einem durchschnittlichen

<sup>21</sup> Vgl. Alfred Fuhrich: Der siegreiche Kampf der geeinten Arbeiterklasse des Senftenberger Braunkohlenreviers..., S. 49.

<sup>22</sup> Vgl. Franz Sabernack: Politische Aufklärungsarbeit der Kommunisten in der Reichswehr und der Polizei in der Weimarer Republik (unter besonderer Berücksichtigung des Raumes Fürstenwalde (Spree)), Staatsexamensarbeit, Potsdam 1960.

<sup>23</sup> Vgl. Alfred Fuhrich: Der siegreiche Kampf der geeinten Arbeiterklasse des Senftenberger Braunkohlenreviers.

Landbesitz von 1,41 ha. Am 15. März 1920 faßte eine Versammlung von Kleinbauern und Landarbeitern mit Unterstützung von Industriearbeitern benachbarter Gruben den Beschluß, das Gut aufzuteilen. Die Versammlung wählte eine Kommission zur Durchführung dieses Beschlusses. Eine von der Gutsverwaltung alarmierte Reichswehreinheit aus Görlitz besetzte daraufhin das Gut und verhaftete die Führer der Arbeiter und Kleinbauern, ergriff jedoch bald vor herbeieilenden bewaffneten Arbeitern aus Laubusch unter Mitnahme der Verhafteten die Flucht. Die Arbeiter nahmen zwei Gutsbeamte als Geiseln fest, um das Leben ihrer verschleppten Genossen zu schützen. Das Gut wurde für die nächsten Tage unter Arbeiterkontrolle gestellt.

Handelt es sich bei diesem Ereignis auch um eine spontane Einzelaktion der verbündeten Arbeiter und Bauern, so zeigt es doch die Entschlossenheit und den Willen der Werktätigen, den Kampf gegen die Militaristen mit dem Kampf um politischen und sozialen Fortschritt zu verbinden. Es zeigt gleichfalls, wie im Kampf für diese Ziele das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft entstand.<sup>24</sup>

In Eberswalde bildete sich ebenfalls eine zentrale Kampfführung für das gesamte Finowgebiet, die den Namen „Zentralrat“ führte und sich gleichfalls auf die etwa 2000 bewaffneten Arbeiter stützte. Der Eberswalder Zentralrat hatte faktisch die Macht im Finowgebiet inne. Er übte durch bewaffnete Arbeiter die Polizeigewalt aus, beschlagnahmte Waffen, Fahrzeuge und Treibstoff, richtete einen Wach- und Streifendienst ein, der auch auf die umliegenden Orte ausgedehnt wurde, organisierte die Bewaffnung der benachbarten Güter und Einwohnerwehren, kontrollierte Mühlen, Bäckereien und Lebensmittelgeschäften zur Versorgung der Bevölkerung, organisierte die Heranschaffung von Lebensmitteln, verbot den Alkoholausschank und ließ in einem Ort Geiseln zum Schutz verschleppter Arbeiter festnehmen. Die Hauptschwäche in der praktischen Politik war jedoch die Vertrauenslosigkeit gegenüber der Reaktion. So blieben der Oberbürgermeister und die Beamten im Amt. Sie besaßen zwar keine realen Machtbefugnisse, konnten aber gegen die Arbeiter konspirieren, was der Oberbürgermeister auch tat, indem er Reichswehr aus Küstrin zu Hilfe rief. Ein entwaffneter, aber nicht festgenommener Polizist betätigte sich als Spitzel und denunzierte fortschrittliche Arbeiter bei der Reichswehr. Der Zentralrat nutzte auch ungenügend die Möglichkeiten aus, die das Vorhandensein einer örtlichen Presse zur Aufklärung und Mobilisierung der Bevölkerung bot.<sup>25</sup>

Ein hohes politisches Niveau erreichte die Bewegung im Raum Gotha-Ohrdruf.<sup>26</sup> In den Orten dieses Gebiets bildeten sich Aktionsausschüsse, in denen besonders Mitglieder noch bestehender Arbeiterräte sowie von Betriebsräten mitarbeiteten. In Ohrdruf entstand am 15. März 1920 ein „Vollzugsrat“ aus drei Kommunisten, einem Sozialdemokraten und elf USPD-Mitgliedern, der die Funktion einer zentralen Kampfführung innehatte und die örtlichen Ausschüsse anleitete. Der Vollzugsrat kontrollierte die Stadtverwaltung sowie den Telefonverkehr, leitete die Bewaffnung der Arbeiter und die Verteilung der Waffen an umliegende Orte und formierte eine Hundertschaft, die er plan-

<sup>24</sup> Vgl. Günter Meusel: Die Kampffaktionen der Arbeiterklasse des Kreises Hoyerswerda.

<sup>25</sup> Vgl. Werner Schuricht: Der Kampf der Arbeiter in Eberswalde und im Finowgebiet gegen den Kapp-Putsch, Staatsexamensarbeit, Potsdam 1960.

<sup>26</sup> Vgl. Ruthard Hellbach: Der Kampf der Arbeiter gegen den Kapp-Putsch im Raume südlich von Gotha (Ohrdruf und Umgebung), Staatsexamensarbeit, Potsdam 1960.

mäßig unter Leitung eines ehemaligen Feldwebels und eines ehemaligen Unteroffiziers ausbilden ließ. Im Verlauf der Kämpfe begann der Vollzugsrat mit der Erfassung aller waffenfähigen Männer im Alter von 20 bis 45 Jahren zur Aufstellung der in Aussicht genommenen roten Volkswehrarmee. Der Vollzugsrat, in dessen Organen auch Frauen mitarbeiteten, organisierte die Lebensmittelversorgung durch erfolgreiche Sammlungen bei Fleischern und Bäckern sowie durch Beschlagnahme der Vorräte. Er veranlaßte den Druck von Brotmarken und bekämpfte Diebstähle und Schiebung. An den Mauern klebten Plakate mit der Warnung „Tod den Dieben!“ Einige Reaktionäre wurden verhaftet, darunter ein Unternehmer, der den streikenden Arbeitern mit fristloser Entlassung gedroht hatte, um ihre Kampfmoral zu untergraben. In der Gemeinde Crawinkel löste der Aktionsausschuß nicht nur die militärischen Aufgaben, sondern er veranlaßte auch die Lebensmittelablieferung durch die Bauern, veranstaltete eine Versammlung zur Aufklärung der Bevölkerung, beschlagnahmte alle Lebens- und Futtermittelvorräte, überwachte den Verkehr, ließ Gutscheine für bedürftige Familien ausgeben, verhaftete den Vorsitzenden des Kriegervereins wegen Sabotageverdacht, erteilte die Genehmigung für die Generalversammlung des Konsumvereins und zog finanzielle Forderungen der Gemeinde ein. Der Bürgermeister war formell zwar nicht abgesetzt, faktisch aber ausgeschaltet. Am 19. März 1920 begann der Aktionsausschuß mit der Erfassung aller waffenfähigen Männer auf Grund der Unterlagen des Gemeindeamtes. Nach der Eroberung des Truppenübungsplatzes Ohrdruf bildete sich hier der „Vollzugsrat der 1. Volkswehrarmee“ (in manchen Dokumenten auch „Soldatenrat“ genannt). Er beschäftigte sich mit der Weiterführung des militärischen Kampfes, dessen erstes Ziel, die Einnahme von Gotha, am 19. März 1920 erreicht wurde, und schuf die dazu nötigen politischen und organisatorischen Voraussetzungen. In einem „Mitteilungsblatt für die Volkswehr“ vom 20. März 1920 rief der Vollzugsrat dazu auf, eine reguläre Armee zu bilden, um den Kampf weiterführen zu können: „Kapp, Lüttwitz und Noske sind zwar zurückgetreten, aber das System Noske-Lüttwitz besteht weiter. Jetzt muß weitergekämpft werden, bis die Reichswehr, Einwohnerwehr, Zeitfreiwilligen und grünen Sicherheitspolizisten entwaffnet sind und die werktätige Bevölkerung bewaffnet ist . . .

Der Kampf wird nicht von heute auf morgen entschieden sein. Er wird länger dauern.

Eine reguläre Armee, eine tüchtige, begeisterte Rote Garde ist zu seiner Führung unbedingt notwendig.“<sup>27</sup>

Diese Beispiele bilden eine Ergänzung zu den bisher bereits bekannten Tatsachen über die Tätigkeit der Arbeiterräte in Chemnitz und im Ruhrgebiet. Es läßt sich dazu folgendes feststellen: In verschiedenen Teilen Deutschlands bildeten sich im Laufe des Kampfes über den örtlichen Rahmen hinausgehende Führungsorgane heraus, deren Machtbereich sich über ein gewisses Territorium erstreckte. Sie handelten nach gleichen Prinzipien und stützten sich auf bewaffnete Arbeiter und die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung. Diese Organe leiteten nicht nur die Streiks und den militärischen Kampf, sondern sie begannen auch mit einer wirtschaftlich-organisatorischen und politisch-ideologischen Tätigkeit staatlichen Charakters. Die Organe des bestehenden bürgerlichen Staates waren in diesen Gebieten weitgehend ausgeschaltet. Man muß diese Führungsorgane darum als *Ansätze einer revolutionär-demokratischen Volks-*

<sup>27</sup> Fotokopie. Zit. in: Ebenda, S. 121.



*macht* einschätzen. Es wäre falsch, ihre Wirksamkeit zu überschätzen und etwa von einer zeitweiligen Doppelherrschaft in Deutschland zu sprechen. Sicher aber ist doch, daß die Organe, von denen hier die Rede ist, staatliche Funktionen ausüben und etwas grundlegend Neues auf staatlichem Gebiet darstellen. Ihre Tätigkeit war territorial und zeitlich relativ begrenzt, darum kann auch nur von Ansätzen einer neuen Macht die Rede sein.

Die Führungsorgane, die im Kampf gegen den Militaristenputsch entstanden zeugen von der Schöpferkraft der Arbeiterklasse. Hier wurden in wenigen Tagen Dinge vollbracht, zu denen die Organe des bürgerlich-parlamentarischen Staates in den 18 Monaten ihrer Existenz infolge ihrer klassenmäßigen Gebundenheit und subjektiven Beschränktheit nicht in der Lage waren.

Wenn Hermann Matern feststellte, daß die „Tätigkeit der zwar kleinen und verfolgten, aber aktiven KPD insgesamt einen großen Einfluß auf die revolutionäre Bewußtseinsbildung in der deutschen Arbeiterklasse“ ausübte<sup>28</sup>, so zeigte sich dies besonders deutlich in den Kapp-Tagen. Ein großer Teil der Arbeiterklasse erkannte, daß der Kampf nicht nur gegen den Putsch, sondern gegen alle Kräfte des Militarismus zu führen ist. Dieser Teil der Arbeiterklasse ging über den Abwehrstreik hinaus und ging entsprechend der Losung der KPD zur Bewaffnung und zum Angriff gegen die bewaffneten Kräfte der Konterrevolution über.

Die Aufforderung der KPD, Arbeiterräte zu bilden, fand großen Widerhall und führte in einigen Teilen Deutschlands zu Ansätzen in der Bildung revolutionär-demokratischer Machtorgane der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse.

Dies sind einige Ergebnisse, die sich aus den Staatsexamensarbeiten der Fernstudenten gewinnen ließen. Damit ist ihre Auswertung noch keineswegs erschöpft. Es findet sich in ihnen noch teilweise reichhaltiges Material über solche Fragen wie die Rolle der rechten SPD- und USPD-Führer in den Städten und Dörfern, über die Wirkung des geschlossenen Auftretens der Arbeiterklasse auf die Mittelschichten, über die Haltung der Reichswehr, über die Intensität und das Ausmaß des Kampfes gegen die Militaristen (darunter eine Arbeit über den Kampf der Landarbeiter auf der Insel Rügen, einem der rückständigsten Teile des damaligen Deutschlands)<sup>29</sup>, über die Rolle des Antikommunismus bei der Niederwerfung der kämpfenden Arbeiter und über die hartnäckigen Abwehrkämpfe der Arbeiter gegen den weißen Terror nach dem Verrat der rechten SPD-Führer. Schließlich enthalten die Arbeiten viele bisher wenig bekannte Einzelheiten über die politische und soziale Lage in den Städten und Dörfern Ost- und Mitteldeutschlands. Horst Althaber wertete z. B. Schulchroniken auf Rügen aus und fand dabei folgende Eintragung eines Lehrers in Lietzow-Saier aus dem Jahre 1920, die ein grelles Licht auf die Verhältnisse im kapitalistischen deutschen „Kulturstaat“ wirft: „Im Sommerhalbjahr war der Schulbesuch nur sehr mäßig. Besonders die Kinder des Gutes Borchtitz mußte ich oft zu Feldarbeiten beurlauben, weil ich sonst kein Essen bekommen hätte.“<sup>30</sup>

Auch gegen diese Zustände kämpften die deutschen Arbeiter im März 1920.

<sup>28</sup> Hermann Matern: Aktionseinheit schlug die Reaktion. In: Einheit, 1960, Heft 3 S. 446.

<sup>29</sup> Vgl. Horst Althaber: Der Kapp-Putsch und seine Auswirkungen auf Rügen, Staatsexamensarbeit, Potsdam 1960.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 73.

Ausgehend von unseren Erfahrungen und Ergebnissen, möchte ich folgende Vorschläge unterbreiten: Es ist ein Autorenkollektiv zu schaffen, das die Ausarbeitung einer gründlichen und umfassenden Darstellung des Kampfes der deutschen Arbeiter gegen den Kapp-Putsch in Angriff nimmt. Erste Aufgabe dieses Kollektivs müßte die Sammlung des bereits vorhandenen Materials, wozu neben den Staatsexamensarbeiten auch die bisher — teils im örtlichen Rahmen — erschienenen Publikationen zu zählen sind, und die Klärung prinzipieller Fragen jenes Geschichtsabschnittes sein.

Die Forschungsarbeit sollte sich u. a. besonders auf folgende Probleme konzentrieren: Die Hintergründe und die Vorbereitung des Putsches auf den verschiedenen Ebenen, der antisowjetische Charakter des Putsches, der Kampf der KPD gegen die Putschvorbereitung.

Die Rolle der KPD und der revolutionären Arbeiter, die Strategie und Taktik der Partei bei der Mobilisierung und Formierung der Arbeiterklasse für den offensiven Kampf gegen den Vorstoß der Militaristen.

Intensität, Ausmaß und politisches Niveau des Kampfes der Arbeiterklasse in allen Teilen Deutschlands, vor allem in jenen Teilen, in denen der Kampf noch wenig erforscht ist, z. B. Süddeutschland, Wasserkante, Erzgebirge-Vogtland, Schlesien, Ostpreußen.

Haltung und Rolle der Bauern, der Mittelschichten und des demokratischen Bürgertums, also jener Schichten, die unter dem Eindruck der Aktionseinheit der Arbeiterklasse den Militaristen ihre Mitwirkung versagten oder die Arbeiterklasse unterstützten.

Die Haltung der Reichswehr und der anderen bewaffneten Organe der Weimarer Republik, besonders im Hinblick auf die Differenzierung innerhalb dieser Kräfte.

Entstehung, Rolle und Charakter der von der Arbeiterklasse geschaffenen Führungsorgane, in denen die schöpferische Kraft der Volksmassen besonders deutlich zum Ausdruck kommt.

Ergebnisse und Auswirkungen des Kampfes für die Arbeiterbewegung und die weitere Entwicklung in Deutschland.

Abschließend sei bemerkt, daß wir begonnen haben, diese Erfahrungen auch im Direktstudium anzuwenden, indem wir Studenten höherer Semester in die Forschungsarbeit einbeziehen. Dies vollzieht sich z. Z. hauptsächlich in Form von Spezialseminaren, in denen die Studenten unter Anleitung wissenschaftlicher Mitarbeiter Referate ausarbeiten, und durch die gelenkte Ausgabe von Themen für Staatsexamensarbeiten. Wesentlich dabei ist, daß ein Komplex solange Gegenstand dieser Arbeit bleibt, bis ein gewisser Abschluß zu erkennen ist. Auf diese Weise vervielfachen wir unsere Kräfte in der Forschung und bereichern die Lehrtätigkeit ständig durch neue Erkenntnisse.

## Bruno Dubber\*

In den Jahren 1934 bis 1938 lernten ihn viele Genossen im Kommunistischen Jugendverband Österreichs kennen, schätzen und lieben. Er sprach bei den illegalen Schulungen im Wienerwald, und niemand wird seine zuversichtliche und gewinnende Art vergessen, mit der er es verstand, die schwierigsten Fragen für Jugendliche leicht verständlich darzustellen. Wir kannten ihn unter dem Namen „Walter“, seine Aussprache verriet, daß er Deutscher war, aber viel mehr wußten wir über ihn nicht. Wir gewannen ihn rasch lieb, er sang mit uns die verbotenen Arbeiterlieder, er erwies sich als guter Sportler, er kannte unsere Probleme und Sorgen, und er konnte unser Interesse an der sozialistischen Sowjetunion durch Erzählungen bereichern wie kaum ein anderer. Damals war uns noch nicht bekannt, daß es „Walter“ war, der maßgeblichen Anteil an der in diesen Jahren erfolgenden starken Ausbreitung des KJVÖ hatte.

Sein richtiger Name war Bruno Dubber. Als Sohn eines Hamburger Kleinpächters und Schiffers wurde er am 11. November 1910 geboren. Als sein Vater 1915 im imperialistischen Krieg fiel, verlor die Mutter die Pacht und damit die Lebensgrundlage für sich und die drei kleinen Kinder. In der Familie herrschte große Not, die Mutter sorgte durch Gelegenheitsarbeiten für das Allernotwendigste. Bruno wurde ein guter Schüler und begann 1925 das Dreherhandwerk zu erlernen. Im Jahre 1926 trat er in Hamburg dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands bei. Bald zählte er zu seinen aktivsten Mitgliedern und gehörte schon ein Jahr später der Leitung des Bezirks Nordost des KJVD Hamburg an. Nach dreieinhalbjähriger Lehrzeit wurde er von seinem Betrieb entlassen, weil er sich einem Streik angeschlossen hatte. Gelegentlich fand er für kürzere Zeit Arbeit, meist war er jedoch arbeitslos. Im Jahre 1929 wählten ihn die jungen Kommunisten zum Organisationsleiter des KJVD im Bezirk Wassertor, und im selben Jahr besuchte er drei Monate lang eine Parteischule der KPD in Berlin. In einer Polizeiakte aus dem Jahre 1929 heißt es: „Aus einem bei Dubber beschlagnahmten Vormerkbuch ergibt sich, daß er in diesem Jahre fast jeden Tag im KJVD tätig gewesen ist.“<sup>1</sup>

Die Polizei der Weimarer Republik hatte es schon damals vor allem auf die Kommunisten abgesehen. Während das terroristische Treiben der Faschisten nicht nur geduldet, sondern sogar begünstigt wurde, konzentrierte sie sich auf die Unterdrückung der unter Führung der KPD kämpfenden revolutionären Arbeiter. Im Jahre 1930 wurde Dubber wegen „gewaltsamer Störung einer Versammlung des Stahlhelms“ zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Beendigung der Haft übersiedelte er nach Sachsen, arbeitete als Bezirkssekretär des KJVD und wurde 1931 in das ZK des KJVD nach Berlin berufen. 1932 ging Bruno Dubber in die Sowjetunion, wo er in verschiedenen Betrieben tätig war. Ständig war er bemüht, durch eifriges Studium seine Kenntnisse zu erweitern.

\* Der Beitrag ist dem Sammelband „Aus der Vergangenheit der Kommunistischen Partei Österreichs“, Wien 1961, der anlässlich des 70. Geburtstages des Parteivorsitzenden der KPÖ, Johann Koplenig, erschien, entnommen.

<sup>1</sup> Archiv der österreichischen Widerstandsbewegung, Wien, Volksgerichtshofakte Bruno Dubber.



Nach dem Machtantritt der Faschisten in Deutschland war der kommunistische Jugendfunktionär Dubber gezwungen, außerhalb seiner Heimat zu wirken. So kam er nach Österreich. Seine reichen Erfahrungen und seine unerschütterliche Einsatzbereitschaft kamen nun dem KJVÖ zugute. Österreich wurde seine zweite Heimat, rasch gewann er hier viele Freunde und lernte Österreich, seine Jugend und Arbeiterklasse, lieben. Im Jahre 1941 schrieb Bruno Dubber aus dem Gefängnis in Bremen: „Ich kann von mir aus sagen, daß ich ohne Österreich und Wien nur halb, nur unvollständig wäre, daß ich einen weiten und großen Horizont bekam. Dank an meine Familie (gemeint ist die Partei – H. S.) für alles, was ich durch sie erleben und lernen konnte.“<sup>2</sup>

Im Jahre 1943, als ihm seine Mutter von einem Besuch in Wien berichtete, schrieb Dubber: „Viele bekannte Namen, Plätze und Gärten sind wieder auftaucht, man erinnert sich gern, es war so nett, so schön, so angenehm. Viele Menschen, mit denen man zusammenkam, sind einem ans Herz gewachsen. Hoffe, wir können bald weitere und schönere Erlebnisse diesen hinzufügen.“<sup>3</sup> Selbst mit der großen Hoffnung, wieder ein freier Mensch zu werden, verbindet sich etwas Wienerisches, als Dubber Ende 1941 aus dem Kerker schrieb: „Heute reue ich mich schon auf den Guglhupf, die Zwetschkenknödel und das echte Wiener Schnitzel, und ein Glas Wein werden wir ausnahmsweise an diesem Tag nach Wiener Art genießen.“<sup>4</sup>

Unsere Schilderung, wie tief Bruno Dubber mit Österreich verbunden war, ist dem Ablauf seines weiteren Schicksals vorausgeeilt. Nach dem Einmarsch der Nazis im März 1938 verließ Dubber auf einige Tage Wien, um in Prag mit den führenden Genossen der KPÖ die weiteren Möglichkeiten des Kampfes für die Unabhängigkeit Österreichs zu beraten. Nach seiner Rückkehr bemühte er sich durch den Aufbau neuer Leitungen, die Lücken zu schließen, die die zahlreichen Verhaftungen in das Netz der illegalen Organisation gerissen hatten. Mit größter Vorsicht, um niemand unnötig zu gefährden, gelang es, Verbindungen zu sozialistischen und katholischen Kreisen zu knüpfen.

Der Gestapo entging die wachsende Tätigkeit der illegalen KPÖ nicht. Immer neue Flugblätter und Zeitungen tauchten auf und riefen zum Kampf gegen den Faschismus und den drohenden Raubkrieg des deutschen Imperialismus auf. Zahlreiche Genossen wurden verhaftet. Doch die Gestapo wußte, daß sie die führenden Funktionäre noch nicht gefaßt hatte. Die Position Bruno Dubbers wurde immer schwieriger. Er mußte von einem illegalen Quartier in Wien nach einem in der Nähe gelegenen Ort Baden übersiedeln, und seine Freunde rieten ihm, ins Ausland zu gehen. Aber es war bereits zu spät, und im Herbst 1938 wurde er gleichzeitig mit vielen anderen Genossen verhaftet. Kurz zuvor hatte er noch, ausgehend von den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und den Hinweisen der Führung der KPÖ, Richtlinien für alle Leitungen des KJV verfaßt, in denen es hieß: „Um die Unabhängigkeit Österreichs, das Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes und die Demokratie wiederzuerobern zu können, ist es notwendig, alle gegen die Fremdherrschaft gerichteten Kräfte des Landes, alle gutgesinnten Österreicher in der Unabhängigkeitsfront zu sammeln. Wir müssen die gesamte sozialistisch, kommunistisch und freiheitlich gesinnte Arbeiterjugend in einem vereinigten Arbeiterjugendverband einigen. Ein solcher Jugendverband wird dem Freiheitskampf der österreichischen Jugend eine neue Schwungkraft verleihen und im-

<sup>2</sup> Ebenda, Briefe von Bruno Dubber an seine Angehörigen.

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Ebenda.

stande sein, alle Vorsichtigen und Schwankenden zu mobilisieren. Dieser Verband wird der Kristallisationspunkt der Unabhängigkeitsfront der österreichischen Jugend werden... Die katholischen Jugendlichen sind heute eine Kraft gegen die Fremdherrschaft, mit der wir uns zum gemeinsamen Kampf verständigen müssen. Wir unterstützen die Katholiken in ihrem Kampf um Glaubens- und Gewissensfreiheit und überzeugen sie davon, daß es im Interesse des österreichischen Volkes, des Unabhängigkeits- und Freiheitskampfes gelegen ist, mit uns gemeinsam den Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs zu führen.<sup>5</sup>

Es ist hier nicht der Platz, den Leidensweg Bruno Dubbers von der Verhaftung über Gestapoverhöre, Landesgericht, Einzelhaft in Berlin, „Volksgerichts“verhandlung bis in den Kerker in Bremen ausführlich zu schildern. Es war der Weg eines aufrechten Kommunisten, der stets für seine Weltanschauung eintrat und die Politik der Kommunistischen Partei vor den Naziblutrüchtern mutig und klug verteidigte. Unter schwierigsten Bedingungen schrieb er 1939 und 1940 im Gefängnis des Wiener Landesgerichts mehrere Schulungsbriefe, die unter den Häftlingen kursierten. Als der Nazistaatsanwalt Stich davon Kenntnis erhielt, ließ er schlagartig alle Zellen des Landesgerichts durch Gestapoleute durchsuchen. Bruno Dubber wurde dabei überrascht, als er einen neuen Schulungsbrief schrieb. Die Gestapo stellte fest, daß er mit den Insassen mehrerer Zellen in ständiger Verbindung stand. Was ihm die Gestapo beweisen konnte, gab er zu, alles andere stritt er ab. Nie gab er Namen an und verhinderte dadurch die Belastung anderer. Von Beginn seiner Verhaftung an führte er einen beharrlichen Kleinkrieg mit dem Ermittlungsrichter, dem Staatsanwalt und den Gefängnisbehörden für seine „Rechte“. Bruno Dubbers Entgegnung auf die Anklageschrift des „Volksgerichts“ gehört zu den erhabensten Dokumenten über die Haltung unserer Partei, die wir überhaupt besitzen. Daher lassen wir Bruno Dubber am besten selbst sprechen.

Am 10. März 1939 schrieb Bruno Dubber an den Ermittlungsrichter des „Volksgerichtshofes“ in Wien: „Nach meiner Verhaftung mußte ich mich in gefesseltem Zustand auf den Fußboden des Autos niederlegen, mein Mantel wurde über meinen Körper geworfen, während die im Auto sitzenden Staatspolizeibeamten mit ihren Füßen auf meinem Körper nach ihrem Belieben herumtanzten, mich mit ihren Füßen in den Rücken traten oder an den Kopf traten... Diese Mißhandlungen im Auto waren aber nur der Auftakt zu noch viel schlimmeren Prügeleien auf der Staatspolizeistelle Wien am Morzinplatz. Als ich das Zimmer des Kriminalinspektors Leutgeb betrat, befanden sich ca. 8 bis 10 Leute darin. Sie blieben auch im Zimmer, als die Vernehmung (wobei ich in gefesseltem Zustand belassen wurde) ihren Anfang nahm. Da ich nicht die gewünschten Aussagen lieferte, wurde der die Vernehmung leitende Herr Leutgeb gleich rabiat und schlug mir ins Gesicht. Das war für die übrigen anwesenden Herren das Signal, sich an den Prügeleien und Mißhandlungen aktiv zu beteiligen... Es wechselten in ständiger Reihenfolge Faustschläge ins Gesicht, Ohrfeigen. Fußtritte, dann wurde ich wieder von einem hinter mir stehenden Herrn derart gestoßen, daß ich auf den Fußboden fiel. Danach kommandierte der Herr Leutgeb ‚Auf-und-nieder-Übungen‘. Wenn diese Übungen nicht nach dem Geschmack dieser Herren waren, so stieß man mich wieder nieder. Wehrlos am Boden liegend, stieß man mich mit Füßen, zog an den Ohren und an den Haaren... Da ich meine Kameraden nicht belasten konnte und nicht belasten wollte, da ich die Interessen meiner Partei nicht preisgeben wollte und konnte, mußte ich am

<sup>5</sup> Ebenda, Volksgerichtshofakte Bruno Dubber.

diesem ersten Abend fünf- bis sechsmal die oben geschilderten Quälereien über mich ergehen lassen... Die geschilderten Mißhandlungen wiederholten sich am zweiten, dritten und vierten Vernehmungstage. Herr Leutgeb und seine Beamten wendeten folgende Druckmittel an, um irgendwelche Geständnisse zu erpressen. Sie erklärten, mir stünde ein Todesurteil oder ein anderes Mal „nur ein Lebenslänglich“, aber wieder ein anderes Mal 15 Jahre Zuchthaus (die Herren waren sehr freigiebig in der Verteilung der Strafen) bevor, „ich könnte diese harte Strafe abwehren, mildern, wenn ich mein Gewissen durch ein Geständnis erleichtere“... Überflüssig zu betonen, daß Drohungen mit der Schärfe des zu erwartenden Urteiles einen Kommunisten nicht erschrecken können.“<sup>6</sup>

In einem weiteren Brief an den Ermittlungsrichter vom 17. Februar 1940 hieß es: „Ich habe keinerlei persönliche Fehde mit Herrn Leutgeb auszutragen, weder interessiert mich sein persönliches Äußeres noch seine Leibesfülle oder sein Gesicht, so unsympathisch dieses auch sein mag, es ist ganz unwichtig, ob der Herr Leutgeb heißt, er könnte ebensogut Auinger, Brunner, Streit, Hauptmann (Namen anderer Gestapo-Beamten – H. S.) oder sonstwie heißen. Namen sind nur Schall und Rauch. Wenn der Name Leutgeb häufig in meinen Erklärungen auftaucht, so deshalb, weil dieser Herr als Repräsentant einer Vollzugsgewalt mir gegenübertrat. Meine Einstellung zu diesem Manne ist eine politische und nicht eine persönliche, nicht einmal die Prügel und Mißhandlungen, so verabscheuungswürdig sie auch sein mögen, haben irgendeinen persönlichen Haß oder ein Rachegefühl gegen die Person des Herrn Leutgeb aufkommen lassen. Blindwütiger Haß zeichnet uns Kommunisten gegenüber unseren Gegnern nicht aus, solchen haben nur jene, die wehrlose, in ihrer Gewalt befindliche Menschen prügeln, quälen, mißhandeln und beschimpfen und das als „ihre“ Kampfmittel gegen weltanschauliche Gegner betrachten...“<sup>7</sup>

In seiner Erwiderung auf die Anklageschrift beschäftigte sich Bruno Dubber auch ausführlich mit der Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands, besonders in der nationalen Frage. Er erklärte: „Die deutschen Kommunisten waren niemals Feinde der Einheit der deutschen Nation. Der deutsche Kommunist liebt seine Heimat. Ebenso wie sich der österreichische Kommunist in der Liebe und Verehrung seiner österreichischen Heimat und der österreichischen Nation von niemandem übertrumpfen läßt. Selbst die infamste Hetze gegen und die Diffamierung der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung konnten den deutschen Kommunisten nicht an der Liebe zu Deutschland, zur deutschen Nation und der deutschen Heimat hindern...“

Zu den Ereignissen im Jahre 1938 erklärte Dubber: „Daß der Kampf des österreichischen Volkes im Jahre 1938 unverkennbar Züge des nationalen Kampfes gegen den Imperialismus trug, haben die Tatsachen uns in ihrer klaren Sprache längst bewiesen. Auch aus dieser Einschätzung des Freiheitskampfes des österreichischen Volkes haben die Kommunisten nie ein Hehl gemacht. Daß die österreichischen Kommunisten Anhänger und Verfechter eines freien, selbständigen und demokratischen Österreichs sind, haben sie nie geleugnet und in all ihren Erklärungen immer wieder betont... Wohl kann man eine Gruppe Menschen auf Jahre ins Zuchthaus bringen oder einzeln sogar aufs Schafott schleppen, die Idee als solche wird dennoch in den Volksmassen fortleben.“

Zu den Verleumdungen der Gestapo, daß die KPÖ ihre Aufträge aus dem „Ausland“ erhalte, erwiderte Dubber: „So wie die österreichischen Kommunisten im Lande ihre revolutionäre Pflicht erfüllen, so stellt sich auch das Zen-

<sup>6</sup> Ebenda.

<sup>7</sup> Ebenda.



tralkomitee der KPÖ bei dieser Arbeit an die Spitze und kämpft gemeinsam mit den Mitgliedern der Partei. Das sind die primitivsten, der ganzen Welt bekannten Prinzipien der Kommunisten in diesen Fragen. Alles andere sind Phantasieprodukte, Hirngespinnste der Feinde der revolutionären Arbeiterbewegung ... Daß Johann Koplenig, der Generalsekretär der KPÖ, sich den Zugriffen der Staatspolizisten entzogen hat und somit der revolutionären Arbeiterbewegung erhalten blieb, das war der heißeste Wunsch jedes revolutionären Arbeiters und wird von jedem vollauf verstanden und gebilligt.“<sup>8</sup>

Ein Hoheslied der Parteiverbundenheit und Siegesgewißheit des kommunistischen Revolutionärs sind Bruno Dubbers Briefe an seine Angehörigen. Am 23. November 1941 schrieb er, daß er „nichts zu bereuen habe, daß mein Lebensweg richtig war und ist, wie schwer das persönliche Mißgeschick, das mich betroffen hat, auch immer sein mag. Würde ich noch einmal vor die Wahl gestellt werden, so würde ich ohne lange Überlegung denselben Weg gehen, manches würde man besser und gründlicher besorgen, Fehler würde man vermeiden, aber der grundsätzliche Weg war richtig ... Besondere Grüße an den lieben, guten ‚Alten‘ (gemeint ist Genosse Koplenig – H.S.). Gern erinnere ich mich an die Gespräche und Zusammenkünfte mit ihm. Er, der einfache Schuhmacher-geselle, hat vielhundertmal recht behalten gegenüber all den gelehrten Herren. Es gibt viel, das mich trotz allem stolz und glücklich macht, das mir ständig neue Kraft, Mut und Ausdauer gibt...“<sup>9</sup>

Am 4. Juli 1943 schrieb er aus dem Zuchthaus bei Bremen: „Auch in meiner Abgeschlossenheit gehe ich nicht blind durchs Leben, man darf vor allem nicht politisch blind sein, man muß aufgeschlossen für das Neue sein, muß das Neue, das Verändernde erkennen. Der ‚Alte‘ pflegte immer zu sagen: ‚Man muß jede Sache gründlich studieren.‘ Das habe ich mir sehr zu Herzen genommen. Wenn es notwendig ist, beschäftigt mich ein Problem zwanzig- und dreißigmal und mehr, bis es sitzt, bis es vollkommen klar ist. Manchmal erschrecke ich selber über die Kühnheit meiner Gedanken. Aber die Wirklichkeit bringt mir dann die Bestätigung. Schlußfolgerungen, Analysen, die ich mir selber erarbeitet habe, sitzen fest, die vergesse ich nicht so leicht. Ich kann von mir ohne Übertreibung sagen: In der ganzen Zeit meiner Haft habe ich weder in geistiger noch in moralischer Hinsicht jemals Katzenjammer gehabt...“<sup>10</sup>

Im Jahre 1944 versetzte die Sowjetarmee den faschistischen Heeren weitere entscheidende Schläge. Die Nazis fühlten das Ende ihrer Herrschaft herannahen. In dieser Situation begannen sie, sich noch brutaler und systematischer ihrer politischen Gegner zu entledigen, soweit sie dazu die Möglichkeit hatten. Der Kommunist Dubber wurde im Zuchthaus mit Injektionen vergiftet. Am 23. April 1944 schrieb er seiner Mutter: „Meine Krankheit ist keine Erkältungsgeschichte, sondern hat tiefe und andere Ursachen. Liebste Mutter! Ich weiß, daß Du Dir große Sorgen machst und viel nachgrübelst, wie das alles gekommen sein mag ... Der Besuchsschein für den kommenden Besuch liegt bei. Am Wochentag hast Du dann auch Gelegenheit, mit dem Arzt vielleicht persönlich zu sprechen. Auf diese Weise wirst Du mehr erfahren über meine Krankheit, als ich schreiben kann. Augenblicklich ist mein Appetit nicht groß, ich muß alles in mich hineinwürgen. Aufstehen kann ich immer noch nicht, Fieber habe ich auch noch, zeitweise bis 40 Grad, jetzt ist es mit Hilfe von Medikamenten um 1 bis 2 Grad heruntergegangen. Monatelang im Fieber liegen, das zehrt an Körper und Nerven.

<sup>8</sup> Ebenda.

<sup>9</sup> Ebenda, Briefe von Bruno Dubber an seine Angehörigen.

<sup>10</sup> Ebenda.

Alles Weitere beim Besuch. Viel sprechen kann ich nicht, weil es mir große Schmerzen verursacht...“<sup>41</sup>

Kurze Zeit später starb Bruno Dubber. Die so lange ersehnte Freiheit konnte er nicht mehr erleben. Die österreichischen Kommunisten gedenken seiner Tätigkeit als leuchtendes Beispiel des proletarischen Internationalismus.

<sup>41</sup> Ebenda.

## DIETER FRICKE

### Clara Zetkin und der „Sozialdemokrat“

Die große deutsche Arbeiterführerin Clara Zetkin hat vom Beginn ihrer politischen Tätigkeit an auf dem revolutionären Flügel der sozialistischen Arbeiterbewegung gestanden. Das enge Verhältnis, das die junge Clara Zetkin in der Zeit des Sozialistengesetzes zum „Sozialdemokraten“ besaß, läßt die wichtige und positive Rolle erkennen, die sie vor allem seit dem Ende der achtziger Jahre in der revolutionären Arbeiterbewegung gespielt hat.

Redaktion und Expedition des „Sozialdemokraten“ waren eine entscheidende Bastion im Kampf der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gegen das Bismarcksche Sozialistengesetz. Als während des Konflikts um die Dampfersubventionsvorlage die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie drohte, bezeichnete Friedrich Engels die Leitung des „Sozialdemokraten“ als einen der wichtigsten Posten, der „unter allen Umständen“ gehalten werden müßte.<sup>1</sup>

Die Haltung zum „Sozialdemokraten“ war ein Prüfstein für jedes Mitglied der deutschen Arbeiterpartei. Lehnte es diese Zeitung ab, der Friedrich Engels den Ehrennamen „Flagge der deutschen Partei“<sup>2</sup> gab, intrigierte es gegen die Leitung des Blattes, so konnte kein noch so radikales Gehabe darüber hinwegtäuschen, daß ein solches Mitglied nicht die Interessen der proletarischen Bewegung vertrat. Mehrfach konnte die Gegnerschaft führender opportunistischer Sozialdemokraten zum „Sozialdemokraten“ vom Klassenfeind für seine schmutzigen Ziele ausgenutzt werden. So war z. B. Karl Grillenberger<sup>3</sup> mit dem „Sozialdemokraten“ nicht einverstanden, weil er dessen marxistische Gesamthaltung als zu einseitig empfand.<sup>4</sup> Der Spitzel der Berliner politischen Polizei, Max Trautner, hatte sich so sehr in das Vertrauen Grillenbergers einschleichen können, daß er noch längere Zeit nach Trautners Entlarvung durch den „Sozialdemokraten“ von der

<sup>1</sup> Engels an Bebel, 22.(-24.) Juni 1885. In: Friedrich Engels: Briefe an Bebel, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 110.

<sup>2</sup> Friedrich Engels: Abschiedsbrief an die Leser der Zeitung „Der Sozialdemokrat“. In: Marx/Engels/Lenin/Stalin: Zur deutschen Geschichte, Bd. II/2, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 1129.

<sup>3</sup> Karl Grillenberger (1848-1897), seit 1874 Redakteur des von ihm mitbegründeten Nürnberg-Fürther Sozialdemokraten, dem später die Fränkische Tagespost als Tageszeitung folgte. Seit 1881 vertrat Grillenberger den Wahlkreis Nürnberg im Reichstag.

<sup>4</sup> Vgl. Karl Grillenberger an Julius Motteler, 23. und 26. November 1885. In: Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam: Kleine Korrespondenz.

angeblichen Unschuld dieses Subjekts fest überzeugt war und ihm weiterhin parteiinterne Nachrichten zukommen ließ.<sup>5</sup> Grillenbergers Antipathien gegen den „Sozialdemokraten“ und seine Vertrauensseligkeit gegenüber dem Polizeispitzel Trautner haben der Partei damals schweren Schaden zugefügt.

Diejenigen sozialdemokratischen Genossen, die dem „Sozialdemokraten“ und seiner Leitung ihr uneingeschränktes Vertrauen schenkten und die ihre ganze Kraft in seine Dienste stellten, brachten damit gleichzeitig ihre tiefe Verbundenheit mit dem revolutionären Befreiungskampf der deutschen Arbeiterklasse und dem wissenschaftlichen Sozialismus durch die Tat zum Ausdruck. Zu ihnen gehörte auch Clara Zetkin.

### 1. Zur Zusammenarbeit Clara Zetkins mit der „Roten Feldpost“ und dem Sicherheitsdienst der Partei

Welche große Achtung und Wertschätzung Clara Zetkin vor allem dem Leiter der „Roten Feldpost“ und des Sicherheitsdienstes der Partei, Julius Motteler, entgegenbrachte, zeigt u. a. ihr biographischer Artikel über ihn.<sup>6</sup>

Das Hauptanliegen dieses Artikels bestand darin, das Wissen um das „Heldenzeitalter“ der deutschen Sozialdemokratie bei den nachfolgenden Geschlechtern nicht verblasen zu lassen. Sie wollte zeigen, wie sie Ende 1928 schrieb, „durch welche unsterblichen Verdienste um die Sache des geknebelten und gehetzten Proletariats Motteler den Ehrennamen des ‚Roten Feldpostmeisters‘ erwarb“<sup>7</sup>. Ungewollt hat Clara Zetkin damit einen Teil ihrer eigenen politischen Tätigkeit während des Sozialistengesetzes ein Denkmal gesetzt. Gehörte sie doch auch zu dem „Stab zuverlässigster, kluger Genossen“<sup>8</sup>, der Julius Motteler bei der verantwortungsvollen Arbeit der „Roten Feldpost“, d. h. sowohl beim Vertrieb des „Sozialdemokraten“ und anderer sozialistischer Schriften nach Deutschland als auch bei der Abwehr von Polizeispitzeln, eine große Hilfe leistete. Gehörte sie doch auch zu diesen Genossen, „die ebenso kühnen Sinn wie kühlen Kopf hatten“<sup>9</sup>.

Als Julius Mottelers tüchtigster Mitarbeiter, Joseph Belli, im September 1892 durch österreichische Zollbeamte verhaftet worden war<sup>10</sup>, trat Clara Zetkin an seine Stelle. Für mehr als drei Monate leistete sie an Julius Mottelers Seite eine große verantwortungsvolle Arbeit<sup>11</sup>, aus der sich eine tiefe persönliche Freundschaft zu dem Ehepaar Motteler entwickelte.

Als Leiter des Sicherheitsdienstes der deutschen Sozialdemokratie verfügte Julius Motteler an allen wichtigen Zentren der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland und im Ausland über Vertrauensleute, die der Partei treu ergeben waren. Zahlreiche Briefe aus Mottelers Nachlaß zeugen davon, daß er seine detaillierten Kenntnisse über die äußerst komplizierten Verhältnisse, die in den Pariser sozialistischen Kreisen herrschten, in erster Linie von dem mit

<sup>5</sup> Vgl. Karl Grillenberger an Max Trautner, 13. April, 16. Dezember 1885, 23. Januar, 18. März, 10. April, 7. Mai 1886. Ebenda.

<sup>6</sup> Vgl. Clara Zetkin: Julius Motteler. In: Clara Zetkin: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 188.

<sup>7</sup> Clara Zetkin: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Vorwort, S. 13.

<sup>8</sup> Clara Zetkin: Julius Motteler, S. 195.

<sup>9</sup> Ebenda.

<sup>10</sup> Vgl. Joseph Belli: Die rote Feldpost, Dietz Verlag, Berlin 1956, S. 181 ff.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu die eindrucksvolle Schilderung bei Luise Dornemann: Clara Zetkin. Ein Lebensbild, Dietz Verlag, Berlin 1957, 49–55.



ihm befreundeten Sigismond Csapo<sup>12</sup> und dem Ehepaar Ossip und Clara Zetkin erhielt. Wie eng diese Zusammenarbeit war, läßt vor allem die Entlarvung des Spitzels Oberwinder erkennen. Der Fall Oberwinder hängt unmittelbar mit dem Kampf deutscher und französischer Sozialisten gegen Militarismus und Kriegsprovokationen in den Jahren 1886/87 zusammen.<sup>13</sup>

Bei der chauvinistischen Hetzkampagne, die in diesen Jahren von der deutschen Regierung und den bürgerlichen Parteien gegen die sozialistische Arbeiterbewegung betrieben wurde, ging es vor allem darum, die deutsche Sozialdemokratie als eine antinationale, landesverräterische Partei zu diffamieren, die mit dem damaligen Haupt der französischen Revanchisten, dem Kriegsminister Boulanger, eng zusammenarbeiten würde. Auf diese Weise sollte das von der Regierung geplante verschärfte Vorgehen gegen die sozialistische Arbeiterbewegung, wie es vor allem in der Expatriierungsvorlage zum Ausdruck kam, ideologisch vorbereitet und gerechtfertigt werden.

Für diese haltlosen Verleumdungen war die Berliner politische Polizei bemüht, die erforderlichen „Beweise“ zu erbringen. Ihre Spitzel sollten Beweismaterial für den „vaterlandslosen“ und „landesverräterischen“ Charakter der Sozialdemokratie schaffen. Einer von ihnen war Heinrich Oberwinder, der in der österreichischen Arbeiterbewegung am Anfang der siebziger Jahre eine sehr unrühmliche Rolle gespielt hatte. Schon damals war er dringend verdächtig, mit der Polizei bzw. bestimmten Kreisen der Bourgeoisie in direkter Verbindung gestanden zu haben. Um Nachforschungen zu entgehen, ging er nach Paris, wo er mit dem „Deutschen Leseclub“ der in Paris lebenden deutschen Sozialisten einen engen Kontakt aufnahm. Hier spielte er sich als ein eifriger Parteigänger Boulangers auf und setzte sich für dessen revanchistische Interventionspläne ein.<sup>14</sup> Die zunächst ungestörte Wühltätigkeit Oberwinders brachte nicht nur die Gefahr der Spaltung unter den deutschen Sozialisten in Paris mit sich, sondern sie schuf auch gleichzeitig die von der Berliner politischen Polizei erwünschten Beweise für die angebliche Zusammenarbeit zwischen der deutschen Sozialdemokratie und Boulanger.

Da es sich bei Oberwinder um keinen gewöhnlichen Spitzel handelte, hebt sich seine Entlarvung von den zahlreichen anderen ab, die in der Zeit des Sozialistengesetzes von sozialdemokratischer Seite erfolgten. Seine spezifische Lockspitzeltätigkeit, die für die deutsche Sozialdemokratie von besonders großer Gefährlichkeit war, erschwerte es ungemein, ihn als Werkzeug der Berliner politischen Polizei zu entlarven. Viele in Paris lebende deutsche Sozialisten sahen in Oberwinder nur einen politischen Wirrkopf. Als daher der „Sozial-

<sup>12</sup> Das war das Pseudonym für Sigmund Pollitzer, den Julius Motteler in der Mitte der siebziger Jahre in München als Redakteur des „Zeitgeistes“ kennengelernt hatte. Csapo lebte später in Paris und verständigte sich mit Motteler durch einen engen Briefwechsel über die politischen Vorgänge und einzelne Persönlichkeiten. Vgl. u. a. das Protokoll der Aussage Mottelers im Deutschen Generalkonsulat zu London am 12. November 1897 in der Meineidssache gegen Bebel, S. 2 f. In: Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam: Nachlaß Motteler, XVI, Mappe 3.

<sup>13</sup> Vgl. Heinrich Gemkow: Aus dem Kampf deutscher und französischer Sozialisten gegen Militarismus und Kriegsprovokationen in den Jahren 1886/87. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1961, Heft 1, S. 34–49.

<sup>14</sup> Vgl. hierzu u. a. die beiden Briefe Clara Zetkins an Julius Motteler, 18. Januar 1888. In: Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam: Nachlaß Motteler, XVI, Mappe 2, Kopierheft, S. 45 ff.

demokrat“ im November 1886 vor Oberwinder warnte und ihm die Autorschaft eines antisozialistischen Artikels in der „Weser-Zeitung“ nachweisen konnte<sup>15</sup>, fand er zunächst keinen Glauben. Selbst Ossip und Clara Zetkin waren nicht davon überzeugt, daß der „sehr unanständige“ Artikel der „Weser-Zeitung“ aus der Feder Oberwinders stamme.<sup>16</sup>

Durch einen Gewährsmann Paul Singers im Berliner Polizeipräsidium hatte die sozialdemokratische Parteiführung Ende 1886 eine umfangreiche Liste mit den Namen der von der Berliner politischen Polizei gedungenen Spitzel erhalten. Auch Heinrich Oberwinder war hier verzeichnet. Clara Zetkin erhielt nun von Julius Motteler den Auftrag, alles zu tun, um Oberwinder endgültig der Spitzellei zu überführen.

Weder die schwere Krankheit ihres Mannes noch die große wirtschaftliche Notlage, in der sie sich befand, hinderten sie einen Augenblick daran, diesen verantwortungsvollen, mit viel Mühe verbundenen Auftrag der Partei anzunehmen.<sup>17</sup> Die Zweifel, die sie und Ossip Zetkin zunächst weiterhin am Verrat Oberwinders hatten, wurden durch das Vertrauen weit überwogen, das sie Julius Motteler, dem Freund und bewährten Parteiführer, entgegenbrachten. Dieses Vertrauen, das nicht nur aus der persönlichen Bekanntschaft mit Motteler herrührte, sondern auch aus seiner revolutionären Vergangenheit in der Partei, ließ bei Clara Zetkin alle Zweifel verstummen.<sup>18</sup>

Am 22. Dezember 1887 wurde sie telegrafisch davon unterrichtet, daß in der Schweiz zwei weitere Personen, deren Namen sich auf der Liste Paul Singers befanden, als Spitzel entlarvt worden waren.<sup>19</sup> Clara Zetkins Plan, Oberwinder mit Hilfe einiger russischer und polnischer Genossen dingfest zu machen und in seiner Wohnung nach belastendem Material zu suchen<sup>20</sup>, konnte infolge der ungenügenden Unterstützung, die ihr bei der Verwirklichung dieses Planes zuteil wurde, nicht durchgeführt werden. Sie selbst beklagte sich gegenüber Julius Motteler, daß sie und ihre Freunde in Paris ohne Macht und Einfluß wären, so daß ihnen nur übrig blieb, Oberwinder zu beobachten und ihm gegenüber auf der Hut zu sein.<sup>21</sup>

Der „Sozialdemokrat“ mußte daher am 24. Dezember 1887 vor Oberwinder als Spitzel warnen, ohne daß er zunächst endgültig überführt war. Unter der Überschrift „Polizeiagenten – Dynamitagenten“ veröffentlichte er zugleich die Namen von weiteren elf Personen, die von der Berliner politischen Polizei als Spitzel beschäftigt wurden. An ihrem Unvermögen, den Parteiauftrag voll und ganz zu erfüllen, haben Clara Zetkin und ihr Mann seelisch schwer gelitten. Ossip Zetkins Krankheitszustand hatte sich durch die ganze Oberwinder-Affäre lebensgefährlich verschlechtert. Sie könne wohl ohne Übertreibung sagen, schrieb

<sup>15</sup> Vgl. Auf Schleichwegen ertappt. In: Der Sozialdemokrat, 5. November 1886.

<sup>16</sup> Vgl. Clara Zetkin an Eduard Bernstein, 7. November 1886. In: Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam: Nachlaß Bernstein, D. 855. – Vgl. zum folgenden auch Ernst Engelberg: Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878 bis 1890, Berlin 1959, S. 207 f.

<sup>17</sup> Vgl. Clara Zetkin an Julius Motteler, 12. und 28. Dezember 1887. Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam: Kleine Korrespondenz.

<sup>18</sup> Vgl. Clara Zetkin an Julius Motteler, 9. Februar 1888. Ebenda, Nachlaß Motteler, VIII, Mappe 3.

<sup>19</sup> Es handelte sich um die Spitzel Schröder und Haupt.

<sup>20</sup> Vgl. Clara Zetkin an Julius Motteler, 19. Dezember 1887. Ebenda.

<sup>21</sup> Vgl. ebenda.

Clara Zetkin an Julius Motteler, daß diese Affäre Ossip dem Tode nahe brachte.<sup>22</sup>

Dem „Sozialdemokraten“ war es im Januar 1888 möglich, weiteres Material gegen Oberwinder zu veröffentlichen.<sup>23</sup> Als Friedrich Engels von Kautsky nähere Einzelheiten „sur le brave Oberwinder“ erhalten hatte, stellte er bezeichnenderweise fest: „...voilà pourquoi Oberwinder est partisan de Bismarck“<sup>24</sup>. Das weitere Schicksal Oberwinders ist ein zusätzlicher Beweis für die Richtigkeit der Warnung des „Sozialdemokraten“ vor diesem Spitzel. Oberwinder ging offiziell in das Lager der Bourgeoisie über. Seine dunklen Beziehungen zur Berliner politischen Polizei sind von ihm auch in den folgenden Jahren nicht aufgegeben worden.<sup>25</sup>

Oberwinders Brandmarkung als Spitzel trug mit dazu bei, daß die Versuche der Regierung, den zutiefst nationalen Charakter des Kampfes der deutschen Sozialdemokratie zu diffamieren und eine Handhabe für die Realisierung der von ihr geplanten Repressivmaßnahmen zu erhalten, scheiterten. Die Entlarvung dieses Spitzels festigte das Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiter und stählte sie für den Kampf gegen den Bismarckschen Staat und seine Spitzel. Bei der Beratung der Expatriierungsvorlage im Reichstag konnten die sozialdemokratischen Abgeordneten am Beispiel Oberwinders und zahlreicher anderer Spitzel die schmutzigen Methoden der Berliner politischen Polizei aufdecken. Ihre Enthüllungen machten auf den Reichstag, wie der klerikale Abgeordnete Landelin Winterer eingestehen mußte<sup>26</sup>, einen so peinlichen Eindruck, daß es die Mehrzahl der bürgerlichen Parteien nicht wagte, einer weiteren Verschärfung des Sozialistengesetzes zuzustimmen.

Wir haben gesehen, daß Clara Zetkin an der Verhinderung dieses Polizeikomplots gegen die sozialistische Arbeiterbewegung einen bedeutenden Anteil hatte. Wenn ihr auch der letzte Erfolg im Fall Oberwinders versagt geblieben war, so hatte sie doch Julius Motteler durch ihre umfangreiche Berichterstattung in die Lage versetzt, sich einen genauen Überblick über die Verhältnisse unter den Pariser Sozialisten und über die Tätigkeit Oberwinders zu verschaffen. Diese Informationen waren für ihn von großer Bedeutung und trugen wesentlich dazu bei, den Ring der Beweise gegen diesen Spitzel zu schließen. Wie ernst Clara Zetkin ihren Parteauftrag nahm, läßt schon allein der Umfang ihrer Berichterstattung erkennen. Am 19. Dezember 1887, als sich also Ossip Zetkins Krankheitszustand sehr verschlechtert hatte, fand sie immer noch die Kraft, an Julius Motteler einen neunzehn Seiten langen Brief zu schreiben, in dem sie alle seine Fragen ausführlich und gründlich beantwortete.

<sup>22</sup> Clara Zetkin an Julius Motteler, 9. Februar 1888. Ebenda, Mappe 2.

<sup>23</sup> Vgl. Der Sozialdemokrat, 1., 8. und 15. Januar 1888. Dieses Material schlug, wie Csapo am 19. Januar 1888 an Julius Motteler schrieb, dem Faß den Boden aus und gestattete an Oberwinders Spitzeltätigkeit nicht mehr den leisesten Zweifel. (Vgl. Julius Motteler: Zu den Hans Blumschen „Lügen“. Ebenda, XVI, Mappe 2, Kopierheft, S. 70 f.)

<sup>24</sup> Friedrich Engels: Paul et Laura Lafargue. Correspondance, Bd. 2 (1887–1890), Paris 1956, S. 92.

<sup>25</sup> Vgl. hierzu Dieter Fricke: Die Affäre Leckert – Lützow – Tausch und die Regierungskrise von 1897 in Deutschland. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1960, Heft 7, S. 1584.

<sup>26</sup> Landelin Winterer: Der internationale Sozialismus von 1885 bis 1890, Köln 1891, S. 27.



Clara Zetkins Haltung im Fall Oberwinder ist ein Beispiel für ihre enge Parteiverbundenheit. Die Partei ging ihr über alles, wie sie selbst an Julius Motteler schrieb. und sie bat ihn, wenn es um die Interessen der Partei ging, weder auf sie noch auf ihren Mann oder Csapo irgendwelche Rücksichten zu nehmen.<sup>27</sup> Welche menschliche Größe spricht aus ihrem Bemühen, trotz der schwierigen Situation, in der sie sich mit ihrer Familie befand, dennoch alle ihre Kräfte für die Partei, für den revolutionären Befreiungskampf der Arbeiterklasse einzusetzen.

## 2. Zu Clara Zetkins Tätigkeit als Pariser Korrespondentin die „Sozialdemokraten“

Aus der Feder Ossip Zetkins stammten zahlreiche Beiträge, die der „Sozialdemokrat“, die „Berliner Volks-Tribüne“, die Wiener „Gleichheit“, die „Neue Zeit“ und andere sozialistische Blätter vor allem über die ökonomischen und politischen Zustände in Frankreich und Rußland veröffentlichten. In den letzten Jahren seines Lebens, als er ans Krankenbett gefesselt war, half ihm Clara Zetkin, seine umfangreiche Tätigkeit als Korrespondent weiter fortzusetzen. Viele dieser Korrespondenzen und andere Arbeiten, wie z. B. die Skizzen über Jules Guesde, Paul Lafargue, Gabriel Deville, Edouard Vaillant und Louise Michel<sup>28</sup>, erschienen noch unter dem Namen ihres Mannes, stammten aber tatsächlich von ihr.<sup>29</sup>

Ossip Zetkin starb in der Nacht vom 29. zum 30. Januar 1889. Der „Sozialdemokrat“ betrauerte in einem Nachruf den Verlust eines treuen, uneigennütigen und unermüdlichen Kämpfers für die Befreiung der Unterdrückten aller Länder, wobei er zum Schluß die enge Zusammenarbeit hervorhob, die zwischen ihm und Ossip Zetkin bestanden hatte: „... – das Kampforgan der deutschen Arbeiter war das einzige Blatt, das er während der letzten Wochen, da er noch Bewußtsein hatte, noch las... Selbstlos wie nur wenige, bescheiden bis zum äußersten, wollte Zetkin nie mehr sein als ein einfacher Soldat in Reih und Glied der großen Befreiungsarmee, stets bereit, den Anforderungen des Kampfes zu entsprechen. Das Proletariat aller Länder schuldet ihm ein dankbares und ehrenvolles Andenken.“<sup>30</sup>

Der Tod ihres Mannes hatte Clara Zetkin schwer getroffen. Sie legte aber nicht die Hände in den Schoß, sondern sah es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, das literarische Werk ihres toten Kampfgefährten fortzusetzen. So trat sie auch als Korrespondentin für den „Sozialdemokraten“ an seine Stelle.<sup>31</sup> Am 24. Februar 1889 veröffentlichte der „Sozialdemokrat“ ihre Korrespondenz aus Paris vom 15. Februar, die am Kopf das mathematische Zeichen = trug. Mit diesem Kongruenz-Zeichen sind alle Korrespondenzen versehen, die von Clara Zetkin in den letzten beiden Jahrgängen des „Sozialdemokraten“ veröffentlicht worden sind. Symbolhaft brachte sie damit ihre völlige Übereinstimmung im Denken und Handeln mit Ossip Zetkin zum Ausdruck. Insgesamt handelte es sich um fast 30 Korrespondenzen und andere Beiträge von ihr, die seit dem

<sup>27</sup> Vgl. Clara Zetkin an Julius Motteler, 19. Dezember 1887. In: Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam: Nachlaß Motteler, Kleine Korrespondenz.

<sup>28</sup> Vgl. Ossip Zetkin: Charakterköpfe aus der französischen Arbeiterbewegung. In: Berliner Arbeiterbibliothek, Heft 5, Berlin 1889.

<sup>29</sup> Vgl. hierzu Luise Dornemann: Clara Zetkin, S. 76 f.

<sup>30</sup> Der Sozialdemokrat, 10. Februar 1889.

<sup>31</sup> Die letzte Korrespondenz aus Paris, die mit „O – n“ (Ossip Zetkin) gezeichnet war, stammte vom 21. Dezember 1888 und wurde in der ersten Nummer des Sozialdemokraten von 1889 veröffentlicht.

24. Februar 1889 in folgenden Ausgaben des „Sozialdemokraten“ festgestellt werden konnten:

24. Februar 1889, S. 2: *Aus Frankreich* (Über den Sturz der Regierung Floquets).  
9. März 1889, S. 1 f.: *Aus Frankreich* (Über Aktionen der „unabhängigen“ Gewerkschaften).  
23. März 1889, S. 2: *Aus Frankreich* (Der Bankrott des „Kupferringes“).  
30. März 1889, S. 4: *Aus Frankreich* (Über die Ernennung von Arbeitsinspektoren durch den Pariser Gemeinderat und die Streikkämpfe in Sille/Armentières).  
20. April 1889, S. 1: *Aus Frankreich* (Zum Kampf zwischen Boulangisten und Anti-boulangisten).  
18. Mai 1889, S. 2 und 3: *Vom Schlachtfeld des Klassenkampfes in der Republik*.  
22. Juni 1889, S. 1: *Aus Frankreich* (Über die Budgetdebatten im Senat).  
10. August 1889, S. 1 f.: *Der internationale sozialistische Arbeiterkongress* (Bericht über die Sitzungen vom 19. und 20. Juli 1889).  
7. September 1889, S. 2: *Aus Frankreich* (Frankreich im Wahlfieber).  
14. September 1889, S. 1: *Aus Frankreich* (Fortsetzung der vorigen Korrespondenz).  
5. Oktober 1889, S. 4: *Aus Frankreich*.<sup>32</sup>  
12. Oktober 1889, S. 1: *Aus Frankreich* (Der Wahl-Schlachttag ist vorüber).  
2. November 1889, S. 1: *Aus Frankreich* (Zur Streikbewegung unter den Kohlengräbern).  
9. November 1889, S. 4: *Aus Rußland. Die Bestien des Zaren an der Arbeit*.<sup>33</sup>  
16. November 1889, S. 4: *Aus Frankreich* (Zur Konstituierung der „Sozialistischen Gruppe“).  
1. Februar 1890, S. 1 f.: *Aus Frankreich* (Über die Boulangisten).  
29. März 1890, S. 1 und 2: *Aus Frankreich* (Über den Stand der Arbeiterschutzgesetzgebung in Frankreich).  
5. April 1890, S. 2 f.: *Zur Achtstundentagbewegung in Frankreich*.  
26. April 1890, S. 3: *Aus Frankreich* (Zum 1. Mai in Frankreich).  
3. Mai 1890, S. 3: *Aus Frankreich* (Zum 1. Mai).  
10. Mai 1890, S. 3: *Zur Maifeier in Frankreich*.  
24. Mai 1890, S. 2: *Aus Frankreich* (Über den Ausgang der Wahlen für den Pariser Stadtrat. Zur Streikbewegung der französischen Arbeiterklasse).  
21. Juni 1890, S. 3: *Aus Frankreich* (Über ein von den Pariser Marxisten einberufenes Protestmeeting gegen die Verhaftung russischer und polnischer Revolutionäre).  
28. Juni 1890, S. 3: *Zur Russenaffäre in Paris*.  
6. September 1890, S. 4: *Frankreich* (Über den bevorstehenden Nationalkongress der Possibilisten).  
Das Honorar, das Clara Zetkin für ihre Korrespondenzen von der Expedition des „Sozialdemokraten“ erhielt, wird ihr in der schwierigen Lage, in der sie sich mit ihren Kindern befand, eine große Hilfe gewesen sein. Wie wenig es war, zeigt folgender Honorarbeleg vom 3. Januar 1890 für die folgenden vom „Sozialdemokraten“ veröffentlichten Beiträge, für die sie insgesamt ein Honorar von 96,45 und 5,80 frcs erhielt, dessen Empfang sie am 6. Januar 1890 quittierte<sup>34</sup>:  
Nr. 40/1889 Rundschau Frankreich 48 Zeilen  
Nr. 41/1889 Korrespondenz Frankreich 154 Zeilen  
Nr. 44/1889 Korrespondenz Frankreich 252 Zeilen

<sup>32</sup> In dieser Korrespondenz verarbeitete die Redaktion des „Sozialdemokraten“ die Aufstellung und die Nachrichten Clara Zetkins über die Wahlergebnisse in Frankreich.

<sup>33</sup> Diese Korrespondenz trägt nicht das Zeichen Clara Zetkins. Vgl. aber Anmerkung 34.

<sup>34</sup> Vgl. Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam: Nachlaß Motte-ler, IX, Mappe 1. Für das dritte Quartal 1889 quittierte Clara Zetkin einen Honorarbetrag von 106,50 frcs. (Vgl. ebenda, VII, Mappe 4.)

Nr. 45/1889 Korrespondenz Rußland und Frankreich 143 Zeilen

Nr. 46/1889 Rundschau Frankreich 46 Zeilen.

Die Partei war damals nicht in der Lage, ihren Autoren ein höheres Honorar zu zahlen. Weitaus wichtiger war aber für Clara Zetkin, daß sie mit ihrer Korrespondenzarbeit dazu beitragen konnte, Zehntausenden deutscher Arbeiter, die den „Sozialdemokraten“ lasen, eine richtige Darstellung der ökonomischen und politischen Verhältnisse in Frankreich zu geben.

Gleich in ihrer ersten Korrespondenz aus Paris vom 15. Februar 1889 kommt zum Ausdruck, wie sehr sich Clara Zetkin bereits damals mit der Lage der Arbeiterfrauen beschäftigte. „Das politische Schwertgerassel und Schildklirren“, schrieb sie, „war in letzter Zeit so laut, daß die zweite Lesung des Gesetzes über *Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit* fast unbeachtet vorübergegangen ist. Trotzdem und obgleich auch die Arbeiterkreise sogar in ihren organisierten und aufgeklärtesten Elementen dem Gesetz gegenüber eine geradezu sträfliche Gleichgültigkeit an den Tag legten, wurde es *angenommen*; sogar das in erster Lesung verworfene Verbot der Nacharbeit für Frauen ward schließlich in das Gesetz aufgenommen. Stünden die Wahlen nicht so nahe vor der Tür, so wäre der Ausgang der Debatten wahrscheinlich ein anderer gewesen, denn die opportunistische Presse hatte bereits seit Monaten eine Kampagne der gemeinsten Art gegen das Gesetz in Szene gesetzt, in der auch z. B. die bekannten, mit der Hungerpeitsche fabrizierten Petitionen von Arbeiterinnen nicht fehlten, die de- und wehmütig bitten mußten, die edlen Herren Fabrikanten möchten doch ja so gnädig sein, das weibliche Arbeitsvieh nicht nur des Tags, sondern auch in der Nacht auszubeten.“<sup>35</sup>

Die tiefe Gleichgültigkeit und „grauenhafte Unwissenheit“, die sich bei der großen Mehrzahl der Abgeordneten während der Diskussion über das Gesetz zur Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit in bezug auf die ökonomischen Fragen zeigte, wurde von Clara Zetkin scharf glossiert. „Der älteste Manchesterkohl über den Ruin der Nationalindustrie“, schrieb sie, „wenn man der ‚Freiheit der Arbeit‘ Schranken ziehe, dürfte ungestraft aufgetischt werden.“<sup>36</sup>

In ihrer Korrespondenz aus Frankreich vom 9. März 1889 schilderte sie eindrucksvoll das Ende eines der „größten kapitalistisch-finanziellen Gaunerstücke“ der damaligen Zeit, den Bankrott des „Kupferringes“, mit dessen Hilfe bedeutende französische Finanzkapitalisten die Kupferpreise um das Doppelte in die Höhe getrieben hatten. „Der Krach des Kupferrings“, bemerkte Clara Zetkin, „läuft wie der Panamakrach auf eine wahre Revolution in den Besitzverhältnissen der französischen Nation hinaus. Er bedeutet eine sich auf Hunderte von Millionen Franken beziffernde Expropriation des französischen Kleinkapitals im wesentlichen zugunsten des Großkapitals.“<sup>37</sup>

Immer wieder geißelte Clara Zetkin in ihren Korrespondenzen den Boulangismus und das jämmerliche Verhalten der „bürgerlichen Ordnungsparteien“ zu dieser reaktionären Bewegung, die „ohne die opportunistische Mißwirtschaft und die Schwäche der Radikalen überhaupt nicht erzeugt“<sup>38</sup> worden wäre. „Es scheint der französischen Bourgeoisie am Herzen zu liegen“, stellte sie in ihrer Korrespondenz vom 9. März 1889 fest, „bis zum Jahrestage ihrer hundertjährigen

<sup>35</sup> Der Sozialdemokrat, 24. Februar 1889.

<sup>36</sup> Ebenda.

<sup>37</sup> Der Sozialdemokrat, 23. März 1889.

<sup>38</sup> Der Sozialdemokrat, 20. April 1889, Korrespondenz vom 12. April 1889.



Herrschaft zu zeigen, daß sie sich in jeder Beziehung gründlich abgewirtschaftet hat.“<sup>39</sup>

Am 10. Mai 1889 berichtete Clara Zetkin aus Paris über die pompösen Feierlichkeiten, die die französische Bourgeoisie am 5. Mai 1889 anlässlich des hundertsten Jahrestages des Zusammentritts der Generalstände veranstaltet hatte. Hier findet sich die gleiche Beobachtung über den Niedergang der französischen Bourgeoisie als Klasse wie in der vorher erwähnten Korrespondenz vom 9. März 1889. „So fest die Bourgeoisie auch noch im Sattel zu sitzen scheint“, schrieb Clara Zetkin, „so wird das Roß, das sie trägt, doch bereits ungebändig. Es kracht in allen Verhältnissen, und der Glanz, mit dem die Bourgeoisie ihre Herrschaft umgibt, ist ein Abendrot und nicht die Morgenröte.“<sup>40</sup>

Der proletarische Sozialismus war für Clara Zetkin, wie sie in ihren Korrespondenzen immer wieder betonte, die einzige vorwärtsweisende politische Kraft. „Das Proletariat im abgetragenen Rock und schäbigen Zylinderhut“, schrieb sie, „kommt durch die Verhältnisse mehr und mehr in Trab, wird gezwungen, sich zu organisieren, seine Zugehörigkeit zum Proletariat als Klasse der Ausgebeuteten zu erkennen.“<sup>41</sup> Als Belege für diese Feststellung führte Clara Zetkin die Bewegung unter den Handelsgehilfen, den Post- und Telegraphenbeamten an. Ausführlich schilderte sie den Kampf der Privatlehrer, von denen es in Paris und im Seine-Departement nicht weniger als 10 000 gab, gegen die schamlose Ausbeutung durch die gewerbemäßigen Stellungs- und Stundenvermittler.

Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgte Clara Zetkin die ökonomischen Streikkämpfe der französischen Arbeiterklasse, von denen sie ihren deutschen Lesern eingehend berichtete; z. B. über den Streik von etwa 10 000 Textilarbeitern in der Gegend von Lille und Armentieres<sup>42</sup> sowie der Streikbewegung unter den Bergarbeitern in den Kohlenrevieren.

„Heute hier ausbrechend“, schilderte sie diesen Kampf der französischen Kohlenbergarbeiter, „morgen in einer benachbarten Grube, bald hier, bald dort, momentan beendet, dann wieder von neuem aufgenommen, hält der Streik die Arbeiterschaft der Gegend in Atem und flößt den Kohlenbaronen des ganzen Landes Besorgnis und Unruhe ein. Die Streikkarte, um uns dieses Ausdrucks zu bedienen, wechselt täglich, und die ganze Erscheinung erinnert an eine jener laufenden Feuerbrünste, welche nur hier zu ersticken scheint, um an einer anderen Stelle um so heller aufzulodern.“<sup>43</sup>

Mit bitterer Ironie machte sich Clara Zetkin über die „Dürftigkeit“ der „armen“ Aktionäre lustig und entlarvte ihre Behauptung vom schlechten Geschäftsgang als reine Fabel. Entschieden wandte sie sich gegen die Lügen der französischen bürgerlichen Presse vom Müßiggang der Bergarbeiter und ihrer Glückseligkeit. Aus dem Streik der nordfranzösischen Kohlenbergarbeiter zog Clara Zetkin die Schlußfolgerung: Die Arbeiter hätten „sicher gute Resultate erzielen können, wenn sie geeinigt und nach einem bestimmten Plane vorgegangen wären. Allein der Verlauf des Streiks beweist, daß die ausständigen Arbeiter des Pas-de-Calais der Klarheit, der Organisation ermangeln. Wenn sie gegen die Übermacht des Kapitals revoltieren, so geschieht dies nur unter dem bleiernen Drucke eines äußersten Elendes, und sie kennen kein anderes als das nächstliegende Ziel: eine

<sup>39</sup> Der Sozialdemokrat, 23. März 1889.

<sup>40</sup> Der Sozialdemokrat, 18. Mai 1889.

<sup>41</sup> Ebenda.

<sup>42</sup> Vgl. Der Sozialdemokrat, 30. März 1889.

<sup>43</sup> Der Sozialdemokrat, 2. November 1889.

kleine Verbesserung ihrer materiellen Lage. Hervorgehoben muß jedoch werden, daß der Streik eine bedeutend höhere Entwicklung des *Solidaritätsgefühls* unter den Kohlengrößern gezeigt hat, als bei früheren Ausständen unter ihnen anzutreffen war. Bedauerlich ist, daß keine der sozialistischen Fraktionen den Streik in propagandistischer Beziehung auszunutzen versucht hat.<sup>44</sup>

Die Bemühungen, die revolutionären Kräfte in der zersplitterten französischen Arbeiterbewegung auf marxistischer Grundlage zu einigen<sup>45</sup>, wurden von Clara Zetkin in ihrer ganzen Bedeutung hervorgehoben. So empfand sie die Bildung der parlamentarischen Gruppe der französischen Sozialisten, die im Herbst 1889 erfolgte und „auf welcher auch kein Schein eines Kompromisses mit den bürgerlichen Parteien ruht“, als „durchaus korrekt und vom prinzipiellen Standpunkte aus (als) eine Notwendigkeit“.<sup>46</sup> Clara Zetkin begrüßte in ihr „den ersten tatsächlichen Schritt zur Bildung einer großen einheitlichen sozialistischen Arbeiterpartei Frankreichs“.<sup>47</sup>

In der Herstellung der revolutionären Einheit der französischen Arbeiterklasse sah Clara Zetkin die entscheidende Voraussetzung für den Sieg über die niedergehende Bourgeoisie. Als die bürgerliche Presse die Erklärung der Pariser Exekutiv-Kommission für die Demonstration am 1. Mai 1890 mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgte, zeigte sich darin für Clara Zetkin „das böse Gewissen und die Angst“ der französischen Bourgeoisie „vor einer imposanten und einheitlichen Aktion des Proletariats, mag sie noch so friedlich sein“.<sup>48</sup>

In ihren Korrespondenzen für den „Sozialdemokraten“ ging Clara Zetkin aber auch auf die politischen Verhältnisse im zaristischen Rußland ein. In ihrem Beitrag „Aus Rußland. Die Bestien des Zaren an der Arbeit“ schilderte sie den Lesern des „Sozialdemokraten“ das brutale Vorgehen der zaristischen Justiz gegen Deportierte in Jakutsk. Ihre Korrespondenz beendete sie mit den flammenden Worten: „Der Zarismus sät nicht bloß Wind, sondern furchtbaren Sturm, und wenn er dafür einst einen tobenden Orkan erntet, der mit Naturgewalt einherbrausend ihm seine Stützen und Institutionen hinwegfegt, wer wird sich finden, ihn zu bedauern?“<sup>49</sup>

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, obwohl damit bei weitem nicht der inhaltliche Reichtum ausgeschöpft ist, den Clara Zetkins Korrespondenzen für den „Sozialdemokraten“ enthalten. Friedrich Engels war von Clara Zetkins publizistischer Arbeit tief beeindruckt. Am 16. Mai 1889 schrieb er an Paul Lafargue: „Clara Zetkin a écrit un article excellent dans *La Tribune*... — si nous avions eu une relation si précise des faits il y a trois mois, cela nous eût valu beaucoup.“<sup>50</sup> Durch ihre Korrespondenzen im „Sozialdemokraten“ hat Clara Zetkin mit dazu beigetragen, die deutschen Arbeiter mit den Problemen ihrer französischen Klassenbrüder vertraut zu machen und sie im Geiste des proletarischen Internationalismus zu erziehen. Clara Zetkins Artikel, die der „Sozialdemokrat“ veröffentlichte, sind in einem glänzenden Stil geschrieben. Sie zeugen von dem

<sup>44</sup> Ebenda.

<sup>45</sup> Vgl. hierzu u. a. Engels an Bebel, 15. November 1889. In: Friedrich Engels: Briefe an Bebel, S. 160 ff., und am 7. Dezember 1889 an Sorge. In: Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. a. an F. A. Sorge u. a., Stuttgart 1906, S. 325 f.

<sup>46</sup> Der Sozialdemokrat, 2. November 1889.

<sup>47</sup> Der Sozialdemokrat, 16. November 1889.

<sup>48</sup> Der Sozialdemokrat, 26. April 1890.

<sup>49</sup> Der Sozialdemokrat, 9. November 1889.

<sup>50</sup> Friedrich Engels: Paul et Laura Lafargue, S. 262.

Bemühen der Autorin, an all die z. T. sehr komplizierten Fragen der Arbeiterbewegung, der Wirtschafts- und Innenpolitik in Frankreich vom proletarischen Klassenstandpunkt heranzugehen und sie mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus und ausgezeichneten Detailkenntnisse zu beantworten. Ihre Korrespondenzen sind nicht nur eine wichtige Quelle zur Geschichte Frankreichs und der französischen Arbeiterbewegung, sondern schon hier tritt uns die konsequente Kämpferin für den Sozialismus entgegen, „die ihre reichen schriftstellerischen und rednerischen Gaben mit nie verlöschender Leidenschaft für die Befreiung der arbeitenden Menschheit“<sup>51</sup> einsetzte.

---

<sup>51</sup> Clara Zetkin: *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 1, Vorwort von Wilhelm Pieck, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. XII.

## Karl Marx in Leipzig

*Unter diesem Titel veröffentlichte Eva Bednarski in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 6. Juli 1961 folgende interessante Mitteilung:*

Mitarbeitern unserer Universitätsbibliothek ist es gelungen, einen weiteren Beitrag zur Erforschung des Lebens und Wirkens von Karl Marx und vor allem seiner Beziehungen zu Leipzig zu liefern.

Für die Stadt Leipzig, deren Universität den Namen des großen Deutschen trägt, wird allgemein das Jahr 1874 als Aufenthalt von Karl Marx datiert. So schreibt Karl Wiegand vom Museum für Geschichte der Leipziger Arbeiterbewegung in seiner Schrift „Stätten des Kampfes und der Erinnerung. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandskampfes im Bezirk Leipzig“ zum Aufenthalt von Karl Marx in Leipzig folgendes:

„Braustraße 15 (früher Nr. 11) ... Gedenktafel am Hauseingang: Karl Marx, der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, weilte im September 1874 als Gast der Familie Liebknecht in diesem Hause“ (S. 20).

„Paul-List-Straße 5, Hotel Hochstein (frühere Carolinenstraße): Karl Marx und seine Tochter Eleanor Marx (genannt ‚Tussy‘) wohnten während ihres Aufenthaltes in Leipzig vom 22. bis 24. September 1874 in diesem Hotel“ (S. 24).

Die Universitätsbibliothek besitzt aus dem Jahre 1843 eine Wochenschrift, hrsg. von Friedrich Wilhelm Held, mit dem Titel „Leipziger Locomotive“. Dieser Zeitschrift konnten wir neben anderen Einzelheiten über den Kampf gegen die Reaktion die folgende Notiz entnehmen: „Personalchronik: Dr. Marx, Redacteur der sel. Rhein. Ztg., ist am 25. Mai (1843) hier angekommen und hat noch an demselben Tage seine Reise nach Frankfurt a. M. fortgesetzt.“<sup>1</sup>

Diese Notiz beweist, daß sich Karl Marx entgegen den Berichten der Chronik bereits im Jahre 1843, also vor seiner Übersiedlung nach Paris im Herbst des gleichen Jahres, in Leipzig aufgehalten hat, genau 110 Jahre vor der Umbenennung unserer Universität in Karl-Marx-Universität.

*Eva Bednarski*

---

<sup>1</sup> Leipziger Locomotive, 1843, Nr. 22.



## An alle ehemaligen Mitglieder und Funktionäre der FDJ

Liebe Freunde und Genossen!

Wir wenden uns mit der Bitte an Euch, die Erforschung und Ausarbeitung der Geschichte der Freien Deutschen Jugend durch Eure Mithilfe tatkräftig zu unterstützen.

Wir bitten alle Freunde und Genossen, die auf Grund ihrer früheren Tätigkeit im Jugendverband noch im Besitz von Beschlüssen, Berichten, Rechenschaftsberichten, Delegiertenmappen, Abzeichen, Erinnerungsplaketten, Urkunden, Flugblättern, Broschüren, Plakaten usw. aus der Arbeit von Organisationseinheiten unseres Verbandes sind, uns diese als Abschrift oder im Original zur Auswertung zuzusenden.

Die Geschichte unseres Jugendverbandes ist nicht in erster Linie eine Geschichte zentraler Beschlüsse und Aktionen. Sie wurde gestaltet durch den unermüdlichen Einsatz von Millionen Mitgliedern und durch die Tätigkeit Tausender Grundeinheiten der Freien Deutschen Jugend. Deshalb haben solche Materialien und Dokumente, die über die Tätigkeit der Grundeinheiten, Kreisverbände, Landes- bzw. Bezirksverbände unserer Jugendorganisation Aufschluß geben, besondere Bedeutung für die Erforschung und Ausarbeitung der Geschichte unserer Jugendorganisation.

*Zentralrat der Freien Deutschen Jugend  
Arbeitsgruppe Geschichte  
Berlin W 8, Unter den Linden 36-38*

# Aus der Arbeit der Kommissionen für die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung

---

## Bemerkungen zu einigen Publikationen der örtlichen Kommissionen zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD

In den Thesen des Politbüros des ZK der SED zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD heißt es einleitend: „Die Vereinigung der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 21./22. April 1946 ist die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse seit der Verkündung des ‚Manifests der Kommunistischen Partei‘ durch Karl Marx und Friedrich Engels und der Entstehung der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland. Die Gründung der SED war der Sieg des Marxismus-Leninismus in der deutschen Arbeiterbewegung.“<sup>1</sup> Sie war gerade deshalb von überragender nationaler und internationaler Bedeutung, weil mit diesem historischen Akt die revolutionären Kräfte den Opportunisten und Spaltern im Osten Deutschlands eine vernichtende Niederlage bereiteten. Die Einheit der Arbeiterklasse festigte das Bündnis aller antifaschistischen Kräfte und gab die Kraft für den Sieg der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in einem Teil Deutschlands. Die Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands lehrt, daß die Bemühungen der Arbeiterklasse um den Sieg des Sozialismus in ganz Deutschland von Erfolg gekrönt sein werden.

Aus Anlaß des 15. Jahrestages dieses für das deutsche Volk so bedeutungsvollen historischen Ereignisses wurde von den bei den Bezirks- und Kreisleitungen der SED bestehenden Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der Kampf der deutschen Arbeiterklasse sowie der Prozeß der Vereinigung untersucht. Die Arbeitsergebnisse wurden in Form von Artikeln und Aufsätzen in Zeitschriften und Zeitungen und als selbständige Publikationen veröffentlicht.<sup>2</sup> Zur Unterstützung der massenpolitischen Arbeit der Partei fanden theoretische Konferenzen<sup>3</sup>, zahlreiche Foren, Vorträge und Lektionen statt. Auf der Basis der Thesen zum 15. Jahrestag wurden, zum Teil in Zusammenarbeit mit den örtlichen Heimatmuseen, Sonderausstellungen gestaltet.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Die Gründung der SED – ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus. Thesen des Politbüros des ZK der SED zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1961, Sonderheft, S. 3/4.

<sup>2</sup> Vgl. Bibliographie zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1961, Heft 3 und 4; 1962, Heft 1 und 2.

<sup>3</sup> Theoretische Konferenzen führten u. a. die Bezirkskommissionen Frankfurt (Oder), Halle, Erfurt und Neubrandenburg sowie die Kreiskommissionen Mühlhausen und Greifswald durch.

<sup>4</sup> So z. B. von den Bezirken Berlin, Suhl (Wanderausstellung), Frankfurt (Oder) (Wanderausstellung), Potsdam, Neubrandenburg und den Kreisen Großenhain, Mei-

Nach einer bisher vorhandenen Übersicht wurden von den Bezirks-, Kreis- und Betriebskommissionen nahezu 50 Broschüren zum 15. Jahrestag herausgegeben. Es liegen Publikationen der Bezirkskommissionen Erfurt (2), Frankfurt (Oder), Gera, Halle, Leipzig, Neubrandenburg, Potsdam, Schwerin und Suhl sowie aus 31 Kreisen und 8 Betrieben vor. Diese Arbeitsergebnisse besitzen recht unterschiedliches Niveau. Sie enthalten Dokumentationen, Einzeldarstellungen und Erlebnisberichte und tragen zum Teil den Charakter von Festschriften. Fast alle Broschüren bringen reichliches Bildmaterial und faksimilierte Dokumente aus den Jahren 1945/46.

Die Einzeldarstellungen geben einen zusammenfassenden Überblick über den Vereinigungsprozeß im jeweiligen Gebiet. In Erinnerungsbroschüren kommen Menschen zu Wort, die Jahrzehnte aktiv in den Reihen der Arbeiterbewegung den Kampf gegen die Feinde der Arbeiterklasse und der Nation geführt haben, die trotz aller Verfolgungen und Leiden, denen sie in den Kerkern und Konzentrationslagern des Hitlerfaschismus ausgesetzt waren, treu zur Sache der Arbeiterbewegung standen und stehen und die von der ersten Stunde an ihre ganze Kraft in den Dienst des demokratischen Neuaufbaus stellten. Durch die zahlreichen Beiträge zum 15. Jahrestag wird einmal mehr bewiesen, daß es die Kommunistische Partei war, die in der Nacht des Faschismus die Führung im illegalen Widerstandskampf übernommen hatte, daß sie es war, die sofort nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus die Initiative ergriff und Maßnahmen einleitete, um auf allen Gebieten das Leben zu normalisieren. Während ein großer Teil der Bevölkerung resignierte und die bange Frage stellte, wie es weitergehen sollte, gab es für die Kommunisten kein Abwarten und Abseitsstehen. Den Gedanken, von dem sie sich stets leiten ließen, bringt Johanna Maier in der Broschüre des VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer zum Ausdruck: „Die Partei Lenins hatte uns gelehrt: Es gibt keine ausweglose Situation. Wo Hände bereit sind zu schaffen, gibt es auch einen Weg.“<sup>5</sup>

Die Dokumentensammlungen der Bezirkskommissionen Frankfurt (Oder) und Leipzig enthalten neben wichtigen zentralen Dokumenten, die die Grundlage für die Dokumentation der örtlichen Entwicklung bilden, Materialien aus den örtlichen Archiven der Bezirks- und Kreisleitungen, der staatlichen Verwaltungen und Museen. Jedoch fehlt zu beiden Dokumentationen eine Einleitung – das trifft auch für eine Reihe von Erinnerungsbroschüren anderer Kommissionen zu – in der die Zusammenhänge und die Problematik des Kampfes um die Vereinigung sowie ihre historische Bedeutung für die weitere Entwicklung im Bezirk erläutert worden wären.

In einer Reihe von Broschüren<sup>6</sup> haben es die Kommissionen verstanden, an Hand markanter Episoden die entscheidenden Schritte, die auf örtlicher Ebene zur Einheit der Arbeiterklasse führten, zu schildern. Darüber hinaus hat die

---

Gen, Döbeln, Oschatz, Delitzsch, Hainichen, Aue-Wismut, Freiberg, Zwickau, Naumburg, Arnstadt, Heiligenstadt, Mühlhausen, Nordhausen, Wernigerode, Halberstadt, Staßfurt, Stendal, Waren, Demmin und Malchin.

<sup>5</sup> Unser rotes Ländchen. Aus dem Kampf der Arbeiterklasse im Lauchhammer Gebiet, o. O. 1961, S. 55/56.

<sup>6</sup> Besonders in denen der Bezirkskommissionen Erfurt und Potsdam, der Stadtkommission Dresden, der Kreiskommissionen Schönebeck, Sebnitz, Pirna, Zeitz/Hohennäusen und Hoyerswerda sowie der Betriebskommission des VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer.



## *Zu einigen Publikationen zum 15. Jahrestag der Gründung der SED*

Broschüre der Betriebskommission des VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer als Quellengrundlage für die Geschichte der Arbeiterbewegung auch deshalb Bedeutung, weil über die Ereignisse im Lauchhammer Braunkohlenrevier unmittelbar nach 1945 außer den darin veröffentlichten Erinnerungsberichten keine weiteren schriftlichen Quellen existieren. An diesem Beispiel zeigt sich einmal mehr, wie wichtig die Tätigkeit der Bezirks- und Kreis-kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung und deren eingehende und sorgfältige Forschungsarbeit ist. Dieses Beispiel zeigt aber auch, wie wichtig es ist, besonders in solchen Großbetrieben, die das politische Geschehen in einem bestimmten Gebiet beeinflussen, arbeitsfähige Kollektive für die Betriebsgeschichtsschreibung zu bilden. Mit den vorliegenden Publikationen der Betriebskommissionen wurde der Grundstein für die weitere Geschichte des Betriebes, der Geschichte seiner Arbeiter und deren Kämpfe unter Führung der Kommunistischen Partei gegen Imperialismus und Militarismus gelegt.

Zweifelsohne sind die Publikationen der örtlichen Kommissionen zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD nicht nur eine Hilfe für Propagandisten und Geschichtslehrer, sondern sie bereichern auch die bisherigen Forschungsergebnisse zur Geschichte der Partei und der deutschen Arbeiterbewegung jener Zeit und unterstützen die örtlichen Parteiorganisationen wirkungsvoll bei der sozialistischen Bewußtseinsbildung unserer Werktätigen.

Es kann nicht Aufgabe dieses Beitrages sein, alle bisher von den örtlichen Kommissionen zum 15. Jahrestag der Vereinigung veröffentlichten Publikationen und die darin enthaltenen Probleme zu behandeln. Es soll nur auf einige Grundfragen eingegangen werden, deren Klärung für die weitere Arbeit der Kommissionen von besonderer Bedeutung ist. Das bezieht sich vor allen Dingen auf die Herausarbeitung der Kontinuität der Politik der KPD/SED, der führenden Rolle der Partei und ihres Zentralkomitees im Kampf um die Lösung der Grundfragen der Nation und die demokratische Neugestaltung Deutschlands sowie das richtige Verhältnis von lokal- und nationalgeschichtlicher Darstellung.

Eine Reihe von Veröffentlichungen über den Kampf um die Vereinigung von KPD und SPD beginnen erst mit dem Jahr 1945. Sie lassen die Kontinuität der Politik der KPD und ihres Zentralkomitees völlig außer acht. Damit wird der reaktionären Geschichtsschreibung Vorschub geleistet, die behauptet, die KPD habe nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus mit einer vollkommen neuen Politik begonnen. In der Broschüre „15 Jahre SED – Kreis Sonneberg“ wird sogar der Eindruck erweckt, die Geschichte unserer Partei, die Geschichte des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse als Vorkämpferin der Nation beginne überhaupt erst nach 1945. Das entspricht nicht der historischen Wahrheit. Die KPD und ihr Zentralkomitee setzten in den Jahren 1945/46 konsequent das Ringen der besten Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung um die Einheit der Arbeiterklasse und die nationalen Belange des deutschen Volkes seit dem Wirken von Marx und Engels fort. Die Politik der KPD war seit ihrer Gründung auf die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse zum Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus gerichtet. Im besonderen war sie 1945/46 die Fortsetzung ihres in den Jahren der Hitlerdiktatur geführten Kampfes für die Schaffung einer Einheitsfront der Arbeiterklasse und einer breiten Volksfrontbewegung aller Hitlergegner zum Sturz der faschistischen Diktatur und für die Errichtung eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands. Auf

den bedeutsamen Parteikonferenzen von Brüssel (1935) und Bern (1939)<sup>7</sup> wurde hierzu in den Grundzügen jenes Programm entwickelt, mit dem die KPD nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus aus der Illegalität hervortrat und sich an die Spitze des Kampfes um ein friedliches, demokratisches Deutschland stellte. Ohne diese richtige Darstellung der Rolle der KPD und ihrer Führung im antifaschistischen Widerstandskampf kann auch ihre führende Rolle im Vereinigungsprozeß 1945/46 nicht überzeugend genug herausgearbeitet werden.<sup>8</sup>

In verschiedenen Broschüren zeigt sich, daß die Bedeutung der Parteikonferenzen von Brüssel und Bern für die spätere Politik der Partei von den Verfassern und Herausgebern nicht erkannt wurde. In den Publikationen der Bezirkskommission Frankfurt (Oder) und der Kreiskommissionen Hoyerswerda, Auerbach, Hildburghausen, Sonneberg, Bad Langensalza, Staßfurt und Zwickau-Land werden diese Beschlüsse nicht einmal erwähnt. In der Dresdener Broschüre „Wenn wir brüderlich uns einen ...“ werden zwar als Einleitung Auszüge aus den Thesen des Politbüros zum 15. Jahrestag der Vereinigung gebracht, die die durchgängige Politik der KPD im Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und Faschismus zum Ausdruck bringen, jedoch wird auf die Bedeutung der beiden Konferenzen nicht eingegangen.<sup>9</sup> Das ist ein empfindlicher Mangel, der auch nicht durch die wertvollen Erinnerungen von Herbert Gute und Richard Leppi geschlossen werden kann, obwohl diese anschaulich nachweisen, wie Kommunisten und Sozialdemokraten im gemeinsamen Widerstandskampf zusammenfanden.<sup>10</sup>

In anderen örtlichen Publikationen werden die Beschlüsse von Brüssel und Bern wohl genannt<sup>11</sup>, ohne in den folgenden Darstellungen den Beweis ihrer Wirkung auf den antifaschistischen Widerstandskampf am Ort zu erbringen. So geht aus den allgemeinen Einschätzungen der Rathenower Broschüre „Vorwärts und nicht vergessen ...“<sup>12</sup> richtig hervor, daß die KPD als einzige Partei in Deutschland nach 1933 illegal ihre Tätigkeit fortsetzte und daß es das Zentralkomitee der KPD war, das die Orientierung für den antifaschistischen nationalen Widerstand gegen das Hitlerregime gab. Diese richtige Feststellung wird allerdings in den in der Broschüre enthaltenen Beiträgen und Erlebnisberichten nicht mit örtlichem Material erläutert. In ihnen wird mehr oder weniger vom Widerstandskampf Einzelner berichtet, wobei trotz vorhandener Möglichkeiten die Rolle der Parteiorganisation nicht behandelt wird. Das Abhören des Mos-

<sup>7</sup> In den Broschüren der Kreiskommissionen Guben (S. 5) und Eisenberg (S. 13) wurden falsche Jahresdaten für das Stattfinden beider Konferenzen angegeben.

<sup>8</sup> Vgl. Zur führenden Rolle der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihres Zentralkomitees im antifaschistischen Widerstandskampf. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1961, Heft 3, S. 547–572. – Dieser Beitrag sollte in allen Kommissionen, besonders in den Arbeitsgruppen zur Erforschung des Widerstandskampfes seminaristisch ausgewertet werden.

<sup>9</sup> Vgl. Wenn wir brüderlich uns einen ... Der Kampf um die Schaffung der SED in Dresden 1945–1946, Dresden 1961, S. 3.

<sup>10</sup> Vgl. Herbert Gute: Es begann im Zuchthaus. Ebenda, S. 82–85. – Richard Leppi: Aktionseinheit im Betrieb. Ebenda, S. 85/86.

<sup>11</sup> Die Politik der KPD vor 1945 wird in der Broschüre zur Vereinigung in der Provinz Brandenburg lediglich mit einer Fußnote zur Berner Konferenz gekennzeichnet. Vgl. Karl Urban: Der Kampf um die Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung in der Provinz Brandenburg (Mai 1945 bis April 1946), o. O. 1961, S. 14.

<sup>12</sup> Vorwärts und nicht vergessen ... Ein Beitrag zur Geschichte der Rathenower Arbeiterbewegung von 1933–1945, (Brandenburg 1961), S. 63.

kauer Rundfunks – im zweiten Weltkrieg eine der Hauptmethoden der Anleitung der illegalen Parteiorganisationen in Deutschland durch das Zentralkomitee der KPD – wird mehrmals erwähnt, ohne zu sagen, wie diese Orientierung im täglichen Widerstandskampf half. Unter den Bedingungen der verbrecherischen Hitleraggression auf die Völker Europas konnte das ZK der KPD nur von Moskau aus eine prinzipielle, von objektiver Einschätzung des realen Kräfteverhältnisses und politischem Weitblick getragene Führung der gesamten Partei sicherstellen. Sicher hätten hier bei einer eingehenden kollektiven Beratung durch die Kreiskommission Rathenow noch wertvolle Fakten zutage gefördert werden können, die die allgemein getroffenen Feststellungen überzeugend belegten.

Aufschlußreiche Fakten und bisher unbekannte Tatsachen über den antifaschistischen Widerstandskampf vermitteln die Broschüren der Bezirkskommission Gera<sup>13</sup>, der Kreiskommissionen Schönebeck<sup>14</sup>, Wilhelm-Pieck-Stadt Guben<sup>15</sup>, Eisenberg<sup>16</sup> und der Betriebskommission des VEB Schwermaschinenbau „Ernst Thälmann“ in Magdeburg-Buckau<sup>17</sup>. In ihnen wird nachgewiesen, wie in gemeinsamen Aktionen der Schwur von Kommunisten und Sozialdemokraten geboren wurde, künftig in einer einheitlichen Arbeiterpartei gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus und für den Aufbau eines demokratischen Deutschlands zu kämpfen. So kam es beispielsweise in der zum Flick-Konzern gehörenden Maximilianshütte in Unterwellenborn<sup>18</sup> und in Calbe/Schönebeck<sup>19</sup> auf der Grundlage der Beschlüsse der Brüsseler Parteikonferenz zur Bildung einer Einheitsfront von Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilosen. Im Magdeburger Krupp-Gruson-Werk arbeiteten illegale Betriebsgruppen der KPD aktiv gegen die faschistische Barbarei.<sup>20</sup>

Nicht befriedigen kann die Behandlung des Kampfes des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ im Inland in einigen Broschüren. Sie ist ein Beispiel für eine lokalbeschränkte Betrachtung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung. Die Tätigkeit der Gruppen des NKFD in Leipzig<sup>21</sup> und Potsdam<sup>22</sup> wird nicht nur losgelöst von dem 1943 bei Moskau gegründeten NKFD dargestellt, sondern in der Potsdamer Broschüre lediglich als ein „Beispiel“ dafür behandelt, daß „der revolutionäre Elan und die Schöpferkraft der besten Teile der Arbeiterklasse nicht gebrochen waren“, also nicht als eine nationale Bewegung, die ihrem Wesen nach die deutsche Antihitlerkoalition darstellte. Eine solche Aus-

<sup>13</sup> Vgl. Wir schmiedeten die Einheit. Erlebnisberichte von Parteiveteranen, die sich im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse besondere Verdienste erwarben, o. O. 1961, S. 27–29, 41/42, 85–87.

<sup>14</sup> Vgl. Ernst Lindner/Günter Kraatz: 15 Jahre SED-Kreisorganisation Schönebeck (Elbe), o. O. 1961, S. 5–9.

<sup>15</sup> Vgl. 15 Jahre SED. Aktivisten der ersten Stunde erzählen ..., o. O. 1961, S. 5.

<sup>16</sup> Vgl. Vereint sind wir unsiegbar, o. O. 1961, S. 7/8.

<sup>17</sup> Vgl. Vom Kanonenkrupp zur sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, o. O. 1961, S. 14–18.

<sup>18</sup> Vgl. Wir schmiedeten die Einheit, S. 41/42.

<sup>19</sup> Ernst Lindner/Günter Kraatz: 15 Jahre SED-Kreisorganisation Schönebeck (Elbe), S. 5–7.

<sup>20</sup> Vgl. Vom Kanonenkrupp zur sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, S. 14–16.

<sup>21</sup> 15 Jahre SED. Auszüge aus Dokumenten und Materialien zur Entwicklung der Partei im Bezirk Leipzig, o. O. 1961, S. 26/27.

<sup>22</sup> Karl Urban: Der Kampf um die Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung in der Provinz Brandenburg, S. 10.



wertung der zentralen und örtlichen Dokumente zur Geschichte der Partei und der deutschen Arbeiterbewegung ist natürlich völlig unzureichend.

In der Mehrzahl der vorliegenden Broschüren nimmt der Vereinigungsprozeß 1945/46 den weitaus größten Platz ein. Aber auch die Darstellung des Weges von der Zerschlagung des Hitlerfaschismus bis zum einheitlichen Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien ist in den einzelnen Broschüren recht unterschiedlich. In den meisten von ihnen wurde das Ringen auf örtlicher Ebene um die Einheit der Arbeiterklasse richtig in enger Verbindung mit der richtungweisenden Politik der KPD in ganz Deutschland gebracht. Es spiegelt sich wider, wie auf der Grundlage des Programms der KPD vom 11. Juni 1945 und der darauffolgenden Zusammenarbeit des Zentralkomitees der KPD und des Zentrallausschusses der SPD die Aktionsgemeinschaft der Mitglieder beider Arbeiterparteien wuchs und schließlich zur Vereinigung führte.

Mit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus in den Maitagen 1945 konnte die KPD aus der jahrelangen Illegalität heraustreten.<sup>23</sup> Anknüpfend an die Beschlüsse von Brüssel und Bern und getreu den Prinzipien des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, forderte sie in ihrem Aktionsprogramm vom 11. Juni 1945 die Vernichtung aller Grundlagen des Imperialismus und Militarismus sowie die Beseitigung aller feudalen Überreste. Die Kommunistische Partei wies in ihrem Zehn-Punkte-Programm den Ausweg aus der nationalen Katastrophe<sup>24</sup> und zeigte als Ziel die „Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“<sup>25</sup>. Grundvoraussetzung für die im Aufruf vom 11. Juni ausgesprochenen Forderungen konnte nur die Einheit der Arbeiterklasse und das feste Bündnis mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften sein. „Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes!“<sup>26</sup> war darum auch eine der Grundforderungen des Aktionsprogramms. Die Verbreitung und Auswirkung des Aufrufs des ZK vom 11. Juni 1945 auf die Entwicklung in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern, besonders auf die Herstellung der Aktionseinheit in diesen Gebieten, wird in den Broschüren der Bezirkskommissionen Erfurt und Schwerin ausführlich und anschaulich dargestellt.<sup>27</sup> Dagegen ist es völlig unverständlich, daß in den Broschüren „15 Jahre SED-Kreis Staßfurt“ und „Vereinigung KPD und SPD im Kreis Bad Langensalza“ der Aufruf, der Richtschnur für das gemeinsame Handeln von Kommunisten und Hunderttausenden Antifaschisten war, nicht einmal genannt wird.

<sup>23</sup> In den Broschüren der Bezirkskommission Gera (S. 53/54), der Kreiskommissionen Hildburghausen (S. 10/11), Wilhelm-Pieck-Stadt Guben (S. 5), Bad Langensalza (S. 4), Naumburg (S. 14) und der Betriebskommission des VEB BKK Lauchhammer (S. 53) ist fälschlicherweise von Neugründungen der KPD die Rede. Eine solche Formulierung kann zu der Schlußfolgerung führen, die KPD habe während der Zeit des Hitlerfaschismus nicht existiert.

<sup>24</sup> Nicht erst mit der Gründung der SED wurde dem deutschen Volk der Ausweg gezeigt, wie in der Zwickauer Broschüre (S. 10) behauptet wird.

<sup>25</sup> Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 18.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 16.

<sup>27</sup> Anne Anweiler: Nur vereint zwingen wir des Volkes Feind. Zur Geschichte der Vereinigung beider Arbeiterparteien in Thüringen, o. O. 1961. – Erich Woitinas: Die Bedeutung des Aufrufs der KPD vom 11. Juni 1945 für die Herstellung der Aktionseinheit zwischen KPD und SPD in Mecklenburg. In: Zum 15. Jahrestag der Gründung der SED. Der Sozialismus siegt!, o. O. 1961, S. 25–34.

Obwohl die Veröffentlichungen der örtlichen Kommissionen reich an Beispielen sind, wie Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilose Arbeiter gemeinsam ans Werk gingen, um die Trümmer des Krieges zu beseitigen und das politische und wirtschaftliche Leben in Gang zu bringen, geht nicht immer eindeutig hervor, daß vor der Herstellung der organisatorischen Einheit eine politisch-ideologische Klärung über den Charakter der zu bildenden Einheitspartei erfolgen mußte. In der Broschüre der Kreiskommission Bad Langensalza bleibt deshalb die Frage offen, warum nicht sofort in den Mai/Junitagen 1945 die Einheit hergestellt werden konnte.<sup>28</sup> Wie sah es damit aus? In dem verständlichen Drang, nach der Zerschlagung der Hitlerdiktatur möglichst rasch die organisatorische Einheit der Arbeiterklasse zu vollziehen, hatten manche Mitglieder beider Arbeiterparteien außer acht gelassen, daß es trotz der weitgehenden Übereinstimmung in den damals unmittelbar zu lösenden Aufgaben nicht wenige politisch-ideologische Differenzen gab. Wie notwendig die Klärung politischer, ideologischer und organisatorischer Fragen war, zeigt z.B. die Meinung des damaligen Vorsitzenden der SPD in Naumburg (hier war es im Juli 1945 zum Anschluß der SPD an die KPD gekommen), die SPD müsse in einer einheitlichen Arbeiterpartei eine „oppositionelle Fraktion“ darstellen.<sup>29</sup> Es konnte darum keinen anderen Weg geben, als sich in gemeinsamen Aktionen zusammenzufinden und im Kampf um die Erfüllung der im Aufruf vom 11. Juni 1945 festgelegten Forderungen zugleich die Grundfragen der revolutionären Arbeiterbewegung zu klären.

Eine dieser Grundfragen war z.B. die Rolle der Partei der Arbeiterklasse als Hegemon und Vortrupp der Arbeiterklasse und des Volkes. Vielen sozialdemokratischen Mitgliedern fehlte das marxistisch-leninistische Wissen um die Rolle des Proletariats und seiner Partei. Eine Änderung konnte nicht über Nacht geschehen. Nur in gemeinsamer Arbeit und in gemeinsamen Schulungsabenden konnten und wurden auch schließlich die Unklarheiten in dieser Frage überwunden. Bei der Schaffung der demokratischen Selbstverwaltungsorgane wurde die Rolle der proletarischen Staatsmacht, bei der Durchführung der demokratischen Bodenreform die Bündnisfrage und bei der Säuberung der Betriebe von aktiven Nazis der Klassencharakter des Faschismus weitestgehend geklärt. Die gemeinsamen Aktionsausschüsse von KPD und SPD bestanden auch ihre Bewährungsprobe bei der Inangriffnahme der demokratischen Schulreform, beim Aufbau der Volkspolizei und eines demokratischen Justizwesens. Damit wurden auf dem vom ZK der KPD gewiesenen Weg entscheidende Schritte zur Herstellung der Aktionseinheit getan. „Der Kampf um die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und um die Vereinigung der Arbeiterparteien verschmolz zu einem einheitlichen Prozeß.“<sup>30</sup>

In den Broschüren der Bezirkskommission Erfurt, der Stadtkommission Dresden und der Kreiskommission Schönebeck wird diese dialektische Einheit der Politik der KPD an Hand zahlreicher Beispiele aufgezeigt, wohingegen der Leser beim Studium der Broschüre der Bezirkskommission Potsdam den Eindruck erhält, die ideologisch-politische Klärung sei vor allem in Schulungen

<sup>28</sup> Vgl. Vereinigung KPD und SPD im Kreise Bad Langensalza, o. O. 1961, S. 9.

<sup>29</sup> Zit. in: Der Sozialismus siegt! Zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD, o. O. 1961, S. 14.

<sup>30</sup> Die Gründung der SED – ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus, S. 12/13.

erreicht worden, weniger aber das Ergebnis der Erfahrungen des gemeinsam geführten Klassenkampfes.<sup>31</sup>

Hervorragenden Anteil an den ersten Schritten des demokratischen Neuaufbaus unmittelbar nach Beendigung des verbrecherischen Hitlerkrieges hatten die Initiativgruppen des ZK der KPD in Berlin unter der Leitung von Walter Ulbricht, in Sachsen unter Hermann Matern und in Mecklenburg unter Gustav Sobottka und Kurt Bürger.<sup>32</sup> Die Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Antifaschisten bei der Übernahme der staatlichen Verwaltungen, bei der Säuberung des Apparates von Faschisten und vor allem bei der Normalisierung des Lebens, der Wiederingangbringung der Wirtschaft und der Sicherung der Ernährung wird in vielen Beiträgen gewürdigt. Jedoch erfolgte bei den Darlegungen über den Aufbau der neuen antifaschistisch-demokratischen Verwaltungsorgane, den „ersten Formen der neuen Staatsmacht“<sup>33</sup> mitunter eine Einengung auf die Antifa-Ausschüsse<sup>34</sup>, ohne eine Klarstellung von deren Rolle zu erlangen. Eine Auflösung dieser spontan entstandenen Ausschüsse und Komitees erfolgte aber schon in den ersten Wochen nach der Befreiung, weil sie die Tätigkeit der sich entwickelnden neuen demokratischen Staatsorgane hemmten.<sup>35</sup> „Das wichtigste war jetzt, alle politisch bewußten zuverlässigen Kräfte auf die Bildung der neuen Verwaltungsorgane zu orientieren.“<sup>36</sup>

Zur Lösung der bevorstehenden Aufgaben war es dringlichstes Gebot, einen breiten Zusammenschluß aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte herbeizuführen. Dabei konnte die Frage der Macht nur entschieden werden durch die restlose Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates und den Aufbau einer neuen, demokratischen Staatsmacht. Nach der Bildung der antifaschistisch-demokratischen Parteien wurden die leitenden Funktionen der Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Städten, Kreisen und Provinzen auf der Grundlage gemeinsamer Vorschläge der im Block zusammengeschlossenen Parteien besetzt. Die neuen demokratischen Selbstverwaltungsorgane waren Keimzellen einer neuen Staatsmacht und ihrem Charakter nach Organe der revolutionär-demokratischen Herrschaft der Arbeiter und Bauern unter Beteiligung der übrigen demokratischen Kräfte. Die Hegemonie der Arbeiterklasse wurde ermöglicht, da sie das einzig zielklare Programm für den Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands hatte.

<sup>31</sup> Vgl. Karl Urban: Der Kampf um die Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung in der Provinz Brandenburg, S. 32.

<sup>32</sup> Zur Tätigkeit der Initiativgruppe des ZK der KPD in Dresden vgl. Wenn wir brüderlich uns einen . . . , S. 9 ff u. 57/58. Die Tätigkeit der Initiativgruppe in Mecklenburg fand in den Broschüren der Bezirkskommissionen Schwerin und Neubrandenburg keine Berücksichtigung.

<sup>33</sup> Walter Ulbricht: Des deutschen Volkes Weg und Ziel. In: Einheit, 1959, Heft 9, S. 1213.

<sup>34</sup> Vgl. Der Wille zur Einheit siegte. Erinnerungen, Erfurt 1961, S. 38, 44, 47/48, 58. – Vereint sind wir unbesiegbar, S. 13 ff. – Brüder, in eins nun die Hände. Ein Überblick über die Herausbildung der SED im Kreis Auerbach (Vogtl.), o. O. 1961, S. 9 ff. – Vereinigung KPD und SPD im Kreise Langensalza, S. 4. – Unter dem Banner der Arbeiterklasse. Materialien über die Anfänge des demokratischen Aufbaus nach 1945 im Kreis Hildburghausen, o. O. u. J., S. 9. – Ernst Lindner/Günther Kraatz: 15 Jahre SED-Kreisorganisation Schönebeck (Elbe), S. 10.

<sup>35</sup> Vgl. Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I/1, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 62.

<sup>36</sup> Ebenda.



In einigen Publikationen<sup>37</sup> beschränkten sich die Kommissionen auf eine Darlegung der von den Verwaltungsorganen zu bewältigenden organisatorischen Maßnahmen, ohne zu einer politischen Einschätzung zu kommen, wogegen in anderen der Vereinigungsprozeß dargelegt wird, ohne die entscheidenden Schritte bei der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zu beachten.<sup>38</sup>

Auch die Darstellung der demokratischen Bodenreform, die erste Bewährungsprobe für die vereint kämpfende Arbeiterklasse und die neuen Verwaltungsorgane, nimmt in den Publikationen der örtlichen Kommissionen einen breiten Raum ein. Der gemeinsame Kampf um die politische und ökonomische Entmachtung des Großgrundbesitzes, für die Herstellung des Bündnisses der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft und die dabei erfolgte Vertiefung der Aktionseinheit wird an konkreten Beispielen gezeigt. Zahlreiche Fakten über die Durchführung von Bauern- und Landarbeiterversammlungen, die soziale und parteimäßige Zusammensetzung der Bodenkommissionen, die Größe der aufgeteilten Junkergüter, den Klassenkampf auf dem Dorfe usw. werden angeführt. Jedoch wird auch hier die führende Rolle des Zentralkomitees der KPD bei der Durchführung der demokratischen Bodenreform nur ungenügend herausgearbeitet. Die KPD wies nicht nur in Weiterführung der im Bauernhilfsprogramm von 1931 und in den Brüsseler und Berner Beschlüssen enthaltenen Lösungen den Massen den Weg, sondern sie war auch ständig die vorwärtstreibende Kraft bei der Durchsetzung dieser Beschlüsse.

In vielen Arbeiten beginnt die Bodenreform im September 1945 mit der Verabschiedung der Gesetze durch die Landes- bzw. Provinzialverwaltungen und wird damit allein als eine staatliche Maßnahme eingeschätzt.<sup>39</sup> Das ist ein großer Irrtum. Die Durchführung der demokratischen Bodenreform konnte nur dank der Unterstützung durch die Arbeiterklasse und ihrer Kampfpartei von Erfolg gekrönt sein. Bereits im Februar 1945 hatte sich das Politbüro der KPD mit der Frage der Bodenreform ausführlich beschäftigt.<sup>40</sup> Unmittelbar nach der Zerschlagung des Faschismus war es die Arbeiterklasse, die die Bauernschaft von den faschistischen Zwangsgesetzen und dem Druck des Finanzkapitals befreite und ihr bei der verlustlosen Einbringung der ersten Friedenserte half. Mit der im Aufruf vom 11. Juni 1945 erhobenen Forderung nach „Liquidierung des Großgrundbesitzes ... für die Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern“<sup>41</sup> wurde das Verlangen der Landarbeiter und Kleinbauern nach eigenem Grund und Boden mit Nachdruck unterstützt. Gemeinsam mit Vertretern der werktätigen Bauernschaft erarbeitete das ZK der KPD Richtlinien für die demokratische Bodenreform. Walter Ulbricht empfahl im Juli 1945 auf einer Konferenz der Landräte der Provinz Branden-

<sup>37</sup> Vgl. die Broschüren der Kreiskommissionen Anklam, Auerbach, Wilhelm-Pieck-Stadt Guben, Hildburghausen, Hoyerswerda und Waren.

<sup>38</sup> Vgl. die Broschüren der Kreiskommissionen Löbau und Ribnitz-Damgarten.

<sup>39</sup> Vgl. 15 Jahre SED. Aus dem Leben der Arbeiterbewegung der Kreise Zeitz und Hohenmölsen, o. O. 1961, S. 25. – Vereinigung KPD und SPD im Kreis Bad Langensalza, S. 5. – Fritz Wagner: Der Weg aus dem Chaos. Erlebtes aus dem Kampf der Arbeiterklasse im Gebiet Meiningen – Bad Salzungen, o. O. 1961, S. 35/36. – In der Broschüre „Wir schmiedeten die Einheit“, S. 80, erfolgt die Durchführung der Bodenreform fälschlicherweise erst nach der Vereinigung.

<sup>40</sup> Vgl. Walter Ulbricht: Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 3–7.

<sup>41</sup> Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, S. 19.

burg, an der auch werktätige Bauern und Landarbeiter teilnahmen, mit Hilfe der Arbeiterklasse örtliche Bodenkommissionen zur Beschlagnahme und Aufteilung des Junkerlandes zu bilden.<sup>42</sup> Auch an der Vorbereitung der Verordnung der Provinzialverwaltung Sachsen über die Durchführung der Bodenreform, die als erste in Kraft trat, hatte Walter Ulbricht entscheidenden Anteil.<sup>43</sup> In Kyritz in der Provinz Brandenburg war es Anfang September 1945 Wilhelm Pieck, der die Grundzüge der demokratischen Bodenreform vor den Bauern und Landarbeitern entwickelte.<sup>44</sup> Allein diese wenigen Beispiele lassen erkennen, wie das Zentralkomitee der KPD die werktätigen Bauern und Landarbeiter bei der Durchführung der demokratischen Bodenreform führte und ihrem Sehnen Richtung und Ziel gab. Doch in vielen Veröffentlichungen, in denen oft ausführlich über die Bodenreform berichtet wird, fehlt jeder Hinweis auf diese Rolle der Partei und ihrer Führung. Das gilt besonders für die Broschüre der Bezirkskommission Halle, aber auch in der wertvollen Broschüre der Bezirkskommission Potsdam bleiben diese Tatsachen ungenannt.

Heute nach der Verwirklichung der demokratischen Bodenreform und den Erfolgen beim Aufbau des Sozialismus erscheint die Orientierung des ZK der KPD in der Agrarfrage gewissermaßen als selbstverständlich und als der einzig denkbare Weg, um die Bauern zum Sozialismus zu führen. Doch die Herausarbeitung dieser Linie und ihre Durchsetzung in der gesamten Partei und der Arbeiterklasse war ein komplizierter Prozeß. Wie Anne Anweiler in ihrer Broschüre „Nur vereint zwingen wir des Volkes Feind“ zeigt, konnte selbst ein so qualifiziertes Kollektiv wie das KPD-Parteiaktiv im KZ Buchenwald – bei völlig richtiger Betonung der strategischen Zielsetzung – ohne die Hilfe der Parteiführung z. B. in der Agrarfrage nicht die notwendige Klarheit erreichen. In der Entschließung des Parteiaktivs wird nicht die Bodenreform, sondern die „Gründung von Genossenschaften für die Bauern“<sup>45</sup> gefordert. Dieses Beispiel unterstreicht, welche gewaltige Bedeutung und Verantwortung dem ZK der KPD zukam, unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität und später des befreiten, aber durch den Krieg schwer zerrütteten Deutschlands das einheitliche Handeln aller Kommunisten zu erreichen.

Die Durchführung der demokratischen Schulreform war ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Wege der demokratischen Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens. Das Bildungsmonopol der besitzenden Klasse wurde gebrochen und allen Werktätigen das Recht auf Bildung zuerkannt. Diese Maßnahme war die Voraussetzung, um die Aufgabe zu lösen, die vor der ganzen Arbeiterklasse stand: Neugestaltung des geistigen und kulturellen Lebens des deutschen Volkes und Erziehung der Jugend im Geiste des Friedens, der Völkerfreundschaft, der Demokratie und des Humanismus. Dieses Streben kommt im Aufruf zur demokratischen Schulreform<sup>46</sup> zum Ausdruck, den das Zentralkomitee der KPD und

<sup>42</sup> Vgl. Walter Ulbricht: Zur Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. I, S. 29–31.

<sup>43</sup> Ebenda, S. 50–53.

<sup>44</sup> Vgl. Wilhelm Pieck: Junkerland in Bauernhand, Dietz Verlag, Berlin 1955.

<sup>45</sup> Anne Anweiler: Nur vereint zwingen wir des Volkes Feind, S. 12. – Man kann der Autorin dieser wertvollen Broschüre jedoch nicht zustimmen, wenn sie diese Entschließung, in der weder die Bodenreform noch die Enteignung der Monopolisten und Kriegsverbrecher gefordert wurde, wie folgt einschätzt: „Das war eine revolutionäre Zielsetzung, deren Verwirklichung die Voraussetzung für den Übergang zur zweiten Etappe, der Etappe des Aufbaus des Sozialismus war“ (S. 13).

der Zentrallausschuß der SPD am 18. Oktober 1945 gemeinsam unterzeichneten. Mit diesem Dokument wird die völlige Übereinstimmung der Auffassungen zwischen KPD und dem Zentrallausschuß der SPD in dieser Frage nachgewiesen. Klar wird das Erziehungsziel ausgesprochen, das in der „Erziehung der Jugend im Geiste kämpferischer Demokratie“ bestand. Dieser gemeinsame Aufruf, an dessen Zustandekommen das ZK der KPD führenden Anteil hatte, wie überhaupt die Durchführung der demokratischen Schulreform, wird in fast keiner Broschüre der örtlichen Kommissionen berücksichtigt. In der Broschüre der Kreiskommission Hoyerswerda wird statt dessen sogar den verschwommenen Vorstellungen eines Feindes der Schulreform Raum eingeräumt, der das Ziel der Erziehung in einer verkörpert „... äußeren und inneren Freiheit“<sup>47</sup> sieht. Mit der Behandlung des Aufrufs zur demokratischen Schulreform hätte der Gegensatz zwischen den Reformisten auf der einen und dem Zentrallausschuß der SPD und der Masse der sozialdemokratischen Mitglieder auf der anderen Seite aufgezeigt werden können. So aber kommt durch das Zitieren der reformmistischen Auffassung ein Gegensatz zwischen KPD und SPD heraus.

Was am Beispiel der Schaffung neuer Verwaltungsorgane, der Agrarfrage und der demokratischen Schulreform dargelegt wurde, ließe sich auf allen Gebieten des politischen Kampfes nachweisen, vor allem natürlich auch im Ringen um die Einheit der Arbeiterklasse. Der Verleumdung einer „Zwangsvereinigung“ wurde von den örtlichen Kommissionen mit umfassendem und beweiskräftigem Material entgegengetreten, in dem der Drang der breiten Mitgliedermassen beider Arbeiterparteien nach Herstellung der Einheit unterstrichen wird. Jedoch müssen wir uns davor hüten, dabei die lenkende und leitende Rolle der Parteiführung außer acht zu lassen, weil wir damit den falschen Theorien der Spontaneität Vorschub leisten würden.

Nicht in allen Broschüren, z. B. „Der Weg zur Einheit“ (S. 97) und „Unser rotes Ländchen“ (S. 99) wird die Verantwortung der rechten SPD-Führer für die Spaltung der Arbeiterklasse richtig eingeschätzt. Die Politik der rechten SPD-Führer war bewußt auf die Spaltung der Arbeiterklasse ausgerichtet. In den Westzonen gelang es ihnen, mit Hilfe der imperialistischen Besatzungsmächte ihre arbeiterfeindliche Spaltungspolitik gegen den Willen großer Teile der Arbeiterklasse durchzusetzen. Unter dem verlogenen Vorwand, es gehe darum, den Sozialismus zu verwirklichen, hintertrieben sie die Lösung aller demokratischen und nationalen Aufgaben. Der Wille der Werktätigen, darunter vieler SPD-Mitglieder, die Entwicklung in eine demokratische und antimilitaristische Bahn zu lenken, wurde mit allen Mitteln, von demagogischen Versprechungen der SPD-Führung bis zum direkten Eingreifen der westlichen Besatzungsmächte, vereitelt. Sie verhinderten damit die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in ganz Deutschland.

Anschaulich entlarvt Fiete Dettmann in der Schweriner Broschüre die Rolle der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer, die mit allen Mitteln dem Einigungsstreben der SPD-Mitgliedschaft in Hamburg entgegentraten.<sup>48</sup> Dagegen

<sup>46</sup> Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, S. 210–213.

<sup>47</sup> Günter Meusel: In der Einheit der Arbeiterklasse liegt das Unterpfand unserer Siege, o. O. 1961, S. 36.

<sup>48</sup> Fiete Dettmann: Wie gegen den Willen der Arbeiter in Hamburg die Einheit der Arbeiterbewegung verhindert wurde. In: Zum 15. Jahrestag der Gründung der DDR. Der Sozialismus siegt!, S. 62–66.



zogen der Zentrallausschuß der SPD unter Führung Otto Grotewohls und die überwältigende Mehrheit der sozialdemokratischen Funktionäre und Mitglieder in der damaligen sowjetischen Besatzungszone die Lehren aus dem antifaschistischen Kampf und schlossen sich mit ihren kommunistischen Klassenbrüdern zu fester Aktionseinheit zusammen. Dieser grundlegende Unterschied hätte einer stärkeren Herausarbeitung bedurft. Daß der Prozeß der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien nur im harten Klassenkampf erfolgen konnte und nicht so reibungslos vor sich ging, wie es in der Auerbacher Broschüre (S. 28) behauptet und an anderen Stellen (S. 13 und 27) selbst widerlegt wird, wird in zahlreichen Broschüren an Hand der Auseinandersetzungen mit Einheitsgegnern und Agenten des deutschen Imperialismus nachgewiesen. In diesem Ringen trugen die Ideen des revolutionären Marxismus den Sieg davon, wurde in einem Gebiet Deutschlands mit der Gründung der SED „die von den Reformisten und Revisionisten zu Beginn des Zeitalters des Imperialismus in die Arbeiterbewegung hineingetragene Spaltung für immer überwunden“<sup>49</sup>. Dadurch konnte die Arbeiterklasse ihre führende Rolle verwirklichen und die erste Etappe der volksdemokratischen Revolution als Voraussetzung für den sozialistischen Aufbau konsequent zu Ende führen. Im Kampf um die Durchführung dieser Aufgaben entwickelte sich die SED allmählich zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei neuen Typus, die bewies, daß sie die allgemeinen Gesetze der sozialistischen Revolution unter den komplizierten Bedingungen in Deutschland anzuwenden versteht und so große Erfolge im nationalen und sozialen Befreiungskampf unseres Volkes erreichen konnte.

In Arbeiten, die sich speziell mit den Fragen der Einheit der Arbeiterklasse beschäftigen, kommt es auch darauf an, auf die große Aktualität des Problems der Herstellung der Aktionseinheit hinzuweisen und sich nicht nur darauf zu beschränken, „die wichtigsten Ereignisse ... noch einmal ins Gedächtnis zurückrufen“ zu wollen.<sup>50</sup> Geschichtliche Tatsachen sollen doch nicht um des Selbstzwecks willen erforscht werden, sondern um aus ihnen die Lehren für den gegenwärtigen Kampf der Partei und des gesamten Volkes zur Lösung der nationalen Frage in Deutschland zu ziehen und Klarheit darüber zu schaffen, „daß die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem einheitlichen, friedliebenden Deutschland nur möglich ist als Folge der Aktionsgemeinschaft der Arbeiterschaft, als Ergebnis ihres entschlossenen Kampfes zur Bändigung des deutschen Militarismus und Neonazismus“<sup>51</sup>. In den Broschüren der Bezirkskommission Potsdam und Erfurt, der Kreiskommission Hildburghausen u. a. wird richtig eine solche Schlußfolgerung gezogen. Was unter Führung der geeinten Arbeiterklasse in den vergangenen 15 Jahren erreicht wurde, geht anschaulich aus der Schönebecker Broschüre hervor, obwohl hier mitunter – stärker noch ist das in den Festschriften der Fall – der Eindruck erweckt wird, als seien diese Erfolge im Selbstlauf, ohne die Überwindung von Konflikten entstanden.

Die auffallend reiche Verwendung von Erinnerungsberichten in den Publikationen zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD läßt das Bestreben der örtlichen Kommission deutlich werden, die wertvollen Kampferlebnisse und

<sup>49</sup> Thesen des Politbüros des ZK zum 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1959, Heft 4, S. 666.

<sup>50</sup> Brüder, in eins nun die Hände, S. 4 u. 7.

<sup>51</sup> Walter Ulbricht: Die große Vereinigung der Arbeiterschaft ganz Deutschlands wird kommen. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1961, Heft 3, S. 538.

-erfahrungen der Parteiveteranen und Aktivisten der ersten Stunde auszuwerten, um damit die Broschüren lebendig und anschaulich zu gestalten. Jedoch fanden durch eine ungenügende vorherige kollektive Beratung und mangelhafte politische und redaktionelle Bearbeitung der einzelnen Erinnerungsberichte in verschiedenen Darstellungen subjektivistische Anschauungen Platz. So zeigt beispielsweise die Feststellung in der Geraer Broschüre, daß es den Kommunisten in Jena bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges „nicht gelungen war, Anschluß oder Verbindungen zu einer anderen Parteiorganisation im Lande Thüringen oder in anderen Gebieten Deutschlands zu bekommen“<sup>52</sup>, wie durch subjektivistische Betrachtung die historische Wahrheit entstellt und die Rolle der KPD gemindert werden kann. In der Tat bestanden bereits 1938 Verbindungen innerhalb des Unterbezirks der KPD – beispielsweise nach Bürgel und Eisenberg und über beide Orte nach Gera und Zeitz –, wie sogar aus derselben Broschüre und der der Kreiskommission Eisenberg hervorgeht.<sup>53</sup> Die Verbindungen rissen auch während des Krieges nicht ab, wie an einer anderen Stelle behauptet wird.<sup>54</sup> Im Gegenteil, mit dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges nahm der illegale Widerstandskampf im Unterbezirk einen spürbaren Auftrieb. Die bereits bestehenden Verbindungen konnten gefestigt und neue hergestellt werden.<sup>55</sup>

Aber nicht nur bei den Erlebnissen zeigt sich die Gefahr des Subjektivismus, sondern auch in der Unkenntnis der geschichtlichen Ereignisse. So steht in der Broschüre der Kreiskommission Bad Langensalza geschrieben, daß in den Dörfern des Kreises bis zur Veröffentlichung des Bodenreformgesetzes in Thüringen keine politische Arbeit geleistet wurde.<sup>56</sup> Eine solche Verallgemeinerung eines Einzelfalles ist völlig haltlos. Ein ähnliches Beispiel wird in der Broschüre der Kreiskommission Ribnitz/Damgarten gegeben, wo von einem Volksentscheid im Lande Mecklenburg zur Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten im Jahre 1946 die Rede ist.<sup>57</sup> Ein solcher Volksentscheid fand im Juni 1946 nur in Sachsen statt. In den übrigen Ländern und Provinzen der damaligen sowjetischen Besatzungszone wurden dem Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung entsprechend Verordnungen über die Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis und ihre Übergabe an das Volk erlassen.

Diese genannten Beispiele – es ließen sich eine Reihe weiterer aufführen – veranschaulichen deutlich, daß man auch die Geschichte der Partei und der Arbeiterbewegung eines lokal begrenzten Gebietes nicht aus dem Gedächtnis heraus schreiben kann. Es kommt darauf an, nach Möglichkeit alle vorhandenen Quellen auszuschöpfen und die örtlichen Ereignisse im Zusammenhang mit dem gesamtnationalen Geschehen zu betrachten, um nicht zu falschen Schlußfolgerungen zu kommen. Erst in ihrer Gesamtheit, in ihrem Zusammenhang sind einzelne Fakten „nicht nur ‚hartnäckige‘, sondern auch unbedingt beweiskräftige Dinge“<sup>58</sup>. Lenin machte darauf aufmerksam, wie fehlerhaft es ist, durch Heraus-

<sup>52</sup> Wir schmiedeten die Einheit, S. 28.

<sup>53</sup> Vgl. ebenda, S. 85 – Vereint sind wir unbesiegbare, S. 8.

<sup>54</sup> Vgl. Wir schmiedeten die Einheit, S. 85.

<sup>55</sup> Vgl. Erinnerungen von Wilhelm Arnold, damaliger Instrukteur der illegalen Unterbezirksleitung der KPD, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv.

<sup>56</sup> Vereinigung KPD und SPD im Kreise Bad Langensalza, S. 5.

<sup>57</sup> 15 Jahre SED – Kreis Ribnitz/Damgarten, o. O. 1961, S. 9.

<sup>58</sup> W. I. Lenin: Werke, Bd. 23, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 285.

greifen einzelner Fakten die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung aufzeigen zu wollen. „Man muß versuchen“, schrieb Lenin, „aus exakten und unbestreitbaren Tatsachen ein Fundament zu errichten, auf das man sich stützen kann und mit dem man jede der ‚allgemeinen‘ oder ‚auf Beispielen fußenden‘ Betrachtungen konfrontieren kann.“ Und damit es „wirklich ein Fundament wird, kommt es darauf an, nicht einzelne Tatsachen herauszugreifen, sondern den *Gesamtkomplex* der auf die betreffende Frage bezüglichen Tatsachen zu betrachten, *ohne eine einzige* Ausnahme, denn sonst taucht unvermeidlich der Verdacht, und zwar der völlig berechtigte Verdacht auf, daß die Tatsachen willkürlich ausgewählt oder zusammengestellt sind, daß nicht der objektive Zusammenhang und die objektive wechselseitige Abhängigkeit der historischen Erscheinungen in ihrer Gesamtheit dargestellt werden, sondern daß es sich um ein ‚subjektives‘ Machwerk ... handelt.“<sup>59</sup> Dieser ihrer hohen Verantwortung müssen sich die Kommissionen bei der Veröffentlichung von Erinnerungsberichten bewußt sein. Die reichen Erfahrungen der Parteiveteranen können sehr dazu beitragen, unseren Werktätigen ein parteiliches und der objektiven Wahrheit entsprechendes Geschichtsbild zu vermitteln. Das ist jedoch nur gewährleistet, wenn die Rolle der Einzelperson im richtigen Verhältnis zum Kollektiv, zur Partei gesehen und behandelt wird.<sup>60</sup>

Die Ursachen dieser prinzipiellen Fehler und Mängel in den Darstellungen zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung liegen nicht allein bei den Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, sondern sind mit zurückzuführen auf eine in der Vergangenheit ungenügende Anleitung der Bezirkskommissionen hinsichtlich des politisch-ideologischen Inhalts ihrer Arbeit durch das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Als wichtige Form seiner Anleitung, um die Arbeit der Kommissionen grundlegend zu verbessern, betrachtet das Institut – neben der Durchsetzung einer erhöhten politischen Verantwortung der Büros der Bezirksleitungen gegenüber den Kommissionen – die Erläuterung der Parteibeschlüsse zu geschichtswissenschaftlichen Fragen, die Information über neue historische Erkenntnisse und die Hilfe bei der Klärung theoretisch-methodologischer Fragen zur Geschichte der Partei und der deutschen Arbeiterbewegung.<sup>61</sup> Dazu gehört auch, daß in den Mittelpunkt der Beratungen der örtlichen Kommissionen mehr als bisher die ideologischen Probleme, weniger nur organisatorische Fragen gestellt werden. Gerade die dargelegten Mängel in den Broschüren zeigen, daß offensichtlich auf Grund einer ungenügenden theoretischen Verarbeitung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Parteigeschichte, wie sie in erster Linie in den Thesen des Politbüros des ZK zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution, zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR, zum 15. Jahrestag der Vereinigung, im Brief des Politbüros zum 15. Jahrestag der Befreiung sowie in den neuesten Arbeiten Walter Ulbrichts ihren Niederschlag gefunden haben, die angeführten Fakten nur ungenügend theoretisch verallgemeinert und nicht in den gesamtnationalen Rahmen gestellt wurden. Dadurch wurde die Politik der Partei, besonders die Rolle der Parteiführung, nicht immer richtig eingeschätzt,

<sup>59</sup> Ebenda, S. 286.

<sup>60</sup> Ein Beispiel für die Nichtbeachtung dieses Erfordernisses ist die Broschüre der Bezirkskommission Suhl.

<sup>61</sup> In einem der nächsten Hefte unserer Zeitschrift wird über die Aufgaben des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und die zukünftige Tätigkeit der örtlichen Kommissionen ein gesonderter Beitrag erscheinen.



*Zu einigen Publikationen zum 15. Jahrestag der Gründung der SED*

und es kam zu einer provinziellen, lokalbegrenzten Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Auch für die örtlichen Kommissionen muß die Grundforderung jeder wissenschaftlichen Arbeit gelten, vor Beginn eines neuen Forschungsobjektes sich im Kollektiv der Bezirks- oder Kreiskommissionen bzw. der speziellen Arbeitsgruppen vollste theoretische Klarheit über die zu behandelnde Problematik zu erarbeiten, um dann an Hand einer klaren Konzeption an die Sammlung und Bearbeitung der Materialien heranzugehen.<sup>62</sup> Die wichtigste Hilfe dabei sind die Beschlüsse der Partei, die Reden und Aufsätze führender Genossen zu historischen Fragen sowie die Arbeiten marxistischer Historiker, vor allem die in den letzten Jahren erschienenen.

Mit ihren bisherigen Untersuchungen zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR, zum 15. Jahrestag der Befreiung und zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD haben die örtlichen Kommissionen mitunter anerkanntswerte Beiträge zur Erforschung der Parteigeschichte nach 1945 geliefert. Dabei handelt es sich vielfach noch um Teilergebnisse, und es kommt für die zukünftige Tätigkeit darauf an, diese Forschungsarbeiten systematisch und kontinuierlich fortzusetzen, um die noch vorhandenen Lücken zu schließen. Dazu sind vor allem die Thesen des Politbüros des ZK zum 15. Jahrestag der Vereinigung als die „gültige Linie für die marxistisch-leninistische Erforschung, Darstellung und Popularisierung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes“<sup>63</sup> eine unentbehrliche Arbeitsgrundlage.

*Hans Maur*

---

<sup>62</sup> Ansätze in dieser Richtung sind bei den Bezirkskommissionen Dresden, Leipzig und Neubrandenburg festzustellen, die in Vorbereitung des 15. Jahrestages der Vereinigung mehrtägige Lehrgänge mit Mitgliedern der Kreiskommissionen ihrer Bezirke durchführten.

<sup>63</sup> Aus dem Bericht des Politbüros an das 12. Plenum des ZK der SED. In: Neues Deutschland (B), 28. März 1961.

### Karl Liebknecht— der nationale Held des deutschen Volkes

Aus Anlaß des 90. Geburtstages von Karl Liebknecht am 13. August veranstaltete das Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 4. August 1961 ein wissenschaftliches Seminar unter dem Thema: „Karl Liebknecht, der nationale Held des deutschen Volkes. — Die aktuelle und nationale Bedeutung des Kampfes von Karl Liebknecht.“ Diese Themenstellung umriß klar die Aufgabe und das Ziel der Veranstaltung. Es galt Antwort zu geben auf die Fragen, welchen Platz Karl Liebknecht in der Themenstellung umriß klar die Aufgabe und das Ziel der Lebensfrage des deutschen Volkes, der Überwindung des Imperialismus und Militarismus und der Schaffung eines friedliebenden, demokratischen und sozialistischen Deutschlands einnimmt und was uns Karl Liebknecht für den gegenwärtigen Kampf um die Bändigung der aggressiven Militaristen und Revanchisten in Westdeutschland lehrt.

Beide Fragen drängen sich unmittelbar auf Grund der heutigen Lage in Westdeutschland auf. Wenn Karl Liebknecht 1906 den Militarismus als „Würgeengel der Kultur“ charakterisierte, der die Zivilisation barbarisiert und frißt, das Volk aussaugt und alle Mittel verschlingt, die einem wahrhaftigen Fortschritt dienen können; wenn Karl Liebknecht erklärte: „Er (der Militarismus — H. K.) ist die Quintessenz und die Summe aller Volksfeindlichkeit, der brutale Exekutor und der blutig-eiserne Schutzwall des Kapitalismus“<sup>1</sup>, so ist diese Wertung des Militarismus heute in Westdeutschland tausendfach gültig.

Die heutigen Militaristen und Revanchisten Bonner und Westberliner Prägung verkörpern eine Volksfeindlichkeit, die in der deutschen Geschichte einmalig dasteht. Die Strauß, Adenauer und Brandt langen nach der schrecklichsten aller bisherigen Waffen, der Atombombe. Sie bedrohen damit die physische Existenz der westdeutschen Bevölkerung und wollen Massenvernichtung in andere Staaten tragen.

Schätzt man unter diesem Gesichtspunkt das Seminar ein, so ist festzustellen, daß es diesen aktuellen Erfordernissen gerecht wurde. Die Veranstalter und alle Teilnehmer des Seminars waren bemüht, aus dem Leben und Wirken Karl Liebknechts unmittelbare Lehren für das gegenwärtige politische Geschehen in Deutschland zu ziehen. Das trifft besonders auf das Referat von Prof. *Wilhelm Eildermann* (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED) zu. Es gab eine Reihe sehr guter Diskussionsbeiträge, wenn auch nicht verschwiegen werden soll, daß einige Diskussionsbeiträge noch mit dem alten Zopf behaftet waren und sich mehr oder weniger auf die Wiedergabe von Fakten beschränkten.

---

<sup>1</sup> Karl Liebknecht: *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 189.

Prof. Eildermann ging in seinem Referat davon aus, daß Karl Liebknecht die Grundfrage der deutschen Nation nach der Herausbildung des Imperialismus erkannt und richtige Schlußfolgerungen gezogen hatte, um sie zu lösen. Er wies nach, wie Liebknecht bemüht war, das Wesen des preußisch-deutschen Militarismus, den Zusammenhang zwischen Imperialismus und Militarismus aufzudecken und diese Fragen in den Mittelpunkt der propagandistischen und agitatorischen Tätigkeit der Partei, namentlich unter der Jugend, zu stellen.

Indem diese Seite des Wirkens von Liebknecht besonders gewürdigt wurde, war das Seminar eine wertvolle Hilfe für unseren heutigen Kampf. Im Referat und in der Diskussion wurde sichtbar, wie Karl Liebknecht unermüdlich und hartnäckig gegen die opportunistischen Kräfte in der Sozialdemokratischen Partei auftrat, die seinen antimilitaristischen Kampf als Hirngespinnst bezeichneten; wie er gegen die Unterschätzung der antimilitaristischen Arbeit in der Partei Sturm lief. „Die Grundlage für unseren Kampf gegen den Militarismus“, rief er in seiner Rede auf der „Ersten Internationalen Konferenz der Sozialistischen Jugendorganisation“ 1907 in Stuttgart aus, „müsse ein klares Verständnis über das Wesen des Militarismus... sein.“<sup>2</sup> Aber das allein genüge nicht, sondern es sei notwendig, den Kampf gegen den Militarismus zu organisieren, alle Kräfte zu sammeln, um den Militarismus zu überwinden. „Also nicht Fatalismus“, sagte Karl Liebknecht in der schon angeführten Rede, „sondern Organisationsarbeit und Durchtränkung des Proletariats mit revolutionärer Begeisterung!“<sup>3</sup>

Auf dem wissenschaftlichen Seminar wurde deutlich, daß das Wissen über das Wesen des Militarismus als Ausdruck des aggressiven und kriegslüsternden, volksfeindlichen und antidemokratischen Charakters des Imperialismus damals zu Zeiten Karl Liebknechts und heute entscheidende Voraussetzung ist, damit die Menschen begreifen, daß nur durch eine aktive, breite und gut organisierte Volksbewegung der Militarismus gebändigt und ein Übergewicht der Friedenskräfte erreicht werden kann. Das herausfordernde Auftreten der Bonner und Westberliner Ultras erfordert heute mehr denn je, sich der mahnenden und zugleich aufrüttelnden Worte Karl Liebknechts zu entsinnen, dem Militarismus nicht fatalistisch gegenüberzustehen, sondern getragen von revolutionärer Begeisterung, wie es die Arbeiter der Deutschen Demokratischen Republik am 13. August 1961 demonstrierten, den Kampf gegen ihn zu organisieren. Die Militaristen und Revanchisten müssen nicht nur am Brandenburger Tor, sondern von den westdeutschen Arbeitern auch an Rhein und Ruhr geschlagen werden.<sup>4</sup>

Sehr hemmend für die Herausbildung einer breiten antimilitaristischen Volksbewegung in Westdeutschland wirken sich die Unklarheiten über die besondere Gefährlichkeit des westdeutschen Militarismus, die Unterschätzung der Aggressivität der Bonner Ultras aus. Das Seminar trug dazu bei, an Hand des antimilitaristischen Kampfes Karl Liebknechts Klarheit über diese Frage zu schaffen. Die umfassende Behandlung des Kampfes gegen den Militarismus und imperialistischen Krieg im Seminar war berechtigt und notwendig, um die aktuelle nationale Bedeutung des Lebenswerkes von Karl Liebknecht herauszuarbeiten. Karl Liebknechts großes Verdienst um die deutsche Nation bestand doch in erster Linie darin, daß er als Führer der revolutionären Arbeiter aus tiefer Sorge

<sup>2</sup> Ebenda, Bd. II, S. 43.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 59.

<sup>4</sup> Vgl. Ansprache des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, im Fernsehen und Rundfunk. In: Neues Deutschland (B), 19. August 1961.



um sein Land gegen die imperialistischen Rüstungsmonopole und preußischen Junker, gegen den imperialistischen Krieg und für die Rettung Deutschlands vor der nationalen Katastrophe kämpfte. Prof. *Eildermann* würdigte Karl Liebknecht als nationalen Helden des deutschen Volkes vor allem mit folgenden Worten: „Wäre unser Volk den Weg gegangen, den Karl Liebknecht gewiesen hat, so wären die nationalen Katastrophen Deutschlands vermieden worden und unserem Volke unsagbare Blutopfer erspart geblieben. Wären jene produktiven Kräfte, die in zwei Weltkriegen in unvorstellbarem Maße vergeudet wurden, zur friedlichen Aufbauarbeit genutzt worden, wie hoch könnte heute der materielle und kulturelle Lebensstandard in Deutschland ... sein.“

In untrennbarem Zusammenhang mit der Darlegung der nationalen Bedeutung des Kampfes von Karl Liebknecht wurde im Seminar Liebknechts internationalistische Position, besonders sein klares Bekenntnis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und zur jungen Sowjetmacht herausgearbeitet. Sowohl im Referat als auch besonders im Diskussionsbeitrag von *Annelies Laschitza* (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED) kam überzeugend zum Ausdruck, daß es zwischen proletarischem Internationalismus und echten proletarischen Taten keinerlei Widerspruch gibt. Im Gegenteil, Karl Liebknechts Leben und Wirken beweist, daß nur der wahrhaft nationale Belange vertritt, der sich unermüdlich für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und für Freundschaft zwischen den Völkern einsetzt. Die imperialistischen und militaristischen Kriegstreiber dagegen waren und sind es, die mit ihren revanchistischen und nationalistischen Bestrebungen, mit ihrer Hetze gegen andere Völker, insbesondere gegen die Sowjetunion, und mit der Organisierung des Völkermordens Zerstörung und Tod, Not und Unglück über das eigene Volk heraufbeschwören.

In dem Seminar wurde nachgewiesen, daß Karl Liebknecht nicht schlechthin seine Zustimmung zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gab, sondern leidenschaftliche Anteilnahme bekundete, die in den begeisternden Worten gipfelte: „Ich möchte helfen unter Opferung von tausend eigenen Leben, mit-helfen an dem Einzigen, was der russischen Revolution und der Welt helfen kann.“<sup>5</sup>

Der Parteiveteran *Fritz Globig* (Leipzig) legte in der Diskussion dar, wie Karl Liebknecht auch in seiner gesamten praktischen Tätigkeit diese Haltung zur Oktoberrevolution und zur Sowjetmacht manifestierte. Unmittelbar nachdem er im Oktober 1918 aus dem Zuchthaus freigelassen werden mußte, begab sich Karl Liebknecht zur sowjetischen Botschaft „Unter den Linden“ und brachte dort gegenüber den sowjetischen Genossen seine volle Übereinstimmung mit der Politik und Taktik der Partei Lenins zum Ausdruck, und er versicherte die brüderliche Solidarität der revolutionären deutschen Arbeiter mit den Klassengenossen des jungen sozialistischen Staates.

Neben bekannteren Tatsachen wurden dem Seminar auch neue Dokumente unterbreitet, die die nationale Haltung Karl Liebknechts noch umfassender erläuterten. Namentlich in dem Diskussionsbeitrag von *Annelies Laschitza* wurde an Hand von Aufzeichnungen aus dem Zuchthaus dargelegt, wie Karl Liebknecht sich nach der Oktoberrevolution immer mehr auf die Position Lenins stellte: „Die welthistorische Größe der von ihnen (den Bolschewiki — H. K.) auf allen Gebieten begonnenen kulturellen Aufräums- und Neuschöpfungsarbei-

<sup>5</sup> Karl Liebknecht: Briefe aus dem Felde, aus der Untersuchungshaft und aus dem Zuchthaus, Berlin 1920, S. 123.

ten erkennt und bewundert niemand mehr wie ich, wenn mir auch bisher nur ihre schattenhaften Umrisse gezeigt wurden. Mein Kopf und Herz sind voll davon. Viel möchte ich davon hören und sagen.<sup>6</sup> Das Wertvolle dieses Seminars bestand bei der Behandlung dieser Frage darin, daß die Haltung Karl Liebknechts und der anderen führenden deutschen Linken zu Sowjetrußland unter dem Gesichtspunkt des Ringens um die Lösung der nationalen Grundfrage in Deutschland dargelegt wurde. Im Referat von Prof. *Eildermann* wurde betont, daß Karl Liebknecht in seiner Stellung zu Sowjetrußland und in seinem Streben nach brüderlicher deutsch-sowjetischer Zusammenarbeit am sichtbarsten die überragende nationale Bedeutung seines Kampfes ausdrückte.

In weiser Voraussicht, gestützt auf sein Vertrauen zur Arbeiterklasse, orientierte Karl Liebknecht auf freundschaftliche Beziehungen zum Sowjetstaat und warnte vor der Bindung an die imperialistischen Mächte des Westens, namentlich des USA-Monopolkapitals. Die Geschichte seit 1917 bis in unsere Tage hat Karl Liebknecht voll und ganz bestätigt. Die Orientierung auf die imperialistischen Westmächte hat dem deutschen Volk bisher nur Unglück gebracht. Dadurch konnten nach dem ersten Weltkrieg der deutsche Imperialismus und Militarismus wiedererstarken und nach dem zweiten Weltkrieg die aggressiven und revanchistischen Ultras sich restaurieren, die heute im Bonner Staat und in Westberlin nach einem neuen Krieg schreien und für einen Atomkrieg rüsten. Die freundschaftlichen Beziehungen dagegen, die unsere Republik seit ihrer Gründung zur Sowjetunion unterhält, führten zur Stärkung und zum Aufblühen unserer sozialistischen Ordnung und tragen zur Sicherung des Friedens in Europa bei. Auch an dieser Problematik zeigt sich, wie gegenwartsnah dieses Seminar über Karl Liebknecht war.

In der Diskussion wurden eine Reihe weiterer, zum Teil sehr wichtiger Einzelfragen behandelt, so der revolutionäre parlamentarische Kampf von Karl Liebknecht, Karl Liebknechts Enthüllungen über die Rüstungsmonopole und andere. *Heinz Wohlgemut* (Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED) gab eine Einschätzung über den bisherigen Stand der Karl-Liebknecht-Forschung. Es würde zu weit führen, in diesem Bericht auf alle Beiträge, die in dem Seminar gegeben wurden, ausführlich einzugehen. Zweifellos wurde dadurch die Problematik des Seminars bereichert und vertieft, wenn auch, wie an anderer Stelle schon erwähnt, einige Diskussionsbeiträge die aktuelle politische Bezogenheit vermissen ließen.

Gewiß sind einem eintägigen Seminar bestimmte Grenzen gesetzt, können nicht alle Fragen behandelt und nicht alle aufgeworfenen Fragen erschöpfend beantwortet werden. Von der Themenstellung des Seminars her scheint mir dennoch ein Problem zu kurz gekommen zu sein: Trotz Irrtümer und politisch-ideologischer Unklarheiten über die Notwendigkeit einer Partei neuen Typus trug der Kampf Karl Liebknechts und der anderen Linken in der deutschen Arbeiterbewegung gegen Militarismus und imperialistischen Krieg in entscheidendem Maße zur Herausbildung der Kommunistischen Partei Deutschlands bei, und Karl Liebknecht zählt zu ihren führenden Mitbegründern. Obwohl Prof. *Eildermann* den Anteil Karl Liebknechts an der Gründung der KPD würdigte, hätte jedoch stärker nachgewiesen werden müssen, wie notwendig die Gründung der KPD für den erfolgreichen Kampf der deutschen Arbeiterklasse zur Lösung der nationalen Lebensfrage war. Dabei hätten besonders Karl

<sup>6</sup> Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Archiv, Fonds Liebknecht, Nr. 33/620.

Liebknachts Verdienste bei der Schaffung der Kommunistischen Partei unter dem Gesichtspunkt ihrer nationalen Bedeutung hervorgehoben werden müssen.

Ungeachtet dieser kritischen Bemerkungen war das Seminar ein positiver und würdiger Beitrag zum 90. Geburtstag Karl Liebknachts. Ja, mehr noch. Das Seminar hat das Bild über Karl Liebknacht und dessen revolutionäres Lebenswerk in beachtlichem Maße bereichert und wichtige Hinweise sowie zahlreiche Anregungen gegeben, um aus dem Kampf Karl Liebknachts gegen Militarismus und Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus unmittelbare Schlußfolgerungen für unser gegenwärtiges Ringen zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation zu ziehen.

Hellmuth Kolbe

## Wichtige Literaturzusammenstellungen

*Angefertigt von den wissenschaftlichen Bibliotheken, dem Institut für Dokumentation der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin sowie den Dokumentationsstellen und anderen Einrichtungen der DDR. Entnommen dem „Bulletin wichtiger Literaturzusammenstellungen“, hrsg. von der Deutschen Bücherei Leipzig, Heft 1/1961.*

Literatur über Aufbau und Methodik von wissenschaftlichen Abhandlungen und Dissertationen.

Titelanzahl: 10. Berichtszeit 1950–1960

Herausgebende Institution: Deutsche Bücherei. Abteilung Auskunft. Leipzig C 1, Deutscher Platz.

Literatur zur Jugendarbeit des FDGB.

Titelanzahl: 303. Berichtszeit: 1946–1961. Weitere Abgrenzungen: Auswahl.

Herausgebende Institution: Hochschule der Deutschen Gewerkschaften „Fritz Heckert“, Bernau bei Berlin. Bibliothek.

Literatur über das *Museumswesen* (DK: 069.0).

Titelanzahl: 233. Berichtszeit: 1900–1960. Weitere Abgrenzungen: Ausgewählte Monographien.

Herausgebende Institution: Museum für deutsche Geschichte.

Berlin W 8, Unter den Linden 2. Bibliothek.

Literatur über *Afrika*.

Titelanzahl: 86. Berichtszeit: 1945–1961.

Herausgebende Institution: Wissenschaftliche Bibliothek der Stadt Erfurt, Michaelisstraße 39.

Veröffentlichungen von Prof. Dr. Alfred Meusel.

Titelanzahl: 108. Berichtszeit: 1922–1960.

Herausgebende Institution: Museum für deutsche Geschichte.

Berlin W 8, Unter den Linden 2. Bibliothek.

Literatur über *Recht* und *Moral*.

Titelanzahl: 106. Berichtszeit: 1945–1961. Weitere Abgrenzungen: Vorwiegend deutschsprachig.



### *Wichtige Literaturzusammenstellungen*

Herausgebende Institution: Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft  
„Walter Ulbricht“, Potsdam-Babelsberg, August-Bebel-Straße. Bibliothek.

Interessenten haben die Möglichkeit, die angeführten Literaturzusammenstellungen gegen eine Gebühr bei der entsprechenden Institution als Abschrift oder Fotokopie zu bestellen.

*W. I. Lenin: Werke.* Ins Deutsche übertragen nach der 4. russ. Ausgabe. Besorgt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Bd. 26, September 1917 bis Februar 1918, Dietz Verlag, Berlin 1961, 586 S.

Der kürzlich erschienene Band 26 der Werke Wladimir Iljitsch Lenins schließt sich inhaltlich auf das engste an Band 24 und 25 an, in denen die Arbeiten Lenins von April 1917 (seine Rückkehr nach Rußland nach dem Sturze der Zarenmonarchie) bis September 1917 enthalten sind. In Band 26 sind die Arbeiten abgedruckt, die der Feder Lenins aus der Zeit vom September 1917 bis Februar 1918 entstammen. Der Band bildet also auch den Übergang zu den Arbeiten Lenins aus den ersten Jahren der Sowjetmacht, die deutsch bereits in den Bänden 27 und 28 (21. Februar 1918 bis Anfang März 1919) vorliegen.

Der deutsche Leser kann aus den Artikeln, Reden und anderen im Band gesammelten Materialien erstmalig ein geschlossenes Bild von der Tätigkeit Lenins in den Tagen der Vorbereitung des Oktobersturms sowie von den ersten Schritten der Sowjetmacht erhalten. Lenin gab der bolschewistischen Partei das theoretische Rüstzeug und die praktischen Losungen zum Kampf. Die Eigenart der Situation, in der diese Arbeiten geschrieben wurden — die letzten Tage vor der Machtergreifung und die ersten Schritte nach ihrer Eroberung — machen sie für den deutschen Leser besonders wertvoll. Sie enthalten eine Fülle von Gedanken, die auch für uns heute wegweisend sind.

Die Tätigkeit der bolschewistischen Partei vom September 1917 bis Fe-

bruar 1918 war auf die Vorbereitung der Massen zum bewaffneten Aufstand, auf die Eroberung und Festigung der Sowjetmacht gerichtet. Nach der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Regierung galt es vor allem, Sowjetrußland aus dem imperialistischen Krieg herauszuführen.

Die theoretische Leistung, die Lenin in dieser Periode vollbrachte, fügte der Schatzkammer des Marxismus neue Erkenntnisse hinzu, die zum gemeinsamen Gedankengut der internationalen Arbeiterbewegung wurden. Lenin gab in seinen Arbeiten eine *Charakteristik der Triebkräfte* der sozialistischen Revolution, konkretisierte und erweiterte die Lehre von der *Partei als Avantgarde* der Arbeiterklasse. Er verallgemeinerte nach gründlichem Studium die Aussagen von Marx und Engels über den *bewaffneten Aufstand*, bereicherte sie durch die Erfahrungen der ersten russischen Revolution von 1905 und wandte sie praktisch auf die Verhältnisse vor dem Oktobersturm an.

Als erster proletarischer Staatsmann der Welt arbeitete Lenin nach dem 7. November 1917 die *ökonomischen Probleme* der Diktatur des Proletariats aus. Er legte die Grundlagen zur Theorie des *sozialistischen Aufbaus* und verwirklichte sie praktisch in der Form von Dekreten der Sowjetmacht.

Band 26 wird mit dem am 25. bis 27. September 1917 geschriebenen Brief Lenins an das Zentralkomitee der SDAPR „Die Bolschewiki müssen die Macht ergreifen“ (S. 1 bis 3)<sup>1</sup> eröffnet, in dem die Schlußfolgerungen aus dem Umstand gezogen wurden, daß ein

<sup>1</sup> Alle Seitenangaben ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf den hier besprochenen Band.

friedlicher Übergang der Macht an das Proletariat in Rußland nicht mehr möglich war.

Ein unvoreingenommenes Studium der Schriften Lenins aus den Tagen vor der Oktoberrevolution widerlegt die von den Gegnern des Marxismus-Leninismus verbreitete Behauptung, die Kommunisten vertreten überall und unter allen Umständen den gewaltsamen Weg der Machtergreifung. In Wirklichkeit lehnt der Marxismus-Leninismus „ein für allemal gegebene, fertige, für alle Völker und Zeiten verbindliche Methoden und Formen der Eroberung der politischen Macht ab“<sup>2</sup>. Die prinzipielle Stellung des Marxismus-Leninismus hat Lenin bereits 1899 in den Worten ausgedrückt: „Die Arbeiterklasse würde es natürlich vorziehen, die Macht *friedlich* zu übernehmen.“<sup>3</sup>

Dementsprechend verstanden die Bolschewiki unter der Losung „Alle Macht den Sowjets“ in der ersten Periode nach dem Sturz des Zarismus die friedliche Übernahme der ganzen, ungeteilten Macht durch die Sowjets. Diese Möglichkeit wurde im Juli 1917 durch die Gewehrsalven der Provisorischen Regierung, auf deren Seite sich die von den Opportunisten geführten Sowjets stellten, zerschossen. Eine ganz kurze Zeit bestand nach dem Kornilowputsch im Monat September 1917 nochmals die Möglichkeit, die Macht friedlich zu erobern.<sup>4</sup> Aber auch diese Möglichkeit konnte infolge der konterrevolutionären Politik der Kerenskiregierung und der menschwistisch-sozialrevolutionären Führer der Sowjets nicht zur Wirklichkeit werden.

<sup>2</sup> Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Lehrbuch, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 575.

<sup>3</sup> W. I. Lenin: Werke, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 270.

<sup>4</sup> Vgl. W. I. Lenin: Werke, Bd. 25, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 318/319. Vgl. dazu die Rezension dieses Bandes in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1961, Heft 2, S. 453 ff., bes. S. 454.

Es blieb nur der Weg des bewaffneten Aufstands übrig.

Ein Großteil der im besprochenen Band enthaltenen Arbeiten galt der Vorbereitung des bewaffneten Oktoberaufstands durch die bolschewistische Partei. Lenin zog im September 1917 die für die Revolution entscheidende Schlußfolgerung: „Nachdem die Bolschewiki in den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten beider Hauptstädte die Mehrheit erhalten haben, können und *müssen* sie die Staatsmacht in ihre Hände nehmen“ (S. 1). Im Juli 1917 waren die Bolschewiki gegen einen bewaffneten Aufstand gewesen, obwohl in Petersburg die Massen auf die Straßen gegangen waren. Nunmehr analysierte Lenin die Veränderungen, die sich seither ergeben hatten und alle objektiven Voraussetzungen eines erfolgreichen Aufstands entstehen ließen: „Hinter uns ist die Mehrheit der Klasse, der Avantgarde der Revolution, der Avantgarde des Volkes, die fähig ist, die Massen mitzureißen.“

Hinter uns ist die *Majorität* des Volkes, . . . denn das Volk ist am Rande der Verzweiflung, wir aber weisen dem Volk den sicheren Ausweg . . .“ (S. 6).

Nicht bloß die Arbeiter waren für die Revolution. Auch die Bauernbewegung hatte ihren Charakter geändert. „In diesem Bauernland . . . wächst ein *Bauernaufstand* heran“, stellte Lenin fest (S. 60). Und zwei Wochen später wiederholt Lenin: „Die wichtigste Tatsache des gegenwärtigen Lebens in Rußland schließlich ist der *Bauernaufstand*“ (S. 184).

Die Bauernbewegung wirkte sich auf die in Soldatenröcke gesteckten Bauernsöhne aus. Das hatte zur Folge, „daß die Masse der Soldaten . . . sich immer entschlossener zu den Bolschewiki schlägt“ (S. 183/184).

Ebenso führte die Befreiungsbewegung der unterdrückten Nationen zur Schwächung der Provisorischen Regie-



rung, die nicht imstande und nicht gewillt war, den Völkern Freiheit zu geben.

Auch die internationale Situation veränderte sich zugunsten der proletarischen Revolution. Lenin zählte die Anzeichen der anwachsenden revolutionären Gärung in den kriegführenden imperialistischen Ländern auf, die die Siegeschancen des Aufstandes vermehrten. Er wies aber auch darauf hin, daß die internationale Situation eine verräterische Verständigung der Imperialisten auf Kosten Rußlands möglich machte und daß es die *nationale* Pflicht des russischen Proletariats war, durch seine Revolution Rußland vor der Zerschlagung durch den deutschen Imperialismus, vor seiner Unterjochung durch die ausländischen Mächte zu retten. „Eben um Petrograd zu retten, muß Kerenski gestürzt werden, müssen die Sowjets der beiden Hauptstädte die Macht ergreifen . . . und einen entscheidenden Schritt tun zur Vereitelung der verbrecherischen Verschwörungen gegen die russische Revolution, der Verschwörungen des internationalen Imperialismus“ (S. 174), verlangte Lenin. Der Hinweis Lenins auf die Rolle der revolutionären Arbeiterklasse als *Retter ihrer Nation* gehört zur theoretischen Ausrüstung der kommunistischen Parteien der ganzen Welt und wird von ihnen in die Praxis umgesetzt. Die Kommunisten waren die aktivsten Organisatoren des Widerstandskampfes gegen den Hitlerfaschismus in den eroberten Ländern, die Kommunisten stehen an der Spitze des nationalen und kolonialen Befreiungskampfes. Unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unternimmt es die Deutsche Demokratische Republik, die Lebensfragen der deutschen Nation durch die Kraft des Volkes zu lösen. Walter Ulbricht formulierte auf der 11. Tagung des ZK der SED im Dezember 1960 die nationalen Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse: „Der So-

zialismus ist die endgültige Lösung der deutschen Frage, denn der Sozialismus ist Frieden, Wohlstand und Glück des Volkes und Einheit der Nation.“<sup>5</sup>

Zur Rettung Rußlands stellte Lenin den bewaffneten Aufstand als Ziel. Damit setzte er noch nicht den „Tag des Aufstandes“ fest, sondern mobilisierte die Partei für die Aufgabe, den Aufstand zu *organisieren*. Die bolschewistische Partei stellte sich hinter den Vorschlag ihres Führers. Die kapitulantenhafte Gegenresolution Kame-news wurde vom Zentralkomitee abgelehnt. In den „Ratschlägen eines Außenstehenden“ (S. 166 bis 168) gab Lenin die Hauptregeln des Marxschen Gedankens, wonach der „Aufstand eine Kunst ist“, wieder. Lenin skizzierte gleichzeitig einen konkreten Plan des Aufstands in Petrograd, der am 7. November auch die Grundlage der Kampfhandlungen wurde.

Die Situation spitzte sich immer mehr zu. Die Kerenskiregierung versuchte mit Gewalt gegen die bolschewistische Partei vorzugehen. Lenin schrieb am Abend des 24. Oktober (6. November) im „Brief an die Mitglieder des ZK“: „Die Lage ist über alle Maßen kritisch. Es ist sonnenklar, daß jetzt eine Verzögerung des Aufstands schon wahrhaftig den Tod bedeutet . . . Man darf nicht warten!! Man kann alles verlieren!! . . . Auf keinen Fall darf die Macht bis zum 25. in den Händen Kerenskis und Co. belassen werden, unter keinen Umständen; die Sache ist unbedingt heute abend oder heute nacht zu entscheiden . . . Die Regierung wankt. Man muß ihr *den Rest geben*, koste es, was es wolle! Eine Verzögerung der Aktion bedeutet den Tod“ (S. 223/224).

Lenins Weisung wurde erfüllt. Planmäßig, fast ohne auf Widerstand zu

<sup>5</sup> Vgl. Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 128.

stoßen, besetzten die Arbeitergarden und die revolutionären Soldaten und Matrosen alle Regierungsgebäude; der Winterpalast, der Sitz des Ministerrats, war umzingelt. Am Morgen des 7. November war die Provisorische Regierung gestürzt. Um 10 Uhr erschien der von Lenin geschriebene Aufruf „An die Bürger Rußlands“ mit der kurzen Mitteilung: „Die Provisorische Regierung ist gestürzt. Die Staatsmacht ist in die Hände des Organs des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, des Revolutionären Militärkomitees, übergegangen . . .“ (S. 277). Nachmittags sprach Lenin in der Sitzung des Petrograder Sowjets die prophetischen Worte: „Von nun an tritt Rußland in eine neue Epoche seiner Geschichte ein, und diese dritte russische Revolution muß in ihrem Endergebnis zum Sieg des Sozialismus führen“ (S. 288). Am selben Abend wurde der Winterpalast erstürmt, der 2. Sowjetkongreß beschloß, „die Macht in seine Hände“ zu nehmen (S. 237). Er bildete unter dem Namen „Rat der Volkskommisars“ die erste Arbeiter-und-Bauern-Regierung der Welt.

Die siegreiche Große Sozialistische Oktoberrevolution leitet den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht nur auf dem Gebiete des ehemaligen Zarenreiches, sondern im Weltmaßstab ein. Dieser Übergang bildet, wie die Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien 1960 erklärte, den Hauptinhalt unserer Epoche.<sup>6</sup> Ihre Lehren erleuchten der ganzen Menschheit den Weg, sie sind zur Grundlage der Strategie und Taktik der marxistisch-leninistischen Parteien geworden.

Geboren aus dem imperialistischen Weltkrieg, schrieb die Große Sozialistische Oktoberrevolution den Frieden auf ihre Fahne. Vom ersten Tag an wurde die Sorge um die Erreichung

des Friedens und seine Erhaltung zum Hauptinhalt der Politik der Sowjetregierung. Im ersten Aufruf des Revolutionären Militärkomitees des Petrograder Sowjets heißt es: „Die Sache, für die das Volk gekämpft hat: das sofortige Angebot eines demokratischen Friedens . . . ist gesichert“ (S. 227). Der erste von Lenin geschriebene Aufruf des 2. Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets erklärte: „Die Sowjetmacht wird allen Völkern einen sofortigen demokratischen Frieden und den sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten anbieten“ (S. 237). Die erste Rede, die Lenin vor diesem Kongreß hielt, war die „Rede über den Frieden“, die mit den heute noch gültigen Worten schloß: „Die Arbeiterbewegung wird die Oberhand gewinnen und dem Frieden und dem Sozialismus den Weg bahnen“ (S. 243). Am 12. November richtete Lenin im Namen der Sowjetregierung den Funkspruch „An alle! An alle!“ mit dem Angebot eines demokratischen Friedens (S. 265).

„Friede und Brot sind der Arbeiter und Ausgebeuteten Grundforderungen“ (S. 387), betonte Lenin immer wieder. Als die imperialistischen Ententemächte es ablehnten, in Friedensverhandlungen einzutreten, nahm die Sowjetregierung in logischer Konsequenz ihrer Friedenspolitik Verhandlungen mit Deutschland über einen Friedensabschluß auf. Die Unterzeichnung des Brester Friedensvertrages mit Deutschland konnte Lenin angesichts der räuberischen Forderungen des deutschen Militarismus nur unter heftigstem Kampf mit Anhängern eines „revolutionären Krieges“ durchsetzen, der nicht nur der Friedenssehnsucht des russischen Volkes widersprochen, sondern auch die Vernichtung der Sowjetrepublik bedeutet hätte. Demgegenüber bewies Lenin auf Grund einer Analyse der objektiven Umstände, daß „auch vom international-sozialistischen Standpunkt aus gesehen, die Erhaltung dieser Republik,

<sup>6</sup> Vgl. ebenda, S. 10.

die die sozialistische Revolution bereits begonnen hat, das allerwichtigste ist“ (S. 452). Lenins Standpunkt setzte sich schließlich in der Partei durch und rettete das Bollwerk des Friedens und des Fortschritts in der ganzen Welt.

Der Kampf Lenins um den Brester Frieden hatte nicht nur praktische Bedeutung für die Erhaltung der Sowjetrepublik und Weiterführung der Revolution. Die Lehren dieses Kampfes bereicherten die Erfahrung der internationalen Arbeiterklasse und zeigten, welche Bedeutung der Kampf um den Zeitgewinn hat. An Lenins Praxis und ihrer theoretischen Begründung lernten die kommunistischen Parteien die Ausnutzung der Gegensätze im Lager ihrer Gegner, um die proletarische Bewegung zu fördern, erlernten eine bei aller Prinzipienfestigkeit geschmeidige Taktik, die sehr viel zu den Erfolgen der kommunistischen Weltbewegung beigetragen hat.

Ihrer Rolle als Wahrerin des Friedens ist die Sowjetregierung stets treu geblieben. Heute, wo das brennendste Problem unserer Zeit das Problem von Krieg und Frieden ist, führt die Sowjetunion mächtige Kräfte in der ganzen Welt gegen den Krieg an, die so stark sind, daß es keine schicksalhafte Unvermeidbarkeit des Krieges mehr gibt. Die Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien stellte fest: „Heute können die Versuche der imperialistischen Aggressoren, einen Weltkrieg zu entfachen, durchkreuzt werden. Das sozialistische Weltlager, die internationale Arbeiterklasse, die nationale Befreiungsbewegung, alle Länder, die gegen den Krieg auftreten, und alle friedliebenden Kräfte können durch vereinte Bemühungen einen Weltkrieg verhindern . . . Die Kommunisten sehen ihre historische Mission . . . darin, bereits in der gegenwärtigen Epoche die Menschheit vom Alpdruck eines neuen Weltkrieges zu erlösen.“<sup>7</sup>

<sup>7</sup> Ebenda, S. 32 u. 39/40.

Nicht weniger praktische und theoretische Lehren vermittelt die gigantische Arbeit Lenins beim Aufbau des neuen proletarischen Staates und den ersten Schritten des sozialistischen wirtschaftlichen Aufbaus. Die Berichte, Reden und Stellungnahmen Lenins auf den Sowjetkongressen, in Beratungen vor Partei- und Sowjetfunktionären sowie die Aufrufe an die Bevölkerung, die diesen Fragen gewidmet sind, nehmen einen wesentlichen Raum in dem vorliegenden Band ein.

Lenin hatte bereits in dem Werk „Staat und Revolution“ auf Grund der Marxschen Lehre die Schlußfolgerungen gezogen, daß das Proletariat die bürgerliche Staatsmaschine zerschlagen und an ihre Stelle einen neuen, proletarischen Staatsapparat setzen müsse. Diesen Apparat sah Lenin in den von der Volksinitiative geschaffenen *Sowjets*. Noch vor der Machtergreifung schrieb er an das ZK: „Wir haben keinen Apparat? Der Apparat ist da: die Sowjets und die demokratischen Organisationen“ (S. 3). In den Sowjets sah die Partei die beste Form der Vereinigung der Massen zur Verwaltung des Staates, und in der breitesten Heranziehung der Volksmassen zur gesellschaftlichen Tätigkeit, in der Entfaltung ihrer Aktivität und Initiative sah sie die Stärke des proletarischen Staates.

In den ersten Tagen der Sowjetmacht rief Lenin die Bevölkerung auf, die Macht überall in die eigenen Hände zu nehmen und selber die revolutionäre Ordnung einzuführen: „Genossen! Werktätige! Denkt daran, daß *ihr selber* jetzt den Staat verwaltet! Niemand wird euch helfen, wenn ihr euch nicht selber vereinigt und nicht *alle Angelegenheiten* des Staates in *eure* Hände nehmt. *Eure Sowjets* sind von nun an die Organe der Staatsgewalt, bevollmächtigte, beschließende Organe“ (S. 294).

Band 26 enthält auch die ersten Dekrete sowie Entwürfe zu Dekreten der



Sowjetregierung, die W. I. Lenin verfaßt und als Vorsitzender des Rats der Volkskommissare unterzeichnet hat: das „Dekret über den Frieden“, „das Dekret über den Grund und Boden“, den „Entwurf von Bestimmungen über die Arbeiterkontrolle“ u. a.

Die Dekrete der Sowjetregierung unterschieden sich von den Gesetzen jedes bürgerlichen Staates prinzipiell dadurch, daß sie den Massen die Richtung zeigten, in der sie selber wirken sollten. Ihre Durchführung lag vollständig in den Händen der Werktätigen und ihrer Organe, der Sowjets. „Schließt euch um eure Sowjets zusammen. Stärkt sie. Ohne auf jemand zu warten, geht selbst ans Werk, beginnt von unten“ (S. 294), rief Lenin die Bevölkerung auf. Diese Worte begeisterten die Massen zu Heldentaten bei der Verteidigung der Sowjetmacht, bei der Organisierung des neuen Staatsapparats und beim Aufbau des Sozialismus. Die führende Rolle der Partei konnte nur in engster Verbindung mit dem Volke verwirklicht werden. Nicht nur im Aufzeigen des Zieles, sondern auch im Studium, der Verallgemeinerung und Propagierung der praktischen Erfahrungen der revolutionären Schöpferkraft der Volksmassen drückte sich die Führung der Partei aus. „Die lebendige, schöpferische Tätigkeit der Massen, das ist der Hauptfaktor des neuen öffentlichen Lebens . . . Der lebendige, schöpferische Sozialismus ist das Werk der Volksmassen selbst“ (S. 283), sagte Lenin, und „nur der wird siegen und die Macht behaupten, der bis auf den Grund der lebendigen Schöpferkraft des Volkes tauchen wird“ (S. 287).

Lenin hielt gerade deshalb die Sowjetform, die sowjetische Demokratie, für höher als jede Form der bürgerlich-demokratischen Republik, weil sie die breiteste Aktivität der Massen ermöglichte. In der kurz vor der Machtergreifung geschriebenen Schrift „Wer-

den die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“ charakterisierte Lenin die Sowjets als einen neuen Staatsapparat, der „eine so enge, untrennbare, leicht zu kontrollierende und zu erneuernde Verbindung mit den Massen, mit der Mehrheit des Volkes, wie es sie im früheren Staatsapparat nicht einmal andeutungsweise gab“ (S. 86), herstellt. „Im Vergleich mit dem bürgerlichen Parlamentarismus ist das in der Entwicklung der Demokratie ein Fortschritt von welthistorischer Bedeutung“ (S. 87). Deshalb hielt Lenin die Sowjets auch für eine höhere Form als die konstituierende Versammlung, obwohl diese ihrerseits ein Fortschritt gegenüber dem Zarismus und der Republik Kerenskis war. „Aber in dem Maße, wie die Sowjets entstanden, wurden sie natürlich als revolutionäre Organisationen des ganzen Volkes zu etwas unvergleichlich Höherem als alle Parlamente der ganzen Welt“ (S. 439). Als daher die konstituierende Versammlung mit dem Willen des in den Sowjets vertretenen Volkes in Widerspruch geriet, sich weigerte, das Programm der Sowjetmacht, die „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ anzuerkennen, wurde sie in Übereinstimmung mit dem Willen des Volkes aufgelöst (vgl. S. 434 ff.).

Lenin glaubte an die Kraft der Massen. Er schätzte auch deshalb die Rolle der Sowjets so hoch ein, weil sie es ermöglichten, aus der Volksmasse neue Führer und Organisatoren herauszuheben und zu erziehen, Menschen, „die sich völlig frei gemacht haben von dem alten bürgerlichen Vorurteil, daß der einfache Arbeiter und Bauer nicht imstande sei, den Staat zu regieren“ (S. 470). Die Sowjetmacht betrachtete Lenin als einen „Filtrierapparat, der Menschen auszuwählen imstande ist“ (ebenda). Lenin glaubte an die organisatorischen Talente im Volke. „Es gibt viele solcher Talente im Volke . . . Sie und nur sie

können, unterstützt von den Massen, Rußland und die Sache des Sozialismus retten“ (S. 414).

Dieser zutiefst humanistische Gedanke von den Talenten des Volkes, dieses Vertrauen zur Schöpferkraft des Volkes zeichnet den Bolschewismus im Verlauf seiner ganzen Geschichte aus. Im Gegensatz zu der Unterdrückung der Persönlichkeit im Kapitalismus durch die wirtschaftliche Abhängigkeit von den Reichen, im Gegensatz zu den menschenfeindlichen, pessimistischen bürgerlichen Philosophien schafft der Sozialismus, indem er die Ausbeutung des Menschen beseitigt, die ökonomische Grundlage für die persönliche Freiheit. Die proletarische Demokratie ermöglicht eine bis dahin ungekannte Entwicklung der Persönlichkeit, weil sie die reale Teilnahme aller Menschen an der Leitung des öffentlichen Lebens auf allen Gebieten voraussetzt, wie sie sich z. B. in der DDR in der Losung: „Plane mit – arbeite mit – regiere mit“ ausdrückt. Es ist daher eine gesetzmäßige Erscheinung, daß die Volksmassen sowohl in der Sowjetunion als auch in allen Ländern des sozialistischen Lagers dieses Vertrauen mit begeisterter, hingebungsvoller aktiver Teilnahme am Aufbau des neuen Staatsapparates und an der allseitigen Festigung der neuen gesellschaftlichen Ordnung beantwortet haben und beantworten.

Eine konsequente Anwendung der Leninschen Gedanken auf den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in der DDR ist in der Programmatischen Erklärung Walter Ulbrichts vom 4. Oktober 1960 enthalten. Der Erste Sekretär der SED und Vorsitzende des Staatsrates stellt dort fest: „Zwischen unserem volksdemokratischen Staat und seiner Politik und den Interessen der Bürger gibt es keinen Widerspruch. Deshalb kann jeder zum bewußten Glied der Gesellschaft werden. Es ist eine wahrhaft humanistische Aufgabe, beim

Aufbau einer solchen Gesellschaft mitzuwirken.“<sup>8</sup>

Nach der Vernichtung der Macht der Gutsbesitzer und Kapitalisten schritt das Sowjetvolk zum wirtschaftlichen Aufbau. Auf dem 3. Gesamtrussischen Sowjetkongreß zeichnete Lenin die Perspektive der weiteren Entwicklung auf: „Jetzt werden wir auf einem von historischem Gerümpel gereinigten Weg den gewaltigen lichten Bau der sozialistischen Gesellschaft errichten. Es entsteht ein neuer, in der Geschichte noch nicht dagewesener Typus einer Staatsmacht, die durch den Willen der Revolution berufen ist, die Erde von jeder Ausbeutung, Gewalt und Knechtschaft zu befreien“ (S. 479). Das Programm der Sowjetregierung bestand „in allmählichen, aber festen und unterschiedenen Schritten zum Sozialismus“ (S. 302).

Im Gegensatz zu utopischen, kleinbürgerlich-radikalen Vorstellungen sah Lenin den Weg zum Sozialismus nicht in einmaligen schlagartigen Maßnahmen wie etwa die Sozialisierung der gesamten Industrie usw. Bereits in den ersten Wochen nach der Februarrevolution hatte Lenin in seinen „Briefen aus der Ferne“ unter den Bedingungen der Macht der Arbeiter und Bauern als ersten Schritt die „Kontrolle der Produktion und der Verteilung der wichtigsten Produkte“ verlangt, denn „in ihrer Gesamtheit und in ihrer Entwicklung . . . würden sie den Übergang zum Sozialismus bedeuten, der in Rußland nicht unmittelbar, mit einem Schlag, ohne Übergangsmaßnahmen verwirklicht werden kann, aber als Resultat solcher Übergangsmaßnahmen durchaus realisierbar und überaus notwendig ist“.<sup>9</sup> Nach dem

<sup>8</sup> Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 36.

<sup>9</sup> W. I. Lenin: Werke, Bd. 23, Dietz Verlag, Berlin 1957, S. 356.

Siege der Oktoberrevolution ging Lenin weiter und bestimmte den Weg zum Sozialismus, der „über die Sowjetrepublik führt, über die Nationalisierung der Banken und Syndikate, die Arbeiterkontrolle, die Konfiskation des gutsherrlichen Inventars usw. usw.“ (S. 157). Zu der Forderung nach Arbeiterkontrolle kam also auch die Nationalisierung der Banken und Syndikate hinzu. Beide Maßnahmen wurden durch Dekrete der Sowjetregierung durchgeführt.

Besonders große Bedeutung schrieb Lenin der Nationalisierung der Banken zu. Er sah darin den Keim zur Organisation der sozialistischen Planwirtschaft. *„Ohne die Großbanken wäre der Sozialismus nicht zu verwirklichen“* (S. 89), schrieb Lenin. Den Apparat der Banken, Syndikate, der Post, der Konsumgenossenschaften usw. kann das Proletariat übernehmen. *„Eine einheitliche Staatsbank allergrößten Umfangs mit Zweigstellen in jedem Amtsbezirk, bei jeder Fabrik — das ist schon zu neun Zehnteln ein sozialistischer Apparat. Das bedeutet eine gesamtstaatliche Buchführung, eine gesamtstaatliche Rechnungsführung über die Produktion und die Verteilung der Produkte, das ist sozusagen eine Art Gerippe der sozialistischen Gesellschaft“* (S. 89/90).

Ungemein kennzeichnend für die Geistesart des Theoretikers Lenin ist sein Schöpfen aus der gesellschaftlichen Praxis der Massen. Er hielt sich an Marx' Grundsatz: *„Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.“*<sup>10</sup> Sind erst die ersten Maßnahmen ergriffen, sagte Lenin, *„dann werden wir weiter sehen. Wir werden dann klarer sehen, denn die praktische Erfahrung, die millionenmal mehr wert ist als die besten Programme, wird unseren Horizont*

unermeßlich erweitern“ (S. 159). Die Praxis der revolutionären Entwicklung war es auch, die in Rußland weiterzugehen zwang, als zunächst vorgesehen war. Die Bourgeoisie nutzte in Rußland die Chance nicht aus, die ihr das siegreiche Proletariat bot, unter Kontrolle der Arbeiter am wirtschaftlichen Aufbau teilzunehmen. Sie glaubte, durch ökonomische Sabotage neben militärischer konterrevolutionärer Erhebung die Sowjetmacht zur Kapitulation zu zwingen. Als Antwort darauf schritten die Sowjets unter der Führung Lenins und der Partei zur „Rotarmistenattacke“, wie sich Lenin später ausdrückte. Die Arbeiterkontrolle machte der Arbeiterverwaltung der Betriebe Platz, es wurden in rascher Folge neben den Banken und Eisenbahnen auch der Außenhandel, die See- und Binnenhandelsflotte, die Betriebe der Kohlen- und Erdölförderung, der Metallurgie, des Maschinenbaus, der chemischen und Textilindustrie u. a. nationalisiert. Diese Maßnahmen brachen die Macht der Bourgeoisie, konzentrierten in den Händen des proletarischen Staates die Kommandohöhen der Wirtschaft. Das diente als Grundlage für den Aufbau der sozialistischen Ökonomik.

Lenins Gedanken gewannen in den Ländern der Volksdemokratie neue Wirklichkeit, als sich in der Weltarena das Übergewicht der sozialistischen Kräfte abzuzeichnen begann. In einer ganzen Reihe von Ländern konnten nach der Machtergreifung der Arbeiterklasse patriotisch gesinnte und real denkende Teile der Bourgeoisie zur Mitarbeit herangezogen werden. In der DDR haben auch ehemalige Angehörige der Ausbeuterklasse die Möglichkeit erhalten, als Leiter großer volkseigener Betriebe eine geachtete Stellung in der Gesellschaft einzunehmen. Und in seiner Mahnung an die westdeutsche Bourgeoisie, wirkliche nationale Politik zu treiben, erklärte Walter Ulbricht, *„daß die Angehörigen*

<sup>10</sup> Marx an Bracke, 5. Mai 1875. In: Karl Marx/Friedrich Engels: *Ausgewählte Schriften* in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 9.



der Kapitalistenklasse, die sich in einer Zeit nationaler Not aus freien Stücken um die Wiedervereinigung der Nation und die Verhinderung eines Bruderkrieges verdient machen, auch Anspruch darauf erwerben, daß die Nation zu gegebener Zeit diese, ihre Verdienste gebührend würdigt“<sup>11</sup>.

Der entscheidende Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung ist der Mensch. In den Mittelpunkt *aller* Aufgaben stellte Lenin die Arbeit mit dem Menschen. Immer wieder betonte er den wesentlichsten Unterschied zwischen dem Kapitalismus, besonders im imperialistischen Stadium, und dem Sozialismus. Der Kapitalismus „bedeutet eine unerhörte brutale Unterdrückung des Unternehmungsgeistes, der Energie und der kühnen Initiative der Massen der Bevölkerung, der gigantischen Mehrheit der Bevölkerung, von neunundneunzig Prozent der Werktätigen ... Der Sozialismus erstickt keinesfalls den Wettbewerb, im Gegenteil, er schafft erstmalig die Möglichkeit, ihn wirklich auf *breitester* Grundlage, wirklich im *Massenumfang* anzuwenden, die Mehrheit der Werktätigen wirklich auf ein Tätigkeitsfeld zu führen, auf dem sie sich hervortun, ihre Fähigkeiten entfalten, jene Talente offenbaren können, die das Volk, einem unversiegbaren Quell gleich, hervorbringt und die der Kapitalismus zu Tausenden und Millionen zertreten, niedergehalten und erdrückt hat“ (S. 402). Dabei idealisierte Lenin keinesfalls den Menschen. Aus den Verhältnissen des Kapitalismus hervorgehend, ist auch das siegreiche Proletariat in bestimmtem Maße mit den Merkmalen der Ausbeutergesellschaft behaftet. Aber die Revolution führt die Werktätigen auf den Weg des selbständigen schöpferischen Aufbaus eines neuen Lebens. In seiner Arbeit „Wie soll man den Wettbewerb organisie-

ren?“ stellt Lenin in den Mittelpunkt der Arbeit zwei Maßnahmen: Rechnungsführung und Kontrolle zwecks Verwirklichung der Losung „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ und die Organisierung des sozialistischen Wettbewerbs (vgl. S. 402 ff.).

Die Lehren Lenins fanden ihre glänzende Bestätigung in dem siegreichen sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion. Auf diese Lehren gestützt, nahmen die marxistisch-leninistischen Parteien im sozialistischen Lager den Aufbau in Angriff. Der von den Fesseln des Kapitalismus befreite Mensch hat unter der Führung der kommunistischen Parteien die große sozialistische Völkergemeinschaft geschaffen, die „unbeschränkte Möglichkeiten eröffnet, Wirtschaft und Kultur zur Blüte zu bringen, den Menschen einen hohen Lebensstandard, ein Leben in Frieden und Glück zu sichern“<sup>12</sup>. Die Überlegenheit des sozialistischen Systems ist nicht zufällig im ersten Raumflug durch einen sowjetischen Menschen zum Ausdruck gekommen. Die Keime des Sozialismus, die Lenin so sorgsam behütet hat, sind heute zu einem mächtigen Baum geworden. „Die sozialistischen Staaten, die ein Weltsystem gebildet haben, sind jetzt zu einer internationalen Kraft geworden, die einen mächtigen Einfluß auf das Weltgeschehen ausübt.“<sup>13</sup>

Im sozialistischen Weltsystem nimmt unsere Deutsche Demokratische Republik einen ehrenvollen Platz ein. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die Lenins Lehre schöpferisch anwendet, hat die Schöpferkraft unseres Volkes auf den Aufbau des Sozialismus gelenkt. Und mit Befriedigung konnte Walter Ulbricht auf der 11. Tagung des ZK der SED feststellen: „Unser Land gehört im sozialistischen Lager zu den Ländern mit der höchsten Industrieproduktion. Unter allen Län-

<sup>11</sup> Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien ..., S. 137.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 19.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 28.

dern Europas -- sozialistischen und kapitalistischen -- stehen wir an fünfter Stelle... Es hat sich mittlerweile auch in den imperialistischen Ländern herumgesprochen, daß die Deutsche Demokratische Republik ein industrieller und wirtschaftlicher Faktor in der Welt ist, der nicht übersehen werden kann.<sup>14</sup> Diese Erfolge waren nur möglich, weil die Partei, im Sinne Lenins, „die Entwicklung wahrhaft menschlicher Beziehungen zwischen den Menschen, die Förderung der fachlichen, kulturellen und moralischen Entwicklung der Menschen“<sup>15</sup> als das Hauptmittel ihrer Tätigkeit angesehen hat.

Die im vorliegenden Band veröffentlichten Arbeiten legen Zeugnis ab für die Kraft der marxistisch-leninistischen Lehre, sie spiegeln die Rolle der Partei im Leben der Gesellschaft wider. Ihr Studium lehrt uns die Kunst der Führung der Massen an entscheidenden Wendepunkten der Geschichte. Sie erfüllen uns mit der Zuversicht von unserem Siege.

Arnold Reisberg

<sup>14</sup> Ebenda, S. 139.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 161.

**Günter Benser: Vereint sind wir unbesiegbar.** Wie die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands entstand. Hrsg. vom Institut für Marxismus - Leninismus beim ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin 1961, 185 S. -- **Hans Müller: Die Entwicklung der SED und ihr Kampf für ein neues Deutschland (1945 bis 1949),** Dietz Verlag, Berlin 1961, 258 S.

. Diese beiden Arbeiten, die sich mit den ersten Jahren der Geschichte der SED beschäftigen, erschienen zum

15. Jahrestag der Gründung der SED. Es handelt sich nicht um Spezialuntersuchungen, die den Anspruch erheben, Neues zu bieten. Während Günter Bensers Absicht darin bestand, „einen knappen und allgemeinverständlichen Überblick über die Entstehungsgeschichte der SED zu geben“<sup>1</sup>, bezeichnet Hans Müller seine aus einer Vorlesung hervorgegangene Arbeit als „einen Versuch, in Form eines historischen Abrisses die Herausbildung des ersten Staates der Arbeiter und Bauern in der Geschichte Deutschlands und besonders den Prozeß der Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Osten Deutschlands nach 1945 wie auch die wichtigsten Phasen der Entwicklung der SED zu einer marxistisch-leninistischen Massenpartei als entscheidende Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf der Volksmassen zur Lösung der nationalen Grundaufgaben unseres Volkes zu zeigen“<sup>2</sup>.

B. geht aus vom Widerstandskampf gegen den Faschismus, in dessen Verlauf sich der Wille zur Einheit der Arbeiterklasse immer stärker durchsetzte. Er skizziert die Rolle der KPD, die „im Gegensatz zu allen anderen Parteien und Gruppierungen ... einen organisierten, vom Zentralkomitee der Partei geleiteten Widerstandskampf geführt“<sup>3</sup> hat. Ausführlich und anschaulich wird sodann geschildert, wie nach dem Zusammenbruch des faschistischen deutschen Imperialismus die Aktionseinheit entstand und wie sie sich im Verlaufe des Kampfes um eine antifaschistisch-demokratische Ordnung festigte. Hervorzuheben ist, daß B. auch die Entwicklung in Westdeutschland gebührend berücksichtigt.

<sup>1</sup> Günter Benser: Vereint sind wir unbesiegbar, S. 6.

<sup>2</sup> Hans Müller: Die Entwicklung der SED ..., S. 9.

<sup>3</sup> Günter Benser: Vereint sind wir unbesiegbar, S. 15.

Die Darstellung gipfelt in einer begeisternden Schilderung des Vereinigungsparteitages und klingt aus mit dem Abschnitt: „Wir ziehen Bilanz“, in dem auf überzeugende Weise die Programme der SED und der SPD in den Westzonen miteinander verglichen werden. Während die in Ostdeutschland geschaffene Arbeitereinheit ihre historische Bewährungsprobe glänzend bestanden hat, so resümiert B.<sup>4</sup>, muß man, was die SPD als Partei betrifft, leider feststellen: „In der Praxis hat sie in den Grundfragen der Nation nichts Positives geleistet, und die sozialistischen Ideen hat sie über Bord geworfen.“<sup>5</sup>

Etwa die Hälfte seiner Arbeit widmet M. im großen und ganzen den gleichen Fragen wie B. Von einigen Ausnahmen abgesehen — so gelangt M. nicht zu der präzisen Bestimmung der Rolle der KPD im antifaschistischen Widerstandskampf wie B.<sup>6</sup> —, stimmen beide Verfasser auch in der Einschätzung der wesentlichsten Prozesse und Ereignisse überein. Im zweiten, m. E. gewichtigeren Teil seiner Arbeit behandelt M. die Entwicklung vom Vereinigungsparteitag bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Im Mittelpunkt stehen dabei der Kampf um die Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher, die Volkskongreßbewegung und vor allem die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus, deren einzelne Etappen M. systematisch und konkret herausarbeitet.

Beide Darstellungen stützen sich auf die Dokumente der Partei und die Arbeiten führender Genossen der Arbeiterbewegung, besonders die des Genossen Walter Ulbricht. Daneben wurden einige Erlebnisberichte und

Archivmaterialien über die Entwicklung der örtlichen Arbeiterbewegung sowie die Parteipresse und die einschlägige marxistische Literatur ausgewertet. Einige Lücken — so hat M. u. a. die Monographien von Albert Behrendt<sup>7</sup> und Helmut Neef<sup>8</sup> in seiner Darstellung nicht berücksichtigt —, fallen bei dem Charakter der zu rezensierenden Arbeiten weniger ins Gewicht.

Obwohl sich beide Autoren nicht die Aufgabe stellten, Neues zu bieten — das ist auch gar nicht einfach, da die Hauptfragen dieser Zeit schon vielfach, besonders in den wegweisenden Arbeiten Walter Ulbrichts<sup>9</sup> und in der bekannten Monographie von Stefan Doernberg<sup>10</sup> behandelt wurden —, wird auch der informierte Leser die Schriften mit Interesse lesen und auf einige neue Aspekte stoßen. Bei B. muß hier besonders die Darstellung der Entwicklung der SPD hervorgehoben werden, die Herausarbeitung des Anteils der klassenbewußten Sozialdemokraten am Einigungswerk<sup>11</sup> und die Schilderung ihres Kampfes gegen die Schumachergruppe um die Jahreswende 1945/46.<sup>12</sup> Bei M. sind in erster Linie die Teile zu nennen, die sich mit der innerparteilichen Entwicklung der SED beschäftigen, so Kapitel VIII, „Die politisch-organisatorische Festi-

<sup>7</sup> Albert Behrendt: Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften, Berlin 1959.

<sup>8</sup> Helmut Neef: Der Freiheit Morgenrot. Das deutsche Volk im Kampf um Einheit und Frieden 1945 bis 1947, Berlin 1960.

<sup>9</sup> Vgl. besonders Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I/1, Dietz Verlag, Berlin 1955. — Derselbe: Des deutschen Volkes Weg und Ziel. In: Einheit, 1959, Heft 9.

<sup>10</sup> Stefan Doernberg: Die Geburt eines neuen Deutschland, Berlin 1959.

<sup>11</sup> Günter Benser: Vereint sind wir unbesiegbar, S. 29 ff.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 121 ff.

<sup>4</sup> Vgl. ebenda, S. 167.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 173.

<sup>6</sup> Vgl. Hans Müller: Die Entwicklung der SED..., S. 26 f.



gung der SED und ihre Rolle bei der Stärkung der demokratischen Massenorganisationen<sup>13</sup>, sowie die Abschnitte X/2, „Die Bedeutung der 11., 12. und 13. Tagung des Parteivorstandes der SED für den ideologischen Kampf“<sup>14</sup>, und X/5, „Die I. Parteikonferenz der SED und die Ausarbeitung der neuen Wirtschaftspolitik“<sup>15</sup>. Gut wurde von M. auch der bedeutsame Einschnitt in der Entwicklung der volksdemokratischen Revolution Mitte 1948 herausgearbeitet.

Als ich mich mit den beiden Arbeiten beschäftigte, tagte gerade der V. Schriftstellerkongreß und bald darauf der V. Pädagogische Kongreß. Die kritische Atmosphäre, der gesunde Drang, neue Wege zu beschreiten, die Kampfansage gegen überholte Gewohnheiten und routinemäßiges Herangehen, Züge, die auf beiden Kongressen stärker denn je in Erscheinung traten, drängten die Frage auf, ob auch die marxistische Geschichtswissenschaft in der DDR von einer solchen Atmosphäre erfüllt sei. Zunächst geneigt, diese Frage zu bejahen, ließ jedoch u. a. eine Bemerkung von Erwin Strittmatter bald Zweifel wach werden. Dieser sagte auf dem V. Schriftstellerkongreß: „Wir sind stolz auf unsere junge Republik, und wir wollen nicht so leicht jemand verletzen, der sie besingt. Unsere öffentliche Meinung, ein großer Teil unserer Zeitungen ist freigebig mit Lobsprüchen und Qualitätssuperlativen... In der Industrie sind wir in unseren Qualitätsansprüchen unduldsamer, weil wir an Weltmaßstab und Export denken. In der Literatur loben wir zuweilen das Hausbackene als Qualität und sind spießbürgerlich selbstzufrieden...“

Das Verwischen und Verwaschen aller literarischen Maßstäbe desorientiert unsere jungen Kollegen... Einige Talente... schöpfen die Möglichkeiten ihres Talents nicht aus. Es wird nichts von ihnen verlangt.“<sup>16</sup>

Ohne dies hier im einzelnen begründen zu können, glaube ich, daß Strittmatters Ausführungen in ihrem Kern auch auf die junge marxistische Geschichtswissenschaft in unserer Republik zutreffen. Der Zeitpunkt scheint herangereift, wo wir die Ansprüche an unsere historischen Arbeiten erhöhen müssen. Es geht dabei nicht um irgendein abstraktes „Niveau“, auch nicht in erster Linie um Fragen der wissenschaftlichen Arbeitsmethode und der Form. Der Maßstab wird letzten Endes gesetzt und bestimmt durch die Politik, durch unseren politischen Kampf. Wie tragen unsere Arbeiten bei zur sozialistischen Erziehung der Menschen, der gesamten Bevölkerung der DDR? Wie helfen sie, Schwankende zu gewinnen, alle Kräfte zu sammeln für den Kampf gegen die Atomkriegspolitik in Bonn? Mit einem Wort: wie helfen unsere historischen Arbeiten, das in der Staatsratserklärung entwickelte große nationale Programm zu verwirklichen?

Was die Gesellschaftswissenschaften als Ganzes betrifft, so steht längst fest, worauf es dabei vor allem ankommt. In der Beratung des Zentralkomitees der SED mit Gesellschaftswissenschaftlern am 18./19. Mai 1961 hat Prof. Kurt Hager auf die neuen Fragen orientiert, deren Lösung vordringlich ist, und zugleich die „drei Sünden“ genannt, die gegenwärtig in der gesellschaftswissenschaftlichen Lehre besonders verbreitet sind: die Wiedergabe abstrakter Thesen unter Loslösung von der Praxis, die konfliktlose Darstellung, besonders des sozialistischen

<sup>13</sup> Hans Müller: Die Entwicklung der SED..., S. 132 ff.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 185 ff.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 216 ff.

<sup>16</sup> Erwin Strittmatter: Unser Weg ist richtig. In: Neues Deutschland (B), 28. Mai 1961.

Aufbaus, und schließlich die sich aus mangelnder Kenntnis des Marxismus-Leninismus noch immer ergebenden theoretischen Fehler.<sup>17</sup> Was für die Gesellschaftswissenschaft als Ganzes gilt, trifft im Prinzip auch auf die Geschichtsschreibung zu.

Es ist natürlich nicht möglich, bei der Beurteilung der hier zu rezensierenden Arbeiten alle von Kurt Hager genannten Gesichtspunkte gebührend zu berücksichtigen. Zweckmäßig scheint, eine Frage in den Mittelpunkt zu rücken, und zwar folgende: Ist es den Verfassern gelungen, den komplizierten, schwierigen Prozeß der Entstehung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und der Entwicklung der SED deutlich zu machen, oder krankten auch ihre Arbeiten an der konfliktlosen Darstellung konfliktreicher Prozesse, wie Kurt Hager mit Recht kritisiert?

Nehmen wir als Beispiel die Bodenreform. Während B. die harten Auseinandersetzungen, von denen die Bodenreform begleitet war, nicht verschweigt<sup>18</sup>, gewinnt man nach der Lektüre der Darstellung M.s den Eindruck, als sei eigentlich alles recht glatt und reibungslos verlaufen. Alle haben nach M. die Bodenreform unterstützt, auch das städtische Kleinbürgertum und die Intelligenz und, wenn gleich schwankend, große Teile der kleinen und mittleren Bourgeoisie. Nur „die Junker und ihre Freunde taten alles, um die Durchführung der demokratischen Bodenreform zu stören“<sup>19</sup>. War das wirklich so? Gab es nicht Unklarheiten bis in die Reihen

der klassenbewußten Arbeiter hinein?<sup>20</sup> Gab es denn kein tief eingewurzeltes Mißtrauen bei vielen Landarbeitern und werktätigen Bauern, keine Apathie, kein politisches Desinteresse, das erst in zähen Auseinandersetzungen überwunden, keine Furcht vor den Großgrundbesitzern, die erst durch das machtvolle Auftreten der geeinten Arbeiterklasse zerstreut wurden? Wir meinen, daß eine solche Darstellung, die die wirklichen Konflikte außer acht läßt, kein adäquates Bild des Klassenkampfes gibt und speziell unserer Jugend ungenügend hilft, sich in der gesellschaftlichen Wirklichkeit zurechtzufinden. Überdies wird eine solche Darstellung den Verdiensten derer, die an der Spitze standen, als die größte erfolgreiche Massenaktion in der Geschichte des deutschen Volkes zum Siege geführt wurde, nicht gerecht.

Die „konfliktlose“ Darstellung der Bodenreform ist leider in der Arbeit von M. keine Ausnahmeerscheinung.

So wirkt seine richtige Feststellung, daß die „Vereinigung ... die ideologische Klärung von Grundfragen der Politik der Partei“<sup>21</sup> voraussetzte, nicht überzeugend, da er dem Leser kein lebendiges Bild davon vermittelt, wie diese Klärung erzielt wurde. Ähnlich verhält es sich mit der Bildung einheitlicher freier Gewerkschaften und des antifaschistisch-demokratischen Blocks.<sup>22</sup> Das Ingangbringen der Wirtschaft und die Säuberung der Betriebe von aktiven Nazis und Kriegsverbrechern bezeichnet M. als eine „Schlacht gegen die Schwierigkeiten und das Alte zur Durchsetzung des Neuen“<sup>23</sup>, aber auch das bleiben nur Worte.

<sup>17</sup> Vgl. Kurt Hager: Die Verbindung von Theorie und Praxis und der Kampf gegen den Dogmatismus in den Gesellschaftswissenschaften. In: Einheit, 1961, Heft 7, S. 1012.

<sup>18</sup> Vgl. Günter Benser: Vereint sind wir unbesiegbar, S. 75 ff.

<sup>19</sup> Hans Müller: Die Entwicklung der SED ..., S. 59.

<sup>20</sup> Vgl. Günter Benser: Vereint sind wir unbesiegbar, S. 86 f.

<sup>21</sup> Hans Müller: Die Entwicklung der SED ..., S. 36.

<sup>22</sup> Vgl. ebenda, S. 39 ff.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 53.

Wenn M. später richtig feststellt, daß die Enteignung der Betriebe der aktiven Nazis und Kriegsverbrecher zwingend die politisch-organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung voraussetzte<sup>24</sup>, so kommt dieser Schluß nach der blassen Darstellung der tatsächlichen Schwierigkeiten und Konflikte, die überwunden werden mußten, für den Leser eigentlich etwas überraschend.

Obwohl B. s Arbeit in dieser Hinsicht weniger Anlaß zur Kritik gibt, ist auch sie nicht frei von Tendenzen einer konfliktlosen Darstellung. So zeigt er zwar, mit welchen Schwierigkeiten die sozialdemokratischen Genossen, die für eine echte Arbeiterpolitik eintraten, in ihrer eigenen Partei zu ringen hatten<sup>25</sup>, jedoch gelingt es ihm weniger, den Einfluß der KPD, besonders des Zentralkomitees mit den Genossen Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht an der Spitze, auf den Klärungsprozeß in der SPD, speziell im Zentrallausschuß, herauszuarbeiten.

Auch gegen die im übrigen sehr gut gelungene Schilderung der Ereignisse zwischen der Dezember- und der Februarkonferenz der zentralen Leitungen von KPD und SPD durch B. müssen Einwände erhoben werden.

„Mit der Dezemberkonferenz“ 1945, schreibt B., „begann... eine der dramatischsten Entwicklungsphasen, die unsere deutsche Arbeiterbewegung überhaupt durchlebte. Das leidenschaftliche Ringen um die Einheit auf der einen und die mit allen Mitteln der Verleumdung, der antikommunistischen Hetze und der Sabotage geführten Attacken gegen die Vereinigung auf der anderen Seite bestimmten das politische Bild jener Tage.“<sup>26</sup> B. enthüllte die Intrigen der Schumacherleute, die schließlich zur Ab-

spaltung der SPD-Organisationen der Westzonen von der durch den Berliner Zentrallausschuß repräsentierten einheitlichen SPD führten. Anschaulich und lebendig, gestützt auf zeitgenössische Zeugnisse, schildert er den fortschreitenden Klärungsprozeß im Zentrallausschuß, der schließlich in dem bedeutsamen Beschluß, den Otto Grotewohl dem I. FDGB-Kongreß mitteilte, seinen Höhepunkt fand: „Der Zentrallausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist nach Beratung der Vertreter der Bezirke zu dem Entschluß gekommen, der Mitgliedschaft der Partei alsbald die Einheit der beiden Arbeiterparteien zur Entscheidung vorzulegen.“<sup>27</sup> Jedoch erfährt der Leser recht wenig von dem beharrlichen und aufopferungsvollen Kampf der kommunistischen Genossen, von der klugen meisterhaften Politik des ZK der KPD gerade in diesen entscheidungsvollen Wochen und Monaten. Allein in dem Dokumentenband des Instituts für Marxismus-Leninismus sind eine Reihe Quellen enthalten, die von der vorwärtstreibenden Rolle des marxistisch-leninistischen Führungskerns der deutschen Arbeiterbewegung zeugen<sup>28</sup>, aber von B. ungenügend ausgewertet werden.

Die genannten Einwände, vor allem die Kritik an bestimmten Seiten der Darstellung M.s, könnten den Eindruck hervorrufen, als ginge es lediglich darum, anschaulicher und lebendiger zu schreiben, oder darum, die Schwierigkeiten des Kampfes ausführlicher darzulegen und einige Akzente anders zu setzen. Das wäre jedoch eine Simplifizierung der Grundfrage, um die es in Wirklichkeit geht.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 128 f.

<sup>28</sup> Vgl. Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 358 ff., besonders die Rede Walter Ulbrichts vom 11. Januar 1946, S. 407 ff., und die Rede Hermann Materns vom 15. Januar 1946, S. 419 ff.

<sup>24</sup> Vgl. ebenda, S. 91.

<sup>25</sup> Günter Benser: Vereint sind wir unbesiegbar, S. 29 ff.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 116.



Die Mängel in unserer Arbeit, beispielsweise die konfliktlose Darstellung konfliktreicher Prozesse, überwinden heißt im Grunde genommen, den historischen Materialismus besser studieren und konsequent anwenden! In einem Brief an Bloch vom 21./22. September 1890 schrieb Friedrich Engels: „Wir machen unsere Geschichte selbst, aber erstens *unter sehr bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen*. Darunter sind die ökonomischen die schließlich entscheidenden. Aber auch die politischen usw., ja selbst die in den Köpfen der Menschen spukende Tradition, spielen eine Rolle, wenn auch nicht die entscheidende...“

Zweitens aber macht sich die Geschichte so, daß das Endresultat stets aus den Konflikten vieler Einzelwillen hervorgeht, wovon jeder wieder durch eine Menge *besonderer Lebensbedingungen zu dem gemacht wird, was er ist; es sind also unzählige einander durchkreuzende Kräfte, eine unendliche Gruppe von Kräfteparallelogrammen, daraus eine Resultante — das geschichtliche Ergebnis — hervorgeht...*“<sup>29</sup> (Hervorgehoben von mir — H. H.)

Wir wissen, daß die marxistisch-leninistische Partei geschichtliche Prozesse voraussehen kann. Wir wissen, daß nach der Zerstörung der letzten Ausbeuterordnung die gesellschaftlichen Gesetze nicht mehr blind wirken. Aber warum ist das so? Doch auch deshalb, weil die Partei den historischen Materialismus beherrscht und richtig anwendet. Als marxistische Historiker der neuesten Geschichte obliegt uns die Pflicht und Schuldigkeit, das überzeugend und exakt nachzuweisen. Mit anderen Worten: es

genügt nicht, lediglich die Aufgaben, die die Geschichte stellt, und die Ergebnisse, die sie bringt, säuberlich zu registrieren — das ist eben eine konfliktlose Darstellung! —, sondern der marxistische Historiker muß die „unzähligen einander durchkreuzenden Kräfte“, die „unendliche Gruppe von Kräfteparallelogrammen, daraus eine Resultante — das geschichtliche Ergebnis — hervorgeht“, aufdecken und erforschen. Er muß des weiteren davon ausgehen, daß jeder „Einzelwillen... durch eine Menge besonderer Lebensbedingungen zu dem gemacht wird, was er ist...“ Die historische Forschung bedarf der Analyse ebenso sehr wie der Abstraktion, der Induktion ebenso sehr wie der Deduktion.

Nun kann man selbstverständlich einen populären Abriß nicht nach den strengsten Maßstäben der Forschung beurteilen. Aber der Grundgedanke Engels', daß wir unsere Geschichte „unter sehr bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen machen“ ist eine *conditio sine qua non*. Auf unseren Gegenstand angewandt, bedeutet dieser Grundgedanke: das Wachstum der Massen, der Klasse und der Partei erfolgten im Prozeß des Kampfes um die antifaschistisch-demokratische Ordnung; die volksdemokratische Revolution war die grundlegende Voraussetzung oder „Lebensbedingung“, die die „Einzelwillen“ zu dem machte, was sie wurden. Dabei besteht eine dialektische Wechselwirkung zwischen dem Wachstum der Massen, der Klasse und der Partei einerseits und dem Fortschreiten der Revolution andererseits.

Wir meinen, daß B. — dem Charakter seiner Schrift entsprechend — diesen Grundgedanken gebührend, teilweise vorbildlich berücksichtigt hat. Dem Leser wird dadurch nicht zuletzt auch verständlicher, warum die Aktionseinheit, die im Osten siegte, in den Westzonen wieder gesprengt

<sup>29</sup> Engels an Bloch, 21./22. September 1890. In: Karl Marx/Friedrich Engels: *Ausgewählte Schriften* in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 459.

werden konnte. So schreibt B. völlig richtig: Die „Entwicklung in den Westzonen hatte zur Folge, daß die Organe der Aktionseinheit, die in den letzten Kriegstagen oder unmittelbar nach Kriegsende entstanden waren, ihre Forderungen nicht gestützt auf die Verwaltungskörperschaften durchsetzen konnten, sondern vielmehr durch diese behindert wurden“<sup>30</sup>. Das ist ein Umstand, der häufig übersehen wird, eben weil nicht immer konsequent ausgegangen wird von dem engen Zusammenhang zwischen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und der Entwicklung der Aktionseinheit der Arbeiterbewegung. Hier soll auch auf einige nachahmenswerte Darstellungsmethoden B.s — Resultat einer richtigen Anwendung des historischen Materialismus! — hingewiesen werden. So wird in seiner Schrift die geschichtliche Entwicklung von etwa 1900 bis 1945 wiedergegeben aus der Sicht der Generation, die um die Jahrhundertwende geboren worden war. Es werden die Ereignisse und Bedingungen deutlich, die auf diese Menschen wirkten und die Bewußtesten unter ihnen zu der Erkenntnis brachten, daß „die Geschicke der Nation wie das Schicksal jedes einzelnen Werktätigen die Beseitigung des Imperialismus, die Entmachtung der militaristischen Verderber Deutschlands“<sup>31</sup> erforderten. Die zentralen Fragen, die vor der Gründung der SED geklärt wurden, werden von B. nicht einfach aufgezählt, sondern im Verlaufe der Schilderung des ideologischen Kampfes dargelegt.<sup>32</sup> Der Leser erfährt auf diese Weise, wie bestimmte Fragen geklärt wurden.

Es gibt auch in der Arbeit M.s einige gute Beispiele in dieser Hinsicht. So ist es ihm gut gelungen, den Klärungs-

prozeß in der SED nach der 11., 12. und 13. Tagung des Parteivorstandes herauszuarbeiten, die Grundfragen zu analysieren, um die es damals ging, und die Wege und Methoden ihrer Klärung durch die Parteiführung deutlich zu machen.<sup>33</sup> Überhaupt befriedigen die Abschnitte der Arbeit M.s, die sich mit der inneren Entwicklung der SED nach dem Vereinigungsparteitag beschäftigen, weit mehr als die Darstellung der Ereignisse bis zur Gründung der SED. Speziell im Hinblick auf diesen Zeitabschnitt kommt man leider um die Feststellung nicht herum, daß der Grundgedanke des historischen Materialismus, wonach die „Lebensbedingungen“ die „Einzelwillen“ bestimmen und formen, vom Autor nicht konsequent berücksichtigt wurde. Charakteristisch dafür ist folgende These: Nach der Bodenreform wurde die Bauernschaft, so schreibt M., „zum aktiven Bundesgenossen der Arbeiterklasse...“, weil die Arbeiterklasse und ihre Partei nicht nur die Forderungen der Bauern proklamiert, sondern auch für die Verwirklichung ihres Programms gekämpft hatte“<sup>34</sup>. Niemand kann die Richtigkeit dieser Feststellung bestreiten. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Für die Verwirklichung ihres Programms (wessen, wird aus M.s Satz nicht ganz deutlich) haben die Arbeiterklasse und ihre Partei nicht erst 1945 gekämpft, und doch wurde das aktive Kampfbündnis nicht schon früher Wirklichkeit. Es bedurfte der aufrüttelnden, läuternden eigenen Erfahrungen der Bauern, es war die menschenverändernde Kraft der Revolution, des nachhaltigsten Erziehers, den die Geschichte kennt, die die werktätigen Bauern umerzog und fähig machte, einen festen Kampfbund mit der Arbeiterklasse zu schließen.

<sup>30</sup> Günter Benser: Vereint sind wir unsiegsbar, S. 62.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 14.

<sup>32</sup> Vgl. ebenda, S. 96 ff.

<sup>33</sup> Vgl. Hans Müller: Die Entwicklung der SED..., S. 185 ff.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 62.

An anderer Stelle schreibt M., daß sich in der damaligen sowjetischen Besatzungszone die Aktionseinheit „dank der frühzeitigen Erlaubnis zur Gründung von KPD und SPD und der Gewerkschaften besonders stark entfalten (konnte), und das politische Leben und der wirtschaftliche Aufbau waren hier viel weiter fortgeschritten als in den Westzonen“<sup>35</sup>. Wiederum nicht falsch, aber wiederum nur die halbe Wahrheit! Als sich „das politische Leben“ in den Westzonen stärker entwickelte und „der wirtschaftliche Aufbau“ rascher voranging, wuchs deshalb etwa im gleichen Maße die Aktionseinheit? Man wird diesem Problem eben nur voll gerecht, wenn die Untersuchung ausgeht von dem engen Zusammenhang zwischen dem Kampf um die antifaschistisch-demokratische Ordnung (bzw. seiner Unterdrückung) einerseits und der Entwicklung der Aktionseinheit andererseits. Da M. diesen Grundsatz nicht konsequent berücksichtigt, wirkt seine Begründung, warum die Aktionseinheit in den Westzonen wieder unterdrückt werden konnte<sup>36</sup>, im Gegensatz zur Darstellung B.s nicht zwingend.

Man muß M. konzedieren, daß er die Probleme, um die es geht, verschiedentlich nennt. So schreibt er: „Die gemeinsame Arbeit von Funktionären der KPD und SPD in den neuen Staatsorganen trug wesentlich zur Festigung der Aktionseinheit bei und half, den Prozeß der Vereinigung der beiden Parteien voranzutreiben.“<sup>37</sup> Das ist zweifellos richtig, ebenso wie die Feststellungen: „Die Partei entwickelte sich im täglichen Kampf weiter und löste die noch strittigen Fragen.“<sup>38</sup> Oder: „Im Prozeß der Vergesellschaftung haben die persön-

lichen und gesellschaftlichen Erfahrungen unserer Menschen... zu großen Bewußtseinswandlungen bei den Werktätigen, insbesondere der Arbeiterklasse, geführt.“<sup>39</sup> Aber allein diese allgemeinen Feststellungen reichen nicht mehr aus. Wir müssen konkret werden – auch und gerade bei der Erforschung der Prozesse, deren Zeuge und Mitgestalter wir sind!

Einige Einzelfragen. Den neuen Charakter der Staatsmacht begründet M. lediglich mit der veränderten sozialen Zusammensetzung der Staatsorgane.<sup>40</sup> Das ist aber eine Vereinfachung. Hier wären noch einige Ausführungen prinzipieller Natur nötig gewesen. Ferner bleibt unklar, warum bei der Untersuchung der Situation in der Arbeiterbewegung im Mai 1945<sup>41</sup> die Gewerkschaften ausgeklammert werden. Von den ersten, vielfach spontan entstandenen Antifa-Ausschüssen erfährt der Leser nur, daß sie aufgelöst wurden.<sup>42</sup> Die These, daß 1945 in ganz Deutschland die gleichen Bedingungen herrschten<sup>43</sup>, ist in dieser verabsolutierenden Form unrichtig, da die Besatzungsmächte auch zu den „Bedingungen“ gehörten und bekanntlich, was die Sowjetunion einerseits und die imperialistischen Mächte andererseits betrifft, eine höchst unterschiedliche Rolle spielten.

Die Feststellung B.s, daß ideologische Unklarheiten in den Reihen der Opposition eine Vereinigung der antifaschistischen Widerstandskräfte verhindert haben<sup>44</sup>, müßte präzisiert werden durch die Feststellung, daß es auch Gegner der Nazis gab, die eine völlig andere Konzeption vertraten als die antifaschistische Opposition, die B.

<sup>39</sup> Ebenda, S. 127.

<sup>40</sup> Vgl. ebenda, S. 51.

<sup>41</sup> Vgl. ebenda, S. 25 ff.

<sup>42</sup> Vgl. ebenda, S. 47 f.

<sup>43</sup> Vgl. ebenda, S. 81.

<sup>44</sup> Vgl. Günter Benser: Vereint sind wir unbesiegbar, S. 19.

<sup>35</sup> Ebenda, S. 77.

<sup>36</sup> Vgl. ebenda u. bes. S. 113.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 51.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 109.



im Auge hat. Am Schluß von B.s Arbeit hätte man sich gewünscht, einiges über die Lehren und Erkenntnisse des Kampfes um die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung zu erfahren, die bis heute ihre Gültigkeit nicht verloren haben.

Schließlich einige Bemerkungen zum Stil. Während B.s Arbeit durchweg in einer leichtverständlichen, lebendigen und anschaulichen Sprache abgefaßt ist, vermag der extrem substantivierte Stil M.s nicht die gebührende Begeisterung für das der Begeisterung würdige Thema zu wecken. Unglückliche Satzkonstruktionen wie: „Es war notwendig, auf der Grundlinie der Politik der Partei in der Gewinnung der Frauen zur politischen Mitarbeit und Aktivierung derselben einen Sprung nach vorn zu vollziehen“<sup>45</sup>, oder: Mit der Gründung der DDR „war das wichtigste Instrument auf diesem lichten Weg geschaffen worden“<sup>46</sup>, finden sich leider, besonders in den letzten Teilen der Arbeit, häufig.

Auch die sprachliche Form gehört, wenngleich nicht an erster Stelle, zu den erhöhten Ansprüchen, die wir an unsere eigenen Arbeiten stellen müssen.

Das sind einige Fragen, die sich mir aufdrängten, als ich die Bücher von B. und M. las. Vielleicht sind einige Gedanken geeignet, die Diskussion – nicht nur über diese beiden Arbeiten – zu fördern.

Heinz Heitzer

Jiří Kořalka: *Vznik socialistického dělnického hnutí na Liberecku* (Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung im Reichenberger Gebiet), *Krajské nakladatelství Liberec* (Verlag des Bezirkes Liberec) 1956, 357 S.

Der Vf. dieser ausgezeichneten monographischen Studie ist allen, die sich in Lehre und Forschung mit den Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der ČSSR befassen, schon lange kein Unbekannter mehr. Durch mehrere Beiträge bzw. Artikel<sup>1</sup> hat sich Kořalka als Kenner der Geschichte der Arbeiterbewegung, vor allem im Reichenberger Gebiet, ausgewiesen. Der Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung dieses Gebietes war schon in seinen Anfängen vom Geist des proletarischen Internationalismus getragen und ein Beispiel enger deutsch-tschechoslowa-

<sup>1</sup> Über die Anfänge der Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterbewegung in Deutschland und in den böhmischen Ländern. In: *Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte*, Berlin 1958. (Vgl. dazu die Rezensionen von Joachim Mai in: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 1960, Heft 2, und von R. F. Schmiedt in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 1959, Heft 5.) – Über die Tätigkeit der „Kommission zum Studium der deutschen Frage“ beim Historischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 1960, Heft 5. – Über die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in der ČSR. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 1961, Heft 1. – Der gemeinsame Kampf der tschechoslowakischen und deutschen Arbeiterklasse – die historische Grundlage der Freundschaft zwischen der ČSR und der DDR. Referat anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung der DDR auf der wissenschaftlichen Tagung des Historischen Instituts der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften zu Prag am 9. Oktober 1959 und auch eine

<sup>45</sup> Hans Müller: *Die Entwicklung der SED ...*, S. 114.

<sup>46</sup> Ebenda, S. 291.

kischer Beziehungen. Der Pflege dieser Traditionen, und zwar in einem wichtigen Abschnitt, ist K.s Arbeit „Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung im Reichenberger Gebiet“ gewidmet.

Der Vf. behandelt die Periode von 1849 bis 1874, die Zeit unmittelbar nach der 48er Revolution bis zum Parteitag von Neudorfel, auf dem die Sozialdemokratische Partei Österreichs gegründet wurde. Zwischen diesen beiden wichtigen historischen Ereignissen liegen nicht nur die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in den böhmischen Ländern, sondern auch ein erster Höhepunkt ihrer Entwicklung. Der Nestor der marxistischen tschechoslowakischen Geschichtsschreibung, der greise Präsident der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, Zdeněk Nejedlý, charakterisierte diese Zeit als einen „Höhepunkt in der Entwicklung der tschechischen Nation“, in der „die Volksmassen erwachen“. Gleichzeitig wies er auf die „gewaltigen Volkskundgebungen“ hin, „die überall in den böhmischen Ländern nach dem Vorbild der Hussiten auf Bergen und Höhen durchgeführt wurden“. Damals wurden „breite Schichten der Bevölkerung zu politischer Tätigkeit aufgerüttelt“. Nejedlý nennt die sechziger Jahre „eine Zeit der größten Entschlossenheit und Kühnheit“<sup>2</sup>, eine Charakterisierung, die namentlich für das Reichenberger Gebiet zutrifft, zu dem in dieser Periode außer der namengebenden Stadt – dem „böhmischen Manchester“ – noch weitere 20 Gerichtsbezirke gehörten. Nach der Volkszählung von 1869 lebten hier mehr als 520 000 Einwohner, von denen etwa 82 Prozent Arbeiter waren.

Reihe von Artikeln in der tschechoslowakischen historischen Zeitschrift *Ceskoslovenský Casopis historický*.

<sup>2</sup> Zdeněk Nejedlý: T. G. Masaryk, Teil I, Prag 1949, S. 34/35.

Treffend hat Ladislav Zápotocký dieses Gebiet als die Wiege der sozialdemokratischen Bewegung in Böhmen bezeichnet und damit eindeutig die Bedeutung dieses Zentrums der Textilindustrie umrissen. Auch in der Folgezeit sollte Reichenberg ein Zentrum der revolutionären Arbeiterbewegung bleiben.<sup>3</sup>

K.s logisch aufgebaute und exakt gegliederte Arbeit besteht aus neun Kapiteln, von denen sich die letzten sechs speziell mit der Arbeiterbewegung in Nordböhmen beschäftigen. Die ersten drei Kapitel tragen einleitenden Charakter und schaffen die notwendigen Voraussetzungen für das Verständnis des speziellen Teils.<sup>4</sup>

Das 1. Kapitel beschäftigt sich mit der Literatur- und Quellenlage zur behandelten Periode und Thematik. Dabei nimmt K. eine parteiliche Einschätzung der vorliegenden umfangreichen Literatur vor. Darüber hinaus gibt er prinzipielle Hinweise für die Benutzung und Auswertung der verschiedenen Quellen. Es ist im Rahmen dieser Besprechung nicht möglich, auf die umfangreiche Literatur einzugehen, die K., gestützt auf die grundlegenden Ausführungen der Klassiker des Marxismus-Leninismus, kritisch auswertete und mit Erfolg in seiner Arbeit benutzte. Es sei nur auf seine prinzipielle Auseinandersetzung mit solchen rechtssozialdemokratischen Autoren wie J. Deutsch und E. Strauß hingewiesen, die in ihren Machwerken versuchten, den Kampf der Reichen-

<sup>3</sup> Vgl. dazu auch Karl Kneschke: Vom Leben erzogen. Eingel. von R. F. Schmiedt, Berlin 1960. Eine Besprechung dieses Buches vgl. in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1961, Heft 2.

<sup>4</sup> Zur Einschätzung des vorliegenden Buches vgl. auch die ausgezeichnete Rezension von Bedřich Šindlář in: Příspěvky k dějinám KSČ (Prag), 1957, S. 210–220.

berger Arbeiterbewegung zu verunglimpfen oder gar für ihre schmutzigen Ziele nutzbar zu machen. K.s prinzipielle Hinweise sind im Hinblick auf heutige westdeutsche revanchistische Geschichtsfälschungen von großer aktueller Bedeutung. Die westdeutsche „Ostforschung“ konzentriert sich nämlich seit einigen Jahren stärker als bisher auf die Geschichte der Arbeiterbewegung und beruft sich dabei nicht zuletzt auch auf Strauß und Konsorten. So hat z. B. E. Lemberg in seinem 1955 erschienenen Buch „Das Geschichtsbewußtsein der Sudetendeutschen“ den „bisherigen beschränkten Nationalismus bei der Einschätzung der deutschen Arbeiterbewegung in Böhmen“ verurteilt, und zwar deshalb, weil die bürgerliche Historiographie übersah, daß auch die Sozialdemokratie Interesse „für völkische Belange“ hatte.<sup>5</sup>

Man darf hoffen, daß bei einer Neuauflage bzw. Übersetzung dieser Arbeit in die deutsche Sprache das historiographische Kapitel um die nach 1955 erschienenen Publikationen erweitert wird und neben Lembergs Buch z. B. auch Theodor Schieders „Idee und Gestalt des übernationalen Staates seit dem 19. Jahrhundert“ in die kritische Analyse der vorliegenden Literatur einbezogen wird. Dem Autor sei auch empfohlen, den 1955 im Dietz Verlag, Berlin, erschienenen Sammelband W. I. Lenins „Zur nationalen Frage“ in das Literaturverzeichnis aufzunehmen.

Im 2. Kapitel, „Die sozialpolitischen Verhältnisse in Österreich und Böhmen in der Zeit der Entstehung der sozialistischen Arbeiterbewegung“, be-

müht sich der Autor, die Geschichte der Reichenberger Arbeiterbewegung in den gesamtstaatlichen Rahmen zu stellen. Er umreißt kurz die soziale Struktur Böhmens gegen Ende der sechziger Jahre und zeigt die Rolle der deutschen Bourgeoisie in diesem Lande sowie die Haltung der immer mehr erstarkenden tschechischen Bourgeoisie und der tschechischen nationalen Bewegung. Das 3. Kapitel, „Die Arbeiter im Reichenberger Industriegebiet“, konzentriert sich auf die Zustände in Nordböhmen. Diese beiden Kapitel bilden eine notwendige Einleitung, ohne die ein Verstehen des so komplizierten Prozesses der Herausbildung einer selbständigen revolutionären Arbeiterbewegung unter den besonderen sozialökonomischen, politischen und nicht zuletzt nationalen Verhältnissen nicht möglich ist.

Die ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse in einem besonderen Kapitel, das in der Regel der Arbeit vorangestellt wird, zu behandeln, ist bei marxistischen Arbeiten zur Selbstverständlichkeit geworden. Schwierig ist nur, diese unzweifelhaft notwendigen einleitenden Ausführungen mit der Darstellung der speziellen Thematik zu verbinden. Man kann K. bescheinigen, daß er eine wirklich organische, nicht „angeklebt“ wirkende Verbindung hergestellt hat. Dabei muß man betonen, daß es ihm gelungen ist, auf knapp 14 Seiten den Inhalt der Periode von 1848/49 bis 1867 zu charakterisieren, ohne dabei zu simplifizieren oder apodiktisch gehaltene Thesen zu bringen, die wegen ihrer Konzentriertheit nur dem verständlich sind, der die Problematik genauer kennt. K. mußte nicht nur zum Charakter der Revolution in Böhmen und Österreich Stellung nehmen, sondern auch die Niederlage der revolutionären Kräfte und die Periode der Herrschaft der Konterrevolution,

<sup>5</sup> Vgl. Othmar Feyl: Die böhmendeutsche Linke um den Reichenberger „Vorwärts“ und ihre Vorarbeit für die Entstehung der Kommunistischen Partei der CSR. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 1957/58, Heft 4, S. 551.



das Kabinett Schwarzenberg sowie den sogenannten Bach-Absolutismus analysieren und zu all den komplizierten Fragen und Problemen Stellung nehmen, an denen die fünfziger und sechziger Jahre nicht gerade arm sind. In seiner Rezension (S. 212) kritisiert Šindelář die von K. gegebene Einschätzung der Revolution von 1848/1849 als bürgerlich-demokratische, die er demgegenüber als eine „nicht vollendete bürgerliche Revolution“ charakterisiert. Da es sich hier um eine wichtige prinzipielle Frage handelt, kann die m. E. unrichtige Auffassung des tschechoslowakischen Rezensenten nicht unwidersprochen hingenommen werden. Selbstverständlich ist es nicht möglich, in einer kurzen Besprechung einen Standpunkt ausführlich darzulegen; ich möchte jedoch Š. zu bedenken geben, welche entscheidende Rolle die Massen in der Revolution spielten und daß das Proletariat, auf dem linken Flügel der kleinbürgerlichen Demokratie stehend, weit über bürgerlich-liberale Forderungen hinausging, wobei im Kommunistischen Manifest und in den 17 Forderungen des „Bundes der Kommunisten“ die Lebensinteressen der werktätigen Massen ihren klarsten Ausdruck fanden. Bei der Bestimmung des Charakters der Revolution kann man nicht allein vom Ergebnis ausgehen!

Dagegen muß man der von Š. gebrachten Kritik in bezug auf die Einschätzung der Ereignisse des Jahres 1867 zustimmen. Mit Recht fordert Š. eine Korrektur des in der Inhaltsangabe zum 2. Kapitel gebrachten Satzes, der von einer „Beendigung der Welle der bürgerlich-demokratischen Revolution in Österreich“ spricht (S. 30).

Für deutsche Leser ein wenig zu kursorisch behandelt K. die Grundfrage des deutschen Volkes in dieser Periode: die Herstellung der Einheit Deutschlands und die beiden Möglichkeiten, dieses Ziel entweder auf de-

mokratischem Wege oder unter Führung des preußischen Junkerstaates zu erreichen. In diesem Zusammenhang wäre es wünschenswert gewesen, etwas mehr über die Ereignisse des Jahres 1866 zu erfahren, über die Haltung der Bevölkerung Nordböhmens und der Arbeiterbewegung zu diesem „Bruderkrieg“ oder zu dem bekannten Manifest Bismarcks an die tschechische Bevölkerung.

Wenn Š. Details über den Sturz der Regierung Bach fordert, so kann man ihm nur zustimmen, ebenso wie seinen prinzipiellen Bemerkungen zur Einschätzung der Jungtschechen. Ergänzend sei noch ein näheres Eingehen auf die beiden großen Wirtschaftskrisen von 1857/59 und 1866/67 sowie deren Auswirkungen auf die Klassenstruktur und den Klassenkampf gefordert. Bekanntlich entstand zwischen diesen beiden Krisen in Deutschland zu Anfang der sechziger Jahre eine revolutionäre Situation, zu einer Zeit, als die industrielle Revolution Klarheit in den Klassenverhältnissen geschaffen und „eine wirkliche Bourgeoisie und ein wirkliches großindustrielles Proletariat erzeugt und in den Vordergrund der gesellschaftlichen Entwicklung gedrängt“<sup>6</sup> hatte.

Im 3. Kapitel bringt K. eine umfassende Analyse der Verhältnisse im Reichenberger Industriegebiet. So untersucht er z. B. die Entwicklung der Reichenberger Tuchindustrie vom zünftigen Handwerk zur modernen Großindustrie und stützt sich dabei nicht nur auf ältere Arbeiten bürgerlicher Historiker, sondern auch auf umfangreiches statistisches Material. In übersichtlichen Tabellen wird dem Leser ein plastisches Bild über die einzelnen Produktionszweige und die

<sup>6</sup> Karl Marx/Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I. Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 110.

Zahl der Beschäftigten vermittelt. Aufschlußreich sind die Untersuchungen K.s über die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung des Reichenberger Gebietes. Er widerlegt die Auffassung, daß es sich hier um eine rein deutsche Bevölkerung handelte. Mit Recht weist er auf die Besonderheit der Volkszählung vom 31. Dezember 1880 hin, die nicht die Nationalität, sondern die „Umgangssprache“ der Bevölkerung der statistischen Erhebung zugrunde legte. Die Kommissionen trugen jeden Einwohner als Deutschen in die Listen ein, der sich im Umgang mit anderen Personen der deutschen Sprache bediente, also auch Tschechen, die sich mit ihren Arbeitgebern oft nur in gebrochenem Deutsch verständigen konnten. So erklärt sich die Disproportion zwischen der amtlichen Statistik, die für die Stadt Reichenberg im Jahre 1880 lediglich 2488 Tschechen feststellt, und der Angabe tschechischer, aber auch deutscher Arbeiterzeitungen, die für das Ende der sechziger Jahre mehr als 5000 tschechische Einwohner Reichenbergs registrierten. Die industrielle Revolution, der K. einen besonderen Abschnitt innerhalb dieses Kapitels widmet, wobei er sich auf die Forschungsergebnisse von Purš<sup>7</sup> stützt, hatte zu einem Anwachsen der tschechischen Bevölkerung in Nordböhmen beigetragen und neue Probleme des sozialen und nationalen Kampfes aufgeworfen.

Der gemeinsame Kampf gegen die nationale Unterdrückung durch die herrschende deutsche Industriebourgeoisie vereinigte tschechische Kleinbürger und Arbeiter, und die Arbeiterbewegung mußte von allem An-

fang an der nationalen Frage, die durch die komplizierten Verhältnisse besonders schwer zu lösen war, Rechnung tragen. Das ständige Zusammenleben deutscher und tschechischer Arbeiter in einem Betrieb, der gemeinsame Kampf gegen die Ausbeuter, die — wie K. an Hand zahlreicher Beispiele nachweist — Hungerlöhne zahlten, die oft unter dem Existenzminimum lagen, und das gemeinsame Ziel der proletarischen Revolution bildeten die Grundlage für das Anwachsen des proletarischen Internationalismus. Das Reichenberger Gebiet wurde zum Vorbild für Böhmen, ja für ganz Österreich.

Mit den ersten Anfängen der sozialistischen Arbeiterbewegung im Reichenberger Gebiet vor dem Jahre 1867 sowie ihren Wurzeln beschäftigt sich das 4. Kapitel. Dieses Kapitel trägt einen — wie der Autor ausdrücklich vermerkt — „eher analytischen Charakter“ (S. 86). Man kann K. zustimmen, wenn er auf eine in sich geschlossene, breit angelegte Darstellung über die Entwicklung der Arbeiterbewegung bis zu diesem in der Geschichte des österreichischen Vielvölkerstaates so wichtigen Einschnitt verzichtet, um sich dafür auf die Untersuchung der Voraussetzungen zu konzentrieren, die zur Entstehung der sozialistischen Bewegung führten. Dabei geht K. von der theoretischen Verallgemeinerung aus, daß die sozialistische Arbeiterbewegung in Mitteleuropa aus der Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der spontan entstandenen Arbeiterbewegung hervorgegangen ist.

Unzweifelhaft bildet die Reichenberger Tuchknappenbruderschaft mit ihrer aus dem Jahre 1619 stammenden Zunftordnung, die u. a. auch die Höhe der Arbeitslöhne, die Länge der Arbeitszeit und die Arbeitsnormen festlegte, eine der Quellen der sich herausbildenden sozialistischen Arbei-

<sup>7</sup> Vgl. Jaroslav Purš: Einige theoretische Probleme der industriellen Revolution. In: Probleme der Ökonomie und Politik in den Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Berlin 1960, S. 85 ff.

terbewegung in Nordböhmen. Mit Recht stützt sich K. bei der Analyse dieser Organisation auf die prinzipiellen Ausführungen Franz Mehrings über die Bedeutung und Rolle der Handwerksgesellen, aus deren Reihen zahlreiche Führer der Arbeiterbewegung hervorgingen. Neben dieser Bruderschaft, die im 19. Jahrhundert immer mehr den Charakter eines Unterstützungsvereins annahm — das gleiche gilt auch von ähnlichen Gesellenverbänden —, entstanden im Verlaufe der industriellen Revolution Organisationen der Manufaktur- und Fabrikarbeiter, wie z. B. der „Verein der Cotton-Drucker und Formstecher“ oder der Glasarbeiterverein. Die von K. gebrachten interessanten Details über die Tätigkeit der zahlreichen Vorschuß- und Sparvereine sowie ähnlicher Organisationen enthalten nicht nur viel Neues und Wissenswertes, sondern geben auch wertvolle Anregungen für die Forschung bei uns. Die Autoren der entsprechenden Abschnitte in den Lehrbüchern für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes würden es dankbar begrüßen, wenn aus den wichtigen Zentren der deutschen Arbeiterbewegung ähnliche fundierte Forschungsergebnisse vorliegen würden.

K. charakterisiert die Teilnahme der Industriearbeiter an der bürgerlich-demokratischen Bewegung als einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Entfaltung des politischen Kampfes der Arbeiterklasse. Überaus aufschlußreich sind die von K. angeführten Beispiele über die Rolle der Arbeiterbildungsvereine, unter denen der „Industrielle Bildungsverein“, der auf Druck der Regierung diesen Namen annehmen mußte, eine wichtige Rolle spielte. In einer anschaulichen Tabelle hat der Vf. die in den Jahren von 1863 bis 1873 in diesem Verein gehaltenen Vorträge auf die einzelnen Wissens-

gebiete aufgeschlüsselt und auch die inhaltliche Seite kurz charakterisiert. Bemerkenswert erscheint, daß auch Vorträge über den Darwinismus gehalten wurden, die wahrscheinlich von den Arbeitern bzw. Gesellen besucht wurden, die sich zum „Ketzer-Verein“ zusammengeschlossen hatten, um den Kampf gegen den in Österreich allmächtigen Klerikalismus — eine der Säulen der schwarzgelben Reaktion — zu führen.

Einen relativ breiten Raum nimmt in diesem Kapitel die Streikbewegung ein. Sie wird nicht als ein in sich geschlossener chronologisch begrenzter Komplex behandelt, sondern findet sich eingestreut in die Ausführungen über die Struktur der Arbeiterklasse des Reichenberger Gebietes und in die Darstellung über die Bemühungen der Arbeiter der einzelnen Industriezweige um ihren organisatorischen Zusammenschluß. Sicher kam es dem Vf. nicht darauf an, die einzelnen Streiks in genauer Reihenfolge zu schildern, was unzweifelhaft den Rahmen dieses Buches gesprengt hätte, und Aufgabe einer besonderen monographischen Studie sein müßte. Dankbar wäre der Leser aber, wenn er z. B. einige Details über den Streik im Herbst des Jahres 1851 in Reichenberg und Dörfel, in Wernstedt im Mai des folgenden Jahres, über die drei Lohnkämpfe in den Jahren 1854 bis 1864 in Verbindung mit großen Massenaaktionen in der Reichenberger Umgebung und in Böhmischem-Leipa erfahren hätte. Dies wäre nicht zuletzt deshalb von Nutzen gewesen, weil auch E. Strauß und J. Deutsch über diese Streikbewegung berichten und mehr dem entgegen gern eine marxistische Einschätzung dieser Kämpfe gelesen hätte.

Kapitel 5 behandelt den Kampf um die Trennung der Arbeiterbewegung im Reichenberger Gebiet von der liberalen Bourgeoisie in den Jahren 1867



bis 1870. Die Gründung des ersten sozialdemokratischen „Allgemeinen Arbeitervereins“ in Reichenberg am 19. Juli 1869, der bereits nach wenigen Monaten 1445 Mitglieder zählte, bildet einen Schwerpunkt dieses Kapitels. Die große Reichenberger Arbeiterdemonstration im Januar 1870 anlässlich des Besuches und der Verhaftung des Wiener Arbeiterführers Andreas Scheu wird mit Recht als ein Ausdruck des zunehmenden politischen Kampfes der Reichenberger Arbeiter um die bereits errungenen bürgerlich-demokratischen Freiheiten gewertet. Die engen Beziehungen zwischen Reichenberg und dem benachbarten Sachsen haben entscheidend mit zum Aufschwung der sozialistischen Arbeiterbewegung Nordböhmens beigetragen.

Höhepunkt des 6. Kapitels bildet die ausführliche, sehr interessante Darstellung des großen gemeinsamen Meetings deutscher und tschechischer Arbeiter auf dem Jeschkenberg im August 1870. Die Bedeutung dieses Ereignisses, das unzweifelhaft einen Höhepunkt der deutsch-tschechischen Beziehungen im 19. Jahrhundert darstellt, ausführlich zu würdigen, müßte Gegenstand eines besonderen Artikels sein. Es ist ein Musterbeispiel für die dem proletarischen Internationalismus entsprechende Haltung der Arbeiterklasse zur nationalen Frage.

Mit der organisatorischen und ideologischen Festigung der Arbeiterbewegung zu Beginn der siebziger Jahre beschäftigt sich Kapitel 7. Der Autor würdigt die Leistungen der Pioniere des Sozialismus im Reichenberger Gebiet, Josef Schiller, Hugo Schmidt, Anton Fledl, Josef Hannich u. a., und erwähnt die Gründung von mehr als 30 Arbeitervereinen, von denen sich die meisten zur Sozialdemokratie bekannten. In Gewerkschafts-, Arbeiterbildungs-, Lesevereinen wurden sozialdemokratische

Zeitungen und Broschüren, welche teils aus Sachsen, teils aus Wien kamen, studiert und Arbeiterlieder gesungen. Im Faksimile bringt K. das Titelblatt eines Liederbuches von Johann Most, das im Reichenberger Gebiet weit verbreitet war. Es handelt sich um die in der Genossenschaftsdruckerei in Chemnitz gedruckten „Sechs Proletarier-Lieder, gewidmet den Arbeitern Österreichs“. Ausführlich befaßt sich der Vf. — und wir möchten das als beispielgebend hervorheben — mit der Arbeiterdichtung und deren Bedeutung für die Bewegung. Etwas ausführlicher wünscht man sich die Darstellung des Widerstands der Pariser Kommune in Nordböhmen.

Dem Aufschwung der Streikbewegung im Reichenberger Gebiet in den Jahren 1871 bis 1872 ist Kapitel 8 gewidmet. Einen Höhepunkt bildet dabei der Streik der Streichgarnspinnereiarbeiter in Katharinenberg, der sich von den vorausgegangenen Bewegungen durch Umfang und Dauer unterscheidet. Mit Recht sieht K. die Ursache dafür in dem Anwachsen des Klassenbewußtseins der Arbeiter und der Führung der Streikbewegung durch die sozialdemokratischen Arbeitervereine. An Hand zahlreicher Beispiele erläutert der Vf. den Aufschwung der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Nachdem K. bereits im 5. Kapitel den Einfluß des Eisenacher Parteitages dargelegt und in den folgenden Kapiteln immer wieder auf die Beziehungen zwischen der marxistischen Arbeiterpartei in Deutschland und dem Reichenberger Gebiet hingewiesen hat, behandelt er im 9. Kapitel den Anteil der Reichenberger Arbeiterbewegung an der Bildung der revolutionären Arbeiterpartei in Österreich. An Hand bisher noch nicht bekannten Materials weist K. überzeugend den Anteil des bewußten und

disziplinierten Kerns der Reichenberger Arbeiterbewegung an den Vorbereitungen zum Gründungsparteitag nach. Besondere Verdienste erwarb sich Josef Schiller, der zum stellvertretenden Vorsitzenden gemeinsam mit J. B. Pecka auf dem Neudörfeler Parteitag gewählt wurde. Von den 49 Orten, die auf dem Parteitag mit 74 Delegierten aus ganz Österreich vertreten waren, entfielen 22 auf die böhmischen Länder; das Reichenberger Gebiet war mit 7 Delegierten vertreten, worin sich bereits zahlenmäßig der bedeutende Anteil ausdrückt.

Eine Zusammenfassung — auch in deutscher Sprache — beschließt diese Arbeit, die ebenfalls ein Personenregister sowie ein Namens- und Ortsverzeichnis besitzt. Interesse werden auch die Bildbeilagen finden und die übersichtliche Karte mit ihren Erklärungen.

Eine zusammenfassende Einschätzung dieser verdienstvollen Arbeit könnte nicht besser gegeben werden als mit den Worten des Begründers der Deutschen Abteilung der KPČ im Jahre 1921, der selbst aus den Reihen jener sozialistischen Arbeiterbewegung hervorging, die K. in seinem Buch so treffend würdigte. Karl Kreibich nennt K. den „besten Kenner der Geschichte der Reichenberger Arbeiterbewegung“ und hebt anerkennend hervor, daß das Buch nicht nur wissenschaftlich auf der Höhe und „nicht nur lebendig und interessant, sondern auch mit Liebe, mit Verständnis für die Menschen geschrieben ist, deren Geschichte es gibt. Kofalka ist auch darin Kommunist, daß er hinter allem, wovon er schreibt, stets die Menschen sieht. Nur wer die Menschen liebt, kann ihre Geschichte schreiben und sollte sie schreiben dürfen.“<sup>8</sup> Kann sich ein Autor ein schöne-

res und besseres Zeugnis wünschen als diese einfachen und schlichten Worte eines Menschen, der zeit seines Lebens in der vordersten Front des revolutionären Kampfes stand und an seinem Lebensabend den Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung heranreifen sieht? Wir wollen nur wünschen, daß uns der Vf. dieses ausgezeichneten Buches, der bereits in zahlreichen Artikeln zu den Beziehungen zwischen der deutschen und tschechoslowakischen Arbeiterbewegung in hervorragender Weise Stellung genommen hat, recht bald ein neues Werk schenkt, das zu einer weiteren Vertiefung der Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der ČSSR beitragen wird. Zu hoffen bleibt, daß diese wertvolle Arbeit nun endlich bald in deutscher Sprache erscheint, denn die über diese Arbeit in tschechischer und deutscher Sprache erschienenen Rezensionen haben das hohe politisch-ideologische Niveau und die Wissenschaftlichkeit dieses Buches übereinstimmend hervorgehoben und eine Übersetzung dringend empfohlen.

R. F. Schmiedt

**Werner Berthold:** „...großhungern und gehorchen.“ Zur Entstehung und politischen Funktion der Geschichtsideologie des westdeutschen Imperialismus, untersucht am Beispiel von Gerhard Ritter und Friedrich Meinecke. Schriftenreihe des Instituts für deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig, hrsg. von Prof. Dr. Ernst Engelberg, Bd. 7, Rütten & Loening, Berlin 1960, 263 S.

Dieses Buch von Werner Berthold ist eine bemerkenswerte Erscheinung unserer neuesten historischen Litera-

<sup>8</sup> Aufbau und Frieden (Prag), 27. Mai-17. Juni 1957.

tur; deshalb darf das Buch — auch wenn Fragen der Geschichte der Arbeiterbewegung nicht unmittelbar in ihm behandelt werden — auch die Aufmerksamkeit der Leser der „Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ beanspruchen. B. hat sich zur Aufgabe gestellt, „die Haupt- richtung der gegenwärtigen westdeutschen Geschichtsideologie und ihre Entstehung“ zunächst vornehmlich an Hand der „über ein halbes Jahrhundert ausgedehnten historiographischen, politischen, geschichts- und staatsphilosophischen Publikationen“ Gerhard Ritters zu untersuchen (S. 15)<sup>1</sup>. Ritter kann als Prototyp für diese Richtung der gegenwärtigen westdeutschen Geschichtsideologie betrachtet werden: Pfarrerssohn und selbst Dr. h. c. der Theologie, der „in religiösen Kategorien politisch denkt und in politischen Kategorien religiös glaubt“ (S. 28), wurde der akademische Schüler Hermann Onckens zunächst Oberlehrer im Wilhelminischen Deutschland, dann Unteroffizier im ersten Weltkrieg und 1925 Universitätsprofessor in Freiburg. In den folgenden Jahrzehnten hat Gerhard Ritter — wie Heinz Heit- zer richtig in seiner Besprechung von „... großhungen und gehorchen“ be- merkt — fast immer gewußt, „was die- jenigen Repräsentanten seiner Klasse, die jeweils die Kommandohöhen der Wirtschaft und des Staates innehatten, brauchten. Er wußte es manchmal so- gar früher und besser als diese selbst.“<sup>2</sup> In den Jahren der Weimarer Republik Gegner jener imperialistischen Taktik einer „Verständigungspolitik“, wie sie etwa Friedrich Meinecke in seinen historischen Arbeiten vertrat<sup>3</sup>, dienten Ritters Bücher über Luther, Fried- rich II. und Stein der Propagierung einer neuen Weltmachtstellung für

den deutschen imperialistischen Staat. Aus dieser nationalistischen Haltung heraus, in der B. durchaus richtig den Kern der Ritterschen Geschichtsauffas- sung erblickt, ergibt sich auch seine Stellung zum deutschen Faschismus. Ritter wurde bekanntlich, da er mit dem Kreis Carl Goerdelers in Verbin- dung stand, 1944 zeitweilig inhaftiert. So sehr auch grundsätzlich jeder, der von den faschistischen Verbrechern drangsaliert wurde, unsere Sympathie beanspruchen darf — für die politische und historische Beurteilung ist ent- scheidend, welche Grundlagen und welche Konsequenzen die Gegen- schaft gegen die faschistische Barbarei hatte. Ritter war „mit der faschisti- schen Regierungspolitik hinsichtlich ihres imperialistisch-aggressiven Grundgehaltes vollkommen einver- standen, da sie ihm als eine Realisie- rung seiner eigenen, in der Weimarer Republik entwickelten Lieblingsideen erscheinen mußte. Er wünscht ihr nur eine stärkere Dosis preußisch-frideri- zianisch-bismarckscher Staatsräson bei- zumengen. Er möchte an der Spitze und im Apparat des ‚Dritten Reiches‘ einige kühlere Köpfe. Personalpolitisch läuft das auf die Forderung eines stär- keren Einflusses für die Vertreter so- genannter altpreußischer Tradition, für die Junker, die Berufsbeamten und -militärs, hinaus“ (S. 79).

Klüger als andere Vertreter des deut- schen Imperialismus, leitete er schon 1943 eine taktische Wendung ein, die nicht antiimperialistisch war, sondern im Gegenteil den herrschenden Klas- sen den Weg zu ihrer Rettung weisen

<sup>3</sup> Die „Verständigungspolitik“, die ins- besondere während der Periode der rela- tiven Stabilisierung des Kapitalismus von Teilen der deutschen Bourgeoisie propa- giert wurde, bezweckte, durch einen zeit- weiligen Verzicht auf weitgespannte Rü- stungs- und Aggressionspläne die Gleich- berechtigung des deutschen Imperialis- mus mit den westlichen Großmächten zu erreichen und so seine spätere Expansion vorzubereiten.

<sup>1</sup> Alle Seitenangaben ohne nähere Be- zeichnung beziehen sich auf das vorlie- gende Buch.

<sup>2</sup> Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1961, Heft 1, S. 211/212.



sollte und sie — wie das Wiederaufleben des Militarismus und Imperialismus in Westdeutschland beweist — ja denn auch tatsächlich, wenigstens zeitweilig, gewiesen hat. Ähnlich wie Meinecke (der übrigens im Gegensatz zu den Ankündigungen des Titels des Buches recht summarisch behandelt wird) 20 Jahre früher eine Verständigung des deutschen Imperialismus mit den Westmächten propagierte, setzt sich jetzt auch Ritter für ein anti-sowjetisches Bündnis mit den westlichen Imperialisten ein. B. weist überzeugend nach, daß Gerhard Ritter dieses Bündnis freilich nur um den Preis eingehen will, daß dem deutschen Imperialismus mindestens die ideologische Vorherrschaft in der NATO zugewiesen wird. In diesem Zusammenhang setzt er sich entschieden mit dem Buch Ritters über Goerdeler auseinander — ein Buch, in dem wir den „grotesken Fall vor uns haben, daß eine Widerstandsbewegung gegen Hitler von einem ihrer Angehörigen so dargestellt wird, daß für sie ihr Antikommunismus und ihre Feindschaft gegenüber der Sowjetunion viel charakteristischer und wesentlicher erscheinen als ihre Gegnerschaft zu Hitler“ (S. 213). B. prangert besonders die Ausfälle gegen die Widerstandsgruppe der „Roten Kapelle“ an, mit denen Ritter sich geradezu mit den Faschisten solidarisiert und die offenbar zur Vorbereitung des Verbots der KPD in Westdeutschland beitragen sollten.

Der Entwicklungsweg Ritters wird vom Vf. parteilich, überzeugend und im allgemeinen auf hohem theoretischem Niveau nachgezeichnet. Damit wird ein Genre der historischen Literatur erneuert, das in den progressiven Zeiten der bürgerlichen Geschichtsschreibung eine wesentliche Rolle gespielt hat: Die wissenschaftliche Streitschrift, die eine ganze Strömung zu treffen weiß, in dem sie sich mit einem ihrer Repräsentanten auseinandersetzt, und

die gleichzeitig der Mehrung der Erkenntnis dient. Es darf besonders hervorgehoben werden, daß der Vf. über gründliche Kenntnisse des historischen Materialismus und der Philosophiegeschichte verfügt und von diesen Kenntnissen den richtigen Gebrauch zu machen weiß (so in seinen Ausführungen über das Verhältnis von Christentum und Politik, S. 19 ff., und über das Problem von Macht und Geist, S. 38 ff.).

B. hat sich auch der Mühe unterzogen, die einzelnen Auflagen einiger Hauptwerke Ritters miteinander zu vergleichen und ist dabei zu Ergebnissen gelangt, die ihrer prinzipiellen Bedeutung halber die besondere Aufmerksamkeit des Lesers verdienen. Er zeigt (S. 93 ff.), welche Wandlungen das Urteil Ritters über Machiavelli in den verschiedenen Auflagen von „Machtstaat und Utopie“ durchgemacht hat. Während er 1940 in Verbindung mit dem italienischen Faschismus gefeiert wird, wird in den Auflagen von 1941 und 1943 das Lob gemildert und 1947 in eine Entwertung des Staatsdenkers als „Vorläufer des modernen Militarismus“ verwandelt. Von unvergleichlichem Pharisäismus ist aber vor allem jene Veränderung, die Ritter 1947 mit einem Satz vornahm, der im gleichen Buch 1940 besagte, der „Isolationsschutz“ Englands sei „zu Ende“. Sieben Jahre später setzt Ritter an die Stelle dieser Feststellung den Satz: „Was ist damals (während des Luftkrieges gegen England — W. B.) nicht alles auf deutscher Seite geredet und geschrieben worden, um das Ende der insularen Sonderstellung Englands zu verkünden — und nicht nur von Zeitungsleuten, sondern auch von gelehrten Publizisten und Historikern . . .“ (S. 101 ff.).

Noch eines sei an der Arbeit B.s als besonders bemerkenswert hervorgehoben. Der Vf. bemüht sich, eine schematische Gegenüberstellung zu ver-

neiden, nach der nur entschiedene Sozialisten gegen den Imperialismus und für den Frieden auftreten könnten. Wenn er deshalb z. B. den großen bürgerlich-demokratischen Schriftsteller Thomas Mann des öfteren heranzieht, um mit dessen Urteil die reaktionären Kreise der deutschen Bourgeoisie zu treffen, so ist dies nicht nur ein Stilmittel, sondern entspricht richtiger inhaltlich-politischer Einsicht. In dieser Hinsicht hätte freilich manches breiter ausgearbeitet werden können (S. 35 f. wird die „Vorliebe für eine intensive Beschäftigung mit zurückliegenden Geschichtsperioden“ zu summarisch als „Versuch, der eigenen Zeit . . . auszuweichen“ abgeurteilt, und S. 59 f. hätte die Frage der Stellungnahme deutscher Gesellschaftswissenschaftler zur republikanischen Staatsform differenzierter behandelt werden können). Dieser Einwand gilt besonders für B.s Beurteilung des deutschen Historismus<sup>4</sup>, der an mehreren Stellen (S. 10 ff., S. 39 f., S. 167 ff.) schlankweg als reaktionäre Erscheinung kritisiert wird. Rezensent sieht eine positive Leistung des Historismus in der Einsicht, daß nicht alles zu allen Zeiten möglich ist, daß insbesondere die historische Erkenntnis selbst im historischen Prozeß entsteht und insofern die Geschichtswissenschaft ein Produkt der geschichtlichen Entwicklung ist. Darin liegen Elemente echter Erkenntnis, die — auf einer qualitativ neuen wissenschaftlichen Stufe und auf der Grundlage der Parteilichkeit für die Sache der Arbeiterklasse — im historischen Materialismus bewahrt und aufgehoben worden sind. Es wäre

<sup>4</sup> Unter „Historismus“ verstehen wir die aus Aufklärung und Klassik hervorgegangene Ansicht, daß die historischen Erscheinungen einer Epoche miteinander zusammenhängen und die Geschichtswissenschaft die einzelnen Erscheinungen aus diesem Zusammenhang — als dessen wesentliches Element freilich idealistisch der Geist der betreffenden Epoche betrachtet wurde — zu greifen habe.

kleinlich, über solchen Diskussionsfragen die entscheidenden Vorzüge der Arbeit, die von ebenso großem wissenschaftlichem wie politischem Wert ist und ein ganzes, zu Unrecht vernachlässigtes Genre eröffnen kann, zu übersehen.

Joachim Streisand

Walter Sieger: *Das erste Jahrzehnt der deutschen Arbeiterjugendbewegung 1904–1914*. Schriftenreihe des Instituts für deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig, hrsg. von Prof. Dr. E. Engelberg, Bd. 4, Verlag Rütten & Loening, Berlin 1958, 219 S.

Die Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung kann nur in ihrer lebendigen Verbundenheit mit der Geschichte der gesamten proletarischen Bewegung in Deutschland untersucht und verstanden werden. Das wird besonders klar, wenn man Walter Siegers Geschichte des ersten Jahrzehnts der deutschen Arbeiterjugendbewegung liest, mit der er einen wertvollen Beitrag zu der noch ausstehenden Gesamtdarstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gab.

Die wissenschaftliche Literatur über die Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung ist insgesamt gesehen noch sehr gering. Von den früheren Erscheinungen muß als erste gelungene Arbeit das Buch von Richard Schüller<sup>1</sup> angeführt werden. Der Autor wirkte seit 1919 in der Leitung der Kommunistischen Jugendinternationale und war wie kein anderer berufen, die Entwicklung und Kämpfe der

<sup>1</sup> Richard Schüller: *Von den Anfängen der proletarischen Jugendbewegung bis zur Gründung der KJI*, Bd. 1 der Geschichte der KJI, Berlin 1931.

internationalen Arbeiterjugendbewegung seit der Jahrhundertwende, die auf jeder Seite seines Buches lebendig werden, darzustellen. Dieses Buch ist eine wertvolle Hilfe für die Historiographie der internationalen und deutschen Arbeiterjugendbewegung. S. ist es noch nicht ganz geglückt, die vielen Anregungen dieses Buches vollständig auszuwerten.

Von Seiten der rechten sozialdemokratischen Parteiführung hatte Karl Korn ein Buch über die Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung geschrieben.<sup>2</sup> Korn war viele Jahre Redakteur der Zeitschrift „Arbeiter-Jugend“, die von der 1908 geschaffenen Zentralstelle für die arbeitende Jugend beim Parteivorstand herausgegeben wurde. Der Leiter der „Zentralstelle“ war Friedrich Ebert. Der von Ebert engagierte Karl Korn war frühzeitig ins Lager der Opportunisten übergegangen, und ab 1914 beteiligte er sich eifrig an der Bekämpfung sowie Difamierung revolutionärer jugendlicher Kriegsgegner. S. weist nach, besonders überzeugend im Schlußteil seiner Arbeit, daß Korns umfangreiche „Einführung“ in die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung eine einseitige Apologetik der opportunistischen Beeinflussung und Gängelei der Arbeiterjugendorganisationen durch die reformistischen Spitzen der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften ist.

Seit 1945 sind bei uns einige Sammelbände, vorwiegend Materialzusammenstellungen zur Geschichte der proletarischen Jugendbewegung erschienen.<sup>3</sup> Für den Historiker sind diese

Editionen besonders wertvoll, auch S. griff darauf zurück, nur hätte das ausführlicher geschehen können. Beispielsweise ist Helmut Lehmanns Bericht über die Gründung des Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter in Berlin unbeachtet geblieben.

Weiterhin gibt es einige kürzere Darstellungen, die speziell vom antimilitaristischen Kampf der deutschen Arbeiterjugendbewegung berichten.<sup>4</sup> Ein beachtenswerter Beitrag zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterjugendbewegung in Deutschland erschien kürzlich mit Erich Schumanns Buch: Wir gingen mit Karl Liebknecht.

Arbeiterjugendbewegung, Berlin 1954 (enthält Beiträge von Erich Honecker, Rudolf Lindau, Helmut Lehmann, Paul Schwenk u. a.). Auf der Grundlage dieses Buches erschien 1959 eine gründlich überarbeitete Neuauflage des Bandes. Im Gegensatz zu der Ausgabe von 1954, in der auch Dokumente, Briefe, Reden und Artikel abgedruckt wurden, enthält dieser Band ausschließlich Erinnerungen ehemaliger Mitglieder und Funktionäre der deutschen Arbeiterjugendorganisationen. Vgl. die Rezension dieses Bandes in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1960, Heft 4, S. 870 ff.

<sup>4</sup> Manfred Uhlemann: Unter dem Banner Karl Liebknechts, Berlin 1954. — Eduard Ullmann: 50 Jahre Kampf der deutschen Arbeiterjugend gegen Imperialismus und Krieg, Leipzig/Jena 1955. — Unbedingt zu erwähnen ist ferner das 1958 erschienene dokumentarisch wertvolle und mit seltenen Fotografien versehene Heft 1 der Beiträge zur Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung, in dem von Rolf Otte der Kampf der Dresdner Arbeiterjugend von 1906–1918 untersucht wird. In diesem Zusammenhang muß auch das 1958 in Berlin erschienene Buch von Fritz Globig: „... aber verbunden sind wir mächtig“, erwähnt werden. Erlebnissnah wird aus der Geschichte der Arbeiterjugendbewegung und über Karl Liebknecht berichtet. Globig schildert aus eigenem Erleben die Entstehung der Arbeiterjugendbewegung und wie sie geführt wurde. Sein Buch ist auch für Historiker sehr aufschlußreich.

<sup>2</sup> Karl Korn: Die Arbeiterjugendbewegung. Einführung in ihre Geschichte, Teil I–III, Berlin 1922–1924.

<sup>3</sup> Zur Geschichte der Arbeiterjugendbewegung in Deutschland. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1904–1914, Berlin 1956. — Deutschlands junge Garde. 50 Jahre Ar-



Erlebnisse aus der Arbeiterjugendbewegung 1908 bis 1918, Berlin 1960.<sup>5</sup>

S. legte nun die erste, gut fundierte marxistische Darstellung der Geschichte der Anfangsperiode der deutschen Arbeiterjugendbewegung vor. Seiner Arbeit liegt eine klare marxistisch-leninistische Einschätzung der klassenmäßigen Lage Deutschlands vor 1914 zugrunde. S. hat sich schon seit Jahren als Historiker der deutschen Arbeiterjugendbewegung ausgewiesen. So schrieb er in Heft 1/1956 der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft über Fragen der Geschichte des Verbandes junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Sitz Mannheim). Zwei Jahre danach erschien aus seiner Feder ein populär geschriebener Abriss über die Geschichte des Kampfes der Arbeiterjugend gegen den ersten Weltkrieg.<sup>6</sup> Dieses Buch, das besonders für Jugendliche geschrieben wurde, bietet aber auch Lehrern, Jugendfunktionären, Studenten, Propagandisten und Historikern wertvolles Material für ihre Arbeit.

Mit dem hier zu besprechenden Buch hat S. eine gute und gelungene Arbeit vorgelegt. Sie ist gut fundiert, es wurden u. a. wichtige Archivmaterialien ausgewertet. Auf einer Unterlassung hat aber bereits Erich Wiesner<sup>7</sup> hingewiesen: Ehemalige Angehörige der Arbeiterjugendbewegung, die teils heute noch aktiv unter uns tätig sind, wurden nicht über ihre Erinnerungen, Erfahrungen und Kenntnisse aus dem Kampf in ihrer Jugendzeit befragt. Dabei haben diese Funktionäre viel zu berichten, und es ist ebenso nützlich wie ehrenvoll, diese

Aussagen mit geschichtswissenschaftlicher Kenntnis aufzuspüren und aufzuschreiben.

Im ersten Teil der Arbeit, der die Lage der Arbeiterjugend im Imperialismus behandelt, wird vor allem die schrankenlose Ausbeutung der Lehrlinge in den Handwerksbetrieben angeprangert, während leider nur wenig Tatsachen über die Lage der Jugend in den Großbetrieben gebracht werden. Mit einer ausführlichen Untersuchung der Lage der jugendlichen Arbeiter in den Großbetrieben, die Rolle der Lehrwerkstätten, der Werkschulen und der Lehrlingsheime beispielsweise, hätte die Verschlechterung der Lage der Arbeiterjugend noch umfassender gezeigt werden können. „Auf ihr lastete ein doppeltes Joch der Ausbeutung, als Arbeiterjugend und als Jugend der Arbeiterklasse“ (S. 21)<sup>8</sup>, schätzt S. richtig ein. Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes von Arbeiterbewegung und Arbeiterjugend.

Die geschichtliche Entwicklung der deutschen Arbeiterjugendbewegung war stets aufs engste mit dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung verknüpft. Fast gleichzeitig mit der Entstehung einer selbständigen Jugendorganisation begann in der deutschen Sozialdemokratie sichtbar eine linke Strömung hervorzutreten. Sie war Ausdruck der revolutionären Bestrebungen in der deutschen Arbeiterklasse und fand sich vor allem im Kampf gegen die opportunistischen Erscheinungen in der deutschen Sozialdemokratie zusammen. Für eine Geschichte der Arbeiterjugendbewegung ist daher Klarheit über die Entwicklung und den Kampf der deutschen Linken allererste Voraussetzung. Daraus ergibt sich ferner die Aufgabe, auch das Treiben der Revisionisten in der Jugendfrage durchgehend zu ent-

<sup>5</sup> Vgl. die Rezension dieses Buches in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1961, Heft 2, S. 463 ff.

<sup>6</sup> Walter Sieger: Die junge Front. Die revolutionäre Arbeiterjugend im Kampf gegen den ersten Weltkrieg, Berlin 1958.

<sup>7</sup> Erich Wiesner: Gedanken zu dem Buch „Das erste Jahrzehnt der Arbeiterjugendbewegung 1904–1914“. In: Neuer Weg, 1958, Heft 21, S. 1597.

<sup>8</sup> Alle Seitenangaben ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

larven. Man kann S. bestätigen, daß er diesen Aufgaben gerecht geworden ist, wenn man sich auch eine allseitige Analyse des programmatischen Zeitungsartikels von Dr. Broh (S. 38) gewünscht hätte. Zwar konnten die in diesem Artikel enthaltenen opportunistischen Auffassungen damals noch keine maßgebliche Rolle spielen, denn es gab noch keine selbständige Jugendbewegung. Die frühen opportunistischen Auffassungen in der Jugendfrage sind aber für ein umfassendes Verständnis der nachfolgenden Entwicklung der Arbeiterjugendbewegung recht aufschlußreich. Die deutsche Arbeiterjugend ging in der Entwicklung ihrer Klassenorganisation von Anfang an weiter, als es den Opportunisten in den Parteiorganisationen lieb war.

In der kurzen Darstellung der Stellung Karl Liebknechts und Clara Zetkins in der deutschen Arbeiterjugendbewegung konfrontiert der Vf. Karl Liebknecht mit Ludwig Frank. Diese Gegenüberstellung ist teilweise ungeschickt, weil die subjektive Einstellung Franks zu sehr in den Vordergrund gestellt wird und auch der Wertung zugrunde liegt. Überhaupt befindet sich in diesem kurzen Abschnitt manche Ungenauigkeit. So ist auch Franks Gesamteinschätzung unklar. Es heißt dort: „Franks Einstellung ist als die eines konsequenten bürgerlichen Demokraten zu bezeichnen, der aus dieser Einstellung heraus auch den deutschen Militarismus haßte und ihn bekämpfte, aber doch nur so, wie alle Welt ihn haßte und verachtete. Schließlich hat Frank die historische Aufgabe der Arbeiterklasse, Eroberung der politischen Macht, noch nicht begriffen. Es ging ihm um die volle Gleichberechtigung des deutschen Arbeiters, nicht um seine Herrschaft“ (S. 108). Frank war ein leitender Funktionär der deutschen Sozialdemokratie. Die „Einstellung . . . eines konsequenten bürgerlichen Demokraten“,

wenn man ihn überhaupt so bezeichnen kann, konnte *außerhalb* der Sozialdemokratie ohne Zweifel progressiv sein. *Innerhalb* der Partei August Bebel's war eine solche Haltung aber inkonsequent, falsch und schädigend. Anders ausgedrückt heißt das, man muß Ludwig Frank vom Standpunkt der Arbeiterbewegung aus einschätzen, und dann war er eben ein Opportunist.

Im Jahre 1912 sprach Wilhelm Pieck in einer Berliner Versammlung energisch gegen den „verknöcherten Bürokratismus“<sup>9</sup> in der Partei. Die dort angeprangerte Situation in der deutschen Sozialdemokratie hätte m. E. bei der Analyse der „Bewegung der Achtzehnjährigen“ stärker berücksichtigt werden müssen. Aus der damaligen Situation der Arbeiterjugendbewegung, aus der Unzufriedenheit der Achtzehnjährigen schlußfolgert S., daß sich „das Erziehungssystem der Sozialdemokratie in einer ersten Krise befand“ (S. 184). Er macht darüber beachtenswerte Angaben, seine Ausführungen zeigen klar, wie bereits 1914 breite Teile der Arbeiterjugend die Politik der Zentralstelle ablehnten. Es kann aber nicht befriedigen, wenn S. hierbei seine Untersuchung fast nur unter dem Gesichtspunkt der Erziehungspolitik der deutschen Sozialdemokratie betreibt, anstatt die gesamte politische Situation der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu analysieren und davon ausgehend die politische Entwicklung der Arbeiterjugendbewegung einzuschätzen. Die „Krise“ innerhalb der Arbeiterjugendbewegung ist eine Teilerscheinung der Gesamtkrise, in der sich die deutsche Sozialdemokratie seit 1910 befand. Die Konzeption von der „Krise in der Arbeiterjugendbewegung“ erscheint daher zu eng, sie betrachtet die Arbeiterjugendbewegung als zu sehr iso-

<sup>9</sup> Wilhelm Pieck: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 294.

diert. Die Jugendopposition hätte ein beachtlicher Teil der Basis der Linken werden können, wenn die Linken — besonders nach dem offenen Hervortreten des Zentrismus seit 1910 — endlich Schritte zur ideologischen und organisatorischen Sammlung unternommen hätten. Dem Autor ist zuzustimmen, wenn er die Meinung vertritt, die Darstellung der Krise in der proletarischen Jugendbewegung Deutschlands vor 1914 sei darum wichtig, „weil in der Vergangenheit versucht wurde . . . die Spaltung der Jugend in verschiedene Organisationen als das Endergebnis der Hetzerei von ‚Spartakisten‘ darzustellen“ (S. 189).

Verdienstvoll ist S.s Schlußteil der Arbeit, worin er beweist, daß die 1918 entstandene „Freie Sozialistische Jugend“ die Fortsetzerin und geschichtliche Erbin der besten Traditionen der deutschen proletarischen Jugendbewegung bis 1914 war. Karl Liebknecht schrieb u. a. über diese Jugend: „Wo immer sich der revolutionäre Kampfgeist des deutschen Proletariats regte, . . . allenthalben stand die Freie Jugend mit an der Spitze oder eilte den Erwachsenen voran . . . Die Freie Jugend . . . blieb unverzagt und spottete der Feinde. Die revolutionäre Jugend des Proletariats, sie war die heißeste, die reinste Flamme der bisherigen deutschen Revolution; sie wird die glühendste, heiligste, unlöschbare Flamme der neuen Revolution sein. Sie da kommen muß und wird: der sozialen Revolution des deutschen, des Weltproletariats.“<sup>10</sup>

<sup>10</sup> Karl Liebknecht: Die proletarische Jugend in der Revolution (1918). In: Unter dem Banner der 3. Internationale. (19 Jahre KJL), Berlin o. J., S. 79 ff.

Ohne zu übertreiben kann man nach der Lektüre von S.s Buch zusammenfassend sagen: Dieses Buch ist eine beachtens- und lesenswerte Geschichte des ersten Jahrzehnts der deutschen Arbeiterjugendbewegung.<sup>11</sup> Es ist nicht nur für Historiker, sondern für alle jungen Menschen interessant und nützlich, denn die Geschichte des revolutionären Kampfes der deutschen Arbeiterjugend besitzt große politische Bedeutung und Aktualität. Die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterjugend, ihr ideologisches und organisatorisches Ringen um eine machtvolle Organisation, ihr heroischer Kampf gegen die deutschen Militaristen und ihr Streben nach dem Sieg des Sozialismus — all das gehört mit zum Fundament des Kampfes unserer sozialistischen Jugendbewegung, der Freien Deutschen Jugend.

Karl Köstler

<sup>11</sup> Einige Ungenauigkeiten sind bei einer hoffentlich bald notwendigen Neuauflage noch auszumerzen. So fand die erste Generalversammlung des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands bereits am 30. September und nicht am 30. Oktober 1906 statt (S. 53). Karl Liebknechts weltgeschichtliches „Nein!“ erklang am 2. Dezember 1914, nicht am 5. Dezember 1914 (S. 109). Alpari (Ungarn) referierte zum Tagesordnungspunkt 4, heißt es im Text auf S. 73; in der Fußnote auf S. 70 erscheint dieses Referat aber als Tagesordnungspunkt 5. Ferner sei empfohlen, das Personenregister zu ergänzen und entsprechend dem Anliegen des Buches zu überarbeiten. Dazu gehört auch die Aufnahme von Angaben über die spezielle Tätigkeit der registrierten Personen in der Arbeiterjugendbewegung von 1904 bis 1914. In den wertvollen Anhang sollte das Statut des Berliner Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter mit aufgenommen werden.



# Bibliographie marxistischer Zeitschriftenliteratur zur internationalen Arbeiterbewegung

1961/II

## ABKÜRZUNGEN DER AUSGEWERTETEN ZEITSCHRIFTEN

FiL. Misul	Философска Мисъл. София
IA	Исторический Архив. Москва
Iko. Misul	Икономическа Мисъл. София
ISSSR	История СССР. Москва
Ist. Pregled	Исторически Преглед. София
K	Коммунист. Москва
ME	Мировая Экономика и международные Отношения Москва
MK	Молодой Коммунист. Москва
MŽ	Международная Жизнь. Москва
NNI	Новая и Новейшая История. Москва
NoK	Новая Корея. Пхеньян
NV	Ново Време. София
PZ	Партийная Жизнь. Москва
SProf	Советские Профсоюзы. Москва
UIŽ	Український Історичний Журнал. Київ
VAN	Вестник Академии Наук СССР. Москва
VE	Вопросы Экономики. Москва
VF	Вопросы Философии. Москва
VI	Вопросы Истории. Москва
VIK	Вопросы Истории КПСС. Москва
VLUE	Вестник Ленинградского Университета: Серия экономики, философии и права
VMUE	Вестник Московского Университета: Серия VIII. Экономика, Философия
VMUI	Вестник Московского Университета: Серия IX. История
A	Die Arbeit. Berlin
AC	The African Communist. London
AHA	Acta Historica. Budapest
AiA	Aus der internationalen Arbeiterbewegung. Berlin
AII	Analele Institutului de Istorie á Partidului de pe lingă C.C. al P.M.R. București
An	Die Arbeiterin. Berlin
BR	Bandera Roja. [Ekuador]
BzG	Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin
CC	Cahiers du Communisme. Paris
ČCH	Československý Časopis Historický. Praha
CF	Cercetări Filozofice. București
CI	Cahiers Internationaux. Paris
CR	Communist Review. Sydney
DA	Deutsche Außenpolitik. Berlin

## Kritik und Bibliographie

DdZ	Dokumentation der Zeit. Berlin
DN	Démocratie Nouvelle. Paris
DZPh	Deutsche Zeitschrift für Philosophie. P.
E	Einheit. Berlin
EP	Économie et Politique. Paris
FC	Filosoficky Časopis. Praha
Fun	Fundamentos. La Habana
CS	Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde. Berlin
HC	Historicky Časopis. Praha
HW	Das Hochschulwesen. Berlin
IB Algerien	Informations Algériennes. Bulletin édité par la délégation extérieure du Parti communiste Algérien
IB ČSSR	Informationsbulletin, Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Prag
IB Griechenland	Information sur la Grèce. Bulletin mensuel. Budapest
IB Rumänien	Informationsbulletin des Zentralkomitees der Rumänischen Arbeiterpartei. Bukarest
IB Südafrika	International Bulletin. Issued by South African Communist Party
JG	Junge Generation. Berlin
IHW	Internationale Hefte der Widerstandsbewegung. Wien
IRSH	International Review of Social History. Amsterdam
KH	Kwartalnik Historyczny. Warszawa
KO	Kwartalnik Opolski. Opole
LM	Labour Monthly. London
Lupta	Lupta de Clasă. Bucureşti
M	Munka. Budapest
MezP	Mezinárodní Politiky. Praha
MFSz	Magyar Filozofiai Szemle. Budapest.
MM	Malayan Monitor. London
MS	Munca in Sindicat. Bucureşti
NA	New Age. New Delhi
NC	La Nouvelle Critique. Paris
NDP	Neue Deutsche Presse. Berlin
NDr	Nowe Drogi. Warszawa
NE	Nueva Era. Buenos Aires
NJ	Neue Justiz. Berlin
NMy	Nová Mysl. Praha
NW	Neuer Weg. Berlin
NZ	Neue Zeit. Moskau
O	Odborář. Praha
PA	Political Affairs. New York
PC	Politiek en Cultuur. Amsterdam
PD	Príspevky k Dějinám KSČ. Praha
Pen	La Pensée. Paris
PFS	Probleme des Friedens und des Sozialismus. Berlin
Prin. Chile	Principios. Santiago de Chile
PSU	Die Presse der Sowjetunion. Berlin
R	Rinascita. Roma
Revue	Revue des Sciences Sociales, Série Philosophie-Psychologie. Bucureşti
RiL	Recherches Internationales à la Lumière du Marxisme. Paris
RSS	Rivista Storica del Socialismo. Milano
SB	Sozialistische Briefe. Berlin
StR	Staat und Recht. Berlin
StSt	Studi Storici. Roma
Studii	Studii. Bucureşti

Sw	Sowjetwissenschaft, gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. Berlin
TP	Theorie und Praxis. Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED
TSz	Társadalmi Szemle. Budapest
UZ	Unsere Zeit. Berlin
VT	Vår Tid. Stockholm
W	Die Weltgewerkschaftsbewegung. Berlin
WN	World News. London
Ww	Wirtschaftswissenschaft. Berlin
WZ	Weg und Ziel. Wien
WZ, Berlin	Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität Berlin
WZ, Halle	Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
WZ, Leipzig	Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig
WZHO	Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie Berlin
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Berlin
Zpw	Z pola walki. Warszawa
ZS	Život Strany. Praha

## ÜBERSICHT

### I. KASSIKER DES MARXISMUS-LENINISMUS

Erst- und wichtige Neudrucke

Literatur

1. Marx/Engels
2. Lenin

### II. GRUNDFRAGEN DES MARXISMUS-LENINISMUS

Politische Ökonomie

Dialektischer und historischer Materialismus

### III. GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER-BEWEGUNG

Allgemeines

1836–1917

1917–1933

1933–1945

seit 1945

Fragen der Einheit Deutschlands

### IV. GESCHICHTE DER INTERNATIONALEN ARBEITER-BEWEGUNG

Allgemeines

Einzelne Länder

Arbeiterbewegung und Weltfriedensbewegung

### V. ANTIKOLONIALE BEWEGUNGEN FÜR FREIHEIT UND NATIONALE UNABHÄNGIGKEIT

Allgemeines

Einzelne Länder



# I. KLASSIKER DES MARXISMUS - LENINISMUS

## Erst- und wichtige Neudrucke

Вопросы В. И. Ленина о международном положении Советской России и ответы Г. В. Чичерина (1921 г.) (Fragen W. I. Lenins über die internationale Lage Sowjetrußlands und Antworten G. W. Tschitscherins — 1921 —.)  
IA, 1961, H. 2, S. 65—68.

Новые документы В. И. Ленина. (Neue Dokumente W. I. Lenins.) Aus dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU.

1. Телеграмма губпредкомам и губисполкомам производящих губерний о заготовке семенного картофеля.
2. Телеграмма всем предгубпродсовещаниям и губпродкомиссарам о своевременном проведении семенной кампании.
3. Постановление Совета Труда и Обороны об откомандировании из Красной Армии в распоряжение Наркомзема специалистов сельского хозяйства.
4. Постановление Совета Труда и Обороны об учёте и мобилизации землемерных сил.
5. Радиограмма всем губпосевкомам о принятии мер к раннему взмету паров.
6. Телеграмма всем губпосевкомам о мероприятиях по раннему взмету паров.
7. Телеграмма в Харьков Совнаркому Украины (копия Наркомзем Украины) о присылке информации о ходе посевной кампании.
8. Телеграмма В. И. Ленина областным и губернским посевкомам о мерах по борьбе с вредителями сельского хозяйства.
9. Телеграмма всем губисполкомам (копия — губземотделам) о задачах земельных органов в зимний период.

IA, 1961, H. 2, S. 3—10.

Статья В. И. Ленина.  
(Ein Artikel W. I. Lenins.)

[„Kapitalisten und Aufrüstung“.  
Prawda, 12. Juni 1913.]  
VIK, 1961, H. 2, S. 3—4.

## Literatur

Vasilescu, A. și Gh. Fleancu: Clasicii marxism-leninismului despre educație și învățămînt. (Die Klassiker des Marxismus-Leninismus über Erziehung und Unterricht.)  
Lupta, 1961, H. 6, S. 74—82.

### 1. Marx/Engels

Бах, И. А.: Карл Маркс и Фридрих Энгельс в дни Парижской коммуны.  
(Karl Marx und Friedrich Engels in den Tagen der Pariser Kommune.)  
NNI, 1961, H. 2, S. 59—73.

Брушлинский, В.: Новое издание «Теорий прибавочной стоимости» К. Маркса.  
(Die neue Ausgabe der „Theorien über den Mehrwert“ von Karl Marx.)  
K, 1961, H. 8, S. 49—57.

Малыш, А. И.: Современная буржуазно-реформистская критика «Капитала» Маркса.  
(Die moderne bürgerlich-reformistische Kritik am „Kapital“ von Marx.)  
VIK, 1961, H. 2, S. 157—167.

Михайлов, М. И.: Научная сессия, посвященная 140-летию со дня рождения Ф. Энгельса.  
(Die dem 140. Geburtstag von Friedrich Engels gewidmete wissenschaftliche Tagung [der sowjetischen Historiker, 1. und 2. Dezember 1960].)  
VI, 1961, H. 3, S. 132—135.

Bischoff, Herbert: Das Verhältnis von Marx und Engels zu den literarischen Traditionen ihrer Zeit.  
Kulturelles Leben. 1961, H. 4, S. 19—21.  
Jonas, Wolfgang: Zur aktuellen Bedeutung der Arbeiten Friedrich Engels' über die Lage der Arbeiter.  
Ww, 1961, H. 4, S. 502—510.

Pascadi, Jon: Marea forță a marxismului și neputința criticilor săi. (Die große Kraft des Marxismus und das Unvermögen seiner Kritiker. [Rezension der Zeitschrift „Recherches Internationales a la Lumière du Marxisme“ 1960, H. 19. „Sur le jeune Marx“.]  
Lupta, 1961, H. 5, S. 105—113.

- Ragioneri, Ernesto:** Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Filippo Turati [1891–1895].  
BzG, 1961, H. 2, S. 392–408.
- Rossi, Mario:** La crisi del primo hegelismo tedesco e gli esordi filosofici di Marx e di Engels. (Die Krise des ersten deutschen Hegelianertums und die philosophischen Anfänge von Marx und Engels.)  
RSS, 1959, H. 7/8, S. 425–462.  
1960, H. 9, S. 131–168.
- Rubel, Maxilien:** Les cahiers d'étude de Karl Marx. (Die Studienhefte von Karl Marx.)  
IRSH, 1960, H. 1, S. 39–76.
- Sándor, Pál:** Marx és Engels a vallásról. (Marx und Engels über die Religion.)  
MFSz, 1961, H. 2, S. 145–165.
- Schwann, Stanisław:** Z okazji polskiego wydania Dziel Zebranych Marksa i Engelsa. (Zur polnischen Ausgabe der Gesammelten Werke von Marx und Engels.)  
NDR, 1961, H. 6, S. 51–60.
- Schulz, Walter:** Über die Herausgabe der Werke von Marx und Engels (in der DDR und in der Bundesrepublik).  
Börsenblatt [Leipzig], 1961, H. 9, S. 131 bis 132.
- Volpe, Galvano della:** Rousseau und Marx.  
DZPh, 1961, H. 6, S. 724–746.
- Wer fälscht Marx? Antwort auf eine Stellungnahme des Cotta-Verlages im westdeutschen „Börsenblatt für den Buchhandel“, Nr. 98 vom 9. Dez. 1960.**  
Börsenblatt [Leipzig], 1961, H. 9, S. 115.
- Zimmermann, Fritz:** Friedrich Engels' Hilfe für die deutsche Sozialdemokratie im Kampf gegen den Opportunismus in der Bauernfrage in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts.  
BzG, 1961, Sonderh., S. 167–187.
2. Lenin
- Алексеев, Г. П. и Е. А. Иванов:** Теоретические основы ленинского учения о советских профсоюзах. (Die theoretischen Grundlagen der Leninschen Lehre von den sowjetischen Gewerkschaften.)  
VF, 1961, H. 4, S. 11–25.  
A, 1961, H. 7, S. 18–29.
- Бобков, К.:** В помощь изучающим ленинское наследие в области экономической теории.  
(Als Anleitung zum Studium des Leninschen Erbes auf dem Gebiet der ökonomischen Theorie. [I. M. Mratschkowskaja: Die Entwicklung der marxistischen Theorie von der Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals durch W. I. Lenin im Kampf gegen die liberalen Volkstümler und die „legalen Marxisten“. 1960. Rezension.])  
VE, 1961, H. 4, S. 97–100.
- Васецкий, Г. С.:** Некоторые вопросы исторического материализма в работах В. И. Ленина 1907–1914 гг. (Einige Fragen des historischen Materialismus in den Arbeiten W. I. Lenins 1907 bis 1914.)  
VMUE, 1961, H. 2, S. 21–34.
- Генкина, Э.:** Ленин и культурное строительство. (Lenin und der kulturelle Aufbau. [I. S. Smirnow: Lenin und die sowjetische Kultur. Die staatliche Tätigkeit W. I. Lenins auf dem Gebiet des kulturellen Aufbaus. (Oktober 1917 bis Sommer 1918.) Moskau 1960. Rezension.])  
K, 1961, H. 6, S. 112–114.
- Документы о В. И. Ленине в государственных архивах СССР, их выявление и описание.** (Dokumente über W. I. Lenin in den staatlichen Archiven der UdSSR, ihre Entdeckung und Beschreibung.)  
IA, 1961, H. 3, S. 234–248.
- Драгилев, М. С.:** Ленинская теория империализма и современность. (Die Leninsche Theorie vom Imperialismus und die Gegenwart.)  
VIK, 1961, H. 2, S. 132–142.
- Зак, С. Д. и И. Ф. Рыбаков:** Новая книга об экономических работах В. И. Ленина.  
(Ein neues Buch über die ökonomischen Arbeiten W. I. Lenins. [A. I. Paschkow: Die ökonomischen Arbeiten W. I. Lenins in den 90er Jahren. Rezension.])  
VLUE, 1961, H. 1, S. 141–146.
- Зотов, М. А.:** Из истории борьбы В. И. Ленина за партию II съезда РСДРП.

(Aus der Geschichte des Kampfes W. I. Lenins um die Partei nach dem II. Parteitag der SDAPR.)

VIK, 1961, H. 2, S. 60–77.

Лашин, А. Г.: В. И. Ленин о Советах как государственной форме диктатуры пролетариата (октябрь 1917 до 1923 гг.).

(W. I. Lenin über die Sowjets als Staatsform der Diktatur des Proletariats – Oktober 1917 bis 1923 –.)

VIK, 1961, H. 3, S. 40–58.

Логинов, В. Т.: О принадлежности В. И. Ленину некоторых статей опубликованных в «Правде» (1912 до 1914).

(Über die Autorschaft W. I. Lenins bei einigen in der „Prawda“ veröffentlichten Artikeln – 1912 bis 1914 –.)

IA, 1961, H. 2, S. 164–169.

Манусевич, А. Я.: Ленинская «Искра» и польская социалистическая печать.

(Die Leninsche „Iskra“ und die polnische sozialistische Presse.)

NNI, 1961, H. 2, S. 98–104.

Мир чтит великого Ленина. Из книги записей кабинета и квартиры В. И. Ленина в Кремле.

(Die Welt ehrt den großen Lenin. Aus dem Gästebuch des Kabinetts und der Wohnung W. I. Lenins im Kreml.)

IA, 1961, H. 2, S. 11–29.

Митин, М. В.: В. И. Ленин и борьба против современного позитивизма. (W. I. Lenin und der Kampf gegen den modernen Positivismus.)

VF, 1961, H. 3, S. 3–14. Sw, 1961, H. 8, S. 828–842.

50 монографий и сборников о философских трудах В. И. Ленина.

(50 Monographien und Sammelbände über die philosophischen Arbeiten W. I. Lenins. [Rezensionen].)

VF, 1961, H. 4, S. 154–177.

Научные работы о В. И. Ленине. (Обзор литературы.)

(Wissenschaftliche Arbeiten über W. I. Lenin. – Literaturübersicht. –)

VE, 1961, H. 4, S. 117–120.

Опалухин, Ф. И.: До питання про створення В. І. Ленінінм «Союзу боротьби за визволення робітничого класу».

(Über die Gründung des „Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse“ durch W. I. Lenin.)

UIZ, 1961, H. 2, S. 66–74.

Портянкин, И. А.: В. И. Ленин и большевистская печать 1895–1914 годов.

(W. I. Lenin und die bolschewistische Presse in den Jahren 1895 bis 1914.)

VI, 1961, H. 4, S. 3–20.

Сидоров, А. Л.: В. И. Ленин о русском военно-феодалном империализме.

(W. I. Lenin über den russischen militärisch-feudalen Imperialismus.)

ISSSR, 1961, H. 3, S. 46–70.

Тадевосян, Э. В.: В. И. Ленин о государственной федерации.

(W. I. Lenin über die staatliche Föderation.)

VIK, 1961, H. 2, S. 43–59.

Францев, Ю.: Ленинские идеи о развитии коммунистического труда.

(Die Leninschen Ideen über die Entwicklung der kommunistischen Arbeit.)

VE, 1961, H. 4, S. 4–14. Sw, 1961, H. 9, S. 921–934.

Черемисина, Н. М.: Хронологический указатель публикаций произведений В. И. Ленина.

(Das chronologische Verzeichnis der Veröffentlichungen der Werke W. I. Lenins. [Chronologisches Verzeichnis der Werke W. I. Lenins. Bücher, Artikel, Reden, Briefe und andere Dokumente. Moskau 1959. Rezension.])

ISSSR, 1961, H. 3, S. 174–177.

Шевцов, Н. С.: Ленин и наука.

(Lenin und die Wissenschaft. [Moskau 1960. Rezension.])

VAN, 1961, H. 4, S. 139–142.

Шепелева, Т. В.: Научная обработка и хранение документов В. И. Ленина в Центральном партийном архиве Института марксизма-ленинизма при ЦК КПСС.

(Die wissenschaftliche Bearbeitung und die Aufbewahrung der Dokumente W. I. Lenins im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU.)

IA, 1961, H. 2, S. 169–180.

Юрченко, О. Т.: З історії розробки В. І. Ленінінм програми Комуністичної партії.



(Aus der Geschichte der Ausarbeitung des Programms der Kommunistischen Partei durch W. I. Lenin.)  
UIZ, 1961, H. 2, S. 3–15.

Andronow, I.: Indien und Lenin... [Sammelband. Delhi 1960. Rezension.] NZ, 1961, H. 10, S. 27–29.

Bartz, Heinz: Lenin über die Notwendigkeit der klassenmäßigen Stärkung des sozialistischen Staatsapparates. Demokratischer Aufbau, 1961, H. 8, S. 256–260.

Cerroni, Umberto: V. I. Lenin, Opere, vol. IX. Roma, 1960. (W. I. Lenin: Werke, Band 9. Rom 1960. [Rezension.]) R. 1961, H. 4, S. 405–407.

Kresse, Helmut: W. I. Lenin: Werke. Ins Deutsche übertragen nach der 4. russ. Ausgabe... Band 25, Juni bis September 1917. BzG, 1961, H. 2, S. 452–458.

Lenin despre România. (Lenin über Rumänien. [Bukarest 1960. Rezension von A. P.]) Studii, 1961, H. 2, S. 529–531.

Reisberg, Arnold: W. I. Lenin: Werke. Ins Deutsche übertragen nach der 4. russ. Ausgabe... Band 22, Dezember 1915 bis Juli 1916. BzG, 1961, H. 2, S. 442–452.

## II. GRUNDFRAGEN DES MARXISMUS - LENINISMUS

Klugmann, James: The challenge of marxism. (Die Aufforderung des Marxismus. [Zur Herausgabe der „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ in englischer Sprache.]) PA, 1961, H. 6, S. 42–61.

Jednotné učení marxismu-leninismu – teoretický základ revoluční politiky komunistických stran. (Die einheitliche Lehre des Marxismus-Leninismus – die theoretische Grundlage der revolutionären Politik der kommunistischen Parteien. [„Grundlagen des Marxismus-Leninismus“]. Moskau 1959. Rezension.) FC, 1961, H. 3, S. 463–471.

## Politische Ökonomie

Аварин, В.: Милитаризация капиталистической экономики и циклические кризисы.

(Die Militarisierung der kapitalistischen Ökonomie und die zyklischen Krisen.)  
ME, 1961, H. 6, S. 87–92.

Беломъжов, Веселин: Съгласуването на народностопанските планове – основна, по-висша форма на икономическо сътрудничество между социалистическите страни. (Die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne – die grundlegende, höhere Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder.) NV, 1961, H. 6, S. 64–83.

Беляев, Е. А.: О стумилах развития производительных сил в период перехода от социализма к коммунизму. (Über den Antrieb zur Entwicklung der Produktivkräfte in der Übergangsperiode vom Sozialismus zum Kommunismus.) VMUE, 1961, H. 2, S. 35–44.

Богданов, О.: Англо-американская борьба за рынки сбыта. (Der anglo-amerikanische Kampf um die Absatzmärkte.) ME, 1961, H. 6, S. 131–138.

Божков, Божидар: Противоречията на капитализма в съвременната епоха. (Die Widersprüche des Kapitalismus in der gegenwärtigen Epoche.) NV, 1961, H. 5, S. 62–76.

Вишневевский, И.: О дальнейшем развитии колхозной формы собственности. (Über die Weiterentwicklung der genossenschaftlichen Eigentumsform.) VE, 1961 H. 4, S. 29–35.

Герасимов, В.: Марксистско-ленинская теория кризисов и современная капитализм. (Die marxistisch-leninistische Krisentheorie und der moderne Kapitalismus.) ME, 1961, H. 6, S. 79–87.

Громов, Л.: Разоружение и занятость в развитых капиталистических странах. (Abrüstung und Beschäftigung in den entwickelten kapitalistischen Ländern.) MZ, 1961, H. 5, S. 68–77.

Дмитрашко, И.: О формах материального стимулирования труда

- колхозников в современных условиях.  
(Über die Formen des materiellen Anreizes für die Kolchosbauern unter den gegenwärtigen Bedingungen [in der Sowjetunion].)  
VE, 1961, H. 6, S. 39–51.
- Ермолаев, А. И.:** О переходе стран социализма к высшей фазе коммунистического общества.  
(Vom Übergang der sozialistischen Länder zur höchsten Phase der kommunistischen Gesellschaft.)  
VIK, 1961, H. 2, S. 11–27. Sw, 1961, H. 8, S. 809–827.
- Заславская, Т. и М. Михайлов:** Поднять уровень исследований проблем материального заинтересованности.  
(Für ein höheres Niveau bei der Erforschung der Probleme der materiellen Interessiertheit. [Über die Literatur zu Fragen des Arbeitslohns in den Kollektivwirtschaften.])  
K, 1961, H. 9, S. 106–111.
- Иванов, Н.:** Технический прогресс и положение трудящихся в капиталистических странах.  
(Der technische Fortschritt und die Lage der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern.)  
ME, 1961, H. 6, S. 107–109.
- Илиев, Иван:** Някои въпроси на материалната заинтересованост в развитието на техниката.  
(Einige Fragen der materiellen Interessiertheit bei der Entwicklung der Technik.)  
Iko. Misul, 1961, H. 3, S. 30–43.
- Кураков, И. Г.:** Роль науки в создании материально-технической базы коммунизма.  
(Die Rolle der Wissenschaft bei der Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus.)  
VF, 1961, H. 6, S. 18–32.
- Маневич, Е.:** Экономическое стимулирование труда и формы перехода к коммунистическому распределению.  
(Die materielle Interessiertheit und die Formen des Übergangs zur kommunistischen Verteilung.)  
VE, 1961, H. 5, S. 76–85.
- Мнушкин, А. Б.:** Социалистическая автоматизация и всестороннее развитие личности,  
(Die sozialistische Automatisierung und die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit.)  
VMUE, 1961, H. 3, S. 34–46.
- Олейник, И.:** Формы международного разделения труда в лагере социализма.  
(Die Formen der internationalen Arbeitsteilung im Lager des Sozialismus.)  
VE, 1961, H. 5, S. 65–75.
- Ошавков, Живков:** Главни етапи на прехода от капитализма към комунизма.  
(Die Hauptetappen beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus.)  
Fil. Misul, 1961, H. 1, S. 26–46.
- Павлов, К. П.:** Разделение труда между странами социализма — важный фактор укрепления их могущества.  
(Die Arbeitsteilung zwischen den Ländern des Sozialismus — ein bedeutender Faktor zur Festigung ihrer Macht.)  
VF, 1961, H. 3, S. 15–26.  
Sw, 1961, H. 7, S. 735–748.
- Партигул, С., В. Соболев и М. Эйдельман:** К вопросу о методологии определения уровня жизни трудящихся.  
(Über die Methodologie bei der Feststellung des Lebensniveaus der Werktätigen.)  
VE, 1961, H. 6, S. 135–140.
- Патек, Зденек:** Общее и специфическое в социалистическом преобразовании деревни.  
(Allgemeines und Spezifisches bei der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes. [Aus den Erfahrungen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik.])  
VF, 1961, H. 3, S. 27–38.
- Тюльпанов, С. И.:** О некоторых особенностях государственного капитализма слаборазвитых стран.  
(Über einige Besonderheiten des Staatskapitalismus der schwach entwickelten Länder.)  
VLUE, 1961, H. 2, S. 5–26.
- Фаминский, И. и М. Малайова:** Научная конференция по экономическому соревнованию двух мировых систем.  
(Eine wissenschaftliche Konferenz zum ökonomischen Wettbewerb der beiden Weltsysteme.)

- [Moskau, 25. bis 29. Oktober 1960.]  
VMUE, 1961, H. 2, S. 64–77.
- Хаджииванов, Иван:** По въпроса за методиката на международните сравнения на производителността на труда.  
(Zur Methode des internationalen Vergleichs der Arbeitsproduktivität.)  
Iko. Misul, 1961, H. 3, S. 12–29.
- Albu, A. D.:** Organizațiile monopoliste interstatale și ascuțirea contradicțiilor capitalismului. (Die internationalen Monopolistenverbände und die Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus.)  
Lupta, 1961, H. 6, S. 48–59.
- Borgmeier, Anton:** Probleme der sozialistischen Standardisierung in der Deutschen Demokratischen Republik.  
WZ, Halle, 1960, H. 5, S. 551–574.
- Bouvier-Ajam, Maurice:** Zur absoluten und relativen Verelendung des französischen Proletariats.  
Ww, 1961, H. 4, S. 511–521.
- Csapó, László:** A kapitalizmus általános válságának új szakasza. (Die neue Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus.)  
TSz, 1961, H. 6, S. 48–67.
- Fleck, Rolf:** Die Rolle der materiellen Interessiertheit bei der Durchführung der sozialistischen Rekonstruktion.  
WZ, Halle, 1960, H. 5, S. 575–592.
- Gutermuth, Rolf:** Auf dem Wege des geschichtlichen Sieges. Einige Fragen des ökonomischen Wettbewerbs zwischen dem Weltsystem des Sozialismus und des Kapitalismus.  
E, 1961, H. 6, S. 814–829.
- Hauk, Roland und Helmut Koziolek:** Zum Aufbau der politischen Ökonomie des Sozialismus.  
Ww, 1961, H. 5, S. 713–730.
- Háy, László:** Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der sozialistischen Länder.  
Ww, 1961, H. 6, S. 844–847.
- Koziolek, Helmut:** Die ökonomischen Konsequenzen der Abrüstung. Wirtschaftler beider Weltsysteme tagten in Kiel. [6. bis 9. März 1961.]  
HW, 1961, H. 5, S. 365–372.
- Mendelson, L. A.:** Zur Methode der Kritik an der gegenwärtigen bürgerlichen Ökonomie.  
Ww, 1961, H. 6, S. 848–861.
- Oelßner, Fred:** Die Bedeutung der Moskauer Erklärung für die Verbesserung der wirtschaftswissenschaftlichen Lehre und Forschung.  
Ww, 1961, H. 4, S. 491–501.
- Opitz, Kurt:** Einige Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit der DDR mit den sozialistischen Bruderländern.  
E, 1961, H. 4, S. 588–600.
- Rätzer, Manfred:** Theoretische und praktische Grundfragen der sozialistischen Umgestaltung der privatkapitalistischen Sektors der Volkswirtschaft in der DDR durch die Bildung halbstaatlicher Betriebe.  
WZ, Halle, 1960, H. 5, S. 609–662.
- Schmidt, Johann Lorenz:** Weitere Bemerkungen zu den zyklischen, nicht-zyklisch-temporären und chronischen Krisenerscheinungen in der Wirtschaft des gegenwärtigen Kapitalismus.  
Konjunktur und Krise, 1961, H. 1, S. 20 bis 26.
- Soldaczuk, Józef:** Niektóre aspekty ogólnego kryzysu kapitalizmu. (Einige Aspekte der allgemeinen Krise des Kapitalismus.)  
NDR, 1961, H. 4, S. 68–79.
- Steinitz, Klaus:** Zum Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft.  
Ww, 1961, H. 6, S. 891–909.
- Steinitz, Klaus:** Zur Verbesserung der Lehrarbeit auf dem Gebiet der politischen Ökonomie.  
Ww, 1961, H. 5, S. 664–677.
- Verzeichnis** der an der Hochschule für Ökonomie Berlin ... im Jahre 1960 vorgelegten Diplomarbeiten.  
WZHO, 1961, H. 1, Beilage.

#### Dialektischer und historischer Materialismus

- Асмус, В. Ф.:** Некоторые вопросы диалектики историко-философского процесса и его познания.  
(Einige Fragen der Dialektik des geschichtlich-philosophischen Prozesses und seiner Erkenntnis.)  
VF, 1961, H. 4, S. 111–123.
- Байчинска, Люба:** Световната социалистическа система — решаващ фактор за развитието на човешкото общество.



(Das sozialistische Weltsystem — der entscheidende Faktor in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft.)  
Fil. Misul, 1961, H. 2, S. 3–21.

**Белых, А. К.:** Некоторые вопросы теории социалистического государства.

(Einige Fragen der Theorie des sozialistischen Staates. [Nach den Materialien der Moskauer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien.]  
VLUE, 1961, H. 2, S. 47–60.

**Бутенко, А. П.:** Превращение мировой системы социализма в растущий фактор развития человечества.

(Die Verwandlung des sozialistischen Weltsystems in den entscheidenden Faktor für die Entwicklung der Menschheit.)  
VF, 1961, H. 4, S. 26–38.

**Бухалов, Ю. Ф.:** О соотношении субъективного и объективного в познавательном образе.

(Über die Wechselbeziehung des Subjektiven und Objektiven in der Erkenntnisweise.)  
VF, 1961, H. 5, S. 124–132.

**Долгих, Ф. И., Н. И. Зорин и В. В. Таланов:** Для тех, кто приступает к изучению философии. В. Г. Афанасьев. Основы марксистской философии.

(Für die Anfänger im Philosophiestudium. W. G. Afanasjew: Die Grundlagen der marxistischen Philosophie. [Rezension.]  
VF, 1961, H. 6, S. 161–166.

**Жуков, Е. М.:** Понятие прогресса в мировой истории.

(Der Begriff des Fortschritts in der Weltgeschichte. [Rede auf der Jahresversammlung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.]  
VAN, 1961, H. 4, S. 7–18.

**Златев, Златко:** Преходът от капитализма към социализма — основно съдържание на нашата епоха. (Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus — der Hauptinhalt unserer Epoche.)  
NV, 1961, H. 6, S. 48–63.

**Кедров, В. М.:** За определянето на научните понятия в диалектичката логика,

(Über die Bestimmung wissenschaftlicher Begriffe in der dialektischen Logik.)  
Fil. Misul, 1961, H. 2, S. 22–35.

**Келле, В.:** Материализм и гуманизм. (Materialismus und Humanismus.)  
K, 1961, H. 8, S. 98–110.

**Кривелев, И.:** Важная сторона быта. (Eine wesentliche Seite des Lebens. [Zur Überwindung religiöser Vorurteile und Traditionen.]  
K, 1961, H. 8, S. 65–72.

**Наан, Г. И.:** О бесконечности вселенной.

(Über die Unendlichkeit des Weltalls.)  
VF, 1961, H. 6, S. 93–105.

**Нарский, И. С.:** О традициях в истории философии.

(Über die Traditionen in der Geschichte der Philosophie.)  
VF, 1961, H. 6, S. 54–63.

**Солгалов, Г. В.:** О диалектических противоречиях в логическом познании.

(Über die dialektischen Widersprüche in der logischen Erkenntnis.)  
VMUE, 1961, H. 3, S. 55–66.

**Спиркин, А. Г.:** О природе сознания. (Über das Wesen des Bewußtseins.)  
VF, 1961, H. 6, S. 118–127.

**Тимофеев, Т.:** О классовой борьбе на новом этапе общего кризиса капитализма.

(Über den Klassenkampf in der neuen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus.)  
ME, 1961, H. 5, S. 25–39.

**Урманцев, Ю. А. и Ю. П. Трусев:** О свойствах времени.

(Über die Eigenschaften der Zeit.)  
VF, 1961, H. 5, S. 58–70.

**Францев, Ю. П.:** Социалистический коллективизм и формирование личности.

(Der sozialistische Kollektivismus und die Formung der Persönlichkeit.)  
VF, 1961, H. 5, S. 34–46.

**Фъртунов, Дялко:** Новият етап в развитието на световната социалистическа система и неговото значение.

(Die neue Etappe in der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems und ihre Bedeutung.)  
NV, 1961, H. 4, S. 36–49.

- Широков, М. Ф.:** О правильном понимании теории относительности. (Über das richtige Verstehen der Relativitätstheorie.)  
VF, 1961, H. 5, S. 133–137.
- Шишкин, А. Ф.:** Наука и мораль. (Wissenschaft und Moral.)  
VF, 1961, H. 4, S. 134–141.  
Sw, 1961, H. 7, S. 779–789.
- Що е светоглед и какво е неговото значение?**  
(Was ist Weltanschauung und worin besteht ihre Bedeutung?)  
NV, 1961, H. 5, S. 86–92.
- Яновская, С. А.:** Проблемы анализа понятий и новейший неопозитивизм. (Probleme der Analyse wissenschaftlicher Begriffe und der neueste Positivismus.)  
VF, 1961, H. 6, S. 47–53.
- Яхот, О. О.:** Отрицание и преемственность в историческом развитии. (Negation und Kontinuität in der historischen Entwicklung.)  
VF, 1961, H. 3, S. 146–156.
- Bellu, Niculae:** Atitudinea față de muncă și dialectica dezvoltării moralei socialiste. (Die Beziehung zur Arbeit und die Dialektik der Entwicklung der sozialistischen Moral.)  
CF, 1961, H. 2, S. 343–387.
- Bradáč, Zdeněk:** K dějinám marxistickoleninské teorie nepřetržité revoluce. (Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Theorie der permanenten Revolution.)  
PD, 1960, H. 12, S. 48–72.
- Cogniot, Georges:** Le communisme et la science. (Après l'exploit de Youri Gagarine.) (Der Kommunismus und die Wissenschaft. — Nach der Heldentat Juri Gagarins. —)  
CC, 1961, H. 5, S. 994–1008.
- Diaconescu, Gh.:** Dezvoltarea democrației socialiste și rolul opiniei publice în viața socială. (Die Entwicklung der sozialistischen Demokratie und die Rolle der öffentlichen Meinung im sozialen Leben.)  
Lupta, 1961, H. 5, S. 17–28.
- Duží, Ilja S.:** Jsou příčina a účinek současné? (Sind Ursache und Wirkung gleichzeitig?)  
FČ, 1961, H. 3, S. 446–451.
- Eichhorn, Wolfgang:** Vom Sinn des Lebens in unserer Epoche. [Aus Materialien einer Arbeitsgruppe, die an einer Publikation über den Menschen der sozialistischen Epoche arbeitet.]  
DZPh, 1961, H. 6, S. 653–666.
- Filipec, Jindřich:** Humanismus moderní doby. (Der Humanismus der modernen Zeit.)  
FČ, 1961, H. 3, S. 369–391.
- Filipec, Jindřich:** Pravda socialistického humanismu. (Die Wahrheit des sozialistischen Humanismus.)  
NMy, 1961, H. 6, S. 705–716.
- Gropp, R. O.:** Für eine zielstrebige und bewegliche Auswertung des nationalen philosophischen Erbes.  
DZPh, 1961, H. 5, S. 533–547.
- Hanke, Erich:** Zur Lösung des Widerspruchs zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse in der DDR.  
Ww, 1961, H. 5, S. 678–694.
- Hegedűs, András:** A marxista szociológia tárgyaról és helyéről a társadalomtudományok renszerében. (Über den Gegenstand der marxistischen Soziologie und ihren Platz im System der Gesellschaftswissenschaften.)  
MFSz, 1961, H. 2, S. 166–183.
- Marek, Franz:** Marxismus und Persönlichkeit.  
WZ, 1961, H. 6, S. 405–409.
- Miller, Reinhold:** Der reaktionäre Charakter der neothomistischen Auffassung von der Persönlichkeit.  
DZPh, 1961, H. 5, S. 563–577.  
H. 6, S. 667–680.
- Novák, Vladimír:** K otázce kauzality z hlediska dialektického materialismu. (Zur Frage der Kausalität vom Standpunkt des dialektischen Materialismus.)  
FČ, 1961, H. 3, S. 440–445.
- Opitz, Heinrich:** Die Praxis — Ausgangspunkt und Haupttriebkraft der Erkenntnis.  
TP, 1961, Sonderh., S. 46–59.
- Prokop, Dušan:** Poznámky ke kategoriím společenského bytí a společenského vědomí. (Bemerkungen zu den Kategorien des gesellschaftlichen Seins und des gesellschaftlichen Bewußtseins.)  
FČ, 1961, H. 3, S. 421–439.
- Die neue Rolle der Arbeiterklasse in unserer Zeit.** [Wissenschaftliche Beratung der Parteihochschule „Karl Marx“ beim Zentralkomitee der SED]

- zum Thema „Die Rolle der Arbeiterklasse in der Periode des entfalteten Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik.“]  
TP, 1961, H. 3, S. 74–76.
- Stüber, Richard:** Zur Entwicklung des demokratischen Zentralismus in der Periode des Sieges des Sozialismus in der DDR.  
DZPh, 1961, H. 5, S. 578–591.
- Tamás, György:** Objektív és szubjektív ellentmondás. (Objektive und subjektive Widersprüche.)  
MFSz, 1961, H. 2, S. 205–222.
- Togliatti, Palmiro:** A proposito di socialismo e democrazia. (Über Sozialismus und Demokratie.)  
R, 1961, H. 4, S. 362–363.  
[Gekürzt:] WZ, 1961, H. 6, S. 394–403.  
PA, 1961, H. 7, S. 53–65.
- Togliatti, Palmiro:** Ancora su socialismo e democrazia. (Risposta al campagna Nenni.) (Noch einmal über Sozialismus und Demokratie. – Antwort an den Genossen Nenni. –)  
R, 1961, H. 5, S. 433–435.
- Zeman, J.:** Filosofické problémy kybernetiky. (Philosophische Probleme der Kybernetik.)  
FČ, 1961, H. 3, S. 416–420.
- III. GESCHICHTE  
DER DEUTSCHEN  
ARBEITERBEWEGUNG
- Zum 15. Jahrestag  
der Gründung der SED
- Дёрнберг, Стефан:** Основание СЕПГ — крупнейшее событие в истории германского рабочего движения. (Die Gründung der SED — das größte Ereignis in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.)  
VIK, 1961, H. 2, S. 78–96.
- Матери, Герман:** Единство — основа побед рабочего класса. (Die Einheit — Grundlage der Siege der Arbeiterklasse.)  
NNI, 1961, H. 3, S. 3–6.
- Хагер, Курт:** Создание СЕПГ — историческая победа марксизма-ленинизма. (Die Gründung der SED — ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus.)  
K, 1961, H. 6, S. 64–70.
- Berthold, Lothar:** Die Gründung der SED — die Krönung des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse um ihre revolutionäre Einheit. [Diskussionsbeitrag zum Thema „Die Rolle der Arbeiterklasse in der Periode des entfalteten Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik.“]  
TP, 1961, H. 3, S. 20–23.
- Dokumente beweisen den Einheitswillen.**  
Aufruf der Vertreter der Sozialdemokraten und der Kommunisten Hamburgs vom 20. August 1945 zu enger Zusammenarbeit mit dem Ziel der Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei.  
GS, 1961, H. 4, S. 351–357.
- Die Einheit — die Mutter aller Siege.** Die Vereinigung war geschichtlich notwendig. [Erinnerungen.]  
TP, 1961, Sonderh., S. 21–30.
- Grotewohl, Otto:** Die SED hat ihre historische Bewährungsprobe bestanden.  
E, 1961, H. 4, S. 519–542.  
ZfG, 1961, H. 2, S. 303–332.  
[Gekürzt:] SB, 1961, H. 13, S. 3–6.
- Hentschke, Heinz:** Auf dem Wege zur Einheit der Arbeiterbewegung in Berlin-Köpenick.  
UZ, 1961, H. 1, S. 64–69.
- Kern, Herbert:** Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands — die Partei der Gesetzlichkeit und der demokratischen Ordnung. Zum 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD.  
NJ, 1961, H. 8, S. 257–262.
- Lipski, Horst:** Der Zusammenschluß der unteren Organisationen der beiden Arbeiterparteien (26. Februar bis 15. April 1946).  
TP, 1961, Sonderh., S. 3–20.
- Manifest des Vereinigungsparteitages** an das deutsche Volk.  
E, 1961, H. 4, S. 515–518.
- Matern, Hermann:** Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands — die führende Kraft unserer Nation.  
ZfG, 1961, H. 2, S. 333–356.  
s. a.: UZ, 1961, H. 1, S. 7–12.  
GS, 1961, H. 4, S. 290–295.  
Militärwesen, 1961, H. 4, S. 442–447.
- Rieck, H.:** Unsere Presse und die Partei der Arbeiterklasse. Zum 15. Jahrestag der Gründung der SED.  
NDP, 1961, H. 4, S. 1–3.



**Ulbricht, Lotte:** Die Einheit der Arbeiterklasse — Unterpfand unseres Glückes. Zum 15. Jahrestag der Gründung der SED.

An, 1961, H. 4, S. 105–108.

**Ulbricht, Walter:** Schlußansprache auf dem Vereinigungsparteitag der SPD und KPD.

E, 1961, H. 4, S. 513–514.

**Ulbricht, Walter:** Die große Vereinigung der Arbeiterschaft ganz Deutschlands wird kommen. Ansprache auf der Festversammlung des Zentralkomitees aus Anlaß des 15. Jahrestages der Gründung der SED.

BzG, 1961, H. 3, S. 523–546. [gekürzt:] SB, 1961, H. 15, S. 3–8.

**Zur Vorgeschichte der Gründung der SED.** [Von Lothar Berthold, Ernst Diehl, Stefan Doernberg u. a.]

E, 1961, H. 4, S. 543–558.

**Zelt, Johannes:** Wende zum Frieden. [Zum 15. Jahrestag der Gründung der SED.]

DA, 1961, H. 4, S. 381–391.

#### Allgemeines

**Воспоминания об Эрнсте Тельмане.** (Erinnerungen an Ernst Thälmann. [Aufzeichnungen von Rudolf Lindau, Wilhelm Koenen, Hans Mahle und Rosa Thälmann.])

NNI, 1961, H. 3, S. 114–123.

**Berthold, Lothar:** Für einen neuen Völkerfrühling der deutschen Nation. Zum 75. Geburtstag des Genossen Ernst Thälmann.

TP, 1961, Sonderh., S. 31–35.

**Leschkowitz, Gerhard:** Die historische Bedeutung des Kampfes von Wilhelm Pieck um die Einheit der deutschen Arbeiterklasse von der Brüsseler Parteikonferenz der KPD bis zur Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. [Vortrag zum 85. Geburtstag von Wilhelm Pieck am 3. Januar 1961.]

StR, 1961, H. 4, S. 591–607.

**Heinrich Rau.** Gemeinsamer Nachruf des ZK der SED, des Staatsrates der DDR, des Ministerrates der DDR, des Präsidiums der Volkskammer der DDR und des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. DdZ, 1961, H. 236, S. 1.

**Ullrich, Ferdinand und Günter Hortschansky:** Ernst Thälmann — Kämpfer gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg, für die Einheit der Arbeiterklasse.

GS, 1961, H. 4, S. 295–306.

#### 1836–1917

**Либкнехт, В.:** Доклад о рабочем движении в Германии.

(Ein Referat über die Arbeiterbewegung in Deutschland.)

VIK, 1961, H. 2, S. 4–10.

**Bebel, August:** „Du bist der einzige, auf den ich meine Hoffnung setze...“ Ein unbekannter Brief an Karl Liebknecht vom 10. November 1908. [Mit einer Vorbemerkung von Martha Globig.]

BzG, 1961, Sonderh., S. 253–256.

**Eildermann, Wilhelm:** Ein Mahnruf Karl Liebknechts aus der Zeit der Marokkokrise 1911.

BzG, 1961, H. 2, S. 371–375.

**Friederici, Hans Jürgen und Jutta Seidel:** Der Widerhall der Pariser Kommune in der deutschen Arbeiterbewegung.

BzG, 1961, H. 2, S. 280–298.

**Gemkow, Heinrich:** Ein Brief August Bebels an polnische Sozialisten. [Zum Erscheinen des Arbeiterorgans „Robotnik“ 1894.]

BzG, 1961, H. 2, S. 376–378.

**Krauze, Bronisław:** W sprawie oceny stanowiska SPD w kwestii polskiej. (Na marginesie pewnych recenzji.) (Zur Beurteilung des Standpunktes der SPD zur polnischen Frage. — Auf Grund von einigen Rezensionen. —)

Zpw, 1961, H. 1, S. 62–70.

**Karl Liebknecht in Ungarn im Herbst 1912.** [Dokumente.]

ZfG, 1961, H. 2, S. 434–440.

**Plener, Ulla:** Karl Kautskys Opportunismus in Organisationsfragen (1900 bis 1914). Zur Entstehung des Zentrismus in der deutschen Sozialdemokratie.

BzG, 1961, H. 2, S. 349–370.

**Schmidt, Walter:** Der Bund der Kommunisten und die Versuche einer Zentralisierung der deutschen Arbeitervereine im April und Mai 1848.

ZfG, 1961, H. 3, S. 577–614.

## Kritik und Bibliographie

**Schmidt, Walter:** Zur Mitarbeit von Wilhelm Wolff an der „Deutschen Brüsseler Zeitung“.

BzG, 1961, H. 2, S. 318–348.

1917–1933

**Брюнин, В. Г.:**

„Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Band 4/I–IV. Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland. Hrsg. von Leo Stern ... Berlin 1959. [Rezension.]

NNI, 1961, H. 2, S. 157–161.

**Яркина, Т. Ф.:** Коммунистическая партия Германии в борьбе за новую школу и социалистическое воспитание в годы Веймарской республики (1918–1933).

(Die Kommunistische Partei Deutschlands im Kampf für die neue Schule und eine sozialistische Erziehung in den Jahren der Weimarer Republik – 1918 bis 1933 –.)

Советская Педагогика, 1961, H. 4, S. 73 bis 88.

**Heymann, Stefan:** Mit Ernst Thälmann in der „Roten Fahne“. [Erinnerung.]

NDP, 1961, H. 4, S. 4.

**Imig, Werner:** Eine Konferenz über den Mansfelder Streik 1930.

[Eisleben, 29. November 1960.]

BzG, 1961, H. 2, S. 430–434.

**Liening, Elfriede und Walter Wimmer:** Die ersten Wochen der Antifaschistischen Aktion.

BzG, 1961, Sonderh., S. 209–227.

**Mammach, Klaus:** Die Unterstützung des Kolonialismus durch die rechten Sozialdemokraten in Weimar und heute.

BzG, 1961, H. 2, S. 408–424.

**Mühlberg, Dietrich:** Die Durchsetzung des Leninschen Prinzips der Parteiliteratur in der theoretischen Diskussion des „Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller“.

WZ, Berlin 1959/60, H. 5, S. 529–541.

**Ulbricht, Walter:** Ein Artikel zur antifaschistischen Einheitsfront vom 15. Februar 1933.

BzG, 1961, Sonderh., S. 228–234.

**Wagner, Raimund:** Über die Chemnitzer Konferenz und die Widerstandsaktio-

nen der sächsischen Arbeitermassen gegen den Reichswehreinmarsch im Oktober 1923.

BzG, 1961, Sonderh., S. 188–208.

1933–1945

**Claus, Werner:** Antifaschistische Presse trotzte Hitlerterror. Zum 20. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion.

NDP, 1961, H. 6, S. 27–28.

**Engel, Rudolf:** Die Richtschnur. Zur Wirksamkeit des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ in Frankreich. Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere, 1961, H. 6, S. 14–16.

**Helden der unsichtbaren Front.** (Dokumentation der Abteilung für Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU und vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED.) [Über die Tätigkeit des Antifaschisten Maximilian Hauke und seiner sowjetischen Kampfgefährten in Leipzig 1943.]

NZ, 1961, H. 26, S. 6–7.

**Komunistyczna Partia.** Niemiec w obrobie ludności polskiej na Górnym Śląsku (1938 r.). (Die Kommunistische Partei Deutschlands bei der Verteidigung der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens – 1938 –. [Dokumente.]

Zpw, 1961, H. 1, S. 109–123.

**Ernst Thälmann** zum Gedenken. [Auszüge aus einem Brief aus dem Jahre 1935.]

SB, 1961, H. 14, S. 12–13.

**Teschner, Gertraud:** Die Bedeutung der Brüsseler Konferenz der KPD für den Zusammenschluß aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte zum Sturz des Hitlerfaschismus und für eine friedliche und demokratische Zukunft der Nation.

GS, 1961, H. 4, S. 357–365.

**Vietzke, Siegfried:** Einige Probleme des Kampfes um die Demokratie in den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands.

BzG, 1961, Sonderh., S. 55–76.

1945 bis zur Gegenwart

- Über die *Arbeit* der örtlichen Räte zur Einbeziehung der Werktätigen. [Von Dick, Spann, Hering und Tautermann.] TP, 1961, H. 3, S. 5–10.
- Benser, Günter: Bemerkenswerte Einge-  
ständnisse. Wie die rechten SPD-Führ-  
er die Einheit der Arbeiterklasse be-  
kämpften.  
BzG, 1961, Sonderh., S. 139–148.
- Bergner, Dieter: Die Staatsratserklärung  
– Staatspolitik auf wissenschaftlicher  
Grundlage.  
DZPh, 1961, H. 4, S. 423–437.
- Bittel, Karl: Die Bewegung zur Aktions-  
einheit und Einheitspartei in Baden  
1945.  
UZ, 1961, H. 1, S. 53–63. H. 2, S. 170–184.
- Brasch, Horst: Die SED – die führende  
Kraft der Nationalen Front des demo-  
kratischen Deutschland.  
UZ, 1961, H. 1, S. 24–35.
- Buchmann, Albert: Die Bedeutung der  
Deutschen Demokratischen Republik  
für den Kampf der friedliebenden  
Kräfte in Westdeutschland.  
BzG, 1961, Sonderh., S. 101–116.
- Chronik aller Tagungen des ZK der SED,  
der wichtigsten zentralen Konferenzen  
und Beschlüsse seit dem V. Parteitag.  
DdZ, 1961, H. 234, S. 1–14.
- Die *Entwicklung* neuer gesellschaftlicher  
und menschlicher Beziehungen – ein  
Wesenszug der sozialistischen Demo-  
kratie. [Von Rainer Arlt, Siegfried  
Petzold, Harald Riedel u. a.]  
E, 1961, H. 5, S. 681–692.
- Florin, Peter: Der proletarische Inter-  
nationalismus – ein Grundpfeiler der  
Politik der Sozialistischen Einheitspar-  
tei Deutschlands.  
UZ, 1961, H. 1, S. 13–23.
- Gemkow, Heinrich und Klaus Mammach:  
Zu einigen Fragen der Moskauer Er-  
klärung und den Aufgaben der Partei-  
historiker.  
BzG, 1961, Sonderh., S. 28–54.
- Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen  
Demokratischen Republik  
(vom 12. April 1961).  
DdZ, 1961, H. 239, S. 40–49.  
H. 240, S. 41–48.
- Grußadresse des Zentralkomitees der  
SED zum 15. Jahrestag der Gründung  
der Freien Deutschen Jugend (ver-  
öffentlicht am 7. März 1961).  
DdZ, 1961, H. 235, S. 40–41.
- Gutermuth, Rolf: Unsere Republik im  
Weltsystem des Sozialismus.  
A, 1961, H. 5, S. 56–59.
- Herber, Richard, Hannes Hörnig und  
Fritz Müller: Für eine höhere Qualität  
der Parteiarbeit.  
E, 1961, H. 4, S. 572–587.
- Horn, Werner: Der Beschluß des III. Par-  
teitages der SED über den ersten Fünf-  
jahrplan – das Programm für die  
Schaffung der Grundlagen des Sozia-  
lismus.  
TP, 1961, Sonderh., S. 78–90.
- Horn, Werner: Der Kampf der Sozialisti-  
schen Einheitspartei Deutschlands in  
den Jahren 1951/1952 um die Entfal-  
tung der Masseninitiative der Arbei-  
terklasse zur Durchführung des Fünf-  
jahrplans in den volkseigenen Betrie-  
ben.  
BzG, 1961, Sonderh., S. 77–100.
- König, Helmut: Schule und Leben – Bil-  
dung und Erziehung. Zur Vorbereitung  
des VI. Pädagogischen Kongresses.  
E, 1961, H. 5, S. 728–739.
- Kolbe, Hellmuth: Die Entwicklung der  
SPD vom Godesberger Parteitag bis  
zum Parteitag in Hannover.  
BzG, 1961, Sonderh., S. 149–166.
- KPD ruft zum Kampf für die Rettung  
der Bauern. (Dokumente.)  
SB, 1961, H. 19, S. 15–18.
- Lefranc, Pierre: La République démocra-  
tique allemande: problèmes et pers-  
pectives. (Die Deutsche Demokratische  
Republik: Probleme und Perspektiven.)  
CC, 1961, H. 5, S. 1009–1020.
- Mannschatz, Gerhard: Das nationale Pro-  
gramm der Kommunistischen Partei  
Deutschlands vom 11. Juni 1945.  
GS, 1961, H. 4, S. 306–312.
- Müller, Walter: Die Aktionseinheit zwi-  
schen KPD und SPD in München  
1945/1946.  
BzG, 1961, Sonderh., S. 117–138.
- Norden, Albert: Wider die Feinde der  
Selbstbestimmung. [Zur Politik in  
Westdeutschland.]  
SB, 1961, H. 23, S. 5–10.
- Der *Plan* „Neue Technik“ und das Wir-  
ken der Arbeiterforscher in der volks-  
eigenen Industrie der DDR.  
DdZ, 1961, H. 240, S. 17–28.



- Redlow, Götz und Horst Ullrich:** Die ideologische Offensive des Marxismus-Leninismus in Deutschland. DZPh, 1961, H. 4, S. 405–420.
- Reichelt, Hans:** Premier bilan de la transformation socialiste de l'agriculture en R.D.A. (Erste Bilanz der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik.) DN, 1961, H. 6, S. 66–69.
- Reinhold, Otto:** Die Wirtschaftspolitik der SED und die nationalen Interessen des deutschen Volkes. Ww, 1961, H. 4, S. 481–490.
- Rühle, Otto:** Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. ZfG, 1961, H. 2, S. 405–433.
- Schaul, Hans und Jörg Vorholzer:** Über die sozialistische Erziehung der Arbeiterklasse in der DDR. PFS, 1961, H. 5, S. 420–426.
- Schreiben fünf ehemaliger kommunistischer Abgeordneter an den westdeutschen Bundestag und die Bundesregierung (vom 27. Februar 1961).** DdZ, 1961, H. 235, S. 42–43.
- Schröder, Otto:** Der Volksentscheid in Sachsen gegen die Kriegs- und Nazi-verbrecher. E, 1961, H. 6, S. 855–868.
- Schumann, Horst:** Jugendarbeit – Sache aller Genossen. NW, 1961, H. 10, S. 458–464.
- Seider, Josef:** Der Kampf der Arbeiter unter Führung der KPD im Ruhrgebiet für die Schaffung der Aktions-einheit der Arbeiterklasse (Ende 1945 bis Mitte 1946). GS, 1961, H. 4, S. 339–350.
- Sorgenicht, Klaus und Gerhard Schürer:** Volkswirtschaftsplan und sozialistische Demokratie. E, 1961, H. 5, S. 665–680.
- Thomas, Siegfried:** Die Rolle der Aktionseinheit zwischen KPD und SPD beim Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und bei der Überwindung der Kriegsfolgen in Berlin (Juni bis Dezember 1945). ZfG, 1961, H. 2, S. 373–404.
- Ulbricht, Walter:** Begründung der Ordnung über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe. (Nebst Bericht von Karl Polak, Beschluß des Staatsrates vom 17. April 1961 und Text der Entwürfe der 7 Ordnungen.) Demokratischer Aufbau, 1961, H. 9/10.
- Verner, Paul:** Die wirkliche Alternative. Aus einer Rede auf dem IV. Kongreß der Arbeiterjugend beider deutscher Staaten in Rostock. SB, 1961, H. 19, S. 6–8.
- Volkskammer der DDR beschloß Gesetz-buch der Arbeit.** DdZ, 1961, H. 238, S. 1–8.
- Wahlprogramm der KPD: Gemeinsam für den Frieden, für das Glück unseres Volkes.** SB, 1961, H. 16, S. 13–21. DdZ, 1961, H. 239, S. 37–40.
- Weichert, Wolfgang:** Ein weiterer Schritt in der Entfaltung des demokratischen Zentralismus. [Diskussion zu den Entwürfen der Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und deren Organe.] StR, 1961, H. 6, S. 1092–1108.
- Wendrock, Rolf und Horst Müller:** Die Bedeutung der polytechnischen Bildung für die allseitige Entwicklung der Jugend. E, 1961, H. 6, S. 841–854.
- Wrobel, Kurt:** Dokumente des Kampfes westdeutscher Arbeiter um die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands nach dem Gründungsparteitag der SED. BzG, 1961, Sonderh., S. 235–253.

#### Fragen der Einheit Deutschlands

- Die XIII. Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz (11. März 1961) und andere gesamtdeutsche Beratungen in Leipzig.** DdZ, 1961, H. 236, S. 13–24.
- Badia, Gilbert:** Nouveaux aspects du problème allemand. (Neue Aspekte des deutschen Problems.) Pen, 1961, H. 97, S. 27–38.
- Dieckmann, Johannes:** Friedensvertrag – Schicksalsfrage der deutschen Nation. NZ, 1961, H. 21, S. 4–5.
- Dokumente zur XIII. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz (am 11. März 1961 in Leipzig).** DdZ, 1961, H. 235, S. 39–40.
- Peck, Joachim:** Neutralität und Deutschlandfrage. NJ, 1961, H. 8, S. 262–267.

Ulbricht, Walter: Antworten auf Fragen der Journalisten [zu einem Friedensvertrag].

SB, 1961, H. 22, S. 4–22.

Walter Ulbricht über Friedensvertrag und Westberlinfrage. (Interview mit der Zeitung „Neues Deutschland“.)

SB, 1961, H. 20, S. 6–8.

DdZ, 1961, H. 241, S. 31–33.

#### IV. GESCHICHTE DER INTERNATIONALEN ARBEITERBEWEGUNG

##### Allgemeines

Бачинський, А. Д.: Паризька Комунa і революційний рух на Півдні України.

(Die Pariser Kommune und die revolutionäre Bewegung in der Süd-ukraine.)

UIZ, 1961, H. 2, S. 45–54.

Бессуднов, С.: Новый этап развития мировой социалистической системы.

(Die neue Etappe in der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems.)

ME, 1961, H. 5, S. 11–24.

Вебер, А.: Рост рабочего класса в капиталистическом мире.

(Das Anwachsen der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Welt.)

ME, 1961, H. 5, S. 40–54.

Гольман, Л. И.: М. И. Михайлов. Союз коммунистов — первая международная организация пролетариата.

(M. P. Michailow: Der Bund der Kommunisten — die erste internationale Organisation des Proletariats. [Moskau 1960. Rezension.])

NNI, 1961, H. 2, S. 152–155.

Данилова, И. П., Н. Ю. Колтинский и Ф. Г. Рябов: Обзор новых документов по истории I Интернационала.

(Übersicht über neue Dokumente zur Geschichte der I. Internationale.)

VIK, 1961, H. 3, S. 170–178.

Документы и статьи по истории КПСС и истории международного коммунистического и рабочего движения, опубликованные в журналах, ученых записках и трудах в ноябре-декабре 1960 года.

(Dokumente und Artikel zur Geschichte der KPdSU und der Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, veröffentlicht in Zeitschriften, wissenschaftlichen Schriften und Arbeiten in der Zeit von November bis Dezember 1960.)

VIK, 1961, H. 2, S. 216–222.

Козинев, В. П. і В. Н. Котов: Під прапором пролетарського інтернаціоналізму.

(Unter dem Banner des proletarischen Internationalismus. [Johannes Zeit: Proletarischer Internationalismus im Kampf um Sacco und Vanzetti. Berlin 1958. Rezension.])

UIZ, 1961, H. 2, S. 147–149.

Майданик, К.: Идеино-политический кризис современной социал-демократии.

(Die ideologisch-politische Krise der modernen Sozialdemokratie.)

ME, 1961, H. 6, S. 93–103.

Михайлов, М. И.: Компартии в борьбе за единство рабочего класса и сплочение всех демократических сил.

(Die kommunistischen Parteien im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse und den Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte.)

NNI, 1961, H. 3, S. 7–19.

Неуклонный рост сил социализма.

(Das unaufhörliche Wachsen der Kräfte des Sozialismus. [Die Welt des Sozialismus in Ziffern und Fakten.])

K, 1961, H. 6, S. 91–99.

Подъем рабочего движения в странах капитала.

(Der Aufschwung der Arbeiterbewegung in den Ländern des Kapitals.)

K, 1961, H. 6, S. 100–111.

Lupta, 1961, H. 5, S. 95–104.

AiA, 1961, H. 10, S. 9–12.

H. 11, S. 7–10.

Профессиональный Союзы в капиталистических странах.

(Die Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern. [Statistiken und Tabellen über USA, England und Westdeutschland.])

ME, 1961, H. 5, S. 151–157.

Усенко, Е. Т.: Основные международно-правовые принципы сотрудничества социалистических государств.

- (Die völkerrechtlichen Grundprinzipien der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten.)  
Государственное и Право, 1961, H. 3, S. 16–29.
- Фриман, М. И.:** М. Н. Михайлов: Союз коммунистов — первая международная организация пролетариата.  
(M. N. Michailow: Der Bund der Kommunisten — die erste internationale Organisation des Proletariats. [Moskau 1960. Rezension.])  
VI, 1961, H. 4, S. 145–148.
- Шевченко, Ф. П.:** Рота им. Тараса Шевченка в боях против фашизма в Испании (1937–1938 гг.).  
(Die Taras-Schewtschenko-Kompanie in den Kämpfen gegen den Faschismus in Spanien — 1937 bis 1938 —.)  
UIŽ, 1961, H. 1, S. 101–114.
- Ачраф, Muhammad Rachid:** Sur le « socialisme arabe ». (Über den „arabischen Sozialismus“.)  
DN, 1961, H. 6, S. 30–33.
- Die kommunistische Bewegung wächst und erstarkt. (Zahlen und Tatsachen.)  
Sw, 1961, H. 5, S. 566–570.
- Bohr, Léon:** Die kommunistischen Parteien — eine nationale Kraft.  
PFS, 1961, H. 6, S. 486–492.
- Dokumente der 22. Tagung des Exekutivkomitees des WGB (Berlin, 2. bis 4. Februar 1961).**  
W, 1961, H. 3, S. 33–40.
- Nové dokumenty k příčinám krachu protisovětské intervence čs. legií v Rusku.** (Neue Dokumente über die Ursachen des Zusammenbruchs der antisowjetischen Intervention der tschechischen Legion in Rußland.)  
PD, 1960, H. 12, S. 120–168.
- Für eine Amnestie in Spanien und Portugal.** [Zur II. Lateinamerikanischen Konferenz für eine Amnestie politischer Gefangener Spaniens und Portugals. Montevideo, Januar 1961.]  
PFS, 1961, H. 4, S. 381–382.
- Frachon, Benoit:** Zu einigen Problemen des Kampfes der westeuropäischen Arbeiter.  
NZ, 1961, H. 18, S. 4–5.
- Gebauer, H.:** Die kommunistische Weltbewegung wächst und erstarkt. (Zahlen und Tatsachen.)  
AiA, 1961, H. 9, S. 20–22.
- Georgijew, Ljuben:** Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder.  
AiA, 1961, H. 9, S. 24–25.
- Graham, Shirley:** The first Conference of African and Asian women. (Die erste Konferenz afrikanischer und asiatischer Frauen [Februar 1961].)  
PA, 1961, H. 3, S. 60–64.
- Herder, Gerhard, Manfred Kemper und Johannes Kirsten:** Die Moskauer Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 und einige Fragen des Völkerrechts.  
StR, 1961, H. 5, S. 845–864. H. 6, 1018 bis 1038.
- Kasjanenko, W. und I. Lunjow:** Aus der Geschichte der brüderlichen Beziehungen der deutschen und sowjetischen Arbeiterklasse. [Die Hilfe der deutschen Arbeiterklasse für die Sowjetunion beim Aufbau des Sozialismus in den Jahren 1926 bis 1932.]  
BzG, 1961, H. 2, S. 259–279.
- Konečný, Cestmír:** Cesta dalšího rozvoje socialistické soustavy. (Der weitere Entwicklungsweg des sozialistischen Systems.)  
NMy, 1961, H. 5, S. 602–613.
- Křen, Jan:** Rozsáhlá práce o dějinách zahraničního odboje za druhé světové války. (Eine umfangreiche Arbeit über den ausländischen Widerstand[s Kampf] im zweiten Weltkrieg. [Bohuslav Lastovický: Während des Krieges in London. Prag 1960. Rezension.])  
PD, 1961, H. 1, S. 117–126.
- Die Länder des Sozialismus im Jahre 1960.** (Übersicht über die Ergebnisse der Entwicklung der Volkswirtschaft.)  
PFS, 1961, H. 5, Beilage.
- Lopez, J.:** Freiheit und Amnestie für die eingekerkerten spanischen Patrioten! Zur Pariser Konferenz für Amnestie der spanischen politischen Gefangenen und Emigranten am 25. und 26. März 1961. [Mit einem Dokument.]  
AiA, 1961, H. 8, S. 22–23.
- Von Mai zu Mai.** Chronik der Streik-kämpfe. [1960/61.]  
NZ, 1961, H. 18, S. 29–31. H. 19, S. 20 bis 23.
- Mauvais, Léon:** Die französischen und algerischen Gewerkschafts- und Studentenorganisationen trafen sich in Genf. [Februar 1961.]  
W, 1961, H. 4, S. 3–7.



Oișteanu, M. și C. Florea: Noua etapă a dezvoltării sistemului mondial socialist. (Die neue Etappe in der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems.) AII, 1961, H. 3, S. 84–94.

Saillant, Louis: Neue Ereignisse bahnen sich an. (Dem V. WGB-Kongreß entgegen.)

W, 1961, H. 3, S. 3–8.

Socialdemocrazia austriaca e socialisti italiani nell'agosto del 1914. Un colloquio di Wilhelm Ellenbogen con Benito Mussolini e Claudio Treves. (Österreichische Sozialdemokraten und italienische Sozialisten im August 1914. Ein Gespräch von Wilhelm Ellenbogen mit Benito Mussolini und Claudio Treves.) StSt, 1961, H. 1, S. 100–113.

Szyr, Eugeniusz: Das sozialistische Weltwirtschaftssystem in der gegenwärtigen Etappe.

PFS, 1961, H. 4, S. 289–296.

Teodorescu, Elena: Neue Möglichkeiten zur Verteidigung und Erweiterung der gewerkschaftlichen Rechte. [Zur Tagung der „Internationalen gewerkschaftlichen und juristischen Kommission für die Verteidigung und die Erweiterung der gewerkschaftlichen Rechte und den Schutz der Opfer der gewerkschaftsfeindlichen Unterdrückung“. 9. und 10. März 1961.]

W, 1961, H. 5, S. 42–46.

Welche Veränderungen gehen in der Struktur der Arbeiterklasse vor sich? [Meinungsaustausch.]

PFS, 1961, H. 4, S. 349–363.

H. 5, S. 451–462. H. 6, 548–555. H. 9, S. 818–831.

Das Weltssystem des Sozialismus.

(Ziffern und Fakten.)

Sw, 1961, H. 4, S. 361–366.

Zelt, Johannes: Unter dem Banner des proletarischen Internationalismus. Dokumente und Materialien zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung Februar 1956 bis Dezember 1959. Berlin 1960. [Rezension.]

BzG, 1961, H. 2, S. 458–463.

## Einzeln Länder

### Argentinien

Jурлов, П.: Аграрный вопрос в Аргентине.

(Die Agrarfrage in Argentinien.)

ME, 1961, H. 5, S. 110–116.

Significado de las recientes elecciones. (Die Bedeutung der jüngsten Wahlen. [Februar 1961.]

NE, 1961, H. 2, S. 3–11.

### Australien

Brown, W. J.: Right to work — a basic demand. (Recht auf Arbeit — eine Grundforderung.)

CR, 1961, H. 232, S. 140–143.

McPhillips, J.: Economic crisis and workers' mass action. (Wirtschaftskrise und Massenaktion der Arbeiter.)

CR, 1961, H. 233, S. 191–193.

The struggle for emancipation of the Australian aborigines. (Der Kampf für die Befreiung der australischen Eingeborenen.)

CR, 1961, H. 231, S. 96–104.

Young, Fam: Trade Union's Women's Committees are part of the united working class. (Die Frauenkomitees der Gewerkschaften sind ein Teil der vereinten Arbeiterklasse.)

CR, 1961, H. 235, S. 112–115.

### Belgien

Бурнель, Эрнест: Проблемы рабочего движения в Бельгии.

(Probleme der Arbeiterbewegung Belgiens.)

K, 1961, H. 8, S. 73–81.

Лоран, Анри: Крепнет авторитет партии.

(Die Autorität der Partei festigt sich.)

PZ, 1961, H. 9, S. 66–70.

Малов, В.: Характер и значение всеобщей забастовки в Бельгии. (Charakter und Bedeutung des Generalstreiks in Belgien.)

ME, 1961, H. 6, S. 123–126.

Blume, Isabelle: Lendemain de grève. (Die Tage nach dem Streik.)

CI, 1961, H. 117, S. 83–89.

Bras, Marcel: Belgien: „Der Streik wurde zwar abgebrochen, aber dennoch geht der Kampf weiter“.

W, 1961, H. 3, S. 19–22.

Geyt, Louis van: België na de storm. (Belgien nach dem Sturm.)

PC, 1961, H. 6, S. 251–258.

Spano, Velio: La crisi del capitalismo in Belgio. (Die Krise des Kapitalismus in Belgien.)

R, 1961, H. 4, S. 377–386.

Bolivien

- Monje, Mario:** Die Entwicklung der bolivianischen Revolution und die Taktik der Partei.  
PFS, 1961, H. 5, S. 438–441.

Brasilien

- Antonio Pereira** über die brasilianischen Gewerkschaften.  
NZ, 1961, H. 23, S. 12–13.

Bulgarien

- Генов, Иван:** За обществените и личните интереси на селяните в трудовокооперативните земеделски стопанства.  
(Über die gesellschaftlichen und persönlichen Interessen der Bauern in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.)  
Fil. Misul, 1961, H. 1, S. 47–61.

- Стойков, Атанас:** Единството между теорията и практиката в дейността на БКП.  
(Die Einheit von Theorie und Praxis in der Tätigkeit der Kommunistischen Partei Bulgariens.)  
NV, 1961, H. 6, S. 19–33.

- Тасев, Станой:** Успехите на нашата страна по пътя на социализма в цифри.  
(Die Erfolge unseres Landes auf dem Wege zum Sozialismus in Zahlen.)  
NV, 1961, H. 5, S. 44–53.

- Beschluß der Plenartagung des Zentralkomitees der Bulgarischen Kommunistischen Partei** über die Fragen der Landwirtschaft [vom April 1961].  
IB Bulgarien, 1961, H. 2, S. 56–77.

Chile

- Артюшенко, М.:** Успех демократических сил Чили.  
(Ein Erfolg der demokratischen Kräfte Chiles.)  
MŽ, 1961, H. 4, S. 123–124.  
AiA, 1961, H. 9, S. 23.

- Akumada, Juan:** Combatar la cesantía.  
(Die Arbeitslosigkeit bekämpfen!)  
Prin. Chile, 1961, H. 79, S. 35–37.

- Impetuoso avance del movimiento obrero y popular de Chile.** (Stürmischer Vor-

marsch der Arbeiter- und Volksbewegung in Chile.)  
NE, 1961, H. 2, S. 42–44.

- Corvalan, Luis:** El discurso sobre las elecciones parlamentarias. (Die Rede über die Parlamentswahlen. [14. März 1961.]

Prin. Chile, 1961, H. 79, S. 57–65.

- Gonzalez, Jose:** Un gran avance del movimiento popular. (Ein bedeutender Vormarsch der Volksbewegung.)

Prin. Chile, 1961, H. 79, S. 7–17.

- Elias Lafferte** zum Gedenken.

PFS, 1961, H. 4, S. 333.

- Millas, Orlando:** Über den Kampf der chilenischen Bauern. [Interview.]

NZ, 1961, H. 22, S. 20–21.

- Zamorano, Mario:** La lucha por la juventud chilena. (Der Kampf für die chilenische Jugend.)

Prin. Chile, 1961, H. 78, S. 7–11.

China

- Делюсин, Л. и Г. Сухарчук:** 40 лет Коммунистической партии Китая. (40 Jahre Kommunistische Partei Chinas.)

PŽ, 1961, H. 12, S. 56–63.

- Peters, Helmut:** 40 Jahre Kommunistische Partei Chinas.

AiA, 1961, H. 12, S. 8–10.

- Peters, Helmut:** Taiping-Revolution und mandschurische Fremdherrschaft. (Die Widerspiegelung des nationalen Widerstands zwischen dem chinesischen Volk und den Mandschu in der Taiping-Revolution.)

WZ, Leipzig, 1961, H. 3, S. 469–479.

Dänemark

- Nielsen, Chr.:** Ein lehrreicher Kampfabschnitt für die dänische Arbeiterklasse. Zur kürzlichen Tarif- und Streikbewegung der dänischen Arbeiter.  
AiA, 1961, H. 11, S. 20–22.

Ecuador

- Bases para la reforma agraria.** (Resolución de la primera conferencia nacional campesina.) (Grundlage für die Agrarreform. — Resolution der ersten nationalen Bauernkonferenz. —)  
BR, 1961, H. 1, S. 73–77.

**Lucha para la transformación radical del País.** (Resolución del Pleno de Comité Central del Partido Comunista del Ekuador. Guayaquil, Octubre de 1960.) (Kampf für die radikale Umwandlung des Vaterlandes. — Resolution des Plenums des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Ekuadors. Guayaquil, Oktober 1960. —) BR, 1961, H. 1, S. 53–70.

**Saad, Pedro:** La reforma agraria. Conferencia dictada en el VII Congreso de la Federación provincial de Trabajadores del Guayas, en Guayaquil el 30 Septiembre de 1960. (Die Agrarreform. Bericht auf dem Kongreß der Provinzföderation der Arbeiter Guayas in Guayaquil am 30. September 1960.) BR, 1961, H. 1, S. 7–52.

#### England

**Песчанский, В.:** Некоторые тенденции движения заработной платы в Англии. (Einige Tendenzen der Arbeiterlohn-bewegung in England.) ME, 1961, H. 4, S. 124–132.

**Песчанский, В.:** Сдвиг влево в рабочем движении Англии. (Der Ruck nach links in der Arbeiterbewegung Englands.) ME, 1961, H. 6, S. 112–116.

**Раскин, З. М.:** Образование и раскол Социал-демократической федерации в Англии. (Die Entstehung und Spaltung der sozialdemokratischen Föderation in England.) NNI, 1961, H. 3, S. 97–108.

**Campbell, J. R.:** Labour's unity can be won only by a real peace and anti-Tory policy. (Die Arbeitereinheit kann nur gewonnen werden durch eine wirkliche Friedens- und gegen die Tories gerichtete Politik.) WN, 1961, H. 20, S. 256–258.

**Cor, Idris:** Zu einigen Fragen des XXVII. Parteitages der Kommunistischen Partei Großbritanniens. AiA, 1961, H. 6, S. 336–340.

**Wainwright, William:** O novou orientaci Labour Party. (Über die Neuorientierung der Labourpartei.) MezP, 1961, H. 6, S. 336–340.

#### Frankreich

**Дразнинас, Я. И.:** К истории Красной афиши и восстания 22 января 1871 года в Париже. (Zur Geschichte des roten Plakats und des Aufstandes vom 22. Januar 1871 in Paris.) NNI, 1961, H. 2, S. 89–98.

**Иоаннисян, А. Р.:** Из истории утопического коммунизма во Франции в начале XIX столетия. (Aus der Geschichte des utopischen Kommunismus in Frankreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts.) NNI, 1961, H. 3, S. 58–69.

**Манфред, А. З.:** Историческое значение и традиции Парижской коммуны. (Die historische Bedeutung und die Traditionen der Pariser Kommune.) NNI, 1961, H. 2, S. 45–58.

**Морозов, Г. П.:** Профессиональные организации рабочих Парижа и Коммуна 1871 года. (Die Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter von Paris und die Kommune 1871.) VI, 1961, H. 3, S. 92–106.

**Новикова, Г. П.:** Бордоская секция I Интернационала во время франко-прусской войны и Парижской коммуны. (Die Sektion Bordeaux der I. Internationale zur Zeit des französisch-preußischen Krieges und der Pariser Kommune.) NNI, 1961, H. 2, S. 74–88.

**Предсмертные письма французских коммунистов из гитлеровских застенков.** (Letzte Briefe französischer Kommunisten aus den Folterkammern Hitlers. [Dokumente.]) IA, 1961, H. 3, S. 119–126.

**Рубинский, Ю.:** Борьба за единство профсоюзного движения во Франции. (Der Kampf für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich.) ME, 1961, H. 6, S. 117–119.

**Berlio, Joanny:** The Paris Commune: 90 years after. (Die Pariser Kommune: nach 90 Jahren.) PA, 1961, H. 3, S. 53–59.



- Bouvier-Ajam, M.:** Aspects actuels de la classe ouvrière française. (Aktuelle Erscheinungen der französischen Arbeiterklasse.)  
EP, 1961, H. 82, S. 43–55.
- Brown, Freda:** 90th anniversary of the Paris Commune. "They stormed the heavens." (90. Jahrestag der Pariser Kommune. „Sie stürmten den Himmel.“)  
CR, 1961, H. 231, S. 93–95.
- Copoiu, N.:** 90 de ani de la proclamarea comunei din Paris. (90 Jahre seit der Ausrufung der Pariser Kommune.)  
AII, 1961, H. 1/2, S. 186–196.
- Duclos, Jacques:** Das große Beispiel. [Zum 90. Jahrestag der Pariser Kommune.]  
AiA, 1961, H. 7, S. 10–11.
- Duclos, Jacques:** Le XVI<sup>e</sup> Congrès du Parti communiste français. (Der XVI. Parteitag der Kommunistischen Partei Frankreichs.)  
CC, 1961, H. 5, S. 869–876.
- Gacon, Jean:** La Commune et ses historiens. (Die Kommune und ihre Historiker.)  
Pen, 1961, H. 97, S. 102–107.
- Gacon, Jean:** De nouvelles études sur la Commune de Paris. (Neue Studien über die Pariser Kommune.)  
DN, 1961, H. 6, S. 61–65.
- Henseke, H.:** [Hans Maretzki:] Die Kom-munarden von Paris. [Berlin 1961. Rezension.]  
Militärwesen, 1961, H. 4, S. 557–559.
- Höhn, H.:** Die bewaffneten Kämpfe der Pariser Kommune und ihre Lehren. Militärwesen, 1961, H. 4, S. 502–515.
- Hugonnot, Jean:** Die Augusttage 1944 in Paris.  
IHW, 1961, H. 5, S. 28–51.
- Jemnitz, J.:** Le centenaire de Jean Jaurès. (Die Hundertjahrfeier für Jean Jaurès.)  
AHA, 1960, Bd. VII, H. 3/4, S. 297–319.
- Moissonnier, Maurice:** La Commune, et le mouvement ouvrier lyonnais. (Die Kommune und die Arbeiterbewegung von Lyon.)  
NC, 1961, H. 125, S. 104–124.
- Moissonnier, Maurice:** Première Internationale et courants traditionnels du mouvement ouvrier à Lyon. (Erste Internationale und traditionelle Strömungen der Arbeiterbewegung in Lyon.)  
CI, 1961, H. 118, S. 61–70.
- Raubaum, Jörg:** Zur Rolle der Kommunistischen Partei Frankreichs in der nationalen antifaschistischen Befreiungsbewegung.  
DA, 1961, H. 4, S. 467–471.
- Thorez, Maurice:** Aus dem Schlußwort auf dem XVI. Parteitag der KPF. [St. Denis, 11. bis 14. Mai 1961.]  
AiA, 1961, H. 10, S. 14–16.
- Griechenland
- Depos, E.:** Die Kundgebungen gegen die Zivilmobilisierung.  
IHW, 1961, H. 5, S. 138–147.
- Nicolaidis, Nicos:** Eine Wende im Kampf der werktätigen Massen Griechenlands.  
PFS, 1961, H. 4, S. 342–343.
- Passalidis, J.:** Pour la défense des libertés démocratiques! Pour des élections libres! (Für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten! Für freie Wahlen! [Schreiben des Präsidenten der Linksdemokratischen Einheitspartei an die Führer der anderen Parteien vom 2. März 1961.])  
IB Griechenland, 1961, H. 3, S. 1.
- Japan
- Die Kommunistische Partei Japans stärkt und festigt ihre Reihen.**  
AiA, 1961, H. 11, S. 18–20.
- Indien
- Dange, S. A., P. C. Joshi and G. Adhikari:** Draft programme of the Communist Party of India. (Programm-entwurf der Kommunistischen Partei Indiens. [Dokument des VI. Parteitages.])  
NA, 1961, H. 4, S. 1–40.
- Gupta, Bhupesh and P. Ramamurti:** Draft programme of the Communist Party of India. (Programm-entwurf der Kommunistischen Partei Indiens. [Dokument des VI. Parteitages.])  
NA, 1961, H. 4, S. 1 [41]–36.
- Pandhe, M. K.:** A note on wages. (Eine Notiz über Löhne.)  
NA, 1961, H. 1, S. 26–33.
- Radde, Jochen:** VI. Parteitag der Kommunistischen Partei Indiens.  
AiA, 1961, H. 9, S. 16–19.

Indonesien

Der *Kampf* der Kommunistischen Partei Indonesiens für ein völlig unabhängiges und demokratisches Indonesien. (Aus den Thesen des ZK der Kommunistischen Partei Indonesiens anlässlich des 41. Jahrestages ihrer Gründung.)

AiA, 1961, H. 12, S. 23–24.

Njono: Perspektiven und Aufgaben der indonesischen Werktätigen.

W, 1961, H. 5, S. 19–20.

Irak

Erklärung der Kommunistischen Partei des Irak [zur Streikbewegung in Bagdad].

AiA, 1961, H. 9, S. 31.

Mahmud, Sahmi: Kampf gegen den Terror in Irak.

PFS, 1961, H. 6, S. 562–564.

Italien

Д'Онофрио, Едоардо: В авангарде борьбы итальянского народа за мир, демократию и социализм.

(In der Avantgarde des italienischen Volkes im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus. [Zum 40. Jahrestag der Kommunistischen Partei Italiens.])

VIK, 1961, H. 3, S. 77–93.

Пайетта, Джан Карло: Итальянские коммунисты в борьбе за демократию и социализм.

(Die italienischen Kommunisten im Kampf für Demokratie und Sozialismus. [Zum 40. Jahrestag der Kommunistischen Partei Italiens.])

NNI, 1961, H. 2, S. 3–6.

Banchieri, Domenico: Der schöpferische Beitrag der Jugend zum gewerkschaftlichen Leben Italiens. [Landeskonferenz der Arbeiterjugend Italiens, Rom, 18. und 19. Februar 1961.]

W, 1961, H. 4, S. 16–18. 21.

Berlinguer, Enrico: Dibattito politico e tesseramento al partito. (Politischer Meinungsstreit und Mitgliedschaft in der Partei.)

R, 1961, H. 5, S. 477–480.

Fedotova, A.: B. Lopuchov: «Lupta clasei muncitoare din Italia impotriva fascismului (1920–1922)».

(B. Lopuchow: Der Kampf der italienischen Arbeiterklasse gegen den Faschismus – 1920 bis 1922 –. [Moskau 1959. Rezension.])

AII, 1961, H. 3, S. 108–116.

Der *Kampf* der Kommunistischen Partei Italiens für eine neue demokratische Einheit und den Sturz der Regierung Fanfani. (Aus der Entschließung des Politbüros der KP Italiens vom 24. Mai 1961.)

AiA, 1961, H. 12, S. 17–19. [Vollständig in: Foreign Bulletin of the Italian Communist Party, 1961, H. 5/6, S. 51 bis 56.]

Minucci, Adalberto: Aspetti della spinta operaia a Torino. (Gesichtspunkte des Vorstoßes der Arbeiter in Turin.)

R, 1961, H. 5, S. 445–451.

Napolitano, Giorgio: L'azione del partito nella fabbrica. (Die Parteiarbeit in der Fabrik.)

R, 1961, H. 4, S. 365–368.

Procacci, Giuliano: Per la storia delle masse lavoratrici italiane. (Zur Geschichte der italienischen Werktätigen. [Russ. Moskau 1959. Rezension.])

StSt, 1961, H. 1, S. 185–186.

Segre, Sergio: Fruchtbare Auseinandersetzungen in der Sozialistischen Partei Italiens.

DA, 1961, H. 6, S. 702–712.

Setlik, Ilja: Kam pŭjdou italŭti socialistŭ? (Wohin gehen die italienischen Sozialisten?)

MezP, 1961, H. 5, S. 283–287.

Palmiro Togliatti: Partidul Comunist Italian. (Palmiro Togliatti: Die Kommunistische Partei Italiens. [Bukarest 1960. Rezension.])

Studii, 1961, H. 1, S. 236–238.

Togliatti, Palmiro: Die Arbeit der KP Italiens in den Betrieben verstärken! [Aus der Rede auf der Landeskonferenz der kommunistischen Betriebsarbeiter in Mailand vom 5. bis 7. Mai 1961.]

AiA, 1961, H. 10, S. 17–19. [Vollständig in: Foreign Bulletin of the Italian Communist Party, 1961, H. 5/6, S. 26 bis 45.]

Tortorella, Aldo: Il Congresso socialista di Milano. (Der [XXXIV.] Sozialistenkongreß von Milano.)

R, 1961, H. 4, S. 339–345.

DN, 1961, H. 5, S. 75–78.

Jugoslawien

- Dokumenti CK KPJ in KPS od srede marca do 6. aprila 1941.* (Dokumente des ZK der Kommunistischen Partei Jugoslawiens und der Kommunistischen Partei Sloweniens von Mitte März bis 6. April 1941.)  
 Prispevki za zgodovino delavskega gibanja 1960, H. 2, S. 3–15.
- Leontich, Bora:* Der Kampf gegen die Besetzer in Split.  
 IHW, 1961, H. 5, S. 115–125.
- Oblak-Carni, Marija:* Partizanske akcije na železnici Zalog–Rakek pod italijansko okupacijo. (Partisanenaktionen an der Eisenbahn Zalog–Rakek während der italienischen Okkupation.)  
 Prispevki za zgodovino delavskega gibanja 1960, H. 2, S. 229–264.
- Pregled pomembnejših dogodkov v ltu 1941.* (Chronik der wichtigsten Ereignisse im Jahre 1941.)  
 Prispevki za zgodovino delavskega gibanja, 1960, H. 2, S. 265–294.
- Zevart, Milan:* Pregled narodnoosvobodilne borbe v Šaleški dolini. (Über den Volksbefreiungskampf im Šaleš-Tal.)  
 Prispevki za zgodovino delavskega gibanja, 1960, H. 2, S. 169–227.

Kanada

- Der Kampf der Kommunistischen Partei Kanadas für eine vereinigte Front der Werktätigen, für ein friedliches und besseres Leben in Kanada!* [Auszüge aus der Resolution des Nationalkomitees der Kommunistischen Partei Kanadas vom Februar 1961.]  
 AiA, 1961, H. 10, S. 28–30.
- Morris, Leslie:* Canada and the United States. (Kanada und die Vereinigten Staaten.)  
 PA, 1961, H. 5, S. 45–52. Lupta, 1961, H. 7, S. 100–103.
- Morris, Leslie:* Der antimonopolistische Kampf in Kanada.  
 PFS, 1961, H. 4, S. 307–313.

Kolumbien

- Vieira, Gilberto:* Die Bauernbewegung in Kolumbien und die Kommunistische Partei.  
 PFS, 1961, H. 5, S. 413–419.

Korea

- Ким Ду Сам:* Поддержка со стороны тяжелой промышленности Северной Кореи — единственный путь создания основы самостоятельной экономики Южной Кореи.  
 (Unterstützung von seiten der Schwerindustrie Nordkoreas — der einzige Weg, um die Grundlage für eine selbständige Wirtschaft in Südkorea zu schaffen.)  
 NoK, 1961, H. 4, S. 4–7.
- Тян Сек Сам:* Повышение жизненного уровня населения и народнохозяйственный план на 1961 г.  
 (Die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung und der Volkswirtschaftsplan von 1961.)  
 NoK, 1961, H. 6, S. 9–12.
- Uhlig, Harald:* Probleme der Wiedervereinigung Koreas.  
 DA, 1961, H. 5, S. 544–553.

Kuba

- Буржете, А. Р.:*  
 Blas Roca. Los fundamentos del socialismo en Cuba. La Habana 1960. Cuba territorio libre de América. Bogota 1960. (Blas Roca: Die Grundlagen des Sozialismus in Kuba. Havanna 1960. Kuba, ein freies Land Amerikas. Bogota 1960. [Rezension.])  
 VF, 1961, H. 6, S. 169–173.
- Пакин, С.:* Куба укрепляет национальную экономику.  
 (Kuba festigt die nationale Wirtschaft.)  
 ME, 1961, H. 4, S. 133–138.
- Aquirre, Severo:* Sobre el plan agropecuario para 1961. Informe en el tercer punto del orden del día, del Pleno del Comité Nacional celebrado en la Habana el 25 de enero de 1961. (Über den Landwirtschaftsplan für 1961. Information zum ersten Punkt der Tagesordnung auf dem Plenum des Nationalkomitees, gehalten in Havanna am 25. Januar 1961.)  
 Fun, 1961, H. 171, S. 43–56.
- Brümmer, Adolf:* Zur Entwicklung auf Kuba.  
 Ww, 1961, H. 4, S. 572–580.
- Castro, Fidel:* Vonnis in een ziekenzaal. (Urteil in einem Krankensaal. [Auszug aus der berühmten Verteidigungsrede bei einer geheimen Gerichtsverhand-



- lung in einem Krankenhaus am 16. Oktober 1953.)  
 PC, 1961, H. 6, S. 259–267.
- de la Campa*, Odon Alvarez: Triumph der nationalen Einheit und der internationalen Solidarität.  
 W, 1961, H. 4, S. 7–9. 15.
- Ducke*, Erich: Die Herausbildung des unabhängigen Staates der nationalen Demokratie in Kuba und die Grundlagen seines Weiterschreitens auf dem Wege des gesellschaftlichen Fortschritts.  
 TP, 1961, H. 3, S. 24–33.
- Escalante*, Anibal: Die kubanische Revolution ist in eine neue, die sozialistische Etappe eingetreten. [Aus der Rede auf der Konferenz über „Die Entwicklung der Revolution und die Rolle der revolutionären Kräfte“ am 7. Mai 1961 in der Volksuniversität von Havanna.]  
 AiA, 1961, H. 10, S. 20–25.
- Fournial*, Georges: Cuba socialiste. (Sozialistisches Kuba.)  
 DN, 1961, H. 6, S. 46–52.
- Fournial*, Georges: La révolution cubaine. (Die kubanische Revolution.)  
 Pen, 1961, H. 97, S. 19–26.
- Fournial*, Georges: La grande victoire du peuple de Cuba. (Der große Sieg des kubanischen Volkes.)  
 CC, 1961, H. 5, S. 1021–1029.
- Der siegreiche *Freiheitskampf* des kubanischen Volkes. [Übersicht von der Jahrhundertwende bis zur Abwehr des bewaffneten Überfalls der USA auf Kuba im April 1961.]  
 DdZ, 1961, H. 239, S. 9–19.
- Greiser*, Rudolf: Sieg des kubanischen Volkes über die Aggressoren.  
 E, 1961, H. 5, S. 658–664.
- Roca*, Blas: Lo que determina y condiciona la actual situación de Cuba, son los éxitos alcanzados por la revolución. Informe en la reunión del Pleno del C.N. del P.S.P. el 25 de enero de 1961. (Die erreichten Erfolge für die Revolution bestimmen und bedingen die aktuelle Situation in Kuba. Information auf der Tagung des Plenums des Nationalkomitees der Sozialistischen Volkspartei Kubas am 25. Januar 1961.)  
 Fun, 1961, H. 171, S. 5–41.
- Sagladin*, Wadim: Ein Fiasko der Exporteure der Konterrevolution. Die ersten Lehren der Ereignisse auf Kuba.  
 PFS, 1961, H. 6, S. 522–527. NA, 1961, H. 7/8, S. 1–12.
- Schneider*, Max: USA – Kuba.  
 WZ, 1961, H. 6, S. 383–392.
- Vokrouhlický*, Zbyněk: Vítězný postup kubánské revoluce. (Der siegreiche Vormarsch der kubanischen Revolution.)  
 NMy, 1961, H. 6, S. 754–762.
- Zazworka*, Gerhard: Die gescheiterte USA-Aggression gegen das revolutionäre Kuba.  
 Militärwesen, 1961, H. 6, S. 794–809.

#### Marokko

- Après la mort de Mohammed V roi du Maroc*. (Nach dem Tode Mohammeds V., Königs von Marokko. [Appell der Kommunistischen Partei Marokkos an das marokkanische Volk vom Februar 1961.])  
 CC, 1961, H. 4, S. 805–808.
- Die *Position* der Kommunistischen Partei Marokkos. [Aus einem Brief führender Funktionäre der Kommunistischen Partei an König Hassan II.]  
 PFS, 1961, H. 5, S. 443.

#### Mongolische Volksrepublik

- Zedenbal*, J.: Bilanz nach 40 Jahren Kampf. „Über Ergänzungen und Änderungen der Verfassung der Mongolischen Volksrepublik.“ Aus dem Bericht auf der 1. Tagung des Großen Volkshurals der 4. Legislaturperiode.  
 PSU, 1961, H. 63, S. 1369–1371.

#### Niederlande

- Averink*, A.: De communisten en de werkende vrouw. (Die Kommunisten und die werktätige Frau.)  
 PC, 1961, H. 4, S. 156–163.
- XX. *Parteitag* der Kommunistischen Partei der Niederlande.  
 AiA, 1961, H. 12, S. 15–17.

#### Norwegen

- X *Zjazd* Komunistycznej Partii Norwegii. (Der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Norwegens. [Von W. N.])  
 NDr, 1961, H. 5, S. 146–148.

Österreich

- Johann Koplenig — 70 Jahre.  
WZ, 1961, H. 5, S. 311.
- Johann Koplenig zum 70. Geburtstag.  
AiA, 1961, H. 9, S. 14–15.
- Koplenig, Johann: Für die Erneuerung der Demokratie. [Aus dem Referat auf dem XVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs.]  
WZ, 1961, H. 5, S. 297–303.  
CC, 1961, H. 5, S. 1045–1050.
- Koplenig, Johann. Interview der „Volksstimme“ zur Regierungserklärung des neuen Kabinetts Gorbach.  
AiA, 1961, H. 9, S. 15–16.
- XVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs. [Wien, 1. bis 4. April 1961.]  
AiA, 1961, H. 8, S. 12–14.
- Wien wurde keine Festung der Nazis. [Nach einer Arbeit von Franz Danimann.]  
IHW, 1961, H. 5, S. 127–137.

Polen

- Drozdowski, Marian: Położenie i struktura klasy robotniczej polski lat 1918 — 1939 w literaturze naukowej dwudziestolecia. (Lage und Struktur der Arbeiterklasse Polens in den Jahren 1918 bis 1939 in der wissenschaftlichen Literatur von zwanzig Jahren.)  
Zpw, 1961, H. 1, S. 35–61.
- Hawranek, Franciszek: Komunistyczna partia Gornego Śląska (KPGŚL) w okresie III powstania Śląskiego. (Die Kommunistische Partei Oberschlesiens während des III. schlesischen Aufstandes.)  
KO, 1961, H. 2, S. 51–62.
- Kochański, Aleksander: Materiały do bibliografii polskiego ruchu robotniczego (1918–1939). T I... (Materialien zur Bibliographie der polnischen Arbeiterbewegung — 1918 bis 1939 —. Band 1. [Warschau 1960. Rezension.])  
Zpw, 1961, H. 1, S. 169.
- Mazurek, Stefania: Udział kobiet w walce plebiscytowej i powstaniach śląskich. (Der Anteil der Frauen im Abstimmungskampf und in den schlesischen Aufständen.)  
KO, 1961, H. 2, S. 37–59.

- Protokoły IV Konferencji Komunistycznej Partii Polski (1925 r.). (Die Protokolle der IV. Konferenz der Kommunistischen Partei Polens — 1925 —. [Dokumente.])  
Zpw, 1961, H. 1, S. 81–108.
- Przygonski, Antoni: Der Warschauer Aufstand.  
IHW, 1961, H. 5, S. 5–25.
- Pszczółkowski, Edmund: Rola państwowych gospodarstw rolnych w rozwoju rolnictwa. (Die Rolle der Staatsgüter bei der Entwicklung der Landwirtschaft.)  
NDr, 1961, H. 4, S. 17–27.
- Romaniukowa, Felicja: W sprawie udziału polaków w I Międzynarodówce. (Zur Teilnahme von Polen an der I. Internationale.)  
KH, 1961, H. 2, S. 321–343.
- Stan liczebny oraz rozmieszczenie członków i kandydatów PZPR. (Zahlenmäßiger Stand und Einsatz der Mitglieder und Kandidaten der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.)  
NDr, 1961, H. 5, S. 136–144.
- Żarnowska, Anna: PPS u progu rozłamu. (VII Zjazd i Rada Czerwcową 1905 r.). (Die Polnische Sozialistische Partei am Vorabend der Spaltung. — Der VII. Parteitag und der Juni-Rat 1905 —.)  
Zpw, 1961, H. 1, S. 3–34.
- Zawadzki, Sylwester: Plurality of parties and socialism. (Mehrparteien[system] und Sozialismus.)  
R, 1961, H. 5, S. 457–464.

Portugal

- Torres-Campos: Für den Zusammenschluß aller Salazar-Gegner und den Sturz des faschistischen Regimes in Portugal! 40 Jahre Kommunistische Partei Portugals.  
AiA, 1961, H. 10, S. 26–27.

Rumänien

- Апостол, Георг: Боевой авангард рабочего класса Румынии. (Die kämpferische Avantgarde der Arbeiterklasse Rumäniens. [Zum 40. Jahrestag der Kommunistischen Partei Rumäniens.])  
K, 1961, H. 7, S. 106–115.

- Apostol, Gheorghe*: Rumänien in der Etappe der Vollendung des Aufbaus des Sozialismus.  
PFS, 1961, H. 5, S. 391–397.
- Bányai, L. și E. Nastovici*: Inceputurile cristalizării curentului revoluționar în mișcarea muncitorească din România. (Der Beginn der revolutionären Strömung in der rumänischen Arbeiterbewegung.)  
Studii, 1961, H. 2, S. 279–294.
- Cerneă, Mihail*: Dezvoltarea conștiinței politice a țărănimii în perioada desăvârșirii construcției socialiste. (Die Entwicklung des politischen Bewußtseins der Bauernschaft in der Periode des vollendeten sozialistischen Aufbaus.)  
CF, 1961, H. 2, S. 311–342.
- Constantinescu-Iași, P.*: Formarea Partidului Comunist din România. (Die Gründung der Kommunistischen Partei Rumäniens. [Zum 40. Jahrestag.])  
Studii, 1961, H. 2, S. 259–278.
- Documente* privind crearea Partidului comunist din România. (Dokumente über die Gründung der Kommunistischen Partei Rumäniens.)  
AII, 1961, H. 1/2, S. 25–47.
- Documente* privind lupta pentru crearea Partidului comunist din România și activitatea sa în primii ani de existență. (Dokumente über den Kampf für die Gründung der Kommunistischen Partei Rumäniens und ihre Tätigkeit in den ersten Jahren ihres Bestehens.)  
AII, 1961, H. 3, S. 41–58.
- Gheorghiu-Dej, Gheorghe*: 40 de ani de luptă sub steagul atotbiruitor al marxism-leninismului. (40 Jahre Kampf unter dem siegreichen Banner des Marxismus-Leninismus. [Rede auf der Festsitzung zum 40. Jahrestag der Kommunistischen Partei Rumäniens am 8. Mai 1961.])  
AII, 1961, H. 3, S. 9–40.  
IB Rumänien, 1961, H. 4, S. 1–42.
- Gheorghiu-Dej, Gheorghe*: Für den vollen Sieg des Sozialismus in unserem Vaterlande, für Frieden und Wohlstand des Volkes. Rede auf der Wahlversammlung in der Floreasca-Halle.  
IB Rumänien, 1961, H. 2, S. 1–27.
- Gogoneață, N.*: Din lupta P.C.R. împotriva unor curente ale sociologiei burgheze din România. (Aus dem Kampf der Kommunistischen Partei Rumäniens gegen einige Strömungen der bürgerlichen Soziologie in Rumänien.)  
CF, 1961, H. 2, S. 449–462.
40. *Jahrestag* der Gründung der Kommunistischen Partei Rumäniens.  
AIA, 1961, H. 9, S. 10–13.
- Ionașco, Traian*: L'égalité des sexes sous les divers aspects de la vie sociale de la République Populaire Roumaine — réalisation accomplie sur l'initiative et sous la direction du Parti Ouvrier Roumain. (Die Gleichberechtigung der Geschlechter unter den verschiedenen Aspekten des sozialen Lebens der Volksrepublik Rumänien — ihre vollständige Verwirklichung auf Initiative und unter Leitung der Rumänischen Arbeiterpartei.)  
Revue, 1960, Tome IV, H. 2, S. 237–267.
- Rață, V. și A. Deac*: Tradițiile revoluționare de luptă ale mișcării muncitorești din România până la 1917. (Revolutionäre Traditionen aus dem Kampf der Arbeiterbewegung Rumäniens bis 1917.)  
AII, 1961, H. 1/2, S. 50–75.
- Sinescu, M., S. Vieru și N. Damian*: Probleme ale formării orizontului științific al oamenilor munci din R.P.R. (Fragen der Entwicklung des wissenschaftlichen Niveaus der Werktätigen der Volksrepublik Rumänien.)  
CF, 1961, H. 2, S. 389–407.
- Siperco, A. und V. Zaharescu*: Der Aufstand vom 23. August 1944 in Rumänien und seine Vorbereitung.  
IHW, 1961, H. 5, S. 98–113.
- Stoica, Gh. și Fl. Dragne*: Primul Congres al Partidului comunist din România (8–12 mai 1921). (Der erste Parteitag der Kommunistischen Partei Rumäniens — 8. bis 12. Mai 1921 —.)  
AII, 1961, H. 1/2, S. 129–159.
- Topalu, V.*: Din lupta Partidului comunist din România pentru apărarea intereselor fundamentale ale maselor populare în perioada dictaturii regale (1938–1940). (Aus dem Kampf der Kommunistischen Partei Rumäniens für die Verteidigung der Lebensinteressen der Volksmassen in der Periode der königlichen Diktatur — 1938 bis 1940 —.)  
Studii, 1961, H. 2, S. 355–381.



Țuțui, Gh.: Din lupta P.C.R. pentru desăvîrșirea revoluției burghezo-democratice și trecerea la revoluția socialistă. (Aus dem Kampf der Kommunistischen Partei Rumäniens für die Vollendung der bürgerlich-demokratischen und den Übergang zur sozialistischen Revolution.)

Studii, 1961, H. 2, S. 399—422.

Vlad, Constantin: Cresterea rolului conducător al partidului muncitoresc Român în etapa desăvîrșirii construcției socialiste în R.P.R. (Das Anwachsen der führenden Rolle der Rumänischen Arbeiterpartei in der Etappe des vollendeten sozialistischen Aufbaus in der Rumänischen Volksrepublik.)

CF, 1961, H. 2, S. 259—283.

#### Schweden

Bäckström, Knut: En aktuell kampuppgift. (Eine aktuelle Kampfaufgabe. [Zur Verbreitung des Marxismus-Leninismus an der Universität.])

VT, 1961, H. 3, S. 90—94.

Jansson, Axel: Partiet till massorna. (Die Partei der Massen.)

VT, 1961, H. 2, S. 45—51.

Lager, Fritjof: Auf dem Wege zu einer Massenpartei. (Über den XIX. Parteitag der Kommunistischen Partei Schwedens.)

PFS, 1961, H. 4, S. 335.

#### Sowjetunion

#### Allgemeines

Зорожейкин, И. Е.: К вопросу о довоенной историографии советского рабочего класса.

(Zur Geschichtsschreibung über die sowjetische Arbeiterklasse vor dem Kriege.)

ISSSR, 1961, H. 3, S. 89—102.

Данилов, В. П. и С. И. Якубовская: Источниковедение и изучение истории советского общества.

(Die Quellenkunde und das Studium der Geschichte der Sowjetgesellschaft.)

VI, 1961, H. 5, S. 3—23.

Леонтьев, М. Ф. и П. Н. Хмылов: О периодизации истории КПСС. (Über die Periodisierung der Geschichte der KPdSU.)

VIK, 1961, H. 2, S. 143—148.

Обичкин, Г. Д.: Важный центр пропаганды марксистско-ленинской теории.

(Ein wichtiges Zentrum für die Propaganda der marxistisch-leninistischen Theorie. [Zum 40. Jahrestag des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU.])

VI, 1961, H. 6, S. 3—12.

Янелъ, Б.: К изданию ленинской «Искры» в Германии.

(Zur Herausgabe der Leninschen „Iskra“ in Deutschland.)

Вестник Московского Университета, Серия 7. Филология, журналистика, 1961 г., 3, Стр. 3—13.

#### Vor der Oktoberrevolution

Горякина, В. С.: Деятельность народных среди рабочих Петербурга в период революционной ситуации 1879—1881 гг.

(Die Tätigkeit der Volkstümmer unter den Petersburger Arbeitern in der Periode der revolutionären Situation 1879 bis 1881.)

ISSSR, 1961, H. 3, S. 128—139.

Дажина, И. М.: О нелегальной большевистской печати в годы первой мировой войны.

(Über die illegale bolschewistische Presse im ersten Weltkrieg.)

VIK. 1961. H. 2 S. 113—123.

Из истории деятельности заграничной организации РСДРП.

(Aus der Geschichte der Tätigkeit der Auslandsorganisation der SDAPR. [Dokumente.])

IA, 1961, H. 2, S. 99—119.

Киреева, В. М.: К истории ленинской «Искры».

(Zur Geschichte der Leninschen „Iskra“. [Übersicht über Dokumente des staatlichen Zentralarchivs für Geschichte in Moskau.])

- VIK. 1961. H. 3. S. 178—182.

Колшпер, Т. М.: Ленінська «Искра» в Східній Галичині.

(Die Leninsche „Iskra“ in Ostgalizien [M. Woljanjuk: Die Leninsche „Iskra“ in Galizien. Lwow 1959. Rezension.])

UIZ. 1961. H. 2. S. 143—146.

Литвинов, М. М.: Воспоминания. (Erinnerungen [an die Leninsche „Iskra“].)

IA, 1961, H. 2, S. 139—151.

Москалев, М. А.: Первая ленинская программа партии большевиков. (Das erste Leninsche Programm der Partei der Bolschewiki.) VIK, 1961, H. 3, S. 138—149.

*Von der Oktoberrevolution bis zum Ende des zweiten Weltkrieges*

Болтин, Е., Г. Деборин и Н. Павленко: Героический подвиг советского народа.

(Der Heldenkampf des Sowjetvolkes. [Zum 20. Jahrestag des Beginns des Großen Vaterländischen Krieges.])

K, 1961, H. 8, S. 11—25.

PSU, 1961, H. 70, S. 1510—1517.

Булатов, А. И.: Документы о борьбе женотделов. (Обзор документов ЦК РКП (б) за 1919—1925 гг.)

(Dokumente über die Arbeit der Frauenausschüsse. — Eine Übersicht der Dokumente des ZK der KPR(B) von 1919 bis 1925. —)

VIK, 1961, H. 2, S. 173—180.

Владимирцев, И. Н. и Ю. У. Томашевич: «Великая Октябрьская социалистическая революция». Хроника событий. 7 мая—25 июля 1917 г. Т. 2. („Die Große Sozialistische Oktoberrevolution.“ Chronik der Ereignisse. 7. Mai bis 25. Juli 1917, Band 2. [Moskau 1959. Rezension.])

VI, 1961, H. 3, S. 143—148.

Документы героических лет.

(Dokumente aus Jahren des Helden-tums. [Dokumente und Briefe aus den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges.])

K, 1961, H. 9, S. 30—38.

Карасев, А. В.: Краткий обзор литературы по истории Великой Отечественной войны.

(Kurze Literaturübersicht zur Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges.)

VI, 1961, H. 6, S. 115—125.

Неманский рейд партизанской дивизии им. С. А. Ковпака (1944 г.).

(Der Njemen-Streifzug der Partisanendivision „S. A. Kowpak“ — 1944 —. [Dokumente.])

IA, 1961, H. 3, S. 103—118.

О первом советском орденноносце.

(Über die erste sowjetische Ordens-verleihung. [Ein Brief von A. P.

Spunde an W. I. Lenin über W. K. Blücher vom 19. September 1918.])

IA, 1961, H. 2, S. 196.

Организация Автономной колонии американских рабочих «Кузбасс» (1921—1923 гг.).

(Die Organisierung der autonomen Kolonie amerikanischer Arbeiter „Kussbass“ — 1921 bis 1923 —. [Dokumente.])

IA, 1961, H. 2, S. 69—98.

Память об этом будет жить в веках.

(Die Erinnerung daran wird über Jahrhunderte leben. [Zum 22. Juni 1941. Dokumente aus dem Hauptarchiv beim Ministerrat der UdSSR und der Abteilung für die Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU.])

PZ, 1961, H. 11, S. 30—37.

Советские пограничники в первые дни Великой Отечественной войны.

(Die sowjetischen Grenzsoldaten in den ersten Tagen des Großen Vaterländischen Krieges. [Dokumente.])

IA, 1961, H. 3, S. 76—102.

Тетюшев, В. И.: Борьба партии за генеральную линию против правого уклона в ВКП (б) в период между XV и XVI съездами.

(Der Kampf der Partei für die Generallinie gegen die rechte Abweichung in der KPdSU [B] in der Periode zwischen dem XV. und XVI. Parteitag.)

VMUI, 1961, H. 3, S. 3—25.

Хесин, С. С.: Некоторые вопросы историографии первых лет советской власти.

(Einige Fragen der Geschichtsschreibung über die ersten Jahre der Sowjetmacht. [Zu der jetzt abgeschlossenen Ausgabe der „Geschichte des Bürgerkrieges in der UdSSR.“])

ISSSR, 1961, H. 3, S. 103—115.

Щербак, В. М.: Пропаганда і агітація в масах у перші роки Радянської влади.

(Propaganda und Agitation unter den Massen in den ersten Jahren der Sowjetmacht.)

UIZ, 1961, H. 1, S. 11—20.

Юрков, И. А.: Пропагандистские группы ЦК ВКП (б) в 1924—1927 годах.

(Die Propagandistengruppen des ZK der KPdSU [B] in den Jahren 1924 bis 1927.)

VIK, 1961, H 3, S. 106–113.

*alenski, N.*: Un ouvrage qui servira la cause de la paix. (Eine Arbeit, die der Sache des Friedens dienen wird. [Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941–1945. Rezension.])

CC, 1961, H. 4, S. 846–857.

*ett dem Ende des zweiten Weltkrieges*

*итов, Н. А.*: Насущные проблемы коммунистического воспитания. (Dringende Probleme der kommunistischen Erziehung. [Wissenschaftliche Tagung der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU, Januar 1961.])

VF, 1961, H. 5, S. 144–150.

*ратов, Ю.*: От мечты к действительности.

(Vom Traum zur Wirklichkeit. [Über den Aufbau des Kommunismus in der UdSSR.])

K, 1961, H. 9, S. 9–19.

*жандильдин, Н.*: Вопросы интернационального воспитания трудящихся в современных условиях. (Fragen der Erziehung der Werktätigen im Sinne des Internationalismus unter den gegenwärtigen Bedingungen.)

VF, 1961, H. 6, S. 3–17.

*ривошеин, Г.*: Об авторитете партийного работника. (Über die Autorität des Parteiarbeiters.)

PŽ, 1961, H. 8, S. 11–17.

*омашкин, П.*: Социалистическое государство и коммунистическое самоуправление.

(Sozialistischer Staat und kommunistische Selbstverwaltung.)

PŽ, 1961, H. 9, S. 9–16.

*миров, Г.*: Коммунизм — дело каждого. (Der Kommunismus ist die Sache jedes einzelnen.)

K, 1961, H. 7, S. 22–33.

*околов, М. М.*: Повышение благосостояния советского народа и увеличение производства сельскохозяйственных продуктов.

(Die Erhöhung des Wohlstandes des Sowjetvolkes und die Steigerung der Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen.)

VMUE, 1961, H. 3, S. 3–17.

*Хрущев, Н. С.*: К новым успехам литературы и искусства.

(Zu neuen Erfolgen der Literatur und Kunst. [Gekürzte Wiedergabe der Rede auf dem Empfang zu Ehren der Schriftsteller und Komponisten der RSFSR am 17. Juli 1960.])

K, 1961, H. 7, S. 3–16.

PSU, 1961, H. 60, S. 1307–1314. Sowjetwissenschaft, Kunst und Literatur, 1961, H. 7, S. 693–705.

*Gagarin, Juri*: Der Weg in den Kosmos.

JG, 1961, H. 15, Beilage. PSU, 1961, H. 67, H. 68, S. 1470–1478, 1483–1488. H. 74, S. 1602–1615.

*Keldyš, M. W.*: Die Sowjetwissenschaft und der Aufbau des Kommunismus.

PSU, 1961, H. 80, S. 1725–1732.

*Kratsch, Ottomar*: Die Bewegung der Brigaden der kommunistischen Arbeit und ihre Behandlung in der sowjetischen Fachliteratur.

Ww, 1961, H. 4, S. 589–605.

*Snastin, W.*: Die ideologische Arbeit der KPdSU unter den gegenwärtigen Bedingungen. Zum Erscheinen des Sammelbandes „Fragen der ideologischen Arbeit“ mit den wichtigsten Beschlüssen des ZK der KPdSU in den Jahren von 1954 bis 1961 zu Fragen der ideologischen Arbeit.

AiA, 1961, H. 11, S. 27–29.

*Workunow, S.*: Die wirtschaftliche Macht der Sowjetunion. [„Die UdSSR 1960 in Zahlen.“ Rezension.])

AiA, 1961, H. 12, S. 27–30.

## Spanien

*Carrillo, Santiago*: Eine Partei in der Illegalität und ihre Verbindungen zu den Massen.

PFS, 1961, H. 4, S. 297–306.

[Gekürzt:] WZ, 1961, H. 7/8, S. 498–508.

*Moreno, J. Gonzalez*: Amnistie et unité. (Amnestie und Einheit.)

CI, 1961, H. 118, S. 88–96.

## Südafrikanische Union

*Fortieth anniversary of the foundation of the Communist Party of South*



Africa. (Vierzigster Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei der Südafrikanischen Union.)  
IB Südafrika, 1961, H. 1, S. 20–23.

Fifth National Conference of South African Communist Party. (Der V. Parteitag der Kommunistischen Partei der Südafrikanischen Union. [Auszüge aus Botschaften der Bruderparteien, Reden und Resolutionen.])  
IB Südafrika, 1961, H. 1, S. 2–20.

# Tschechoslowakei

Конецкий, Вацлав: Сорок лет Коммунистической партии Чехословакии.  
(Vierzig Jahre Kommunistische Partei der Tschechoslowakei.)  
K, 1961, H. 7, S. 95–105.

Петров, Ф.: Ценный исторический труд чехословацкого марксиста.  
(Eine wertvolle historische Arbeit eines tschechoslowakischen Marxisten. [Václav Kopecký: Die Tschechoslowakische Republik und die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei. Prag 1960. Rezension.])  
K, 1961, H. 9, S. 114–116.

Auersperg, Pavel: KSČ – tvůrkyně naší zahraniční politiky. (Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei als gestaltende Kraft unserer Außenpolitik.)  
MezP, 1961, H. 5, S. 257–263.

Bareš, Gustav: K čtyřicátému výročí KSČ. (Zum 40. Jahrestag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.)  
ČCH, 1961, H. 2, S. 165–173.

Baudyšová, Vlasta: Strana, vedoucí síla rozvoje socialistické demokracie. (Die Partei, die führende Kraft bei der Entwicklung der sozialistischen Demokratie.)  
ŽS, 1961, H. 6, S. 350–354.  
AiA, 1961, H. 12, S. 11–14.

Černý, Antonín: Rozvíjet komunistickou výchovu mládeže. (Die Entwicklung der kommunistischen Erziehung der Jugend.)  
ŽS, 1961, H. 8, S. 455–458.  
[Gekürzt:] AiA, 1961, H. 11, S. 5–7.

Nové dokumenty o boji KSČ proti nacistickému panství. (Neue Dokumente über den Kampf der Kommu-

nistischen Partei der Tschechoslowakei gegen die nazistische Herrschaft.)  
PD, 1961, H. 2, S. 231–240.

Nové dokumenty o československém národně osvobozeném hnutí za druhé světové války. (Neue Dokumente über die tschechoslowakische nationale Befreiungsbewegung während des zweiten Weltkrieges.)  
PD, 1961, H. 1, S. 63–77.

Der linke Flügel [der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei].  
PSU, 1961, H. 55, S. 1211–1213.

Graca, Bohuslav: Komunistická strana Slovenska pevný oddiel KSČ. (Die Kommunistische Partei der Slowakei, ein fester Bestandteil der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.)  
NMy, 1961, H. 5, S. 548–556.

Hendrych, Jiří: 40 let KSČ – 40 let bojů za socialismus a komunismus. (40 Jahre Kommunistische Partei der Tschechoslowakei – 40 Jahre Kampf für den Sozialismus und Kommunismus.)  
ŽS, 1961, H. 5, S. 268–279.  
AiA, 1961, H. 9, S. 7–9.

Hendrych, Jiří: Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei im Kampf für den Sieg des Sozialismus.  
FFS, 1961, H. 6, S. 528–534.

Kladiva, J. a L. Vejnar: Historický mezník ve vývoji našich národů. (Ein geschichtlicher Wendepunkt in der Entwicklung unserer Völker. [Zum 40. Jahrestag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.])  
NMy, 1961, H. 5, S. 536–547.

Měchýř, Jan: Nový svazek spisů Klementa Gottwalda. (Ein neuer Band der Werke Klement Gottwalds. [Klement Gottwald: Werke, Band XV (1948 bis 1949). Rezension.])  
NMy, 1961, H. 6, S. 770–773.

Muška, Jiří: Vyšla učebnice dějin KSČ. (Die Herausgabe des Lehrbuchs der Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.)  
NMy, 1961, H. 6, S. 763–764.

Pomajzl, Karel: Proletářský internacionalismus v politice naší strany. (Der proletarische Internationalismus in der Politik unserer Partei.)  
NMy, 1961, H. 5, S. 590–601.

Reimann, Paul: Zur Herausgabe des Lehrbuches „Geschichte der KPČ“.

- BzG, 1961, H. 2, S. 299–317. PD, 1961, H. 2, S. 163–179.
- Rojak, Dezider: Vychovala nás KSČ. (Spomienka na ilegálnu činnosť komunistov v čase horthyovskej okupácie.) (Die Partei hat uns erzogen. – Erinnerungen an die illegale Tätigkeit der Kommunisten zur Zeit der Horthy-Okkupation. –) PD, 1961, H. 2, S. 241–255.
- Solte, Zdeněk: Pařížská komuna 1871 a její vliv na počátky dělnického hnutí u nás. (Die Pariser Kommune und ihr Einfluß auf die Anfänge unserer Arbeiterbewegung.) PD, 1961, H. 2, S. 208–226.
- Varga, V. A.: Jindřich Veselý: „Cronica zielei din februarie 1948.“ (Jindřich Veselý: „Chronik der Ereignisse vom Februar 1948.“ [Prag 1958. Rezension.]) AI, 1961, H. 3, S. 120–128.
- Veselý, Jindřich: K vydání učebnice dějin KSČ. (Zur Herausgabe des Lehrbuches der Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.) O, 1961, H. 9, S. 472–474.
- Vrabec, Václav: Bojová cesta Rudého práva. (Der kämpferische Weg der „Rudé Právo“.) NMy, 1961, H. 5, S. 649–651.
- Vrabec, Václav: Ostrá zbraň Strany. (Eine scharfe Waffe der Partei. [Zum 40. Jahrestag der Zeitung „Rudé Právo“.] PD, 1960, H. 12, S. 3–20.
- Ein kampfreicher, ruhmvoller Weg. 14. Mai – 40 Jahre Kommunistische Partei der Tschechoslowakei. PSU, 1961, H. 55, S. 1207–1210.
- Recht in der Ungarischen Räterepublik. [Budapest 1959. Rezension.]) TSz, 1961, H. 6, S. 114–120.
- Fehér, Lajos: Zur Vollendung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in der Ungarischen Volksrepublik. AiA, 1961, H. 8, S. 10–12.
- Kadar, Janos: Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft Ungarns. PFS, 1961, H. 6, S. 478–485.
- Budapest munkaszolgalm., 1919–1945. (Die Arbeiterbewegung in Budapest. [Bibliographie. Band 1–3. Budapest 1959. Rezension.]) Studii, 1961, H. 5, S. 247–249.
- Nemes, Dezső: Az osztályharc fejlődésének jelenlegi szakaszán. (Der Klassenkampf in der gegenwärtigen Phase unserer Entwicklung.) TSz, 1961, H. 6, S. 18–36.
- Sallai, Elemer: Die Befreiungskämpfe um Budapest. IHW, 1961, H. 5, S. 148–157.
- Sándor, József: Pártunk szervezeti fejlődésének néhány kérdése. (Einige Fragen der organisatorischen Entwicklung unserer Partei.) TSz, 1961, H. 6, S. 37–47.
- [Simon, Péter:] S. Vincze Edit: A Magyarországi Szociáldemokrata Párt megalakulása és tevékenységének első évei (1890–1896). (Edit Vincze: Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei Ungarns und ihre Tätigkeit in den ersten Jahren –1890 bis 1896 –. [Rezension.]) TSz, 1961, H. 6, S. 121–126.

## USA

- Л-Надь, Ж.: Развитие исторической литературы, касающейся Венгерской Советской Республики. (Die Entwicklung der Geschichtsliteratur zur Ungarischen Räterepublik.) AHA, 1960, Band VII, H. 3/4, S. 391–398.
- Милев, Дь.: К истории создания Венгерской Коммунистической партии. (Zur Gründungsgeschichte der Kommunistischen Partei Ungarns.) AHA, 1960, Band VII, H. 3/4, S. 321–354.
- Antalfy, György: A Magyar Tanácsköztársaság állama és joga. (Staat und
- Зорина, И.: Обострение классовой борьбы в США. (Die Verschärfung des Klassenkampfes in den USA.) ME, 1961, H. 6, S. 110–112.
- Зубок, Л. И.: Борьба течений в социалистической партии США (1901 до 1912 гг.). (Der Kampf der Strömungen innerhalb der Sozialistischen Partei der USA – 1901 bis 1912 –.) VI, 1961, H. 5, S. 81–96.
- Bridges, Harry. Arbeiterklasse und Automation in den USA. [Unterredung.] NZ, 1961, H. 22, S. 8–13.

**The life of Eugene Dennis.** By the National Committee, CPUSA. (Das Leben von Eugen Dennis. Vom Nationalkomitee der Kommunistischen Partei der USA.)

PA, 1961, H. 3, S. 1–11.

**Morris, George:** Recent strikes and their lessons. (Die letzten Streikbewegungen und ihre Lehren.)

PA, 1961, H. 3, S. 35–46.

**Subok, L.:** Die Chikagoer Tragödie. (Aus der Geschichte des 1. Mai.)

NZ, 1961, H. 18, S. 6–7.

**Weinstone, William:** The question of an anti-monopoly coalition. (Die Frage einer antimonopolistischen Koalition.)

PA, 1961, H. 4, S. 21–33.

#### VAR

In den **Kerkern** der VAR schmachten Kämpfer für die Unabhängigkeit. [Von M. O.]

PFS, 1961, H. 4, S. 380–381.

#### Vietnam

**Delattre, Jeanne:** L'économie vietnamienne au début de son premier quinquennat. (Die vietnamesische Wirtschaft zu Beginn ihres ersten Fünfjahrplans.)

EP, 1961, H. 83, S. 16–32.

#### Arbeiterbewegung und Weltfriedensbewegung

**Андреев, Г.:** Правда и фальшь в переговорах по разоружению. (Wahrheit und Betrug in den Abrüstungsverhandlungen.)

MZ, 1961, H. 8, S. 3–19.

**Иноземцев, Н.:** Развитие мирового социализма и новый этап международных отношений. (Die Entwicklung des Weltsozialismus und die neue Etappe der internationalen Beziehungen.)

K, 1961, H. 9, S. 93–105.

**Княжинский, В. Б. и В. Г. Трухановский:** Проблема войны и мира в современной истории. (Das Problem Krieg und Frieden in der Geschichte der Gegenwart.)

VI, 1961, H. 3, S. 3–27.

**Новоселов, С.:** Ленинский принцип мирного сосуществования и классовая борьба.

(Das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz und der Klassenkampf.)

PZ, 1961, H. 7, S. 9–16.

**Топчиев, А. В.:** Разоружение — главная проблема современности. (Die Abrüstung — das Hauptproblem der Gegenwart.)

VF, 1961, H. 5, S. 12–19.

**Becker, Ernst, Waltraud Robbe und Adolf Rüger:** Bericht über die Konferenz „Frieden, Demokratie und Freiheit“.

ZfG, 1961, H. 2, S. 442–448.

**Ghelmegeanu, Mihail:** La coexistence pacifique et le développement du droit international général contemporain. (Die friedliche Koexistenz und die Entwicklung des modernen Völkerrechts.)

Revue, Band IV, H. 2, S. 309–337.

**Gomulka, Wladislaw:** La compétition pacifique et les pays sous-développés. (Der friedliche Wettbewerb und die schwachentwickelten Länder.)

NC, 1961, H. 125, S. 33–50.

**Gottesman, Gustaw:** Socjalizm broni pokoju. (Der Sozialismus — eine Waffe des Friedens.)

NDR, 1961, H. 4, S. 59–67.

**Lehfeld, Horst und Johannes Zelt:** Friedliche Koexistenz und ideologischer Kampf.

UZ, 1961, H. 1, S. 36–52.

**Krusche, Heinz:** Das demokratische Völkerrecht — Waffe im Kampf um Frieden und internationale Sicherheit. Bemerkungen zur deutschen Ausgabe des sowjetischen Völkerrechts-Lehrbuchs.

NJ, 1961, H. 12, S. 408–412.

Über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung der Westberlinfrage auf dieser Basis. *Memorandum*, das N. S. Chruschtschow Präsident Kennedy während ihrer Begegnung in Wien überreichte.

NZ, 1961, H. 25, S. 5–7.

SB, 1961, H. 21, S. 3–6.

DdZ, 1961, H. 241, S. 37–38.

**Naumann, Robert:** Sozialismus — das ist Frieden.

ZfG, 1961, H. 2, S. 357–372.

**Naundorf, Herbert:** Die Realität der Abrüstungsvorschläge der sozialistischen Welt und die hoffnungslosen Versuche



einer Rechtfertigung der Aufrüstung durch die Rüstungsmonopole.  
 TP, 1961, H. 3, S. 65–70.  
 trijdbare neutraliteit. (Kämpferische Neutralität. [Von J. S.])  
 PC, 1961, H. 3, S. 229–235.  
 ie Protestbewegung gegen die west-deutschen Atomkriegspläne in den nordischen Ländern.  
 DdZ, 1961, H. 240, S. 28–38.  
 chreiner, Gerhard und Kurt Breuer: Protest an der Ruhr. [Zum Antiatom-marsch von 10 Städten Nordrhein-Westfalens nach Dortmund.]  
 PFS, 1961, H. 6, S. 556–557.  
 harkey, L. L.: Peace, disarmament, co-existence. (Frieden, Abrüstung, Ko-existenz.)  
 CR, 1961, H. 233, S. 180–183.  
 hompson, Robert: The struggle for peaceful co-existence and party mass ties. (Der Kampf für die friedliche Ko-existenz und die Verbindung der Partei mit den Massen.)  
 PA, 1961, H. 3, S. 22–34.

# V. ANTIKOLONIALE BEWEGUNGEN FÜR REIHEIT UND NATIONALE UNABHÄNGIGKEIT

## Allgemeines

ирский, Г. И. и Л. В. Степанов: Двадцатый век и колониализм. (Das 20. Jahrhundert und der Kolonialismus.)  
 VI, 1961, H. 4, S. 41–61.  
 ономарев, Б.: О государстве национальной демократии. (Über den Staat der nationalen Demokratie.)  
 K, 1961, H. 8, S. 33–48.  
 Aia, 1961, H. 13, S. 4–10. H. 14, S. 13 bis 16. PA, 1961, H. 8, S. 32–42. NA, 1961, I. 7/8, S. 39–64.  
 отехин, И.: Народы Африки выковывают единство. (Die Völker Afrikas schmieden die Einheit. [Zur dritten Allafrikanischen Völkerkonferenz in Kairo.])  
 MZ, 1961, H. 6, S. 108–113.  
 ельцев, Н.: О национальной буржуазии в странах Юго-Восточной Азии.

(Über die nationale Bourgeoisie in den Ländern Südasiens.)  
 ME, 1961, H. 4, S. 38–51.  
 Lupta, 1961, H. 6, S. 91–100.  
 Томилиш, Ю.: Восточная Африка будет свободной. (Ostafrika wird frei sein!)  
 MZ, 1961, H. 5, S. 59–67.  
 Тюльпанов, С. И.: К вопросу о государственном капитализме в слабо-развитых странах. (Über den Staatskapitalismus in schwachentwickelten Ländern.)  
 VLUE, 1961, H. 5, S. 5–22.  
 Усов, Г.: Рабочий класс Африки в борьбе против империализма. (Die Arbeiterklasse Afrikas im Kampf gegen den Imperialismus.)  
 ME, 1961, H. 6, S. 127–130.  
 Щетинин, В.: Помощь стран социалистического лагеря — важный фактор независимого национального развития освободившихся народов. (Die Hilfe der Länder des sozialistischen Lagers — ein wesentlicher Faktor für die unabhängige nationale Entwicklung der sich befreienden Völker.)  
 VE, 1961, H. 6, S. 72–83.  
 Bachir Hadj Ali: Sur l'unité du Maghreb. (Über die Einheit der nordafrikanischen Länder.)  
 DN, 1961, H. 5, S. 13–20.  
 Bär, Hans: Der Kampf um die wirtschaftliche Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten.  
 DA, 1961, H. 5, S. 553–563.  
 Barbe, Raymond: Les problèmes agraires dans les ex-colonies françaises d'Afrique Noire. (Die Agrarprobleme in den ehemaligen französischen Kolonien Schwarz-Afrikas.)  
 RiL, 1961, H. 22, S. 145–157.  
 Belic, Oldrich und Iscaro Rubens: Ein neuer Meilenstein im Kampf der Völker Lateinamerikas. [Lateinamerikanische Konferenz zum Schutze der nationalen Souveränität, für unabhängige ökonomische Entwicklung und Frieden, Mexiko, März 1961.]  
 PFS, 1961, H. 5, S. 427–430.  
 Berque, Jacques: Colonisation, décolonisation. Comment les définir? (Kolonisation, Entkolonisation. Wie ist es zu definieren?)  
 CI, 1961, H. 118, S. 53–60

- Bollinger, Klaus und Horst Westphal:** Die Deutsche Demokratische Republik und die Völker Asiens und Afrikas. StR, 1961, H. 6, S. 1038–1061.
- Brasch, Horst:** Die dritte Allafrikanische Völkerkonferenz. [25. bis 31. März 1961 in Kairo.] DA, 1961, H. 6, S. 712–720.
- Cox, Idris:** Ein marxistisches Buch über die afrikanische Wirklichkeit. [Jack Woddis: Afrika – die Quellen der revolutionären Bewegungen. London 1960. Rezension.] PFS, 1961, H. 5, S. 463–466.
- Degtjar, D. und A. Kuzenkov:** Die Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten mit den wirtschaftlich zurückgebliebenen Ländern. PFS, 1961, H. 6, S. 508–515.
- Einheit und Kampf in Lateinamerika.** [Interviews mit Vicente Lombardo Toledano und Juan Campos.] W, 1961, H. 5, S. 9–14.
- Entschließung der dritten Allafrikanischen Völkerkonferenz zum Neokolonialismus.** DA, 1961, H. 6, S. 753–755.
- Ghioldi, Rodolfo:** Sobre la teoria del desarrollo. (Über die Theorie der Entwicklung [der schwachentwickelten Länder].) NE, 1961, H. 2, S. 13–25.
- Harrisse, M.S.:** The american Indian today. (Die amerikanischen Indianer heute.) PA, 1961, H. 5, S. 37–44.
- Loth, Heinrich:** Zu den Anfängen des Kampfes der Arbeiter Südwestafrikas gegen den deutschen Imperialismus. WZ, Leipzig, 1961, H. 3, S. 351–356.
- Markov, Walter:** Mouvement national et classes sociales dans le tiersmonde. (Nationale Bewegung und soziale Klassen in der dritten Welt.) CI, 1961, H. 117, S. 47–64.
- Nassar, F.:** Über die nationale Befreiungsbewegung im Arabischen Osten. AiA, 1961, H. 11, S. 15–18.
- Nitz, Jürgen:** Zur Unterstützung der jungen Nationalstaaten durch die Deutsche Demokratische Republik. DA, 1961, H. 5, S. 511–525.
- Numadé, N.:** The choice before New Africa. (Die Entscheidung vor dem neuen Afrika.) AC, 1961, H. 5, S. 10–22.
- Potiekhine, I.:** Observation sur le « socialisme africain ». (Betrachtungen über den „afrikanischen Sozialismus“.) NC, 1961, H. 126, S. 118–137.
- Robbe, Martin:** Konferenz: Das nationale Erwachen der Völker Asiens und Afrikas. ZIG, 1961, H. 2, S. 449–453.
- Spindler, Harry:** Die Völker Lateinamerikas im Kampf um Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt. E, 1961, H. 6, S. 930–945.
- Suret-Canale, Jean:** Les fondements sociaux de la vie politique africaine contemporaine. (Die sozialen Grundlagen des modernen Lebens in Afrika.) RiL, 1961, H. 22, S. 9–56.
- III. Allafrikanische Völkerkonferenz in Kairo.** DdZ, 1961, H. 237, S. 16–21.
- Wenzel, Günter:** Eine internationale Anklage gegen den Bonner Neokolonialismus. [Konferenz über „Probleme des Neokolonialismus und die Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber dem nationalen Befreiungskampf der Völker“, Leipzig, 5. bis 8. April 1961.] E, 1961, H. 5, S. 762–769.
- Wilke, W.:** Die Gründung des Allafrikanischen Gewerkschaftsbundes – ein Meilenstein auf dem Wege zur Afrikanischen Gewerkschaftseinheit. (Zum Ergebnis des 1. Allafrikanischen Gewerkschaftskongresses in Casablanca vom 25. bis 30. Mai 1961.) AiA, 1961, H. 12, S. 21–22.
- Zanzolo, A.:** Some thoughts on Federation. (Einige Gedanken über Föderation.) AC, 1961, H. 5, S. 23–28.

#### Einzelne Länder

##### Algerien

- Защита Советским Союзом в ООН интересов алжирского народа (1957 до 1960 гг.).** (Die Verteidigung der Interessen des algerischen Volkes in der UNO durch die Sowjetunion – 1957 bis 1960 –. [Dokumente.] IA, 1961, H. 3, S. 3–32.

## Kritik und Bibliographie

*ouhali*, Larbi: Der Befreiungskampf in Algerien und der Kampf für den Frieden.

PFS, 1961, H. 5, S. 398–405.

*éclaration commune sur le problème algérien*. (Gemeinsame Erklärung über das Algerienproblem [von Vertretern der algerischen, französischen, marokkanischen und tunesischen Kommunisten].)

CC, 1961, H. 5, S. 1070–1072.

*éiz*, Léon: Une phase nouvelle du problème algérien. (Eine neue Phase des Algerienproblems.)

DN, 1961, H. 4, S. 2–9.

*urania*, Semha el: Dělnická třída, odbory a národně osvobozenecý boj v Alžiru. (Arbeiterklasse, Gewerkschaften und der nationale Befreiungskampf in Algerien.)

O, 1961, H. 8, S. 441–447.

*nion et vigilance autour du G.P.R.A. au service de l'indépendance*. (Einheit und Wachsamkeit um die Provisorische Regierung der Republik Algerien im Dienste der Unabhängigkeit. [Aufruf der Kommunistischen Partei Algeriens vom 22. April 1961.]

IB Algerien, 1961, H. 32, S. 2.

### Angola

*erg*, W.: Der Kampf des angolesischen Volkes für seine nationale Souveränität.

AiA, 1961, H. 11, S. 25–26.

*rogramm der Volksbewegung für die Befreiung Angolas* (M.P.L.A.).

DA, 1961, H. 4, S. 483–487.

*iru*, Louis: Les événements d'Angola. (Die Ereignisse in Angola.)

CC, 1961, H. 5, S. 1038–1042.

*addon*, John: Auf einem Vulkan. [Zur Vorgeschichte der blutigen Ereignisse in Angola.]

W, 1961, H. 5, S. 28–30.

*niganowski*, Kazimierz: Imperium koloniale Salazara. (Das Kolonialreich Salazars. [Zum Befreiungskampf in Angola.]

NDR, 1961, H. 5, S. 61–72.

*atuten der Volksbewegung für die Befreiung Angolas* (M.P.L.A.).

DA, 1961, H. 4, S. 482–483.

*olk*, S.: Angola in Flammen.

NZ, 1961, H. 23, S. 14–15.

### Burma

*Климко*, Г.: Проблемы экономического развития Бирмы.

(Probleme der ökonomischen Entwicklung Burmas.)

ME, 1961, H. 5, S. 105–109.

### Ghana

*Ganiu Akanni Balogun*: Die Gewerkschaften Ghanas kämpfen für die Unabhängigkeit. (Interview.)

A, 1961, H. 6, S. 60–61.

### Guadeloupe

*Pierre-Justin*, S.: Wofür die Kommunistische Partei Guadeloupes kämpft.

PFS, 1961, H. 4, S. 346–348.

### Guatemala

*Jacob*, H.: Zu einigen Fragen des Kampfes des guatemalteckischen Volkes für eine antiimperialistische Politik Guatemalas.

AiA, 1961, H. 8, S. 24–27.

### Guayana

*Wright*, Wilson: Britisch-Guayana unter Kolonialjoch.

NZ, 1961, H. 20, S. 14–15.

### Guinea

*Charriere*, Jacques: La Guinée. Une expérience de planification. (Guinea. Ein Versuch der Planung.)

CI, 1961, H. 117, S. 65–82.

### Iran

*Хосейни*, Али: Характер и роль националната буржоазия в националноосвободителното движение в Иран.

(Charakter und Rolle der nationalen Bourgeoisie bei der nationalen Befreiungsbewegung in Iran.)

NV, 1961, H. 5, S. 77–85.

*Delšád*, R.: Nástup národních sil Íránu. (Das Auftreten der Volkskräfte Irans.)

MezP, 1961, H. 6, S. 359–361.



Kongo

Колес, М.: Конго и западные державы.  
(Kongo und die Westmächte.)  
МЗ, 1961, H. 4, S. 117–119.

Чрущев, Н. С.: Бotschaft an Jawaharlal Nehru [zur Ermordung Lumumbas].  
NZ, 1961, H. 10, S. 33–38.

Duclos, Jacques: Crimes colonialistes au Congo. (Kolonialistische Verbrechen im Kongo.)  
DN, 1961, H. 4, S. 25–30.

Zur Ermordung Patrice Lumumbas, des Vorkämpfers für die Befreiung Afrikas vom Kolonialismus. [Eine Chronik.]  
DdZ, 1961, H. 234, S. 15–24.

Martin, Alexander: Die imperialistische Aggression gegen Kongo.  
DA, 1961, H. 4, S. 447–457.

Merlier, M.: La question agraire au Congo. (Die Agrarfrage im Kongo.)  
EP, 1961, H. 81, S. 2–29.

Terjve, Jean: Die Probleme Kongos.  
PFS, 1961, H. 5, S. 406–413.

Liberia

Liberia heute.  
AiA, 1961, H. 7, S. 28–30.

Malaya

Communist Party of Malaya greets 27th Congress of the Communist Party of Britain. (Die Kommunistische Partei Malayas begrüßt den XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei Großbritanniens.)  
MM, 1961, H. 4, S. 7–9.

Mali

Lebrun, Henri: Unter tausend Schwierigkeiten sucht und findet Mali selbst seinen Weg.  
W, 1961, H. 5, S. 36–41.

Moçambique

Kornejew, L.: Moçambique.  
NZ, 1961, H. 18, S. 20–21.

Senegal

Thiaw, Abdoulaye: Die Arbeiterbewegung in Senegal.  
W, 1961, H. 5, S. 30–31.  
AiA, 1961, H. 13, S. 27–28.

Sierra Leone

Neubauer, H.: Sierra Leone – ein neuer Staat in Afrika.  
AiA, 1961, H. 9, S. 30–31.  
Wallace-Johnson, I. T. A.: Crisis in Sierra Leone. (Krise in Sierra Leone.)  
LM, 1961, H. 6, S. 280–282.

Südafrikanische Union

Милейковский, А.: Выход Южно-Африканского Союза из Содружества.  
(Der Austritt der Südafrikanischen Union aus dem Commonwealth.)  
ME, 1961, H. 6, S. 67–78.  
Toussaint: Solidarity with South Africa. (Solidarität mit Südafrika.)  
AC, 1961, H. 5, S. 29–41.

Südkorea

Herbst, Werner: Einige Fragen des Kampfes der südkoreanischen Bevölkerung gegen die USA-Herrschaft.  
AiA, 1961, H. 11, S. 22–24.

Südvietnam

Manifest der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams. [Dezember 1960.]  
DA, 1961, H. 4, S. 488–491.

Südwestafrika

Kozonguizi, Jariretundu: Die Bevölkerung Südwestafrikas im Kampf gegen alle Formen der nationalen Unterdrückung.  
AiA, 1961, H. 12, S. 25–26.

Venezuela

Фария, Хесус: За национальное освобождение страны.  
(Für die nationale Befreiung des Landes.)  
PZ, 1961, H. 11, S. 55–59.

# Bibliographie

## zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung

### ABKÜRZUNGEN DER AUSGEWERTETEN ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

A	Die Arbeit, Berlin
Ar	Die Arbeiterin, Berlin
BNN	Brandenburgische Neueste Nachrichten, Potsdam
BZ	Berliner Zeitung, Berlin
BZA	BZ am Abend, Berlin
BzG	Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin
DBZ	Deutsche Bauernzeitung, Berlin
FE	Freie Erde, Neubrandenburg
Ff	Freie Fahrt, Berlin
FK	Frankfurter Kulturspiegel, Frankfurt (Oder)
Fo	Forum, Berlin
FP	Freie Presse, Zwickau
Fr	Freiheit, Halle (Saale)
FW	Freies Wort, Suhl
HW	Heimatzeitschrift des Kreises Wernigerode (Harz), Wernigerode
JW	Junge Welt, Berlin
Lp	Lëtopis, Jahreszeitschrift des Instituts für sorbische Volksfor- schung, Bautzen
LR	Lausitzer Rundschau, Cottbus
LVZ	Leipziger Volkszeitung, Leipzig
M	Der Morgen, Berlin
MNN	Mitteldeutsche Neueste Nachrichten, Halle (Saale)
MV	Märkische Volksstimme, Potsdam
ND	Neues Deutschland (Berliner Ausgabe), Berlin
Nd	Nowa doba, Bautzen
NH	Natur und Heimat, Berlin
NM	Neue Museumskunde, Leipzig
NT	Neuer Tag, Frankfurt (Oder)
NW	Neuer Weg, Berlin
OS	Oberlandbote, Schleiz
OZ	Ostsee-Zeitung, Rostock
Ro	Rozhľad, Bautzen
S	Sonntag, Berlin
SNN	Sächsische Neueste Nachrichten, Dresden
SVZ	Schweriner Volkszeitung, Schwerin
SZ	Sächsische Zeitung, Dresden
T	Tribüne, Berlin
TP	Theorie und Praxis, Berlin
TNN	Thüringische Neueste Nachrichten, Erfurt
V	Das Volk, Erfurt
Vo	Volksarmee, Berlin
VS (KMSt)	Volksstimme, Karl-Marx-Stadt
VS (M)	Volksstimme, Magdeburg
Vw	Volkswacht, Gera
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin
U	Die Union, Dresden
UZ	Unsere Zeit, Berlin

ALLGEMEINE  
DARSTELLUNGEN

**Axen, Hermann:** Waffe der Partei – Diener des Volkes. 15 Jahre „Neues Deutschland“. ND, 23. April 1961.

**Chronik** aller Tagungen des ZK der SED und der wichtigsten zentralen Konferenzen und Beschlüsse (1945–1960). Dokumentation der Zeit, H. 167/20; H. 173/15; H. 234/6.

**Chwalek, Roman:** Der große Drang nach Einheit brach sich sieghaft Bahn. Die Einheit der Gewerkschaften – bedeutender Schritt zur Einigung der Arbeiterparteien. T, 14. April 1961.

**Dahlem, Franz:** Mit uns stehen Kameraden ohnegleichen. Erinnerungen an Heinrich Rau. S, 2. April 1961.

**Förster, Gerhard:** Vor dem 20. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion. Der Plan „Barbarossa“ und sein Fiasko. ND, 17. Juni 1961.

**Grotewohl, Otto:** Brüder, in eins nun die Hände... BZA, 18. April 1961.

**Grotewohl, Otto:** Wir verändern unsere Welt. Ansprache auf der Festveranstaltung „15 Jahre SED“. ND, 22. April 1961.

**Herzfelde, Wieland:** Mein Bruder John Heartfield. Zu seinem 70. Geburtstag am 19. Juni. ND, 17. Juni 1961.

**Im Kampf** um Deutschlands Zukunft. (Walter Ulbricht 68 Jahre.) BZ, 30. Juni 1961.

**Kauba, Helmut:** Soldat der Revolution. Zum 75. Geburtstag Ernst Thälmanns. Sein militärpolitisches Erbe. Vo, 1961, Nr. 16.

**Kertzsch, Günter:** Noch immer aktuelle Lehren des 22. Juni (1941). ND, 22. Juni 1961.

**Kolbe, Helmut:** Zum 75. Geburtstag Ernst Thälmanns am 16. April 1961. Ein höheres Dasein zu gewinnen. T, 15. April 1961.

**Korfes, Otto:** Vor dem 20. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion. Die Schuld des Militarismus. Die „Rechtfertigungs“-Versuche der Niederlagenstrategen in Bonn im Lichte des 22. Juni 1941. ND, 18. Juni 1961.

Die entscheidende Kraft für die Zukunft der Nation. Vom Bund der Kommunisten zur SED – ein Jahrhundert

Kampf gegen Ausbeutung und Krieg, für Frieden und Sozialismus. ND, 21. April 1961.

**Leitsätze** der Natur- und Heimatfreunde des deutschen Kulturbundes. NH, 1961, H. 4, Beilage.

**Lucas, Werner:** Zur Geschichte der sozialistischen Betriebe. A, 1961, H. 4, S. 59 bis 61.

**Maiaufzug** des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. ND, 16. April 1961.

**Matern, Hermann:** Zum 75. Geburtstag Ernst Thälmanns, Deutschlands unsterblicher Sohn. Die SED erfüllt sein Vermächtnis. ND, 16. April 1961.

**Maur, Hans:** Den 15. Jahrestag der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien würdig gestalten. NM, 1961, H. 1, S. 1 bis 11.

**Müller, Werner:** Lenin-Studium im Schneesturm. Zum 70. Geburtstag des Genossen Walter Stoecker. ND, 9. April 1961.

**Müller, Werner:** Verlogen bis zum letzten Tag. Wie die Goebbels-Propaganda das Unternehmen „Barbarossa“ abschirmte. ND, 13. Juni 1961.

Die einzige Partei, die ihr Programm verwirklicht hat. (15 Jahre SED.) ND, 21. April 1961.

**Reimann, Max:** Dem 15. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD entgegen. Aktionseinheit dringendes Angebot. ND, 15. April 1961.

**Reimann, Max:** Die SED – die führende Kraft der deutschen Arbeiterklasse. ND, 22. April 1961.

**Schröder, Wolfgang:** Sieben Jahrzehnte Klassenorganisation der Metallarbeiter. T, 6. Juni 1961.

**Ulbricht, Walter:** Die große Vereinigung der Arbeiterschaft ganz Deutschlands wird kommen. Ansprache auf der Festveranstaltung „15 Jahre SED“. ND, 22. April 1961.

**Winzer, Otto:** Keine Wiederholung der Fehler von 1918. Das Aktionsprogramm der KPD vom 11. Juni 1945 – Grundlage für die Vereinigung von KPD und SPD. ND, 18. April 1961.



## Bezirk Cottbus

Aktivisten der ersten Stunde des Kreises Hoyerswerda berichten. Hrsg. von der SED-Kreisleitung Hoyerswerda, Kamenz 1959.

Becker, Johanna u. a.: Arbeiterveteranen berichten. In: Gubener Heimatkalender der 1959, S. 57–59.

Gerger, G.: Die Gründung der KPD im Kreise Herzberg. In: Heimatkalender für den Kreis Herzberg 1960, S. 43–45.

Gerger, G.: Auch Falkenberg hat Traditionen im Kampf gegen den deutschen Militarismus. In: Heimatkalender für den Kreis Herzberg 1960, S. 46–48.

Witzkow, M. K.: Der Bockwitzer Saalstreit. In: Heimatkalender für den Kreis Bad Liebenwerda 1960, S. 82–92.

Das große Gespräch. Der Vorsitzende des Staatsrates, Genosse Walter Ulbricht, weilte am 24. und 25. Februar 1961 in Forst (Lausitz) an der Oder-Neiße-Friedensgrenze. Hrsg. von der SED-Kreisleitung Forst (Lausitz), o. O. 1961, 40 S.

Janska, Gerart: Zaseś lët Bramborskego wukaza. (10 Jahre Brandenburgische Regierungsverordnung [über die Gleichberechtigung der Sorben].) Ro X, 10, 1960, S. 289–294.

5 Jahre SED. Aktivisten der ersten Stunde erzählen vom Beginn bis zur Gegenwart in unserem Kreis. Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Guben, o. O. 1961, 32 S.

Kraftwerk Lauta – einst – jetzt – künftig! Kamenz 1959.

Unser rotes Ländchen. Aus dem Kampf der Arbeiterklasse im Lauchhammer-Gebiet. Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung des VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer bei der Kreisleitung Senftenberg der SED, o. O. 1961, 104 S.

Lange, W.: Solidarität! In: Heimatkalender für den Kreis Spremberg 1959, S. 38–43.

Mayas, Fritz/Lehmann, Heinz: Unaufhaltsam ging die Vereinigung vorwärts. LR, 21. April 1961.

Meusel, Günter: In der Einheit der Arbeiterklasse liegt das Unterpfand un-

serer Siege. Die Gründung der SED im Kampf um die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Kreis Hoyerswerda. Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Hoyerswerda, o. O. 1961, 95 S.

Sieben Tage bewaffneter Aufstand und Generalstreik. (Kapp-Putsch in Forst [N.-L.]) LR, 18. März 1959.

Wolf, R.: In der Lichtenburg. In: Heimatkalender für den Kreis Herzberg 1960, S. 50–53.

## Bezirk Dresden

Anger, Herbert/Rieger, Heinz: Hell aus dem dunklen Vergangenen... Beiträge zur Vereinigung der Arbeiterparteien des Kreises Pirna. Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung im Kreis Pirna, o. O. 1961, 53 S.

Bautzen ehrte Opfer des Faschismus. Ermordete sowjetische und polnische Kriegsgefangene würdig beigesetzt. ND, 23. Juni 1961.

Bork, Maria: Mein Beitrag als Parteilose im Kampf gegen den Faschismus. In: Schon damals kämpften wir gemeinsam, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 47–58.

Buchwitz, Otto: Mit der Arbeitereinheit zur Macht der Arbeiter. ND, 7. April 1961.

Buchwitz, Otto: Die Titanenkraft. BZ, 21. April 1961.

Buchwitz, Otto: Die SED – der Schrittmacher zum Sozialismus NW, 1961, H. 8. S. 368–371.

Cyz, Jan: Prënje zetkanje ze Sowjetskimi oficërami. (Erstes Zusammentreffen mit sowjetischen Offizieren.) Ro X, 5, 1960. S. 134–136.

Damit wir es nie vergessen. Der Leidensweg der jüdischen Mitbürger des jetzigen Bezirks Dresden. (Vom Judenboykott bis zur Kristallnacht 1938.) SZ, 19. April 1961.

Eichholtz, Dietrich: Eisenbahner und die Revolution 1848/49. Ff, 11. April 1961.

Endler, Fritz: Unsere Stärke liegt in unserer Einheit. Wie 1945/46 im Kreise Sebnitz die Einheit der Arbeiterklasse geschaffen wurde. Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte

- der örtlichen Arbeiterbewegung bei der SED-Kreisleitung Sebnitz, o. O. 1961, 56 S.
- Forner, Willy:** Ein Geflüchteter meldet sich zurück. Erlebnis im KZ Hohnstein. SZ, 28. Juni 1961.
- Frölich, Elsa:** Zum Jahrestag des 8. Mai 1945. Es war nicht das Ende, es war der Anfang. Ar, 1961, H. 5, S. 141–143.
- Zum 82. Geburtstag** unseres Genossen Otto Buchwitz. Der Klasse treuer Kämpfer. SZ, 27. April 1961.
- Glaser, Erich:** Mit der vereinigten Kletterabteilung Grenzarbeit für die illegale Kommunistische Partei in Dresden. In: Schon damals kämpften wir gemeinsam, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 73–83.
- Görner, Frantisek:** Das „Jägerhaus“ in Rumburk – ein Organisationszentrum des Widerstandskampfes. In: Schon damals kämpften wir gemeinsam, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 28–33.
- Goldhammer, Bruno:** Vorbote der „Sächsischen Zeitung“. 1. April 1925: die erste Nummer der „Arbeiterstimme“. SZ, 13. April 1961.
- Günther, M. u. a.:** Sieg der Einheit. (Zum 15. Jahrestag der Vereinigung.) Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der SED-Kreisleitung Großenhain, o. O. 1961, 72. S.
- Hepke, Herbert:** Die sächsische Landesorganisation der SED im Kampf für die Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und den Sieg der Nationalen Front bei den ersten Volkswahlen (1949/50). In: Beiträge zur Geschichte der SED, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 325–364.
- Hepke, Herbert:** Der Kampf der SED um die Entwicklung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR von der Gründung der DDR bis zur II. Parteikonferenz der SED. (Dargestellt am Beispiel des Landes Sachsen – Gebiet des heutigen Bezirkes Dresden.) Phil. Diss., Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED Berlin, 1961.
- Das Hohelied** der Freundschaft und des Kampfes. (40 Jahre KPČ.) SZ, 13. Mai 1961.
- Holzappel, Franz:** Als ich Lenin durch Dresden führte. In: Unsterblicher Lenin. Erinnerungen deutscher Genossen, Dietz Verlag, Berlin 1960, 2. Auflage, S. 24–26.
- Janak, Korla:** Dopomnjenki na demokratsku rolnu reformu (Erinnerungen an die demokratische Bodenreform). Ro X, 9, 1960, S. 266–270.
- Kasper, Martin:** Zur Siedlungsfrage in der sächsischen Oberlausitz (1919–1924). Lp B 7, 1960, S. 36–82.
- Kasper, Martin / Solta, Jan:** Dokumente zur faschistischen Unterdrückungspolitik gegenüber der sorbischen nationalen Minderheit. Aktenpublikation. Lp B 7, 1960, S. 215–241.
- Kasper, Martin / Solta, Jan:** Aus Geheimakten nazistischer Wendenpolitik. VEB Domowina Verlag, Bautzen 1960, 60 S. und Bilddokumente.
- Kašpor, Měrcin:** „Stawajće, burja, čas wola...“ K 90. Posmjertnym narodnjam Hermana Sykory, předsydy Lužiskeho zwjazka burow. (Zum 90. Geburtstag von Herman Sykora, des Vorsitzenden des Lausitzer Bauernbundes.) Nd, 19. März 1960.
- Kirsch, Helene:** Dreieinhalb Jahre lang hielt ich Verbindung über die Grenze. In: Schon damals kämpften wir gemeinsam, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 99–104.
- Kurjo, Herbert:** Kind der Arbeitereinheit. Wie die „SZ“ geboren und als Organ der Partei zu einer Massenzeitung wurde. SZ, 13. April 1961.
- Langer, Erich:** Das illegale „Büro“ der Vereinigten Kletterabteilung am Satanskopf. In: Schon damals kämpften wir gemeinsam, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 84–89.
- Lehmann, Klaus:** Mit Walter Ulbricht an der Grenze. In: Schon damals kämpften wir gemeinsam, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 68–72.
- Lodni, Erich:** Verbrechen war ihr Beruf. SS-Banditen ermordeten im Februar 1945 43 jüdische Frauen bei Bautzen. SZ, 3. Mai 1961.
- Lucas, Karl:** Unsere „AIZ“ schlug wie eine Bombe ein. In: Schon damals kämpften wir gemeinsam, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 39–41.
- Matern, Hermann:** Wir sind den richtigen Weg gegangen. ND, 7. April 1961; SZ, 7. April 1961.
- Mětsk, Frido:** Aktywność knejeżerstwowych instancow t. mj. Wajmarskeje koalicyje přećiwu Serbam w nadawku

- organizowaneho militaristisko-revanšistiskeho junkerstwa. (Die Aktivität der Regierungsinstanzen der sog. Weimarer Koalition gegen die Sorben im Auftrage des organisierten militaristisch-revanchistischen Junkertums.) Lp B III/2 (6), 1959, S. 502–542.
- Müller, Werner: Vor 15 Jahren: Volksentscheid in Sachsen. Die große Bewährungsprobe. ND, 30. Juni 1961.
- Nedo, Pawol: Wuswobodženje k nowemu žiwjenju. Horšće dpomnjenkow na nalěčo 1945. (Befreiung zu neuem Leben. Einige Erinnerungen an das Frühjahr 1945.) Ro X, 5, 1960, S. 129–132.
- Nowak, Bjarnat: Die Doppelrolle der Führung der sorbischen nationalen Bewegung in der Zeit der faschistischen Diktatur in Deutschland. Lp B 7, 1960, S. 3–35.
- Peter, Willy: Die Gründung der SED in Sachsen (1945/46). In: Beiträge zur Geschichte der SED, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 79–114.
- Pomp, Marianne: Dem ganzen Volk ein Leben in Wohlstand und Glück. TP, 1961, H. 2, S. 23/24.
- Puppe, Bruno: Auch mit den tschechoslowakischen Gendarmen mußten wir rechnen. In: Schon damals kämpften wir gemeinsam, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 59–67.
- Retzlaff-Kresse, Bruno: Silvester 1935 illegal in Deutschland. In: Schon damals kämpften wir gemeinsam, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 119–129.
- Schiller, Klawns u. a.: Aus Geheimakten nazistischer Wendenpolitik. Ro X, 7, 1960, S. 220/221.
- Schon damals kämpften wir gemeinsam. Erinnerungen deutscher und tschechoslowakischer Antifaschisten an ihre illegale Grenzarbeit 1933–1938. Dietz Verlag, Berlin 1961, 136 S.
- Schröder, Otto: Die Vorbereitung des Volksentscheids in Sachsen gegen die Kriegs- und Naziverbrecher (1946). In: Beiträge zur Geschichte der SED, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 244–282.
- Schröder, Otto: Der Kampf der SED in der Vorbereitung und Durchführung des Volksentscheides gegen die Kriegs- und Naziverbrecher am 30. Juni 1946 in Sachsen (Februar 1946 bis 30. Juni 1946). Phil. Diss., Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED Berlin, 1961.
- Schubert, Kurt: Die Blutspuren von Hohnstein. (Einweihung des ehemaligen Konzentrationslagers als Mahn- und Gedenkstätte.) SZ, 28. Juni 1961.
- Schwarz, Gerhard: Flugblätter berichteten in Moritzburg von der Heldentat auf dem Panzerkreuzer „Potemkin“. Unser sozialistisches Dorf, Großenhain, 6. Juni 1961.
- Schwarze, Werner: Die Materialübergabe auf dem Friedhof. In: Schon damals kämpften wir gemeinsam, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 90–95.
- Der Sozialismus siegt! So wurde die Einheit der Arbeiterklasse geschmiedet. Berichte aus der Arbeiterbewegung des Kreises Löbau. Hrsg. von der SED-Kreisleitung Löbau, o. O. 1961, 24 S.
- Spitzer, Alfred: So begann die illegale Arbeit im Zittauer Grenzgebiet. In: Schon damals kämpften wir gemeinsam, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 23–27.
- Stasny, Karel: Damals in Bautzen. Erinnerungen an Ernst Thälmann. BZ, 15. April 1961.
- Tammer, Hans: Die Einheit – die Mutter aller Siege. (Vereinigung im Kreis Bischofswerda.) TP, 1961, H. 2, S. 21/22.
- Wendler, Erich: Ein nächtlicher Zwischenfall im Grenzgebiet. In: Schon damals kämpften wir gemeinsam, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 42–46.
- Wenderlich, Willi u. Joseph: Auftrag des ZK der KPC erfüllt: Grenzstelle geschaffen. In: Schon damals kämpften wir gemeinsam, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 34–38.
- Wenn wir brüderlich uns einen... Der Kampf um die Schaffung der SED in Dresden 1945–1946. Heft 8 der Beiträge zur Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung, hrsg. vom Museum für Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung im Auftrage der Stadtkommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der SED-Stadtleitung Dresden, Dresden 1961, 104 S.
- Wićaz, Pawol: K 75 posmjertnym narodniam Arnošta Palma: Swěrný socialist a přecel Serbow. (Zum 75. Geburtstag von Arnošt Palm: ein wahrer Sozialist und Freund der Sorben.) Nd, 22. November 1960.
- Wir klagen an: ... nur sechzig überlebten. Von der „Kristallnacht“ bis in die Gaskammern. Eichmann befahl und die



- Dresdner Gestapo deportierte. SZ, 10. Mai 1961.  
**Zimmermann, Lothar:** Alfred Werner kannte ihn persönlich. Mit Ernst Thälmann für die Einheit der Arbeiter-schaft. SNN, 20. April 1961.

#### Bezirk Erfurt

- Anweiler, Änne:** Nur vereint zwingen wir des Volkes Feind. Zur Geschichte der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in Thüringen. Hrsg. von der SED-Bezirksleitung Erfurt, Kommission zur Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, o. O. 1961, 84 S.  
**Aufruf** des Bezirksmaikomitees an die Bevölkerung. V, 15. April 1961.  
**Bausch, Heinz:** Damals begann die „Endlösung“. (KZ Buchenwald.) SZ, 8. April 1961.  
**Bestie** Schäfer und zwei Generale. (KZ Buchenwald.) Vo, 1961, Nr. 24.  
**Bräutigam, Alois:** Zum 15. Jahrestag unserer Partei: Einheit – Kraftquell des Sieges. V, 21. April 1961.  
**Buchenwald** mahnt. Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und Ansprachen der ausländischen Delegierten zur Weihe der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald am 14. September 1958, Volksverlag, Weimar 1961, 39 S.  
**Ergerath, Werner:** Dr. Brills Rechnung ging nicht auf. BZ, 22. April 1961.  
**In der Einheit** liegt die Stärke. Festschrift zu Ehren des 15. Jahrestages zur Gründung der SED. Hrsg. von der SED-Kreisleitung Apolda, o. O. 1961, 48 S.  
**Fiedler, Hermann:** Vereinigung von KPD und SPD im Kreise Bad Langensalza. Erinnerungen zum 15. Jahrestag. Hrsg. vom Rat der Stadt und der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Bad Langensalza, o. O. 1961, 11 S.  
**Fiedler, Paul:** Ein unvergeßliches Erlebnis. (Erinnerungen an Ernst Thälmann und Walter Ulbricht.) DBZ, 21. April 1961.  
**Gutsche, Willibald:** Ehre den antifaschistischen Kämpfern. Zum 16. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald. V, Ausgabe Erfurt-Stadt, 11. April 1961.

- Heilmann, Friedrich / Herrmann, Heinrich:** Wir waren Delegierte des Thüringer Vereinigungsparteitages in Gotha. V, 7. April 1961.  
**Hellmünd, Günter:** Eine neue Zeit begann (1945 ff.). V, 20. April 1961.  
**10 Jahre** Weimar auf dem Wege zum Sozialismus. Hrsg. von der gemeinsamen Kommission zur Vorbereitung des zehnten Jahrestages der DDR in Weimar, o. O. 1959, 71 S.  
**Ein Jahrhundert** deutscher Geschichte. Das Gothaer Tivoli als Erinnerungsstätte des Vereinigungskongresses der deutschen Arbeiterparteien im Jahre 1875. TNN, 21. April 1961.  
**Kühn, Otto:** Ein unvergeßliches Erlebnis. In: Unsterblicher Lenin. Erinnerungen deutscher Genossen, Dietz Verlag, Berlin 1960, 2. Auflage, S. 154.  
**Marschall, Eduard:** Die Partei war immer da. (KZ Buchenwald.) FW, 11. April 1961.  
**Müller, Richard:** Der Wille zur Einheit überwand die Spaltung (in Gotha). TP, 1961, H. 2, S. 25/26.  
**Stange, W.:** Aus der Heimatgeschichte. Vom „Dorfschulmeister“. Erfurter Landkurier, Erfurt-Land, 1961, Nr. 22.  
**Weber, Richard:** So war unser „Teddy“. Erinnerungen eines Jungkommunisten an Ernst Thälmann. V, 15. April 1961.  
**Der Wille** zur Einheit siegte. Erinnerungen. Hrsg. von der SED-Bezirksleitung Erfurt, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Erfurt 1961, 71 S.  
**Zerweck, Fritz:** „Trotz alledem!“ (Organ der KPD-Ortsgruppe Nordhausen.) Südharzer Rundschau, Nordhausen, 8. Juni; 15. Juni 1961.

#### Bezirk Frankfurt (Oder)

- Arendt, L.:** Stärker als die Monopolisten und Generale. (Kapp-Putsch im Finowtal.) In: Heimatkalender für den Kreis Eberswalde 1960, S. 85–94.  
**Arendt, L.:** Arbeiter befreien Arbeiter. (Finowtal 1920.) In: Heimatkalender für den Kreis Eberswalde 1960, S. 117–118.  
**Arendt, L. / Mier, P.:** Die Arbeitsbedingungen im Walzwerk Finow früher und heute. Alte Arbeiter erzählen. In: Heimatkalender für den Kreis Eberswalde 1960, S. 128–131.

- Augustin, H.:** Lebensbild des Gewerkschaftsfunktionärs Genossen Krause. NT, Ausgabe Stalinstadt, 25. März 1961.
- Bartel, A.:** Der Sieg über den Kapp-Putsch 1920. Die Schwedter Arbeiter verhinderten den Putsch. In: Heimatkalendar des Kreises Angermünde 1959, S. 134/135.
- Bartel, A.:** So führten wir die Landsonntage während der Weimarer Republik (in Schwedt/Oder) durch. In: Heimatkalendar für den Kreis Angermünde 1960, S. 44-46.
- Bartel A.:** Die Schwedter Arbeiter verhinderten den Putsch (1920). In: Heimatkalendar für den Kreis Angermünde 1960, S. 47/48.
- Bornstein:** So führten die Genossen der KPD die Pressewerbung in den Kampfjahren durch (1930-1933). Das neue Leben, Fürstenwalde (Spree), 25. Juni 1961.
- Dankert:** Die Einheit der Arbeiterklasse bildete sich von unten. Rückschau auf die Entwicklung des Kreises seit 1932. NT, Ausgabe Bernau, 29. März 1961.
- Dieck:** So wüteten die Faschisten. Erinnerungen eines ehemaligen Häftlings aus dem KZ Sachsenhausen. NT, Ausgabe Bernau, 21. März 1961.
- „Dem haben wir die Faust gezeigt.“** Wie die Landarbeiter von Günterberg am eigenen Leibe erfuhren, daß Einigkeit stark macht. Dorfecho, Angermünde, 26. März 1961.
- Gartzer Arbeiterveteranen** berichten aus ihrem Leben. In: Heimatkalendar des Kreises Angermünde 1959, S. 135/136.
- Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung.** 15 Jahre Einheit - 15 Jahre Erfolg. Das neue Dorf, Bernau, 26. März 1961.
- Götzl, Eduard:** Brief an einen sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten. NT, 27. Mai 1961; ND, 28. Mai; 10. Juni 1961.
- Gotsche, Otto:** Sturz in Chaos. (Kämpfe im Oderbruch und im heutigen Kreis Seelow 1945.) ND, 4. April 1959.
- Greiser, Max:** Ich kannte Philipp Zopf. Erinnerungen anläßlich seines Todes. NT, Ausgabe Eberswalde, 21. März 1961.
- Hasse, Fritz:** Für die Einheit der Arbeiterklasse. (Vereinigung im Kreis Eberswalde.) NT, Ausgabe Eberswalde, 5. April 1961.
- Hempel, Trude:** Mein Dokument. (Geschichte eines Parteidokuments.) NT, Ausgabe Bad Freienwalde, 11. Februar 1961.
- Illigens:** Die alten erfahrenen Funktionäre haben eine große Erfahrung. Über eine Beratung mit Arbeiterveteranen und Aktivisten der ersten Stunde. NT, Ausgabe Seelow, 18. Februar 1961.
- Seit 15 Jahren...** durch Einheit von Sieg zu Sieg. NT, Ausgabe Bad Freienwalde, 17. Februar 1961.
- Kiedrowitz, F.:** Die Partei hat immer recht. Von Kämpfen der Arbeiterklasse seit 1929. NT, Ausgabe Fürstenwalde (Spree), 9. März 1961.
- Köhler, Paul:** Ein Leben für die Sache der Arbeiterklasse - Genosse Wilhelm Ostwald. NT, Ausgabe Fürstenwalde (Spree), 17. März 1961.
- Kommuniqué** über eine gemeinsame Beratung des Bezirkskomitees Zielona Gora der PVAP und des Büros der Bezirksleitung Frankfurt/Oder der SED. NT, 29. Mai 1961.
- Kortmann, Emil:** Unsere Herzen schlugen höher. Erinnerungen aus der Zeit des Kampfes um die Arbeitereinheit. NT, 6. April 1961.
- Kracheel, Fritz:** Für unsere Partei mit Worten und Taten. Porträt einer Parteiveteranin - Herta Karbstein. NT, 21. April 1961.
- Kraft, Ellen:** Partei des Kampfes und des Sieges. Ein Rundgang durch die Ausstellung „15 Jahre SED“. NT, 20. April 1961.
- Kramp, Paul:** Und wir haben doch gesiegt. Antifaschistischer Widerstandskampf im Reifenwerk Fürstenwalde. Reifenwerker, VEB Reifenwerk Fürstenwalde (Spree), 24. März; 28. April 1961.
- Lübke, Heinz:** Von der Kraft, die alles vermag. Zur Eröffnung der Ausstellung „15 Jahre SED“. NT, 15. April 1961.
- Meinhardt, Friedo:** Im Kampf um Roh-eisen zusammengeschweißt. NW, 1961, H. 8, S. 379-382.
- Meissel, L.:** Eine Ortsgruppe der KPD wird gebildet (Bralitz). NT, Ausgabe Bad Freienwalde, 10. März 1961.
- Als die faschistische Natter zertreten wurde.** (Auf dem Wege zur Vereinigung in Schönau.) NT, Ausgabe Bernau, 6. April 1961.

- Nowack, W. D.:** Was der König den Neubarnimer Kolonisten „schenkte“. NT, Ausgabe Seelow, 18. März 1961.
- Schneider, Hans-Georg:** Ernst Busch in einer Hauptrolle. (Aufführung Bert Brechts „Trommeln in der Nacht“ 1925 im Frankfurter Stadttheater.) NT, Ausgabe Seelow, 21. Februar 1961.
- Schneider, Hans-Georg:** Gelbe Sterne klagen an. (Judenverfolgung in Frankfurt (Oder) in der Nacht des Faschismus.) NT, 18. Mai 1961.
- Schrabback, F.:** Erlebnisbericht aus den Junitagen des Jahres 1919 in Frankfurt (Oder). FK, 1959, H. 6, S. 7/8.
- Schröder, Martha:** Weil er ein Jude war, wurde ein Mensch aus dem Fenster gestürzt. NT, 29. Mai 1961.
- Schulz, R.:** Der Kapp-Putsch in Fürstenwalde. In: Heimatkalender Kreis Fürstenwalde 1960, S. 57–64.
- Schwolach, Paul:** Der einfache Prolet verstand ihn. Erinnerung an eine Begegnung mit unserm „Teddy“. NT, 15. April 1961.
- Seidel, H.:** Ein Mensch wird in den Tod gehetzt. Ein Kapitel aus Oderberg während der Nazizeit. In: Heimatkalender für den Kreis Eberswalde 1960, S. 135/136.
- Sprenger:** Wie Heinrich Rau den Kohlsdorfer Umsiedlern half. NT, Ausgabe Beeskow, 25. März 1961.
- Stalinstadt, die erste sozialistische Stadt Deutschlands.** Ein Material zum 10jährigen Bestehen des Eisenhüttenkombinats „J. W. Stalin“ und Stalinstadts. Hrsg. vom Kreiskomitee „10 Jahre Stalinstadt“, (Frankfurt/Oder 1960), 8 S.
- Tews, Gisela:** Die Fahrradwerkstatt in der Feldstraße. Aus der Geschichte des Kampfes um die Arbeitereinheit in Fürstenwalde. NT, 18. April 1961.
- Tischer, Alfons:** Der Frieden wird über den Krieg siegen. Erlebnisse während und nach dem ersten Weltkrieg. NT, Ausgabe Fürstenwalde (Spree), 16. Januar 1961.
- Aus den Trümmern der Vergangenheit.** (Neuaufbau 1945.) Neues Oderland, Seelow, 25. März 1961.
- Wählich, August:** Briesener Arbeiter waren auf dem Posten (1918–1933). Das neue Leben, Fürstenwalde (Spree), 26. März 1961.
- Wählich, August:** Sehnlichste Wünsche erfüllt. DBZ, 21. April 1961.
- Der Weg zur Einheit.** Dokumente und Berichte aus den Jahren 1945/46 aus dem Bezirk Frankfurt/Oder. Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Frankfurt/Oder, o. O. 1961, 147 S.
- Wewior, Rudolf:** Wie im Kreis Seelow die Einheitspartei geschaffen wurde. NT, Ausgabe Seelow, 5. April 1961.
- Wolter:** Über die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Schwedt. In: Heimatkalender für den Kreis Angermünde 1960, S. 37–43.
- Zimmermann, Hans:** Die führende Rolle der SED in den ersten Monaten der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Frankfurt/Oder (1952/53). In: Beiträge zur Geschichte der SED, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 365–396.

#### Bezirk Gera

- Beer, Gustel:** Heute vor 15 Jahren – Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in Rudolstadt. Bauernforum, Rudolstadt, 10. April 1961.
- Beer, Gustel / Kildal, Irmgard:** Der Weg zur Einheit. (Vereinigung von KPD und SPD im Kreise Rudolstadt.) Hrsg. von der Kreiskommission Rudolstadt zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Sonderheft der Rudolstädter Heimathefte, 1961/I, 56 S.
- Dornheim, Karl:** Zum 15. Jahrestag der SED. Im Kampf zusammengeschweißt. Bauernforum, Rudolstadt, 4. April 1961.
- Dornheim, Karl:** Zum 15. Jahrestag der Gründung der SED. Zwei Flüsse wurden ein Strom. Vw, 12. April 1961.
- Funke, Eberhard:** Bewährungsprobe ausgezeichnet bestanden. Zum 15. Jahrestag der Vereinigung. Vw, 17. April; 18. April 1961.
- Fritsch, Werner / Wörfel, Erhard:** Auf dem Wege zur Arbeitereinheit (im Kreise Greiz). Vw, 13. April 1961.
- 15 Jahre VdGB im Kreis Zeulenroda.** Voran, Zeulenroda, 17. Mai 1961.
- Jeder von uns. Erlebnisse – Skizzen – Erzählungen.** Hrsg. von der Kommission zur Vorbereitung des 15. Jahrestages der SED in Rudolstadt, o. O. 1961, 80 S.
- Machold, Rolf:** Zum 15. Jahrestag der Vereinigung der Arbeiterparteien.



- Eisenberg heute und vor 20 Jahren. Vw, 21. April 1961.
- Maiaufwurf* an alle Werktätigen und Einwohner des Bezirks Gera. Vw, 18. April 1961.
- Penzold, Maria: Der größte Tag meines Lebens. Erinnerungen an die Vereinigung von KPD und SPD im Kreis Schleiz. Vw, 15. April 1961.
- Roscher, Paul: Ein historischer Tag im Leben der Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes. Vw, 21. April 1961.
- Schmidt-Schaller, Brigitte: Ich möchte Genossin werden. Von einem Besuch im Museum für Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung im Bezirk Gera. Vw, 20. April 1961.
- Sie hat uns alles gegeben. Gespräch mit Aktivisten der Vereinigung. Vw, 17. April 1961.
- Der Sozialismus siegt. Sonderheft aus Anlaß des 15. Jahrestages der SED. Hrsg. von der erweiterten Redaktionskommission des „Oberlandboten“ unter Mitarbeit der Abteilung Propaganda der SED-Kreisleitung Schleiz. OS, 1961, H. 4.
- Staps, Max: Vor fast 40 Jahren. (Gründung der SAJ in Stadtroda.) Unser sozialistisches Dorf, Stadtroda, 31. Mai 1961.
- Ortsvorstädtische Turnhalle – Kampfstätte der revolutionären Geraer Arbeiter. Vw, 17. April 1961.
- Vereint sind wir unbesiegbar. (15 Jahre SED.) Hrsg. von der SED-Kreisleitung Eisenberg, o. O. 1961, 32 S.
- Wir schmiedeten die Einheit. Erlebnisberichte von Parteiveteranen, die sich im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse besondere Verdienste erwarben. Aus Anlaß des 15. Jahrestages der Gründung der SED. Hrsg. von der Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Gera der SED, o. O. 1961, 96 S.
- Bezirk Groß-Berlin**
- Adler, Heinz: Sie gaben uns brüderliche Hilfe. Signal, VEB Werk für Signal- und Sicherungstechnik Berlin-Treptow, 28. April 1961.
- Appell der Bezirksleitung der SED an die Werktätigen der Hauptstadt. ND, 4. April 1961.
- Richard Aßmann zum Gedenken. (Köpenicker Blutwoche 1933.) Köpenicker Heimatblatt, 1961, Nr. 1.
- Aufruf zum 1. Mai. ND, 25. April 1961.
- Bercht, Rudolf: Die Sensation von 1931. Ein Bericht über den 1. Mai roter Studenten. Fo, 27. April 1961.
- Eine Berlinerin rettete mir das Leben. Juri Labutin erzählt aufregende Erlebnisse aus dem Frühjahr 1945. ND, 21. Mai 1961.
- Beweis himmelweiter Überlegenheit. Hermann Matern auf der Festveranstaltung im Kulturhaus Bergmann-Borsig: Einheit der Arbeiterbewegung hätte Spaltung Berlins verhindert. ND, 13. April 1961.
- Der Bismarck von Adlershof. Aus der Geschichte Berlins. ND, 11. April 1961.
- Buchholz, Walter: Die ersten Schritte waren schwer, aber sicher. Signal, VEB Werk für Signal- und Sicherungstechnik Berlin-Treptow, 28. April 1961.
- Erinnerungen an den 1. Mai 1932. Ich hörte Ernst Thälmann. NT, Ausgabe Frankfurt (Oder), 20. April 1961.
- Fieber, Hans-Joachim: Vor der Warschauer Brücke vereinigten sich Kommunisten und Sozialdemokraten. TP, 1961, H. 2, S. 30.
- Sechs Fotos erzählen Geschichte. (1. Mai in Berlin.) BZ, 29. April 1961.
- Grant, J.: Brandts Buckel im Prenzlauer Berg. Immer mehr Mitglieder und Funktionäre des SPD-Kreisverbandes opponieren gegen CDU-Kurs. ND, 3. Juni 1961.
- Hentschke, Heinz: Märztage 1920. Köpenicker Heimatblatt, 1960, Nr. 6.
- Hentschke, Heinz: Auf dem Wege zur Einheit der Arbeiterbewegung in Berlin-Köpenick. UZ, 1961, H. 1, S. 64–69.
- Karay, Günter: „Dann spielt ihr eben Bäckerjungs!“ Betrachtungen eines Moabiters zur 100-Jahr-Feier in Moabit. BZA, 17. Juni 1961.
- Leuthold, G.: Eine historische Lehre – 13. März 1920. Köpenicker Heimatblatt, 1960, Nr. 6.
- Litke, Karl: Aus dem Kampf um die Arbeitereinheit in Berlin. ND, 20. April 1961.

Das war *Moabit*. (Zur Geschichte der Moabiter Arbeiterbewegung.) Hrsg. von der Kreisleitung der SED Tiergarten, o. O. 1961, 36 S.

Müller, Werner: Heldentat für die Nation. Karl Liebknechts Protest gegen den imperialistischen Krieg am 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz in Berlin. ND, 1. Mai 1961.

Polkehn, Hugo: Und immer die Partei an der Spitze. Ausstellung zum 15. Jahrestag der Vereinigung. BZ, 19. April 1961.

Schellenberg, Walter: Die Einheit siegte trotz Schumacher. (Berlin-Prenzlauer Berg.) TP, 1961, H. 2, S. 22/23.

Sellin, Paul: Ein Leben als Sozialist. Erinnerungen. Signal, VEB Werk für Signal- und Sicherungstechnik Berlin-Treptow, 14. April 1961.

Smolan, A. J.: Letzte Begegnung mit „Teddy“ (1933). OZ, 15. April 1961.

Brauner Terror wütete in Köpenick. Die Köpenicker Blutwoche 1933. Köpenicker Heimatblatt, 1960, Nr. 12.

Thomas, Siegfried: Die Rolle der Aktionseinheit zwischen KPD und SPD beim Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und bei der Überwindung der Kriegsfolgen in Berlin (Juni–Dezember 1945). ZfG, 1961, H. 2, S. 373–404.

Wohlgemuth, Franz: Zum Kampf der Berliner Arbeiterklasse für die Gründung der SED (1945/1946). In: Beiträge zur Geschichte der SED, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 115–168.

Wolf, Bruno: Immer kann man von ihm lernen. (Begegnung in Berlin-Schöneberg mit Ernst Thälmann.) FE, 17. April 1961.

Wostrack, Kurt, u. a.: VEB Bergmann-Borsig – ein Kind der Partei. NW, 1961, H. 8, S. 374–378.

Wulf, Vera: ... an einem 1. Mai im „Dritten Reich“ (Fritz Kirsch). BZ, 1. Mai 1961.

Wunsch, Eduard: Kämpfe und Siege der deutschen Arbeiterklasse. Erzählung aus den Märztagen des Jahres 1920. Köpenicker Heimatblatt, 1960, Nr. 6.

#### Bezirk Halle

Bruschke, Werner: Der „dritte Weg“ nach 15 Jahren. Zu einigen „Theorien“ der rechten SPD-Führung und was dabei herauskam. Fr, 14. April 1961.

Das *Denkmal auf dem August-Bebel-Platz* (in Eisleben). In: Sein unsterblicher Name, Staatsverlag für Lehrbücher und Pädagogik des Ministeriums für Bildungswesen der RSFSR, Leningrader Abteilung, Leningrad 1959, S. 5–8.

Dessau – 15 Jahre unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. o. O. 1961, 8 S.

Engelsmann, Kurt: Die Entwicklung der Aktivistenbewegung in den Chemiewerken des mitteldeutschen Industriegebietes (1947–1949). In: Beiträge zur Geschichte der SED, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 283–324.

Ewald, Gerda / Gerstner, K.-H.: Tausend-jähriges Halle – rotes Herz Mitteldeutschlands. BZ, 11. Juni 1961.

Fleischer, Otto: Die Schneeballschlacht mit Hermann Duncker. T, 25. Mai 1961.

Heckert, Fritz: „Nun erzählen Sie mal von Ihren Heldentaten in Mitteldeutschland!“ In: Unsterblicher Lenin. Erinnerungen deutscher Genossen, Dietz Verlag, Berlin 1960, 2. Auflage, S. 114 bis 121.

15 Jahre SED – 15 Jahre Kampf für Frieden und Sozialismus. Sonderzeitung der SED-Kreisleitung VEB Mansfeld Kombinat „Wilhelm Pieck“, 1961.

15 Jahre SED – 15 Jahre Kampf für Frieden und Sozialismus. Hrsg. von der Kreisleitung Köthen der SED, o. O. 1961, 8 S.

15 Jahre SED. Aus dem Leben der Arbeiterbewegung der Kreise Zeitz und Hohenmölsen. Hrsg. von den Kreisleitungen der SED Zeitz und Hohenmölsen, Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, o. O. 1961, 75 S.

15 Jahre SED. Siegreicher Vormarsch für Frieden und Sozialismus. Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Halle der SED, o. O. 1961, 100 S.

Klitz, Werner: Als die Arbeiter die Mühle Hildebrandt boykottierten. Fr, 17. Mai 1961.

Koenen, Bernard: Kampfgestählte Kader erzogen. NW, 1961, H. 8, S. 349–354. Aus dem Leben eines Chemieriesen. (Leuna-Werke „Walter Ulbricht“.) BNN, 28. April 1961.

**Der Sozialismus siegt! Zum 15. Jahrestag** der Vereinigung von KPD und SPD. Hrsg. von der SED-Kreisleitung Nümburg (Saale), Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, o. O. 1961, 56 S.

**Vorwärts, als geschlossene Front! MNN**, 21. April 1961.

## Bezirk Karl-Marx-Stadt

**Abschied** (von Fritz Heckert im Jahre 1936). VS (KMSt), 7. April 1961.

**Alex, Adolf:** Wie Kurt (Rathemann) 1923 Mitglied der KPD wurde. VS (KMSt), Ausgabe Aue, 21. April 1961.

**Beck, Kurt:** Was die Bauernfahne mit der Sense zu erzählen weiß. VS (KMSt), Ausgabe Schwarzenberg, 8. Januar; 13. Januar; 16. Januar 1961.

**Brüder**, in eins nun die Hände. Ein Überblick über die Herausbildung der SED im Kreis Auerbach (Vogtl.) 1945 bis 1946. Hrsg. von der SED-Kreisleitung Auerbach (Vogtl.), o. O. 1961, 39 S.

**Der Annaberger Bote** der KPD und SPD (Siegfried Lorenz). ND, 11. April 1961.

**Döring, Charlotte:** Der Kommandant auf Krankenbesuch. T, 6. Mai 1961.

**Emmerlich, Kurt:** Wie Kurt Hentschel mithilfe, den Nazis ein Schnippchen zu schlagen. VS (KMSt), Ausgabe Aue, 12. April 1961.

**Emmerlich, Kurt:** Das Reden lernte ich im Gerichtssaal — Alfred Hänsch. VS (KMSt), Ausgabe Aue, 15. April 1961.

**Am Ende** stand die Gaskammer. (Judenverfolgung in der Zeit des Faschismus im Bezirk Karl-Marx-Stadt.) VS (KMSt), 27. Mai 1961.

**Die Entstehung** der Arbeiterbewegung in Beierfeld. Unsere Skala, VEB Meßgerätekwerk Beierfeld (Erzgeb.), 21. April 1961.

**Unsere Fahne**, die ist rot! Ein Heimatkundliches Lesebuch. Hrsg. von der SED-Kreisleitung Stollberg (Erzgebirge), Stollberg 1961, 171 S.

**Fichtner, Helmut:** Die Junker mußten gehen. Neues Vogtland, Oelsnitz (V.), 20. April 1961.

**Friedrich, E.:** Freundschaft der Tat. FP, 8. Mai 1961.

**Fritzsche, W.:** Kraftwerk darf nicht stillliegen! FP, 8. Mai 1961.

**Glier, Willi:** Wir erfüllen sein Vermächtnis. Zum 25. Todestag des Genossen Fritz Heckert. VS (KMSt), 7. April 1961.

**Groß, Werner:** Die ersten Schritte. Der Kampf der Antifaschisten in Schwarzenberg während der unbesetzten Zeit Mai/Juni 1945, Verlag Rütten und Loening, Berlin 1961, 126 S.

**Grummt, Hugo:** Unsere sowjetischen Freunde halfen. Neue Schwarzenberger Landzeitung, Schwarzenberg, 13. April 1961.

**Gruner, Siegfried:** Begegnung mit der Vergangenheit. Was vor 16 Jahren in Reitzenhain geschah. (KZ-Häftlinge ermordet). Das Bündnis, Marienberg, 7. Juni 1961.

**Günther, Paul:** Zum 60jährigen Bestehen der Konsumgenossenschaft Schwarzenberg. VS (KMSt), Ausgabe Schwarzenberg, 1. Dezember 1960 ff.

**Havel, Johannes:** Eine Maifeier (1893) mitten im Wald. Gemeinsamer Weg, Stollberg (Erzgebirge), 10. Mai 1961.

**Verschlungene Hände** — flammende Herzen. Festschrift zum 15. Jahrestag der Gründung der SED im Kreis Zwickau-Land. Hrsg. von der SED-Kreisleitung Zwickau-Land, o. O. 1961, 29. S.

**Heidel Arno:** „Sie sind entlassen!“ (1907). FP, 1. Mai 1961.

**Helm, Heinz:** Ein Leben für die Arbeitereinheit — Fritz Heckert. LVZ, 7. April 1961.

**Henkel, Lothar:** Zwei Genossen — ein Weg. Neue Schwarzenberger Landzeitung, Schwarzenberg, 13. April 1961.

**Hopfe, Gilbert,** Johanngeorgenstadt einst und heute (Bergbau). Neue Schwarzenberger Landzeitung, Schwarzenberg, 1. Juni 1961.

**Hunger, Emil:** Die Julinacht (1932). VS (KMSt), 6. Juni 1961.

**10 Jahre DDR.** Aufbauenerfolge im Bezirk Karl-Marx-Stadt. Referentenmaterial, zusammengestellt vom Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, o. O. 1959.

**15 Jahre SED — 15 Jahre Kampf** um Frieden und Sozialismus. Festschrift der Kreisleitung Plauen-Stadt zum 15. Jahrestag der SED, o. O. 1961, 45 S.

**15 Jahre später:** Wie wir die Quelle unseres Aufstiegs erschlossen. Volksentscheid (in Sachsen) — Fundament unserer starken Friedenswirtschaft. VS (KMSt), 30. Juni 1961.



- Kämpfe, W.:** Walter Fiedler gehörte zu den Moorsoldaten. VS (KMSt), Ausgabe Aue, 13. April 1961.
- Keller, Kurt:** Grube gerettet. FP, 21. April 1961.
- Korb, Paul:** Reichsbanner und Rote Wehr marschierten zusammen. VS (KMSt), Ausgabe Schwarzenberg, 6. April; 7. April 1961.
- Kraft, Toni:** Stille Reserven des Geschichtslehrers. ND, 19. Mai 1961.
- Langguth, Ernst:** Auch dieser Grenzübertritt wurde in Sekunden entschieden. In: Schon damals kämpften wir gemeinsam, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 105–108.
- „Stände nur Marx noch neben mir!“ Zur Vorgeschichte des 1. Mai. (1. Mai 1890 in Zwickau.) FP, 1. Mai 1961.
- Mrowetz, Hans:** Dann kam der Frühling. FP, 21. April 1961.
- Müller, Erich:** Der 1. Mai 1933 im Gefängnis. FP, 1. Mai 1961.
- Nyland, Rose:** Bruno Hofmann – der Lebensweg eines Kommunisten. VS (KMSt), 13. April 1961.
- Parteiveteran Kurt Niedermeyer** erzählt von den Aktivisten der ersten Stunde und vom schweren Anfang in Johannsgeorgenstadt. VS (KMSt), 13. April 1961.
- Reinhardt, R.:** Die Einheit der Arbeiterklasse war auch sein Werk – Ludwig Böbel. VS (KMSt), Ausgabe Aue, 10. April 1961.
- Reinhardt, R.:** Für Ernst Leistner gab es kein Verweilen. VS (KMSt), 17. April 1961.
- Schädlich, Kurt:** Mutig trat er den Nazis entgegen – Max Espich aus Bernsbach. VS (KMSt), Ausgabe Aue, 24. April 1961.
- Schmidt, Edwin:** Solidarische Hilfe in Plauen. Neues Vogtland, Oelsnitz (V.), 20. April 1961.
- Schmidt, Max:** ... und der Zukunft zugewandt. FP, 21. April 1961.
- Schmidt, Max:** Den „Grünen“ ein Schnippchen geschlagen (1925). FP, 1. Mai 1961.
- Schmidt, Richard:** Tschechische Arbeiter übernahmen die Patenschaft über deutsche Betriebe. In: Schon damals kämpften wir gemeinsam, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 96–98.
- Schmutzer, Hans:** Nachtquartier für drei Mann von drüben! In: Schon damals kämpften wir gemeinsam, Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 109–112.
- Schulze, Günther:** Sieg der Aktionseinheit (in Hohndorf im Kreis Oelsnitz.) FP, 21. April 1961.
- Schuster, Erich:** Als die Partei entstand. DBZ, 21. April 1961.
- Seidel, Paul:** Terror, Haussuchungen, Verhaftungen und das Verbot der Kommunistischen Partei vermochten den Kampfgeist der Genossen nicht zu brechen. VS (KMSt), Ausgabe Schwarzenberg, 12. April 1961.
- Sie begannen das Werk.** (Lebensdaten führender Genossen des Kreises Schwarzenberg.) Neue Schwarzenberger Landzeitung, Schwarzenberg, 13. April 1961.
- Siewert, Robert:** Zum 25. Todestag Fritz Heckerts am 7. April 1961. Er hatte das Herz auf dem rechten Fleck. T, 7. April 1961.
- Stolz, Fritz:** Das wird nicht vergessen. (Judenverfolgung im Kreis Annaberg.) Gebirgs-Echo, Annaberg, 14. Juni 1961.
- Thorschmidt, Herbert:** Aus der Rochsburg Arbeiterbewegung (1945/46). Das sozialistische Dorf, Rochlitz, 27. April 1961.
- Unger, Karlfritz:** Das Volk besann sich seiner Kraft. Neue Schwarzenberger Landzeitung, Schwarzenberg, 13. April 1961.
- Was des Volkes Hände schufen, ward des Volkes Eigentum. (Beiträge zum Jahrestag des Volksentscheids in Sachsen.) FP, 30. Juni 1961.
- Wagner, Raimund:** Über die Chemnitzer Konferenz und die Widerstandsaktionen der sächsischen Arbeitermassen gegen den Reichswehreinmarsch im Oktober 1923. BzG, 1961, SH, S. 188–208.
- Wegner, Arno Friedrich** – einer der Aktivisten bei der Vereinigung in Löbnitz. VS (KMSt), Ausgabe Aue, 18. April 1961.
- Wie weiter? – Hand in Hand! 35 Mitglieder und Funktionäre der SPD aus Nordrhein-Westfalen, berieten mit Funktionären der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt. VS (KMSt), 20. Juni 1961.

## Kritik und Bibliographie

**Wilfert, Emil:** Ein Genosse erzählt. Neues Vogtland, Oelsnitz (V.), 20. April 1961.

**Wilfert, Frieda:** Das wahre Gesicht des US-Kommandanten. Neues Vogtland, Oelsnitz (V.), 20. April 1961.

**Winter, Karl:** Fritz Heckert – ein unvergessener Führer der deutschen und internationalen Arbeiterklasse. SZ, 7. April 1961.

**Winter, Karl:** Wir schmiedeten die Einheit der Partei. VS (KMS), 21. April 1961.

**Sie fragten nicht nach Zeit und Mühe.** (Vereinigung im Kreis Werdau.) Das Bündnis, Werdau, 19. April 1961.

**In Zschoken hat der Hahn gekräht.** Hrsg. von der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt, o. O. 1961, 30. S.

### Bezirk Leipzig

**Ein Gasthof in Oschatz.** (Ernst Thälmann.) M, 18. April 1961.

**Gelbke, Dina:** Wann immer Lenin nach Leipzig kam. In: Unsterblicher Lenin. Erinnerungen deutscher Genossen, Dietz Verlag, Berlin 1960, 2. Auflage, S. 17–19.

**Die Gründung der KPD in Oschatz.** Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung im Kreis Oschatz, o. O. 1961, 8 S.

**15 Jahre SED.** Auszüge aus Dokumenten und Materialien zur Entwicklung der Partei im Bezirk Leipzig. Nr. 4 der Schriftenreihe des Museums für Geschichte der Leipziger Arbeiterbewegung, hrsg. im Auftrag der SED-Bezirksleitung Leipzig, o. O. 1961, 144 S.

**15 Jahre SED (im Kreis Döbeln).** Hrsg. von der SED-Kreisleitung Döbeln, o. O. 1961, 34 S.

**Kai, Norbert:** Begegnung an der Elbe (Torgau). BNN, 23. April 1961.

**Kalbe, Ernstgert:** Der internationale Kampf gegen die provokatorische Reichstagsbrandstiftung und den Leipziger Prozeß sowie seine Bedeutung für die Entwicklung der antifaschistischen Einheitsfrontbewegung. Phil. Diss., Karl-Marx-Universität Leipzig, 1960.

**Kühn, Kurt:** „Verbrennt doch endlich eure alten Manuskripte.“ Eine Erinnerung

an das Ringen um die Arbeitereinheit in Leipzig, LVZ, 1. April 1961.

**Liebing, Walter:** „Schlag weiter so zu, junger Freund, aber nicht so hastig!“ In: Unsterblicher Lenin. Erinnerungen deutscher Genossen, Dietz Verlag, Berlin 1960, 2. Auflage, S. 20–23.

**Mai-Erinnerungen** alter Arbeiter. LVZ, 1. Mai 1961.

**Nagel, Otto:** Wie ich die Vereinigung miterlebte. Der Former, VEB Leipziger Eisen- und Stahlwerke, 14. April 1961.

**Der Leipziger Prozeß (1933/1934).** Reden, Briefe und Dokumente. Sofia 1960, 443 S. (Bulg. Spr.)

**Römer, Kurt:** Das Hauptquartier in der Elisenstraße (in Leipzig). In: Unsterblicher Lenin. Erinnerungen deutscher Genossen, Dietz Verlag, Berlin 1960, 2. Auflage, S. 27–29.

**Schäfer, A.:** Erlebnisbericht aus vergangener Zeit. Acht Arbeiter konnten nicht mehr fliehen (1922). Der Former, VEB Leipziger Eisen- und Stahlwerke, 14. April 1961.

**Teubner, Hans:** Zum 70. Geburtstag Paul Böttchers. Ein Kämpferleben für die Partei. LVZ, 2. Mai 1961.

**Thoms, Lieselotte:** So wächst unsere sozialistische Ordnung. Walter Ulbricht beriet in Leipzig über neue Probleme der staatlichen Leitung in Bezirken und Großstädten. ND, 12. April 1961.

**Das Urteil** lautete: „Wegen Fortführung der Arbeit für die Kommunistische Partei.“ Der Former, VEB Leipziger Eisen- und Stahlwerke, 12. Mai 1961.

**Vogelsang, Hans:** So wuchs die Einheit der Arbeiterklasse. Erinnerungen an die historischen Apriltage des Jahres 1946. LVZ, 21. April 1961.

**Wiegel, Karl:** Stätten des Kampfes und der Erinnerung. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandskampfes im Bezirk Leipzig. Nr. 3 der Schriftenreihe des Museums für Geschichte der Leipziger Arbeiterbewegung, VEB Verlag Enzyklopädie, Leipzig 1961, 67 S.

### Bezirk Magdeburg

**Hahn, Paul:** Wir kämpfen um die Einheit der Arbeiterklasse. VS (M), Ausgabe Magdeburg, 18. April 1961.

15 Jahre SED — Kreis Staßfurt. Hrsg. von der SED-Kreisleitung Staßfurt, o. O. 1961, 20 S.

75 Jahre VEB Fahlberg-List Magdeburg. Hrsg. von der Werkleitung, o. O. 1961.

Vom *Kanonenkrupp* zur sozialistischen Gemeinschaftsarbeit. Hrsg. von der Bildungsstätte der Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Schwermaschinenbau „Ernst Thälmann“ Magdeburg-Buckau, o. O. 1961, 47 S.

Kaßner, Walter: Ernst Thälmann in Magdeburg. VS (M), 15. April 1961.

Kohn, Erwin: Ein alter Foliant. Der Geschichte eines Dorfes auf der Spur (Schwanebeck). ND, 3. Juni 1961.

Lange, Günter: Zur historischen Entwicklung (des Bezirks Magdeburg). In: Der Bezirk Magdeburg. Natur- und Kunstdenkmale. Hrsg. vom Kulturhistorischen Museum Magdeburg, o. O. 1961, S. 19–43.

Lindner, Ernst / Kraatz, Günter: 15 Jahre SED — Kreisorganisation Schönebeck (Elbe). Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der örtlichen Geschichte der Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Schönebeck (Elbe), o. O. 1961, 43 S.

Wo die *Muttereiche* stand. Zum Tag der Befreiung Gedenkstein im Biederitzer Busch enthüllt. VS (M), 8. Mai 1961.

Scheel, Heinz: Betriebsarchive sagen aus. In den Archiven des VEB Fahlberg-List Magdeburg geblättert. Informations- und Studienmaterial der zentralen Forschungsstelle „Der Kampf der deutschen Chemiewerker um die Sicherung des Friedens gegen Militarismus und Imperialismus und für den Sieg des Sozialismus.“ Folge 1/1960, 52 S.

Stuwe, Richard: Als der Grundstein gelegt wurde. Über die Vereinigung der Arbeiterparteien in Magdeburg. VS (M), 12. April 1961.

Stuwe, Richard: Der rote Leuchtturm. (Widerstandskampf in Magdeburg.) VS (M), 21. Juni 1961.

Ziener, Rudolf: Die Arbeiterklasse von Blankenburg in der Novemberrevolution 1918 und der revolutionären Nachkriegskrise (I. Teil). HW, 1960, H. 5, S. 130–133; H. 6, S. 164–165; H. 8, S. 226–227; H. 9, S. 258–260; H. 10, S. 295–297; H. 11, S. 329–332; H. 12, S. 355–356.

Bezirk  
Neubrandenburg

Bitschkowski, Horst: Auffrischender Ostwind weht auch in Neubrandenburg. 2. Tagung der 5. Bezirksdelegiertenkonferenz offenbarte gute Fortschritte der Parteiarbeit. ND, 6. Mai 1961.

Bitter, K. / Kaufmann, F.: Der Kapp-Putsch in Prenzlau. In: Heimatkalender für den Kreis Prenzlau 1959, S. 72–75.

Dallmann, Fritz: Ein Dorf verändert sein Gesicht — Priborn im Kreis Röbel, NW, 1961, H. 8, S. 386–389.

Ebert, Edgar: Zuerst sagte ich nein. (Vereinigung von KPD und SPD.) Der Former, VEB Leipziger Eisen- und Stahlwerke, 14. April 1961.

In der *Einheit* der Arbeiterklasse liegt die Quelle aller Erfolge. (Niederschlagung des Kapp-Putsches.) FE, 5. April 1961.

Erinnerungen an den 1. Mai 1927. In: Heimatkalender für den Kreis Prenzlau 1961, S. 41–42.

Ewald: Die Kraft der Partei wächst in der Arbeit mit den Menschen. Aus dem Referat auf der 2. Tagung der 5. Bezirksdelegiertenkonferenz. FE, 27. April 1961.

Freitag, Franz / Schubert, Edmund: Brüder, in eins nun die Hände. Veteranen erzählen aus ihrem kampfreichen Leben im Bezirk Neubrandenburg. Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Neubrandenburg der SED, o. O. 1961, 64 S.

Landrat von Lettow-Vorbeck regierte den Kreis Prenzlau. In: Heimatkalender für den Kreis Prenzlau 1961, S. 41.

Masberg, Martin: So war der Anfang (1945). In einem alten Notizbuch geblättert. In: Heimatkalender für den Kreis Prenzlau 1961, S. 47–48.

Maur, Hans: Sieg durch gemeinsamen Kampf. (Vereinigung im Kreis Ueckermünde.) FE, Ausgabe Ueckermünde, 22. April 1961.

Fünf Minuten nach Zwölf (1945). In: Heimatkalender für den Kreis Prenzlau 1961, S. 42–46.

Morgenröte der neuen Zeit über Mecklenburg. Heute von 15 Jahren vereinigten sich in Mecklenburg die KPD und die SPD. FE, 7. April 1961.



**Papenfuß:** Der Landarbeiterstreik in Strassburg und Umgebung im Jahre 1920. In: Heimatkalender für den Kreis Prenzlau 1961, S. 39–40.

**Roß, Willi:** Der Streik (der Landarbeiter) 1919 in Trampe (Kreis Pasewalk). In: Heimatkalender für den Kreis Prenzlau 1961, S. 38–39.

**Schmandra, Heinz:** Die Novemberrevolution 1918 und die Gründung der Ortsgruppe der KPD in Prenzlau. In: Heimatkalender für den Kreis Prenzlau 1960, S. 80–85.

**Schreiner, Klaus:** Dokumente berichten vom Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse und Werktätigen im Kreis Waren (1848–1960). Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Waren der SED und vom Müritz-Museum, o. O. 1961, 72 S.

„Wasser ist das Wichtigste“. Rote Armee half beim Wiederaufbau des Prenzlauer Wasserwerkes. In: Heimatkalender für den Kreis Prenzlau 1961, S. 46–47.

**Wetterney, R.:** Hermann, erzähl' uns was. FE, 20. April 1961.

#### Bezirk Potsdam

**Brück v., Carlheinz:** Das war Sachsenhausen. BZA, 19. April; 20 April 1961.

**Dieck:** So wüteten die Faschisten. Erinnerungen eines ehemaligen Häftlings aus dem KZ Sachsenhausen. NT, Ausgabe Bernau, 21. März 1961.

**Edel, Peter:** Todeskommando Block 19. (KZ Sachsenhausen.) MV, 16. April 1961.

**Engel, G.:** Aus den Anfängen des Arbeitersports unseres Kreises. In: Heimatkalender für den Kreis Zossen 1959, S. 153–155.

**Ernst:** Die Schlacht um Halbe (1945). In: Rund um den Funkerberg, Königs Wusterhausen, 1959, S. 114–116.

**Favard, F.:** Das war Sachsenhausen. BZA, 21. April 1961.

**Fink, Walter:** Zu Fragen der proletarischen Tradition in der Volkskunde (im Bezirk Potsdam). NM, 1961, H. 1, S. 57 bis 59.

**Geisler, Paul:** Sachsenhausen. T. 22. April 1961.

**Golinski, Bruno:** Vorwärts, und nicht vergessen! (KZ Sachsenhausen.) NT, 18. April 1961.

**Hein, Heiner / Hertelt, Josef:** Erkennen und Begreifen. Gang durch das Internationale Museum Sachsenhausen. BZ, 23. April 1961.

**Zehn Jahre Geschichte des Kreises Wittstock,** die wir selbst miterlebt haben. Festschrift zu Ehren des 10. Jahrestages der Gründung der DDR 1949–1959. Hrsg. vom Rat des Kreises Wittstock, Pritzwalk 1959, 39 S.

**Vor 15 Jahren** vereinigten sich KPD und SPD im Land Brandenburg. NT, 8. April 1961.

**Keitel, H.:** Wie Polizist Bierhals zweimal zum besten gehalten wurde. Aus der Rathenower Arbeiterbewegung. In: Rathenower Heimatkalender 1960, S. 82 bis 83.

**Knoppe, Reinhold:** Ankunft im Konzentrationslager Sachsenhausen. VS (M), 2. April 1961.

**Krombholz, R.:** Gemeinsam auf dem Wege des Sieges. MV, 20. April 1961.

**Die rote Kuhle.** „MV“-Interview mit Horst Jonas. (KZ Sachsenhausen.) MV, 16. April 1961.

**Kunad, Kurt:** Die Partei erleichterte vielen das schwere Los. Gedanken eines ehemaligen Häftlings des KZ Sachsenhausen. FE, 22. April 1961.

**Langner:** Gewißheit kommt aus der Bewahrung. Erinnerungen an die Vereinigung. MV, 20. April 1961.

**Laube, Kurt:** Das rote Nowawes lebt. Gründung der KPD 3. Januar 1919. MV, 4. Januar 1959.

**Lehmann, Otto:** Damals vor 15 Jahren. TP, 1961, H. 2, S. 28–29.

**Lehnert, A.:** Erlebnisbericht über die Zerstörung Potsdams vor 15 Jahren am 14. April 1945. MV, 10. April 1960.

**Brandenburgische Literatur der Gegenwart.** H. 2, 1959–1960. Hrsg. von der Brandenburgischen Landes- und Hochschulbibliothek Potsdam, Potsdam 1961, 134 S.

**Mahnke, Hans:** Häftling Nr. 3233. (KZ Sachsenhausen.) OZ, 15. April 1961.

**Menschen** seid wachsam. Todesmarsch aus dem KZ Sachsenhausen. DBZ, 14. April 1961.

**Miller, Sepp:** Ziegenhals – eine historische Ernst-Thälmann-Gedenkstätte und

- der revolutionären Arbeiterbewegung Deutschlands. In: Rund um den Funckerberg, Königs Wusterhausen, 1959, S. 37–50.
- Müller, Werner: DDR – Bollwerk gegen den Bonner Nazilungeist. (Einweihung der Gedenkstätte Sachsenhausen.) ND, 23. April 1961.
- Pfeiffer, Hans / Knorr, G.: Zum Kampf der Schenkendorfer Arbeiter gegen die Kapp-Putschisten am 20. März 1920. In: Rund um den Funckerberg, Königs Wusterhausen, 1959, S. 34–36.
- Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente aus der Zeit des zweiten Weltkrieges, Kongreß-Verlag, Berlin 1961, 8. Auflage, 120 S.
- Rossa, Bohdan: Genossen, die uns unvergessen bleiben. Zur Einweihung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen. SZ, 6. April 1961.
- Sachsenhausen ruft. U, 23. April 1961.
- Sachsenhausen (Konzentrationslager). VS (M), 2. April 1961.
- Im befreiten Sachsenhausen. FP, 1. Mai 1961.
- Damals in Sachsenhausen. Solidarität und Widerstand im Konzentrationslager Sachsenhausen, Kongreß-Verlag, Berlin, 1961, 169 S.
- Scheffel, Ewald: Nie wieder Faschismus und Konzentrationslager. Erlebnisbericht im KZ Sachsenhausen. Das neue Dorf, Zittau, 28. April; 5. Mai 1961.
- Schindler, R.: Die Toten der Schlacht von Halbe mahnen. In: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere, 1959, H. 4, S. 12–14.
- Schumann, O.: Von den Anfängen der Arbeiterbewegung. In: Potsdamer Land 1959, S. 75–77.
- Der Erste Sekretär lud ein (zu einem Gespräch mit Repräsentanten der Vereinigung). MV, 7. April 1961.
- Sindermann, Horst / Opitz, Max: Wie der Humanismus die Barbarei besiegte. Zur Einweihung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen am 23. April 1961. S. 16. April 1961.
- Stürz, W.: Unsterbliche Opfer. Geschichte des KZ Sachsenhausen. FP, 2. April 1961.
- Die illegale Tagung des ZK der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin, Dietz Verlag, Berlin 1961, 108 S.
- Ulbricht, Walter: Von der DDR wird stets der Frieden ausstrahlen. Rede anlässlich der Einweihung der Gedenkstätte Sachsenhausen. ND, 24. April 1961.
- Wir erfüllen das Vermächtnis. (KZ Sachsenhausen.) VS (KMSt), 7. April 1961.
- Wagner, Mathias: Sachsenhausen. Erinnerungen eines ehemaligen KZ-Häftlings. Neues Dorf, Pritzwalk, 20. April 1961.
- Weiß, E.: Die Geschichte einer Fahne. (Ortsgruppe der KPD in Zeuthen-Miersdorf.) In: Rund um den Funckerberg, Königs Wusterhausen, 1959, S. 51 bis 52.
- Winkler, Inge: Mildenberger Dorfchronik. Erzählt von alten und jungen Dorfbesachsenhausen.), Vw, 1. April; 5. April;
- Wloch, Karl: Hinter Stacheldraht. (KZ Sachsenhausen.) Vw, 1. April; 5. April 6. April; 7. April; 8. April; 10. April 1961.
- Wolf, Willi: Glücklichste Stunde. Gedanken eines ehemaligen Sozialdemokraten an die Vereinigung. MV, 20. April 1961.
- Wunderlich, Rudolf: Die Unbeugsamen. Erlebnisse aus dem Widerstandskampf im ehemaligen KZ Sachsenhausen. JW, 22. April 1961.

#### Bezirk Rostock

- Appell an die Arbeiterjugend in beiden deutschen Staaten. IV. Kongreß der Arbeiterjugend beider deutschen Staaten in Rostock. OZ, 23. Mai 1961.
- III. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands am 5. und 6. Juli 1960 in Rostock. Hrsg. vom Ständigen Komitee der Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands, Verlag Tribüne, Berlin 1960, 84 S.
- Einig im Wollen – einig im Handeln. 15. Jahrestag der SED. Unser sozialistisches Dorf, Wismar, 5. April 1961 ff.
- Zwei Genossen erinnern sich. Gützkower Parteiveteranen erzählen. Das neue Dorf, Greifswald, 18. April 1961.
- Groehler, Olaf: So war es. (Mathias Thesen – Lebensdaten.) BZ, 20. April 1961.
- Jahnke, Karl-Heinz: Die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung in Stralsund von ihren Anfängen bis zur

Gründung der SED (1891–1946). Phil. Diss., Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, 1960.

Jahnke, Karl-Heinz: Vereint sind wir unbesiegbar. (Antifaschistischer Widerstandskampf an der Ostseeküste.) OZ, 12. April 1961.

Jahnke, Karl-Heinz: Der schönste Tag des Genossen Hermann Lingreen, OZ, 8. Mai 1961.

Mewis, Karl: 15 Jahre SED – unter Führung der Partei für die sozialistische Zukunft der deutschen Nation, OZ, 21. April 1961.

Runge, Christa: Unbewältigte Vergangenheit der Blutrichter Schlodtmann und Reimers. Ehemalige faschistische Richter des Sondergerichts Rostock sprechen heute Recht in Hamburg. OZ, 18. Mai 1961.

Schneider, Georg: Das Arbeiterherz des Ernst Karow. OZ, 1. April 1961.

In jenen Tagen des Mai 1945. Erinnerungen aus Groß-Kordshagen und Flemendorf. Das sozialistische Dorf, Stralsund, 6. Mai 1961.

Worm, Karl: Aus der Geschichte von Tribsees. Das sozialistische Dorf, Stralsund, 3. Juni 1961; Stralsunder Rundschau, Stralsund, 10. Juni 1961.

## Bezirk Schwerin

Besch, Eduard: Die Rote Marine siegte. Erinnerungen aus den Kämpfen der Arbeiterklasse in Mecklenburg (1918 bis 1945). Neues Eldeland, Ludwigslust, 7. Juni 1961.

Dornieden, Otto: Der Kampf lohnt sich. Aus den Erinnerungen eines Parteiveteranen. Sternberger Umschau, Sternberg, 28. Juni 1961.

Zum 15. Jahrestag der Gründung der SED. Der Sozialismus siegt! Hrsg. von der Bezirksleitung Schwerin der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, o. O. 1961, 87 S.

Schuldt, Hermann: Der illegale Anfang (1945). OZ, 21. April 1961.

Wiesner, Erich: Historische Tage in Schwerin. Zum Gründungsparteitag der SED im Land Mecklenburg am 7. April 1946. SVZ, 6. April 1961.

Xaver, Karl: Als wir uns für immer die Hände reichten. SVZ, 20. April 1961.

## Bezirk Suhl

Unter dem Banner der Arbeiterklasse. Materialien über die Anfänge des demokratischen Aufbaus nach 1945 im Kreis Hildburghausen. Hrsg. von der Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung des Kreises Hildburghausen, o. O. 1961, 24. S.

Günther, Alwin: Die ersten Schritte im Kreis Suhl. Wie sich die Arbeitereinheit nach 1945 im Kampf herausbildete. FW, 20. April 1961.

Günther, Loni: Zum 15. Jahrestag der Gründung der SED. Spalterpolitik ohne Perspektive. FW, 12. April 1961.

Hasney, Fritz: Sie hat uns alles gegeben... Zum 15. Jahrestag der Gründung der SED. FW, 22. April 1961.

Hoffmann, Willi: Die Einheit, eine unbesiegbare Kraft, FW, Ausgabe Bad Salzungen, 21. April 1961.

15 Jahre SED – Kreis Sonneberg. Hrsg. von der Kreisleitung Sonneberg der SED, o. O. 1961.

15 Jahre SED – 15 Jahre Kampf für Frieden, Einheit und Sozialismus! Hrsg. von der Betriebsparteiorganisation der SED im VEB Werkzeug-Union Steinbach-Hallenberg, o. O. 1961, 20. S.

Schwarze, Arno: Die Einheit der Arbeiterklasse ebnete den Weg. Sonneberger Bauernzeitung, Sonneberg, 21. April 1961.

Storch, Hermann: Erlebnisse aus der Kampfzeit. Kali-Kumpel, VEB Kali-Kombinat „Werra“, 6. April 1961.

Wagner, Fritz: Der Weg aus dem Chaos. Erlebtes aus dem Kampf der Arbeiterklasse im Gebiet Meiningen – Bad Salzungen. Hrsg. von der Bezirksleitung Suhl der SED, Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, o. O. 1961, 83 S.

Wagner, Fritz: In jener Zeit dabeigewesen. FW, Ausgabe Bad Salzungen, 18. April 1961.

Weiß, Albert: Zum 15. Jahrestag der Gründung der SED. Unser Schwur ist erfüllt. FW, 5. April 1961.



## СО Д Е Р Ж А Н И Е

Программа КПСС и её значение для нашей борьбы в Германии; **Зигфрид Иттерсгаген / Гейнц Карл / Вальтер Виммер**, Империалистический или демократический мир? (О мирных договорах, германском милитаризме и правых лидерах СДП Германии); **Улла Плэнер**, Мартовская конференция группы «Спартак» в 1916 г. — важный шаг на пути к образованию КПГ; **Карл Обермани**, Из истории рабочего движения Германии после революции 1848/49 гг. в начале 50-х гг.; Воспоминания; Документы и материалы: Фридрих Энгельс о политическом выступлении рабочего класса (**Рут Штольц**); Важная статья Вальтера Ульбрихта, написанная в 1937 г., по вопросу о единстве действий КПГ и СДПГ; **Курт Пэтцольд**, Хозяева «Социалистического Ежемесячника»; Научные сообщения и заметки: **Вернер Имиг**, Совместная борьба немецких и польских сельских рабочих против усиленной эксплуатации и фашистской угрозы; **Курт Финкер**, Новые пути и познания при исследовании борьбы немецких рабочих против капповского путша; **Херберт Штейнер**, Бруно Дуббер; **Дитер Фрикке**, Клара Цеткин и газета «Социал-Демократ»; Карл Маркс в Лейпциге (**Ева Беднарски**); О работе комиссий по истории местного рабочего движения; Отчеты и замечания: Карл Либкнехт — национальный герой немецкого народа (**Хельмут Кольбе**); Критика и библиография.

## CONTENTS

The Program of the CP of the Soviet Union and its Significance for our Struggle in Germany; *Siegfried Ittershagen/Heinz Karl/Walter Wimmer*, Imperialist or Democratic Peace? (On the Peace-Treaties, the German Militarism, and the Right-wing SPD-Leadership); *Ulla Plener*, The March-Conference of the Spartacus Group in 1916—a Mile-stone on the Road to the Foundation of the KPD; *Karl Obermann*, On the History of the German Labour Movement after the Revolution of 1848/49 at the Beginning of the Fifties; *Recollections*; Documents and Materials: Frederick Engels on the Political Action of the Working-Class (*Ruth Stolz*); A Significant Article by Walter Ulbricht on the Unity of Action of KPD and SPD from 1937; *Kurt Pätzold*, The Sponsors of the “Sozialistischen Monatshefte”; Scientific Information and Notes: *Werner Imig*, German and Polish Farm-hands in the Mutual Struggle against Intensified Exploitation and Danger of Fascism; *Kurt Finker*, New Ways and Comprehensions by the Study of the Fight of the German Workers against the Kapp Putsch; *Herbert Steiner*, Bruno Dubber; *Dieter Fricke*, Clara Zetkin and the “Sozialdemokrat”; *Karl Marx in Leipsic (Eva Bednarski)*; From the Work of the Committees for the History of the Local Working-Class Movement; Reports and Remarks: *Karl Liebknecht*—the National Hero of the German People (*Hellmuth Kolbe*); *Criticism and Bibliography*.

## CONTENU

Le programme du P.C. de l'U.S. et son importance pour notre combat en Allemagne; *Siegfried Ittershagen / Heinz Karl / Walter Wimmer*, Paix impérialiste ou paix démocratique? (Du traité de paix, du militarisme allemand et de la direction du P.S.D.A. de droite); *Ulla Plener*, La Conférence de mars 1916 du groupe Spartacus — une pierre fondamentale sur le chemin de la fondation du P.C.A.; *Karl Obermann*, Au sujet de l'histoire du mouvement ouvrier au cours des dix premières années après la Révolution de 1848/49; Souvenirs; Documents et matériel: Friedrich Engels sur l'action politique de la classe ouvrière (*Ruth Stolz*); Un article de la plus grande importance de Walter Ulbricht se rapportant à l'unité d'action du P.C.A. de l'année 1937; *Kurt Pätzold*, Les commettants du « Cahier Mensuel Socialiste »; Notes et communications scientifiques: *Werner Imig*, Les ouvriers agricoles allemands et polonais dans la lutte commune contre la recrudescence de l'exploitation et de la menace fasciste; *Kurt Finker*, Nouvelles voies et nouvelles connaissances par l'étude du combat des ouvriers allemands contre le putsch de Kapp; *Herbert Steiner*, Bruno Dubber; *Dieter Fricke*, Clara Zetkin et le journal « Sozialdemokrat »; Karl Marx à Leipzig (*Eva Bednarski*); Travaux des Commissions d'études de l'histoire du mouvement ouvrier local; Rapports et remarques: Karl Liebknecht — le héros patriotique du peuple allemand (*Hellmuth Kolbe*); Critique et bibliographie.

## AUTOREN DIESES HEFTES

- Siegfried Ittershagen*, wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Heinz Karl*, wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Walter Wimmer*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Ulla Plener*, wissenschaftliche Oberassistentin am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Dr. Karl Obermann*, Nationalpreisträger; Professor mit Lehrstuhl an der Humboldt-Universität zu Berlin, Abteilungsleiter am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin
- Dr. Herwig Förder*, wissenschaftlicher Arbeitsleiter am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin
- Ruth Stolz*, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Kurt Pätzold*, wissenschaftlicher Aspirant am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität, Jena
- Dr. Werner Imig*, Prorektor für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften „Walter Ulbricht“, Potsdam-Babelsberg
- Erich Behnke*, Parteiveteran; Vorsitzender der Bezirkskommission zur Erforschung der mitteldeutschen Arbeiterbewegung, Halle (Saale)
- Dr. Kurt Finker*, mit der Wahrnehmung einer Dozentur beauftragt; Leiter der Abteilung „Deutsche Geschichte 1918 bis 1945“ am Institut für Geschichte der Pädagogischen Hochschule Potsdam
- Herbert Steiner*, Leiter der Historikerkommission beim ZK der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien
- Dr. Dieter Fricke*, Professor mit Lehrauftrag und Direktor des Historischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität, Jena
- Hans Maur*, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Dr. Hellmuth Kolbe*, Dozent am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Dr. Arnold Reisberg*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin
- Dr. Heinz Heitzer*, Abteilungsleiter am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin
- R. F. Schmiedt*, wissenschaftlicher Sekretär des Autorenkollektivs für das Lehrbuch der deutschen Geschichte, Berlin
- Dr. Joachim Streisand*, wissenschaftlicher Referent der Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin
- Karl Köstler*, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin



## REDAKTIONSKOLLEGIUM

Ludwig Arnold, Horst Bartel, Ludwig Einicke (Chefredakteur), Herwig Förder,  
Heinrich Gemkow (stellv. Chefredakteur), Fritz Knittel, Hellmuth Kolbe,  
Walter Nimtz, Erich Paterna, Raimund Wagner

Redaktionsschluß: 23. August 1961

## BERICHTIGUNG

In Heft 3/1961, S. 624, 6. Zeile von unten, muß es statt „Arbeitskraft“  
„Arbeitserschaft“ heißen; S. 698, Fußnote 3, lies: 1848.

Redaktion: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin N 54, Wilhelm-Pieck-Straße 1, Tel. 20 05 81 – Verlag: Dietz Verlag GmbH, Berlin C 2, Wallstraße 76–79, Tel. 27 63 61. Lizenznummer: 54 67 – Zuschriften, die den Inhalt betreffen, sind an die Redaktion, solche, die den Bezug angehen, an den Verlag zu richten – Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Der Preis beträgt für das Einzelheft 2 DM, das Jahresabonnement 8 DM – Bezugsmöglichkeiten: Für das Gebiet der DDR einschließlich des Demokratischen Sektors von Groß-Berlin örtliche Buchhandlungen oder jedes Postamt. Für Westdeutschland, Westberlin sowie das gesamte Ausland Deutscher Buch-Export und -Import GmbH, Leipzig C 1, Leninstraße 16 – Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin



# Karl Marx / Friedrich Engels · Werke

Die vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED besorgte deutsche Ausgabe fußt auf der vom gleichnamigen Institut beim ZK der KPdSU in Moskau herausgegebenen Ausgabe in russischer Sprache.

Die Gesamtausgabe wird 36 Bände umfassen. Jeder Band ist in Kunstleder gebunden.

Bisher sind erschienen:

## Band

- 1 1839 bis 1844 · 10,- DM
- 2 1844 bis 1846 · 10,- DM
- 3 1845 bis 1846 · 10,- DM
- 4 Mai 1846 bis März 1848 · 10,- DM
- 5 März bis November 1848 · 10,- DM
- 6 November 1848 bis Juli 1849 · 10,- DM
- 7 August 1849 bis Juni 1851 · 10,- DM
- 8 August 1851 bis März 1853 · 10,- DM
- 9 März 1853 bis Dezember 1853 · 10,- DM
- 10 Januar 1854 bis Januar 1855 · 12,50 DM
- 11 Januar 1855 bis April 1856 · 12,50 DM
- 12 April 1856 bis Januar 1859 · 12,50 DM
- 13 Januar 1859 bis Februar 1860 · 11,50 DM
- 14 September 1857 bis November 1860 · 12,50 DM
- 15 Januar 1860 bis September 1864 · 12,50 DM

Weitere Bände folgen



DIETZ VERLAG BERLIN C 2, Wallstraße 76-79



